Haupt- und Finanzausschuss

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

An die
Mitglieder
des Haupt- und Finanzausschusses
der Stadt Erkelenz

06.09.2024

E i n l a d u n g

Hiermit lade ich Sie zur **24. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses** ein.

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.09.2024, 18:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rathauses, Johannismarkt 17, 41812 Erkelenz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bürgermeisters

2 Angelegenheit/en aus der 12. Sitzung des Personalausschusses am 16.09.2024

2.1 Beratung und Beschlussfassung über die Wahl einer*eines Technischen Beigeordneten
Vorlage: A 11/084/2024

3 Angelegenheit/en aus der 25. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024

3.1 Verkehrsuntersuchung L 364n
Ortsumgehung Gerderhahn
hier: Vorstellung des Ergebnisberichts und Beschluss über die weitere Vorgehensweise
Vorlage: III/108/2024

3.2 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.", Erkelenz-Mitte
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: A 61/706/2024

3.3 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf'm Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss
Vorlage: A 61/707/2024

3.4 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: A 61/708/2024

3.5 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: A 61/709/2024

3.6 Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath", Erkelenz-Gerderath
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: A 61/710/2024

3.7 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden", Erkelenz-Mitte
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: A 61/711/2024

3.8 Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz vom 25.01.2024: Tiny-House-Siedlung
Vorlage: A 61/712/2024

3.9 Fortführung des InHK Verfügungsfonds
Vorlage: A 80/053/2024

3.10 Erhöhung eines Zuschusses zum LEADER-Projekt „Gaststätte Bruns" in Venrath
Vorlage: A 80/054/2024

4 Angelegenheit/en aus der 25. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt am 18.09.2024

4.1 Energiepolitisches Arbeitsprogramm
Vorlage: RKS/023/2024

4.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz vom 14.08.2024: Anbringung von Pfandringen an öffentlichen Müllbehältnissen
Vorlage: A 30/282/2024

4.3 Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 in zwei separate Satzungen
Vorlage: A 20/666/2024

5 Anpassung der Hauptsatzung (14. Änderung der Hauptsatzung)
Vorlage: A 10/441/2024

6 Gestaltung des Grabmals auf der Ehrengrabstätte von Theo Clemens
Vorlage: A 10/442/2024

7 Ermittlung der Beträge, die die Bezirksausschüsse im Jahr 2024 für ihren Zuständigkeitsbereich in Form von Zuschüssen an Vereine zu ihrer freien Verfügung erhalten
Vorlage: A 40/468/2024

8 Beteiligungsbericht der Stadt Erkelenz zum 31.12.2023
Vorlage: A 20/667/2024

9 Feststellung des Jahresabschlusses 2023 des Betriebes gewerblicher Art „Verkehrsbetrieb der Stadt Erkelenz“
Vorlage: A 20/668/2024

10 Anpassung von Gesellschaftsverträgen des Kreises Heinsberg an § 108 Abs. 1 Nr. 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie Streichung des § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NRW
hier: Sammelbeschluss
Vorlage: A 20/669/2024

11 Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW Netz GmbH an der Übach-Palenberg Netz GmbH
Vorlage: A 20/670/2024

12 Beteiligung der NEW AG über die ENNI an der Bad Laaspher-Energie GmbH
hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Bad Laaspher-Energie GmbH
Vorlage: A 20/671/2024

13 Haushaltswirtschaftliche Angelegenheiten

13.1 Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: A 20/672/2024
Anmerk.: Soweit zustimmungsbedürftige Geschäftsvorfälle vorliegen, werden diese zusammen mit den Sitzungsvorlagen zugesandt.

13.2 Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 10.06.2024 - 01.09.2024
Vorlage: A 20/673/2024

Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bürgermeisters

2 Sachstandsberichte über Vergabeverfahren

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Muckel
Bürgermeister

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 11/084/2024 Status: nichtöffentlich/öffentlich AZ:
Federführend: Personalamt	Datum: 18.07.2024 Verfasser: Amt 11 Heike Arndt

Beratung und Beschlussfassung über die Wahl einer*eines Technischen Beigeordneten

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
16.09.2024	Personalausschuss
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Nach Ausscheiden des Technischen Beigeordneten Ansgar Lurweg zum 31.01.2025 ist die Stelle zum 01.02.2025 neu zu besetzen.

Für die Besetzung der Position der*des Technischen Beigeordneten fanden am 11.07.2024 Vorstellungsgespräche in der Personalfindungskommission statt.

Nach dem Votum der Personalfindungskommission und den Rückmeldungen aus den Fraktionen wird Herr Martin Fauck für die Besetzung der Position des Technischen Beigeordneten vorgeschlagen.

Zuständig für die Wahl der*des Technischen Beigeordneten und die Eingruppierung ist gemäß § 71 Gemeindeordnung NRW der Rat.

Im Zusammenhang mit der Wahl ist auch über die Eingruppierung der*des Technischen Beigeordneten zu entscheiden.

Nach § 2 Abs. 3 der Eingruppierungsverordnung NRW sind sonstige Wahlbeamte*innen bei einer Einwohnerzahl von 40.001 bis 60.000 in Besoldungsgruppe A 16/B2 einzugruppieren.

Gemäß § 2 Abs. 3 der Eingruppierungsverordnung NRW dürfen die Gemeinden unter Berücksichtigung des Umfangs, der Schwierigkeit und der Bedeutung der Aufgaben die Höchstbesoldungsgruppe für das Amt nur in Anspruch nehmen, wenn ihre Einwohnerzahl die Mitte zwischen der unteren und der oberen Grenze ihrer Größenklasse nach der Tabelle des Absatzes 3 überschritten hat oder die Wahlbeamtin oder Wahlbeamte in dasselbe Amt wiederberufen ist, in dem sie oder er eine ganze Amtszeit abgeleistet hat.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„1. Es wird vorgeschlagen Herrn Martin Fauck zum Technischen Beigeordneten zu wählen.

Die Ernennung erfolgt zum 01.02.2025 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren.

2. Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 16 des Landesbesoldungsgesetzes NRW.

Der neue Technische Beigeordnete erhält die Dienstaufwandsentschädigung in Höhe der nach der Verordnung über die Eingruppierung der kommunalen Wahlbeamten auf Zeit und die Gewährung von Aufwandsentschädigungen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände (Eingruppierungsverordnung NRW) in der jeweils geltenden Fassung zulässigen Höchstgrenze“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Der Beschlussentwurf hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Finanzielle Auswirkungen:
Die voraussichtlichen monatlichen Kosten belaufen sich auf 9.304,00 €.
Die voraussichtlichen jährlichen Folgekosten betragen 112.648,00 €.

Auswirkungen auf die Pensionsleistungen:

Eine konkrete Aussage über die finanziellen Belastungen im Pensionsfalle kann zurzeit nicht gemacht werden.
Die Pensionsverpflichtungen der Stadt Erkelenz werden regelmäßig jährlich bei Aufstellung des Haushaltes durch ein versicherungsmathematisches Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse ermittelt.

Die erforderlichen Mittel sind als Ausgabeermächtigung im Haushalt unter dem Produktsachkonto 010200.501100 zur Verfügung gestellt.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	III/108/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	27.08.2024
Dezernat III	Verfasser:	Amt 61 Michael Joos Dezernat III Techn. Beig. Ansgar Lurweg

Verkehrsuntersuchung L 364n

Ortsumgehung Gerderhahn

hier: Vorstellung des Ergebnisberichts und Beschluss über die weitere Vorgehensweise

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Mit Datum vom 21.09.2021 hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung dem Abschluss einer Planungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßen zur Planung der Ortsumgehung L 364n Gerderhahn/Golkrath zugestimmt (s. Vorlage-Nr. III/094/2021).

Für das Haushaltsjahr 2022 wurden sodann 50.000 € im Produkt Räumliche Planung 090100 unter dem Produktsachkonto Planungs- und Gutachterkosten 542940 eingestellt. Mitte 2022 wurde in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen das Büro DTV-Verkehrsconsult GmbH aus Aachen für die Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Vorausgegangen war nicht nur ein Auswahlverfahren, sondern auch intensive Gespräche mit dem Landesbetrieb über die zu untersuchenden Planfälle. Ausdrücklicher Wunsch war, dass in einem ersten Schritt der Bedarf für die Umgehungsstraße beleuchtet werden soll und vor allem eine mögliche Trassenführung und einen erforderlichen Netzschluss auch über teils vorhandene Landesstraßen geprüft werden soll. Diese Lösung zielte vor allem darauf hin, dass ggfls. nur ein Teilabschnitt der geplanten Straße um Gerderhahn herum erforderlich ist, um einen möglichen Netzschluss der Landesstraßen über das vorhandene überregionale Straßennetz zu gewährleisten und die Ortslage Golkrath trotzdem von überregionalen Verkehren zu entlasten.

Um belastbare Aussagen über die möglichen Lastfälle zu erhalten waren umfangreiche Verkehrszählungen und Verkehrsuntersuchungen erforderlich. Auf Wunsch des Landesbetriebs Straßen NRW wurde der Auftrag mit dem Büro DTV-Verkehrsconsult GmbH im August 2023 noch einmal erweitert.

DTV-Verkehrsconsult GmbH hat im Juni 2024 den mit dem Landesbetrieb Straßen und der Verwaltung abgestimmten Ergebnisbericht vorgelegt. Daraus ergibt sich, dass die Gemengelage doch etwas komplizierter ist, als ursprünglich auf Grund der politischen Beschlusslage angenommen. Der Bau nur eines Teilabschnittes um Gerderhahn herum unter Verzicht auf die Weiterführung um Golkrath und Verteilung auf das vorhandene überregionale Netz führt in der Prognose nicht zum (politisch) gewünschten Erfolg. Die Ortslage Gerderhahn wird natürlich durch die Umgehungsstraße entsprechend entlastet. Die Verkehrszahlen in Golkrath werden sich laut Prognose für 2030 allerdings auf das Niveau der aktuellen Verkehrsbelastung in Gerderhahn erhöhen. Dabei spielt vor allem die Anbindung der L 364 an den Autobahnanschluss Hückelhoven-Ost auf dem kürzesten Weg eine Rolle und auch die Weiterführung der L364 nach Süden.

Es ist damit keine verkehrsplanerisch annehmbare Lösung und sicherlich auch nicht im Sinne der Stadt Erkelenz, eine geplante Umgehungsstraße so zu bauen, dass die Verkehrsbelastung in Gerderhahn zu Lasten der Ortslage Golkrath gesenkt wird.

Der Bericht im Detail wird im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung durch das Büro DTV-Verkehrsconsult GmbH vorgestellt. Der Landesbetrieb Straßen NRW wird auch in der Sitzung anwesend sein.

Eine mögliche L 364n als Ortsumgehung Gerderhahn und Golkrath ist bereits seit 1995 Gegenstand politischer Diskussionen. Bereits seinerzeit sind unterschiedliche Trassenvarianten untersucht worden. Im Flächennutzungsplan der Stadt Erkelenz ist seit dem Jahr 2000 eine mögliche Trassenvariante dargestellt. Im Nachgang hat es immer wieder Diskussionen um eine mögliche Realisierung in Teilabschnitten gegeben, da sich dadurch vor allem die (Landes-) Politik vor dem Hintergrund wechselnder landespolitscher Schwerpunktsetzungen beim Verkehr und der damit verbundenen Finanzierungssituation eine schnellere und einfachere Realisierungsmöglichkeit verspricht.

Auf Grund der jetzt vorliegenden Ergebnisse des Verkehrsgutachtens empfiehlt die Verwaltung dringend, an einer Gesamtlösung festzuhalten und die Landesregierung in Düsseldorf und den Landesbetrieb Straßen NRW aufzufordern, zeitnah die notwendigen planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine Umsetzung zu schaffen. Die zwischen der Stadt Erkelenz und dem Landesbetrieb Straßen NRW abgeschlossene Planungsvereinbarung sieht eine mögliche Weiterplanung ausdrücklich vor.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„Der Ergebnisbericht der Verkehrsuntersuchung L 364N Ortsumgehung Gerderhahn wird zur Kenntnis genommen.
Der Rat der Stadt Erkelenz fordert die Landesregierung und den Landesbetrieb Straßen NRW auf, zeitnah die notwendigen planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine ganzheitliche Umsetzung der L364n als Ortsumgehung Gerderhahn/Golkrath zu schaffen.“

Geänderter Beschluss aus der 25. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung vom 17.09.2024 – Änderungen fett und kursiv - (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„Der Ergebnisbericht der Verkehrsuntersuchung L 364N Ortsumgehung Gerderhahn wird zur Kenntnis genommen.
Der Rat der Stadt Erkelenz fordert die Landesregierung und den Landesbetrieb Straßen NRW auf, zeitnah die notwendigen planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine ganzheitliche Umsetzung ***(Planung und Bau)*** der L364n als Ortsumgehung Gerderhahn/Golkrath zu schaffen.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Die Verkehrsuntersuchung selber hat keine Auswirkungen auf Klimaschutz oder Klimafolgenanpassung. Erst eine bauliche Umsetzung würde zu Auswirkungen führen.

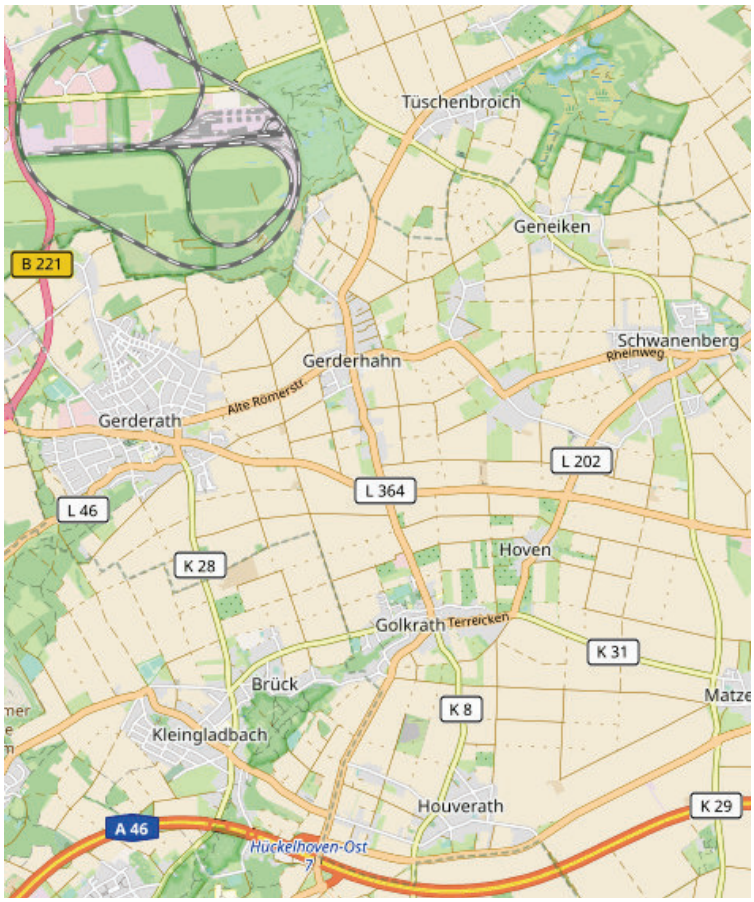
Finanzielle Auswirkungen:
Die Verkehrsuntersuchung ist mit der Vorstellung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung abgeschlossen. Nach Beendigung dieser Leistung ist gemäß der abgeschlossenen Planungsvereinbarung zwischen dem Landesbetrieb Straßen NRW und der Stadt Erkelenz eine schriftliche Einigung über den weiteren Planungsablauf zu treffen. Um handlungsfähig für mögliche weitere Beauftragungen zu bleiben, werden weitere Planungsmittel sowohl als Ausgabe als auch Einnahme für den Haushaltsplan 2025 angemeldet.

Anlage:
Ergebnisbericht Verkehrsuntersuchung L364n, Ortsumgehung Gerderhahn, DTV-Verkehrsconsult GmbH

DTV
DATEN TECHNIK VERKEHR
VERKEHRSCONSULT GMBH

Ergebnisbericht

Verkehrsuntersuchung L 364n Ortsumgehung Gerderhahn



Quelle: openstreetmap.de

Auftraggeber:

Stadt Erkelenz

Bearbeitung:

Dr.-Ing. Hartmut Ziegler
Martin Brandt, M. Sc.

DTV-Verkehrsconsult GmbH
Pascalstraße 53
52076 Aachen
Tel. (0 24 08) 70 47 210
Fax. (0 24 08) 70 47 299

Projektnummer 31-0300

Aachen, Juni 2024

Inhaltsverzeichnis

1 Ausgangssituation 3
1.1 Aufgabenstellung 3
1.2 Vorgehensweise zu den verkehrsplanerischen Arbeiten 3
1.3 Eingesetzte Verfahren 3
2 Grundlagen 5
2.1 Verkehrserhebungen 5
2.2 Netzdefinition 7
2.3 Validierung des Verkehrsmodells 9
2.4 Verkehrssituation Analyse 2022 10
3 Verkehrsprognose 13
3.1 Allgemeine Entwicklungen 13
3.2 Kleinräumige Entwicklungen im Untersuchungsraum 16
3.3 Prognose 2030 17
4 Prognose 19
4.1 Prognose-Bezugsfall 19
4.2 Prognose-Planfall 22
5 Verkehrliche Kennwerte 25
5.1 Berechnung der Bemessungsverkehrsstärken 25
5.2 Methodik zur Ermittlung der Lärmkennwerte 26
5.2.1 Lärmkennwerte nach RLS-19 27
6 Qualität des Verkehrsablaufs 30
6.1 Bewertung der Verkehrsqualität nach HBS 2015 30
6.1.1 Knotenpunkte 30
7 Zusammenfassung 33
8 Abkürzungsverzeichnis 34
9 Abbildungsverzeichnis 35
10 Tabellenverzeichnis 36

1 Ausgangssituation

1.1 Aufgabenstellung

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Niederrhein, und die Stadt Erkelenz planen den Neubau der L 364n – Ortsumgehung Gerderhahn. Die geplante Maßnahme, mit etwa 2,5 km Länge, liegt im Gebiet der Stadt Erkelenz im Kreis Heinsberg.

Für diese Maßnahme soll eine Verkehrsuntersuchung durchgeführt werden. Als Planungsgrundlage wird die aktuelle Belastungssituation durch umfangreiche Knotenstromerhebungen im Streckenverlauf und in der Umgebung dokumentiert. Ausgehend von diesen aktuellen Erhebungen und Belastungsdaten aus anderen Quellen wird ein Verkehrsmodell aufgebaut und kalibriert. Darauf aufbauend wird eine Verkehrsprognose bis zum Jahr 2030 erstellt. Mit dieser Verkehrsnachfrage können unterschiedliche Prognosevarianten berechnet werden.

1.2 Vorgehensweise zu den verkehrsplanerischen Arbeiten

Die Datengrundlage umfasst neben den Ergebnissen der Straßenverkehrszählung (SVZ) 2021 und den aktuellen Knotenpunktzählungen auch die Ergebnisse der Dauerzählstellen (DZ), die laufend durch das Land und die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) aufbereitet werden. Damit liegen für den gesamten Untersuchungsraum Verkehrsmengendaten vor. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wurde 2022 als Basisjahr für die Analyse des Ist-Zustandes sowie zur Kalibrierung des Netzmodells definiert.

Für die Prognose 2030 wurde die deutschlandweite Fernverkehrsverflechtungsmatrix zur Abbildung der überregionalen Verkehre zu Grunde gelegt. Sie wurde durch den Auftragnehmer bei der Clearingstelle Verkehr des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt angefordert. Um auch die Entwicklung kleinräumiger Verkehre innerhalb des Untersuchungsraumes abbilden zu können, wurde die Fernverkehrsverflechtungsmatrix durch die Entwicklung infolge regionaler Veränderungen ergänzt und die Aufteilung der möglichen Quell- und Zielbezirke weiter verfeinert. Dazu wurden Daten zur Bevölkerungsentwicklung sowie Informationen zur Bauleitplanung der Kommunen im Untersuchungsraum herangezogen.

Für die Prognose wurde das Netzmodell um die laufenden und fest disponierten Vorhaben und Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans 2030 und zu erwartende Maßnahmen des aktuellen Bedarfsplans für die Landesstraßen ergänzt.

Auf diesen Grundlagen wurde eine Modellprognose zur Untersuchung der Auswirkungen der geplanten Maßnahme erarbeitet.

1.3 Eingesetzte Verfahren

Zur Ermittlung der Belastungsänderungen im Straßennetz wurden Modellrechnungen durchgeführt, die auf nachvollziehbaren und reproduzierbaren Algorithmen beruhen. Aufgrund der Komplexität der gleichzeitig zu berücksichtigenden Entscheidungsabläufe bieten sich computergestützte Verfahren an.

Während sich die dazu verfügbaren Verfahren hinsichtlich der mathematischen und modellmäßigen Bearbeitung weniger gravierend unterscheiden, ist dies bei den Funktionalitäten der Präsentation und Plausibilitätsprüfung anders. Das von unserem Unternehmen eingesetzte Produkt *VISUM* ist in der Bundesrepublik Deutschland weit verbreitet und ist zur Erstellung von Verkehrsmodellen wissenschaftlich anerkannt.

Zudem lassen sich die ermittelten Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung direkt in die Bewertung überführen. Die Bewertungsergebnisse ermöglichen gleichzeitig eine eingehende Plausibilitätsprüfung der Verkehrsmengen und -ströme.

Für die Modellprognose bis 2030 wurde ein Verfahren eingesetzt, das einerseits auf der Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungsmatrix aufbaut, andererseits aber auch die kleinräumige Entwicklung im Untersuchungsgebiet über die Veränderung der zugrundeliegenden Strukturdaten berücksichtigt.

2 Grundlagen

2.1 Verkehrserhebungen

Die Verkehrsuntersuchung basiert auf folgenden Datengrundlagen:

- Knotenstromzählungen am 15.11.2022 und 16.11.2022 über jeweils 2 mal 4 Stunden (06:00 bis 10:00 Uhr und 15:00 bis 19:00 Uhr)
- Ergebnisse der Dauerzählstellen
- Ergebnisse der Straßenverkehrszählung 2021

Knotenstromzählungen

Die Knotenströme wurden an den folgenden Knotenpunkten einschließlich Differenzierung der Fahrzeugarten erfasst und anschließend für die Verwendung im Verkehrsmodell aufbereitet.

- Kp 01: Gerderhahner Straße (L 364) / K 29
- Kp 02: In Gerderhahn (L 364) / L 46 / Alte Römerstraße (L 46)
- Kp 03: In Gerderhahn (L 364) / L 19 / Gerderather Landstraße (L 19)
- Kp 04: Fronderath (L 46) / Lauerstraße (L 19) / Gerderather Burgstraße (L 46)
- Kp 05: L 202 / L 19 / Hoven (L 202)
- Kp 06: Am Kloster (L 364) / Terreicken (L 202) / Hochstraße (L 364) / K 26
- Kp 07: Am Kloster (K 8) / Sankt-Stephanus-Straße / Hochstraße (L 364)
- Kp 08: Terreicken (K 31) / Hoven (L 202)
- Kp 09: L 364 / Kleingladbacher Straße / Houverather Straße (L 227)
- Kp 10: L 364 / L 227 / BAB 46 AS Hückelhoven-Ost (Nord)
- Kp 11: L 364 / BAB 46 AS Hückelhoven-Ost (Süd)
- Kp 12: L 227 / Heiderbusch (K 8)
- Kp 13: L 227 Hückelhovener Straße / K 29
- Kp 14: L 19 / K 29

Die oben genannten Zählstellen sind in Abbildung 1 dargestellt.

In der Anlage „Methodik, Nachweise und Datengrundlagen zur Verkehrsuntersuchung“ sind die zugehörigen Ergebnisse der eigenen Erhebungen dokumentiert.

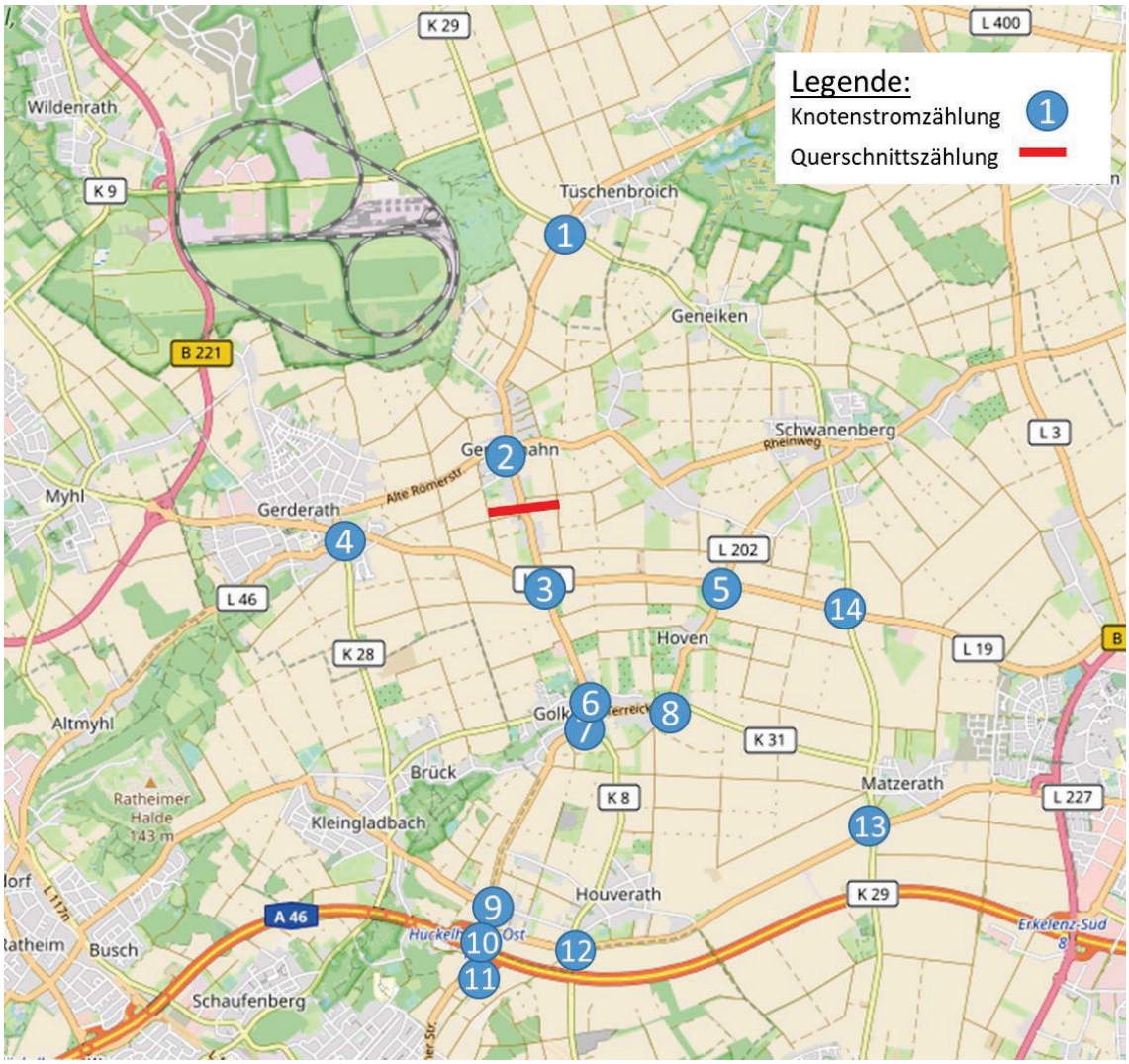


Abbildung 1: Zählstellenlage (Grundlagenkarte Quelle: openstreetmap.de)

Dauerzählstellen

Ergebnisse von Dauerzählstellen liegen meist aus unterschiedlichen Jahren vor, daher können mit ihnen Entwicklungsraten zwischen Vergleichsjahren gebildet werden.

Innerhalb und in der Nähe des Untersuchungsgebiets befinden sich mehrere Dauerzählstellen, unter anderem die DZ 5276 (Arsbeck) auf der B 221 und die DZ 5273 (MG-Rheindahlen) auf der B 57. Alle Dauerzählstellen im Untersuchungsgebiet wurden für die Hochrechnung der Zählstellen in der Umgebung herangezogen.

SVZ-Zählstellen

Bei Zählstellen auf Bundesautobahnen (BAB) wurde die Entwicklung der Dauerzählstellen auf BAB im Untersuchungsraum für die Fortschreibung verwendet. Dabei wurden die Entwicklungsfaktoren aus den jeweils zugehörigen DZ für die einzelnen BAB abgeleitet (unterschiedliche Faktoren je nach BAB). Im Falle mehrerer DZ auf einer BAB im Untersuchungsraum wurden die Entwicklungsfaktoren gemittelt.

Im nachgeordneten Netz (Bundes- / Landesstraßen) wurden zur Fortschreibung der Werte aus der Straßenverkehrszählung 2021 der Entwicklungsfaktor aus den Dauerzählstellen im Netz genutzt.

2.2 Netzdefinition

Das zugrundeliegende Verkehrsmodell erstreckt sich über das Gebiet von der A 52 im Norden zur B 56 im Süden sowie von der B 221 im Westen bis zur A 44 im Osten. Für die Detailuntersuchung wurde das Gebiet um die L 364 im Bereich der Städte und Ortschaften Gerderhahn und Golkrath feinmaschig nachgebildet. Mit zunehmender Entfernung zum Untersuchungsgegenstand wurde die Modellierung weniger feinteilig vorgenommen.

Der engere Planungsraum umfasst das in Abbildung 2 dargestellte Netz. Berücksichtigt wurde das klassifizierte Straßennetz im Zusammenhang mit wichtigen kommunalen Straßenverbindungen.

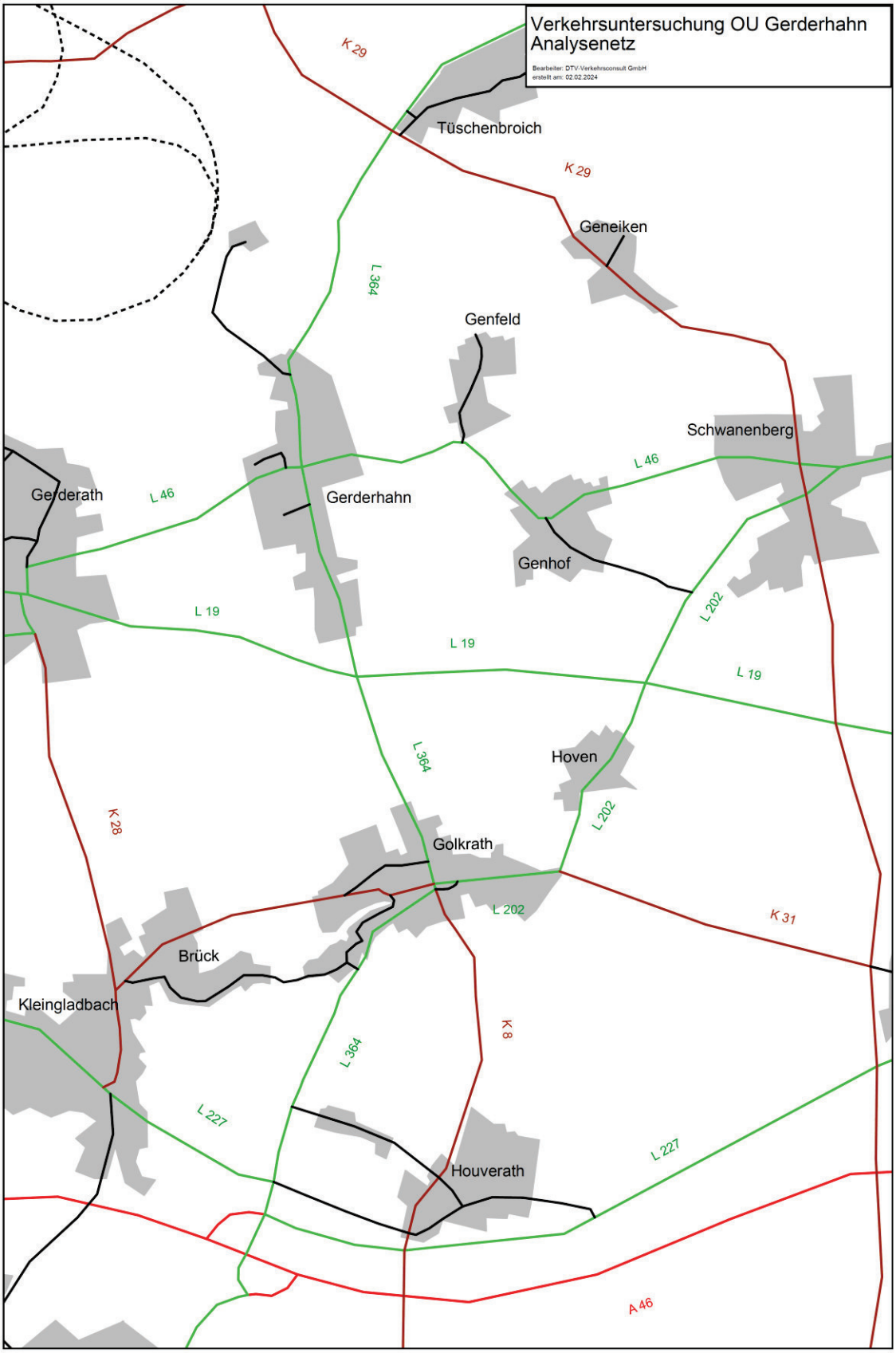


Abbildung 2: Analysenetz

2.3 Validierung des Verkehrsmodells

Ablauf

Zum Aufbau des Verkehrsmodells wurde zunächst eine Nachfragematrix auf Basis der verfügbaren Datengrundlagen (Verkehrsmengen der Querschnitte an den Begrenzungen des Untersuchungsraumes und Strukturdaten im Untersuchungsraum) ermittelt. Im Rahmen der Kalibrierung des Netzmodells wurden die verschiedenen Parameter so lange angepasst, bis die Verkehrsmengen im Analysemodell bestmöglich mit den verfügbaren Zählergebnissen übereinstimmten. Dieses Netz bildet die Grundlage für die weiteren Bearbeitungsschritte.

Vorgehen

Die zur Kalibrierung des Verkehrsmodells verfügbaren Daten stammen wie im vorstehenden Abschnitt beschrieben aus verschiedenen Jahren und wurden auf ein einheitliches Bezugsjahr umgerechnet. Um die Genauigkeit des Modells zu prüfen, wurden die Modellwerte den tatsächlichen Zählwerten gegenübergestellt. Dabei muss jedoch die Belastbarkeit der verfügbaren Zähldaten berücksichtigt werden.

Zur Überprüfung der Genauigkeit der Modellwerte im Vergleich zur Realität eignet sich der GEH-Wert, der das Fehlermaß zwischen Modellwert und realem Wert beschreibt. Dieser berechnet sich wie folgt:

$$GEH = \sqrt{\frac{2(E-V)^2}{E+V}}$$

mit E = Modellwert

V = realer Wert (aus Zählung)

Um die Anforderungen an die Genauigkeit zu erreichen, müssen die drei folgenden Bedingungen erbracht sein[1]:

- GEH < 5,0 für alle Zählstellen im Planungsraum,
- GEH < 5,0 für 85 % aller Zählstellen im gesamten Untersuchungsgebiet und
- GEH < 4,0 für die Summe der Verkehrsstärken über alle Zählstellen

Stündliche Verkehrsstärken können vereinfacht mit dem Faktor 0,1 aus dem Tageswert abgeleitet werden[2]. Dieser explizite Hinweis zur Umlegung von Tageswerten im Rahmen des GEH-Nachweises fehlt im Teil S des HBS. Diese Umrechnung wurde jedoch auch für die Berechnung der GEH-Werte an Stadtstraßen im Planungsraum verwendet.

Im Ergebnis wurde das Modell so kalibriert, dass die Anforderungen an die GEH-Werte sowohl für den Gesamt- als auch für den Schwerverkehr eingehalten werden. Damit stellt das vorliegende Modell eine valide Grundlage für die weiteren Untersuchungen dar. Die Dokumentation der Prüfung der GEH-Werte ist in der Anlage dokumentiert.

---

[1] Anforderungen an makroskopische Verkehrsmodelle entsprechend den Technischen Vertragsbedingungen für Verkehrsuntersuchungen (TVB-Verkehrsuntersuchung), Ausgabe 2019, Landesbetrieb Straßenbau NRW

[2] Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen (HBS), Teil L – Landstraßen, Ausgabe 2015, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV)

Das so entwickelte Verkehrsmodell stellt die Grundlage für die Berechnung der Prognose dar.

2.4 Verkehrssituation Analyse 2022

Aus diesen Informationen wurde die Verkehrssituation 2022 im Verkehrsmodell abgebildet. Dargestellt sind die DTV-Belastungen (durchschnittlicher täglicher Verkehr aller Tage eines Jahres) pro Querschnitt. Die Werte sind auf 500 Kfz/24h gerundet. Werte unter 250 Kfz/24h sind zahlenmäßig nicht ausgewiesen. Das Analysenetz ist in Abbildung 3 für den Gesamtverkehr dargestellt.

Während der Erhebung wurden keine größeren netzbeeinflussenden Störungen registriert. Am Erhebungstag lagen keine unfallbedingten Stauverhältnisse im Planungsraum vor und auch die Wetterbedingungen enthielten keine untypischen Vorkommnisse.

Im Analysenetz befahren 6.500 Kfz/24h die L 364 nördlich von Gerderhahn und nördlich der L 46 (Ortskern Gerderhahn) wird die Landesstraße von 7.000 Kfz/24h genutzt. Südlich von Gerderhahn wurden 5.500 Kfz/24h erfasst und nördlich von Golkrath 5.000 Kfz/24h. Südlich von Golkrath wird die L 364 von 4.500 Kfz/24h befahren.

In Abbildung 4 ist die Analysebelastung für den Schwerverkehr (SV > 3,5 t) dargestellt. Zum Schwerverkehr zählen hier folgende Fahrzeugarten:

- Busse
- Lkw mit zulässigem Gesamtgewicht über 3,5 t mit und ohne Anhänger
- Sattelzüge

Die Werte für den Schwerverkehr sind auf 50 SV-Fahrten/24h jeweils für die Gesamtquerschnitte gerundet dargestellt. Werte unter 25 SV-Fahrten/24h sind zahlenmäßig nicht ausgewiesen.

Die entsprechenden SV-Belastungen auf der L 364 betragen 200 Fz/24h nördlich von Gerderhahn und 200 Fz/24h im Ortskern von Gerderhahn. Südlich von Gerderhahn und nördlich von Golkrath wird die L 364 von 250 Fz/24h genutzt, südlich von Golkrath befahren 150 Fz/24h die L 364.

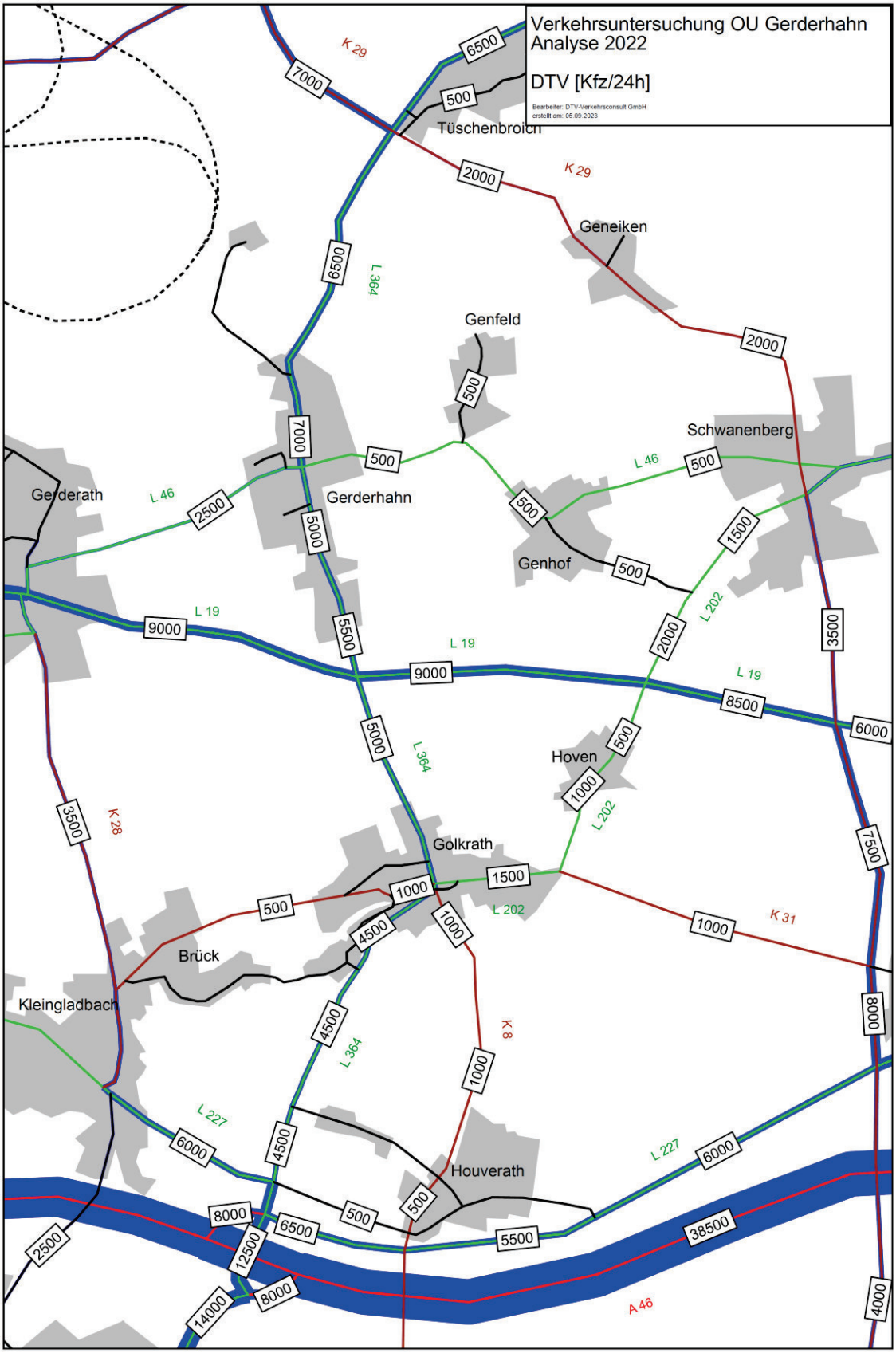


Abbildung 3: Verkehrsstärken Analyse 2022, Gesamtverkehr

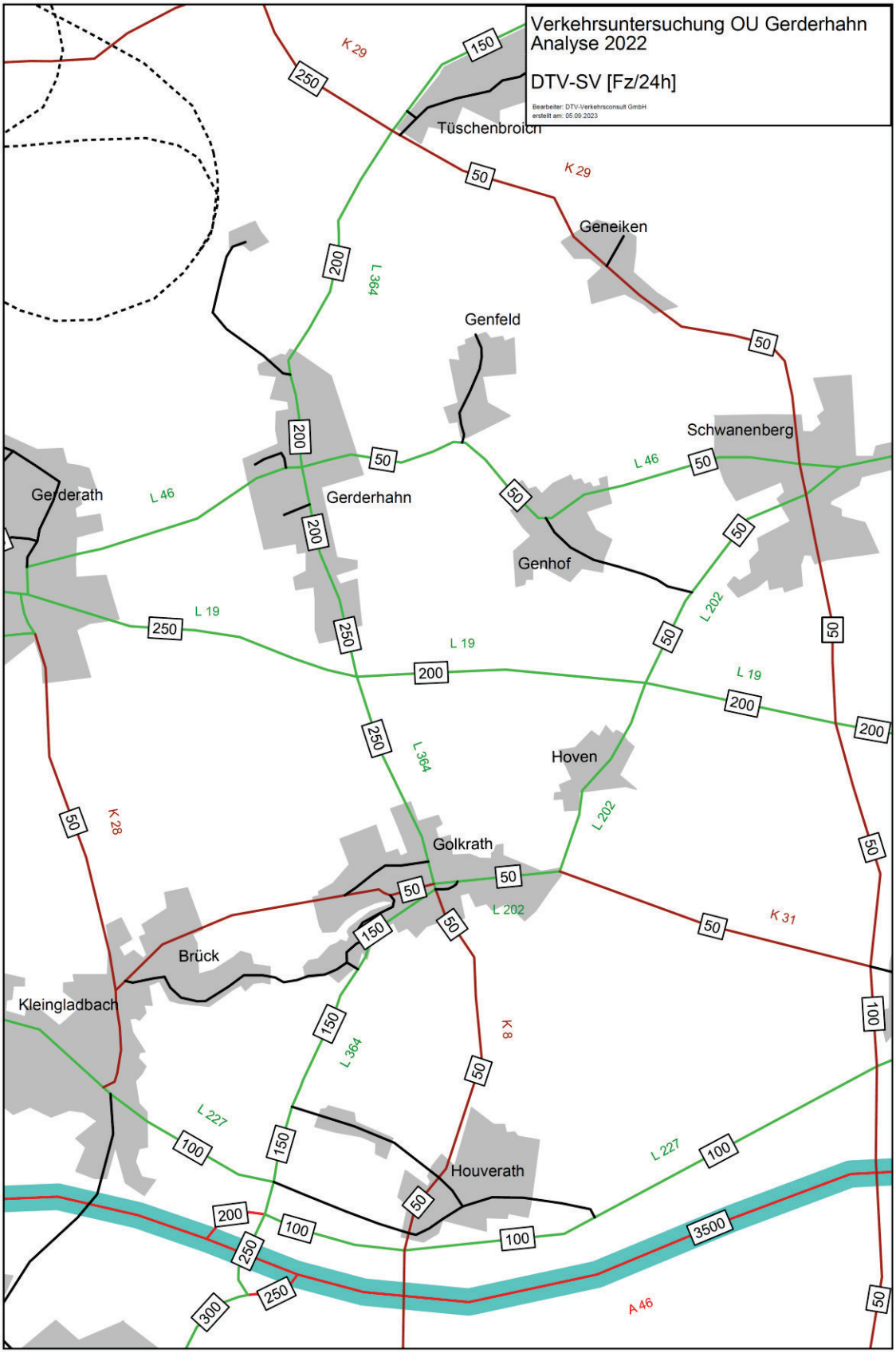


Abbildung 4: Verkehrsstärken Analyse 2022, Schwerverkehr

3 Verkehrsprognose

3.1 Allgemeine Entwicklungen

Für Prognosen bis zum Jahr 2030 sind verschiedene Datenquellen nutzbar. Da eine einheitliche und verbindliche Prognose für einzelne Regionen in Deutschland nicht existiert, muss für jede Fragestellung erneut eine Prognose auf der Basis bestehender Eckwerte erstellt werden.

Für die hier vorliegende Aufgabenstellung wurde die Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen 2030[3] als Grundlage verwendet. Hierin sind insbesondere die überregionalen Verkehre enthalten, die im Untersuchungsraum im Wesentlichen für die Bundesautobahnen, deren Anschlussstrecken sowie die überregionalen Durchgangsverkehre relevant sind. Die Zelleinteilung dieser Verflechtungsmatrix liegt auf Kreisebene vor, daher war für das nachgeordnete Straßennetz eine zusätzliche Verfeinerung der Verkehrszelleneinteilung und damit auch eine Ergänzung der Prognose auf Basis von Strukturmerkmalen, wie der Entwicklung der allgemeinen Fahrleistung sowie der Bevölkerung im Untersuchungsraum, erforderlich.

Die Informationen aus der Verkehrsverflechtungsmatrix liegen getrennt für den Personen- und Güterverkehr vor. Beim Personenverkehr werden die Personenfahrten pro Jahr, getrennt nach sechs Fahrtzweckgruppen, zwischen den Kreisen ausgewiesen. Um diese Informationen nutzen zu können, war eine Umrechnung der Personenfahrten in MIV-Fahrten (motorisierter Individualverkehr) über den Besetzungsgrad erforderlich. Dafür wurden die in nachstehender Tabelle 1 enthaltenen Faktoren verwendet.

Im Ergebnisbericht „Mobilität in Deutschland – MiD“[4] aus dem Jahr 2017 sind die Pkw-Besetzungsgrade getrennt nach den Fahrtzwecken nicht in der Form aufgelistet, wie sie für die Auswertung der Verflechtungsmatrix benötigt werden. Da sich der durchschnittliche Pkw-Besetzungsgrad für alle Fahrtzwecke im Vergleich zur Erhebung „Mobilität in Deutschland“[5] von 2008 nicht geändert hat, ist die in der folgenden Tabelle aufgelistete Aufteilung beibehalten worden.

[3] „Verkehrsverflechtungsprognose 2030“, FE-Nr. 96.0981/2011, Abruf der zugehörigen Verflechtungsmatrizen beim DLR in Berlin

[4] „Mobilität in Deutschland MiD“, infas Institut für angewandte Sozialwissenschaften GmbH; Bonn, Dezember 2018

[5] „Mobilität in Deutschland 2008“, infas Institut für angewandte Sozialwissenschaften GmbH; Bonn und Berlin, Februar 2010

Tabelle 1: Besetzungsgrad im MIV getrennt nach Fahrtzwecken eigene Zusammenstellung aus den Quellen [5] und [6]

Fahrtzweck	Pkw-Besetzungsgrad
Beruf	1,2
Ausbildung	1,7
Einkauf	1,5
Geschäft	1,1
Urlaub	2,6
Privat, Verwandten-/Bekanntenbesuch, Wochenendpendler	1,9

Für den Güterverkehr enthält die Verflechtungsmatrix 2030 Informationen hinsichtlich der Verkehrsträger (Bahn, Lkw, Binnenschiff) und dem zugehörigen Transportaufkommen in Tonnen je Jahr zwischen den einzelnen Verkehrszellen. Im vorliegenden Projekt wurden daraus die Fahrten der Lkw im Fernverkehr ermittelt, wobei von einer durchschnittlichen Nutzlast von rund 12 t je Lkw-Fahrt[7] ausgegangen wurde.

Zusätzlich zu den Informationen aus der Verflechtungsmatrix, wurden die Erkenntnisse der aktuellen Shell-Pkw-Szenarien[8] für die Prognose herangezogen.

Das Verkehrsaufkommen wird durch verschiedene Faktoren bestimmt. Die wichtigsten davon sind:

- Bevölkerungsentwicklung
- Kfz-Bestand
- Fahrleistung

Für diese Faktoren werden in verschiedenen Quellen Daten für 2016 bis 2030 benannt, so dass die Ermittlung von Veränderungsraten vorgenommen werden konnte.

Bevölkerungsentwicklung

Für den vorliegenden Untersuchungsraum wurde die Bevölkerungsentwicklung der Region betrachtet. In Tabelle 2 ist die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung der jeweiligen Verwaltungskreise dargestellt.

[6] Integration von Verkehrsplanung und räumlicher Planung, Teil 2: Abschätzung der Verkehrserzeugung, Heft 42 – 2000, Hessische Straßen-u. Verkehrsverwaltung

[7] Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, „Verkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge“ Jahr 2022 im Überblick, www.kba.de, Juni 2023

[8] Shell Pkw-Szenarien bis 2040 Fakten, Trends und Perspektiven für Auto-Mobilität, Hrsg.: Shell Deutschland Oil GmbH, Hamburg 2014

Tabelle 2: Entwicklung der Einwohnerzahlen in NRW, Quellen siehe [9]

Entwicklung der Einwohnerzahlen im Untersuchungsraum

Bezirk	2022	2030	2030 in %[1]
Nordrhein-Westfalen	17.924.346	17.883.923	99,8
Düsseldorf, Regierungsbezirk	5.199.528	5.191.364	99,8
Mönchengladbach, krfr. Stadt	259.291	256.785	99,0
Rhein-Kreis Neuss	452.621	456.262	100,8
Viersen, Kreis	298.440	297.539	99,7
Köln, Regierungsbezirk	4.482.151	4.521.952	100,9
Düren, Kreis	265.631	268.728	101,2
Heinsberg, Kreis	257.205	262.043	101,9
Mönchengladbach, krfr. Stadt	259.291	256.785	99,0
Jüchen, Stadt	23.600	24.081	102,0
Niederkrüchten	14.893	14.628	98,2
Schwalmtal	18.958	18.665	98,5
Baesweiler, Stadt	27.391	27.858	101,7
Linnich, Stadt	12.755	13.167	103,2
Titz	8.702	9.299	106,9
Erkelenz, Stadt	43.241	42.895	99,2
Gangelt	12.866	13.734	106,7
Geilenkirchen, Stadt	27.636	28.258	102,3
Heinsberg, Stadt	42.647	43.853	102,8
Hückelhoven, Stadt	40.653	42.057	103,5
Selfkant	10.296	10.573	102,7
Übach-Palenberg, Stadt	23.882	23.812	99,7
Waldfeucht	8.944	9.152	102,3
Wassenberg, Stadt	19.009	20.161	106,1
Wegberg, Stadt	28.031	27.548	98,3

[1] Prozentangabe bezogen auf Daten 2022 (= 100 %)

Stand: 28.11.2023

Wie die Zahlen der Tabelle 2 zeigen, ist die Bevölkerungsentwicklung im betrachteten Raum bis 2030 in einigen Städten und Kommunen bis zu 1,8 % (Niederkrüchten) rückläufig. In anderen Städten und Gemeinden sind Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen, diese liegen zwischen 1,7 % in Baesweiler und 6,7 % in Gangelt.

Kfz-Bestand und Fahrleistung

Die Prognose des Kfz-Bestandes kann den Shell-Pkw-Szenarien (siehe [8]) entnommen werden. Danach steigt der Pkw-Bestand, der im Jahr 2015 rund 44 Mio. Pkw betrug, zunächst an und sinkt dann wieder auf etwa den gleichen Wert im Jahr 2030. Diese

[9] Landesbetrieb für Information und Technik NRW; Bevölkerungsvorausberechnungen 2018 bis 2040 nach Geschlecht – kreisfreie Städte und Kreise – Stichtag; Stand: 28.11.2023

Landesbetrieb für Information und Technik NRW; Gemeindemodellrechnung 2018 bis 2040 – Basis - nach Geschlecht – kreisangehörige Gemeinden – Stichtag; Stand: 28.11.2023

Veränderungen spiegeln sich aufgrund der Kostenentwicklung für Treibstoff aber nur begrenzt in der Entwicklung der Fahrleistung wider.

Die Fahrleistung für Pkw von rund 628 Mrd. km pro Jahr in 2017 stagniert zunächst und fällt dann auf 625 Mrd. km pro Jahr im Jahr 2020 und auf 610 Mrd. km pro Jahr in 2030 zurück (siehe [8]). Dieser leichte Rückgang wird durch die in Deutschland rückläufige Bevölkerungsentwicklung begründet.

Im Güterverkehr sind die erwarteten Entwicklungen deutlich stärker. Laut Shell Nutzfahrzeug-Studie[10] steigt die Güterverkehrsleistung von 641 Mrd. Tonnenkilometer im Jahr 2014 auf über 800 Mrd. Tonnenkilometer im Jahr 2030 an. Dabei wird von einem leichten Rückgang des Anteils des Straßengüterverkehrs am gesamten Transportaufkommen von 73 % in 2014 auf 72 % im Jahr 2030 ausgegangen.

Neben diesen allgemeinen Informationen wurden für die Entwicklung des Schwerverkehrs vor allem die Steigerungsraten der Matrix des DLR[3] herangezogen. Die hieraus verfügbaren Veränderungsfaktoren wurden den Strecken und Bezirken des Netzmodells entsprechend ihrer verkehrlichen Bedeutung zugeordnet.

Die durch den Ukrainekrieg bedingten Veränderungen der Treibstoffpreise und der gestörten Transportketten im Güterverkehr sind in diesen Studien nicht enthalten. Ihre Einbeziehung wäre derzeit nur spekulativ möglich und wird daher nicht vorgenommen.

3.2 Kleinräumige Entwicklungen im Untersuchungsraum

Neben den allgemeinen Entwicklungstendenzen im weiteren Untersuchungsraum, die im vorstehenden Abschnitt erläutert wurden, wurden die Auswirkungen auf die verkehrlichen Verhältnisse aufgrund von strukturellen Veränderungen im engeren Untersuchungsraum aus der Bauleitplanung, wie nachfolgend beschrieben, in die Prognose einbezogen. Dazu wurden entsprechende Informationen über Lage, Größe und Nutzung von geplanten Entwicklungsgebieten bei den Städten Erkelenz, Heinsberg, Hückelhoven, Mönchengladbach, Niederkrüchten, Schwalmtal und Wegberg eingeholt. Anschließend wurde die Verkehrserzeugung dieser neuen Flächen anhand allgemeingültiger Annahmen[11] abgeschätzt. Die Anteile, die die allgemeine Verkehrsentwicklung überstiegen, wurden zusätzlich in die Verkehrsprognose einbezogen.

[10] Shell Nutzfahrzeug-Studie; Diesel oder alternative Antriebe – Womit fahren Lkw und Bus morgen? Fakten, Trends und Perspektiven im Straßengüterverkehr bis 2030, Hrsg.: Shell Deutschland Oil GmbH, Hamburg 2010

[11] Ver_Bau: Abschätzung des Verkehrsaufkommens durch Vorhaben der Bauleitplanung; Dr.-Ing. D. Bosserhoff, 2022

3.3 Prognose 2030

Führt man die oben beschriebenen unterschiedlichen Faktoren und Erkenntnisse zusammen, ergeben sich für die betrachtete Region die in Tabelle 3 ausgewiesenen Veränderungsraten in den Fahrleistungen.

Durch eine steigende Bevölkerungsentwicklung ist ebenfalls mit einer Steigerung der Fahrleistungen in den entsprechenden Kommunen zu rechnen. In den übrigen Bezirken nimmt die Fahrleistung aufgrund der Bevölkerungsentwicklung bis zu 2,3 % (Niederkrüchten, Wegberg) ab.

Tabelle 3: Fahrleistungsentwicklung im Untersuchungsraum

Bezirk	2022	2030
Nordrhein-Westfalen	100,0%	99,2%
Düsseldorf, Regierungsbezirk	100,0%	99,3%
Mönchengladbach, krfr. Stadt	100,0%	98,5%
Rhein-Kreis Neuss	100,0%	100,2%
Viersen, Kreis	100,0%	99,1%
Köln, Regierungsbezirk	100,0%	100,3%
Düren, Kreis	100,0%	100,6%
Heinsberg, Kreis	100,0%	101,3%
Mönchengladbach, krfr. Stadt	100,0%	98,5%
Jüchen, Stadt	100,0%	101,5%
Niederkrüchten	100,0%	97,7%
Schwalmtal	100,0%	97,9%
Baesweiler, Stadt	100,0%	101,1%
Linnich, Stadt	100,0%	102,7%
Titz	100,0%	106,3%
Erkelenz, Stadt	100,0%	98,7%
Gangelt	100,0%	106,2%
Geilenkirchen, Stadt	100,0%	101,7%
Heinsberg, Stadt	100,0%	102,3%
Hückelhoven, Stadt	100,0%	102,9%
Selfkant	100,0%	102,1%
Übach-Palenberg, Stadt	100,0%	99,2%
Waldfeucht	100,0%	101,8%
Wassenberg, Stadt	100,0%	105,5%
Wegberg, Stadt	100,0%	97,7%

Zur Umsetzung dieser Fahrleistungsänderungen in Verkehrsmodellen werden den unterschiedlichen Netzbereichen verschiedene Bedeutungen für den lokalen, regionalen und überregionalen Verkehr zugeordnet.

Unter Beachtung dieser verschiedenen Einflussfaktoren und Entwicklungen werden alle Quelle-Ziel-Relationen der Fahrtenmatrix einzeln an die Steigerungsraten angepasst

(Steigerungsfaktorenmodell nach Lohse)[12]. In der Summe aller Fahrten kann anschließend die Gesamtveränderung des Verkehrs im betrachteten Raum ermittelt werden.

Laut der „Verkehrsverflechtungsprognose 2030“[3] ergibt sich eine allgemeine Verkehrszunahme für den betrachteten Untersuchungsraum von 3,4 % im Leichtverkehr und 11,9 % im Güterverkehr. Diese Verkehrszunahmen im Leicht- und Schwerverkehr beziehen sich auf den im Kapitel 2.2 beschriebenen gesamten Untersuchungsraum. Die Verkehre verteilen sich somit auch auf die umliegenden Autobahnen. In den folgenden Kapiteln werden die Auswirkungen der Verkehrszunahmen für die Untersuchungsstrecke L 364 näher beschrieben.

Für eine angestrebte deutschlandweite Mobilitätswende gibt es derzeit keine wissenschaftlichen und belegbaren Annahmen auf die sich für eine Prognose bis zum Jahr 2030 gestützt werden kann. Die verwendete Verkehrsverflechtungsmatrix, die dem aktuellen Stand der Technik entspricht, berücksichtigt nicht nur den motorisierten Kraftfahrzeugverkehr, sondern den gesamten Personen- und Güterverkehr aller Verkehrszweige (Straßenverkehr, Schienenverkehr, Luftverkehr, Binnenschiffsverkehr, nichtmotorisierter Personenverkehr).[3] Es ist somit davon auszugehen, dass Verkehrsverlagerungen zwischen den einzelnen Verkehrszweigen bis 2030 bereits berücksichtigt wurden. Weiterhin ist eine realistische Abschätzung der Verminderung des Kfz-Verkehrs durch eine Mobilitätswende nur dann belastbar möglich, wenn auch konkrete Änderungen der Verkehrsinfrastruktur (sichere Radwege, weitere Buslinien, neue SPNV-Verbindungen) angegeben sind.

[12] Siehe: „Grundlagen der Straßenverkehrstechnik und der Verkehrsplanung“ Band 1 und 2, Werner Schnabel, Dieter Lohse, 3. vollständig überarbeitete Auflage, Beuth-Verlag, 2011

4 Prognose

Entsprechend dem Planungsansatz wird ein Prognose-Bezugsfall mit den vorgesehenen Maßnahmen, die bis 2030 realisiert sein sollen, unter Prognoseverkehr 2030 berechnet. Zu diesen zählen im näheren Planungsraum die fest disponierten Maßnahmen und Maßnahmen des vordinglichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans 2030 und die Maßnahmen aus dem Planungsprogramm Landesstraßenbedarfsplan Schritt 1.

Als fest disponierte Maßnahmen und Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans 2030 wurde der Ausbau der B 56, der Ausbau der A 52, der Neubau der B 221 und Neubau der B 57 berücksichtigt. Auch die Maßnahmen des Landesstraßenbedarfsplans wurden geprüft. Hier wurden die Maßnahmen der L 277, der L 354 im Bereich des Tagebaus und die OU Hückelhoven/Hilfarth berücksichtigt.

4.1 Prognose-Bezugsfall

Der Prognose-Bezugsfall basiert auf dem kalibrierten Analysenetz und der prognostizierten Verkehrsnachfrage des Jahres 2030. Darüber hinaus wurden für das Jahr 2030 die o.g. Netzergänzungen unterstellt.

In Abbildung 5 und Abbildung 6 sind die daraus resultierenden prognostizierten Gesamtverkehrsstärken sowie die Verkehrsstärken des SV für das Jahr 2030 dargestellt. Auch hier sind die Werte im Gesamtverkehr auf 500 Kfz/24h und im SV auf 50 Fz/24h gerundet.

Im Kfz-Verkehr ergeben sich durch die Verkehrsveränderungen bis 2030 Veränderungen der Verkehre auf der Untersuchungsstrecke. Die Verkehrsbelastung der L 364 nördlich (5.500 Kfz/24h), südlich (4.500 Kfz/24h) und innerhalb (6.000 Kfz/24h) von Gerderhahn nimmt um 1.000 Kfz/24h im Vergleich zur Analyse ab. Auch nördlich und südlich von Golkrath sinkt die Verkehrsmenge um 500 Kfz/24h auf 4.500 Kfz/24h bzw. auf 4.000 Kfz/24h.

Die Belastungen im Schwerverkehr verändern sich im Prognose-Bezugsfall auf den betrachteten Straßenabschnitten wie folgt. Die SV-Belastung auf der L 364 steigt nördlich von Gerderhahn und innerhalb der Ortschaft auf 250 Fz/24h (+50 Fz/24h) und südlich von Gerderhahn auf 300 Fz/24h (+50 Fz/24). Nördlich von Golkrath bleibt die Verkehrsveränderung innerhalb der Rundungsgenauigkeit und südlich von Golkrath steigt die Belastung des Schwerverkehrs auf 200 Fz/24h (+50 Fz/24h).

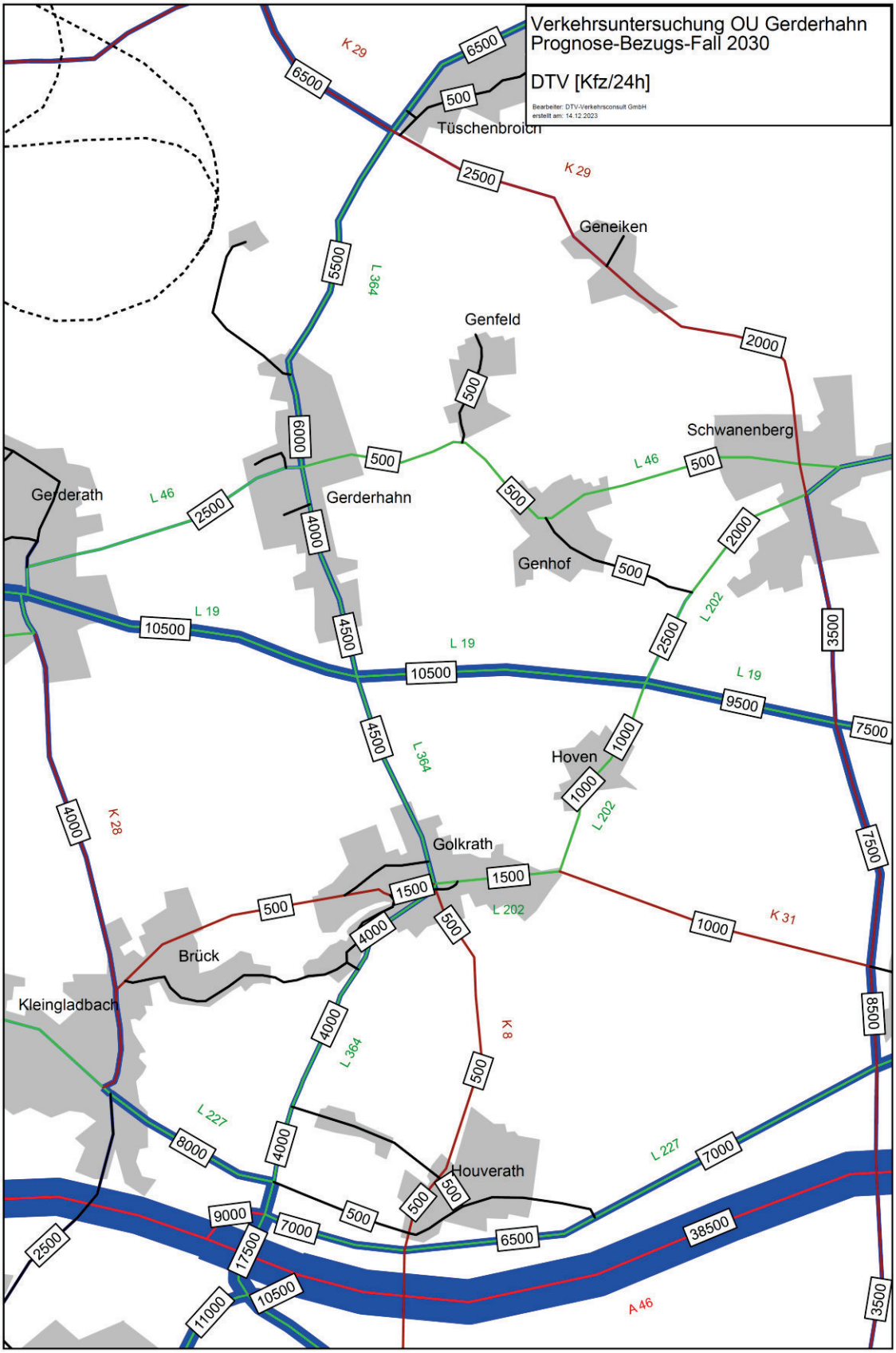


Abbildung 5: Verkehrsstärken Prognose-Bezugsfall 2030, Gesamtverkehr

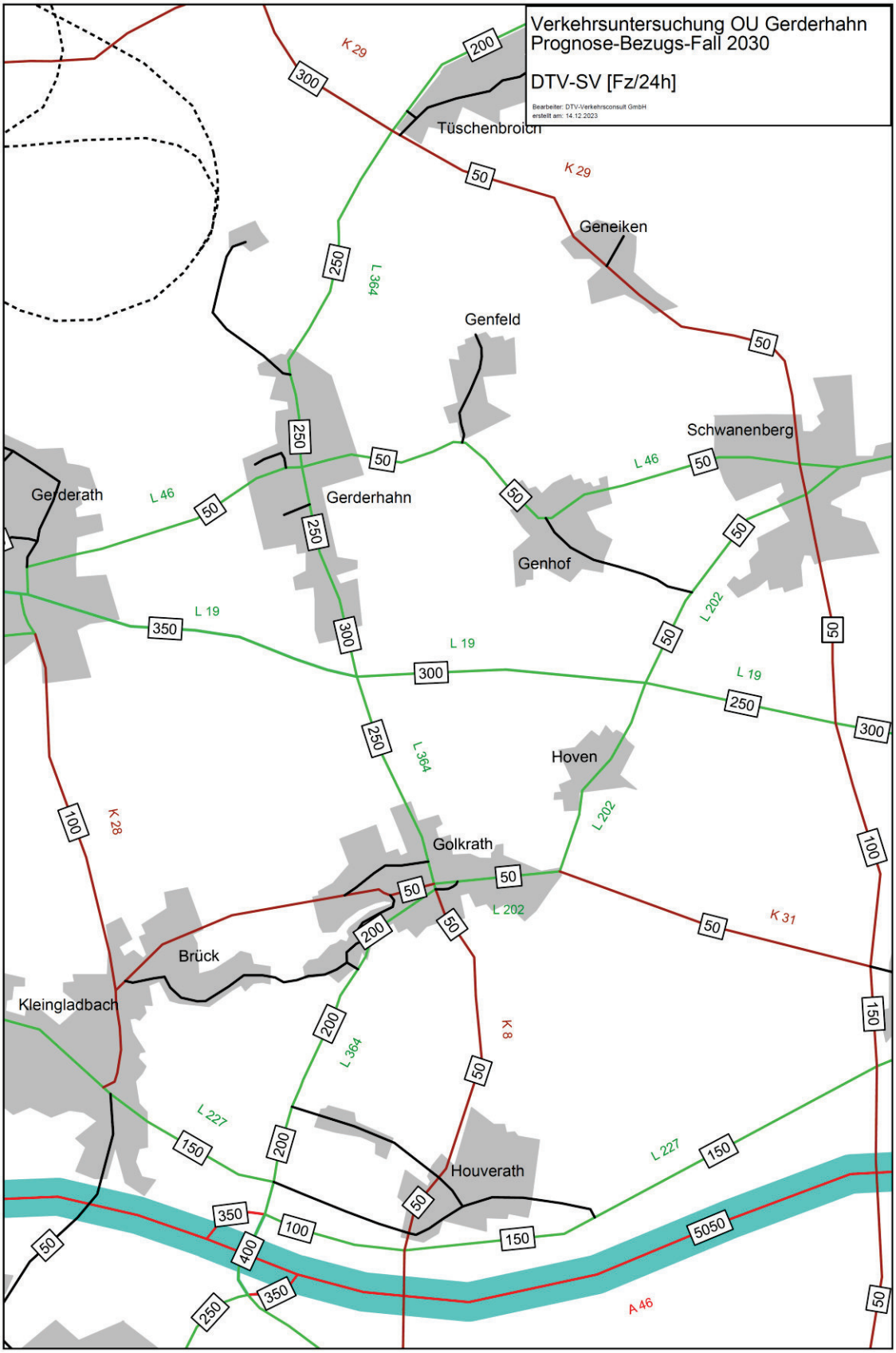


Abbildung 6: Verkehrsstärken Prognose-Bezugsfall 2030, Schwerverkehr

4.2 Prognose-Planfall

Im Prognose-Planfall ist neben den o.g. Netzänderungen bis zum Jahr 2030 der Neubau der L 364n enthalten. Die Ortsumgehung ist nördlich von Gerderhahn durch einen vorfahrtgeregelten Knotenpunkt angebunden, wobei die Ortsumgehung als übergeordnete Straße berücksichtigt ist. Der Anschluss der Ortsumgehung an die L 19 erfolgt über einen 5-armigen Kreisverkehr.

In Abbildung 7 und Abbildung 8 sind die daraus resultierenden prognostizierten Gesamtverkehrsstäken sowie die Verkehrsstärken des SV für das Jahr 2030 dargestellt. Auch hier sind die Werte im Gesamtverkehr auf 500 Kfz/24h und im SV auf 50 Fz/24h gerundet.

Durch den Neubau der Ortsumfahrung der L 364n stellen sich Verkehrsverlagerungen im Untersuchungsgebiet ein. Die Neubaustrecke wird von 6.000 Kfz/24h befahren. Im Vergleich zum Bezugsfall steigt die Verkehrsbelastung nördlich von Gerderhahn auf 7.500 Kfz/24h (+2.000 Kfz/24h). Innerhalb von Gerderhahn nimmt das Verkehrsaufkommen um 4.000 Kfz/24h (2.000 Kfz/24h) ab und südlich sinkt das Verkehrsaufkommen auf 1.500 Kfz/24h (-3.000 Kfz/24h). Nördlich von Golkrath beträgt die Verkehrsbelastung im Planfall 7.000 Kfz/24h (+2.500 Kfz/24h) und südlich von Golkrath 6.500 Kfz/24h (+2.500 Kfz/24h).

Auch die Verkehrsbelastungen im Schwerverkehr verändern sich durch den Neubau der L 364n. Die L 364n wird von 200 Fz/24h genutzt. Nördlich von Gerderhahn ist die Veränderung im Vergleich zum Bezugsfall innerhalb der Rundungsgenauigkeit. Innerhalb von Gerderhahn beträgt die SV-Belastung 50 Fz/24h (-200 Fz/24h) und südlich von Gerderhahn 100 Fz/24h (-200 Fz/24h). Nördlich von Golkrath ergibt sich eine Belastung von 200 Fz/24h (-50 Fz/24h) und südlich Golkrath liegt die Veränderung innerhalb der Rundungsgenauigkeit.

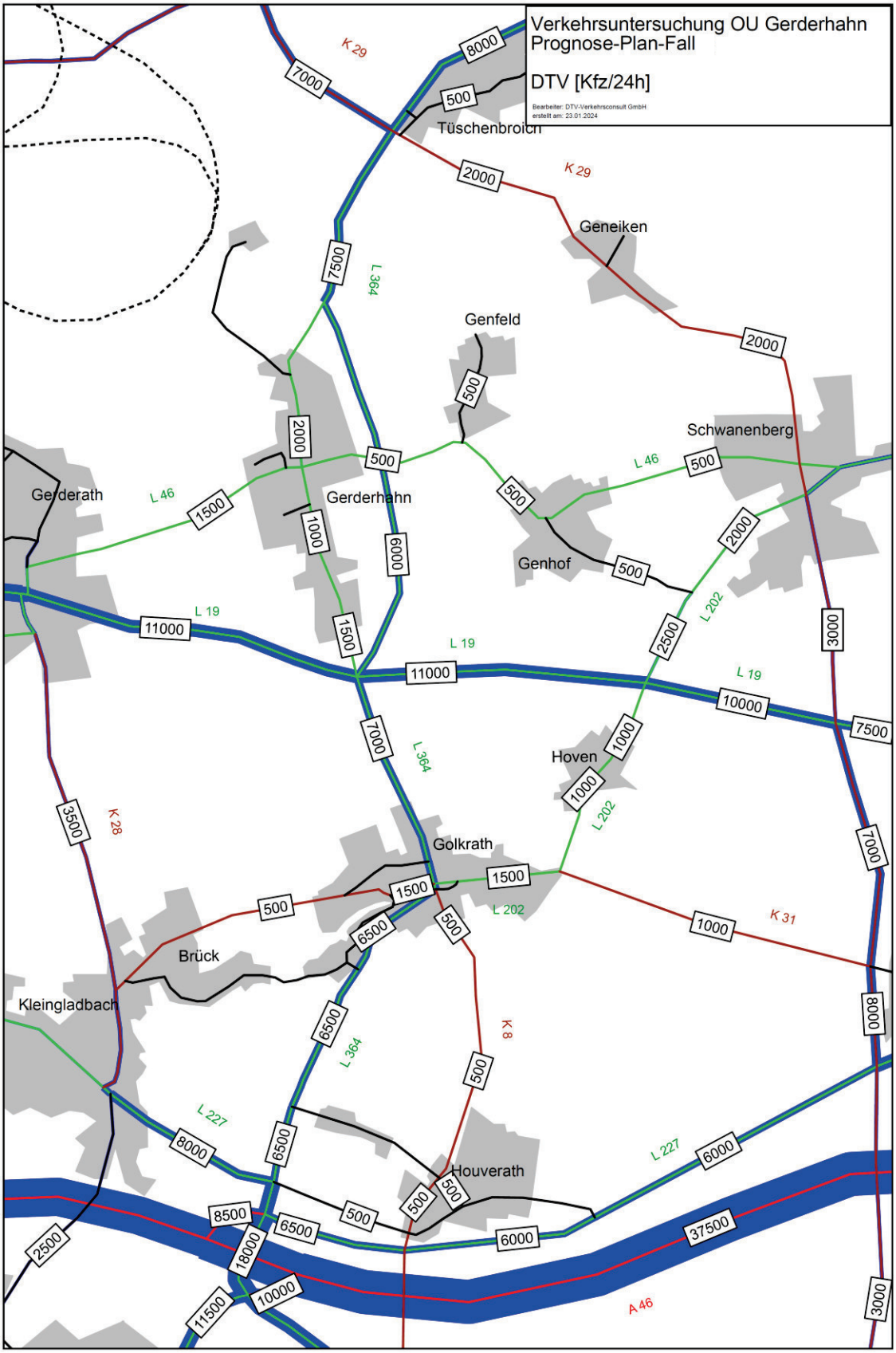


Abbildung 7: Verkehrsstärken Prognose-Planfall 2030, Gesamtverkehr

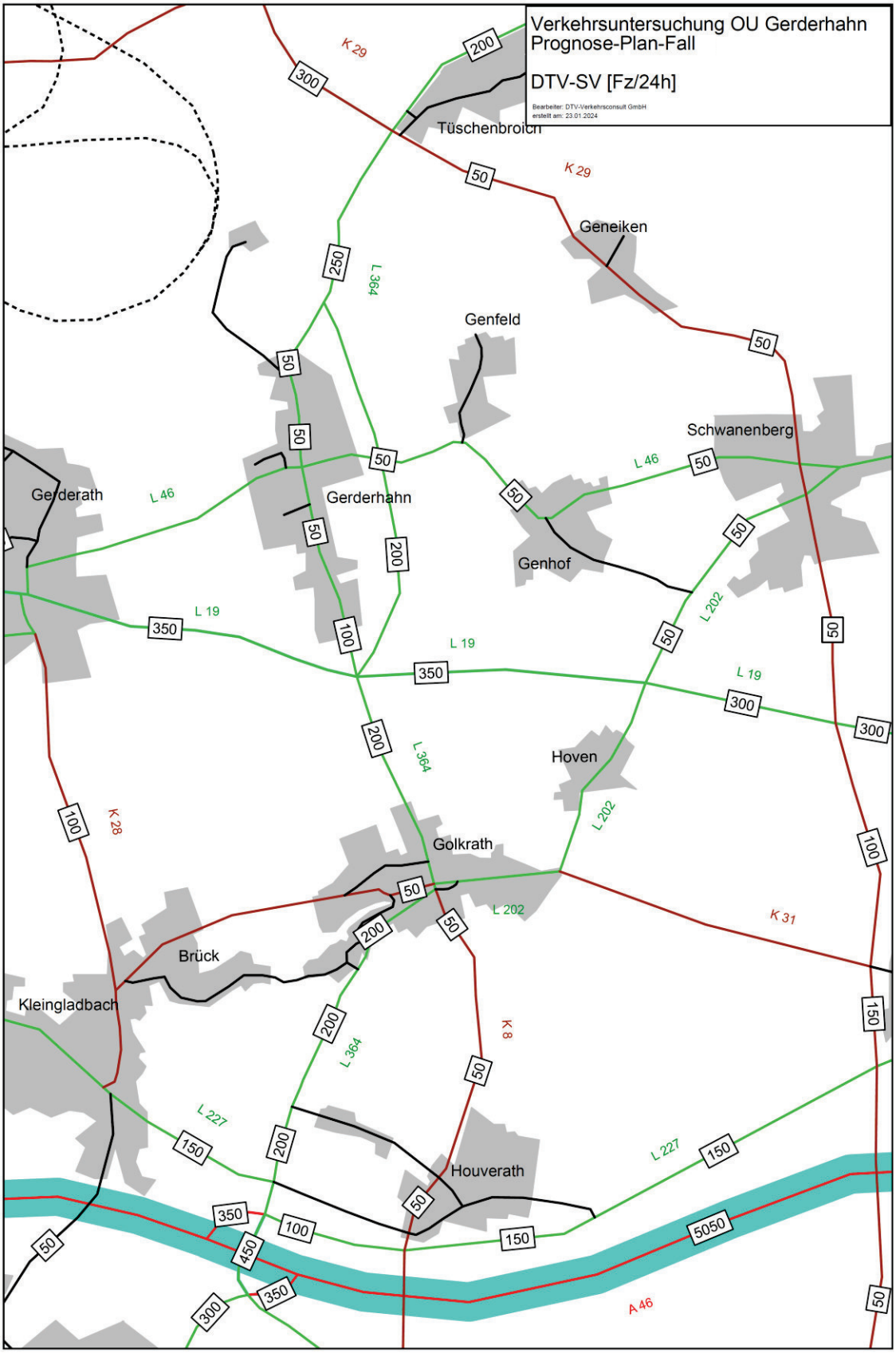


Abbildung 8: Verkehrsstärken Prognose-Planfall 2030, Schwerverkehr

5 Verkehrliche Kennwerte

Für die Untersuchungsstrecke L 364 werden die in Tabelle 4 beschriebenen verkehrlichen Kennwerte ermittelt. Diese werden üblicherweise aus Anteilswerten benachbarter Dauerzählstellen abgeleitet. In der Nähe des Untersuchungsgebiets liegt die Dauerzählstelle Arsbeck (5276) auf der B 221, die Auswertungen ermöglicht. Die Ergebnisse des Zähljahres 2022 werden daher verwendet, um folgende Parameter bestimmen zu können:

- Umrechnung DTV zu DTV_W und DTV_{W5}
- Umrechnung DTV_{SV} zu $DTV_{W, SV}$ und $DTV_{W5, SV}$
- Ermittlung der Lärmkennwerte

5.1 Berechnung der Bemessungsverkehrsstärken

Die unterschiedlichen Bemessungsverkehrsstärken für die Bewertung des Verkehrsablaufs und die Kennwerttabelle wurden für die Knotenpunkte und Strecken aus den Zähldaten der Knotenpunkte abgeleitet. Die ermittelten Strombelastungen aus den Knotenpunktberechnungen (Kfz und SV) dienen zur Berechnung der richtungsscharfen Bemessungsverkehrsstärke der Strecken. Liegt eine Strecke zwischen zwei gezählten Knotenpunkten wird jeweils die Bemessungsverkehrsstärke des zulaufenden Verkehrsstroms genutzt. Somit korrespondieren die Bemessungsverkehrsstärken der unterschiedlichen Elemente und die Berechnung bleibt nachvollziehbar. Da sowohl in den Erhebungsdaten als auch in den modellierten Prognosezuständen an einzelnen Knotenpunkten Fahrtbeziehungen gar nicht oder nur sehr gering belastet waren, wurden an diesen Stellen die Werte für die Nachweise händisch angepasst. So wurde mit einer Bemessungsverkehrsstärke von mindestens 10 Kfz-Fahrten und 1 SV-Fahrt gerechnet. Diese Korrektur ergibt sich dadurch, dass die betroffenen Fahrtbeziehungen nicht gesperrt sind und daher für die Nachweise eine Belastung anzunehmen ist.

Tabelle 4: Beschreibung verkehrliche Kennwerte

Wert	Beschreibung	Einheit
DTV	Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke aller Tage des Jahres	Kfz/24h
DTV_{SV}	Durchschnittlicher täglicher Schwerverkehr aller Tage des Jahres	Fz/24h
SVA	Schwerverkehrsanteil an der durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke aller Tage des Jahres	%
DTV_W	Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke aller Werktage des Jahres von Montag bis Samstag (ohne Feiertage) außerhalb der Schulferien	Kfz/24h
$DTV_{W,SV}$	Durchschnittlicher täglicher Schwerverkehr an den Werktagen von Montag bis Samstag (ohne Feiertage) außerhalb der Schulferien	Fz/24h
SVA_W	Schwerverkehrsanteil an der durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke an den Werktagen von Montag bis Samstag (ohne Feiertage) außerhalb der Schulfeerien	%

Wert	Beschreibung	Einheit
DTV_{W5}	Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke an den Werktagen von Montag bis Freitag (ohne Feiertage) außerhalb der Schulferien	Kfz/24h
$DTV_{W5,SV}$	Durchschnittlicher täglicher Schwerverkehr an den Werktagen von Montag bis Freitag (ohne Feiertage) außerhalb der Schulferien	Fz/24h
SVA_{W5}	Schwerverkehrsanteil an der durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke an den Werktagen von Montag bis Freitag (ohne Feiertage) außerhalb der Schulferien	%
MSV	Maßgebende stündliche Verkehrsstärke (Verkehrsstärke der 50. Stunde der Dauerlinie)	Kfz/h
b_{SV}	Schwerverkehrsanteil über 3,5 t am MSV	%
$q_{B,v}$	Maßgebende vormittägliche Bemessungsverkehrsstärke (6:00 bis 10:00 Uhr)	Kfz/h
$b_{SV,v}$	Schwerverkehrsanteil über 3,5 t am $q_{B,v}$	%
$q_{B,n}$	Maßgebende nachmittägliche Bemessungsverkehrsstärke (15:00 bis 19.00 Uhr)	Kfz/h
$b_{SV,n}$	Schwerverkehrsanteil über 3,5 t am $q_{B,n}$	%
M_T	Stündliche Verkehrsstärke der Quelllinie (6 – 22 Uhr), gem. RLS 19	Kfz/h
M_N	Stündliche Verkehrsstärke der Quelllinie (22 – 6 Uhr), gem. RLS 19	Kfz/h
$p_{1,T}$	Anteil an Fahrzeugen der Fahrzeuggruppe Lkw1 (Lastkraftwagen ohne Anhänger mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5t und Busse), Tageswerte (6 – 22 Uhr), gem. RLS 19	%
$p_{1,N}$	Anteil an Fahrzeugen der Fahrzeuggruppe Lkw1 (Lastkraftwagen ohne Anhänger mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5t und Busse), Nachtwerte (22 – 6 Uhr), gem. RLS 19	%
$p_{2,T}$	Anteil an Fahrzeugen der Fahrzeuggruppe Lkw2 (Lastkraftwagen mit Anhänger bzw. Sattelkraftfahrzeuge – Zugmaschinen mit Auflieger – mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5t), Tageswerte (6 – 22 Uhr), gem. RLS 19	%
$p_{2,N}$	Anteil an Fahrzeugen der Fahrzeuggruppe Lkw2 (Lastkraftwagen mit Anhänger bzw. Sattelkraftfahrzeuge – Zugmaschinen mit Auflieger – mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5t), Nachtwerte (22 – 6 Uhr), gem. RLS 19)	%

5.2 Methodik zur Ermittlung der Lärmkennwerte

Die Berechnung der ausgewiesenen Kennwerte erfolgte auf Basis der oben genannten Zählstelle. Die Berechnung der Tag- und Nachtwerte erfolgte ebenso gemäß der an der Dauerzählstelle ermittelten Faktoren.

5.2.1 Lärmkennwerte nach RLS-19

Als Grundlage für weitere erforderliche Detailberechnungen im Rahmen der Genehmigungsplanung wurden die in den „Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen – Ausgabe 2019 (RLS-19)“ eingeführte Kennwerte berechnet. Diese dienen zur Berechnung des Beurteilungspegels.

Als Grundlage für die Berechnung dienten Jahreswerte aus der Dauerzählstelle Arsbeck. Die Abschätzung gilt unter der Annahme, dass die Verkehrszusammensetzung in der Prognose ähnlich der Verteilung der Fahrzeugarten im Bestand 2022 ist.

Die so ermittelten Kennwerte für die Untersuchungsstrecke sind in den folgenden Tabellen zusammengestellt.

Tabelle 5: Verkehrliche Kennwerte

Nr.	Straße	Name Abschnitt von	Name Abschnitt nach	Analyse – Verkehrliche Kennwerte 2022 DTV [Kfz/24h]	DTV$_{SV}$ [Fz/24h]	SVA [%]	DTV$_{W}$ [Kfz/24h]	DTV$_{W,SV}$ [Fz/24h]	SVA$_{W}$ [%]	DTV$_{W5}$ [Kfz/24h]	DTV$_{W5,SV}$ [Fz/24h]	SVA$_{W5}$ [%]	MSV [Kfz/h]	b$_{SV}$ [%]	q$_{B,v}$ [Kfz/h]	b$_{SV,v}$ [%]	q$_{B,n}$ [Kfz/h]	b$_{SV,n}$ [%]
1	L 364	K 29	L 364n	6.484	198	3,1	6.988	245	3,5	7.253	280	3,9	719	1,8	566	2,8	719	1,8
2	L 364	L 364n	Moorheide	6.484	198	3,1	6.988	245	3,5	7.253	280	3,9	719	1,8	566	2,8	719	1,8
3	L 364	Moorheide	Alte Römerstraße	6.841	206	3,0	7.373	254	3,5	7.652	292	3,8	686	3,1	533	4,3	686	3,1
4	L 364	Alte Römerstraße	Paulusweg	4.810	205	4,3	5.184	253	4,9	5.380	290	5,4	532	4,1	401	6,2	532	4,1
5	L 364	Paulusweg	Gerderather Mühle	5.330	237	4,4	5.744	293	5,1	5.962	336	5,6	567	2,6	488	3,7	567	2,6
6	L 364	Gerderather Mühle	Wiesengrund	5.032	233	4,6	5.423	288	5,3	5.629	330	5,9	530	1,9	445	2,1	530	1,9
7	L 364	Wiesengrund	Terreicken	5.296	228	4,3	5.708	282	4,9	5.924	323	5,4	503	3,0	425	4,9	503	3,0
8	L 364	Terreicken	Am Kloster	5.247	219	4,2	5.655	270	4,8	5.869	310	5,3	526	2,9	440	5,9	526	2,9
9	L 364	Am Kloster	Golkrather Bruch	4.433	161	3,6	4.777	199	4,2	4.959	228	4,6	476	2,9	392	6,6	476	2,9

Nr.	Straße	Name Abschnitt von	Name Abschnitt nach	Prognose-Bezugs-Fall – Verkehrliche Kennwerte 2030 DTV [Kfz/24h]	DTV$_{SV}$ [Fz/24h]	SVA [%]	DTV$_{W}$ [Kfz/24h]	DTV$_{W,SV}$ [Fz/24h]	SVA$_{W}$ [%]	DTV$_{W5}$ [Kfz/24h]	DTV$_{W5,SV}$ [Fz/24h]	SVA$_{W5}$ [%]	MSV [Kfz/h]	b$_{SV}$ [%]	q$_{B,v}$ [Kfz/h]	b$_{SV,v}$ [%]	q$_{B,n}$ [Kfz/h]	b$_{SV,n}$ [%]
1	L 364	K 29	L 364n	5.618	258	4,6	6.055	319	5,3	6.284	365	5,8	654	2,4	499	3,9	654	2,4
2	L 364	L 364n	Moorheide	5.618	258	4,6	6.055	319	5,3	6.284	365	5,8	654	2,4	499	3,9	654	2,4
3	L 364	Moorheide	Alte Römerstraße	5.994	268	4,5	6.460	331	5,1	6.705	379	5,7	601	4,8	467	5,9	601	4,8
4	L 364	Alte Römerstraße	Paulusweg	4.114	249	6,1	4.434	307	6,9	4.602	353	7,7	459	5,8	349	8,6	459	5,8
5	L 364	Paulusweg	Gerderather Mühle	4.620	287	6,2	4.979	354	7,1	5.168	406	7,9	500	3,8	438	6,3	500	3,8
6	L 364	Gerderather Mühle	Wiesengrund	4.298	270	6,3	4.632	333	7,2	4.808	382	8,0	457	2,6	393	2,8	457	2,6
7	L 364	Wiesengrund	Terreicken	4.500	264	5,9	4.850	326	6,7	5.034	374	7,4	421	4,0	360	6,6	421	4,0
8	L 364	Terreicken	Am Kloster	4.627	256	5,5	4.987	316	6,3	5.176	362	7,0	451	3,9	393	8,2	451	3,9
9	L 364	Am Kloster	Golkrather Bruch	3.957	188	4,8	4.264	232	5,4	4.426	266	6,0	428	3,8	360	8,3	428	3,8

Nr.	Straße	Name Abschnitt von	Name Abschnitt nach	Prognose-Plan-Fall – Verkehrliche Kennwerte 2030 DTV [Kfz/24h]	DTV$_{SV}$ [Fz/24h]	SVA [%]	DTV$_{W}$ [Kfz/24h]	DTV$_{W,SV}$ [Fz/24h]	SVA$_{W}$ [%]	DTV$_{W5}$ [Kfz/24h]	DTV$_{W5,SV}$ [Fz/24h]	SVA$_{W5}$ [%]	MSV [Kfz/h]	b$_{SV}$ [%]	q$_{B,v}$ [Kfz/h]	b$_{SV,v}$ [%]	q$_{B,n}$ [Kfz/h]	b$_{SV,n}$ [%]
1	L 364	K 29	L 364n	7.568	246	3,3	8.156	304	3,7	8.465	348	4,1	893	1,8	679	2,9	893	1,8
2	L 364	L 364n	Moorheide	1.801	51	2,8	1.941	63	3,2	2.015	72	3,6	893	1,8	679	2,9	893	1,8
3	L 364	Moorheide	Alte Römerstraße	2.223	61	2,7	2.396	75	3,1	2.487	86	3,5	209	3,4	167	4,8	209	3,4
4	L 364	Alte Römerstraße	Paulusweg	1.124	64	5,7	1.211	79	6,5	1.257	91	7,2	127	7,1	110	9,7	127	7,1
5	L 364	Paulusweg	Gerderather Mühle	1.678	101	6,0	1.808	125	6,9	1.877	143	7,6	232	8,7	224	12,9	232	8,7
6	L 364	Gerderather Mühle	Wiesengrund	6.757	224	3,3	7.282	277	3,8	7.558	317	4,2	702	1,9	584	2,0	702	1,9
7	L 364	Wiesengrund	Terreicken	7.123	218	3,1	7.676	269	3,5	7.968	309	3,9	674	2,4	575	4,0	674	2,4
8	L 364	Terreicken	Am Kloster	7.201	250	3,5	7.761	309	4,0	8.055	354	4,4	703	2,4	600	5,2	703	2,4
9	L 364	Am Kloster	Golkrather Bruch	6.535	180	2,8	7.043	222	3,2	7.310	255	3,5	680	2,2	570	5,0	680	2,2
10	L 364n	L 364n	L 19	5.767	195	3,4	6.215	241	3,9	6.451	276	4,3	732	0,9	561	1,2	732	0,9

Tabelle 6: Lärmkennwerte nach RLS-19

Analyse											
Straße	Abschnitt		Verkehrliche Kennwerte			Lärmkennwerte nach RLS-19					
	von	nach	DTV [Kfz/d]	SV [Fz>3,5t/d]	SV (b_{SV}) [% des DTV]	M_{tags} [Kfz/h]	M_{nachts} [Kfz/h]	$p_{1,tags}$ [%]	$p_{1,nachts}$ [%]	$p_{2,tags}$ [%]	$p_{2,nachts}$ [%]
L 364	K 29	L 364n	6.484	198	3,1	379	53	1,1%	0,9%	2,0%	0,9%
L 364	L 364n	Moorheide	6.484	198	3,1	379	53	1,1%	0,9%	2,0%	0,9%
L 364	Moorheide	Alte Römerstraße	6.841	206	3,0	400	56	1,1%	0,9%	1,9%	0,9%
L 364	Alte Römerstraße	Paulusweg	4.810	205	4,3	281	40	1,5%	1,2%	2,7%	1,2%
L 364	Paulusweg	Gerderather Mühle	5.330	237	4,4	311	44	1,6%	1,3%	2,9%	1,3%
L 364	Gerderather Mühle	Wiesengrund	5.032	233	4,6	294	41	1,7%	1,3%	3,0%	1,3%
L 364	Wiesengrund	Terreicken	5.296	228	4,3	309	44	1,6%	1,2%	2,8%	1,2%
L 364	Terreicken	Am Kloster	5.247	219	4,2	306	43	1,5%	1,2%	2,7%	1,2%
L 364	Am Kloster	Golkrather Bruch	4.433	161	3,6	259	37	1,3%	1,0%	2,3%	1,0%

Prognose-Bezugs-Fall											
Straße	Abschnitt		Verkehrliche Kennwerte			Lärmkennwerte nach RLS-19					
	von	nach	DTV [Kfz/d]	SV [Fz>3,5t/d]	SV (b_{SV}) [% des DTV]	M_{tags} [Kfz/h]	M_{nachts} [Kfz/h]	$p_{1,tags}$ [%]	$p_{1,nachts}$ [%]	$p_{2,tags}$ [%]	$p_{2,nachts}$ [%]
L 364	K 29	L 364n	5.618	258	4,6	328	46	1,7%	1,3%	3,0%	1,3%
L 364	L 364n	Moorheide	5.618	258	4,6	328	46	1,7%	1,3%	3,0%	1,3%
L 364	Moorheide	Alte Römerstraße	5.994	268	4,5	350	49	1,6%	1,3%	2,9%	1,3%
L 364	Alte Römerstraße	Paulusweg	4.114	249	6,1	240	34	2,2%	1,7%	3,9%	1,7%
L 364	Paulusweg	Gerderather Mühle	4.620	287	6,2	270	38	2,2%	1,8%	4,0%	1,8%
L 364	Gerderather Mühle	Wiesengrund	4.298	270	6,3	251	35	2,3%	1,8%	4,0%	1,8%
L 364	Wiesengrund	Terreicken	4.500	264	5,9	263	37	2,1%	1,7%	3,8%	1,7%
L 364	Terreicken	Am Kloster	4.627	256	5,5	270	38	2,0%	1,6%	3,6%	1,6%
L 364	Am Kloster	Golkrather Bruch	3.957	188	4,8	231	33	1,7%	1,4%	3,1%	1,4%

Prognose-Plan-Fall											
Straße	Abschnitt		Verkehrliche Kennwerte			Lärmkennwerte nach RLS-19					
	von	nach	DTV [Kfz/d]	SV [Fz>3,5t/d]	SV (b_{SV}) [% des DTV]	M_{tags} [Kfz/h]	M_{nachts} [Kfz/h]	$p_{1,tags}$ [%]	$p_{1,nachts}$ [%]	$p_{2,tags}$ [%]	$p_{2,nachts}$ [%]
L 364	K 29	L 364n	7.568	246	3,3	442	62	1,2%	0,9%	2,1%	0,9%
L 364	L 364n	Moorheide	1.801	51	2,8	105	15	1,0%	0,8%	1,8%	0,8%
L 364	Moorheide	Alte Römerstraße	2.223	61	2,7	130	18	1,0%	0,8%	1,8%	0,8%
L 364	Alte Römerstraße	Paulusweg	1.124	64	5,7	66	9	2,1%	1,6%	3,7%	1,6%
L 364	Paulusweg	Gerderather Mühle	1.678	101	6,0	98	14	2,2%	1,7%	3,9%	1,7%
L 364	Gerderather Mühle	Wiesengrund	6.757	224	3,3	395	56	1,2%	0,9%	2,1%	0,9%
L 364	Wiesengrund	Terreicken	7.123	218	3,1	416	59	1,1%	0,9%	2,0%	0,9%
L 364	Terreicken	Am Kloster	7.201	250	3,5	421	59	1,3%	1,0%	2,2%	1,0%
L 364	Am Kloster	Golkrather Bruch	6.535	180	2,8	382	54	1,0%	0,8%	1,8%	0,8%
L 364n	L 364n	L 19	5.767	195	3,4	337	48	1,2%	1,0%	2,2%	1,0%

6 Qualität des Verkehrsablaufs

Zur Überprüfung der Qualität des Verkehrsablaufs wurde für den betroffenen Planungsraum eine Bewertung der Verkehrsqualität nach HBS 2015 vorgenommen. Dabei werden die einzelnen Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs (QSV) von A bis F unterschieden, die sich für den fließenden Verkehr wie folgt beschreiben lassen:

QSV A: Die individuelle Bewegungsfreiheit der Verkehrsteilnehmer ist nahezu unbeeinträchtigt. Der Verkehrsfluss ist frei.

QSV B: Die individuelle Bewegungsfreiheit der Verkehrsteilnehmer ist nur in geringem Maß beeinträchtigt. Der Verkehrsfluss ist nahezu frei.

QSV C: Die individuelle Bewegungsfreiheit der Verkehrsteilnehmer ist spürbar beeinträchtigt. Der Verkehrsfluss ist stabil.

QSV D: Die individuelle Bewegungsfreiheit der Verkehrsteilnehmer ist deutlich beeinträchtigt. Der Verkehrsfluss ist noch stabil.

QSV E: Die individuelle Bewegungsfreiheit der Verkehrsteilnehmer ist nahezu ständig beeinträchtigt. Der Verkehrsfluss ist instabil. Die Grenze der Funktionsfähigkeit wird erreicht.

QSV F: Die individuelle Bewegungsfreiheit der Verkehrsteilnehmer ist ständig beeinträchtigt. Die Funktionsfähigkeit ist nicht mehr gegeben.

Für eine ausreichende Qualität des Verkehrsablaufs soll die Qualitätsstufe D erreicht werden.

6.1 Bewertung der Verkehrsqualität nach HBS 2015

Zur Überprüfung der Verkehrsqualität der Knotenpunkte wurden die Bemessungsverkehrsstärken, wie in Kapitel 5 beschrieben, genutzt.

6.1.1 Knotenpunkte

Auch die Qualität des Verkehrsablaufs an den Knotenpunkten, welche in der Analyse erhoben wurden, wird nach HBS 2015 nachgewiesen. Tabelle 7 zeigt die Ergebnisse der Bewertungen und in der Anlage sind die zugehörigen Formblätter enthalten.

Tabelle 7: Ergebnisse der Bewertung der Verkehrsqualität; Knotenpunkte

Nr.	Knotenpunkt	Analyse QSV	Prognose-Bezugs-Fall QSV	Plan-Fall QSV
1	L 364 Gerderhahner Straße / K 29	A	A	A
2	In Gerderhahn / Römerstraße	B	B	A
3	L 364 / L 19	C	D	C
4.1	Lauerstraße / Gerderather Burgstraße	C	D	D
4.2	Lauerstraße / Fronderath	B	B	B
5	L 19 / L 202	C	E	E
6	L 364 Am Kloster / Terreicken	A	A	B
7	L 364 Hochstraße / Am Kloster	A	A	A
8	L 202 Terreicken / L 202 Hoven / K 31 Terreicken	A	A	A
9	L 364 / Houverather Straße / Kleingladbacher Straße	C	D	E
10	L 364 / 227 / Rampe A 46	D	F	E
11	L 364 Gladbacher Straße / Südteil AS Hückelhoven-Ost	A	E	E
12	L 227 / Heiderbusch	B	B	B
13	L 227 Hückelhovener Straße / K 29 Hohenbuscher Straße	A	A	A
14	L 19 / K 29	A	A	A
15	L 364n / L 364			B

Die Ergebnisse der Nachweise zur Qualität des Verkehrsablaufs zeigen, dass in der Analyse alle Knotenpunkte die Qualitätsstufe D oder besser erreichen. Die Hälfte der Knotenpunkte erreicht sogar die QSV A.

Die Verkehrsveränderungen zum Prognosehorizont 2030 haben zur Folge, dass sich die Qualität des Verkehrsablaufs an sechs Knotenpunkten verringert. Die Knotenpunkte 3, 4.1 und 9 erreichen nur noch die Qualitätsstufe D. Die Knotenpunkte 5, 10 und 11 sind im Bezugsfall nicht leistungsfähig.

Durch den Bau der Ortsumgehung verändern sich die Qualitätsstufen der unterschiedlichen Knotenpunkte nur gering im Vergleich zum Bezugsfall. Die Knotenpunkte 5, 9, 10 und 11 werden als nicht leistungsfähig bewertet, da sie nur die QSV E erreichen. Der Knotenpunkt 3 verbessert sich durch den Umbau zu einem 5-armigen Kreisverkehr auf QSV C. Durch geeignete Maßnahmen (z.B. Einbau einer Lichtsignalanlage) kann an den defizitär bewerteten Knotenpunkten eine ausreichende Leistungsfähigkeit sichergestellt werden.

7 Zusammenfassung

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Niederrhein, und die Stadt Erkelenz planen den Neubau der L 364n – Ortsumgehung Erkelenz-Gerderhahn.

Um die verkehrlichen Auswirkungen abschätzen zu können, wurde die aktuelle Verkehrssituation (2022) erfasst, eine Prognose für das Jahr 2030 vorgenommen und die Belastungen der Prognose und der Analyse vergleichend gegenübergestellt.

Für die Verkehrsprognose wurde neben der bundesweiten Verkehrsentwicklung auch die kleinräumige Planung der Kommunen im Planungsgebiet abgefragt und in die Gesamtprognose einbezogen. Insgesamt ist mit einer Steigerung des Verkehrsaufkommens zu rechnen, sowohl im Leichtverkehr als auch im Schwerverkehr.

Im Analysenetz liegen die Belastungszahlen auf der L 364 zwischen 7.000 Kfz/24h und 4.500 Kfz/24h. Im Prognose-Bezugsfall 2030 verlagert sich das Verkehrsaufkommen, sodass die Belastungen auf der L 364 zwischen 6.000 Kfz/24h und 4.000 Kfz/24h liegen.

Im Planfall wird die Ortsumgehung Gerderhahn von 6.000 Kfz/24h genutzt. Die Verkehrsbelastung in Gerderhahn verringert sich, aber die Verkehrsbelastung südlich der L 19 erhöht sich. Die Verkehrsbelastung in der Ortschaft Golkrath erhöht sich auf 7.000 Kfz/24h und liegt somit auf einem vergleichbaren Niveau wie die Verkehrsbelastungen in Gerderhahn im Jahr 2022.

Als Grundlage für weitere Planungen wurden verschiedene verkehrliche Kennwerte zur Beschreibung der Verkehrszusammensetzung und -charakteristik sowie die Eingangsgrößen für die schalltechnischen Berechnungen ermittelt und ausgewiesen.

Abschließend wurde eine Bewertung des Verkehrsablaufs nach HBS 2015 für die im Planungsraum befindlichen Knotenpunkte durchgeführt. Diese Bewertungen wurden sowohl für die Analyse 2022 als auch für die Prognose vorgenommen. Anhand der nachgewiesenen Qualitätsstufen lässt sich festhalten, dass einige Knotenpunkte im Jahr 2030 nicht leistungsfähig sind. Die erfassten Leistungsfähigkeitsdefizite an den Knotenpunkten sind nicht durch die Ortsumgehung Gerderhahn begründet, sondern bestehen überwiegend bereits im Planfall ohne L 364n. Eine ausreichende Leistungsfähigkeit lässt sich an den betroffenen Knotenpunkten durch entsprechende Maßnahmen herstellen.

Aachen, 13. Juni 2024

DTV-Verkehrsconsult GmbH

Dr.-Ing. Hartmut Ziegler

8 Abkürzungsverzeichnis

BASt *Bundesanstalt für Straßenwesen*

DZ *Dauerzählstelle*

GEH-Wert *Wert zur Beschreibung der Übereinstimmung einer gezählten Verkehrsstärke mit einer modellierten Verkehrsstärke*

HBS *Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen*

KP *Knotenpunkt*

MIV *motorisierter Individualverkehr*

QSV *Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs*

SVZ *Straßenverkehrszählung*

9 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zählstellenlage (Grundlagenkarte Quelle: openstreetmap.de) 6
Abbildung 2: Analysenetz 8
Abbildung 3: Verkehrsstärken Analyse 2022, Gesamtverkehr 11
Abbildung 4: Verkehrsstärken Analyse 2022, Schwerverkehr 12
Abbildung 5: Verkehrsstärken Prognose-Bezugsfall 2030, Gesamtverkehr 20
Abbildung 6: Verkehrsstärken Prognose-Bezugsfall 2030, Schwerverkehr 21
Abbildung 7: Verkehrsstärken Prognose-Planfall 2030, Gesamtverkehr 23
Abbildung 8: Verkehrsstärken Prognose-Planfall 2030, Schwerverkehr 24

10 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Besetzungsgrad im MIV getrennt nach Fahrtzwecken eigene Zusammenstellung aus den Quellen [5] und [6] 14

Tabelle 2: Entwicklung der Einwohnerzahlen in NRW, Quellen siehe 15

Tabelle 3: Fahrleistungsentwicklung im Untersuchungsraum 17

Tabelle 4: Beschreibung verkehrliche Kennwerte 25

Tabelle 5: Verkehrliche Kennwerte 28

Tabelle 6: Lärmkennwerte nach RLS-19 29

Tabelle 7: Ergebnisse der Bewertung der Verkehrsqualität; Knotenpunkte 31

ERK
EL
ENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/706/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 22.08.2024 Verfasser: Amt 61 Thomas Balzhäuser

2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 "Agrarzentrum Tenholter Str.", Erkelenz-Mitte

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 06.12.2022 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.“, Er-kelenz-Mitte, beschlossen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf des Bebauungsplanes zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen, zu dem Entwurf des Bebauungsplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 16 vom 20.10.2023 bekannt gemacht.

Ziel der Planung ist die Änderung der zulässigen Höhenfestsetzung sowie Veränderung der überbaubaren Grundstücksfläche im derzeitigen GE 1 und GE 2. Die Art der Nutzung wird im Vergleich zum derzeitigen Planrecht nicht verändert. Der Geltungsbereich der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“ umfasst die Flurstücke 48 (tw.), 49 (tw.), 326, 327 und 336 (tw.) der Flur 33 in der Gemarkung Erkelenz und hat insgesamt eine Flächengröße von ca. 1,8 ha. Der Geltungsbereich ist als Anlage beigefügt und befindet sich östlich der Tenholter Str., nördlich der K 32 und westlich der Bahntrasse.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 16 vom 20.10.2023 bekannt gemacht. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 23.10.2023 bis einschließlich 30.11.2023 in der Stadt-

verwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 23.10.2023 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet. Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte wurde mit Schreiben vom 20.10.2023 über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.“, Erkelenz-Mitte, beteiligt.

4. Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Nach Beschluss des Rates der Stadt Erkelenz vom 24.04.2024 wurde der Entwurf zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.“, Erkelenz-Mitte, nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 7 vom 26.04.2024 in der Zeit vom 29.04.2024 bis 02.06.2024 im Internet veröffentlicht und in der Stadtverwaltung öffentlich ausgelegt. Während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden keine abwägungsrelevante Stellungnahme der Öffentlichkeit vorgetragen.

5. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentliche Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 08.01.2024 über die Öffentlichkeitsbeteiligung unterrichtet und gem. § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt. Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.“, Erkelenz-Mitte, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belange, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.“, Erkelenz-Mitte, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Die 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.“, Erkelenz-Mitte, wird unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitende und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.

Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden. Mit geringen Ausnahmen sind bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten. Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich, durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:
keine
Bezüglich der Planungskosten für die Bauleitplanung wurde ein Durchführungsvertrag gem. § 12 BauGB zwischen der Stadt Erkelenz und der Vorhabenträgerin abgeschlossen. In diesem verpflichtet sich die Vorhabenträgerin zur Durchführung der Maßnahme.

Anlagen:
- Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange- zur Beschlussvorlage der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.“, Erkelenz-Mitte
- Übersicht über den Geltungsbereich der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Str.“, Erkelenz-Mitte

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 23.10.2023 - 30.10.2023 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
	Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.		
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Veröffentlichungsfrist vom 29.04.2024 – 02.06.2024 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
	Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.		
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 23.10.2023 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1.	Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland Schreiben vom 08.11.2023		
	Die Niederlassung Rheinland der Autobahn GmbH des Bundes ist für den Betrieb und die Unterhaltung der nördlich des Plangebietes in einer Entfernung von ca. 850 m verlaufenden Autobahn 46, Abschnitt 5 zuständig. Seitens der Niederlassung Rheinland der Autobahn GmbH des Bundes bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben. Im Zusammenhang mit dem Bauleitplanverfahren dürfen durch die künftig geplanten Entwicklungen im Stadtgebiet keine Verschlechterungen der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs im umliegenden klassifizierten Straßennetz ausgelöst werden.	Es werden keine grundsätzlichen Bedenken geäußert. Das Agrarzentrum besteht seit 2005. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“ wurde ein Verkehrsgutachten erarbeitet. Im Ergebnis dieses Gutachtens hieß es damals: „*Dem Ergebnis nach ist der Knoten (K 32/ Tenholter Str) ausreichend leis-*	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Es wird darauf hingewiesen, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Im Allgemeinen sind im Genehmigungsverfahren der Straßenbauverwaltung erforderlich werdende externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitzuteilen, um Planungskollisionen auszuschließen.	*tungsfähig, wenn eine Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit auf der K 32 im Kreuzungsbereich von heute 70 km/h auf zukünftig 50 km/h vorgenommen wird. Diese Maßnahme ist bereits heute ohne das Agrarzentrum sinnvoll, um die anfallenden Wartezeiten der Pkw auf der Tenholter Straße zu minimieren. Diese Geschwindigkeitsreduzierung wird in Abstimmung mit dem Kreis Heinsberg als Straßenbaulastträger und Straßenverkehrsbehörde außerhalb des Bauleitplanverfahrens vorbereitet“ … „Die Anbindungen des Agrarzentrums an die Tenholter Str. (jeweils 60 Pkw-Einheiten an der nördlichen Anbindung und jeweils 140 Pkw-Einheiten an der südlichen Anbindung der Nachmittagsspitzenstunde 16.30 - 17.30 Uhr prognostiziert) sind in der vorgesehenen Form, in unsignalisiertem Zustand hinreichend leistungsfähig.“* Zu diesem Zeitpunkt war für das GE 1 noch ein Haus-, Garten- und Baustoffmarkt festgesetzt, der im Gutachten durch Kundenverkehre mehr Ziel- und Quellverkehre prognostizierte, als durch die in der 2. Änderung festgesetzte allgemeine Gewerbenutzung gem. § 8 Abs. 2 BauNVO. Es ist daher zu erwarten, dass keinerlei Verschlechterungen der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs durch das jetzige Bebauungsplanverfahren ausgelöst werden. Ein Gutachten zu Lärmimmissionen wurde erstellt. Die Ergebnisse wurden in der Entwurfsbegründung zum Bebauungsplan ergänzt. Es sind demzufolge keine Festsetzungen in den Bebauungsplan aufgenommen. Die Zielwerte werden eingehalten bzw. unterschritten. Es wurde kein Gutachten erstellt zu Staub-, Abgasen- oder Feinstaubbelastung (luftfremde Stoffe). In Bezug auf diese luftfremden Stoffe wurden durch den Gesetzgeber eine	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Vielzahl von Grenzwerten in verschiedenen Regelwerken festgelegt (z.B. TA Luft 2021). Die Überprüfung und Einhaltung der Grenzwerte unterliegt der behördlichen Überwachung (Untere Immissionsschutzbehörde Kreis Heinsberg, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV)). Änderungen oder Ergänzungen des Bebauungsplanes sind daher nicht erforderlich.	
2.	Bezirksregierung Arnsberg: Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Schreiben vom 07.11.2023		
	Zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise: Das o.g. Vorhaben liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia-Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen, sowie über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Union 12“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Der Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. <u>Folgendes sollte berücksichtigt werden:</u> Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die o.g. Feldeseigentümerinnen, an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln, sowie für	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wurde, wie bereits in der Stellungnahme erwähnt, ein Hinweis zu Grundwasserverhältnissen in den Bebauungsplan aufgenommen. RWE Power AG und der Erftverband haben keine Stellungnahmen vorgebracht.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim zu stellen. Ein Entsprechender Hinweis auf die bestehende Grundwasserproblematik wurde bereits in den Textlichen Festsetzungen aufgenommen. Bearbeitungshinweis: Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.		
3.	Bezirksregierung Köln: Dezernat 33 (Ländliche Entwicklung und Bodenordnung) Schreiben vom 08.11.2023		
	Aus den von hier zu vertretenden Belangen der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung werden keine Bedenken gegen das vorbezeichnete Planungsvorhaben vorgebracht.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
4.	Bezirksregierung Köln: Dezernat 53 Schreiben vom 03.11.2023		
	Im Rahmen der o. g. Bauleitplanung bestehen seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
5.	Bezirksregierung Köln: Dezernat 54 (Wasserwirtschaft - Obere Wasserbehörde, Gewässerentwicklung und Hochwasserschutz) Schreiben vom 20.11.2023		
	Ausgehend von dem o.g. Verfahren erkenne ich keine Betroffenheit in den Zuständigkeiten von Dezernat 54 der Bezirksregierung Köln (Obere Wasserbehörde).	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
6.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Schreiben vom 23.10.2023		
	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
7.	Deutsche Bahn AG – DB Immobilien Region West Schreiben vom 23.11.2023		
	Das Plangebiet liegt links der Bahnstrecke 2550 Aachen – Kassel, Bahn-km ca. 45,28 – 45,40. Gegen die 2. Änderung des o. g. Bebauungsplanes bestehen bei Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen/Auflagen und Hinweise keine Bedenken. • Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und der Betrieb des Eisenbahnverkehres auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden. Die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen (insbesondere Bahndamm, Kabel- und Leitungsanlagen, Signale, Oberleitungsmasten, Gleise etc.) sind stets zu gewährleisten. • Die Abstandsflächen gemäß LBO sowie sonstige baurechtliche und nachbarrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten. • Ein widerrechtliches Betreten und Befahren des Bahnbetriebsgeländes sowie sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig. Auch während der Rodungs- und Baumarbeiten ist das Betreten von Bahnanlagen untersagt. • Bei Bauausführungen unter Einsatz von Bau- / Hubgeräten (z.B. (Mobil-) Kran, Bagger etc.) ist das Überschwenken der Bahnfläche bzw. der Bahnbetriebsanlagen mit angehängten Lasten oder herunterhängenden Haken verboten. Die Einhaltung dieser Auflagen ist durch den Bau einer Überschwenkbegrenzung (mit TÜV-Abnahme) sicher zu stellen. Die Kosten sind vom Antragsteller bzw. dessen Rechtsnachfolger zu tragen. • Es wird hiermit auf § 64 EBO hingewiesen, wonach es verboten ist, Bahnanlagen, Betriebseinrichtungen oder Fahrzeuge zu beschädigen oder zu verunreinigen, Schranken oder sonstige Sicherungseinrichtungen unerlaubt zu öffnen, Fahrthindernisse zu bereiten oder andere betriebsstörende oder betriebsgefährdende Handlungen vorzunehmen. • Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbesondere Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen.	Es bestehen keine Bedenken zur Aufstellung des Bebauungsplans. Der östliche Geltungsbereich der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. G 02.2/1 befindet sich ca. 100 m entfernt von der Bahnstrecke 2550 Aachen-Kassel und tangiert diese in keiner Weise. Somit werden Sicherheit und der Betrieb des Eisenbahnverkehres nicht gefährdet oder gestört, die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen sind stets gewährleistet. Die Abstandflächen gem. LBO und sonstige baurechtliche und nachbarrechtliche Bestimmungen werden eingehalten. Ansonsten werden aufgrund der Entfernung zwischen Bahnanlagen und Geltungsbereich alle Auflagen eingehalten.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	• Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von dem Bauherrn auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen. • Ansprüche gegen die Deutsche Bahn AG aus dem gewöhnlichen Betrieb der Eisenbahn in seiner jeweiligen Form sind seitens des Planungsträgers, Antragstellers, Bauherrn, Grundstückseigentümers oder sonstiger Nutzungsberechtigter ausgeschlossen. Insbesondere sind Immissionen wie Erschütterung, Lärm, elektromagnetische Beeinflussungen, Funkenflug und dergleichen, die von Bahnanlagen, dem gewöhnlichen Bahnbetrieb und der Erhaltung der Bahnanlagen ausgehen, entschädigungslos hinzunehmen. Wir bitten Sie uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen und uns zu gegebener Zeit den Satzungsbeschluss zu übersenden.		
8.	Geologischer Dienst NRW Schreiben vom 20.11.2023		
	<u>Erdbebengefährdung</u> Es wird auf die Bewertung der Erdbebengefährdung hingewiesen, die bei Planung und Bemessung üblicher Hochbauten gemäß den Technischen Baubestimmungen des Landes NRW mit DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen ist. Die Erdbebengefährdung wird in DIN 4149:2005 durch die Zuordnung zu Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen eingestuft, die anhand der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1 : 350 000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Geologischer Dienst NRW 2006) bestimmt werden. In den Technischen Baubestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf die Verwendung dieser Kartengrundlage explizit hingewiesen. Das hier relevante Planungsgebiet liegt in der Stadt Erkelenz, Gemarkung Erkelenz und ist der Erdbebenzone 2 sowie der geologischen Untergrundklasse T zuzuordnen. Bemerkung: DIN 4149:2005 wurde durch den Regelsetzer zurückgezogen und durch die Teile 1, 1/NA und 5 des Eurocode 8 (DIN EN 1998) ersetzt. Dieses Regelwerk ist jedoch bislang bauaufsichtlich nicht eingeführt. Anwendungsteile, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbesondere DIN EN 1998, Teil 5 „Gründungen, Stützbauwerke und geotechnische Aspekte“. Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 bzw. Bedeutungsklassen der relevanten Teile von DIN EN 1998 und der jeweils entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen. Dies gilt insbesondere z. B. für große Wohnanlagen, kulturelle Einrichtungen etc. Zur Planung und Bemessung	In den textlichen Festsetzungen wird unter C) Hinweise ein Hinweis zur Erdbebengefährdung aufgenommen. Erdbebengefährdung: „Die Stadt Erkelenz befindet sich in der Erdbebenzone 2 mit der Untergrundklasse T gemäß der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1 : 350.000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Geologischer Dienst NRW 2006). In der DIN 4149 (Geltung seit 2005) sind die entsprechenden bautechnischen Maßnahmen aufgeführt. Anwendungsteile von DIN EN 1998, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbesondere DIN EN 1998, Teil 5 „Gründungen, Stützbauwerke und geotechnische Aspekte“. Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 bzw. Bedeutungsklassen der relevanten Teile von DIN EN 1998 und der je-	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	spezieller Bauwerkstypen müssen die Hinweise zur Berücksichtigung der Erdbebengefährdung der jeweils gültigen Regelwerke beachtet werden. Hier wird oft auf die Einstufung nach DIN 4149:2005 zurückgegriffen. <u>Baugrund</u> Die Baugrundeigenschaften sind objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten.	weiligen Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen. Dies gilt insbesondere z. B. für große Wohnanlagen etc..“	
9.	Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK) Schreiben vom 23.11.2023		
	Da der vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirtschaft entweder gar nicht berührt oder – wo es der Fall ist – hinreichend berücksichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen keine Bedenken.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
10.	Kreis Heinsberg - Brandschutzdienststelle Schreiben vom 30.10.2023		
	<u>Brandschutz</u> Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken, wenn folgende Punkte beachtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass folgende Anforderungen zu erfüllen sind: 1. Öffentliche Verkehrsfläche Gebäude dürfen nur errichtet werden, wenn gesichert ist, dass ab Beginn ihrer Nutzung das Grundstück in für die Zufahrt und den Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat und die erforderlichen Anlagen zur Versorgung mit Löschwasser vorhanden und benutzbar sind. Wohnwege, an denen nur Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 zulässig sind, brauchen nur befahrbar zu sein, wenn sie länger als 50 m sind (§4BauONRW). Bei Gebäude der Klasse 4 + 5 sind entsprechend Feuerwehraufstellflächen bzw. zusätzliche Feuerwehrbewegungsflächen einzuplanen (Musterrichtlinie für Flächen für die Feuerwehr). 2. Löschwasserversorgung Die nachfolgenden Anforderungen an die Löschwasserversorgung seitens der Feuerwehren setzen im Allgemeinen voraus, dass Hydranten ausreichend zur Verfügung stehen. Bestehen Einschränkungen seitens der Trinkwasserversorgung werden auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel unterirdische Löschwasserbehälter oder -brunnen, in Betracht gezogen. Weiterhin beziehen sich die Anforderungen	Es werden keine grundsätzlichen Bedenken geäußert. Die Anregungen beziehen sich überwiegend auf die nachfolgende Ausführungsplanung und sind damit nicht bebauungsplanrelevant. Im Plangebiet der 2. Änderung befinden sich nur am Kreisverkehrspunkt geringfügige öffentliche Verkehrsflächen, die in diesem Zusammenhang nicht gemeint sind. Die übrigen Hinweise / Anforderungen zum Brandschutz (Pkt. 3 und 4 der Stellungnahme) sind seitens der Antragsteller im bauordnungsrechtlichen Verfahren zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	nur auf den Grundschutz im Brandschutz für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Mischgebiete und Industriegebiete ohne erhöhtes Sach- oder Personenrisiko. Das DVGW-Arbeitsblatt W 400-1:2015-02 äußert sich zu den Grundlagen der Löschwasserversorgung wie folgt: *„Die Abstände von Hydranten müssen im Übrigen der Bebauung und Netzstruktur entsprechen. Für die Bereitstellung von Löschwasser ist DVGW W 405 (A) zu beachten. Die Abstände von Hydranten in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, sind im Bedarfsfall abzustimmen.“* Seitens der Feuerwehren bestehen folgende Anforderungen: · Hydranten sind so anzuordnen, dass sie die Wasserentnahme leicht ermöglichen. · Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. · Entnahmestellen mit 400 l/min (24 m^3/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 m aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt werden kann. · Die Abstände von Hydranten auf Leitungen in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, dürfen 150 m nicht übersteigen. Größere Abstände von Hydranten bedürfen der Kompensation durch andere geeignete Löschwasserentnahmestellen. · Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz ist bei niedriger, in der Regel freistehender Bebauung (bis 3 Vollgeschosse) mit 800 l/min (48 m^3/h) und bei sonstiger Bebauung mit mindestens 1.600 l/min (96 m^3/h) und für eine Dauer von mindestens 2h zu bemessen. · Der insgesamt benötigte Löschwasserbedarf ist in einem Umkreis (Radius) von 300 m nachzuweisen. Diese Regelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z. B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie große, langgestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zu den Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern. · Bei der oben genannten Wasserentnahme aus Hydranten (Nennleistung) darf der Betriebsdruck 1,5 bar nicht unterschreiten. · Für Gewerbe- und Industriegebiete ergeben sich ggf. höhere Anforderungen aufgrund von anderen rechtlichen Vorgaben, z. B. Muster-Industriebau-Richtlinie. In den Vorlagen zum Bauantrag, z. B. Brandschutznachweis, sind der Löschwasserbedarf (in l/min) und der Löschwassernachweis für die erste Löschwasserentnahmestelle im 75 m Bereich (Lauflinie bis zum Grundstück) sowie für die gesamte Löschwassermenge in einem Umkreis (Radius) von 300 m darzustellen.		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Quelle: Information der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren und des Deutschen Feuerwehrverbandes in Abstimmung mit dem DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (Oktober 2018) „Löschwasserversorgung aus Hydranten in öffentlichen Verkehrsflächen“		

Bauliche Nutzung nach § 17 der Baunutzungsverordnung	Kleinsiedlung (WS) Wochenendhausgebiete (SW)	reine Wohngebiete (WR) allgem. Wohngebiete (WA) besondere Wohngebiete (WB) Mischgebiete (MI) Dorfgebiete (MD)		Kerngebiete (MK) Gewerbegebiete (GE)		Industriegebiete (GI)
		Gewerbegebiete (GE)				
Zahl der Vollgeschosse	≤ 2	≤ 3	> 3	1	> 1	-
Geschossflächenzahl (GFZ)	≤ 0,4	≤ 0,3 - 0,6	0,7 - 1,2	0,7 - 1,0	1,0 - 2,4	-
Baumassenzahl (BMZ)	-	-	-	-	-	≤ 9
Löschwasserbedarf bei unterschiedlicher Gefahr der Brandausbreitung	m³/h	m³/h		m³/h		m³/h
klein	24	48		96		96
mittel	48	96		96		192
groß	96	96		192		192

Sofern die obigen Anforderungen an die Löschwasserversorgung nicht hinreichend erfüllt werden können, müssen andere Möglichkeiten, z. B. durch unterirdische Löschwasserbehälter, -brunnen, -teiche bzw. bei zu großen Entfernungen weitere Hydranten erwogen werden. Die Abstimmung zur Ausführung und zur Kostenübernahme erfolgt im Bedarfsfall zwischen der Gemeinde und dem Wasserversorgungsunternehmen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	3. Zugänglichkeit der Grundstücke / Rettungswege Die Bebauung der Grundstücke ist so vorzunehmen, dass der Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten ohne Schwierigkeiten möglich ist. Liegen Gebäude ganz oder in Teilen weiter als 50m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt, ist eine Zufahrt für Fahrzeuge der Feuerwehr gemäß § 5 BauO NRW herzustellen. Die Zufahrt ist gemäß § 5 BauO NRW herzurichten. Die Ausführung muss der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (MRFIFw) inklusive der Aufstell- und Bewegungsflächen entsprechen. Die Kurvenradien sind entsprechend zu beachten. Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind so zu befestigen, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 16 t und einer Achslast von 10 t befahren werden können. Notwendige Fenster in Obergeschossen müssen im Lichten eine freie Öffnungsfläche von mindestens 0,9 m x 1,2 m besitzen und für die Feuerwehr erreichbar sein. Die Fenster sind zur öffentlichen Verkehrsfläche oder zu Feuerwehrbewegungsflächen hin auszurichten §§ 14 und 37 BauO NRW. An den als zweiter Rettungsweg ausgewiesenen Fenstern muss das Aufstellen von tragbaren Leitern der Feuerwehr jederzeit möglich sein. Dies ist insbesondere bei Bepflanzungen und Parkflächen zu beachten (§ 14 BauO NRW). Für evtl. Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 wird eine Aufstellfläche für Hubrettungsfahrzeuge gem. VV zu § 5 BauO NRW benötigt, sofern diese Gebäude den zweiten Rettungsweg nicht auf andere Weise (zwei Treppenräume) sicherstellen. 4. Hinweis Viele Bauvorhaben werden zwischenzeitlich u. a. auch als „Generationenhaus/ altersgerechtes oder seniorengerechtes Wohnen“ betitelt. In verschiedenen Nutzungseinheiten wird der zweite Rettungsweg dennoch über tragbare Leitern sichergestellt. Die Brandschutzdienststelle weist im Rahmen des demographischen Wandels auf folgendes hin: Der Personenkreis, der sich problemlos über diese Geräte retten lässt, wird im Laufe der nächsten Jahre eher kleiner werden. Das liegt zum einen an der immer älter werdenden Bevölkerung und zum anderen an der Zunahme pflegebedürftiger Menschen. Auf Grund dieser Tatsache bestehen mit Sicht auf solche Bauvorhaben Bedenken an die Auslegung des zweiten Rettungsweges speziell für diese Nutzungsform.		
11.	Kreis Heinsberg: Federführung Schreiben vom 20.11.2023		
	Seitens des Straßenbaulastträgers für die Kreisstraßen, der unteren Bodenschutzbehörde sowie der unteren Naturschutzbehörde werden keine Bedenken geäußert. Das Gesundheitsamt, die untere Immissionsschutzbehörde und die untere Wasserbehörde nehmen wie folgt Stellung:	Es werden vom Straßenbaulastträger für die Kreisstraßen, von der unteren Bodenschutzbehörde und von der unteren Naturschutzbehörde keine Bedenken geäußert.	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Gesundheitsamt: Aus gesundheitsaufsichtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen den Bebauungsplan, sofern die Immissionsgrenzwerte der TA-Lärm und TA-Luft eingehalten werden und eine gesundheitliche Beeinträchtigung der umliegenden Bevölkerung auch durch Altlasten des Bodens nicht zu besorgen ist. Ein Schutz des Trinkwassers muss gewährleistet sein. Untere Immissionsschutzbehörde: Gegen die o.g. Planungen bestehen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken, sofern die Ergebnisse der schalltechnischen Beurteilung zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Agrarzentrum Tenholter Straße“ – Erkelenz-Mitte, durch das Unternehmen ACCON Köln GmbH Ingenieurbüro für Schall- und Schwingungstechnik, bei der Aufstellung des Bebauungsplans sowie bei sich anschließenden Bauvorhaben berücksichtigt wird. Untere Wasserbehörde:	Zu Gesundheitsamt und Untere Immissionsschutzbehörde: Im Rahmen der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wurde eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt[1], um den Nachweis zu führen, dass durch die Geräuschimmissionen, die an der umliegenden schutzbedürftigen Bebauung entstehen, die Richtwerte gemäß TA Lärm (Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998) eingehalten werden. Je nach Jahreszeit variieren die Betriebszustände. Während des Regelbetriebs werden die Zielwerte um mindestens 9 dB(A) unterschritten. Während des Düngezeitraums (März, April und Mai) werden die Zielwerte um mindestens 7 dB(A) unterschritten. Während des Erntezeitraums (Juli und August) werden die Zielwerte um mindestens 2 dB(A) unterschritten. Somit zeigen die Berechnungsergebnisse, dass an allen Immissionspunkten über das gesamte Jahr die Zielwerte gemäß TA Lärm Nummer 3.2.1 Prüfung im Regelfall um mindestens 2 dB(A) unterschritten werden. Auch im ungünstigsten Betriebszustand sind die Geräuschimmissionen des Gesamtbetriebs der RWG Rheinland eG als irrelevante Zusatzbelastung im Sinne der TA Lärm Nr. 3.2.1 einzustufen. Aus schalltechnischer Sicht sind durch die Realisierung des Vorhabens keine Konflikte zu erwarten. Untere Wasserbehörde Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

[1] Schalltechnische Untersuchung im Rahmen des Bebauungsplans Nr. G 2.2/1 "Agrarzentrum Tenholter Straße" 2. Änderung in Erkelenz, ACCON Köln GmbH, Köln, 06.03.2024

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Aus Sicht der unteren Wasserbehörde bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes keine grundsätzlichen Bedenken. Es wird jedoch darum gebeten, folgendes zu beachten: Für die Einleitung von Niederschlagswasser von Dachflächen sowie sonstigen befestigten Flächen über eine Versickerungsanlage in den Untergrund ist beim Landrat des Kreises Heinsberg -untere Wasserbehörde- eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Der Antrag hat gemäß dem Merkblatt DWA-A 138 und den dazugehörigen Regelwerken zu erfolgen.	Für die Einleitung von Niederschlagswasser über die 2003 angelegten Muldenrigolen zwischen Agrarzentrum und Bahndamm in den Untergrund wurde dem Vorhabenträger von der unteren Wasserbehörde im November 2003 eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt. Der Vorhabenträger hat im Rahmen der 2. Änderung des Bebauungsplans G 02.2/1 eine Verlängerung dieser wasserrechtlichen Erlaubnis beantragt und von der Unteren Wasserbehörde des Kreises Heinsberg am 18.12.2023 eine entsprechende Verlängerung (bis 31.12.2043) bekommen, um Niederschlagswasser in die bestehende Muldenrigole einzuleiten. Wenn für die geplante neue Halle nach Rechtskraft der 2. Änderung ein Bauantrag gestellt wird, muss der Vorhabenträger über die Stadt Erkelenz eine erneute Genehmigung zur Einleitung von Niederschlagswasser beantragen. Nach Prüfung durch die Stadt Erkelenz und Weiterleitung an die untere Wasserbehörde ist es aufgrund von ggf. zusätzlichen Dachflächen oder Versiegelung möglich, dass die untere Wasserbehörde eine Anpassung der Versickerungsanlagen fordert. Die wasserrechtlichen Belange werden daher im Zuge des nachfolgenden Verfahrens (Baugenehmigung) zwischen Vorhabenträger und unterer Wasserbehörde geregelt.	
12.	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein – Hauptsitz Mönchengladbach Schreiben vom 23.10.2023		
	Der oben genannte B-Plan liegt an der K32 im weiteren Umfeld der Bundesstraße B57, Abs. 31,1. Es bestehen daher grundsätzlich keine Bedenken.	Es werden keine Bedenken geäußert. Ein Gutachten zu Lärmimmissionen wurde erstellt. Die Ergebnisse wurden in der Entwurfsbegründung zum Bebauungsplan ergänzt. Es sind demzufolge keine Festsetzungen	Die Stellungnahme und die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. Der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	in den Bebauungsplan aufgenommen. Die Richtwerte werden eingehalten. Es wurde kein Gutachten erstellt zu Staub-, Abgasen- oder Feinstaubbelastung (luftfremde Stoffe). In Bezug auf diese luftfremden Stoffe wurden durch den Gesetzgeber eine Vielzahl von Grenzwerten in verschiedenen Regelwerken festgelegt (z.B. TA Luft 2021). Die Überprüfung und Einhaltung der Grenzwerte unterliegt der behördlichen Überwachung (Untere Immissionsschutzbehörde Kreis Heinsberg, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV)). Änderungen oder Ergänzungen des Bebauungsplanes sind daher nicht erforderlich.	
13.	Landfolge Garzweiler Schreiben vom 27.10.2023		
	Der Zweckverband begrüßt die 2. Änderung des Bebauungsplanes „Agrarzentrum Tenholter Str.“. Ich bitte Sie, mich über die Ergebnisse des Verfahrens in Kenntnis zu setzen und bei weiteren Verfahren erneut zu beteiligen.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
14.	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Schreiben vom 23.11.2023		
	Wir verweisen auf unsere Stellungnahmen, zuletzt vom 01.08.2016. Neue Aspekte für landwirtschaftliche Belange sind in dem aktuellen Verfahren nicht erkennbar.	Die Stellungnahme vom 01.08.2016 bezog sich auf den bezog sich auf den Bebauungsplan Nr. G 02 3/3 „Tenholter Straße/südlich A46“, Erkelenz-Mitte. Es wurde daher zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. G 02.2/1 keine Stellungnahme abgegeben.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
15.	NEW Netz GmbH Schreiben vom 23.10.2023		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
16.	PLEdoc GmbH Schreiben vom 23.10.2023		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden: • OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht. Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
17.	Westnetz GmbH: Regionalzentrum Neuss - Netzplanung (Dokumentation und Liegenschaften) Schreiben vom 23.10.2023		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.
18.	WVER - Wasserverband Eifel-Rur Schreiben vom 16.11.2023		
	Das Niederschlagswasser soll dezentral versickert werden und das Schmutzwasser wird zur Kläranlage Erkelenz geleitet, welche nicht im Zuständigkeitsbereich des WVER liegt. Es bestehen seitens des Wasserverbandes Eifel – Rur keine Bedenken gegen das Vorhaben.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

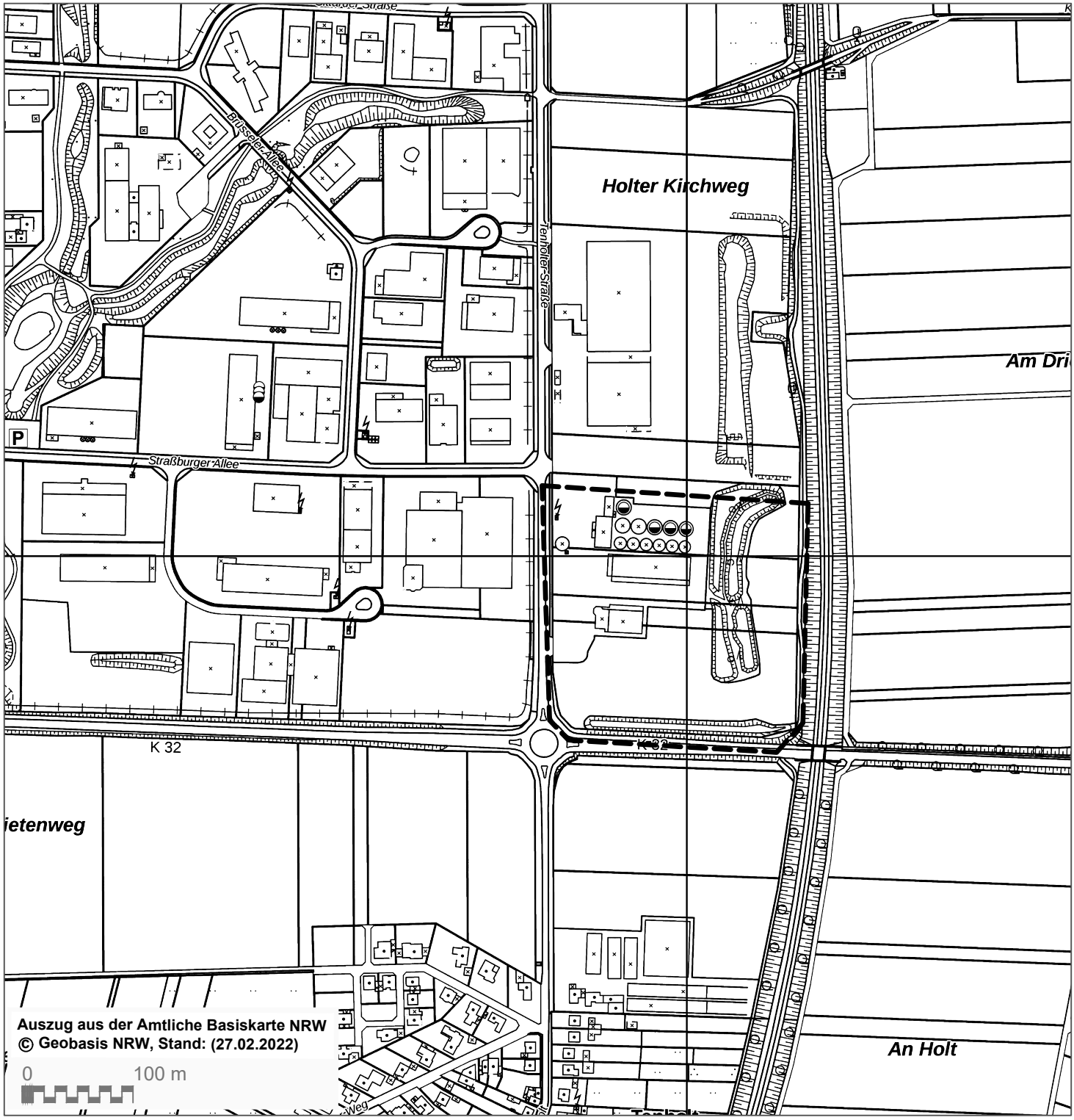
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 29.04.2024 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB		
1	Bezirksregierung Köln: Dezernat 53 (Immissionsschutz – einschließlich anlagenbezogener Umweltschutz) Schreiben vom 02.06.2024		
	im Rahmen der Beteiligung zur oben genannten Bauleitplanung bestehen seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
2	Industrie- und Handelskammer Aachen Schreiben vom 31.05.2024		
	da der vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirtschaft entweder gar nicht berührt oder – wo es der Fall ist – hinreichend berücksichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen keine Bedenken.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
3	Kreis Heinsberg: Federführung Schreiben vom 29.05.2024		
	nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte. Seitens des Gesundheitsamtes, des Straßenbaulastträgers für die Kreisstraßen, der unteren Bodenschutzbehörde sowie der unteren Naturschutzbehörde werden keine Bedenken geäußert. Die Brandschutzdienststelle, die untere Immissionsschutzbehörde sowie die untere Wasserbehörde nehmen wie folgt Stellung: <u>Brandschutzdienststelle</u>: Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken. Die Stellungnahme vom 30.10.2023 findet weiterhin Beachtung. <u>Untere Immissionsschutzbehörde</u>: Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine generellen Bedenken gegen die Bauleitplanung. Es wird jedoch um erneute Beteiligung inklusive des zugrundeliegenden schalltechnischen Gutachtens im Bauantragsverfahren gebeten. <u>Untere Wasserbehörde</u>: Aus Sicht der unteren Wasserbehörde bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes keine	Es werden keine Bedenken geäußert. Es werden keine Bedenken geäußert. Die Untere Immissionsschutzbehörde wird im Rahmen des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens beteiligt. Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme und die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. G 02.2/1 „Agrarzentrum Tenholter Straße“, Erkelenz-Mitte - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	grundsätzlichen Bedenken. Es wird jedoch darum gebeten, Folgendes zu beachten: Für die Einleitung von Niederschlagswasser von Dachflächen sowie sonstigen befestigten Flächen über eine Versickerungsanlage in den Untergrund ist beim Landrat des Kreises Heinsberg – untere Wasserbehörde - eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Der Antrag hat gemäß dem Merkblatt DWA-A 138 und den dazugehörigen Regelwerken zu erfolgen.	Die gleichlautende Teilstellungnahme zur wasserrechtlichen Erlaubnis wurde bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung abgewogen.	
4	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein – Hauptsitz Mönchengladbach Schreiben vom 02.06.2024		
	der oben genannte B-Plan liegt an der K32 im weiteren Umfeld der Bundesstraße B57, Abs. 31,1. Es bestehen daher grundsätzlich keine Bedenken. Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Es werden keine Bedenken geäußert. Die gleichlautende Stellungnahme wurde bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung abgewogen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
5	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Schreiben vom 02.06.2024		
	neue Aspekte für landwirtschaftliche Belange sind in den aktuellen Unterlagen nicht erkennbar.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
6	NEW Netz GmbH Schreiben vom 02.06.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
7	Schwalmverband Schreiben vom 02.06.2024		
	gegen ihr Vorhaben, bestehen von Seiten des Schwalmverbandes keine Bedenken.	Es werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Übersicht über den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes G 02.2/1 "Agrarzentrum Tenholter Straße", Erkelenz-Mitte



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 61/707/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	18.07.2024
Planungsamt	Verfasser:	Amt 61 Jürgen Schöbel

40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf'm Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB, der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 13.06.2023 gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen, die 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath, aufzustellen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf der Flächennutzungsplanänderung zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen, zu dem Entwurf des Bauleitplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie den Bezirksausschuss Golkrath zu beteiligen.

Der Rat der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 24.04.2024 beschlossen, den Entwurf der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer von einem Monat im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen und die Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Ziel und Zweck der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes ist die Erweiterung der im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Erkelenz dargestellten Gemischten Bauflächen am nordöstlichen Ortsrand von Erkelenz Golkrath.

Die Darstellung der Gemischten Bauflächen schließt südlich und westlich an bestehende Gemischte Bauflächen an. Der Geltungsbereich der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes hat eine Größe von ca. 1,1 ha. Bisher dargestellte Flächen für die Landwirtschaft sollen in Gemischte Bauflächen geändert werden. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung geht aus der Anlage hervor.

Mit der Flächennutzungsplanänderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel der Bereitstellung von Baugrundstücken mit der

Festsetzung eines dörflichen Wohngebietes erfolgen. Weiterhin soll durch die Aufstellung des Bebauungsplanes die dörfliche Struktur des Bestandes, auch in Form einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle bzw. landwirtschaftlichen Tätigkeiten, gesichert und ein Nebeneinander von Wohnen (Neubau und Bestand) und landwirtschaftlichen Betrieben (Nebenerwerb) ermöglicht werden.
Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 19/2023 vom 22.12.2023 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 19/2023 vom 22.12.2023 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 08.01.2024 bis einschließlich 12.01.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 08.01.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Nach Beschluss des Rates der Stadt Erkelenz vom 24.04.2024 wurde der Entwurf der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath, nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 7/2024 vom 26.04.2024 in der Zeit vom 29.04.2024 bis 02.06.2024 im Internet veröffentlicht und in der Stadtverwaltung öffentlich ausgelegt.
Während der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit vorgetragen.

4. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentliche Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 29.04.2024 über die öffentliche Auslegung unterrichtet und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen zum Entwurf des Bauleitplanes vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

5. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksauschuss Golkrath stimmt in seiner 6. Sitzung am 22.04.2024 der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes zu.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belange, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Die 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath, wird unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse beschlossen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitende und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen sind bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich, durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten der Bauleitplanung werden durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Erkelenz und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz GmbH & Co. KG (GEE) sichergestellt.

Anlagen:

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 08.01.2024 bis 12.01.2024 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB			
1	Öffentlichkeit		
	Es liegen keine Stellungnahmen vor.		
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Veröffentlichungsfrist vom 29.04.2024 bis 02.06.2024 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB			
1	Öffentlichkeit		
	Es liegen keine Stellungnahmen vor.		
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 08.01.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen Mail vom 08.01.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
2	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Mail vom 09.01.2024		
	Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
3	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss Mail vom 10.01.2024		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
4	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Mail vom 15.01.2024		
	im angefragtem Bereich: Terreicken 113, Germany Erkelenz befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne.	Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet. Die der Stellungnahme beigefügten Bestands- und Übersichtspläne werden der Abwägungstabelle nicht beigefügt. Die dargestellten Leitungen und Anschlüsse befinden sich im Bereich der Straße Terrreicken und der Bestandsbebauung.	Kenntnisnahme
5	Bezirksregierung Köln Dezernat 53 – Immissionsschutz 50606 Köln Mail vom 17.01.2024		
	im Rahmen der Beteiligung zur oben genannten Bauleitplanung bestehen seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
6	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Mail vom 24.01.2024		
	es bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Ausweisung des neuen Gebietes im FNP. Die Stellungnahme zur Erschließung etc. folgt im Rahmen der Bebauungsplan Beteiligung. Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen. <u>Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“</u> <u>(Mail vom 24.01.2024):</u> der oben genannte B-Plan liegt an der L202 im Abschnitt 1 und im Bereich der festgesetzten Ortsdurchfahrt. Es bestehen vom Grundsatz her keine Bedenken. Die sicherheitsrelevanten Sichtdreiecke gemäß RASt sind freizuhalten. Im Umfeld des Bebauungsplanes wird die L364n OU Erkelenz-Gerderhahn und Golkrath geplant. Die Maßnahme befindet sich im Landesstraßenbedarfsplan Stufe 1. Die Planung wird Auswirkungen auf den Knoten L354n / K31 haben. Ferner weise ich darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich	Die Stellungnahme von Straßen NRW zum im Parallelverfahren aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“ wurde auch auf Ebene der Abwägung zur 40. Änderung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt und der Abwägungstabelle beigefügt, da der Inhalt der Stellungnahme eher Bezug zur Ebene des Flächennutzungsplans nimmt. Die Sichtdreiecke gemäß RAST wurden berücksichtigt und in die Planzeichnung des im Parallelverfahren aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 435 „Auf´m Hover Pfad“ eingetragen. Der Trassenverlauf der im Entwurf des Regionalplanes dargestellten L 364n ist noch nicht abschließend geklärt. Die Bauleitplanung hält einen gewissen Puffer zu der	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	werdende Maßnahmen bzgl. Der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen. Sofern Rückfragen bestehen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.	eingezeichneten Trasse im Regionalplanentwurf ein. Hiermit wird dem Grundsatz entsprochen, dass „Planungen und Maßnahmen, die mit der geplanten Nutzung oder einer weiteren Konkretisierung der Grobtrasse nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden.“ Entsprechend den Erläuterungen zu Grundsatz G.57 kann die „räumlich konkretisierte Lage bis zu mehrere hunderte Meter variieren. Die Bauleitplanung wird keine 40 Meter weiter nach Osten ausgedehnt als die bestehende Bebauung am östlichen Ortsrand von Golkrath. Mit der zuständigen Planungsbehörde, hier Straßen NRW, steht die Stadt Erkelenz im engen Austausch bzgl. der Planung der L 364n. Insofern ist auch die frühzeitige Einbeziehung der Fachplanung gegeben. Sollte in Zukunft Lärmschutzmaßnahmen erforderlich sein besteht aus Sicht der Stadt Erkelenz auch hierfür Raum.	
7	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Mail vom 25.01.2024		
	zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise: Das o.g. Vorhaben liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia-Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen, sowie über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Gerderath 7“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt	Ein Hinweis zum Steinkohlenbergbau wurde in die Begründung Teil 1 der 40. Änderung der Flächennutzungsplanänderung aufgenommen. Ein Hinweis zum Braunkohlentagebau ist unter dem Kapitel „6.3 Grundwasser, Bergbau, Wasserschutz“ bereits in der Begründung Teil 1 aufgenommen. Die EBV GmbH wurde gemäß § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt. Es wurden seitens der EBV keine Bedenken erhoben (s. Stellungnahme Nr. 16)	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen. Der Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die o.g. Feldeseigentümerinnen, an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim zu stellen.	Ebenso wurden der Erftverband und die RWE Power AG beteiligt. Der Erftverband äußert keine Bedenken zur Planung (s. Stellungnahme Nr. 14). Die Stellungnahme der RWE Power AG wird unter der Nr. 8 behandelt.	
8	RWE Power AG, Zum Gut Bohlendorf, 50126 Bergheim Mail vom 25.01.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage erhalten und weisen darauf hin, dass die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L 4902, im gesamten Plangebiet Böden ausweist, die humoses Bodenmaterialien enthalten. Humöse Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können. Das gesamte Plangebiet ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß §5 Abs. 3 Nr. 1 BauGB bzw. §9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbeson-	Der Stellungnahme der RWE Power AG wurde insofern gefolgt als dass ein Hinweis zum humosen Bodenmaterial und Berücksichtigung der Bauvorschriften des Eurocodes 7 „Geotechnik“ DIN EN 1997-1 in die Begründung zur 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz sowie in die Begründung und in die Planzeichnung des im Parallelverfahren aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 435	Der Stellungnahme wurde entsprechend des Abwägungsvorschlages gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	dere im Gründungsbereich, erforderlich sind. Hier sind die Bauvorschriften des Eurocodes 7 „Geotechnik“ DIN EN 1997-1 mit nationalem Anhang, die Normblätter der DIN 1054 „Baugrund – Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau – Ergänzende Regelungen“, und der DIN 18196 „Erd- und Grundbau: Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ mit der Tabelle 4, die organische und organogene Böden als Baugrund ungeeignet einstuft, sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten. Sofern weitere Belange unserer Gesellschaft von der Maßnahme betroffen werden, erhalten Sie von unserer koordinierenden Abteilung Liegenschaften ein gesondertes Antwortschreiben.	„Auf´m Hover Pfad“ aufgenommen wurde.	
9	Landschaftsverband Rheinland, LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege, Fachbereich Regionale Kulturarbeit, Ottoplatz 2, 50679 Köln Mail vom 29.01.2024		
	bezugnehmend zur 40. FNP Änd. Erkelenz melden wir eine Fehlanzeige, da wir bezogen auf das Schutzgut „Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter“ keine Betroffenheit sehen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
10	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Mail vom 02.02.2024		
	nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zur 40. Änderung des Flächennutzungsplanes „Gemischte Bauflächen Auf’ m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath. Seitens der unteren Immissionsschutzbehörde, der unteren Bodenschutzbehörde, der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert. Das Gesundheitsamt nimmt wie folgt Stellung: Aus gesundheitlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen den Bebauungsplan, sofern die allgemeinen Anforderungen an die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung weiterhin berücksichtigt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Gebiet in der geplanten Trinkwasserschutzzone Kückhoven befindet. Der Schutz des Grundwassers, welches zur Trinkwasserförderung genutzt wird, muss gewährleistet sein.	Die Stellungnahme des Kreises Heinsberg wurde zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
11	Vodafone West GmbH, Ferdinand-Braun-Platz 1, 40549 Düsseldorf, Mail vom 02.02.2024		
	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
12	Wasserverband Eifel-Rur, Postfach 10 25 64, 52325 Düren Mail vom 05.02.2024		
	am Wiesengrund in Erkelenz-Golkrath soll ein neues Baugebiet ausgewiesen werden. Dieses Baugebiet liegt direkt am „Golkrather Fließ“. Zu diesem Vorhaben bestehen Bedenken seitens des WVER. Sowohl im Falle eines Hochwassers als auch im Starkregenfall ist ein Teil der Fläche überschwemmt. Bei einem 100-jährlichen Hochwasserereignis kommt es besonders im Bereich vor der Verrohrung zu einer Überschwemmung. Der Wasserstand beträgt in diesem Bereich 84,31 mNHN. Je nach Geländehöhe ergeben sich Wasserstände von bis zu 35 cm auf der Fläche. (s. Abbildung 1). Ein ähnliches Bild zeigt die Starkregenhinweisgefahrenkarte. Im Bereich vor der Verrohrung liegt ein Wasserstand bis zu 0,5 m vor, ebenso wie im südlichen Bereich des Planungsgebiets (s. Abbildung 2). Es ist daher davon auszugehen, dass das Plangebiet teilweise in einem überschwemmungsgefährdeten Gebiet liegt und eine Bebauung in einem Überschwemmungsgebiet stattfinden wird. Des Weiteren werden seitens des WVER Bedenken erhoben, da es vorgesehen ist, den baulichen Abstand zum Gewässer von 3 m durch Vorgaben auf privatem Gelände zu realisieren. Die Erfahrungen haben gezeigt, das Gebäude im Abstand von 3 m zum Gewässer Probleme aufweisen. Bei längeren höheren Abflüssen im Golkrather Fließ“, die auch durch lokale Starkregenereignisse entstehen können, kommt es durch einsickerndes Wasser zu hohen Grundwasserständen an den Gebäuden. Wenn die Abstandsflächen eingezäunt werden, wird unsere gesetzliche Unterhaltungspflicht erschwert. Wir regen an, einen 3 m breiten öffentlichen Gewässerstreifen vorzusehen und den Abstand der Baugrenze zum Gewässer auf 5 m zu vergrößern. Vor dem Hintergrund der Klimaänderung sollten wir den Gewässern mehr Platz einräumen.	Das Plangebiet befindet sich nicht in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet im Sinne des § 76 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes noch in einem Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten im Sinne des § 78b Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes. Die obere wie auch die untere Wasserbehörde wurden an der Planung beteiligt. Die obere Wasserbehörde hat keine Stellungnahme abgegeben. Die untere Wasserbehörde hat sich zu Überschwemmungsgebieten und Risikogebieten ebenfalls nicht geäußert. Im Oberlauf des Golkrather Fließ/Millicher Bach befindet sich eine Rückhalteeinrichtung. Bemessen wurde das Becken ursprünglich für ein HQ 50, die Hochwasserentlastung springt allerdings erst bei einem Abfluss zwischen einem HQ 50 und HQ100 an. Das heißt erst bei einem größeren als 50-jährigen und kleiner als 100 jährlichen Hochwasserereignis würde dies überlaufen. Durch die Anlage von Straßen wird sich das Niveau im Plangebiet erhöhen. Es ist davon auszugehen, dass es dadurch zu keinen Überschwemmungen durch Starkregen im Baugebiet kommen wird. Zum Fließ wurde der Abstand der Baugrenzen auf Ebene	Der Stellungnahme wurde entsprechend des Abwägungsvorschlages gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		des Bebauungsplanes erhöht indem nördlich der zukünftigen privaten Grundstücke ein 1 m breiter öffentlicher Streifen verbleibt und festgesetzt wird. Hierdurch kann zum einen die Anpflanzung auf den zukünftigen privaten Flächen durchgeführt und zum anderen ein Gewässerunterhalt durchgeführt werden. Dieser kann zudem von dem nördlich an das Fließ angrenzenden Weg erfolgen. Der Abstand vom Fließ zur Baugrenze erhöht sich dadurch auf 4 m.	
13	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 07.02.2024		
	aufgrund der Größe und Lage der landwirtschaftlichen Fläche werden Bedenken gegen die Inanspruchnahme für Bebauung zurückgestellt.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
14	Erftverband, Postfach 1320, 50103 Bergheim Mail vom 08.02.2024		
	Abwassertechnische Leitungen, Messstellen und Anlagen des Erftverbandes sind derzeit durch die v. g. Maßnahme nicht betroffen. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht seitens des Erftverbandes bestehen keine Bedenken gegen die Planung.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
15	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn Email vom 08.02.2024		
	vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
16	EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven Email vom 14.02.2024		
	Zur. O.g. Bauleitplanung sowie dem Flächennutzungsplan werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2 BauGB sowie § 5 (3) 2 BauGB ist nicht erforderlich.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 29.04.2024 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB		
1	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn Email vom 03.05.2024		
	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Gegen die im Betreff genannte(n) Maßnahme(n) hat die Bundeswehr folgenden Anmerkungen. Die von Ihnen beabsichtigte (n) Maßnahme(n) befindet/ befinden sich - im Zuständigkeitsbereich des Flugplatzes Geilenkirchen - im Bereich einer stillgelegten Pipeline Linnich-Goch Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich einer militärischen Flugzone befindet. Hier ist mit Lärm-/ und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	Es wird ein Hinweis in die Begründung des im Parallelverfahren aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath aufgenommen, dass sich das Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet und mit Lärm- und Abgasimmissionen zu rechnen ist. Spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr können nicht anerkannt werden. Nach Rückfrage der Lage der in der Stellungnahme genannten Pipeline Linnich-Goch teilte das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr folgendes mit: „Die Pipeline verläuft bei Koordinate 51° 05´ 6“ N und 06° 15´ 25,2 O. Der dazugehörige Schutzstreifen je 5 Meter öst- und westlich davon. Da stillgelegte Pipelines grds. nicht mehr reaktiviert werden und meist verfallen sind, kommt es trotzdem vor, dass die FBG Kreuzungsverträge abschließen möchte. Die Konkretisierung erfolgt vermutlich im B-Plan.“ Die durch die Koordinaten angegebene Lage befindet sich im östlichen Bereich des Flurstückes Nr, 431 (Gemarkung Golkrath, Flur 11) und somit nicht innerhalb des Geltungsbereiches der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“. Die Bundeswehr wird im weiteren Verfahren zur	Es wird ein Hinweis zu Lärm- und Abgasimmissionen durch ein militärisches Fluggebiet in die Begründung aufgenommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath beteiligt, so dass eine Konkretisierung auf Ebene des Bebauungsplanes erfolgen kann.	
2	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Mail vom 07.05.2024		
	Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Ausweisung des neuen Gebietes im FNP. Die Stellungnahme zur Erschließung etc. folgt im Rahmen der Bebauungsplan Beteiligung. Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl.der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme
3	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen Mail vom 07.05.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
4	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss Mail vom 07.05.2024		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
5	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 10.05.2024		
	Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 07.02.2024. Neue Aspekte für landwirtschaftliche Belange sind in den aktuellen Unterlagen nicht erkennbar.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
6	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Mail vom 13.05.2024		
	Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
7	Wasserverband Eifel-Rur, Postfach 10 25 64, 52325 Düren Mail vom 27.05.2024		
	Die Stadt Erkelenz plant die Erschließung eines Neubaugebiets in Golkrath am Millicher Bach. Zur Ableitung von Abwasser und Niederschlagswasser haben bereits Gespräche mit der Stadt stattgefunden. Es sollte nachgewiesen werden, dass durch die geplante Niveauerhöhung des Baugebiets eine Entschärfung der Hochwasser bzw. Starkregensituation herbeigeführt wird. Wir verweisen erneut auf unsere Stellungnahme vom 02.02.2024.	Das Büro Hydrotec, Ingenieurgesellschaft für Wasser und Umwelt mbH Aachen wurde mit der Erstellung eines Starkregennachweises beauftragt. Ergebnisse hierzu liegen der Stadt Erkelenz noch nicht vor. Die weitere Betrachtung der Hochwasser- und Starkregensituation wird auf Ebene des im Parallelverfahren befindlichen Bebauungsplan Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath erfolgen.	Der Stellungnahme des Wasserverbandes Eifel-Rur wird entsprochen und ein Nachweis zur Hochwasser- und Starkregensituation erbracht. Jedoch wird dies auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 434 „Auf´m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath fortgeführt, da hier die konkreten Festsetzungen und Detaillierungen zur Höhenentwicklung enthalten sind..
8	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Mail vom 28.05.2024		
	Seitens des Kreises Heinsberg bestehen zur 40. Änderung des Flächennutzungsplanes „Auf’m Hover Pfad“, Erkelenz-Golkrath, keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
9	LVR: Amt für Liegenschaften, Kennedyufer 2, 50679 Köln Mail vom 28.05.2024		
	Hiermit möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes geäußert werden. Diese Stellungnahme gilt nicht für das Rheinische Amt für Denkmalpflege in Pulheim und für das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege in Bonn; es wird darum gebe-ten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
10	Vodafone West GmbH, Ferdinand-Braun-Platz 1, 40549 Düsseldorf, Mail vom 28.05.2024		
	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplanten Baumaßnahmen keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf`m Hover Pfad) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
11	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Mail vom 31.05.2024		
	Im angefragtem Bereich: Wiesengrund 88, 41812 Heinsberg befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne.	Gemäß des Bestands- und Übersichtsplanes befinden sich die Anlagen der Deutschen Glasfaser im Bereich der Straße Terreicken sowie Wiesengrund im Bereich (Bestandsbebauung). Die Stellungnahme wurde dem Tiefbauamt der Stadt Erkelenz zur Information weitergeleitet.	Kenntnisnahme
12	WestVerkehr GmbH, Geilenkirchener Kreisbahn 1, 52511 Geilenkirchen Mail vom 01.06.2024		
	Als öffentliches Verkehrsunternehmen teilen wir Ihnen nach Prüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen mit, dass wir im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen haben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
13	EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven Mail vom 05.06.2024		
	Zur Änderung des o.g. Flächennutzungsplanes werden unsererseits keine Bedenken erhoben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme

Übersicht über den Geltungsbereich der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Gemischte Bauflächen Auf´m Hover Pfad), Erkelenz-Golkrath



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/708/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 25.07.2024 Verfasser: Amt 61 Jürgen Schöbel

46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 20.02.2024 beschlossen, die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, aufzustellen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf der Flächennutzungsplanänderung zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen zu dem Entwurf des Bauleitplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.
Ziel und Zweck der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz ist die Erweiterung der im wirksamen Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbauflächen am nördlichen Ortsrand von Erkelenz-Hetzerath. Mit der Flächennutzungsplanänderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel der Bereitstellung von Baugrundstücken mit der Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes erfolgen. Derzeit wird die Fläche des Plangebietes als landwirtschaftliche Fläche genutzt.

Der Geltungsbereich befindet sich nördlich der Straße Am Kammerbusch und westlich der Verlängerung der Houverather Straße; der Änderungsbereich umfasst ca. 1 ha. Der Geltungsbereich geht aus der Anlage hervor. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 9/2024 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 9 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 03.06.2024 bis einschließlich 16.06.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 03.06.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Granterath/Hetzerath wurde mit Schreiben vom 31.05.2024 beteiligt.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gefasst und die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeleitet werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belangen, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath, ist unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse auf die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen; die Behörden sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitende und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.

Mit geringen Ausnahmen ist bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:
Die Kosten der Bauleitplanung werden durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Erkelenz und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz GmbH & Co. KG (GEE) sichergestellt.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 03.06.2024 bis 16.06.2024 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB			
1	Öffentlichkeit		
	Es liegen keine Stellungnahmen vor.		
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Veröffentlichungsfrist vom xy.xy. bis xy.xy.xyxy gemäß § 3 Abs. 2 BauGB			
1			
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 03.06.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1	Straßen NRW Regionalniederlassung Niederrhein. Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Mail vom 03.06.2024		
	Die Belange der vom Landesbetrieb Straßenbau betreuten Straßen, werden vom oben genannten Vorhaben nicht berührt. Es bestehen daher grundsätzlich keine Bedenken. Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
2	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn Email vom 04.06.2024		
	vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner	Es wird ein Hinweis in die Begründung des im Parallelverfahren aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath aufgenommen, dass sich das Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet und mit Lärm- und Abgasimmissionen zu	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	rechnen ist. Spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr können nicht anerkannt werden.	
3	Westnetz GmbH Regionalzentrum Neuss, Collingstraße 2, 41460 Neuss Mail vom 05.06.2024		
	Gegen das genannte Vorhaben bestehen keine Einwände, da unsere Belange hierdurch nicht berührt werden.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
4	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW Mail vom 05.06.2024		
	zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise: Das o.g. Plangebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen und über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Union 223“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen. Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen. Außerdem ist der Planungsbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten	Ein Hinweis zum Steinkohlenbergbau wird in die Begründung Teil 1 der 46. Änderung der Flächennutzungsplanänderung aufgenommen. Ein Hinweis zum Braunkohlentagebau und Grundwasserabsenkungen und daraus resultierenden möglichen Folgen ist unter dem Kapitel „6.3 Grundwasser, Bergbau, Wasserschutz“ bereits in der Begründung Teil 1 bereits aufgenommen. Die EBV GmbH wurde gemäß § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt. Es wurden seitens der EBV keine Bedenken erhoben (s. Stellungnahme Nr. 8). Ebenso wurden der Erftverband und die RWE Power AG beteiligt. Stellungnahmen sind während der Frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB nicht eingegangen. Der Erftverband sowie die RWE Power AG werden gem. § 4 (2) BauGB erneut im Bauleitplanverfahren beteiligt.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den ErftverbandAm Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.		
5	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Straße 28-34, 52511 Geilenkirchen Mail vom 10.06.2024		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
6	Wasserverband Eifel-Rur, Postfach 10 25 64, 52325 Düren Mail vom 12.06.2024		
	Seitens des Wasserverbandes Eifel – Rur bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
7	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Mail vom 17.06.2024		
	Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
8	EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven Mail vom 17.06.2024		
	Zu den o.g. Änderungen des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB sowie § 5 (3) 2. BauGB halten wir für nicht erforderlich.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
9	Die Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland, Willy-Brandt-Platz 2, 47805 Krefeld Mail vom 28.06.2024		
	die Niederlassung Rheinland der Autobahn GmbH des Bundes ist für den Betrieb und die Unterhaltung der nördlich des Plangebietes in einer Entfernung von ca. 830 m verlaufenden Autobahn 46, Abschnitt 4 zuständig. Im Zusammenhang mit dem Bauleitplanverfahren dürfen durch die künftig geplanten Entwicklungen im Stadtgebiet keine Verschlechterungen der Leistungsfähigkeit oder der Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs im umliegenden klassifizierten Straßennetz ausgelöst werden. Es wird darauf hingewiesen, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Im Allgemeinen sind im Genehmigungsverfahren der Straßenbauverwaltung erforderlich werdende externe	Der im Parallelverfahren aufzustellende Bebauungsplan Nr. 435 „Im Hühnerfelde“, Erkelenz-Hetzerath schlägt die Aufteilung der Grundstücke mit 25 (Ein- und Zweifamilienhäuser) vor. Mit einer Verschlechterung der Leistungsfähigkeit des Verkehrsablaufes im umliegenden Straßennetz ist durch das geplante Baugebiet nicht zu rechnen.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitzuteilen, um Planungskollisionen auszuschließen.		
10	Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Heinsberg, Viersen Mail vom 01.07.2024		
	Aufgrund der Größe und Lage der landwirtschaftlichen Fläche werden Bedenken gegen die Inanspruchnahme für Bebauung zurückgestellt.	Keine Abwägung erforderlich.	Kenntnisnahme
11	Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg Mail vom 03.07.2024		
	nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zur 46. Änderung des Flächennutzungsplanes "Wohnbauflächen Im Hühnerfelde", Erkelenz-Hetzerath. Seitens des Gesundheitsamtes, der unteren Bodenschutzbehörde, der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert. Die untere Immissionsschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung: Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die o.g. Planungen erhebliche Bedenken. Gemäß der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 435 "Im Hühnerfelde" in Erkelenz-Hetzerath (Az.: 61 26 06) wird ausgeführt, dass im Plangebiet Allgemeine Wohngebiete (WA1 und WA2, Seite 10) ausgewiesen werden sollen. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens des Bebauungsplanes Nr. 0600.1 "Im Peschfeld/ Am Kammerbusch", Erkelenz-Hetzerath (Rechtskraft 05.10.2018) wurde ein Geruchsgutachten (Nr. 00002828, Dipl.-Ing. M. Langguth, Sachverständigenbüro für Schall und Geruch) zur Betrachtung geruchlicher Immissionen erstellt. Demnach befinden sich Teile des o.g. Plangebietes im Einzugsbereich der landwirtschaftlichen Betriebe und weisen umweltschädliche Geruchsimmissionen auf. Für die im Umfeld bereits errichteten und in Planung befindlichen Windenergieanlagen ist im späteren Bebauungsplanverfahren nachzuweisen, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen auf das o.g. Plangebiet einwirken. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht können meine Bedenken gegen die o.g. Planungen ausgeräumt werden, wenn im Plangebiet keine schädlichen Umwelteinwirkungen mehr auftreten.	Das von der Unteren Immissionsschutzbehörde genannte Gutachten (Nr. 00002828, Dipl.-Ing. M. Langguth, Sachverständigenbüro für Schall und Geruch) zeigt, dass das Plangebiet sowohl der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes als auch des Bebauungsplanes Nr. 435 „Im Hühnerfelde, Erkelenz-Hetzerath deutlich außerhalb der Bereiche mit schädlichen Immissionswerten liegen. Die Untere Immissionschutzbehörde des Kreises Heinsberg teilte der Stadt Erkelenz mit Email vom 02.08.2024 mit, dass die geltenden Immissionswerte der TA Lärm an den maßgeblichen Immissionsorten des geplanten Baugebietes „Im Hühnerfelde“ eingehalten werden. Das geplante Baugebiet wurde durch die Antragsteller der geplanten Windkraftanlagen nördlich der Ortslage Hetzerath in der Schallimmissionsprognose mitberücksichtigt.	Kenntnisnahme
12	Deutsche Glasfaser Holding GmbH Büro Borken, Am Kuhm 31, 46325 Borken Mail vom 05.07.2024		
	Im angefragtem Bereich: Am Kammerbusch 62, Germany Erkelenz befinden sich Anlagen der Deutschen Glasfaser Netz Operating GmbH. Beiliegend erhalten Sie die Bestands- und Übersichtspläne.	Die Stellungnahme der Deutschen Glasfaser wird zur weiteren Berücksichtigung an das Tiefbauamt der Stadt Erkelenz weitergeleitet.	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde) im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024.

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom xy.xy.xyxy gemäß § 4 Abs. 2 BauGB			
1			
2			

Übersicht über den Geltungsbereich der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Wohnbauflächen Im Hühnerfelde), Erkelenz-Hetzerath



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/709/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 15.07.2024 Verfasser: Amt 61 Jürgen Schöbel

42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 06.12.2022 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath, beschlossen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf der Flächennutzungsplanänderung zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen, zu dem Entwurf des Bauleitplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

Im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist für den Stadtteil Gerderath ein Zentraler Versorgungsbereich (ZVB) „Nahversorgungszentrum Gerderath“ definiert worden. Zur Ermöglichung weiterer Einzelhandelsbetriebe im ZVB ist die Schaffung von Planrecht erforderlich. Ziel der Planung ist die Vorbereitung der Schaffung von Baurechten weiterer Einzelhandelsbetriebe im ZVB Gerderath sowie die Sicherung der vorhandenen Läden auf Ebene des Flächennutzungsplanes. Die Festsetzung eines Sondergebietes im Bebauungsplan erfordert daher die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplanes. Der Geltungsbereich befindet sich südlich der Lauerstr. (L19) und westlich der Gerderather Burgstr. (L 46); der Änderungsbereich umfasst ca. 1,5 ha. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung geht aus der Anlage hervor. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 9/2024 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 9 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 10.06.2024 bis einschließlich 23.06.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 10.06.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Gerderath wurde mit Schreiben vom 31.05.2024 beteiligt.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gefasst und die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeleitet werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath) wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belange, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath) beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Der Entwurf der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath, ist unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse auf die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen; die Behörden sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitende und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen ist bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.

Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:
Im Haushalt sind unter dem Produktsachkonto 090100 542940 „Planungs- und Gutachterkosten“ ausreichend Mittel vorhanden.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 10.06.2024 bis 23.06.2024 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
	Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.		
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Öffentlichkeitsbeteiligung vom xy.xy. bis xy.xy.xyxy gemäß § 3 Abs. 2 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
2			
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 10.06.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1	Bezirksregierung Arnsberg: Abt. 6 - Bergbau und Energie in NRW Schreiben vom 01.07.24		
	Das o.g. Plangebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen und über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Gerderath 1“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen.	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da alleinig durch die Lage des Plangebietes auf Bergwerks- oder Erlaubnisfeldern keine bodenrechtlichen Spannungen ausgelöst werden und die Umsetzung des Vorhabens sowie die Ausübung der beabsichtigten Nutzung unberührt bleiben. Die vorgetragenen Informationen werden jedoch im Umweltbericht zur 42. Flächennutzungsplanänderung ergänzt.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.
	Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der Ebene der Ausführungsplanung, z.B. durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können. Die vorgetragenen Informationen werden jedoch im Umweltbericht zur 42. Flächennutzungsplanänderung ergänzt.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Außerdem ist der Planungsbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 - 2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der Ebene der Ausführungsplanung, z.B. durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können. Die vorgetragenen Informationen wurden jedoch bereits im Umweltbericht zur 42. Flächennutzungsplanänderung aufgeführt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.	Die RWE Power AG und der Erftverband wurden am Verfahren beteiligt und sofern Stellungnahmen eingegangen sind, wurden diese in die Abwägung eingestellt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	<u>Bearbeitungshinweis</u>: Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens-	Die Bearbeitungsweise werden zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) sowie als Web Feature Service (WFS) zu nutzen.		
2	Bezirksregierung Köln Dezernat 53 Schreiben vom 19.06.24		
	Im Rahmen der Beteiligung zur oben genannten Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
3	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) (Referat Infra I 3) Schreiben vom 11.06.24		
	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr nicht anerkannt werden können.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken vorgetragen. Die Lage innerhalb eines militärischen Fluggebietes erfordert keine Anpassung der Plankonzeption.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
4	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Schreiben vom 18.06.24		
	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflich-	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	ten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.		
5	EBV GmbH Schreiben vom 12.06.24		
	Zu der Änderung des Flächennutzungsplans sowie des Bebauungsplans XII werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB sowie § 5 (3) 2. BauGB halten wir für nicht erfordelich.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
6	Industrie- und Handelskammer Aachen Schreiben vom 04.07.24		
	Da das Vorhaben innerhalb des Nahversorgungszentrum Gerderath liegt und davon keine schädlichen Auswirkungen auf andere zentrale Versorgungsbereiche zu erwarten sind, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen keine Bedenken.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
7	Kreis Heinsberg: Federführung Schreiben vom 11.07.24		
	Nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zur 42. Änderung des Flächennutzungsplanes "Nahversorgungszentrum Gerderath", Erkelenz-Gerderath. Seitens des Gesundheitsamtes, der unteren Bodenschutzbehörde, der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Die untere Immissionsschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung: Eine immissionsschutzrechtliche Beurteilung kann nicht erfolgen, solange die im weiteren Verlauf des Verfahrens angekündigte schalltechnische Untersuchung (Punkt 4.3 der Begründung) nicht vorgelegt wird. Auszug aus der Begründung: Durch die geplante Erweiterung der Einzelhandelsnutzung ist insbesondere mit Schallimmissionen auf die umliegenden Nutzungen zu rechnen. Dazu könnte	Im Rahmen des parallel laufenden Bebauungsplanverfahren wurde eine schalltechnische Untersuchung durch einen Fachgutachter durchgeführt (Büro für Schallschutz Michael Mück, 2024). Es zeigt sich, dass auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung Maßnahmen zu ergreifen sind, um negative Auswirkungen durch Schalleinwirkungen zu vermeiden. Die Vollziehbarkeit der Planung wird jedoch nicht infrage gestellt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

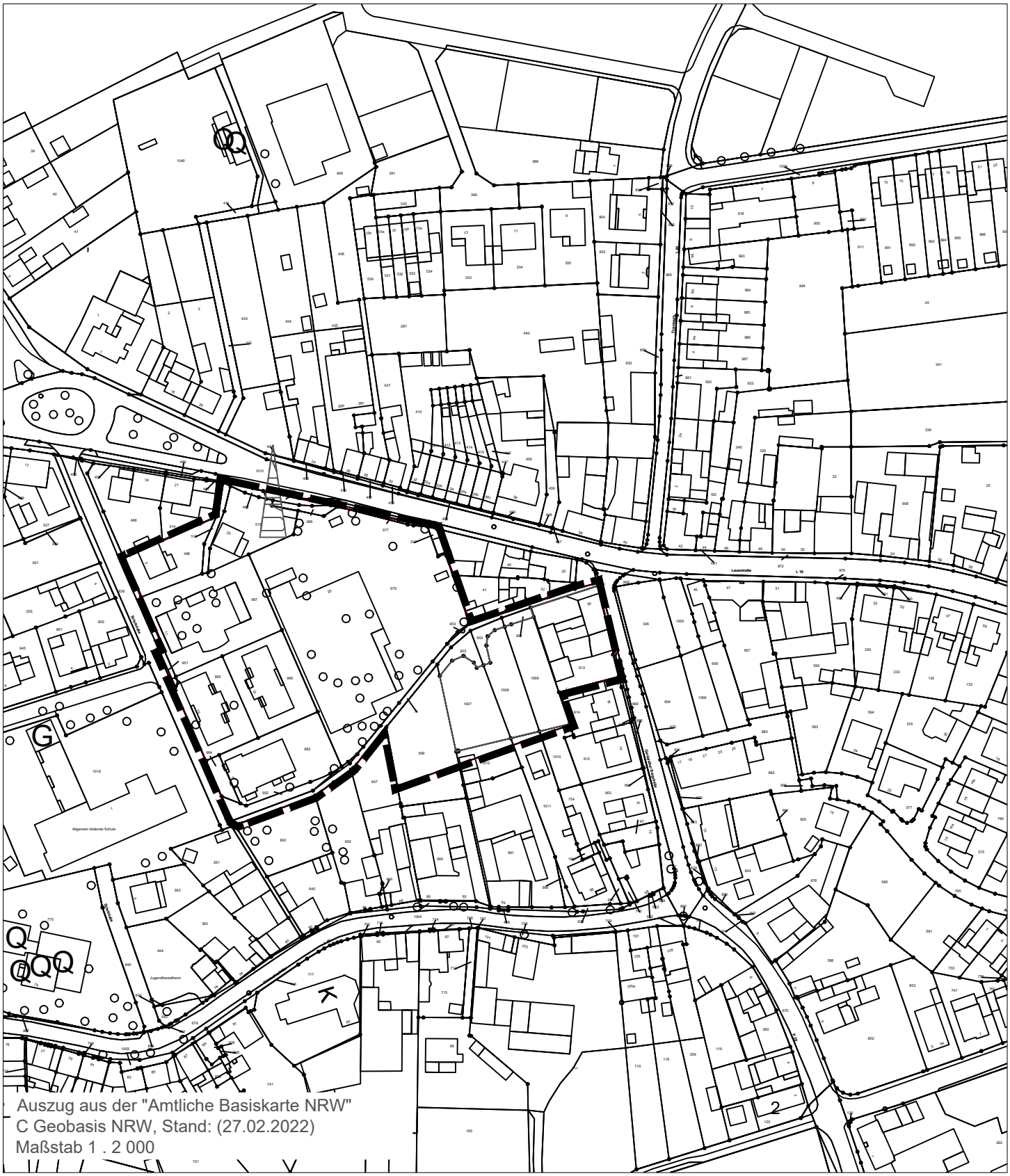
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	vor allem der Kundenverkehr und die Anlieferung beitragen. Aus diesem Grund wird im weiteren Verlauf des Verfahrens ein Schallgutachten erstellt.		
8	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein - Hauptsitz Mönchengladbach Schreiben vom 10.06.24		
	Es bestehen vom Grundsatz her keine Bedenken zur Änderung der Flächennutzungsplanes. Bedenken hinsichtlich der Erschließung werden im parallelen Bebauungsplanverfahren benannt. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sollte die Erschließung des Gebietes über die bestehende Zufahrt an der L19 erfolgen.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken auf der Ebene des Flächennutzungsplans vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, können weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Maßnahmen sind nicht erforderlich und somit eine Geltendmachung auch nicht vorgesehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Im Rahmen des parallel laufenden Bebauungsplanverfahrens wurde eine schalltechnische Untersuchung durch einen Fachgutachter durchgeführt (Büro für Schallschutz Michael Mück, 2024). Es zeigt sich, dass auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung Maßnahmen zu ergreifen sind, um negative Auswirkungen durch Schalleinwirkungen zu vermeiden. Diese sind jedoch nicht auf Schallreflektionen von Schallemissionen der Landesstraßen zurückzuführen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
9	LVR: Amt für Liegenschaften Schreiben vom 12.07.24		
	Bezugnehmend zur Beteiligung "42. FNP Änd. Erkelenz" melden wir aus Fachsicht der LVR-Kulturlandschaftspflege bezogen auf das Schutzgut "Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter" eine Fehlanzeige, da wir hier keine Betroffenheit sehen.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
10	NEW Netz GmbH Schreiben vom 10.06.24		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
11	WVER - Wasserverband Eifel-Rur		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz-Gerderath im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Schreiben vom26.06.24		
	Aktuell gibt es keine Bedenken. Sollte bei der Konkretisierung der Entwässerungsplanung doch der WVER betroffen sein, sollten wir in die Planung mit eingebunden werden.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken vorgetragen. Der WVER wird im weiteren Verlauf des Flächennutzungsplanänderungsverfahrens sowie im parallel verlaufenden Bebauungsplanverfahren weiter beteiligt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom xy.xy.xyxy gemäß § 4 Abs. 2 BauGB			
1			
2			

Übersicht über den Geltungsbereich der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Nahversorgungszentrum Gerderath), Erkelenz Gerderath



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/710/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 16.07.2024 Verfasser: Amt 61 Jürgen Schöbel

Bebauungsplan Nr. XII "Nahversorgungszentrum Gerderath", Erkelenz-Gerderath

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 06.12.2022 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath, aufzustellen. Dies bedingt gleichzeitig eine Teilaufhebung der 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. I Gerderath. Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Entwurf zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen, zu dem Entwurf des Bauleitplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

Im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist für den Stadtteil Gerderath ein Zentraler Versorgungsbereich (ZVB) „Nahversorgungszentrum Gerderath“ definiert worden. Zur Ermöglichung weiterer Einzelhandelsbetriebe im ZVB ist die Schaffung von Planrecht erforderlich. In dem heute unbebauten Bereich wird seitens eines Investor die Errichtung eines Getränkemarktes mit darüber befindlichen Wohnungen beabsichtigt. Ziel der Planung ist die Schaffung solcher Baurechte für weitere Einzelhandelsbetriebe im ZVB Gerderath sowie die Sicherung der vorhandenen Läden.

Der Geltungsbereich befindet sich südlich der Lauerstr. (L19) und westlich der Gerderather Burgstr. (L 46); der Änderungsbereich umfasst ca. 0,8 ha. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes geht aus der Anlage hervor.

Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Stadt Erkelenz Nr. 9/2024 vom 31.05.2024 bekannt gemacht.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte im Amtsblatt Nr. 9 vom 31.05.2024.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 10.06.2024 bis einschließlich 23.06.2024 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 10.06.2024 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Gerderath wurde mit Schreiben vom 31.05.2024 beteiligt.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gefasst und die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeleitet werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belangen, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath, ist unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse auf die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen; die Behörden sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitende und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.

Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen ist bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.
Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:
Bezüglich eines Teils der Planungskosten für die Bauleitplanung wird ein städtebaulicher Vertrag gem. § 11 BauGB zwischen der Stadt Erkelenz und dem Vorhabenträger abgeschlossen.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 10.06.2024 bis 23.06.2024 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
	Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.		
Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Öffentlichkeitsbeteiligung vom xy.xy. bis xy.xy.xyxy gemäß § 3 Abs. 2 BauGB			
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
2			
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 10.06.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB			
1	Bezirksregierung Arnsberg: Abt. 6 - Bergbau und Energie in NRW Schreiben vom 27.06.24		
	Das o.g. Plangebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen und über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Gerderath 1“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen.	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da alleinig durch die Lage des Plangebietes auf Bergwerks- oder Erlaubnisfeldern keine bodenrechtlichen Spannungen ausgelöst werden und die Umsetzung des Vorhabens sowie die Ausübung der beabsichtigten Nutzung unberührt bleiben. Zusätzlich werden die vorgetragenen Informationen im Umweltbericht ergänzt und der nachfolgende Hinweis in den Bebauungsplan selbst aufgenommen: *„2. Bergbau* *Der räumliche Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes befindet sich über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia Jacoba A“ im Eigentum der Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1 in 45899 Gelsenkirchen und über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Gerderath 1“ im Eigentum der RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen.“*	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.
	Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei be-	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der Ebene der Ausführungsplanung, z.B. durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können. Zusätzlich werden die vorgetragenen Informationen im Umweltbericht ergänzt und der nach-	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	stimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.	folgende Hinweis in den Bebauungsplan selbst aufgenommen: *„3. Bodenbewegungen durch Grubenwasser* *Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden.“*	
	Außerdem ist der Planungsbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 - 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. Folgendes sollte berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.	Die vorgetragenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der Ebene der Ausführungsplanung, z.B. durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können. Die vorgetragenen Informationen wurden bereits im Umweltbericht aufgeführt, ergänzend wird jedoch der nachfolgende Hinweis in den Bebauungsplan selbst aufgenommen: *„4. Sümpfungsmaßnahmen* *Der räumliche Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes ist von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Eine Zunahme der Beeinflussung ist nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasseranstieg zu erwarten. Hierdurch bedingte Bodenbewegungen können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.“*	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.
	Ich empfehle Ihnen diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen, sowie zu Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen eine Anfrage an die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE-Platz 2 in 45141 Essen, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.	Die RWE Power AG und der Erftverband wurden am Verfahren beteiligt und sofern Stellungnahmen eingegangen sind, wurden diese in die Abwägung eingestellt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Bearbeitungshinweis: Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) sowie als Web Feature Service (WFS) zu nutzen.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen, weitere inhaltliche Hinweise für das Planverfahren werden jedoch nicht getroffen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
2	Bezirksregierung Köln: Dez. 53 Schreiben vom 19.06.24		
	Im Rahmen der Beteiligung zur oben genannten Bauleitplanung bestehen seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln keine Anmerkungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
3	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) (Referat Infra I 3) Schreiben vom 11.06.24		
	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Ich weise darauf hin, dass sich Ihr Plangebiet im Bereich eines militärischen Fluggebietes befindet. Hier ist mit Lärm- /und Abgasimmissionen zu rechnen. Ferner weise ich darauf hin, dass spätere Ersatzansprüche gegen die	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Bundeswehr nicht anerkannt werden können.		
4	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 24 Schreiben vom 18.06.24		
	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
5	EBV GmbH Schreiben vom 12.06.24		
	Zu der Änderung des Flächennutzungsplans sowie des Bebauungsplans XII werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB sowie § 5 (3) 2. BauGB halten wir für nicht erforderlich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
6	Industrie- und Handelskammer Aachen Schreiben vom 04.07.24		
	Da das Vorhaben innerhalb des Nahversorgungszentrum Gerderath liegt und davon keine schädlichen Auswirkungen auf andere zentrale Versorgungsbereiche zu erwarten sind, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
7	Kreis Heinsberg: Federführung Schreiben vom 11.07.24		
	Nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zum Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath. Seitens des Gesundheitsamtes, der unteren Bodenschutzbehörde, der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Die untere Immissionsschutzbehörde nimmt wie folgt Stellung: Eine immissionsschutzrechtliche Beurteilung kann nicht erfolgen, solange die im weiteren Verlauf des Verfahrens angekündigte schalltechnische	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zwischenzeitlich wurde eine schalltechnische Untersuchung durch einen Fachgutachter durchgeführt (Büro für Schallschutz Michael Mück, 2024). Es zeigt sich, dass Maßnahmen zu ergreifen sind, um negative Auswirkungen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Untersuchung (Punkt 7.3 der Begründung) nicht vorgelegt wird. Auszug aus der Begründung: Aufgrund der geplanten Nutzungen im Plangebiet ist eine schalltechnische Beeinträchtigung der umliegenden schutzwürdigen Nutzungen derzeit nicht auszuschließen. Bei den Festsetzungen im Sondergebiet „SO 1“ soll der bereits bestehende Rewe-Markt in der bisher genehmigten Form planungsrechtlich abgesichert werden. Auch die Bestandsbebauung entlang der Lauerstraße wird durch die Planung nicht grundlegend verändert. Jedoch wird innerhalb des Sondergebietes „SO 2“ durch die geplanten Festsetzungen die Errichtung eines Getränkemarktes mit zusätzlichen Wohnnutzungen ermöglicht. Durch den Betrieb des Getränkemarktes können sowohl die umliegenden Wohnnutzungen als auch die geplanten Wohnungen innerhalb des Plangebietes beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wird im weiteren Verlauf des Verfahrens eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt und eventuell erforderliche Maßnahmen in der Plankonzeption berücksichtigt.	durch Schalleinwirkungen zu vermeiden. Explizit handelt es sich dabei um die Errichtung einer Prallscheibe im nordwestlichen Bereich des neu geplanten Gebäudes sowie die Überdachung der Anlieferung innerhalb des SO 2. Die Maßnahmen wurden verbindlich im Bebauungsplan festgesetzt. Die Umsetzung ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu gewährleisten.	
7.1	Kreis Heinsberg; Brandschutzdienststelle Schreiben vom 01.07.24		
	Brandschutz Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken, wenn folgende Punkte beachtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass folgende Anforderungen zu erfüllen sind: 1. Öffentliche Verkehrsfläche Gebäude dürfen nur errichtet werden, wenn gesichert ist, dass ab Beginn ihrer Nutzung das Grundstück in für die Zufahrt und den Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat und die erforderlichen Anlagen zur Versorgung mit Löschwasser vorhanden und benutzbar sind. Wohnwege, an denen nur Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 zulässig sind, brauchen nur befahrbar zu sein, wenn sie länger als 50 m sind (§4BauONRW). Bei Gebäude der Klasse 4 + 5 sind entsprechend Feuerwehraufstellflächen bzw. zusätzliche Feuerwehrbewegungsflächen einzuplanen (Musterrichtlinie für Flächen für	Die vorgetragenen Belange betreffen die Ebene der Genehmigungsplanung bzw. Bauausführung. Die geplanten Festsetzungen des vorliegenden Angebotsbebauungsplanes eröffnen jedoch Bebauungsmöglichkeiten unter deren Berücksichtigung eine Wahrung der vorgetragenen Belange möglich ist. Insofern wird die Vollziehbarkeit der Planung nicht in Frage gestellt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	die Feuerwehr). 2. Löschwasserversorgung Die nachfolgenden Anforderungen an die Löschwasserversorgung seitens der Feuerwehren setzen im Allgemeinen voraus, dass Hydranten ausreichend zur Verfügung stehen. Bestehen Einschränkungen seitens der Trinkwasserversorgung werden auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel unterirdische Löschwasserbehälter oder -brunnen, in Betracht gezogen. Weiterhin beziehen sich die Anforderungen nur auf den Grundschutz im Brandschutz für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Mischgebiete und Industriegebiete ohne erhöhtes Sach- oder Personenrisiko. Das DVGW-Arbeitsblatt W 400-1:2015-02 äußert sich zu den Grundlagen der Löschwasserversorgung wie folgt: „Die Abstände von Hydranten müssen im Übrigen der Bebauung und Netzstruktur entsprechen. Für die Bereitstellung von Löschwasser ist DVGW W 405 (A) zu beachten. Die Abstände von Hydranten in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, sind im Bedarfsfall abzustimmen.“ **Seitens der Feuerwehren bestehen folgende Anforderungen:** • Hydranten sind so anzuordnen, dass sie die Wasserentnahme leicht ermöglichen. • Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. • Entnahmestellen mit 400 l/min (24 m^3/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 m aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt werden kann. • Die Abstände von Hydranten auf Leitungen in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, dürfen 150 m nicht übersteigen. Größere Abstände von Hydranten bedürfen der Kompensation durch andere geeignete Löschwasserentnahmestellen. • Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz ist bei niedriger, in der Regel freistehender Bebauung (bis 3 Vollgeschosse) mit 800		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	l/min (48 m³/h) und bei sonstiger Bebauung mit mindestens 1.600 l/min (96 m³/h) und für eine Dauer von mindestens 2h zu bemessen. • Der insgesamt benötigte Löschwasserbedarf ist in einem Umkreis (Radius) von 300 m nachzuweisen. Diese Regelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z. B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie große, langgestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zu den Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern. • Bei der oben genannten Wasserentnahme aus Hydranten (Nennleistung) darf der Betriebsdruck 1,5 bar nicht unterschreiten. • Für Gewerbe- und Industriegebiete ergeben sich ggf. höhere Anforderungen aufgrund von anderen rechtlichen Vorgaben, z. B. Muster-Industriebau-Richtlinie. In den Vorlagen zum Bauantrag, z. B. Brandschutznachweis, sind der Löschwasserbedarf (in l/min) und der Löschwassernachweis für die erste Löschwasserentnahmestelle im 75 m Bereich (Lauflinie bis zum Grundstück) sowie für die gesamte Löschwassermenge in einem Umkreis (Radius) von 300 m darzustellen. Quelle: Information der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren und des Deutschen Feuerwehrverbandes in Abstimmung mit dem DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (2018-4) „Löschwasserversorgung aus Hydranten in öffentlichen Verkehrsflächen“		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag

Bauliche Nutzung nach § 17 der Baunutzungsverordnung	Kleinsiedlung (WS) Wochenendhausgebiete (SW)	reine Wohngebiete (WR) allgem. Wohngebiete (WA) besondere Wohngebiete (WB) Mischgebiete (MI) Dorfgebiete (MD) Gewerbegebiete (GE)		Kerngebiete (MK) Gewerbegebiete (GE)		Industriegebiete (GI)
Zahl der Vollgeschosse	≤ 2	≤ 3	> 3	1	> 1	-
Geschossflächenzahl (GFZ)	≤ 0,4	≤ 0,3 - 0,6	0,7 - 1,2	0,7 - 1,0	1,0 - 2,4	-
Baumassenzahl (BMZ)	-	-	-	-	-	≤ 9
Löschwasserbedarf bei unterschiedlicher Gefahr der Brandausbreitung	m³/h	m³/h		m³/h		m³/h
klein	24	48		96		96
mittel	48	96		96		192
groß	96	96		192		192

Sofern die obigen Anforderungen an die Löschwasserversorgung nicht hinreichend erfüllt werden können, müssen andere Möglichkeiten, z. B. durch unterirdische Löschwasserbehälter, -brunnen, -teiche bzw. bei zu großen Entfernungen weitere Hydranten erwogen werden.
Die Abstimmung zur Ausführung und zur Kostenübernahme erfolgt im Bedarfsfall zwischen der Gemeinde und dem Wasserversorgungsunternehmen.
3. Zugänglichkeit der Grundstücke / Rettungswege
Die Bebauung der Grundstücke ist so vorzunehmen, dass der Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten ohne Schwierigkeiten möglich ist.
Liegen Gebäude ganz oder in Teilen weiter als 50m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt, ist eine Zufahrt für Fahrzeuge der Feuerwehr gemäß § 5 BauO NRW herzustellen. Die Zufahrt ist gemäß § 5 BauO NRW herzurichten. Die Ausführung muss der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (MRFIFw) inklusive der Aufstell- und Bewegungsflächen

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	entsprechen. Die Kurvenradien sind entsprechend zu beachten. Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind so zu befestigen, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 16 t und einer Achslast von 10 t befahren werden können. Notwendige Fenster in Obergeschossen müssen im Lichten eine freie Öffnungsfläche von mindestens 0,9 m x 1,2 m besitzen und für die Feuerwehr erreichbar sein. Die Fenster sind zur öffentlichen Verkehrsfläche oder zu Feuerwehrbewegungsflächen hin auszurichten §§ 14 und 37 BauO NRW. An den als zweiter Rettungsweg ausgewiesenen Fenstern muss das Aufstellen von tragbaren Leitern der Feuerwehr jederzeit möglich sein. Dies ist insbesondere bei Bepflanzungen und Parkflächen zu beachten (§ 14 BauO NRW). Für evtl. Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 wird eine Aufstellfläche für Hubrettungsfahrzeuge gem. VV zu § 5 BauO NRW benötigt, sofern diese Gebäude den zweiten Rettungsweg nicht auf andere Weise (zwei Treppenräume) sicherstellen. 4. Hinweis Viele Bauvorhaben werden zwischenzeitlich u. a. auch als „Generationenhaus/ altersgerechtes oder seniorengerechtes Wohnen“ betitelt. In verschiedenen Nutzungseinheiten wird der zweite Rettungsweg dennoch über tragbare Leitern sichergestellt. Die Brandschutzdienststelle weist im Rahmen des demographischen Wandels auf folgendes hin: Der Personenkreis, der sich problemlos über diese Geräte retten lässt, wird im Laufe der nächsten Jahre eher kleiner werden. Das liegt zum einen an der immer älter werdenden Bevölkerung und zum anderen an der Zunahme pflegebedürftiger Menschen. Auf Grund dieser Tatsache bestehen mit Sicht auf solche Bauvorhaben Bedenken an die Auslegung des zweiten Rettungsweges speziell für diese Nutzungsform-		
8	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein - Hauptsitz Mönchengladbach Schreiben vom 10.06.24		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Der oben genannte B-Plan liegt an der Landesstraße 46 im Abschnitt 3 sowie der L19 im Abschnitt 113. Beide Landesstraßen liegen hier im Bereich der festgesetzten Ortsdurchfahrt. Hinsichtlich der Erschließung des bestehenden Versorgermarktes zur L19 bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Hier wird auch künftig, die bestehende Zufahrt genutzt. Es bestehen jedoch erhebliche Bedenken hinsichtlich der Erschließung über die Gerderather Burgstraße, L46. Die sicherheitsrelevanten Sichtdreiecke gemäß RASt werden nicht eingehalten, dies führt zu Sichtbehinderungen für die Ausfahrenden Verkehrsteilnehmer. Eine Zufahrt liegt unmittelbar an dem Knotenpunkt mit der L19. Dies führt zu unvorhersehbaren Bremsen im Knotenpunktbereich und kann zu vermehrten Auffahrunfällen führen. Auch hier ist die Sicht auf den von der L19 kommenden Verkehr durch die bestehende Bebauung nicht gegeben. Fahrzeuge für den Anlieferungsverkehr, also der Schwerverkehrsanteil, wird aufgrund der beengten Verhältnisse, die Gegenfahrbahn der L46 mitbenutzen müssen um aus dem Grundstück heraus zufahren. Dies gefährdet den durchgehenden Verkehr auf der Landesstraße. Der Knotenpunkt L19 / L46 ist Unfallschwerpunkt und immer wieder auffällig. Durch die neue Nutzung und die ungünstige Anordnung der Zufahrten wird die Situation weiter erheblich verschärft. Es wird daher empfohlen, die Erschließung über die bestehende Zufahrt der L19 durchzuführen. Zumindest auf die, direkt am Knotenpunkt befindliche Zufahrt sollte aus Gründen der Verkehrssicherheit verzichtet werden. Zur Behebung der Unfallhäufigkeit wird der Knotenpunkt derzeit umgeplant. Auch nach Umsetzung dieser Planung stellt die geplante Zufahrt im Umfeld des Knotenpunktes eine Gefährdung der Verkehrssicherheit da. Das weitere Verfahren wird im Wissen der vorgenannten Punkte durch die Stadt Erkelenz durchgeführt.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. In Bezug auf die Anbindung an die L19 werden keine Bedenken vorgetragen. Die Eingeberin merkt korrekterweise an, dass sich die relevanten Abschnitte der Landesstraßen jeweils innerhalb der Ortsdurchfahrt befinden. Die konkrete Regelung der Verkehrsflüsse erfolgt erst auf Ebene der Genehmigungs- und Ausführungsplanung, wo ggf. auch bauliche Maßnahmen ergriffen werden können. Derzeit ist vorgesehen, dass die Verkehre des Getränkemarktes an der Gerderather Burgstraße/L46 lediglich rechts ausfahren dürfen. Dies soll negative Auswirkungen auf den Verkehrsfluss weitestgehend verhindern. Die primäre Erschließung des Plangebietes erfolgt über die Lauerstraße/L19. Bei der weiteren Planung sind die Umplanungen des Landesbetriebes Straßenbau NRW im Bereich der Kreuzung L19/L46 zu berücksichtigen.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
	Ferner weise ich darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Maßnahmen sind nicht erforderlich und somit eine Geltendmachung auch nicht vorgesehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. XII „Nahversorgungszentrum Gerderath“, Erkelenz-Gerderath - im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können.		
	Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde eine schalltechnische Untersuchung durch einen Fachgutachter durchgeführt (Büro für Schallschutz Michael Mück, 2024). Es zeigt sich, dass Maßnahmen zu ergreifen sind, um negative Auswirkungen durch Schalleinwirkungen zu vermeiden. Diese sind jedoch nicht auf Schallreflektionen von Schallemissionen der Landesstraßen zurückzuführen. Der Hinweis wird somit zur Kenntnis genommen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
9	NEW Netz GmbH Schreiben vom 10.06.24		
	Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
10	WVER - Wasserverband Eifel-Rur Schreiben vom28.06.24		
	Sehr geehrte Damen und Herren, aktuell gibt es keine Bedenken. Sollte bei der Konkretisierung der Entwässerungsplanung doch der WVER betroffen sein, sollten wir in die Planung mit eingebunden werden.	Der Wasserverband Eifel-Rur wird im weiteren Bauleitplanverfahren seitens der Stadt Erkelenz beteiligt. Es wird der Hinweis an die weiterbearbeitenden Ämter gegeben, dass bei konkreten Planungen bezüglich der Entwässerung außerhalb des Bauleitplanverfahrens der Wasserverband einzubinden ist.	Die Stellungnahme des Wasserverbandes Eifel-Rur wird entsprochen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom xy.xy.xyxy gemäß § 4 Abs. 2 BauGB			
1			
2			

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. XII "Nahversorgungszentrum Gerderath", Erkelenz-Gerderath



ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/711/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 15.08.2024 Verfasser: Amt 61 Jürgen Schöbel

3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 "Industrie- und Gewerbepark Commerden", Erkelenz-Mitte

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 17.11.2020 die Aufstellung der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, beschlossen und die Verwaltung beauftragt, einen Entwurf des Bebauungsplanes zu erarbeiten. In der Sitzung wurde ferner beschlossen zu dem Entwurf des Bebauungsplanes die Öffentlichkeit frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie den Bezirksausschuss Granterath/Hetzerath zu beteiligen.
Ziel und Zweck der Aufstellung der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, ist die Bereitstellung von Gewerbeflächen westlich der Brüsseler Allee als Ergänzung und Arrondierung des GIPCO. Die gewerblichen Flächen schließen unmittelbar an die Brüsseler Allee an und sind somit bereits erschlossen. Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 3,2 Hektar und geht aus der Anlage hervor.

1. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 9 vom 13.05.2022 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 30.05.2022 bis 03.06.2022 in der Stadtverwaltung Erkelenz sowie über das Internet durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen vorgetragen.

2. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 03.06.2022 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Granterath/Hetzerath wurde mit Schreiben vom 30.05.2022 beteiligt. In der 5. Sitzung des Bezirksausschusses vom 01.09.2022 stimmten die Mitglieder der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, einstimmig zu.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden und der Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gefasst und die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeleitet werden.

Beschlussentwurf als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB von den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belangen, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Entwurf der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, ist unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse auf die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet zu veröffentlichen und im Rathaus auszulegen; die Behörden sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja X Nein ☐

Bauleitpläne in Form von Flächennutzungsplänen als vorbereitende und Bebauungsplänen als verbindliche Bauleitplanung haben indirekt Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.
Während aus Flächennutzungsplänen keine Baurechte abgeleitet werden können, schaffen Bebauungspläne die Grundlage für (neue) Bebauungen aber auch Entwicklung von Grünflächen oder den Bau von Verkehrsflächen.
Im Baugesetzbuch sind die Belange Klimaschutz und Klimaanpassung seit 2013 als Teil eines stetig größer werdenden Katalogs an Belangen und Themen in § 1 Abs. 5 aufgenommen worden.
Mit geringen Ausnahmen ist bei jeder Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht zu erstellen. Hier sind die genannten Aspekte enthalten.

Regelmäßig sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich durch welche auch Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:
Für die Erarbeitung des Bebauungsplanes stehen im Haushaltsplan unter dem Produktsachkonto 090100 542940 „Räumliche Planung / Planungs- und Gutachterkosten“ Haushaltsmittel zur Verfügung.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte

Anlage - Übersicht über den Geltungsbereich der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung vom 30.05.2022 bis 03.06.2022 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB		
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
	Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.		
	Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Offenlage vom xy.xy.xyxy bis xy.xy.xyxy gemäß § 3 Abs. 2 BauGB		
1	Öffentlichkeit Schreiben vom		
2			
	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 03.06.2022 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB		
1	Deutsche Telekom Technik GmbH; West PTI 24 Schreiben vom 07.06.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S. v. § 125 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die Planung haben wir keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich	Kenntnisnahme
2	NEW Netz GmbH, Nikolaus-Becker-Str. 28-34, 52511 Geilenkirchen Schreiben vom 07.06.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Anfrage. Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.	Keine Abwägung erforderlich	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
3	IHK Aachen, Postfach 10 07 40, 52007 Aachen Schreiben vom 15.06.2022		
	Guten Tag, da der vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirtschaft entweder gar nicht berührt oder – wo es der Fall ist – hinreichend berücksichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IOHK) Aachen keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich	Kenntnisnahme
4	Bezirksregierung Köln, Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln Schreiben vom 17. Juni 2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, zur o.a. Bauleitplanung wird seitens des Dezernats 53 der Bezirksregierung Köln wie folgt Stellung genommen: a) Allgemeines/Zuständigkeit Bezüglich der allgemeinen immissionsschutzrechtlichen Belange wird von hier davon ausgegangen, dass diese von der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Heinsberg vertreten werden. b) § 50 BlmSchG i.V. mit Betriebsbereichen nach § 3 Abs. 5 a BImSchG („Störfallbetrieben“) Gemäß Nr. 4 des Umweltberichtes sind Nutzungen, die anfällig gegenüber Unfällen und Katastrophen sind, im Plangebiet nicht vorgesehen. Evtl. soll damit ausgedrückt werden, dass eine Ansiedlung von Betriebsbereichen nach § 3 Abs. 5 BlmSchG nicht vorgesehen ist. Hierzu bzw. zur Nr. 4.9.1 Buchstabe j) des Umweltberichtes wird eine entsprechende Klarstellung angeregt. In den vorliegenden textlichen Festsetzungen wird der Aspekt „Ansiedlung von Betriebsbereichen“ nicht thematisiert. Im Hinblick auf einen evtl. Ausschluss von Betriebsbereichen im Bebauungsplangebiet oder eine entsprechende Gliederung des Bebauungsplanes nach störfallrechtlichen Gesichtspunkten wird daher auf das von Kommission für Anlagensicherheit beim Bundesumweltministerium (KAS) in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten „Erarbeitung und Formulierung von Festsetzungsvorschlägen für die Umsetzung der Abstandsempfehlungen für Anlagen, die einen Betriebsbereich i.S.v. § 3 Abs. 5 a BImSchV bilden, nach den Vorgaben des BauGB und der BauNVO „der Anwaltskanzlei Redeker/Sellner/Dahs verwiesen das sich zusammen mit dem Leitfaden „Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung – Umsetzung § 50 BImSchV“§ (KAS-18; 2. Bearbeitete	Zu a) Seitens des allgemeinen Immissionsschutzes liegt eine Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises vor (siehe Nr. 11) und wird dort behandelt. Zu b) In die Textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird eine Festsetzung zum Ausschluss von Anlagen, die einen Betriebsbereich i.S.v. § 3 Abs. 5a BImSchG (Störfallbetriebe) bilden, aufgenommen. Umweltbericht und Begründung sind diesbezüglich aktualisiert worden. Damit wird der Anregung der Bezirksregierung Köln Rechnung getragen.	Den Anregungen der Bezirksregierung Köln, Dezernat 53 wird gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Fassung aus Nov. 2010) unter www.kas-bmu.de/kas-leitfaeden-arbeits-und-vollzugshilfen.html findet. Das Plangebiet selber befindet sich nicht innerhalb von angemessenen Sicherheitsabständen nach § 3 Abs. 5c BImSchV bzw. Achtungsabständen ohne Detailkenntnisse nach Leitfaden KAS-18 bezogen auf Betriebsbereiche nach § 3 Abs. 5a BImSchV, für die die Bezirksregierung Köln immissionsschutzrechtlich zuständige Genehmigungs- und Überwachungsbehörde ist.		
5	Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Niederrhein – Hauptsitz Mönchengladbach, Breitenbachstr. 90, 41065 Mönchengladbach Schreiben vom 20.06.2011		
	Sehr geehrte Damen und Herren, die 3. Änderung des B-Plans Nr. XIX/1 liegt im Umfeld der Bundestraße B 57 im Abschnitt 31.1 bzw. 31.2 sowie der Anschlussstelle zur A 46. Geplant ist ein ca. 3,2 ha großes Gewerbegebiet. Aussagen zur leistungsfähigen Abwicklung der zusätzlichen Verkehre aus der Gebietsentwicklung heraus wurden nicht getroffen. Da die Knotenpunkte der Anschlussstelle der A 46 bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht haben, bestehen grundsätzlich Bedenken hinsichtlich zusätzlicher Belastungen. Das Verfahren wird im Wissen der vorgenannten Defizite durchgeführt. Eine abschließende Stellungnahme von Seiten des Landesbetriebes ist aufgrund der derzeit fehlenden Informationen der zu erwartenden zusätzlichen Verkehre nicht möglich. Ich weise außerdem darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.	Durch die Umsetzung des Bebauungsplanes 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, wird eine Fläche von circa 3,2 Hektar entwickelt. Davon werden fast 2,4 Hektar als Gewerbegebiet festgesetzt. Die Fläche ist bereits vor über 20 Jahren in einem Bauleitplanverfahren überplant und auch in die Betrachtung der Verkehrsströme mit einbezogen worden, dann aber aus Gründen der mangelnden Verfügbarkeit wieder entlassen worden. Im Flächennutzungsplan der Stadt Erkelenz wird die Gewerbefläche seit dessen Rechtswirksamkeit im Jahre 2001 dargestellt. Damit waren diese Flächen seither in die Konzeptionen einer Verkehrsführung und Verkehrsplanung zu integrieren und im Prognosehorizont zu beachten. Dies war in mehreren gutachterlichen Betrachtungen der Fall. Der Bebauungsplan schließt verkehrsträchtige Nutzungen wie Speditionen und reine Lagerbetriebe mit Weiterverteilung ebenso wie Tankstellen für die Öffentlichkeit aus. Es wird überschläglich ein zusätzliches Verkehrsaufkommen von geschätzt 450 Fahrten entstehen, welche sich über mehrere Fahrstrecken verteilen, also nicht jeden der	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Knoten beanspruchen wird. Die Mehrbelastung der in den letzten Jahren mehrfach ertüchtigten Knoten wird seitens der Stadt Erkelenz als geringfügig und nicht ausschlaggebend für eine Überlastung der Knoten eingeschätzt. Die abschließende Stellungnahme des Landesbetriebes Straße wird im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erwartet, so dass im Zuge des weiteren Verfahrens sich mit dem Landesbetrieb Straße diesbezüglich ins Benehmen gesetzt werden kann.	
6	Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Heinsberg, Viersen Schreiben vom 20.06.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, die grundsätzliche Abwägung zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzung wurde bereits auf Ebene des Flächennutzungsplanes getroffen. Zusätzliche landwirtschaftliche Flächen könnten durch externe Kompensationsmaßnahmen in Anspruch genommen werden. Da in den aktuellen Unterlagen noch keine konkreten Angaben zur Kompensation gemacht wurden, regen wir vorsorglich an, externe Kompensation zu minimieren und zu deren Umsetzung keine (weiteren) landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch zu nehmen. Wir verweisen dazu außerdem auf § 15, Abs. BNatSchG. Vorrangig bieten sich ökologische Aufwertung vorhandener Strukturen, Inanspruchnahme von Ökokonten, Maßnahmen in Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie, Entsiegelungsmaßnahmen oder Ersatzgeldzahlungen an, nachrangig kämen produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen in Betracht, z.B. aus dem Angebot der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft.	Den Anregungen der Landwirtschaftskammer wird Folge geleistet. Eine Fläche im Nordwesten des Planbereiches, welche als Ausbuchtung des Plangebietes in Richtung der Ansiedlung Commerden ragt, wird als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Sie wird aus der Festsetzung Gewerbegebiet entlassen und zur Unterbringung eines Anteils des Ausgleichsbedarfes verwendet. Der restliche Ausgleichsbedarf soll größtmöglich über das Ökokonto der Stadt Erkelenz gedeckt werden, so dass keine oder nur sehr kleine landwirtschaftliche Flächen hierzu herangezogen werden müssen. Die genaue Vorgehensweise wird im Laufe des Verfahrens mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.	Den Anregungen der Landwirtschaftskammer NRW wird gefolgt.
7	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn Schreiben vom 16.06.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr	Keine Abwägung erforderlich	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.		
8	LVR: Amt für Liegenschaften Schreiben vom 27.06.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o.g. Maßnahme geäußert werden. Diese Stellungnahme gilt nicht für das LVR Amt für Denkmalpflege im Rheinland in Pulheim und das LVR- Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland in Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.	Keine Abwägung erforderlich. Der LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland wurde gesondert angeschrieben (Nr. 14).	Kenntnisnahme
9	Bezirksregierung Arnsberg – Bergbehörde Schreiben vom 30.06.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, aus bergbehördlicher Sicht gebe ich Ihnen zum o. g. Planvorhaben folgende Hinweise und Anregungen: Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung liegt über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Matzerath 2“ sowie über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia-JakobaA“. Rechtsnachfolgerin der Eigentümerin des verliehenen Bergwerksfeldes „Matzerath 2“ ist die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG (Abt. Liegenschaften und Umsiedlung, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln). Rechtsnachfolgerin der Eigentümerin des verliehenen Bergwerkfeldes „Sophia-Jacoba A“ ist die Vivawest GmbH (Nordsternplatz 2 in 45899 Gelsenkirchen). Soweit eine entsprechende grundsätzliche Abstimmung in den beiden vorgenannten Rechtsnachfolgerinnen der Bergwerksfeldeigentümerinnen nicht bereits erfolgt ist, empfehle ich, diesen in Bezug auf mögliche bergbauliche Einwirkungen aus bereits umgegangenem Bergbau sowie zu dort vorliegenden weiteren Informationen bzgl. Bergschadenrelevanter Fragestellungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Möglicherweise liegen den Rechtsnachfolgerinnen der Bergwerksfeldeigentümerinnen auch Informationen zu Bergbau in dem betreffenden Bereich vor, der hier nicht bekannt ist. Insbesonde-	Den Anregungen der Bezirksregierung Arnsberg wird gefolgt. Es werden entsprechende Hinweise zu den Bergbautätigkeiten und den Auswirkungen auf die Grundwasserstände in den Bebauungsplan übernommen. Die möglichen Konsequenzen von Bodenbewegungen in Folge der Grundwasserbeeinflussung werden erläutert. Die RWE Power AG sowie der Erftverband wurden im Verfahren beteiligt.	Den Anregungen der Bezirksregierung Arnsberg – Bergbehörde - wird gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	re sollte diesen dabei auch Gelegenheit gegeben werden, sich zum Erfordernis von Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Bergschäden zu äußern. Diese Fragestellung ist grundsätzlich privatrechtlich zwischen Grundeigentümer*in/Vorhabenträger*in und in diesem Falle den Rechtsnachfolgerinnen der Bergwerksfeldeigentümerinnen zu regeln. Unabhängig der vorgenannten privatrechtlichen Aspekte teile ich Ihnen mit, dass in den hier derzeitig vorliegenden Unterlagen im Planbereich kein umgegangener Bergbau dokumentiert ist. Allerdings ist der Planbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand o1.10.2018 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – Az.: 61.42.63-2000-1-) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Tiele, 1965) betrachtet. Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2- 5, 09, 07, Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle. <u>Folgendes sollte berücksichtigt werden:</u> Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planbereich in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen, sofern nicht bereits geschehen, diesbezüglich eine Anfrage an die RWE Power AG (Stüttgenweg 2 in 50935 Köln) sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband (Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim) zu stellen. Entsprechende Hinweise und Empfehlungen zu den Auswirkungen der braunkohlebergbaubedingten Grundwasserabsenkungen sind bereits in der Begründung zur Bebauungsplanänderung unter dem Gliederungspunkt „10. Bergbau“ enthalten.		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Hinsichtlich des Umfanges und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung werden aus dem Zuständigkeitsbereich der Bergbehörde keine Hinweise und Anregungen geäußert. Für evtl. Rückfragen zu dieser Stellungnahme stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. **Bearbeitungshinweis:** Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrundeliegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes jn NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als WEB Map Service (WMS) zu nutzen.		
10	Wasserverband Eifel-Rur Schreiben vom 04.07.2022		
	Seitens des Wasserverbandes Eifel-Rur bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.	Keine Abwägung erforderlich	Kenntnisnahme
11	Kreis Heinsberg - Federführung Schreiben vom 05.07.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heinsberg zur 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 Industrie- und Gewerbepark Commerden. Seitens des Straßenbaulastträgers für die Kreisstraßen sowie der unteren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert.	Die Stellungnahmen des Straßenbaulastträgers für die Kreisstraßen, der Unteren Wasserbehörde, des Gesundheitsamtes und der unteren Bodenschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen. Zur Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde:	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Das Gesundheitsamt, die untere Bodenschutzbehörde, die untere Immissionsschutzbehörde sowie die untere Naturschutzbehörde nehmen wie folgt Stellung: Gesundheitsamt: Aus gesundheitsaufsichtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen das Bauvorhaben, sofern die Immissionsgrenzwerte der TA-Lärm und TA-Luft eingehalten werden und eine gesundheitliche Beeinträchtigung der umliegenden Bevölkerung auch durch Altlasten des Bodens nicht zu besorgen ist. Ein Schutz des Trinkwassers muss gewährleistet sein. Untere Bodenschutzbehörde: Für den Bereich des Bebauungsplanes bestehen aus Sicht des Bodenschutzes und aus altlastentechnischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Zurzeit liegen der unteren Bodenschutzbehörde keine Erkenntnisse über Altlast-Verdachtsflächen bzw. Altlasten vor. Untere Immissionsschutzbehörde: In der Begründung zur 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“ wird festgestellt, dass das Plangebiet und dessen nähere Umgebung bereits durch Immissionen gewerblicher und verkehrlicher Art vorbelastet ist. So haben sich im Umfeld des Planvorhabens in den Ortsteilen „Commerden“ und „Genehen“ bereits Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe angesiedelt. Der Umweltbericht zur 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“ stellt ergänzend fest, dass die Auswirkungen des Planvorhabens „die Grenzen des Zulässigen nicht überschreiten“ (S. 13) bzw. die „Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch“ sich in geringer bis mittlerer Intensität bewegen (S. 13). Demnach werden „Immissionen anfallen, die sich aber derart darstellen, dass Richt- und Orientierungswerte der einschlägigen Regelwerte nicht überschritten werden“ (S. 31). Auf Grundlage benachbarter Bebauungspläne sei demnach gesichert, „dass auch hier keine Immissionswerte entstehen, die im Plangebiet (zukünftiges Gewerbegebiet) oder den umliegenden Siedlungen zu unzulässigen Werten führen“ (S. 12).	Die Flächen der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, sind in der Vergangenheit bereits schon einmal Teil eines Bauleitplanverfahrens gewesen. Sie wurden von dem ursprünglich weiträumiger gefassten Planbereich des Bebauungsplanes XIX/2 Gewerbe- und Industriepark Commerden, Erkelenz-Mitte, erfasst, später aber aus dem Planbereich entlassen. Im Zuge des damaligen Bauleitplanverfahrens wurde ein Immissionsgutachten erstellt, welches die Entwicklung des Gewerbegebietes GIPCO 2 schalltechnisch so ausgestaltete, dass keine immissionsschutzrechtlichen Konflikte zu den umliegenden Bestandsgebieten entstehen konnten. Dazu wurden die Gewerbeflächen mit Lärmkontingenten ausgestattet. Dieses Gutachten bezog die Flächen der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, bereits mit ein und legte auch für die Flächen, welche heute in verkleinerter Form als Gewerbegebiet festgesetzt werden, Kontingentierungen fest. Die Entwicklung des Umfeldes, speziell die Umsetzung der Flächen des Bebauungsplanes Nr. XIX/2 Gewerbe- und Industriepark Commerden, hat sich genau nach den Vorgaben der damaligen Kontingentierung entwickelt. Der umliegende Gebäude- und Nutzungsbestand ist unverändert und weist in seiner Zusammensetzung denselben Schutzanspruch auf. Es ist demnach nicht von Konfliktstellungen auszugehen, wenn die 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungs-	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Die in dem Umweltbericht getätigten Aussagen sind aus immissionsschutzrechtlicher Sicht nicht plausibel. So widerspricht der Umweltbericht damit der in der Begründung aufgeführten Feststellung, dass „in der vorliegenden Bauleitplanung […] bezüglich des Immissionsschutzes mit Gewerbelärm und Verkehrslärm zu rechnen“ (S. 9) ist. Entsprechende Immissionsprognosen, welche die genannten Behauptungen im Umweltbericht untermauern, liegen den Planunterlagen nicht bei. Auch werden im Umweltbericht die Auswirkungen auf die Wohn- und Wohnumfeldfunktion der Siedlungen Commerden und Genehen ohne entsprechende Belege relativiert. Sofern aber schon die Begründung feststellt, dass „das östliche und nördliche Umfeld dieser Splittersiedlungen durch eine Gewerbenutzung geprägt“ (S. 13) ist, so ist für eine gerechte Abwägung entsprechend § 1 Abs. 7 BauGB aus immissionsschutzrechtlicher Sicht die Ermittlung der Vor- und Zusatzbelastung durch Gewerbelärmimmissionen unabdingbar. Es wird vor diesem Hintergrund darauf hingewiesen, dass im Rahmen der planerischen Abwägung das Rücksichtnahmegebot gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB zu beachten ist. Demzufolge müssen geplante Nutzungen Rücksicht auf die Umweltauswirkungen bereits existierender Gewerbebetriebe nehmen. So läge ein Verstoß gegen das Rücksichtnahmegebote vor, wenn ein Planvorhaben einen existierenden Betrieb zu Betriebseinschränkungen zwingt, oder aber die betriebliche Erweiterung einschränkt. Auch fordert das Abwägungsgebot, dass nicht in einen immissionsschutzrechtlichen Konflikt hineingeplant werden darf. So kann die geplante Verlagerung dieses Nutzungskonfliktes in ein nachfolgendes Zulassungsverfahren (hier Bauantragsverfahren) wegen eines Abwägungsdefizites zur Rechtswidrigkeit des Bebauungsplanes führen. Des Weiteren wird die alleinige Gliederung des Planvorhabens auf Grundlage des Abstanderlasses (Abstandliste 2007) der tatsächlichen Vorbelastung im Umfeld des Plangebietes nicht gerecht. Auch sind die benachbarten Bebauungspläne kein geeignetes Mittel, die sich künftig an maßgeblichen Immissionsorten einstellenden Beurteilungspegel in ausreichendem Maße darzustellen. Auch die in dem Umweltbericht getätigten Aussagen zur Geruchsbelastung sind aus immissionsschutzrechtlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Demnach sei aufgrund des Planvorhabens mit Geruchsimmissionen zu rechnen, wobei diese laut Umweltbericht auch hier die Grenze des Zulässigen nicht überschreiten (S. 13). Eine gutachterliche Stellungnahme, welche diese Aussage untermauert, liegt den Planunterlagen nicht bei. Es wird darauf hingewiesen, dass aufgrund weiterer geruchsemittierender Anlagen innerhalb der bestehenden Industrie- und Gewerbeflächen bereits eine Vorbelastung vorhanden ist. Sofern im Plangebiet die Ansiedlung weiterer	planes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden“, Erkelenz-Mitte, die Kontingentierung von damals übernähme. Aufgrund eines Urteils, welches in der Zwischenzeit zur Methodik von Kontingentierungen gesprochen wurde, soll jedoch von der Übernahme der damaligen Kontingentierung für das Gebiet der 3. Änderung und Erweiterung abgesehen werden. Das besagte Urteil bezieht sich nicht auf die tatsächlichen Immissionswerte und deren Brauchbarkeit, sondern auf den grundsätzlichen Aufbau von Gliederungen der Nutzungen in Gewerbegebieten über Kontingentierungen. Somit kann nach wie vor, bezüglich der errechneten und festgelegten Werte, von einer konfliktfreien Grundsituation ausgegangen werden. Es wird somit nicht in eine bestehende Konfliktsituation hereingeplant. Aus vorgenanntem Grund wird die Gliederung des Plangebietes über die zulässige und anerkannte Abstandsliste 2007 (4. BImSchV: 15.07.2006) der Anlage 1 zum Abstandserlass NRW - RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 6.6.2007 (SMBl. NRW. 283) vorgenommen. Diese ist so aufgebaut, dass die Zulässigkeit der einzelnen Nutzungen über ihr Störpotential, bei Anwendung des Standes der Technik, und über ihren Abstand zur nächstgelegenen, zu schützenden Nutzung begründet wird. Die Abstände der Betriebe werden so gegliedert, dass keine Konflikte bei regelkonformer Ausführung und Betrieb zu erwarten sind.	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	geruchsemittierender Betriebe geplant ist, so ist aus immissionsschutzrechtlicher Sicht auch hier die Ermittlung der Vor- und Zusatzbelastung durch Geruchsimmissionen unabdingbar. Um den o. g. Nutzungskonflikten und einer fehlerhaften Abwägung entgegenzuwirken, wird seitens der Unteren Umweltschutzbehörde die Vorlage entsprechender Immissionsprognosen empfohlen. Auf Grundlage dieser sind verlässliche Aussagen über das Ausmaß der Vor-, Zusatz- und Gesamtbelastung durch das bereits bestehende sowie das künftig angesiedelte Gewerbe möglich. Untere Naturschutzbehörde: Gegen die Planung bestehen aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde keine grundsätzlichen Bedenken. Gestalterische Vorgaben hinsichtlich der Verwendung wasserdurchlässiger Bodenbeläge auf Pflasterflächen wie Stellplätzen, Lagerflächen, Zuwegungen etc. wären wünschenswert, ebenso wie eine textliche Festsetzung zur Verwendung von Dachflächen für die Stromerzeugung, gerade im Hinblick auf den Klimawandel. Auch eine Durchgrünung des Plangebietes sollte geprüft werden. Die Eingriffe in Natur und Landschaft sind im Rahmen eines landschaftspflegerischen Begleitplanes zu erfassen und zu bewerten. Geeignete Ausgleichsmaßnahmen sind im weiteren Verfahren zu benennen. Artenschutzrechtliche Konflikte sind gemäß der Artenschutzprüfung des Büros Haese mit Stand 07. Juni 2022 nicht zu erwarten. Dennoch empfiehlt sich eine Baufeldräumung im Winterhalbjahr. Alternativ ist das Plangebiet vor Beginn der Arbeiten durch eine sachkundige Person (z. B. Biologe/in) auf aktive Vogelbruten hin zu untersuchen. Die Stellungnahme der **Brandschutzdienststelle** füge ich als **Anlage** bei.	Zusätzlich wurde durch etliche Begehungen vor Ort, eine Bestandsaufnahme der genehmigten Nutzungen im Umfeld des Planbereiches und Gesprächen mit Mitarbeitern und Anwohnern im Umfeld des Planbereiches die Annahme gestützt, dass es keine Hinweise auf Konfliktsituationen, welche seit Erstellung des Gutachtens entstanden sind, gibt. Ebenso liegen keinerlei Beschwerden aus der Anwohnerschaft des Umfeldes vor. Die vorliegende Planung wird somit keine Betriebseinschränkungen bei existierenden Betrieben nach sich ziehen und keine Verlagerung von Nutzungskonflikten in nachfolgende Zulassungsverfahren bewirken. Der Umweltbericht erwähnt zudem das Vorhandensein von Gerüchen, welche von Tierhaltungen herrühren. Dabei handelt es sich um eine private und eine gewerbliche Pferdehaltung in den Ortslagen Genehen (landwirtschaftlicher Betrieb mit Pferdehaltung) und Commerden. Diese Pferdehaltungen prägen das Nutzungsgefüge der Siedlungsbereiche Genehen und Commerden mit. Es liegen keine Hinweise auf eine Belastung durch Gerüche vor, welche die Grenze der gegenseitigen Rücksichtnahme überschreiten. Beide Bestandsnutzungen liegen außerhalb des Planbereiches und haben über lange Zeit in direkter Nachbarschaft zu Wohnnutzungen Bestand. Hinweise auf Konfliktsituationen liegen nicht vor. Bereits die Bestandsaufnahmen zum Bebauungsplan XIX/2, welcher seinerzeit die Flächen bezüglich dieser Nutzungen betrachten mussten, stellten keine Konfliktsituationen fest. Diese Bestandsaufnahmen betrafen auch	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		die Flächen der 3. Änderung und Erweiterung. Sie wurden damals später aus dem Planbereich des Bebauungsplanes XIX/2 wieder entlassen. Die besagten Nutzungen und die daraus resultierenden, wahrnehmbaren Gerüche werden im Umweltbericht erwähnt, um dem fachfremden Leser im Sinne der Ganzheit und Vollständigkeit der gegebenen Informationen, die Existenz dieser Nutzungen und die zeitweilige Wahrnehmbarkeit von Gerüchen mitzuteilen. Die Erwähnung von Gegebenheiten im Umweltbericht ist nicht gleichzusetzen mit der Existenz "voraussichtlich erheblicher Auswirkungen" gem. § 2 Abs. 4 Satz 1 BauGB , oder von Konfliktsituationen.	
11.1	Kreis Heinsberg - Brandschutzdienststelle Schreiben vom 15.06.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, zu den o. g. Vorhaben wird wie folgt Stellung genommen: **Brandschutz:** Gegen die Planungen bestehen seitens der Brandschutzdienststelle keine Bedenken, wenn folgende Punkte beachtet werden: Es wird darauf hingewiesen, dass folgende Anforderungen zu erfüllen sind: 1.**Öffentliche Verkehrsfläche** Gebäude dürfen nur errichtet werden, wenn gesichert ist, dass ab Beginn ihrer Nutzung das Grundstück in für die Zufahrt und den Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtliche Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat und die erforderlichen Anlagen zur Versorgung mit Löschwasser vorhanden und benutzbar sind.	Die Ausführungen der Brandschutzdienststelle werden zur Kenntnis genommen	Kenntnisnahme

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Wohnwege, an denen nur Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 zulässig sind, brauchen nur befahrbar zu sein, wenn sie länger als 50 m sind (§ 4 BauONRW). Bei Gebäuden der Klasse 4 und 5 sind entsprechend Feuerwehraufstellflächen bzw. zusätzliche Feuerwehrbewegungsflächen einzuplanen (Musterrichtlinie für Flächen für die Feuerwehr). 2. Löschwasserversorgung Die nachfolgenden Anforderungen an die Löschwasserversorgung seitens der Feuerwehren setzen im Allgemeinen voraus, dass Hydranten ausreichend zur Verfügung stehen. Bestehen Einschränkungen seitens der Trinkwasserversorgung werden auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel unterirdische Löschwasserbehälter oder – brunnen, in Betracht gezogen. Weiterhin beziehen sich die Anforderungen nur auf den Grundschutz im Brandschutz für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Mischgebiete und Industriegebiete ohne erhöhtes Sach- oder Personenrisiko. Das DVGW-Arbeitsblatt W 400-1:2015-02 äußert sich zu den Grundlagen der Löschwasserversorgung wie folgt: „Die Abstände von Hydranten müssen im Übrigen der Bebauung und Netzstruktur entsprechen. Für die Bereitstellung von Löschwasser ist DVGW W 405 (A) zu beachten. Die Abstände von Hydranten in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, sind im Bedarfsfalle abzustimmen.“ **Seitens der Feuerwehren bestehen folgende Anforderungen:** - Hydranten sind so anzuordnen, dass sie die Wasserentnahme leicht ermöglichen. - Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstückes von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. - Entnahmestellen mit 400 l/min (cbm/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) on 300 m aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt werden kann. - Die Abstände von Hydranten auf Leitungen in Ortsnetzen, die auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, dürfen 150 m nicht übersteigen. Größere Abstände von Hydranten bedürfen		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	der Kompensation durch andere geeignete Löschwasserentnahmestellen. - Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz ist bei niedriger, in der Regel freistehender Bebauung (bis 3 Vollgeschosse) mit 800l/min (48 cbm/h) und bei sonstiger Bebauung mit mindestens 1.600 l/min (96 cbm/h) und für eine Dauer von mindestens 2 h zu bemessen. - Der insgesamt benötigte Löschwasserbedarf ist in einem Umkreis (Radius) von 300 m nachzuweisen. Diese Regelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z. B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie große, langgestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zu den Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern. - Bei der oben genannten Wasserentnahme aus Hydranten (Nennleistung) darf der Betriebsdruck 1,5 bar nicht unterschreiten. - Für Gewerbe- und Industriegebiete ergeben sich ggf. höhere Anforderungen aufgrund von anderen rechtlichen Vorgaben, z. B. Muster-Industriebau-Richtlinie. In den Vorlagen zum Bauantrag, z. B. Brandschutznachweis, sind der Löschwasserbedarf (in l/min) und der Löschwassernachweis für die erste Löschwasserentnahmestelle im 75 m Bereich (Lauflinie bis zum Grundstück) sowie für die gesamte Löschwassermenge in einem Umkreis (Radius) von 300 m darzustellen.		

Richtwerte für den Löschwasserbedarf (m^3/h)
unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung und der Gefahr der Brandausbreitung

Bauliche Nutzung nach § 17 der Baunutzungsverordnung	Kleinsiedlung (WS) Wochenendhausgebiete	reine Wohngebiete (WR) allgem. Wohngebiete (WA) besondere Wohngebiete (WB) Mischgebiete (MI)	Kerngebiete (MK) Gewerbegebiete (GE)	Industriegebiete (GI)

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag

	(SW)	Dorfgebiete (MD) / Gewerbegebiete (GE)				
Zahl der Vollgeschosse	≤ 2	≤ 3	> 3	1	> 1	-
Geschossflächenzahl (GFZ)	≤ 0,4	≤ 0,3 - 0,6	0,7 - 1,2	0,7 - 1,0	1,0 -2,4	-
Baumassenzahl (BMZ)	-	-	-	-	-	≤ 9
Löschwasserbedarf bei unterschiedlicher Gefahr der Brandausbreitung	m^3/h	m^3/h		m^3/h		m^3/h
klein	24	48		96		96
mittel	48	96		96		192
groß	96	96		192		192

Sofern die obigen Anforderungen an die Löschwasserversorgung nicht hinreichend erfüllt werden können, müssen andere Möglichkeiten, z B. durch unterirdische Löschwasserbehälter -, brunnen-, teiche bzw. bei zu großen Entfernungen weitere Hydranten erwogen werden.

Die Abstimmung zur Ausführung und zur Kostenübernahme erfolgt im Bedarfsfall zwischen der Gemeinde und dem Wasserversorgungsunternehmen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	3.Zugänglichkeit der Grundstücke/Rettungswege Die Bebauung der Grundstücke ist so vorzunehmen, dass der Einsatz von Feuerlösch- und Rettungsgeräten ohne Schwierigkeiten möglich ist. Liegen Gebäude ganz oder in Teilen weiter als 50 m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt, ist eine Zufahrt für Fahrzeuge der Feuerwehr gem. § 5 Bau ONRW herzustellen. Die Zufahrt ist gemäß § 5 BauONRW herzurichten. Die Ausführung muss der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (MRFIFw) inklusive der Aufstell- und Bewegungsflächen entsprechen. Die Kurvenradien sind entsprechend zu beachten. Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind so zu befestigen, dass sie von Feuerwehrfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von 16 t und einer Achslast von 10 t befahren werden können. Notwendige Fenster in Obergeschossen müssen im Lichten eine freie Öffnungsfläche von mindestens 0,9 m x 1,2 m besitzen und für die Feuerwehr erreichbar sein. Die Fenster sind zur öffentlichen Verkehrsfläche oder zu Feuerwehrbewegungsflächen hin auszurichten §§ 14 und 37 BauO NRW. An den als zweiter Rettungsweg ausgewiesenen Fenstern muss das Aufstellen von tragbaren Leitern der Feuerwehr jederzeit möglich sein. Dies ist insbesondere bei Bepflanzungen und Parkflächen zu beachten (§ 14 BauO NRW). Für evtl. Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 wird eine Aufstellfläche für Hubrettungsfahrzeuge gem. VV zu § 5 BauO NRW benötigt, sofern diese Gebäude den zweiten Rettungsweg nicht auf andere Weise (zwei Treppenräume) sicherstellen. 4. Hinweis Viele Bauvorhaben werden zwischenzeitlich u. a. auch als „Generationenhaus/altersgerechtes oder seniorengerechtes Wohnen“ betitelt. In verschiedenen Nutzungseinheiten wird der zweite Rettungsweg dennoch über tragbare Leitern sichergestellt. Die Brandschutzdienststelle weist im Rahmen des demographischen Wandels auf folgendes hin: Der Personenkreis, der sich problemlos über diese Geräte retten lässt, wird im Laufe der nächsten Jahre eher kleiner werden. Das liegt zum einen an der immer älter werdenden Bevölkerung und zum anderen an der Zu-		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	nahme pflegebedürftiger Menschen. Aufgrund dieser Tatsache bestehen mit Sicht auf solche Bauvorhaben Bedenken an die Auslegung des zweiten Rettungsweges speziell für diese Nutzungsform.		
12	Geologischer Dienst NRW Schreiben vom 08.07.2022		
	Sehr geehrte Damen und Herren, zu o. g. Verfahren gebe ich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung folgende Informationen und Hinweise: **Schutzgut Boden** Anhand der „Karte der Schutzwürdigen Böden BK50 treten im Plangebiet schutzwürdige Böden auf. Es handelt sich um Parabraunerden, mithin um Böden, die nach dem Klassifikationsschema eine sehr hohe Funktionserfüllung besitzen und damit einer sehr hohen Schutzstufe angehören. Aus Bodenschutzsicht sind nach den gesetzlichen Vorgaben (z. B. § 2 Bundes-Boden-Schutzgesetz, § 1 Landesbodenschutzgesetz, § 7 und § 15 Bundesnaturschutzgesetz) die vorliegenden Böden als Wert- und Funktionselemente besonderer Bedeutung zu bewerten. Demnach ist der Eingriff durch Versiegelung als erheblich einzustufen, sodass eine bodenfunktionsbezogene Kompensation für den Verlust dieser Böden aus Bodenschutzsicht zu fordern ist. Auch wenn der Bodentyp im Untersuchungsgebiet sehr häufig auftritt, ist dies kein Kriterium, die Schutzwürdigkeit herabzusetzen. Es entkräftet nicht die besondere Bedeutung der dort vorhandenen schutzwürdigen Böden. Ich bitte zu prüfen, ob auf externen Flächen eine Kompensation für den Verlust an schutzwürdigen Böden vorbereitet werden kann. Nur so lassen sich die Verluste an besonderen Bodenfunktionen ausgleichen. Der Ausgleich über Biotopwertverfahren lässt den Boden meistens unberücksichtigt. Hinweise zur Kompensation unvermeidbarer Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden ist folgender Veröffentlichung zu entnehmen (Kap 3.7, S.24). • Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB – Leitfaden für die Praxis der Bodenschutzbehörden	Die im Planbereich vorherrschenden Böden (Parabraunerden) stellen einen fruchtbaren und hochwertigen Boden dar. Aus diesem Grund zieht eine Versiegelung solcher Böden regelmäßig erhebliche Auswirkungen nach sich. Im Umweltbericht wird das wie folgt beschrieben: "Damit geht eine nicht unerhebliche Versiegelung und Verdichtung des Bodens einher. Der Versiegelungsgrad in Gewerbegebieten kann bis zu 80 % der Fläche betragen und auch die Verdichtung des Untergrundes kann manierlich sein. Damit fällt der Boden für Generationen für die Regelungsfunktion bezüglich des Wasserhaushaltes aus. Ebenso kann der Boden nicht mehr die Lebensraumfunktion für Flora und Fauna sicherstellen." Es wird zukünftig im Umweltbericht noch klarstellend ergänzt, dass diese erheblichen Auswirkungen als hoch zu werten sind. Diese Wertung (hoch) ist im Zuge der Abwägung schon eingeflossen, führte jedoch nicht zu einer Änderung der Planung. Grund dafür war, dass die Lage des Plangebietes bereits mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Erkelenz Ende der 90er Jahre diskutiert und als	Die Stellungnahme des Geologischen Dienstes wird berücksichtigt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	in der Bauleitplanung. <u>Verwendung von Mutterboden</u> Nach § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Plangebiet zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen. **Baugrund** Die Baugrundeigenschaften sind objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.	Gewerbefläche des Gewerbe- und Industriepark Commerden als die günstigere unter anderen Alternativen, trotz hochwertiger Böden, gesehen wurde. Bei der Ermittlung des Eingriffes und des damit einhergehenden Ausgleichsbedarfes arbeitet die Stadt Erkelenz nach der "Arbeitshilfe zur Errechnung des Ausgleichs von Eingriffen in Natur und Landschaft der Ministerien für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalens und für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen". Dabei ist das Schutzgut Boden als eigenständiges Kriterium nicht aufgeführt, sondern in die dort aufgelisteten Biotoptypen als deren Basis integriert. Dabei wird seitens der Arbeitshilfe kein Unterschied bezüglich der Bodengüte und dessen Leistungsfähigkeit gemacht. Über eine Eingriffsbewertung für den Boden nach dem Leitfaden Bodenschutz kämen mehrere Systeme zur Bewertung von Eingriff und Ausgleich nebeneinander zum Einsatz. Das wäre aus Gründen der Koordination und Übersichtlichkeit nicht wünschenswert. Die Arbeitshilfe des Landes NRW enthält Maßnahmen, die auch die Aufwertung von Böden im Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen berücksichtigen. Diese Vorgehensweise wird bereits über Jahrzehnte in ständiger Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde und unter Beteiligung der unteren Bodenschutzbehörde angewandt.	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Auch seitens des geologischen Dienstes wurden diesbezüglich bislang keine Widersprüche formuliert. Die im Leitfaden für die Praxis der Bodenschutzbehörden in der Bauleitplanung aufgezählten Möglichkeiten greifen speziell bei Projekten, bei denen die Arbeitshilfe zur Errechnung des Ausgleichs von Eingriffen in Natur und Landschaft der Ministerien für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalens und für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, nicht greifen würde. Das ist zum Beispiel regelmäßig bei der Verlegung von Leitungen durch landwirtschaftlich genutzte Flächen der Fall. Da eine Ackerfläche nach der Maßnahme der Verlegung wieder als eine Ackerfläche hergerichtet wird entsteht nach der Arbeitshilfe kein Ausgleichsbedarf. Das Bodengefüge ist aber sehr wohl gestört. Hier würden Maßnahmen nach dem Leitfaden zum Zuge kommen. Dies wird jedoch seitens der Stadt Erkelenz und auch der unteren Bodenschutzbehörde in solchen Fällen beachtet. Der Einsatz der Arbeitshilfe des Landes Nordrhein-Westfalen wird von der Unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Heinsberg akzeptiert. Das Vorgehen bei den Ausgleichsmaßnahmen wird grundsätzlich mit diesen Behörden koordiniert und abgestimmt. Somit wird auch der Eingriff	

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		im Bereich der Böden betrachtet und berücksichtigt. Im Zuge der Überlegungen bezüglich der Ausgleichsmaßnahmen spielt die Wahl der Flächen und damit der vorliegenden Böden regelmäßig eine wichtige Rolle. Die im Plangebiet vorherrschenden Böden kommen auf dem Stadtgebiet der Stadt Erkelenz in der Majorität vor. Somit ist die Aufwertung bereits erstklassiger Böden kaum möglich. Zusätzlich sind keine Brachen bekannt, auf welche die Stadt Erkelenz Zugriff hätte. Im Flächennutzungsplan der Stadt Erkelenz sind jedoch seit 2001 Flächen dargestellt, welche nach Absprache mit den zuständigen Trägern öffentlicher Belange als Ausgleichsflächen in Frage kämen und für das gesamte Ökosystem in der Stadt Erkelenz förderlich sind. Sie werden auch großenteils schon im Landschaftsplan I/1 "Erkelenzer Börde" benannt. Den Anregungen des Geologischen Dienstes wird letztlich entsprochen, da der Ausgleich des Eingriffes in das Schutzgut Boden, den gesetzlichen Regelungen konform vorgenommen und mit den betroffenen Trägern öffentlicher Belange abgestimmt wird.	
13	EBV - Bergschädenabteilung Schreiben vom 22.06.2022		
	Zum o. g. Bebauungsplan werden unsererseits keine Bedenken erhoben. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB halten wir für nicht erforderlich.	Keine Abwägung erforderlich	Kenntnisnahme
14	LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland Schreiben vom 19.07.2022 und 13.07.2022		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Schreiben vom 19.07.2022 (Koordinationsstelle für die Stellungnahmen) Für Ihre Information m Rahmen des Verfahrens gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) danke ich Ihnen. Meine späte Stellungnahme bitte ich zu entschuldigen. Wie Sie der beigefügten archäologischen Bewertung entnehmen können, muss davon ausgegangen werden, dass mit der Realisierung der Planung eine Beeinträchtigung bodendenkmalpflegerischer Belange verbunden wäre, da – bedingt durch die zukünftig zulässigen Erdeingriffe – Bodendenkmalsubstanz beeinträchtigt bzw. zerstört würde. Dagegen bestehen Bedenken. Die Belange des Denkmalschutzes und die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung (§ 1 Abs. 6 Nr. 3 und 5 BauGB) sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen. Darüber hinaus sind die Belange des Denkmalschutzes und die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung (§ 1 Abs. 6 Nr. 3 und 5 BauGB) bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen und mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung einzustellen. Darüber hinaus haben die Gemeinden nach dem Planungsleitsatz des § 14 Abs. 3 DSchG NW die Sicherung der Bodendenkmäler bei der Bauleitplanung zu gewährleisten Voraussetzung hierfür ist die Ermittlung und Bewertung der Betroffenheit dieser Belange im Rahmen der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials (§ 2 Abs. 3 BauGB). Der Schutz von Bodendenkmälern ist dabei nicht von der Eintragung in die Denkmalliste abhängig) § 5 Abs. 2 DSchG NW). Den Erhalt der Bodendenkmäler gilt es durch geeignete, die Bodendenkmalsubstanz langfristig sichernde Darstellungen und Festsetzungen zu erreichen. Insofern ist eine Aufklärung des Sachverhaltes noch im Rahmen der Bauleitplanverfahren erforderlich, zumal gerade in dieser Fläche mit erhaltenswerter archäologische Substanz zu rechnen ist, die die Bebauungsmöglichkeiten aufgrund denkmalrechtlicher Vorschriften nachträglich einschränken könnte. Ich bitte zu berücksichtigen, dass für die Durchführung der notwendigen archäologischen Untersuchungen eine Erlaubnis gem. § 15 Abs. 1 DSchG NW erforderlich ist, die die Obere Denkmalbehörde im Benehmen mit mir erteilt. Dem entsprechenden Antrag ist regelmäßig ein Konzept des mit der Ausführung Beauftragten beizufügen. Eine Liste archäologischer Fachfirmen ist zu Ihrer Information beigefügt. Gerne wird Ihnen das Fachamt eine Leistungsbeschreibung für die Durchführung einer archäologischen Sachverhaltsermittlung zur Verfügung stellen. Sollte dies gewünscht sein, bitte ich Sie, sich direkt mit meinem Kollegen, Frau Dr. Baumgart, e-mail: tanja.baumgart@lvr.de, in Verbindung zu setzen.	Die Stellungnahmen des LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland werden zur Kenntnis genommen. Nach Eingang der Stellungnahmen wurde in Abstimmung mit dem LVR eine Sachverhaltsermittlung durch ein vom LVR akzeptiertes Fachunternehmen durchgeführt. Eine Erlaubnis gem. § 15 Abs. 1 DSchG NW wurde seitens der ausführenden Firma in Abstimmung mit dem Planungsamt eingeholt. Im Zuge dieser Sachverhaltsermittlung haben sich die Verdachtsmomente bestätigt. Es wurden unterschiedliche Funde aus unterschiedlichen Zeitabschnitten dokumentiert. Die Dokumentation liegt dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland seit einigen Monaten vor. Seitens des LVR ist bis dato noch keine Aussage bezüglich der Qualität der Funde und der daraus folgenden Vorgehensweise innerhalb der Bauleitplanung erfolgt. Um die Bauleitplanung nicht zu verzögern soll der nächste Verfahrensschritt die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt werden, um die außerhalb der Bodendenkmalpflege bestehenden Maßnahmen weiter vorantreiben und abstimmen zu können. Eventuell erforderliche Maßnahmen bezüglich der Bodendenkmalpflege werden, bei Vorliegen der abschließenden Stellungnahme, mit dem LVR zeitnah abgesprochen.	Den Anregungen des LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland wird gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung. <u>Schreiben vom 13.07.2022 (Fachbereich)</u> In Erkelenz ist die Bereitstellung von Gewerbeflächen westlich der Brüsseler Allee vorgesehen. Das Planungsgebiet ist etwa 3,2 Hektar groß. Innerhalb der Planfläche und ihrer Umgebung fanden bereits in den Jahren 1991 sowie 2002 systematische Oberflächenbegehung mit Einzelfundeinmessung statt, bei denen zahlreiche Funde erfasst werden konnten. Die Funde datieren in den Zeitraum von der Vorgeschichte bis ins Mittelalter und belegen intensive Siedlungstätigkeit vor Ort. Insbesondere im mittleren Drittel der nördlichen Planfläche selbst wurden zahlreiche Funde erfasst. Weiter nördlich wurden bei Ausgrabungen in Bereichen mit ähnlichen Fundverteilungen Siedlungsplätze metallzeitlicher, römischer sowie mittelalterlicher Datierung nachgewiesen. Die Ausdehnung des in der Planungsfläche anzunehmenden Fundplatzes ist bislang nicht bekannt. Für die Planfläche besteht daher eine konkrete Befunderwartung. Es ist davon auszugehen, dass sich im Untergrund Bodendenkmalsubstanz verschiedener Zeitstellungen erhalten hat. Bei Bodeneingriffen ist mit dem Antreffen von Bau-und Erdbefunden, Kulturschichten, Bodenveränderungen sowie darin eingeschlossenen Funden zu rechnen, die in Zusammenhang mit der Siedlungstätigkeit vor Ort stehen bzw.in den Boden gelangten. Somit bestehen zunächst Bedenken gegen das geplante Vorhaben. Aus diesem Grund ist ausgehend von dem Bereich der Fundkonzentration eine archäologische Sachverhaltsermittlung durch eine Fachfirma durchzuführen, um die Planung in Hinblick auf die im Boden erhaltene Denkmalsubstanz bewerten zu könnten. In der Begründunge zu o.g. Vorgang ist bereits festgehalten, dass mit dem Vorhandensein von Bodendenkmälern in der Planungsfläche zu rechnen ist und das weitere Verfahren zur Sicherung mit dem LVR abgestimmt wird. Hier ist zu berücksichtigen, dass nicht auszuschließen ist, dass im Rahmen der Sachverhaltsermittlung bedeutende Befunde angetroffen werden, deren Erhaltung in situ durch planerische Berücksichtigung zu gewährleisten wäre.		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
15	LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland Schreiben vom 04.09.2024		
	Sehr geehrte Damen und Herren, zuletzt mit Stellungnahme vom 19.07.2022 hatte ich mich im Verfahren geäußert und aufgrund der archäologischen Befunderwartung zunächst eine Sachverhaltsermittlung gefordert. Diese wurde im März dieses Jahrs durch die Fachfirma Arthemus (NW 2024/1026) durchgeführt. Im Rahmen der Untersuchung wurden zwei Sondageschnitte geöffnet und insg. fünf Befunde erfasst. Die Geoprofile belegen im Süden ein befundüberlagerndes Kolluvium von bis zu 0,3 m Mächtigkeit, das nach Norden hin aufgrund des Gefälles ausdünnt und im nördlichen Schnitt St. 9 nicht mehr anzutreffen war. Hier ist mit dem Antreffen archäologischer Befunde unmittelbar unterhalb des Pflughorizontes und einem tendenziell schlechteren Befunderhalt als im Süden zu rechnen. In der nördlichen Sondage St. 9 wurde auf ca. 11 m Länge ein Abschnitt eines gebogenen Grabens von max. 0,6 m Breite und 0,2 m Tiefe erfasst. Dabei handelt es sich vermutlich um den Überrest eines vergleichsweise großen Kreisgrabens von 35–40 m Durchmesser, der ehemals einen Grabhügel umschloss. Die Grabungsfirma datiert den Befund in die mittlere Eisenzeit. In der südlichen Sondage St. 3 wurden zwei Gruben sowie zwei Grabenabschnitte erfasst. Die max. Erhaltungstiefe dieser Befunde betrug 0,35 m. Seite 2 Funde wurden lediglich aus der Verfüllung einer Grube sowie eines Grabenkopfes geborgen, sie datieren in das Hochmittelalter. Aufgrund vergleichbarer Verfüllungen sowie der Lage der Befunde zueinander werden auch die beiden übrigen Strukturen dieser Zeitstellung zugerechnet. Die angetroffenen Befunde bestätigen das zuvor gewonnene Bild und belegen die Nutzung des Areals in der Eisenzeit sowie dem Hochmittelalter. Im Bereich des durch Oberflächenfundverteilung ausgewiesenen hochmittelalterlichen Fundplatzes (Bodendenkmal Erkelenz VBD 0118) besteht eine konkrete Befunderwartung. Es ist davon auszugehen, dass sich weitere Überreste hochmittel-alterlicher Besiedlung und Nutzung des Areals erhalten haben. Zu erwarten sind bspw. Pfostengruben, Gruben, Erdkeller oder Gräben. Es ist nicht gesichert, jedoch anzunehmen, dass der Kreisgraben (Erkelenz VBD 0139) in Zusammenhang mit dem zuvor aufgrund der Oberflächenfundverteilung ausgewiesenen neolithisch bis metallzeitlichen Fundplatz (Erkelenz VBD 0119) steht. Weitere Befunde dieser Zeitstellung wur-	Nach telefonischer Besprechung mit dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland wird in den Bebauungsplan eine Nachrichtliche Übernahme aufgenommen. Hier wird angemerkt, dass gemäß § 15 Abs.2 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen eine Erlaubnis seitens der Unteren Denkmalschutzbehörde einzuholen ist, wenn ein Bodendenkmal oder ein Teil eines Bodendenkmals beseitigt, verändert, an einen anderen Ort verbracht oder dessen bisherige Nutzung geändert werden soll. Der Erlaubnis bedarf auch, wer in der engeren Umgebung eines Bodendenkmals Anlagen errichten, verändern oder beseitigen will oder andere Maßnahmen durchführen will, wenn sich dies auf die denkmalwerte Substanz oder das Erscheinungsbild des Bodendenkmals auswirken kann. Diese Regelung ist aufgrund des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen für jeden Vorhabenträger und Bauherrn beachtlich. Die Nachrichtliche Übernahme sichert die Bodendenkmäler in der vom LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland geforderten Form, unbeachtlich ob eine fachgerechte wissenschaftliche Untersuchung, Dokumentation und Bergung der Befunde und Funde durch eine Fachfirma bereits während des Bauleitplanverfahrens angestrengt wird.	Den Anregungen des LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Rheinland wird gefolgt.

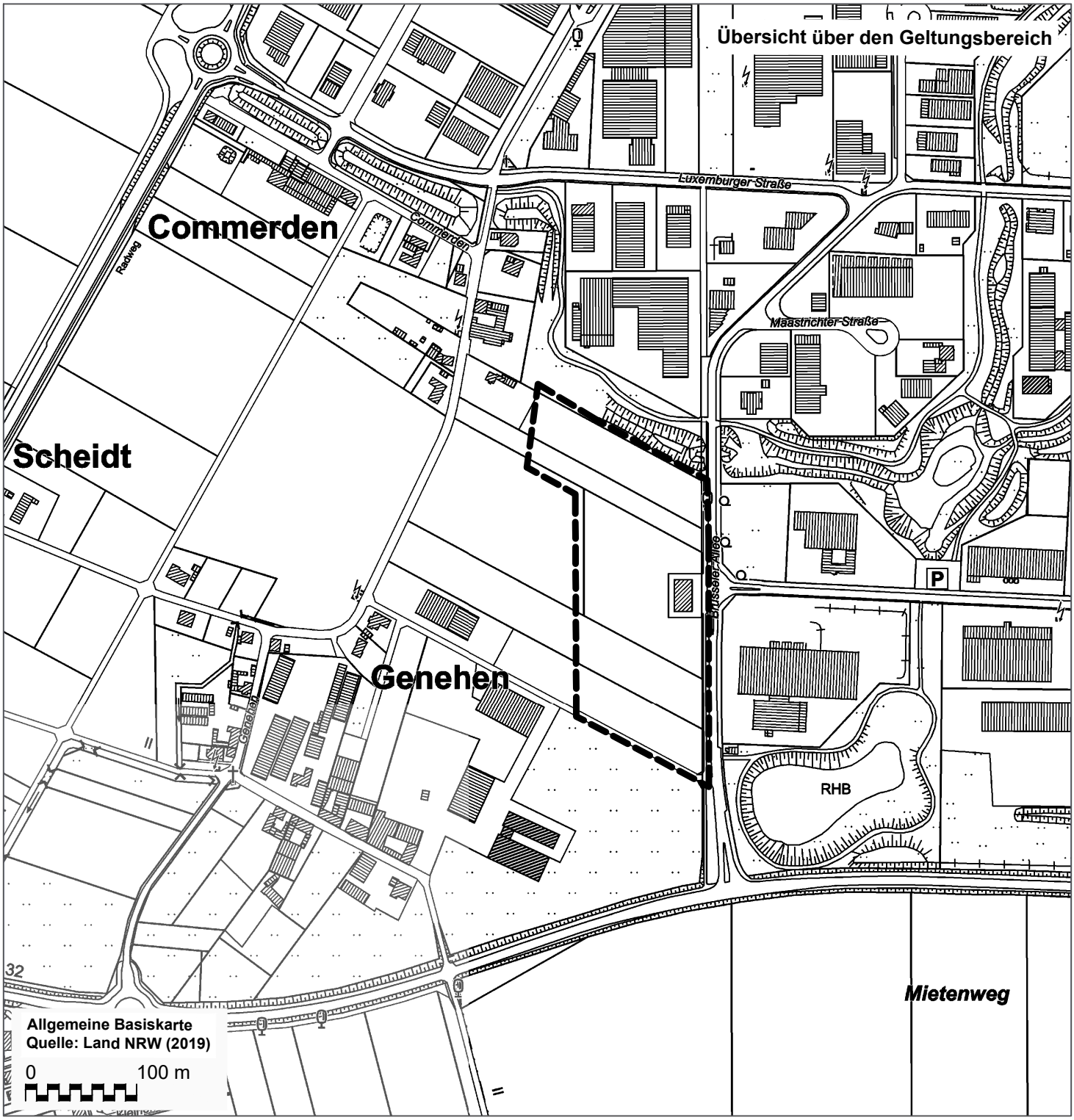
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	den in den Sondagen nicht erfasst, dies kann aber der exemplarischen Flächenöffnung geschuldet sein. Grabhügel sind meist in größeren Gräberfeldern und in Verbindung mit weiteren Grabanlagen wie einfachen Brand- und Urnenbestattungen zu finden. Daher sind weitere Befunde des Gräberfeldes im Umfeld zu erwarten. Die Fläche des nicht eingetragenen Bodendenkmals Erkelenz VBD 0119 wurde als Ergebnis der Sachverhaltsermittlung entsprechend nach Norden erweitert. Für die erfassten Strukturen besteht kein Erhaltungsvorbehalt. Es ist jedoch innerhalb der beiden Bodendenkmäler die fachgerechte wissenschaftliche Untersuchung, Dokumentation und Bergung der Befunde und Funde durch eine Fachfirma sicherzustellen. Dies ist im Bebauungsplan durch entsprechende Festsetzungen zu gewährleisten. Denkbar wäre, dies durch eine aufschiebende Bedingung nach § 9 Abs. 2 BauGB zu formulieren. § 9 Abs. 2 BauGB eröffnet zwar keine selbständige Festsetzungsmöglichkeit, die Vorschrift ergänzt aber die Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB, auf die sich § 9 Abs. 2 BauGB als Folgeregelung bezieht. § 9 Abs. 2 BauGB eröffnet damit die Möglichkeit, Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB an eine Bedingung zu knüpfen. Als Regelungsmöglichkeit käme für diesen Fall Folgendes in Betracht: „Die bauliche Nutzung im Plangebiet ist gemäß § 9 Abs. 2 BauGB nur unter der aufschiebenden Bedingung zulässig, dass im Bereich der Bodendenkmäler die vorherige wissenschaftliche Untersuchung, Bergung und Dokumentation archäologischer Funde und Befunde sichergestellt ist. Die dafür anfallenden Kosten sind im Rahmen des Zumutbaren vom Vorhabenträger zu übernehmen (§ 27 DSchG NRW). Einzelheiten hierzu sind mit der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Erkelenz und dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland abzustimmen.“ Diese Maßnahme wäre aus rechtlichen Gründen erforderlich, um die Planung umsetzen zu können. Die Regelung steht aber der Planung als solcher nicht grundsätzlich entgegen. § 9 Abs. 2 Satz 2 BauGB geht somit – wie vorgesehen - von einer festzusetzenden „Folge“-Nutzung aus. Ich bitte zu berücksichtigen, dass der Vorhabenträger für die Durchführung der notwendigen archäologischen Untersuchungen eine Erlaubnis gem. § 15 Abs. 1 DSchG NRW erforderlich ist, die die Obere Denkmalbehörde im Benehmen mit mir erteilt. Dem entsprechenden Antrag ist regelmäßig ein Konzept des mit der Ausführung Beauftragten beizufügen. Die Kartierung der nicht eingetragenen Bodendenkmäler ist dabei stets als erste Annäherung an die tatsächli-		

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 „Industrie- und Gewerbepark Commerden, Erkelenz-Mitte- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung am 17.09.2024, des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024 und des Rates am 25.09.2024

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag
	che Ausdehnung der Fundplätze auf Grundlage des Kenntnisstandes zu verstehen. Die betroffene Fläche kann sich während der Untersuchungen daher noch verändern. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen		
	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom xy.xy.xyxy gemäß § 4 Abs. 2 BauGB		
1			
2			

Übersicht über den Geltungsbereich der 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. XIX/1 "Industrie- und Gewerbepark Commerden", Erkelenz-Mitte



Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 61/712/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	30.08.2024
Planungsamt	Verfasser:	Dezernat III Techn. Beig. Ansgar Lurweg

Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz vom 25.01.2024: Tiny-House-Siedlung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Mit Datum vom 25.01.2024 beantragt die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz:

„Der Rat der Stadt Erkelenz beauftragt die Stadtverwaltung eine für die Errichtung einer Tiny House-Siedlung geeignete Wohnsiedlungsfläche zu suchen, bauplanungsrechtlich auszuweisen und konzeptionell einen Gemeinschaftsraum und eine klimagerechte Energieversorgung vorzubereiten."

Zur Begründung wird auf die Anlage dieser Beschlussvorlage verwiesen.

Die Verwaltung hat bereits im Jahr 2022 bei dem seinerzeit ähnlich gelagerten Antrag zum Thema Tiny Häuser auf die gesetzlich vorgegebenen planungsrechtlichen allgemeinen Festlegungen für die Errichtung von Gebäuden, egal ob groß oder klein, hingewiesen und vor allem darauf, dass auch kleine Häuser in vielen Bebauungsplänen und auch in Gebieten nach § 34 BauGB bereits jetzt schon gebaut werden können. Darüber hinaus wurde im Jahr 2022 auch der Runde Tisch der Erkelenzer Wohnungswirtschaft (Bauträger, Architekten, Kreditinstitute, Wohnungsverwalter, GEE sowie Teilnehmenden aus der Verwaltung) mit dem Thema befasst, der zu diesem Zeitpunkt keine Nachfrage in Erkelenz für diese Wohnform sah.

In der seinerzeitigen Diskussion wurde auch herausgearbeitet, dass der Begriff „Tiny House" anders als z. B. in den USA, nicht gesetzlich normiert ist, und auch nicht das mobile Haus auf 2 Rädern in dem Antrag gemeint ist, sondern schlichtweg kleine (Wohn-)Häuser.

Im Planungsrecht werden die Rahmenbedingungen für die spätere Errichtung von Gebäuden festgelegt. In Deutschland sind dazu die bundesrechtlich einheitlichen Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und der Baunutzungsverordnung (BauNVO) maßgebend. Das BauGB definiert u.a. die Rahmenbedingungen für die Aufstellung von Bauleitplänen und regelt abschließend mögliche Festsetzung. Die BauNVO trifft Regelungen über Art und Maß einer möglichen baulichen Nutzung,

die Bauweise und die überbaubare Grundstückfläche. Je nach Baugebietstypik werden Vorgaben hinsichtlich der Ausnutzung von Baugrundstücken gemacht. Dabei handelt es sich im Regelfall immer um Maximalgrößen, vor allem bei der Frage der Ausnutzbarkeit von Grundstücken. Aus besonderen städtebaulichen Gründen können auch Höhenbegrenzungen oder auch große Gebäude (z.B. Hochhäuser) festgesetzt werden. Bauleitpläne unterliegen häufig strengen gerichtlichen Kontrollen und müssen auch durch die Begründungen zu den Festsetzungen ein hohes Maß an Rechtssicherheit für mögliche Bauherren/Bauherrinnen und Investoren im Zusammenhang mit der Errichtung von Gebäuden bieten.

Bauleitpläne in Erkelenz enthalten bis auf ganz wenige Ausnahmen immer nur Festsetzungen zur max. Größe von Gebäuden. Diese variieren, z. B. in der Innenstadt, wo ausdrücklich eine höhere Bebauungsdichte und größere Gebäudehöhen gewünscht sind, bis hin zu den normalen Wohngebietsentwicklungen im Stadtkernbereich und den umliegenden Dörfern. Dort gibt es im Regelfall nur Vorgaben hinsichtlich der max. Größe und Ausnutzungsbarkeit eines Grundstückes. Kleine Häuser sind nicht verboten und können in fast allen Fällen auf Grundstücken errichtet werden. Die Systematik des Baurechtes besteht seit 1960 und ist seitdem nur im Detail geringfügig verändert worden. Es ermöglicht seit über 80 Jahren Stadtentwicklung in ganz Deutschland und hat in Erkelenz u. a. dazu geführt, dass eine Vielzahl von unterschiedlichen Haustypen und Bauprojekten in ganz vielen Baugebieten umgesetzt werden konnten. Das betrifft ausdrücklich auch kleine Häuser, für die es auch in Erkelenz bereits gute Beispiele gibt.

Der Begriff „Tiny House“ ist nicht gesetzlich geschützt oder ausreichend definiert. Er wird vor allem von der Fertighausindustrie und vielen weiteren Anbietern mittlerweile zu Werbezwecken „adaptiert“. Man kann dort auch „Tiny-House-Projekte“ mit Wohnflächen bis zu 80 qm „bestellen“. Tiny Häuser gibt es als freistehende Einzelhäuser, Doppelhäuser, Reihenhäuser oder Hausgruppen, alles Haustypen die bereits über die BauNVO definiert werden und je nach Festsetzungen in den Bebauungsplänen oder den Rahmenbedingungen des § 34 BauGB zulässig sind und für die im Regelfallkein separates Planungsrecht erforderlich ist.

Die flächenmäßige Beschränkung der Größe oder Ausdehnung von Bauvorhaben wird in der BauNVO durch die Grundflächenzahl (GRZ) vorgegeben. Diese regelt den max. möglichen Flächenversiegelungsgrad eines Baugrundstückes. In der Innenstadt beträgt diese GRZ häufig 1,0 (100% des Grundstückes können versiegelt werden) wegen der gewünschten höheren Verdichtung, in allgemeinen Wohngebieten im Regelfall 0,4. 40 % eines Grundstückes können mit Bebauung versiegelt werden, hinzu kommen ggfls. Regelungen über Nebenanlagen wie z.B. Stellplätze. Spätestens bei einer Grundstücksteilung wird somit die tatsächliche Größe der möglichen baulichen Ausnutzung eines Grundstückes abschließend festgelegt.

Besonderer planungsrechtlicher Bauvorschriften bedarf die Errichtung von kleinen Häuern also nicht. Selbstverständlich gelten für kleine Häuser ergänzende Vorschriften wie die Regelungen der Landesbauordnung oder des Gebäudeenergiegesetzes genauso wie für große Häuser und die Verpflichtung einer ordnungsgemäßen Erschließung mit Strom, Wasser und Abwasser. Dort sind die Regelungen der Bauordnung maßgebend, die gesunde Wohnverhältnisse einfordert.

Aufgabe der Verwaltung ist es, mit dem Planungsrecht die Rahmenbedingungen für die Errichtung von Gebäuden zu schaffen. Die Aufgabe der eigenen Entwicklung von ganzen Siedlungen oder Siedlungsformen bis hin zur Projektierung von Gebäuden ist bisher immer durch interessierte Projektentwickler, geeignete Bauträger oder Investoren umgesetzt worden. Davon sollte aus Sicht der Verwaltung auch nicht abgewichen werden. Der vorliegende Antrag des SPD-Fraktion geht allerdings weit darüber hinaus und würde das bisher bewährte Verfahren auch im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung verlassen. Es ist auch nicht Aufgabe einer Kommune konzeptionell einen Gemeinschaftsraum oder eine klimagerechte Energieversorgung bei einer Planung mit vorzusehen, sondern nur die Rahmenbedingungen für eine mögliche Errichtung in Form

des Planungsrechtes zu schaffen. Alles andere wird durch gesetzliche Vorgaben geregelt. Das spricht, wenn es um eine ganze „Siedlung“ geht, umso mehr für eine Investoren-Lösung, die solche Themen mit abbilden kann. Kleine Häuser haben u. a. auch nur einen geringen Wärmebedarf. Ob später eine Miet- oder Kauflösung angeboten wird, hat auch auf eine mögliche Energieversorgung Einfluss und kann nicht in einem Bebauungsplan festgelegt werden.

Planungsrecht, auch für die Errichtung von kleinen Häusern, gibt es losgelöst von der tatsächlichen Grundstücksverfügbarkeit, bereits in den überwiegenden Baugebieten im gesamten Stadtgebiet. Die Erwartungshaltung, dass die Stadt Erkelenz als Eigentümer Baugrundstücke zur Verfügung stellen kann, für einzelne Gebäude oder für eine Projektentwicklung eines Dritten, ist allerdings vor dem Hintergrund des angespannten Grundstücksmarktes aktuell nicht zu erfüllen. Die Stadt Erkelenz selber hat zurzeit keine eigenen Baugrundstücke in der Vermarktung. Bei der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft sind mehrere tausend Grundstückinteressenten registriert. Der Gesellschaftervertrag regelt die hauptsächliche Zielgruppe der Grundstücksentwicklung. Gegenstand der Gesellschaft ist „insbesondere preiswertes Wohnbauland für Familien“ zu schaffen. Die Zielgruppe für kleine Häuser ist das im Regelfall nicht.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist nach der Zuständigkeitsordnung der Stadt Erkelenz der zuständige Ausschuss für die Festlegung von Verkaufsbedingungen bei städtischen Grundstücken. Er legt nicht nur den möglichen Verkaufspreis fest, sondern kann auch weitere Rahmenbedingungen damit verknüpfen, z. B. ob Teilflächen für eine Projektentwicklung oder Investorenmodelle zur Verfügung gestellt werden. Für solche Flächen wäre es ohne weiteres möglich, im Rahmen eines kleinen Investoren- oder Bauträgerwettbewerbes einen Block Grundstücke für die Errichtung von kleinen Häusern vorzuhalten. Weitere Maßnahmen und eine Veränderung oder Schaffung von Planungsrecht sind bislang dazu nicht erkennbar.

Es wird daher empfohlen, den Antrag der SPD-Fraktion in der gestellten Form abzulehnen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„Der Rat der Stadt Erkelenz beauftragt die Stadtverwaltung eine für die Errichtung einer Tiny House-Siedlung geeignete Wohnsiedlungsfläche zu suchen, bauplanungsrechtlich auszuweisen und konzeptionell einen Gemeinschaftsraum und eine klimagerechte Energieversorgung vorzube-reiten.“

Geänderter Beschluss aus der 25. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung vom 17.09.2024 (als Empfehlung an Haupt- und Finanzausschuss und Rat):
„1. Erkelenz strebt die Entwicklung und Realisierung einer Siedlung für Kleinwohnformen bzw. einer Tiny-House-Siedlung an.
2. Beim Verkauf der nächsten städtischen Grundstücke zu Wohnbauzwecken soll eine Fläche für die Entwicklung von Tiny-Häusern in Form einer Projektentwicklung oder eines Investorenmodells zur Verfügung gestellt werden.
3. Zur Grob-Konzeptionierung wird die Verwaltung einen öffentlichen Workshop durchführen.
4. Der Rat der Stadt Erkelenz bittet die GEE, sich dem Vorhaben anzuschließen und ein angemessenes Ersatzgrundstück bereitzustellen, sofern die Stadt Erkelenz kein Grundstück zur Verfügung stellen kann.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein x

Der Antrag zielt lediglich auf einen Verwaltungsauftrag und ist nicht mit einer konkreten Umsetzung verbunden.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine

Anlage:
Antrag der der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz vom 25.01.2024

SPD-Fraktion
im
Rat der Stadt Erkelenz

STADT ERKELENZ
Der Bürgermeister
25. JAN. 2024
KOPIE
61

An Herrn Bürgermeister Stephan Muckel

Johannismarkt
41812 Erkelenz

1. EINGANG 25.01.2024
2. AMT 10 zur Erfassung
3. Dezernent zur Bearbeitung

Erkelenz, 25.01.2024

26.01.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Muckel,

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz beantragt:

Der Rat der Stadt beauftragt die Stadtverwaltung, eine für die Errichtung einer Tiny House-Siedlung geeignete Wohnsiedlungsfläche zu suchen, bauplanungsrechtlich auszuweisen und konzeptionell einen Gemeinschaftsraum und eine klimagerechte Energieversorgung vorzubereiten.

Begründung:

Tiny Houses erfreuen sich in der Praxis als neue Wohnform sowohl bei potentiellen Bewohnerinnen und Bewohnern als auch medial einer größer werdenden individuellen und kommunalen Beliebtheit. Sie treffen den Zeitgeist, indem sie für nachhaltiges Leben, Sparsamkeit, Besitz- und Konsumreduktion und ressourcenschonendes oder sogar autarkes Bauen und Wohnen ebenso stehen wie für einen minimalistischen Lebensstil.

Der erste Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2022 wurde im Rat ausführlich diskutiert, schließlich im Beschlussvorschlag dahingehend modifiziert, dass die Stadtverwaltung bis Mitte 2023 eine Online-Befragung zur Feststellung der Nachfrage nach einer Tiny-House-Siedlung in Erkelenz und einer potentiellen Beteiligung an der Siedlung durchführt. Dieser Antrag wurde schließlich am 14.12.2022 mit einer Mehrheit von 26 zu 22 Stimmen abgelehnt.

Da die SPD-Fraktion weiterhin davon überzeugt war, dass auch in Erkelenz eine Tiny House-Siedlung als alternatives Wohnkonzept auf ein reges Interesse treffen würde, hat die SPD schließlich in enger technischer und konzeptioneller Zusammenarbeit mit dem gemeinnützigen Verein „tinyways-nachhaltig leben e.V." aus Bonn auf eigene Kosten im August 2023 eine Online-Umfrage umgesetzt. Mit dieser Umfrage sollte das Interesse an Tiny Houses und einer Tiny House-Siedlung von ca. 10 - 15 Tiny Houses auf einem entsprechenden Baugrundstück mit nachhaltiger Energieversorgung und einem Gemeinschaftshaus erkundet werden.

Die Online-Umfrage wurde über die Web-Seite der SPD: www.spd-erkelenz.de und dem Facebook-Auftritt der SPD Erkelenz beworben. Auch auf den Facebook- und Instagram-Angeboten des Vereins „tinyways-nachhaltig leben e.V." gelangte man zu Umfrage.

Die SPD-Fraktion und der gemeinnützige Verein Tinyways e.V. aus Bonn waren sowohl mit der Beteiligung als auch mit den Ergebnissen sehr zufrieden. Das zentrale Ergebnis der 39 Fragen umfassenden Umfrage war eindeutig: Tiny-Houses und eine Tiny-House-Siedlung bereichern Erkelenz und stellen eine attraktive Wohnalternative dar!

Bei der Analyse Umfrage musste man berücksichtigen, dass nicht jede Frage angeklickt und deshalb keine der 39 Fragen von allen Teilnehmern/innen beantwortet wurde, die sich die einzelnen Fragen angesehen haben. 54 Teilnehmende hatten die Umfrage zwischenzeitlich abgebrochen, die Antworten bis dahin wurden aber registriert. Die höchste Beteiligung lag bei 294 Antwortenden, die niedrigste Beteiligung bei 222 Antwortenden (ohne die Frage zur Möglichkeit für ein

schriftliches Feedback). Insgesamt haben 2898 potentiell Interessierte die erste Umfrageseite nur besucht bzw. gesehen.

Die Online-Umfrage hat nicht den Anspruch erhoben, repräsentativ zu sein. Sie war eher ein punktuelles Schlaglicht auf die aktuelle Einstellung von interessiertem Teilnehmer/innen. Die hohe Anzahl von Teilnehmenden und damit auch der Blick auf die absoluten Werte der Umfrage gaben aber dennoch einen aussagekräftigen Eindruck wieder und belegten ein durchaus beachtenswertes Interesse an der Wohnform „Tiny-House" und einer „Tiny-House-Siedlung" in Erkelenz. Die Umfrageergebnisse lassen auch darauf schließen, dass mit der Umfrage der richtige Weg zur richtigen Zeit beschritten wurde, sich mit den Themen „Tiny-House" und „-Siedlung" auseinanderzusetzen.

Die Umfrage hatte einen eindeutig lokalen Bezug ergeben, denn ca. 60% der Teilnehmer/innen kommen aus Erkelenz (176), zusätzliche 16% (47) aus dem Kreis Heinsberg (von 294 Antworten). Bei den Antworten auf die Frage nach den Postleitzahlen tauchen auch Postleitzahlen auf, die mit 1, 2, 3, 6, 7, 8 und 9 beginnen. Die Umfrage wurde somit punktuell auch bundesweit wahrgenommen.

Für die weit überwiegende Mehrheit sind Tiny-Houses bzw. Kleinwohnformen kein unbekanntes Thema. Knapp 89% der Teilnehmer/innen (von 293 Antworten) hat sich bereits mit dem Thema auseinandergesetzt oder fühlt sich sogar gut informiert. Es gibt sogar eine hohe Bereitschaft, derer, die nicht in Erkelenz wohnen, zum Umzug nach Erkelenz, wenn es hier Tiny-Houses gäbe. Mit Blick auf das Ziel der Online-Umfrage sind die folgenden Ergebnisse eindeutig: Knapp 91% der Teilnehmer/innen (von 277 Antworten) sehen in Tiny-Houses eine Wohnform, die das Angebot in Erkelenz bereichern könnte. In absoluten Zahlen: 251. 88 % (von 279 Antworten) sehen dies auch hinsichtlich einer Tiny-House-Siedlung. In absoluten Zahlen: 246.
Von 165 Erkelenzer/innen, die an der Umfrage teilgenommen haben, hat mehr als ¾ erklärt, dass auch sie in Tiny Houses bzw. in einer Tiny House-Siedlung eine Wohnform sehen, die das Angebot in Erkelenz bereichert. 49 (von 131 Antwortenden) würden sogar sofort in eine Community ziehen.

Die Bereitschaft, sich zu verändern, ist hoch, knapp 80% (von 276) können sich grundsätzlich vorstellen, Ihre eigene Wohnsituation in Zukunft so zu verändern, dass Sie in ein Tiny House ziehen bzw. ein solches selber bauen. Rund 42% (von 243) der Teilnehmenden kann sich, wenn sie sich für ein Leben in einem Tiny-House entschieden hätten, vorstellen, auch in einer Tiny-House-Siedlung zu leben. Für knapp ¼ der Teilnehmenden (248) wäre ein Leben in einer Tiny-House-Siedlung sogar wichtig bis sehr wichtig.

Auch für die ehemaligen Umsiedlungsdörfer wird die Chance der Bereicherung durch Tiny- Houses oder eine Tiny-House-Siedlung gesehen, denn nur knapp 33 % (von 228 Antworten) haben kein Interesse an einem Grundstück für ein Tiny House oder einer Kleinwohnform in einen der Dörfer am Tagebau Garzweiler geäußert, nachdem über ein städtebauliches Konzept entschieden worden ist.

49 textliche Meinungsäußerungen zum Thema und der Umfrage zeugen weiterhin von einem regen Interesse und sind überwiegend positiv. (Wiedergabe ohne Korrekturen und anonymisiert):

1. Auch wenn ich in naher zukunft nicht in ein tiny house ziehen werde, finde ich die idee super. dabei muss man in einem tiny house auf nichts verzichten. gerade für studenten, singles und auch senioren könnte ein th interessant sein. und wenn ths energieeffizient gestaltet werden mit solaranlagen und windkrafträder könnte es mehr leute bewegen sich zu räumlich zu verkleinern.
2. Auf die ergebnisse bin ich gespannt!
3. Danke für euer engagement!
4. Dankeschön für diese initiative , finde die 'tiny-haus'-idee wichtig und richtig in der jetzigen zeit der veränderungen zu bewußterem leben : 'soviel wie nötig - sowenig wie möglich' ... hierfür ist information und felxibilität sehr wichtig , nochmals dankeschön
5. Die angelegenheit interessiert uns und wir werden das zukünftlich weiter verfolgen.
6. Die frage, ob es mich nach erkelenz zöge, ist vir dem hintergrund, dass ich bereits in erkelenz lebe mindestens unnötig aber trotzdem zwingend zu beantworten.
7. Die grundstück die aktuell durch die gee vermarktet werden sind zum teil viel zu groß! wohnraummangel und dann in neubaugebieten grundstücke mit 800qm an einen besitzer

verkaufen. passt nicht zur wohnraumsiruation. aber leider findet die meinung keinen anklang bei der gee.

8. Die idee ist klasse, nur möchte ich nicht nach erkelenz. mein mann und ich fragten vor 25 jahren mal nach einem haus ca 100qm, daß man uns nicht gefragt hat ob wir spinnen, war wohl alles. ich finde tiny-häuser toll, bes. für singles, sollte es viel mehr geben
9. Es sollte nicht nur auf tyh-siedlungen beschränkt sei. grundsücke sollten die möglichkeit zur freien bebauung haben. kleinstgrundstücke gibt es doch genug.
10. Es sollte viel mehr möglichkeiten geben, klein zu bauen und zu leben. leider wird das in deutschland viel zu stark eingeschränkt bzw. sogar unterbunden.
11. Es wäre sehr schön wenn man auch tiney häuser überall bauen dürfte. man klagt über zu wenig wohnraum ec. und wenn es möglich ist dies zu verändern, passiert nichts. abgelehnt. Traurig
12. Es wäre super in einer zentralen datei auf die evtl. baugrundstücke/baulücken in den jeweiligen plz bereichen.
13. Es wäre toll wenn ihr euer vorhaben durchgesetzt bekommt.wuerde sofort einziehen.viel glück und erfolg bei eurem vorhaben
14. Es wäre toll, wenn es gelingt, ein solches konzept umzusetzen
15. Freue mich auf die ergebnisse
16. Gemeinschaft, aber nur für die, die ex möchten
17. Gerne erfahre ich über die entwicklung von tiny houses in der umgebung erkelenz/mönchengladbach-süd:
18. Hoffentlich erkennt erkelenz die zeichen der zeit und ermöglicht unbürokratische lösungen für tinyhaus siedlungen / stellflächen. das wäre im gegensatz zu „stadt mit drei e“ etwas was die stadt wirklich nach vorne bringt.
19. Hoffentlich etwas bezahlbares für otto normal. kann nicht sein dads immer mehr menschen den armut verfallen
20. Ich bräuchte ca. 65 qm, da ich einen rollstuhl habe.
21. Ich finde die idee einer tinyhousesiedlung sehr gut!
22. Ich finde es toll so was am rand vom tagebau zu machen weil es ja schon die infrastruktur gibt
23. Ich finde es toll, dass solche innovativen projekte auch hier in erkelenz beachtung finden!
24. Ich finde ihre umfrage hervorragend! hatte, als ich davon erfuhr, das nicht mit der spd in verbindung gebracht, sondern als eine umfrage der stadt erkelenz gesehen. habe daraufhin dort angerufen. leider wollte man mir keinerlei auskünfte geben. eine mitarbeiterin meinte dann 'großzügig' : das ist eine privatangelegenheit der spd. fand ich mehr als merkwürdig!
25. Ich finde tyh ist keine nachhaltige bauweise. massive häuser haben eine lebenserwartung von 100 jahre
26. Ich habe bereits bezüglich tiny house in dee stadt erkelenz angefragt. leider komme ich hierbei nicht ganz weiter . wenn sie nähere infos haben möchten können sie mich gerne dazu kontaktieren.
27. Ich wünsche mir viel platz für mich und eine schöne umgebung in der natur.
28. Ich würde gerne zwei tiny häuser kaufen um eins davon zu vermieten. der gedanke einer solchen siedlung ist genial. ich werde mich in den kommenden tagen zwecks weiterer informationen bei ihnen telefonisch melden.
29. Ich würde mich sehr freuen wenn es umgesetzt werden kann
30. Interessantes thema, innenstadt lage brauche
31. Leider nicht einfach baugrundstücke bzw. baugenehmigungen für tyh in stadtgebiet hs zu bekommen
32. Macht voran, zeigt es den anderen städten - das ist die zukunft!!!
33. Manche fragen verstehe ich nicht genau.
34. Mir gefällt die idee für erkelenz sehr gut, danke für die initiative
35. Nein
36. Schwachsinn in einer kleinstadt und energetisch nicht sinnvoll.
37. Sehr geehrte damen und herren, ein interessantes thema! wenn ich richtig informiert bin, ist das errichten von th etc. bereits heute möglich. ich finde es gut über diese möglichkeit zu informieren. eigenst dafür bauland auszuweisen, halte ich jedoch nicht für zielführend.
38. Sehr gute wohnalternative
39. Super initiative! das wird zeit für erkelenz. tyh community ist eine tolle idee. hier wäre es allerdings wichtig zu wissen, mit wem man dort wohnen wird, bevor man dort hin zieht. raum für gemeinschaft und trotzdem auch für sich müsste gegeben sein
40. Tiny häuser sind die zukunft!!

41. Tiny häuser sind nett, doch auch ökologisch, energetisch und ökonomisch sinnvoll? (eigenheim für arme) interessanter wären sozialer wohnungsbau und soziale wohnprojektee
42. Tolle idee!
43. Umfrage dringend notwendig um nachfrage und akzeptanz auszuloten
44. Was für ein hick- hack zwischen den parteien.
45. Wir freuen uns sehr das sich in erkelenz endlich jemand dem thema tiny house annimmt! wir sind absolut unterstützer in dieser angelegenheit!
46. Wir haben hühner und kaninchen. dafür war keine eingabe möglich. nur hunde, katzen, esel usw.
47. Wir, meine frau und ich, agil und topfit, besser in form als viele jüngere, geniessen unseren ruhestand mit vielen hobbys, büchern, Ips, staffellei zum malen, gitarren. somit ist platzgründen das tinyhouse keine alternative. das lässt man nicht einfach zurück. wenn sie sich ehrlich machen, können und wollen sie das auch nicht. und am rand vom tagebau wohnen, was soll man in der pampa. oder wollen sie die menschen abschieben. preis und leistung passt auch nicht zusammen. die alternative wäre doch da ei wohnmobil.
48. Würde super passen in den neu zugewonnen orten und der bedarf ist sicherlich vorhanden.
49. ältere menschen, die oftmals allein lebend sind und nicht in (großen) mietshäusern leben möchten, finden bisher kaum angebote, nachhaltig und autark auf kleinem raum zu leben. wie ich auch, leben ältere menschen sehr häufig (mangels alternativen) auf deutlich zu vielen quadratmetern. der frei werdende wohnraum älterer menschen stünde dann jungen familien zur verfügung und würde dem wohnungsmangel abhelfen.

Die SPD-Fraktion hat damit nachgewiesen, dass das Angebot einer Tiny House-Siedlung auf eine entsprechende Resonanz stoßen würde. Eine solche Siedlung sollte u.a. auch durch ein Gemeinschaftshaus und eine unabhängige und klimagerechte Energieversorgung gestärkt und unterstützt werden.
Schon lange gibt es in NRW wie in anderen Bundesländern derartige Ansätze, den Wohnungsmarkt anzureichern und zu diversifizieren. Zur Überraschung der SPD-Fraktion haben sich kurz nach der Diskussion in Erkelenz in den Städten Hückelhoven, Wegberg und Wassenberg konkrete Initiativen formiert. Auch Übach-Palenberg beginnt Interesse an Tiny Houses und Tiny House-Siedlungen zu zeigen. Im Kreis Heinsberg sind das Thema und die neue Wohnform angekommen!

Es sollte daher nunmehr auch in Erkelenz möglich werden, eine Tiny House-Siedlung zu entwickeln und anzubieten.

Mit freundlichen Grüßen

D. Lauer

Stellv. SPD-Fraktionsvors.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 80/053/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	29.07.2024
Amt für Strukturwandel und Wirtschaftsförderung	Verfasser:	Amt 80 Karin Masuch

Fortführung des InHK Verfügungsfonds

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Auf Grundlage des Punkts 14 der Förderrichtlinien zur Stadterneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22.10.2008 hat die Stadt Erkelenz innerhalb des InHK-Sanierungsgebietes Erkelenz einen Verfügungsfonds zur Aufwertung und Attraktivierung der Innenstadt für die Jahre 2021 bis 2024 eingerichtet.

Folgende Kriterien haben bisher gegolten:

- Gebietskriterium: Bezieht sich das Projekt auf das Sanierungsgebiet?
- Zielgruppenkriterium: Werden Akteure aus dem Sanierungsgebiet einbezogen? Nutzt es vielen oder nur einzelnen Akteuren?
- Entwicklungskriterium: Wird durch das Projekt eine Entwicklung in Gang gesetzt (Anschubwirkung) oder eine bereits bestehende Entwicklung unterstützt (Hebelwirkung)?
- Nachhaltigkeitskriterium: Bewirkt oder unterstützt das Projekt direkt oder indirekt eine längerfristige Entwicklung? Hat oder unterstützt das Projekt einen strategischen Ansatz für das Sanierungsgebiet (Konformität mit den Entwicklungszielen)?
- Kooperationskriterium: Wird mit dem Projekt die Entstehung oder Stärkung privat-öffentlicher Kooperationen gefördert?
- Imagekriterium: Wird durch das Projekt das Image und die Identifikation mit der Erkelenzer Innenstadt gefördert?

1. Fördergrundsätze

Im Sanierungsgebiet Erkelenz sollte im Rahmen von finanziellen Zuschüssen privates Engagement für die Erhaltung und Entwicklung der Innenstadt unterstützt werden. Der Verfügungsfonds diente dem Zweck, die aktive Mitwirkung von Bürger*innen, Eigentümer*innen, Einzelhändler*innen, Unternehmer*innen, Organisationen, Vereinen, Arbeitsgruppen etc. zu fördern und private Finanzressourcen zu aktivieren. Durch den Verfügungsfonds sollten kleinteilige Projekte, Aktionen und Maßnahmen angestoßen und umgesetzt werden. Es wurde die Möglichkeit eröffnet, finanzielle Mittel flexibel und lokal angepasst einzusetzen.

Der Verfügungsfonds setzte sich zu 50 % aus öffentlichen Finanzmitteln und zu 50 % aus privaten Mitteln zusammen.

2. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Die Mittel des Verfügungsfonds konnten neben Investitionen und die dafür notwendigen vorbereitenden Maßnahmen auch für nicht-investive Maßnahmen im Sanierungsgebiet eingesetzt werden. Ein lokales Gremium (Projektbeirat Verfügungsfonds) entschied über die Verwendung der Fondsmittel und die Umsetzung der Maßnahmen.

3. Gegenstand der Förderung

Es sollten Maßnahmen in möglichst kurzen Zeiträumen unterstützt werden, die einen nachweisbaren, nachhaltigen Nutzen für die gesamte Erkelenzer Innenstadt haben.

Gefördert wurden:

- Maßnahmen zur Stärkung der Identität der Innenstadt
- Maßnahmen zur Belebung des Einzelhandels
- Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt
- Maßnahmen zur Imagebildung
- Maßnahmen einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit
- Mitmachaktionen / Festivitäten / Workshops zur Aufwertung / Belebung der Innenstadt

4. Räumlicher Geltungsbereich

Es wurden ausschließlich Maßnahmen im Geltungsbereich des Sanierungsgebietes Erkelenz gefördert. Die Abgrenzung des Gebiets ist in Anlage 1 dargestellt.

5. Höhe und Verwaltung des Verfügungsfonds

Insgesamt stand ein Budget in Höhe von 80.000 Euro bis zum 31.12.2024 zur Verfügung. Voraussetzung für die öffentlichen Mittel in Höhe von 40.000 Euro war, dass insgesamt 40.000 Euro private Mittel eingebracht werden. Für das laufende Jahr steht noch ein Restbetrag von rund 6.000 Euro zur Verfügung. Sämtliche Mittel wurden in den vergangenen Jahren verausgabt.

Verwalter des Verfügungsfonds ist die Stadt Erkelenz.

6. Projektbeirat Verfügungsfonds

Der Projektbeirat Verfügungsfonds entschied über den Einsatz der Mittel und gab diese frei. Der Beirat berücksichtigte bei seinen Entscheidungen die grundsätzlichen Ziele und Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes für das Sanierungsgebiet Erkelenz.

7. Antragsberechtigte/ Antragstellung

Antragsberechtigt waren alle natürlichen oder juristischen Personen.

8. Art, Umfang und Höhe des Zuschusses

Der Anteil der öffentlichen Mittel des Verfügungsfonds wurde mit den vom Land Nordrhein-Westfalen bewilligten Fördermitteln mitfinanziert.

Der Verfügungsfonds setzte sich zu 50 % aus Städtebaufördermitteln (Bund, Land, Kommune) und zu 50 % aus privaten Mitteln zusammen. Mit den öffentlichen Mitteln wurden max. 50 % der förderfähig anerkannten Kosten gefördert.

Die Maßnahmenförderung aus Mitteln des Verfügungsfonds wurde als Zuschuss gewährt. Der Zuschuss wurde bis zu einem Betrag von 5.000 Euro pro Maßnahme und Jahr genehmigt

9. Sponsoring

Durch ein Sponsoring der Volksbank Mönchengladbach und der Kreissparkasse Heinsberg konnte der Eigenanteil der Antragstellenden auf 25 % reduziert werden.

10. Förderzeitraum

Die öffentlichen Mittel aus dem InHK Verfügungsfonds standen in den Jahren 2021 bis 2024 zur Verfügung. Das Programm läuft zum 31.12.2024. Vergleichbare Förderprogramme stehen derzeit nicht zur Verfügung.

11. Verwendung der Mittel

Die Mittel wurden zu 80 % auf der Grundlage von Förderanträgen zur Anschaffung von Sonnenschirmen für die außengastronomische Nutzung zur Aufwertung der öffentlichen Plätze genehmigt.

Fortführung der Förderung

Nachdem der Rat in seiner Sitzung im April 2024 die angepasste Sondernutzungssatzung in Verbindung mit dem Gestaltungsrahmen für die Außengastronomie beschlossen hat und die Übergangsfristen für bestehende gastronomische Einrichtungsgegenstände der Außengastronomie bis Dezember 2029 festgelegt hat, wurde im Rahmen der letzten Projektbeiratssitzung angeregt, trotz Auslaufens des Förderprogramms „InHK Verfügungsfonds“, den bestehenden gastronomischen Betrieben eine vergleichbare Bezuschussung für Neuanschaffungen zu ermöglichen.
Auch soll zukünftig die Anschaffung von Rollstuhlrampen o. ä. zur Ermöglichung des barrierefreien Zutritts des Einzelhandels und/oder der Gastronomie gefördert werden.
Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung die Einführung eines Fonds in Anlehnung an den InHK-Verfügungsfonds bis Ende 2029.

Die Volksbank Mönchengladbach und die Kreissparkasse Heinsberg haben zwischenzeitlich zugesichert, ihr Sponsoring bis Ende 2029 fortzuführen. Der bestehende Projektbeirat würde weiterhin über Anträge entscheiden. Die Kriterien und Zuschussmodalitäten blieben unverändert.

Da es sich in Zukunft um die Förderung von ausschließlich investiven Maßnahmen handelt, sind die Förderrichtlinien entsprechend anzupassen. Eine Ausarbeitung der Förderrichtlinie befindet sich in der Anlage.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Rat):
„Die Verwaltung wird beauftragt, in Anlehnung an den InHK Verfügungsfonds bis Ende 2029 einen Fonds zur Bezuschussung von Neuanschaffungen von gastronomischen Einrichtungsgegenständen der Außengastronomie und zur Förderung von Rollstuhlrampen o. ä. einzurichten. Die Vergaberichtlinie „Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet Erkelenz“ dient als Grundlage für die Zuschussverfahren.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein x

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:
Für die Jahre 2025 bis 2029 jeweils 20.000 Euro, somit insgesamt 100.000 Euro.

Anlagen:
Vergaberichtlinie „Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet Erkelenz“
Sanierungsgebiet
Antragsmuster

Erkelenz 2030 Meine Heimat macht Zukunft

Richtlinien der Stadt Erkelenz zur Vergabe von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet Erkelenz

---

Auf Grundlage des Punkts 14 der Förderrichtlinien zur Stadterneuerung des Landes Nordrhein- Westfalen vom 22.10.2008 richtet die Stadt Erkelenz innerhalb des Sanierungsgebiets Erkelenz einen Verfügungsfonds zur Aufwertung und Attraktivierung der Innenstadt ein.

1. Fördergrundsätze

Im Sanierungsgebiet Erkelenz soll im Rahmen von finanziellen Zuschüssen privates Engagement für die Erhaltung und Entwicklung der Innenstadt unterstützt werden. Der Verfügungsfonds dient dem Zweck, die aktive Mitwirkung von Eigentümern, Einzelhändlern, Unternehmern auf der Grundlage des durch den Rat am 24.04.2024 verabschiedeten Gestaltungsrahmen für die Außengastronomie zu fördern und private Finanzressourcen zu aktivieren. Durch einen Verfügungsfonds sollen Maßnahmen auf der Grundlage des Gestaltungsrahmens Außengastronomie angestoßen und umgesetzt werden. Es wird die Möglichkeit eröffnet, finanzielle Mittel flexibel und lokal angepasst einzusetzen.

Der Verfügungsfonds setzt sich zu 50 % aus öffentlichen Finanzmitteln und zu 50 % aus privaten Mitteln zusammen.

Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen wie folgt verteilt werden:

Maßnahmen, die im Laufe eines Kalenderjahrs für dieses beantragt werden und über die der Projektbeirat Verfügungsfonds in der Regel dreimal pro Jahr berät.

2. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Die Mittel des Verfügungsfonds können als Investitionen und die dafür notwendigen vorbereitenden Maßnahmen im Sanierungsgebiet eingesetzt werden.

Ein lokales Gremium (Projektbeirat Verfügungsfonds) entscheidet über die Verwendung der Fondsmittel und die Umsetzung der Maßnahmen.

Für den Verfügungsfonds soll durch das lokale Gremium für jedes Jahr ein eigener und einfacher Finanzierungs- und Maßnahmenplan erstellt werden, der auch eine Priorisierung der Maßnahmen enthält.

3. Gegenstand der Förderung

Es sollen Maßnahmen in möglichst kurzen Zeiträumen unterstützt werden, die einen nachweisbaren, nachhaltigen Nutzen für die gesamte Erkelenzer Innenstadt haben.

Gefördert werden:

- Maßnahmen zur Stärkung der Identität der Innenstadt
- Maßnahmen zur Belebung des Einzelhandels
- Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt
- Maßnahmen zur Imagebildung
- Maßnahmen einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit

Folgende Maßnahmen können grundsätzlich nicht gefördert werden:

- Pflichtaufgaben der Kommune
- Maßnahmen, die bereits durch andere Richtlinien oder Förderprogramme gefördert werden (Verbot der Doppelförderung)
- Maßnahmen, mit deren Durchführung vor der Bewilligung bereits begonnen wurde
- Maßnahmen, die der Gewinnerzielung dienen
- Laufende Betriebs- und Sachkosten der Antragstellerin bzw. des Antragstellers
- Reguläre Personalkosten der Antragstellerin bzw. des Antragstellers

4. Räumlicher Geltungsbereich

Es werden ausschließlich Maßnahmen im Geltungsbereich des Sanierungsgebietes Erkelenz gefördert. Die Abgrenzung des Gebiets ist in Anlage 1 dargestellt.

5. Höhe und Verwaltung des Verfügungsfonds

Der Verfügungsfonds stellt voraussichtlich ein Budget in Höhe von bis zu maximal 100.000 Euro bis zum 31.12.2029 bereit. Voraussetzung für die öffentlichen Mittel in Höhe von 100.000 Euro ist, dass insgesamt 25.000 Euro private Mittel eingebracht werden.

Verwalter des Verfügungsfonds ist die Stadt Erkelenz.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der öffentlichen Mittel aus dem Verfügungsfonds besteht nicht. Die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel sind freiwillige Leistungen der Stadt Erkelenz. Eine Förderung durch den Verfügungsfonds erfolgt nur im Rahmen der bewilligten Fördermittel und der zu Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

6. Projektbeirat Verfügungsfonds

Der Projektbeirat Verfügungsfonds entscheidet über den Einsatz der Mittel und gibt diese frei. Der Beirat berücksichtigt bei seinen Entscheidungen die grundsätzlichen Ziele und Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes für das Sanierungsgebiet Erkelenz und den Gestaltungsrahmen für die Außengastronomie.

Der Beirat soll einen Querschnitt der Interessen möglichst aller Akteure im Sanierungsgebiet Erkelenz abbilden. Ihm sollen mindestens 7, maximal 15 Personen angehören, darunter Vertreter des örtlichen Gewerbes (Handel, Gastronomie, Dienstleistung), der lokalen Immobilieneigentümer, der Vereine und ein Vertreter der Stadtverwaltung.

Für jedes ständige Mitglied des Beirates ist mindestens ein Vertreter zu bestimmen. Die ständigen Mitglieder sollten möglichst innerhalb eines Kalenderjahres nicht wechseln, um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.

Für die erstmalige Zusammensetzung des Projektbeirat Verfügungsfonds werden die Mitglieder von der Stadtverwaltung angefragt und die Zusammensetzung der Politik mitgeteilt. In der konstituierenden Sitzung des Beirates entscheidet der Beirat mit einfacher Mehrheit über die weitere Zusammensetzung des Gremiums; entsprechendes gilt für die mögliche spätere Aufnahme weiterer Mitglieder.

Ändert sich die Zusammensetzung des Beirates, tritt ein Mitglied aus oder kommt ein neues Mitglied hinzu, so entscheidet hierüber der Projektbeirat Verfügungsfonds. Die Änderungen werden der Politik durch die Stadtverwaltung mitgeteilt.

Der Beirat entscheidet über die Förderung von Maßnahmen in nichtöffentlicher Sitzung. Stimmrecht über die Förderung der Maßnahmen haben nur die Mitglieder des Beirates. Zur Entscheidung genügt die einfache Mehrheit (Enthaltungen werden nicht mitgezählt).

Das Gremium ist nur beschlussfähig, wenn mindestens 50% der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Der Beirat wählt einen Sprecher, der den Beirat nach außen vertritt. Das Stadtmarketing der Stadt Erkelenz bereitet die Sitzungen vor und leitet diese. Die Sitzungen sollen im Viermonats-Rhythmus stattfinden. In Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden.

7. Antragsberechtigte/ Antragstellung

Antragsberechtigt sind alle natürlichen oder juristischen Personen.
Ein Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Verfügungsfonds ist schriftlich an die Stadt Erkelenz zu richten. Es ist das Antragsformular (siehe Anlage 2) zu verwenden.

Anträge können ganzjährig gestellt werden. Die Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs bearbeitet. Die Entscheidungen über die Anträge sollen mindestens alle vier Monate getroffen werden.

8. Entscheidungskriterien

Für die Bewertung von Anträgen werden folgende Kriterien herangezogen:

- Gebietskriterium: Bezieht sich das Projekt auf das Sanierungsgebiet?
- Zielgruppenkriterium: Werden Akteure aus dem Sanierungsgebiet einbezogen? Nutzt es vielen oder nur einzelnen Akteuren?
- Entwicklungskriterium: Wird durch das Projekt eine Entwicklung in Gang gesetzt (Anschubwirkung) oder eine bereits bestehende Entwicklung unterstützt (Hebelwirkung)?
- Nachhaltigkeitskriterium: Bewirkt oder unterstützt das Projekt direkt oder indirekt eine längerfristige Entwicklung? Hat oder unterstützt das Projekt einen strategischen Ansatz für das Sanierungsgebiet (Konformität mit den Entwicklungszielen)?
- Kooperationskriterium: Wird mit dem Projekt die Entstehung oder Stärkung privat-öffentlicher Kooperationen gefördert?
- Imagekriterium: Wird durch das Projekt das Image und die Identifikation mit der Erkelenzer Innenstadt gefördert?

9. Art, Umfang und Höhe des Zuschusses

Der Anteil der öffentlichen Mittel des Verfügungsfonds wird durch die Stadt Erkelenz finanziert. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind freiwillige Leistungen. Eine Förderung durch den Verfügungsfonds erfolgt nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Der Verfügungsfonds setzt sich zu 50 % aus Mitteln der Kommune und zu 50 % aus privaten Mitteln zusammen. Mit den öffentlichen Mitteln werden max. 50 % der förderfähig anerkannten Kosten gefördert.

Die Maßnahmenförderung aus Mitteln des Verfügungsfonds wird als Zuschuss gewährt. Der Zuschuss soll im Regelfall einen Betrag von 5.000 Euro pro Maßnahme und Jahr nicht übersteigen. Im Einzelfall kann unter Angabe besonderer Gründe der Betrag von 5.000 Euro (brutto) überschritten werden. Die Mittel sollen dem beantragten Zweck angemessen sein und wirtschaftlich verwendet werden.

Die Zuwendung wird zweckgebunden für die beantragte Maßnahme bewilligt.

10. Vergaberechtliche Vorschriften

Die Weitergabe von Verfügungsfondsmitteln an den Antragsteller erfolgt auf Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung. Bei einem Finanzvolumen von mehr als 5.000 Euro (netto) sind mindestens drei Vergleichsangebote einzuholen.

Die Vergabegrundsätze gemäß § 26 Kommunalhaushaltsverordnung sind zu beachten.

11. Mittelgewährung und Abrechnung

Grundsätzliche Voraussetzung für die Förderung ist, dass die technische Umsetzbarkeit, die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften sowie die Einhaltung der Förderkriterien durch die Stadt Erkelenz bestätigt worden ist.

Erst nach Erhalt des schriftlichen Bewilligungsbescheids durch die Stadt Erkelenz darf mit der Maßnahme begonnen werden.

Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt in der Regel nach Durchführung der Maßnahme und Prüfung des Verwendungsnachweises. Ist eine vom Beirat ausgewählte Maßnahme ohne Vorfinanzierung nicht durchführbar, kann im Ausnahmefall auch eine Vorfinanzierung aus dem Verfügungsfonds erfolgen.
Ein Verwendungsnachweis ist als Grundlage für die Auszahlung der Mittel notwendig und ist innerhalb von sechs Wochen nach Abschluss der Maßnahme der Stadt Erkelenz vorzulegen.

Der Nachweis besteht aus mindestens folgenden Unterlagen:
- Kurzdokumentation der Maßnahme
- Fotos zur freien Verwendung
- Belege der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Presseinformationen)
- Eine vollständige Kosten- und Finanzierungsübersicht (Einnahmen / Ausgaben) Alle Originalrechnungen zu den Ausgaben
- Bei Kosten über 5.000 Euro Angebote mit entsprechenden Preisvergleichen

12. Zweckbindungsfrist

Die Zweckbindungsfrist für investive Maßnahmen beträgt drei Jahre ab dem Anschaffungsdatum und ist vom Zuwendungsempfänger einzuhalten und sicherzustellen.

13. Rücknahme und Widerruf des Bewilligungsbescheids

Im Falle eines Verstoßes gegen diese Richtlinie oder falscher Angaben kann der Bewilligungsbescheid auch nach Auszahlung des Zuschusses entweder zurückgenommen oder widerrufen werden. Zu Unrecht ausgezahlte Beträge werden mit der Aufhebung des Bewilligungsbescheids zur Rückzahlung fällig und sind vom Zeitpunkt der Auszahlung an mit jährlich 3 % über dem jeweiligen Basiszinssatz des § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verzinsen.

14. Inkrafttreten

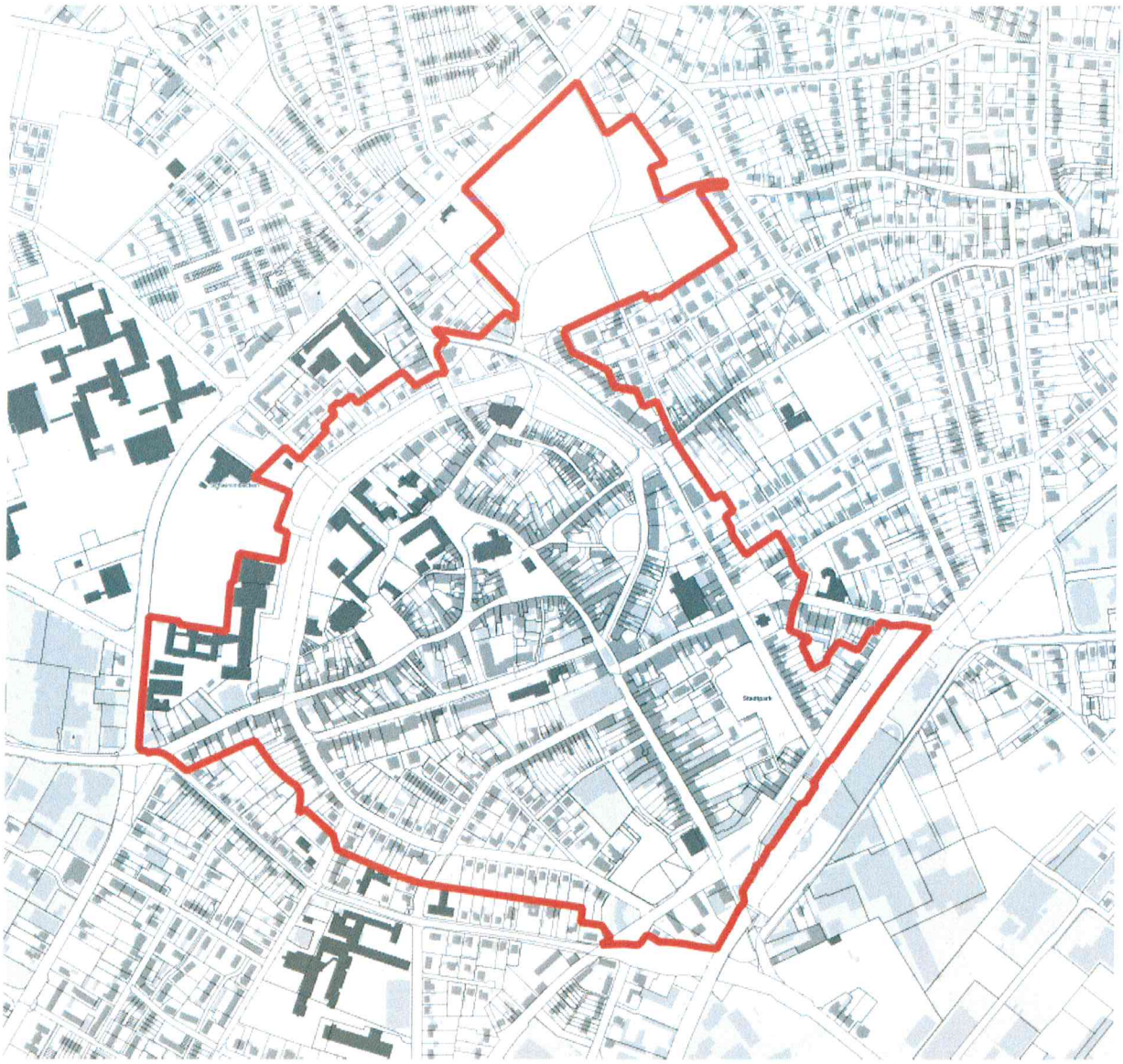
Diese Richtlinie tritt mit Beschluss durch den Rat der Stadt Erkelenz in Kraft.

Anlagen:

Anlage 1: Abgrenzung Sanierungsgebiet
Anlage 2: Anlagen: Antragsformular

GELTUNGSBEREICH

ÜBERSICHT DES GELTUNGSBEREICHS



Der räumliche Geltungsbereich betrifft die unmittelbare Innenstadt von Erkelenz mit seinen Marktplätzen Franziskanerplatz, Johannismarkt und den Markt um das Alte Rathaus.

Er wird durch die Nordpromenade, Theodor-Körner-Straße, Anton-Raky-Allee, Wilhelmstraße sowie die Westpromenade eingegrenzt. Darüber hinaus fällt der Bereich des Ziegelweiherparkes ebenfalls in den Geltungsbereich.

Erkelenz 2030 Meine Heimat macht Zukunft

Antrag

auf Gewährung *von* Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet Erkelenz

Antragsteller

Antragsdatum	
Name, Vorname	Ggfs. Organisation/ Institution
Straße, Haus-Nr.	PLZ Ort
Telefon	E-Mail
Bankverbindung IBAN (ggf. BIC)	
Der Antragsteller ist zum Vorsteuerabzug berechtigt ☐ ja ☐ nein	

Fördermaßnahme/-projekt

Projekttitel

Durchführungszeitraum (von…bis…)

Durchführungsort

Anlass/Ziel des Projekts / der Maßnahme

Beschreibung der Projektinhalte/ der Maßnahmeninhalte (ggf. Anlage beifügen)

Planung und Ablauf des Projekts / der Maßnahme

Nutzen und erwarteter Effekt für das Sanierungsgebiet

Projektbeteiligte / Maßnahmenbeteiligte / Kooperationspartner

Fördergegenstand

Das Projekt/ die Maßnahme passt zu folgendem Fördergegenstand/ folgenden Fördergegenständen:

- ☐ Maßnahmen zur Stärkung der Identität der Innenstadt
- ☐ Maßnahmen zur Belebung des Einzelhandels
- ☐ Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt
- ☐ Maßnahmen zur Imagebildung
- ☐ Maßnahmen einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit
- ☐ Mitmachaktionen / Festivitäten / Workshops zur Aufwertung / Belebung der Innenstadt

Genehmigungen

☐ Für das Projekt/die Maßnahme liegen folgende Genehmigungen vor:
(z.B. Zustimmungen von Eigentümern, kommunale Genehmigungen etc.)

☐ Für das Projekt/die Maßnahme werden folgende Genehmigungen noch beantragt:

☐ Für das Projekt/die Maßnahme sind keine weiteren Genehmigungen erforderlich.

Kosten- und Finanzierungsaufstellung

Kostenart	Ausgaben in EUR
Summe	
Öffentliche Finanzmittel (50 % Stadt)	
Private Finanzmittel (25 % Kreissparkasse, Volksbank Mönchengladbach)	
Eigenmittel (mind. 25% der Kosten)	
Beantragte Mittel aus dem Verfügungsfonds (die max. Zuwendungshöhe beträgt in der Regel 5.000 € pro Projektantrag)	

Beigefügte Anlagen:

- ☐ Kostenvoranschläge/ Angebote für die geplante Maßnahme/ das geplante Projekt - Bei Anträgen mit einem Fördervolumen von über 5.000 € (netto) sind drei Vergleichsangebote beizufügen.
- ☐ Standort/ Lage der geplanten Maßnahme/ desgeplanten Projekts

Erklärung des Antragstellers

Ich erkenne/ wir erkennen durch meine/ unsere Unterschrift die Richtlinien der Stadt Erkelenz zur Vergabe von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet Erkelenz an und bestätige/ bestätigen die Richtigkeit meiner/ unserer Angaben.

Ort, Datum Unterschrift des Antragstellers/der Antragsteller

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 80/054/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	29.08.2024
Amt für Strukturwandel und Wirtschaftsförderung	Verfasser:	Amt 80 Eric Kappes

Erhöhung eines Zuschusses zum LEADER-Projekt "Gaststätte Bruns" in Venrath

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
17.09.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Digitalisierung
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Der Rat der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung vom 08.12.2021 beschlossen, dass die Stadt Erkelenz die Teilnahme der Bewerbung der LAG „Rheinisches Revier an Inde und Rur“ e.V. als LEADER-Region der Förderphase 2023 -27 (+2) mitträgt. Diese Bewerbung war erfolgreich, so dass alle Ortsteile, die dem Tagebau zugewandt liegen, seit dem 1. Januar 2023 Teil der LEADER-Region „Rheinisches Revier an Inde und Rur“ sind. LEADER ist ein Förderprogramm der Europäischen Union zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich hat in seiner Sitzung vom 09.08.2023 beschlossen, die Verwaltung zu bitten, das Projekt „Neubau sanitäre Anlagen Gaststätte Bruns“ zu unterstützen und in den zuständigen Fachausschüssen einzubringen mit dem Ziel, den benötigten Zuschuss zur Eigenkapitaldeckung in Höhe von 12.000,00 Euro zu gewähren. Die Höhe des damaligen Zuschusses basierte auf der damaligen Kostenschätzung durch das Architekturbüro Lennartz in Höhe von 120.000€. 10% der Kosten sollten demnach durch den Zuschuss der Stadt Erkelenz gedeckt werden. Die entsprechende Gewährung der Haushaltsmittel wurde durch die Fachausschüsse und abschließend den Rat der Stadt Erkelenz am 28.02.2024 beschlossen und gewährt (vgl. Vorlage A 80/045/2024).

Der Dorfgemeinschaft Venrath-Kaulhausen e.V. liegen in der Zwischenzeit die Angebote aller beteiligten Gewerke vor, sodass die Gesamtsumme der Investitionen 180.124,50 Euro beträgt. Aufgrund geänderter Förderbedingungen fällt das Projekt nach Absprache mit dem LEADER-Management nun unter die Richtlinie für Struktur- und Dorfentwicklung, sodass die Förderquote von 70% auf 65% sinkt, jedoch weiterhin durch LEADER gefördert wird. Für alle Prozessschritte erfolgte eine intensive Abstimmung mit dem LEADER-Management, sowie die Vorlage einer detaillierten Kostenplausibilität und Fristverlängerung zur Antragsstellung bis zum 31.10.2024.

Zur fristgerechten Antragsstellung bittet die Dorfgemeinschaft Venrath-Kaulhausen e.V. um eine Gewährung von Drittmitteln von 10% der Gesamtsumme in Höhe von insgesamt 18.012,45 Euro.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und Rat):

„Die Dorfgemeinschaft Venrath-Kaulhausen e.V. erhält bei Durchführung und Bewilligung des LEADER-Projekts „Neubau sanitäre Anlagen Gaststätte Bruns“ durch den Fördermittelgeber zum LEADER-Projekt eine Erhöhung des Zuschusses in Höhe von 6.012,45 €, sodass die Stadt Erkelenz das Projekt mit insgesamt 18.012,45 € unterstützt. Die Stadt Erkelenz wird ermächtigt, die für den Förderantrag erforderliche Erklärung über die Gewährung von Finanzmitteln für das LEADER-Projekt abzugeben und den Zuschuss bei Vorliegen der Voraussetzungen entsprechend auszuzahlen.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine Beurteilung ist erst bei tatsächlicher Projektdurchführung und endgültiger Planung möglich.

Finanzielle Auswirkungen:
Die Gesamtkosten belaufen sich auf 18.012,45 €.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	RKS/023/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	28.08.2024
Referat für Klimaschutz und Nachhaltigkeit	Verfasser:	Amt 10 Marcell Breuer

Energiepolitisches Arbeitsprogramm

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
18.09.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Die Stadt Erkelenz nimmt seit 2012 an dem Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsverfahren European Energie Award (eea) teil. Im Jahr 2016 wurde Erkelenz erstmals erfolgreich zertifiziert und darf sich seither europäische Energie- und Klimaschutzkommune nennen. Im Jahr 2020 wurde die Stadt Erkelenz rezertifiziert.

Im Dezember 2024 steht die erneute Re-Zertifizierung des eea an. Für die Re-Zertifizierung und den Fortbestand der Auszeichnung für weitere vier Jahre sind die Fortschreibung eines Energiepolitischen Arbeitsprogramms (EPAP) sowie dessen politischer Beschluss zur Umsetzung unabdingbare Voraussetzung.

Das am 24.06.2020 vom Rat beschlossene EPAP 2021-2024 wurde daher zwischenzeitlich umfänglich fortgeschrieben. Dabei wurden die in den vergangenen Jahren erreichten Fortschritte berücksichtigt und die bundespolitischen Weichenstellungen aufgegriffen.

Um die Re-Zertifizierung als Europäische Klimaschutzkommune zu ermöglichen sowie die Energie- und Klimaschutzarbeit erfolgreich weiterführen zu können, wird folgender Beschluss empfohlen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat):
„1. Dem Energiepolitischen Arbeitsprogramm (EPAP) mit dem Maßnahmenplan für die Jahre 2025-2028 wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen aus dem EPAP 2025-2028 umzusetzen bzw. deren Umsetzung zu veranlassen und, soweit erforderlich, die für die Umsetzung einzelner Maßnahmen notwendigen Beschlüsse vorzubereiten.
3. Über die für die Umsetzung notwendigen Mittel ist, soweit sie noch nicht veranschlagt sind, im Rahmen der Haushaltsberatungen für die jeweiligen Haushaltsjahre zu entscheiden.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☒ Nein ☐

Das EPAP bildet die Grundlage für die wesentlichen Maßnahmen zum Klimaschutz der Stadt Erkelenz.

Finanzielle Auswirkungen:
Die geschätzten einmaligen und/oder jährlichen Kosten für die einzelnen Maßnahmen ergeben sich aus dem EPAP.

Anlage:
EPAP_Stadt Erkelenz_2025-2028

Energiepolitisches Arbeitsprogramm

Stadt/ Gemeinde/ Landkreis: Erkelenz

Zeitraum: 2025-2028

Prioritäten: **1 -** hohe Priorität, **2 -** mittlere, Priorität, **3 -** niedrige Priorität

Maß-nahmen-nummer	Maßnahmentitel	Beschreibung der geplanten Maßnahmen (Vorschläge)	Priorität	Umsetzung (Zeitraum)	verantwort-lich		geschätzte einmalige Kosten in €	geschätzte jährliche Kosten in €	mögliche Förderung bzw. Dritt-finanzierung	Beschluss erforderlich
					im Energieteam	für Umsetzung				
1	**Entwicklungsplanung und Raumordnung**									
1.1.	**Konzepte, Strategie**									
1.1.1	Klimastrategie der Stadt	Entwicklung einer praxisorientierten Nachhaltigkeitsstrategie	1	2025-2028	NKM	Ref. 31	30.000 - 70.000 €	-	zu eruieren	ja
1.1.1	Klimastrategie der Stadt	Normative und strategische Fortentwicklung eines praxisorientierten Klimaschutzkonzepts	1	2025-2028	NKM	Ref. 31	30.000 - 70.000 €	-	zu eruieren	ja
1.1.2	Klimaschutz und Energiekonzept									
1.1.3	Bilanz, Indikatorensysteme	Aktualisierung der städtischen Treibhausgasbilanz	2	2026	NKM	Ref. 31	10.000,00 €	1.000 €		im Rahmen der Haushaltsplanung
1.1.4	Evaluation von Klimawandeleffekten	Fortführung Klimafolgeanpassungskonzept	3	2025ff	Joos	Amt 61	30.000 - 70.000 €	-	zu eruieren	ja
1.2	**Kommunale Entwicklungsplanung**									
1.2.1	Kommunale Energieplanung	Erstellung und Beschluss einer kommunalen Wärmeplanung	1	2025-2028	Joos	Amt 61	5.000 - 15.000 €	-		ja
1.2.2	Mobilitäts- und Verkehrsplanung	Fortschreibung Mobilitätsuntersuchung (1. Mobilitätsuntersuchung 2018), nach Abschluss der Umgestaltungen der Innenstadt	2	2028	Stoffels	Amt 61	30.000 - 70.000 €	-		ja
1.3	**Verpflichtung von Grundstückseigentümern**									
1.3.2	Innovative, nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung	Alle von der Stadtverwaltung veranlassten städtbaulichen und architektonischen Projekte und Wettbewerbe orientieren sich an den Nachhaltigkeitszielen der Stadt. Die diesbezüglichen Maßnahmen dazu sind in den entsprechenden Beschlussvorlagen darzulegen.	2	2025-2028	Joos	Amt 61 und GEE	-	-		ja
1.4	**Baugenehmigung,-kontrolle**									
1.4.1	Prüfung Baunehmigung und Bauausführung	Die Bauaufsicht überprüft/erfasst energetische Standards.	2	2025-2028	Fauck	Amt 63	-	-		nein
1.4.2	Beratung zu Energie und Klimaschutz im Bauverfahren	Ausgabe eines Gutscheins zur Energieberatung beim Kauf eines Grundstücks bei der GEE	3	2025-2028	NKM	GEE	-	5.000 €		nein

Alle Rechte vorbehalten: © Bundesgeschäftsstelle European Energy Award

Stadt/ Gemeinde/ Landkreis: Erkelenz

Zeitraum: 2025-2028

Prioritäten: **1 -** hohe Priorität, **2 -** mittlere, Priorität, **3 -** niedrige Priorität

Maß-nahmen-nummer	Maßnahmentitel	Beschreibung der geplanten Maßnahmen (Vorschläge)	Priorität	Umsetzung (Zeitraum)	verantwort-lich		geschätzte einmalige Kosten in €	geschätzte jährliche Kosten in €	mögliche Förderung bzw. Dritt-finanzierung	Beschluss erforderlich
					im Energieteam	für Umsetzung				
1.4.3	Durchsetzung Vorgaben zur Grundstücksbegrünung	Kontrolle und Durchsetzung der Vorgaben zur Grundstücksbegrünung aus Bebauungsplänen - Vermeidung von übermäßiger Versiegelung / Schottergärten	2	2025-2028	Fauck	Amt 63	-	-		nein

Alle Rechte vorbehalten: © Bundesgeschäftsstelle European Energy Award

Stadt/ Gemeinde/ Landkreis: Erkelenz

Zeitraum: 2025-2028

Prioritäten: **1 -** hohe Priorität, **2 -** mittlere, Priorität, **3 -** niedrige Priorität

Maß-nahmen-nummer	Maßnahmentitel	Beschreibung der geplanten Maßnahmen (Vorschläge)	Priorität	Umsetzung (Zeitraum)	verantwort-lich		geschätzte einmalige Kosten in €	geschätzte jährliche Kosten in €	mögliche Förderung bzw. Dritt-finanzierung	Beschluss erforderlich
					im Energieteam	für Umsetzung				
2	**Kommunale Gebäude, Anlagen**									
2.1	**Energie- und Wassermanagement**									
2.1.1	Standards für Bau und Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude	Neubau- und Bewirtschaftungsstandards für eigene Liegenschaften werden in einem Kriterienkatalog festgelegt.	2	2025-2028	Fauck	Amt 63	2.500 €	-		nein
2.1.2	Bestandsaufnahme, Analyse									
2.1.3	Controlling, Betriebsoptimierung	Fortführung des Energiemanagements nach Einführung eines CAFM	1	2025-2028	Fauck	Amt 63	-	-		nein
2.1.4	Sanierungsplanung/-konzept	Erstellung eines Sanierungsfahrplans unter Berücksichtigung energetischer Aspekte (2.1.2 und 2.1.3): Städtische Liegenschaften mit schlechten Energiekennwerten werden unter Beachtung des Kostennutzeneffekts energetisch saniert.	2	2025-2028	Fauck	Amt 63	-	Kosten gemäß Sanierungsfahrplan	abhängig von der Art der Maßnahme	im Rahmen der Haushaltsplanung
2.1.5	Beispielhafter Neubau beispielhafte Sanierung	Bei zukünftigen Neubauten wird die Umsetzung beispiel- und vorbildhafter energetischer Standards geprüft.	3	2025-2028	Fauck	Amt 63	projektabhängig	-		ja
2.2	**Zielwerte für Energie, Effizienz und Klimawirkung**									
2.2.1	Erneuerbare Energie Wärme									
2.2.2	Erneuerbare Energie Elektrizität	Prüfung der Gebäude auf sinnvolle Nutzung von PV unter Berücksichtigung der im Gebäude möglichen Eigenverbräuche	2	2025-2028	Fauck	Amt 63	Projektabhängig	-		ja
2.2.3	Energieeffizienz Wärme	Die Energieverbräuche werden jährlich erfaßt und dokumentierte Ableitungen für die Sanierungplanung und Nutzerschulung gezogen.	2	2025-2028	Fauck	Amt 63	-	-		nein
2.2.3	Energieeffizienz Wärme	Das Schulzentrum verfügt über eine zentrale Wärmeversorgung und versorgt über ein Nahwärmenetz die drei Schulen und alle Sporthallen. Der Wärmeenergieverbrauch stellt 20 % des Gesamtwärmeenergie-verbrauchs aller städtischer Liegenschaften dar. Hier wird die Umstellung auf regenerative Energien untersucht, ein Vorbericht weist nach, dass über Geotrhermie 2/3 des Wärmnebedarfs regenerativ gedeckt werden kann.	3	2025-2028	Fauck	Amt 63	2.000.000 - 4.000.000 €	-	ja	ja
2.2.4	Energieeffizienz Elektrizität	Beleuchtungssanierung-Programm: Für die Umstellung der Beleuchtung auf LED in den städtischen Liegenschaften wird ein jährlicher Sanierungs- und Budgetplan aufgestellt und Förderung beantragt.	1	2025-2028	Fauck	Amt 63	-	200.000 - 300.000 €	40%	im Rahmen der Haushaltsplanung

Alle Rechte vorbehalten: © Bundesgeschäftsstelle European Energy Award

Stadt/ Gemeinde/ Landkreis: Erkelenz

Zeitraum: 2025-2028

Prioritäten: **1 -** hohe Priorität, **2 -** mittlere, Priorität, **3 -** niedrige Priorität

Maß-nahmen-nummer	Maßnahmentitel	Beschreibung der geplanten Maßnahmen (Vorschläge)	Priorität	Umsetzung (Zeitraum)	verantwort-lich		geschätzte einmalige Kosten in €	geschätzte jährliche Kosten in €	mögliche Förderung bzw. Dritt-finanzierung	Beschluss erforderlich
					im Energieteam	für Umsetzung				
2.2.4	Energieeffizienz Elektrizität	Pumpenaustausch-Programm: Für den Ersatz von Heizungspumpen durch energieeffizientere Pumpen wird ein jährlicher Sanierungs- und Budgetplan aufgestellt und Förderung beantragt.	1	2025-2028	Fauck	Amt 63	-	150.000 - 250.000 €	15%	im Rahmen der Haushaltsplanung
2.2.4	Energieeffizienz Elektrizität	Die Flutlichtanlagen der Sportanlagen werden auf LED umgestellt	2	2025-2028	Mützke	Amt 40	200.000 - 400.000 €	-	15%	im Rahmen der Haushaltsplanung
2.2.4	Energieeffizienz Elektrizität	Alte Kühlschränke in den städtische Liegenschaften werden gegen A+++ Geräte ausgetauscht.	3	2025-2028	NKM	Ref. 31, Amt 10, Amt 40, Amt 50/51	10.000 - 20.000 €	-		im Rahmen der Haushaltsplanung
2.2.5	CO2- und Treibhausgasemissionen									
2.3	**Besondere Maßnahmen**									
2.3.1	Öffentliche Beleuchtung	schnellstmögliche vollständige Umrüstung der LED-Straßenbeleuchtung mit SPIE prüfen - Planung für Zeit ab 2025 aufstellen		2025-2027	Rembarz	Amt 66		700.000 - 900.000 €		ja
2.3.2	Wassereffizienz									
3.5	**Energieeffiziente Abwasserreinigung**									
3.5.1	Analyse und Bestandsaufnahme Energieeffizienz Abwasserreinigung	Jährliche Aktualisierung der Rechenhilfe Abwasser: Prüfung und Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen - z.B. durch Modernisierung der Steuerungstechnik	1	2025-2028	Rembarz	Amt 66		Modernisierungs-maßnahmen projektabhängig		nein
3.5.4	Regenwasserbewirtschaftung	Wasser in der Stadt: Umsetzung von Wasser-rückhaltungskonzepten und Nutzung von Zisternen	2	2025-2028	Rembarz	Amt 66		projektabhängig		nein
4	**Mobilität**									
4.1	**Mobilität in der Verwaltung**									
4.1.1	Unterstützung bewusster Mobilität in der Verwaltung	Job Ticket fortführen	1	2025-2028	NKM	Amt 11	-	1.000 - 2.000 €		nein
4.1.1	Unterstützung bewusster Mobilität in der Verwaltung	Einen Mobilitätstag in der Verwaltung durchführen s. 4.1.1	1	2025-2028	Stoffels	Amt 61		500 - 1.000 €		nein
4.1.2	Kommunale Fahrzeuge	Teilelektifizierung des Fuhrparks an LKW wird weitergeführt.	1	2025-2028	NKM	Amt 60		Ersatzbeschaffung der Fahrzeuge. Daher i.V. mit Förderung keine Mehrkosten	NRW Progres 20%	im Rahmen der Haushaltsplanung
4.2	**Verkehrsberuhigung und Parkieren**									
4.2.1	Parkraumbewirtschaftung	Reduzierung von Verkehrsströmen durch Parkraumbewirtschaftung herbeiführen (Innenstadtbereich, InHK).	1	2025-2028	NKM	Amt 30	-	-		ja
4.2.2	Hauptachsen									
4.2.3	Temporeduktion und Aufwertung öffentlicher Räume	Aufenthaltsqualität im Innenstadtbereich durch Reduzierung des KFZ-Verkehrs schaffen. s. Projekte InHK	1	2025-2028	Joos	Amt 61, Amt 66	2.000.000 - 2.500.000 €		60%	ja

Alle Rechte vorbehalten: © Bundesgeschäftsstelle European Energy Award

Stadt/ Gemeinde/ Landkreis: Erkelenz

Zeitraum: 2025-2028

Prioritäten: **1 -** hohe Priorität, **2 -** mittlere, Priorität, **3 -** niedrige Priorität

Maß-nahmen-nummer	Maßnahmentitel	Beschreibung der geplanten Maßnahmen (Vorschläge)	Priorität	Umsetzung (Zeitraum)	verantwort-lich		geschätzte einmalige Kosten in €	geschätzte jährliche Kosten in €	mögliche Förderung bzw. Dritt-finanzierung	Beschluss erforderlich
					im Energieteam	für Umsetzung				
4.2.3	Temporeduktion und Aufwertung öffentlicher Räume	Verkehrslenkung zur Vermeidung des Parksuchverkehrs in der Innenstadt	1	2025-2026	Stoffels	Amt 61, Amt 66, Amt 30	150.000 - 250.000 €	5.000 - 10.000 €		ja
4.2.3	Temporeduktion und Aufwertung öffentlicher Räume	Sukzessiver Ausbau E-Ladesäulen für Kfz in allen Ortsteilen	1	2025-2028	Stoffels	Amt 61	-	-		nein
4.3	**Nicht motorisierte Mobilität**									
4.3.1	Fusswegenetz, Beschilderung									
4.3.2	Radwegenetz, Beschilderung	Umsetzung Fahrradkonzept Nordroute		ab 2025	Stoffels	Amt 61, Amt 30	1.000.000 €	-	90%	ja
4.3.2	Radwegenetz, Beschilderung	Umsetzung Fahrradkonzept Westroute		ab 2026	Stoffels	Amt 61, Amt 30	1.000.000 - 5.000.000 €	-	90%	ja
4.3.2	Radwegenetz, Beschilderung	Fortführung Radwegenetz, Beschilderung s. 4.3.2		2024-2028	Stoffels	Amt 61	-	5.000 €		nein
4.3.3	Abstellanlagen	Umgestaltung Nordpromenade: bessere Radverkehrsinfrastruktur und barrierefreie ÖPNV Haltestelle	1	2025-2028	Joos	Amt 61, Amt 66	400.000 - 600.000 €	-	ja	ja
4.4	**Öffentlicher Verkehr**									
4.4.1	Qualität des ÖPNV-Angebots	Ausbau barrierefreier Haltestelleninfrastruktur	1	2025-2028	Rembarz	Amt 66, Amt 30	110.000	-	90%	ja
4.4.1	Qualität des ÖPNV-Angebots	Takterhöhung Erka-Bus, Fahrplanwechsel ab 12/24	1	2025	Stoffels	Amt 61	-	-		nein
4.4.3	Kombinierte Mobilität	Mobilstation Bahnhof, Einrichtung Carsharing, moderne Fahrradabstellanlage	1	2024-2025	Stoffels	Amt 61, Amt 66, Amt 30	400.000 -600.000 €	-	90%	ja
4.5	**Mobilitätsmarketing**									
4.5.1	Mobilitätsmarketing in der Stadt/Gemeinde	Weiterführung der Maßnahmen, Fahrradfrühling, Fahrradparkplätze bei Veranstaltungen, AGFS-Zertifizierung, Verleih Lastenfahrrad, etc.	1	2025-2028	Stoffels	Amt 61	-	45.500 €	75% AGFS-Mittel	im Rahmen der Haushaltsplanung
4.5.1	Mobilitätsmarketing in der Stadt/Gemeinde	Jährliche Durchführung einer dreiwöchigen Stadtradelnkampagne zur Förderung des Radverkehrs.	1	2025-2028	Stoffels	Amt 61	-	3.500 €	75% AGFS-Mittel	nein
4.5.1	Mobilitätsmarketing in der Stadt/Gemeinde	Mobilität und Kultur: Mobile Operette	1	2025	Stoffels	Amt 61	4.000 €	-		nein
4.5.1	Mobilitätsmarketing in der Stadt/Gemeinde	Verkehrssicherheitsaktionen gemeinsam mit Kreispolizei Herinsberg, z.B. Fahrradfahrsicherheitstraining Tandem, Radfahrer-Geisterfahrer Aktion, Rücksicht macht Wege breit	1	2025-2028	Stoffels	Amt 61	-	-		nein
4.5.1	Mobilitätsmarketing in der Stadt/Gemeinde	Verlängerung Mitgliedschaft AGFS	1	2025	Stoffels	Amt 61	500.000 - 1.000.000 €	-		ja
4.5.1	Mobilitätsmarketing in der Stadt/Gemeinde	Schulische Mobilitätsmanagement. Verkehrssicherheitsprojekte wie Gegen Parken auf dem Gehweg, Walking Bus, Sicher zur Schule, Toter Winkel etc.	1	2025-2028	Stoffels	Amt 61	-	1.000 - 5.000 €		nein
4.5.2	Mobilitätsstandards									
5	**Interne Organisation**									

Alle Rechte vorbehalten: © Bundesgeschäftsstelle European Energy Award

Stadt/ Gemeinde/ Landkreis: Erkelenz

Zeitraum: 2025-2028

Prioritäten: **1 -** hohe Priorität, **2 -** mittlere, Priorität, **3 -** niedrige Priorität

Maß-nahmen-nummer	Maßnahmentitel	Beschreibung der geplanten Maßnahmen (Vorschläge)	Priorität	Umsetzung (Zeitraum)	verantwort-lich		geschätzte einmalige Kosten in €	geschätzte jährliche Kosten in €	mögliche Förderung bzw. Dritt-finanzierung	Beschluss erforderlich
					im Energieteam	für Umsetzung				
5.1	**Interne Strukturen**									
5.1.1	Personalressourcen, Organisation									
5.2	**Interne Prozesse**									
5.2.1	Einbezug des Personals (der Verwaltungsmitarbeiter)	Durchführung eines jährlichen Infotags Klimaschutz in der Verwaltung.	2	2025-2028	NKM	Ref. 31	1.000 - 5.000 €	-		im Rahmen der Haushaltsplanung
5.2.1	Einbezug des Personals (der Verwaltungsmitarbeiter)	Regelmäßige Infos zum Thema Energie- und Klimaschutz im Intranet (Yammer).	1	2025-2028	NKM	Ref. 31	-	-		nein
5.2.3	Weiterbildung	Fortbildung: Hausmeisterschulung, Nutzerschulung, Schulung Bauaussicht für Prüfung der Energiestandards.	1	2025-2028	NKM	Ref. 31, Amt 11	5.000 - 15.000 €	-		im Rahmen der Haushaltsplanung
5.2.4	Beschaffungswesen	Einführung Richtlinie nachhaltige Beschaffung	2	2025-2028	NKM	Ref. 31	2.000 - 5.000 €	-		
5.3	**Finanzen**									
5.3.1	Budget für energiepolitische Stadt-/Gemeindearbeit	Mittel für Radverkehrförderung sowie andere energie- und klimarelevanten Aktivitäten (EEA, Öffentlichkeitsarbeit; Studien) bereitstellen.		2025-2028	Stoffels, NKM	Amt 61, Ref. 31		45.000 € Radförderung 35.000 € Klimaschutz		im Rahmen der Haushaltsplanung
5.3.1	Budget für energiepolitische Stadt-/Gemeindearbeit	Bereitstellung Mittel für Fortführung Förderprogramm Klimaschutz	1	2025-2028	NKM	Ref. 31	-	90.000 €		ja, im Rahmen Haushaltsplanung

Alle Rechte vorbehalten: © Bundesgeschäftsstelle European Energy Award

Stadt/ Gemeinde/ Landkreis: Erkelenz

Zeitraum: 2025-2028

Prioritäten: **1 -** hohe Priorität, **2 -** mittlere, Priorität, **3 -** niedrige Priorität

Maß-nahmen-nummer	Maßnahmentitel	Beschreibung der geplanten Maßnahmen (Vorschläge)	Priorität	Umsetzung (Zeitraum)	verantwort-lich		geschätzte einmalige Kosten in €	geschätzte jährliche Kosten in €	mögliche Förderung bzw. Dritt-finanzierung	Beschluss erforderlich
					im Energieteam	für Umsetzung				
6	**Kommunikation, Kooperation**									
6.1	**Komunikation**									
6.1.1	Konzept für Kommunikation und Kooperation	Verschriftlichte jährliche Kampagnenplanung und -evaluierung.		2025-2028	NKM	Ref. 31	-	-		nein
6.1.2	Vorbildwirkung, Corporate Idendity	Städtische Veranstaltungen sind nachhaltig und umweltfreundlich durchzuführen.	2	2025-2028	Schürger, Breuer	Amt 10, Amt 80	-	5.000 - 15.000 €		nein
6.1.2	Vorbildwirkung, Corporate Idendity	Rezertifizierung Fahrradfreundlicher Arbeitgeber	1	2025	Stoffels	Amt 61, Amt 11	1.000 - 5.000 €	-		nein
6.2	**Kommunikation und Kooperation mit Behörden**									
6.2.2	Andere Städte /Gemeinden und Regionen	Netzwerkpflege und regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit Klimaschutzmanagern der Region.	1	2025-2028	NKM	Ref. 31	-	1.000 €		nein
6.3	**Kooperation und Kommuniaktion mit Wirtschaft, Gewerbe, Industrie**									
6.3.1	Energieeffizienzprogramme in und mit Wirtschaft, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung	Durchführung von mindestens einer Veranstaltung pro Jahr für Unternehmen zum Thema Energie- und Klimaschutz.	2	2025-2028	NKM	Ref. 31	-	1.000 €		nein
6.4	**Kommunikation und Kooperation mit einwohnerinnen und lokalen Multiplikatoren**									
6.4.1	Arbeitsgruppen, Partizipation	Etablierung eines neuen Formats der "Erkelenzer Klimagespräche" ; ca. 2 VA pro Jahr	1	2025-2028	NKM	Ref. 31	-	1.000 - 5.000 €		nein
6.4.1	Arbeitsgruppen, Partizipation	Organsisation von Klimaschutztagen/Klimaschutzwoche unter Einbindung von Stakeholder und Bürgern	2	2025-2028	NKM	Ref. 31	-	1.000 - 5.000 €		nein
6.4.1	Arbeitsgruppen, Partizipation	Verlängerung AG Fuß- und Radverkehr als Teil der Öffentlichkeitsarbeit/Einbindung Bürgerschaft	1	2025-2028	Joos	Amt 61	-	-		ja
6.4.2	Konsumenten, Mieter	Durchführung von erfahrbaren/erlebbaren Beratungsformaten wie Sanierungsrundgänge und Thermografiespaziergänge, Tag des offenen Passivhaus	1	2025-2028	NKM	Ref. 31	-	1.000 - 5.000 €		nein
6.4.2	Konsumenten, Mieter	Durchführung einer aufsuchenden Energieberatung in einem Quartier/Stadtteil	2	2026	NKM	Ref. 31	5.000 - 10.000 €	-		im Rahmen der Haushaltsplanung
6.4.3	Schulen, Kindergärten	Klimareise mit Schülern wird durchgeführt.	3	2025-2028	NKM	Ref. 31	5.000 - 10.000 €	-		nein
6.4.3	Schulen, Kindergärten	Finanzierung und Weiterführung der Umweltbildungsmodule durch Deutsche Umweltaktion e.v. an Erkelenzer Schulen und Kitas	1	2025-2028	NKM	Ref. 31, Amt 40, Amt 50/51	-	3.500 €		im Rahmen der Haushaltsplanung

Alle Rechte vorbehalten: © Bundesgeschäftsstelle European Energy Award

Stadt/ Gemeinde/ Landkreis: Erkelenz

Zeitraum: 2025-2028

Prioritäten: **1 -** hohe Priorität, **2 -** mittlere, Priorität, **3 -** niedrige Priorität

Maß-nahmen-nummer	Maßnahmentitel	Beschreibung der geplanten Maßnahmen (Vorschläge)	Priorität	Umsetzung (Zeitraum)	verantwort-lich		geschätzte einmalige Kosten in €	geschätzte jährliche Kosten in €	mögliche Förderung bzw. Dritt-finanzierung	Beschluss erforderlich
					im Energieteam	für Umsetzung				
6.4.3	Schulen, Kindergärten	Frühkindliche Bildungsangebote zum Umweltschutz und Klimaschutz an den Kitas durch die städtischen Erzieherungen durchführen inklusive Einbeziehung der Elternschaft.	1	2025-2028	NKM	Ref. 31, Amt 50/51	-	1.000 - 5.000 €		nein
6.4.4	Multiplikatoren (NROs, Religionswissenschaften	Schulung und Sensibilisierung der Sporthallenbesitzer /Vereine (Vereinsvorsitzende, Trainer).	2	2025-2028	Mützke	Amt 40/ Amt 11	-	5.000 - 10.000 €		nein
6.5	**Unterstützung privater Aktivitäten**									
6.5.1	Beratungsstelle Energie, Mobilität, Ökologie	Energieberatungsangebote für Bürger*innen mit Verbraucherzentrale NRW udn Enegeieffizienznetzwerk Aachen fortführen	1	2025-2028	NKM	Ref. 31	-	-		nein
6.5.2	Leuchtturmprojekt									
6.5.3	Finanzielle Förderung									

Alle Rechte vorbehalten: © Bundesgeschäftsstelle European Energy Award

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 30/282/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Rechts- und Ordnungsamt	Datum: 27.08.2024 Verfasser: Amt 30 Thomas Steinbusch

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz vom 14.08.2024: Anbringung von Pfandringen an öffentlichen Müllbehältnissen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
18.09.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss

Tatbestand:
Mit einer Anfrage vom 14.08.2024 schlägt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, dass an städtischen Müllbehältnissen sogenannte Pfandringe angebracht werden sollen, auf welchen leere Pfandflaschen abgestellt werden können. Dies soll unter anderem dazu beitragen, Personen zu unterstützen, welche Pfandflaschen aus Müllbehältnissen einsammeln.

Da in der Stadt Erkelenz bisher keine vergleichbaren Vorrichtungen für den genannten Zweck im Einsatz sind, gibt es keine eigenen Erfahrungswerte zum Nutzen von Pfandringen, etc.

Das Rechts- und Ordnungsamt hat daher versucht, die Erfahrungswerte anderer Städte und Gemeinden als Argumentationsgrundlage heran zu ziehen. Hierzu diente insbesondere eine Informationsschrift des Verbands Kommunaler Unternehmen e.V. vom September 2015, welcher sich mit der Thematik beschäftigt. Dieser ist der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Bei Durchsicht der Erfahrungen der dort genannten Städte ist zunächst auffällig, dass diese größtenteils neutral oder negativ ausfallen: Viele Städte, welche testweise Pfandkisten oder –ringe verwendet haben, haben die Vorrichtungen wieder abgeschafft oder wollen zumindest keine Ausweitung des Projekts vornehmen. Ein tatsächlicher Vorteil der Pfandringe konnte größtenteils nicht festgestellt werden.

In der Handreichung werden zudem Argumente aus verschiedenen Themenfeldern zusammengetragen. Hier ist ersichtlich, dass die Anzahl der Contra-Argumente überwiegt. So dürfte es überzeugend sein, dass Personen, die Flaschen sammeln, trotzdem weiterhin die Müllbehältnisse durchsuchen werden. Zudem dürften die Pfandringe anfälliger für Vandalismus sein und eine Zweckentfremdung ist wahrscheinlich. Hierdurch würde beispielsweise durch falsch abgestellten Müll (Papierbecher, zerknüllte Papiertüten, etc.) zusätzlicher Entsorgungsaufwand entstehen und das Stadtbild würde leiden. Zuletzt wird der Mehrwert für die Kreislaufwirtschaft eher als gering eingestuft und ein wirklicher Nutzen ist nicht nachgewiesen.
Die Kosten für die Anschaffung und Montage dürften sich nach Berichten aus anderen Städten pro Pfandring auf 200 € bis 300 € belaufen.

Vor diesem Hintergrund hält das Rechts- und Ordnungsamt die Anschaffung von Pfandringen für keine geeignete Maßnahme um den genannten Zweck zu fördern. Der Nutzen der Vorrichtungen würde voraussichtlich im Verhältnis zu den zu erwartenden Kosten und dem Mehraufwand nicht erheblich sein.

Beschlussentwurf (als Empfehlung für den Haupt- und Finanzausschuss):
„Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlichen Mülleimer im Stadtgebiet mit sogenannten „Pfandringen“, die das Abstellen nicht mehr benötigter Pfandflaschen ermöglichen, auszustatten.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☒ Nein ☐

Pfandflaschen und –dosen werden bei falscher Entsorgung nicht wieder in den Abfallkreislauf gelangen. So können Wertstoffe unter Umständen nicht wiederverwertet werden. Dass die Anbringung von Pfandringen hierbei Abhilfe schaffen kann, lässt sich aktuell jedoch nicht belegen.

Finanzielle Auswirkungen:
Schätzungsweise 200 € - 300 € pro Ring

Anlagen:
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz vom 14.08.2024

Information 86 des Verbands Kommunaler Unternehmen e.V. vom September 2015: Streitfall Flaschenhalterungen, Pro und Contra von Pfandflaschenhalterungen und Fallbeispiele aus verschiedenen Kommunen

STADT ERKELENZ
Der Bürgermeister
15. AUG. 2024
KOPIE

Bündnis 90/Die Grünen – Ratsfraktion – 41812 Erkelenz

An Herrn Bürgermeister Stephan Muckel

Johannismarkt
41812 Erkelenz

Erkelenz, den 14.08.2024

1. EINGANG 15. 08. 2024
2. AMT 10 zur Erfassung
3. Dezernent II
zur Bearbeitung
15.08.

Antrag: Pfandringe

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Muckel,

die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag zur Beschlussfassung im zuständigen Ausschuss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, öffentlichen Mülleimer im Stadtgebiet mit sogenannten „Pfandringen", die das Abstellen nicht mehr benötigter Pfandflaschen ermöglicht, auszustatten.

Begründung:
Pfandflaschen und -dosen gehören nicht in den Müll. Dennoch finden sie sich dort immer wieder, jährlich ca. 180 Millionen Mal in Deutschland und ein Teil davon auch in Erkelenz.
Ihren Weg in die Wiederverwertung findet dieser wiederverwertbare Rohstoff dann häufig über Menschen, die mit dem Sammeln dieser Pfandflaschen ihren oft sehr geringen Lebensunterhalt aufbessern und dabei auch einen wichtigen Beitrag für unsere Umwelt und das Kreislaufwirtschaftsgesetz leisten.
Das damit verbundene Wühlen im Müll ist jedoch unwürdig, aus sozialen und hygienischen Gründen nicht zumutbar und birgt zudem ein Verletzungsrisiko. Dennoch sind insbesondere arme Menschen mitunter auf das Flaschensammeln angewiesen. Ihnen sollte der Rat der Stadt Erkelenz entgegenkommen und es den Nutzern der Mülleimer möglich machen, Pfandflaschen und Dosen in Pfandringe neben den Mülleimern abzustellen.
Zudem ist das bewusste Abstellen der Pfandflaschen und -dosen eine kleine Geste der Solidarität mit denjenigen, die mit Hilfe von Pfandgut ihr tägliches Leben meistern. Initiativen wie „Pfand gehört daneben", unterstützt von zahlreichen Getränkeherstellern und Künstlern, sind auf diesem Gebiet schon länger aktiv.
In zahlreichen Städten findet dieses Vorgehen bereits Anwendung. Auch für die Stadt Erkelenz bietet sich hier die Möglichkeit, einen Beitrag zu leisten. Die Anschaffung und Installation von Pfandringen ist unkompliziert und bietet großen Nutzen. Mülleimer, die auf Grund ihrer Lage und Frequentierung für dieses Programm ungeeignet sind, sollten hier ausgenommen werden.
Gemäß § 21 (2) und (4) der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Erkelenz (Abfallsatzung) stellt auch in der Stadt Erkelenz das Entnehmen von Pfandflaschen aus öffentlichen Mülleimern eine bußgeldbehaftete Ordnungswidrigkeit dar. Dies bedarf einer Änderung und muss sanktionsfrei gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Schirrmeister-Heinen
Fraktionsvorsitz

Hans-Josef Dederichs
Fraktionsvorsitz

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

Information 86



STREITFALL FLASCHENHALTERUNGEN

Pro und Contra von Pfandflaschenhalterungen und Fallbeispiele aus verschiedenen Kommunen



DOSB Partner der Olympiamannschaft DEUTSCHLAND

DIE KOMMUNALEN UNTERNEHMEN

INHALT

Vorwort 4

01 Initiativen zur alternativen Pfandsammlung 6
Pfand gehört daneben© 6
Die Pfandkiste 7
Der Pfandring® 8
Das „Pantrör" aus Schweden 9
Andere Konstruktionen 9

02 Argumentationshilfe 10

03 Praxisbeispiele 23
Aachen 13
Bamberg 14
Berlin 16
Bielefeld 18
Bremen 19
Coburg 20
Dortmund 21
Düren 22
Freiburg 23
Ingolstadt 24
Karlsruhe 25
Magdeburg 26
Moers 28
München 30
Münster 31
Nürnberg 32

04 Streitfall Flaschenhalterungen – Stand der Debatte 33

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-0, Fax +49 30 58580-100
www.vku.de, info@vku.de

Produktion
VKU Verlag GmbH, Berlin/München
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-850, Fax +49 30 58580-6850

Redaktion
Janett Auricht

Gestaltung
Barbara Dunkl, München

© VKU Verlag GmbH September 2015

„Ob nun Pfandring oder auch Pfand-kiste, Pfandregal, Pfandlaterne, Pfandbox: Sie alle erheben den Anspruch, das Leben der Pfand-sammler einfacher zu machen und zudem ökologisch und ökonomisch sinnvoll zu sein. Ob das wirklich zutrifft, blieb vielfach offen."





Pfandflaschen und pfandpflichtige Dosen landen immer wieder in den öffentlichen Abfallbehältern. Das wiederum bewegt wirtschaftlich schwache Menschen dazu, nach den 15 oder 25 Cent im Abfall zu suchen, um so ein wenig Geld zu verdienen. Viele Menschen empfinden es jedoch als entwürdigend, wenn sie beobachten, wie Flaschensammler in Abfallbehältern nach Pfandflaschen suchen. Daraus entstand der Gedanke, ob nicht durch die Errichtung von Flaschenhalterungen ein Durchwühlen von Papierkörben entbehrlich gemacht werden kann.

Diese Idee beschäftigt derzeit Landesparlamente, Ausschüsse und Stadtverwaltungen im ganzen Land. Fast jedem Gemeinde- oder Stadtrat liegt beziehungsweise lag bereits ein Vorschlag zur Anschaffung von Behältnissen zur Ablage von Pfandflaschen vor.

Neben der Hilfe für bedürftige Pfandsammler, die nicht mehr im Abfallbehälter nach Pfandflaschen suchen sollen, spielt auch der Aspekt Stadtsauberkeit eine zentrale Rolle in den Anträgen an die kommunalen Gremien. So hat sich – nicht zuletzt aufgrund der Initiative „Pfand gehört daneben" – bei vielen Menschen das Verhalten entwickelt, Pfandbehältnisse auf oder neben öffentliche Abfallbehälter zu stellen, um damit Pfandsammlern entgegen zu kommen. Allerdings kann es dann vorkommen, dass die Flaschen herunter- oder umfallen, zerbrechen und so zu einer Gefahrenquelle werden.

Abhilfe sollen die angesprochenen Halterungen beziehungsweise Behältnisse zur Ablage von Pfandflaschen schaffen. Meist ist mit dieser Umschreibung das wohl bekannteste Modell, der Pfandring®, gemeint. Ein Ring aus Metall, der an öffentlichen Abfallbehältern befestigt wird und den Passanten ermöglicht, ihre Pfandflaschen darin abzustellen. Ob nun Pfandring oder auch Pfandkiste, Pfandregal, Pfandlaterne, Pfandbox: Sie alle erheben den Anspruch, das Leben der Pfandsammler einfacher zu machen und zudem ökologisch und ökonomisch sinnvoll zu sein. Ob das jedoch wirklich zutrifft, blieb vielfach offen.

Um den tatsächlichen Nutzen und die Akzeptanz von Flaschenhalterungen zu eruieren, haben viele Städte und Kommunen Pilotprojekte initiiert. Wieder andere Kommunen warten derweil ab, welche Erfahrungen die gestarteten Testläufe hervorbringen.

Die vorliegende Infoschrift setzt hier an. Sie stellt Initiativen zum Thema sowie verschiedene Behältnisse zur Ablage von Pfandflaschen vor und benennt die Argumente für und gegen eine solche Installation. Anschließend bieten mehrere Fallbeispiele praktische Informationen und zeigen erste Ergebnisse von Pilotversuchen auf. Die Infoschrift kann sicherlich keine auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittenen Lösungen anbieten, will jedoch anhand zahlreicher, erstmals ausführlich zusammengetragener Informationen zur Meinungsbildung beitragen. Deutlich wird dabei, dass die auf den ersten Blick gute Idee der Pfandflaschenhalterung bei der praktischen Umsetzung viele Fragen aufwirft, die bei der Entscheidung über eine Einführung stets mitbedacht werden sollten.



Katherina Reiche,
VKU Hauptgeschäftsführerin



Patrick Hasenkamp,
VKU-Vizepräsident

01 INITIATIVEN ZUR ALTERNATIVEN PFANDSAMMLUNG

Bereits vor dem Pfandring gab es Versuche, Pfandflaschen auf alternative Weise im öffentlichen Raum zu sammeln. Zum Beispiel im Pfandpaternoster in Frankfurt/Main oder im Flaschenbaum, aber kein Ansatz konnte erfolgreich vermarktet werden.
Erst Paul Ketz und sein Pfandring haben es geschafft, in der gesamten Republik große Aufmerksamkeit für das Thema zu erzeugen.

Im Folgenden werden die wichtigsten heute bekannten Initiativen und Konstruktionen zur Pfandsammlung vorgestellt.

Pfandgeben.de

Das Prinzip der Internetseite ist simpel: Pfandsammler können sich per SMS bei der kostenlosen Seite anmelden, geben eine Stadt oder einen Stadtbezirk als Sammelgebiet an und eine Nummer, unter der sie erreichbar sind. Wer sein Pfand nicht selbst wegbringen möchte, kann mit den registrierten Sammlern ausmachen, wann und wo sie das Pfand – sofern sie möchten – abholen können.

Der mittlerweile 30-jährige Grafik- und Produktdesigner Jonas Kakoschke hat die Plattform im Sommer 2011 in Berlin gegründet. Bundesweit sind inzwischen knapp 400 Städte sowie 1.800 Sammler registriert. Kakoschke will Menschen in schwierigen finanziellen Situationen unterstützen; Geld verdient er mit seiner Homepage nicht. Den öffentlichen Raum betrifft diese etwas andere Art, sein Pfandgut loszuwerden, nicht.

Pfand gehört daneben©

Die Initiative „Pfand gehört daneben“ setzt sich seit 2011 dafür ein, dass Pfandflaschen neben öffentlichen Abfallbehältern landen, und nicht darin. „Weil man Geld nicht einfach wegwirft", lautet der Slogan. Es gibt Aufkleber mit der Aufforderung, Pfand zumindest neben den Abfallbehälter zu stellen, wenn man es schon nicht selber wegbringen will. Dazu Seminare und Podiumsdiskussionen.

Mehr als 40.000 Unterstützer hat die Initiative auf Facebook. Mittlerweile sucht die Initiative immer neue Kanäle, über die die Botschaft kommuniziert werden kann. Inzwischen unterstützen viele Bands das Projekt und nehmen die Plakate der Kampagne mit auf Tour. Die ideenreiche Kommunikation war 2015 für den Greentech Award in der Kategorie „Kommunikation“ nominiert.

Aus Sicht der kommunalen Abfallwirtschaft und Stadtreinigung ist diese Initiative nicht zu befürworten. „Daneben“ abgestellte Flaschen und Dosen verschlechtern die Stadtsauberkeit und lassen Schmuddelecken entstehen. Zudem können die Flaschen umfallen, auf die Straße rollen und zerbrechen. Die Scherben sind gefährlich für Fußgänger, Radfahrer und Hunde und verschmutzen die Wege zusätzlich.

Die Pfandkiste



© Lemonaid+



© Lemonaid+



© VKU (Eigeninitiative, entdeckt in Berlin)

Bei der Firma Lemonaid in Hamburg kann man Pfandkisten bestellen. Seit 2012 sind sie im Programm, weiße Mehrwegkisten für Limonade, die kostenlos mit einer Gebrauchsanleitung versandt werden. Mit ein paar Handgriffen kann aus der Getränkebox des Unternehmens eine Sammelkiste gebastelt werden, die sich dann an Laternen oder Ampeln befestigen lässt.

Mehrere Hundert Kisten wurden bereits verschickt. Dazu gibt es Workshops für die weniger handwerklich Begabten. Das Firmenlogo auf der Kiste wird durch einen Aufkleber „Pfandkiste“ überdeckt, allerdings in derselben Schrift wie der Firmenname.

Die Pfandkisten werden bisher nahezu ausschließlich von Privatpersonen bestellt und an öffentlichen Plätzen installiert. Jeder kann einen Antrag bei der zuständigen Behörde für das Aufhängen einer Pfandkiste am nächsten Laternenpfahl stellen. Lemonaid unterstützt mit seinen Pfandkisten offiziell die Initiative „Pfand gehört daneben“.

Mittlerweile findet die Initiative private Nachahmer, die selbstständig Pfandkisten im Stadtgebiet anbringen.

Abschließend betrachtet, können Pfandkisten durchaus eine sinnvolle Möglichkeit darstellen, Pfand im öffentlichen Raum zu sammeln. Eine Installation muss vorab offiziell mit der Kommune geklärt werden. Zudem sollte festgelegt werden, wer sich um die Kiste kümmert, sie von Fehlbefüllungen befreit und für Sauberkeit sorgt. Sie darf auf keinen Fall so angebracht werden, dass sie eine Gefährdung für Passanten darstellt.

Der Pfandring®



© 2013 Pfandring by Paul Ketz / Foto: Markus Diefenbacher





Als der Kölner Produktdesigner Paul Ketz im März 2012 seinen ersten Pfandring vorstellte, erntete er schnell erste Lorbeeren. Die schlichte Metallkonstruktion wird an öffentlichen Mülleimern befestigt und bietet so Platz für Pfandflaschen, die ansonsten womöglich im Müll gelandet wären. Für die Konstruktion des Rings erhielt Ketz von den Kölner Abfall- und Wirtschaftsbetrieben (AWB) eine Prämie von 2.500 Euro, außerdem erhielt der Pfandring eine Anerkennung beim Bundespreis ecodesign 2012 in der Kategorie Nachwuchs. Die Begründung: „Durch den Pfandring gewinnen mehrere Seiten: Abfallbetriebe, da die Reinigungskosten geringer werden, Flaschensammler, die sich ein Zubrot verdienen, und die Umwelt, da der Rohstoff Glas wiederverwertet werden kann."

Auf seiner Pfandring-Internetseite schreibt Paul Ketz: „Durch den Pfandring können Passanten ihr Leergut guten Gewissens abstellen und Pfandsammler müssen nicht unwürdig in die Mülleimer greifen. Flaschen und Dosen bleiben im Recyclingkreislauf. Weniger Kosten, weniger CO2-Ausstoß durch weniger fälschlich verbrannte Wertstoffe. Geringerer Reinigungsaufwand für die Stadt. Der Pfandring generiert zudem Bewusstsein für die Thematik und ist ein starkes Kommunikationsobjekt für ein bewussteres Miteinander." Wer einen Pfandring haben will, muss ihn bei Paul Ketz bestellen, der die Pfandringe auch selbst produziert; sein Bruder managt die Geschäfte.

Der Pfandring hat die Diskussion um die Würde des Pfandsammlers in Gang gebracht wie bisher keine andere Initiative vor ihm. Die genannten Argumente überzeugten Bevölkerung und viele Politiker. Mittlerweile gibt es in vielen Städten Pilotprojekte mit angebrachten Pfandringen. Ob der Nutzen wie proklamiert tatsächlich zutrifft und welche möglichen negativen Begleiterscheinungen der Pfandring mit sich bringt, müssen die ersten Erfahrungen nun zeigen.

Das „Pantrör" aus Schweden





© Abfallwirtschaftsbetriebe Münster (AWM)

Auch in Schweden beschäftigt man sich seit Längerem mit der Rückgabemöglichkeit von Pfandflaschen im öffentlichen Raum. „Pantrör", also Pfandrohr, nennt sich dort der Zusatzbehälter für Pfandflaschen. Am oberen Ende des kleinen Rohres können leere Pfandflaschen, Pfanddosen und PET-Flaschen eingeworfen werden. Pfandsammler können dann durch das Zurückklappen einer Halterung am unteren Ende die Flaschen einfach entnehmen. Der schmale Metallbehälter fasst in etwa fünf Pfandflaschen oder Dosen. Anders als beim Pfandring nimmt diese Art nur wenig zusätzlichen Platz ein, wenn das Rohr am Abfallbehälter befestigt wird. Das Pfandrohr kann aber auch an Laternenpfählen angebracht oder eigenständig mit Metallrohr aufgestellt werden.

Das Pantrör ist mit dem Begriff PantaMera beschriftet, was etwa so viel heißt wie „Nutze mehr Pfand". PantaMera ist der Name einer Pfand-Kampagne, die von der Firma Returpack geführt wird. Returpack hat sich zum Ziel gesetzt, das Recycling von Dosen und Pfandflaschen in Schweden zu erhöhen. Der Auftrag dafür kommt von den Eigentümern, also Brauereien und dem Lebensmittelhandel, sowie von der schwedischen Regierung.

Die Initiative „Pfand gehört daneben" versucht bereits, das in Schweden erfolgreiche Modell auch in Deutschland zu etablieren. Es wurden unter anderem auch schon eigene Pfandrohre entwickelt und vereinzelt zu Testversuchen zur Verfügung gestellt. Ob das Pfandrohr tatsächlich eine sinnvolle Möglichkeit für deutsche Kommunen darstellt, kann ohne weitere Erfahrungswerte nicht beantwortet werden. Auf jeden Fall ist die Anschaffung nach aktuellem Stand kostengünstiger als beim Pfandring und die Anbringung ist nicht an die öffentlichen Abfallbehälter gebunden. Bei Fehlbenutzung kann sich die Abfallentfernung aus dem schmalen Rohr allerdings als schwierig erweisen.

Andere Konstruktionen

Wer nicht auf das patentierte Design von Paul Ketz angewiesen sein oder andere vorgefertigte Konstruktionen kaufen will, der wird selbst aktiv. So befinden sich zwischenzeitlich immer mehr in Eigenregie gefertigte Sammelvorrichtungen für Pfandflaschen im Einsatz. Unter anderem:

- die in Hamburg, Kiel und Bremen an BigBellys angebrachten Pfandregale,
- eine in Berlin im Pilotprojekt untersuchte Pfandkiste,
- eine in Coburg getestete Pfandsammelbox sowie
- in Ingolstadt ein selbstmontiertes Pfandringgestell.

02 ARGUMENTATIONS-HILFE

Die folgende Liste trägt erstmals thematisch geordnet alle in der Diskussion um die Pfandflaschenhalterungen genannten Argumente zusammen. Die Situationen stellen sich in einzelnen Städten und Kommunen sehr unterschiedlich dar und sind unter anderem von der Art der öffentlichen Abfallsammelbehälter, der gewählten Pfandflaschenhalterung, dem Umfeld des Installationsortes und den dort anzutreffenden Bürgerinnen und Bürgern abhängig.

Die folgende Aufzählung ersetzt nicht die Lösung der Frage vor Ort, erhebt aber den Anspruch, als detaillierte Diskussionsgrundlage zu dienen. Es ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den meisten aufgeführten positiven sowie negativen Argumenten um Annahmen handelt, da bisher keine Ergebnisse abgeschlossener wissenschaftlicher Untersuchungen vorliegen. In verschiedenen Fällen konnten die genannten Argumente durch Beobachtungen aus Pilotprojekten verifiziert werden, wie die im abschließenden Teil der Infoschrift angeführten Praxisbeispiele belegen.

HILFE FÜR DIE FLASCHENSAMMLER?

+ Die Halterungen bieten bedürftigen Menschen eine vereinfachte Sammelmöglichkeit der Pfandflaschen ohne unwürdiges Wühlen und Hineingreifen in Abfallbehälter, ohne zu sehen, was darin ist (Spritzen, Scherben).
- Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bedürftige Menschen weiterhin in Abfallbehältern wühlen, da sie nicht wissen können, ob nicht trotz Pfandhalter zum Teil Pfandflaschen darin zu finden sind.
- Flaschensammler sind oftmals viele Stunden unterwegs und durchsuchen eine Vielzahl an Abfallbehältern. Die Gefährdung dieser Menschen wird durch Ausrüstung einiger ausgewählter Abfallbehälter mit Halterungen nur minimal verringert.
- Es ist möglich, dass sich andere Personen der leichter zugänglichen Pfandflaschen bedienen, quasi im Vorbeigehen auf dem Weg zum Supermarkt, um sich selbst ein kleines Zubrot zu verdienen, womit den bedürftigen Menschen nicht geholfen wäre.
- Die verbesserte Sammelmöglichkeit erhöht möglicherweise die Konkurrenz unter den Flaschensammlern und es könnten professionelle beziehungsweise organisierte Sammler den Inhalt für sich beanspruchen.
- Es wäre möglich, dass die Halterungen (je nach Größe) zu bestimmten Stoßzeiten voll sind und das gewünschte Ziel dann nicht erreicht werden kann.

OPTIMIERUNG DES PFANDKREISLAUFS?

+ Pfandflaschen, die möglicherweise im Müll gelandet wären, können abgestellt und wieder eingesammelt werden und bleiben dem Pfandkreislauf damit erhalten.
+ Die öffentliche Sichtbarkeit macht deutlich, dass Flaschen kein Abfall, sondern durch ihre vorgesehene Wiederverwendung wertvolle Ressourcen sind.
- Bereits ohne Halterungen fanden sich wenige Pfandflaschen in öffentlichen Abfallbehältern, da diese durch Flaschensammler entnommen beziehungsweise von Passanten gar nicht eingeworfen wurden.
- Das vorhandene Rücknahmesystem wird unterlaufen und der eigentliche Sinn des Pfandes im Sinne des Ressourcenschutzes wird konterkariert. Dem Käufer der Pfandflasche wird suggeriert, etwas Gutes zu tun, wenn er sich dieser entledigt statt sie zurückzugeben.
- Wer seine Pfandflasche bisher absichtlich im Abfalleimer entsorgen wollte, wird dies gegebenenfalls auch weiterhin tun.
- Viele Halterungen, wie zum Beispiel der Pfandring, sind nicht für alle gängigen Pfandflaschen ausgelegt. Die bisher in den Abfallbehälter geworfenen 1,5- beziehungsweise 2-Liter-Einweg- oder Mehrwegflaschen landen dann weiterhin dort.

SOZIALES ENGAGEMENT?

+ Die Bürgerinnen und Bürger könnten die Halterungen als soziales Angebot und Ansatz von Fürsorglichkeit der Stadt/Kommune gegenüber Bedürftigen sehen.
+ Die Halterungen generieren Bewusstsein für die Thematik Armut und Bedürftigkeit.
- Es könnte die Auffassung entstehen, die Halterungen dienen als billige Ersatzlösung für die eigentliche Aufgabe des Staates, gegen Armut vorzugehen.
- Die Halterungen könnten das Bild einer „Almosengesellschaft“ verstärken.
- Es ist möglich, dass Bürgerinnen und Bürger die hohen Anschaffungs- und Unterhaltungskosten kritisieren.

GEFÄHRDUNG FÜR KINDER/PASSANTEN?

+ Die Halterungen verhindern Glasscherben, die entstehen können, wenn Flaschen für Flaschensammler neben/auf die Papierkörbe gestellt werden und daraufhin herunter- oder umfallen.
- Flüssige Reste, vor allem von alkoholischen Getränken, stellen eine Gefahr für Kinder dar, die diese leicht erreichen könnten.
- Leere Flaschen locken im Sommer vermehrt Wespen und andere Insekten an.
- Durch die abstehenden Ringe oder Regale besteht ein erhöhtes Verletzungsrisiko vor allem für Kinder, in deren Kopfhöhe sich die Installationen meist befinden. Die Gefahr wird verstärkt, wenn durch Vandalismus scharfe Kanten und Ecken entstehen.

ENTWICKLUNG VANDALISMUS/LÄRMBELÄSTIGUNG/MISSBRAUCH?

+ Eine Entspannung in Sachen Lärmbelästigung könnte erreicht werden, da Flaschen nicht lautstark zerbrechen und klirren, wenn sie in den Abfallbehälter geworfen, sondern in der Halterung abgestellt werden.
- Für Personen mit Gewaltbereitschaft können in Halterungen abgestellte Flaschen bei Auseinandersetzungen zu schnell greifbaren Waffen werden.
- Die Halterungen bieten Angriffsziele für Zerstörungswut beziehungsweise für Schmierereien.
- Es ist möglich, dass die Halterungen für andere Zwecke missbraucht werden, zum Beispiel, um Fahrräder daran anzuschließen oder anderen Abfall darin abzustellen.

VERBESSERUNG DER STADTSAUBERKEIT?

+ Eine Verbesserung der Stadtsauberkeit ist möglich, da das „Danebenstellen“ vermieden wird und damit auch Verschmutzungszustände und Scherben.
- In den Halterungen ist eine zusätzliche Ansammlung von Müll zu vermuten, da Behältnisse als Abfallbehälter missbraucht werden können.
- Es besteht das Risiko, dass flüssige Reste in den abgestellten Flaschen durch die Sammler an Ort und Stelle ausgeschüttet werden, was zu einer Verschmutzung rund um den Abfallbehälter führen würde.
- Der Anblick der Halterungen könnte den Eindruck vermitteln, dass von offizieller Seite das Trinken von Alkohol in der Öffentlichkeit gefördert wird, obwohl vielerorts das Gegenteil der Fall ist.
- Die vorhandenen Abfallbehälter der städtischen Straßenreinigung vereinen oftmals in langwierigen Prozessen abgewogene gestalterische sowie funktionale Ansprüche an Ästhetik und Wirtschaftlichkeit, die durch die Halterungen konterkariert werden.
- Die Halterungen passen nicht zu den steigenden Anforderungen an die Stadtmöblierung.

REDUZIERUNG DER KOSTEN?

+ Eine Reduzierung des Restmüllaufkommens wäre möglich, was auf längere Sicht Kosten bei der Entsorgung spart. (Es wäre sinnvoll und empfehlenswert, vorab die Menge der Pfandflaschen zu kennen, die tatsächlich über die öffentlichen Abfallbehältnisse eingesammelt wird.)
- Abhängig vom Modell und der Anzahl entstehen hohe Anschaffungskosten, die die Kosten für die eigentlichen Abfallbehälter weit übersteigen.
- Die entstehenden Kosten für Unterhalt beziehungsweise Reparatur sind vorab nicht abzusehen, müssen aber berücksichtigt werden.
- Die Kosten können gegebenenfalls nicht über Gebühren abgerechnet werden und fließen dann in den allgemeinen städtischen Haushalt.

ABFALLBEHÄLTER

+ Die Beschädigungen von/an Abfallbehältern könnten zurückgehen, da ein gewaltsames Öffnen dieser zur Herausnahme von Flaschen unnötig wird.
- Die Halterungen können die Entleerung der Abfallbehälter möglicherweise erschweren; so werden Pfandringe zum Beispiel an vielen Modellen angeschraubt. Beim Entleeren können Tüten an den Schrauben zerreißen oder der Abfall kann hängen bleiben. In diesen Fällen muss händisch nachgearbeitet werden.
- Die Leerung der Abfallbehälter könnte einen höheren zeitlichen Aufwand in Anspruch nehmen und damit höhere Kosten verursachen.
- Vielerorts müssen Abfallbehälter wegen Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum umpositioniert oder aus Gründen der Sicherheit abtransportiert werden. Die Halterungen würden die Handhabung der Abfallbehälter deutlich erschweren oder durch Transporte beschädigt werden.

Diese Auflistung der Pro- und Contra-Argumente zeigt, dass die Entscheidung über Pfandflaschenhalterungen nicht allein aufgrund vermuteter Erleichterungen für die Tätigkeit der Flaschensammler getroffen werden sollte, sondern eine umfassende Gesamtabwägung der Situation vor Ort fordert.

03 PRAXIS-BEISPIELE

Wie wird der „Streitfall Pfandflasche“ vor Ort gelöst? Fallbeispiele aus verschiedensten Städten in Deutschland zeigen: Die Situation ist von Ort zu Ort unterschiedlich und verlangt nach individuellen Antworten.

AACHEN

Der Aachener Stadtbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung lehnt die Aufstellung von Behältnissen für Pfandflaschen ab.

Im Zuge eines Ratsantrags vom 2. Juli 2013 über die Installation von Behältnissen zur Ablage von Pfandflaschen im öffentlichen Raum wurde der Aachener Stadtbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung um eine Stellungnahme gebeten.

In einer Sitzung des Betriebsausschusses des Aachener Stadtbetriebs am 11. Februar 2014 wurde mittels einer ausführlichen Präsentation die Problematik eines solchen Pfandsammelsystems veranschaulicht. Darin wird unterstellt, dass nicht jede Pfandflasche in diesem System landet und die Abfallbehälter weiterhin von Flaschensammlern durchsucht werden. Unter anderem wird auch auf die sich verschlechternde Stadtsauberkeit aufgrund nach außen sichtbarer Flaschen und eine mögliche Zweckentfremdung als Ablagefläche für Abfälle aller Art hingewiesen. Als Konsequenz ist mit einer Kostenerhöhung in den Gebührenhaushalten der Stadtreinigung und/oder Abfallwirtschaft zu rechnen. Aus diesem Grund wird das Aufstellen von Behältnissen für Pfandflaschen vom Stadtbetrieb nicht empfohlen.

14 Tage später beschloss der Rat der Stadt Aachen auf Vorschlag der Verwaltung und auf Empfehlung des Betriebsausschusses Aachener Stadtbetrieb mehrheitlich, keine Behältnisse für Pfandflaschen im Stadtgebiet Aachen zu installieren. In der öffentlichen Vorlage zum Ratsantrag Nummer 301/16 finden sich die vom Stadtbetrieb vorgetragenen Argumente wieder:

- Aus ordnungsbehördlicher Sicht besteht eine ablehnende Haltung, da die Installation von Pfandkisten oder Pfandringen an belebten Stellen in der Aachener Innenstadt der im Jahre 2011 durch einstimmige Beschlüsse des Hauptausschusses und des Rates der Stadt entwickelten „Initiative zur Eindämmung des Alkoholmissbrauchs im öffentlichen Raum“ widerspricht. Ein eventuell auch nur minimales Signal zu einer Verminderung der tatsächlichen negativen Begleiterscheinungen würde eine schleichende Zustimmung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum bedeuten.
- Selbst wenn diese Aktion nur in stark frequentierten Gebieten umgesetzt werden würde, spräche dies, neben den optischen Aspekten, gegen die Aachener Initiative. Außerdem wäre mit einer Umsetzung dieser Maßnahme nicht ausgeschlossen, dass der Pfandflaschensammler trotzdem noch in Abfallbehältern nach Pfandflaschen Ausschau hält.
- Das städtische Ziel sollte daher sein, die Nutzung beziehungsweise Entsorgung von Flaschen im öffentlichen Raum zu vermeiden, und nicht, sie auch noch zu fördern.
- Zum anderen kann es durch diese Aktion zu weiteren Verunreinigungen innerhalb der Innenstadt kommen, wenn die Pfandkiste/der Pfandring nur unzureichend von Pfandflaschensammlern geleert wird und Flaschen, die keinen Platz mehr in dieser Vorrichtung finden, danebengestellt werden und dabei möglicherweise zu Bruch gehen.
- Darüber hinaus bieten derartige Behältnisse für Pfandflaschen nicht nur Platz für Schmierereien jeglicher Art, sondern können auch als „Abfallbehälter“ missbraucht werden.
- Diese potenziell negativen Begleiterscheinungen stehen im Widerspruch zur Aktion „Sauberes Aachen“ und hätten mithin kontraproduktive Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der Stadt.

BAMBERG

Bamberg ließ Anfang 2014 als eine der ersten deutschen Städte zwei Pfandringe aufhängen. Nach Ablauf der einjährigen Testphase dürfen diese bleiben. Neue Pfandringe kommen vorerst nicht dazu.



© Stadt Bamberg

In seiner Sitzung am 7. Mai 2013 beschloss der Umweltsenat der Stadt Bamberg die Durchführung einer einjährigen Testphase für die Anbringung von zwei Pfandflaschensammelbehältern in der Stadt Bamberg.

Die von Paul Ketz entwickelten und patentierten Pfandringe wurden daraufhin am 21. Januar 2014 an einem Abfalleimer in der Fußgängerzone und einem Behälter neben den Glascontainern am Busbahnhof installiert. Während des Testzeitraums hat das Umweltamt über 20 Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt und den Entsorgungs- und Baubetrieb Bamberg (EBB) regelmäßig um Erfahrungsberichte seiner Straßenreiniger vor Ort gebeten.

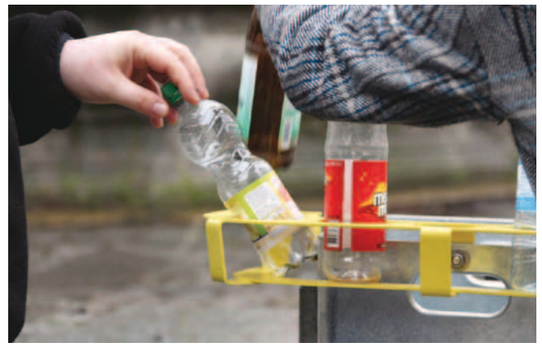
Pfandflaschen wurden selten in den Ringen vorgefunden. Als Ursache hierfür könnte eine unzureichende Akzeptanz und Nutzung der Ringe durch die Öffentlichkeit vermutet werden. Belegen lässt sich dies jedoch nicht. Es ist nicht auszuschließen, dass abgestellte Pfandflaschen kurzfristig wieder entnommen wurden – zumal davon ausgegangen werden kann, dass in Bamberg tätige Pfandflaschensammler die Ringe in ihre „Tour" mitaufgenommen haben.

Ab und an wurden Abfallablagerungen, wie zum Beispiel nicht pfandpflichtige Flaschen (Wein- oder Sektflaschen), in den Behältern vorgefunden, die von den Mitarbeitern des EBB entsorgt wurden.

Bei den Beobachtungen des Umweltamtes und des EBB handelt es sich um Stichproben. Eine durchgehende Beobachtung der Behälter und eine fundierte wissenschaftliche Untersuchung waren aus Zeit- und Kostengründen nicht möglich. Es lassen sich aus diesen Überprüfungen keine exakten Rückschlüsse auf den tatsächlichen Nutzungsgrad der Behälter ziehen.

In der Öffentlichkeit wurde die Installation der Pfandringe weit über den Bamberger Raum hinaus diskutiert. Eine Vielzahl von Anfragen hat das Umweltamt beziehungsweise die Pressestelle der Stadt Bamberg von verschiedenen Kommunen erreicht. Die Stadt Bamberg hat hier eindeutig eine Vorreiterstellung eingenommen.





Nach Feststellung des EBB sind die Verschmutzungen um die Abfallbehälter mit Pfandring nicht höher als bei den anderen Abfallbehältern im Stadtgebiet Bamberg. Die Pfandringe weisen Gebrauchsspuren wie zum Beispiel Kratzer auf, wurden bislang aber nicht gewaltsam oder mutwillig beschädigt.

Außer den Anschaffungskosten von insgesamt 333,20 Euro pro Stück verursachten die Pfandringe somit keine weiteren Kosten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die einjährige Testphase in Bamberg als sehr öffentlichkeitswirksam herausgestellt hat. Eine belastbare Aussage über Art und Intensität der Nutzung der Ringe ist nicht möglich. Dies mag auch daran liegen, dass der Testlauf aus finanziellen Gründen nur mit zwei Behältern durchgeführt werden konnte. Die Anbringung der beiden Pfandringe hat keine Nachteile oder Probleme mit sich gebracht.

Trotz der mittlerweile gesunkenen Stückkosten schlägt die Verwaltung in ihrem Bericht vor, von der Anschaffung weiterer Pfandringe aufgrund der Haushaltslage der Stadt Bamberg vorerst abzusehen. Zumal ein Nachweis über den Erfolg der Pfandringe sowohl im Hinblick auf eine erhöhte Verwertungsquote als auch auf soziale Aspekte nicht messbar feststellbar ist.

RALF HAUPT
Sozialreferent der Stadt Bamberg:

„Für die einen sind 8, 15 oder 25 Cent so wenig, dass sie es sich leisten können, ihre Dosen und Pfandflaschen in den Müll zu werfen. Für die anderen ist das Pfand so wertvoll, dass sie es dafür auf sich nehmen, im Müll zu wühlen. Doch selbst wenn ein Kind die Flaschen mitnimmt und vom Pfandgeld Kaugummis kauft, hat der Pfandring seinen Zweck erfüllt."

› BERLIN

Die Berliner Pfandkiste hat sich nicht bewährt. Seit Sommer 2015 testet die Berliner Stadtreinigung ein neuartiges Modell. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet.

Im August 2014 startete die Berliner Stadtreinigung (BSR) zusammen mit der Trias gGmbH und den Bezirksämtern Spandau beziehungsweise Charlottenburg-Wilmersdorf am Rathaus Spandau und am Hardenbergplatz (Zoologischer Garten) ein Pilotprojekt zum Test von Pfandkisten. Hierbei können Bürgerinnen und Bürger leere Pfandflaschen in separate Sammelbehälter legen, anstatt die Flaschen in öffentlichen Papierkörben zu entsorgen. Die Bezirksämter haben für das Projekt jeweils vier Haltepfosten zur Verfügung gestellt. Die BSR hat an diesen Pfosten die Pfandflaschenbehälter befestigt. Die Sammelbehälter sind aus Stahlgitter und wurden von Mitarbeitern der gemeinnützigen Gesellschaft trias gGmbH hergestellt.

Im Zuge des Projekts soll eine wissenschaftliche Untersuchung gesicherte Erkenntnisse zu Vor- und Nachteilen von Pfandflaschenbehältern im öffentlichen Straßenland liefern und dazu beitragen, den Einsatz von Pfandflaschenbehältern abschließend zu bewerten.

Im November 2014 gingen die Pfandkisten dann erstmal in die Winterpause. Diese wurde auch gleich für die Auswertung der wissenschaftlichen Untersuchung genutzt. Anhand der bisherigen Ergebnisse wurde das Pilotprojekt neu konzipiert. Seit Juni 2015 wird das Projekt mit optimierten Pfandflaschenhaltern fortgesetzt. Die anfänglich eingesetzten Pfandkisten haben nicht dazu geführt, dass signifikant weniger Pfandflaschen in die umliegenden Papierkörbe geworfen wurden. Das lag vor allem daran, dass die Pfandkisten von einigen Passanten als Abfalleimer zweckentfremdet wurden und infolgedessen nicht mehr als Flaschensammelbehälter attraktiv waren.

Anstatt der mehrstöckigen Kiste hat Designerin Evelyn Malinowska von der Berliner Stadtreinigung jetzt eine neue Variante entwickelt, die keinen Platz mehr für Müll bietet. Aber drei Flaschen passen hinein. In auffallendem Grün und mit einer Beschilderung mit Flaschensymbol sowie einem abgestuften Aufbau bietet die neue Halterung die Chance, dass es weniger Vermüllung gibt und die Akzeptanz bei Pfandflaschengebern und -sammlern steigt. Zudem sind die neuen Modelle nun gut sichtbar und stabil unmittelbar neben den Papierkörben angebracht.

Auf dem Hardenbergplatz und in dessen Umgebung sowie rund um das Spandauer Rathaus werden insgesamt jeweils etwa 30 neuartige Pfandflaschenhalterungen aufgehängt. Die erhöhte Anzahl an Haltern soll zudem die Präsenz im Straßenraum erhöhen.

Um gesicherte Erkenntnisse zu erhalten, wird das Projekt auch weiterhin wissenschaftlich begleitet und soll während der gesamten warmen Jahreszeit laufen. Dann soll der Einsatz von Pfandflaschenbehältern auf Basis der wissenschaftlichen Untersuchung abschließend bewertet werden.



© VKU, Janett Auricht







© BSR, Frieder Söling

› BIELEFELD

Ein Bielefelder Jugendforum hat sich für den Pfandring stark gemacht und über einen Sponsor 24 Pfandringe verwirklicht. Eine Ausweitung wird nach halbjähriger Testphase nicht erfolgen.





© Andreas Geisler (Umweltbetrieb Bielefeld)



ANDREAS GEISLER
Abteilungsleiter Straßenreinigung und
Winterdienst im Umweltbetrieb Bielefeld:

„Die Grundidee ist toll. Leider sind es wenige Mitmenschen, die solche Angebote nicht ordnungsgemäß nutzen und die sinnvolle, praktische Umsetzung damit zunichte machen.“

Wie kam Bielefeld zu seinen Pfandringen? Politisch interessierte Jugendliche hatten mit Unterstützung der Bürgerstiftung Bielefeld die Initiative „you name it“ gegründet und dabei unter anderem auch die Idee der Pfandringe an den Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld herangetragen. Als Hauptsponsor hatten die Jugendlichen bereits die Wohnungsgesellschaft BGW gefunden, sodass der Umweltbetrieb mit einer Restfinanzierung eine Erprobung ermöglicht hat. Der Pfandringentwickler Paul Ketz hat daraufhin speziell auf die Bielefelder Papierkörbe zugeschnittene Pfandringe produziert, die die Entleerungen nur geringfügig negativ beeinflussen.

Zum Start des Pilotversuchs im November 2014 wurden 24 Pfandringe für je drei Flaschen an Papierkörben im Bielefelder Bürgerpark und an weiteren Plätzen installiert.

Nach einem halben Jahr stellen sich die Erfahrungen folgendermaßen dar: Nur sehr selten befinden sich beim Entleeren der Papierkörbe Pfandflaschen in den Pfandringen, meistens pfandfreie Flaschen und noch viel öfter andere Abfälle. Zudem wühlen die Flaschensammler trotzdem noch zusätzlich im Abfall. Den Erfolg der Probephase sollten eigentlich die Jugendlichen der Initiative „you name it“ bewerten. Bisher hat der Umweltbetrieb aber keine Rückmeldungen von den Jugendlichen und auch nicht aus der Bevölkerung erhalten. Eigene flächendeckende Erhebungen wurden vom Umweltbetrieb selbst nicht vorgenommen.

Im Ergebnis wird eine Ausweitung der Pfandringe nicht erfolgen, zumal eine weitere Finanzierung durch Dritte nicht zu erwarten ist.

› BREMEN

Da die Bremer BigBelly Solar Behälter ein Hereingreifen verhindern, wurden acht von ihnen nachträglich um Pfandregale ergänzt, welche regelmäßig überprüft werden.





© Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Bremen; Foto: Jürgen Falldorf

Insgesamt 13 BigBelly Solar Behälter sind 2014 im öffentlichen Straßenraum Bremens durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufgestellt worden, Behälter, die eingeworfenen Abfall verpressen und somit über ein höheres Sammelvolumen als herkömmliche Papierkörbe verfügen. Zugleich erlaubt der BigBelly Solar aufgrund der Pressvorrichtung keinen Zugriff auf den Behälterinhalt und damit auch nicht auf eingeworfene Pfandflaschen, die von bedürftigen Menschen gesammelt werden, um ihren Lebensunterhalt aufzubessern. Das hat zu einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geführt, ob diese neuen Behälter mit Pfandsammelsystemen ausgestattet werden können.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat daraufhin beschlossen, acht BigBelly Solar Behälter mit zusätzlichen Pfandregalen auszustatten. Die Umsetzung erfolgte durch die mit der Straßenreinigung südlich der Lesum beauftragte Entsorgung Nord GmbH. Das Projekt wurde im Juli 2014 begonnen.

Die Pfandregale werden regelmäßig geprüft. Bisher konnte eine Nutzung für Pfandflaschen nicht festgestellt werden. Ob dies darauf zurückzuführen ist, dass abgestellte Flaschen sofort eingesammelt werden, oder ob die Pfandregale kaum entsprechend ihrem Zweck genutzt werden, kann bisher nicht verifiziert werden.

Als unerwünschte Nebenwirkung zeigt sich allerdings eine Fehlnutzung der Pfandregale. Es werden Pappbecher eingestellt oder andere Abfälle wie Zigarettenkippen oder Verpackungspapier vorgefunden, Flüssigkeiten werden verschüttet. Regelmäßige Reinigungen der Pfandregale sind unerlässlich, um ein ansehnliches Bild zu erhalten.

Die intensive Fehlnutzung führt zu der Annahme, dass die bereitgestellten Pfandregale für das Abstellen von Pfandflaschen eher wenig genutzt werden. Um diesbezüglich eine belastbare Aussage treffen zu können, bleiben die vorhandenen Pfandringe zunächst erhalten, um weitere Erfahrungen zu sammeln.

› COBURG

Ein Test mit einer selbst entworfenen Pfandsammelbox brachte in Coburg nicht den gewünschten Erfolg. Nun wurden auf Wunsch des Coburger Stadtrates drei Pfandringe angeschafft.

Bereits 2014 wurde in der Stadt Coburg der Versuch gestartet, Pfandflaschen über speziell gekennzeichnete Müllbehälter zu sammeln. Hintergrund waren Rückmeldungen aus anderen Städten zu Pfandringen, sodass der Coburger Entsorgungs- und Baubetrieb AöR sich zunächst für die günstige Testversion der eigenen beklebten Müllbehälter entschied.

Hierzu wurden 120-Liter-Restmüllbehälter mit Folien beklebt, sodass diese eindeutig als Pfandsammelboxen zu erkennen waren. Weiterhin wurde in die Deckel eine kleine Öffnung geschnitten, um so das Einwerfen von Restmüll zu vermeiden. Auch der Deckel wurde mit Folien beklebt, auf welchen Hinweise zur Nutzung der Tonne vorhanden waren. Diese Behälter wurden an öffentlichen Plätzen und bei Veranstaltungen aufgestellt und täglich durch die Mitarbeiter der Straßenreinigung kontrolliert. Dabei wurde Folgendes festgestellt: Die Behälter wurden im Normalfall für Restmüll und pfandfreie Flaschen verwendet. Schwer nachzuprüfen ist, ob von vornherein keine Pfandflaschen eingeworfen wurden oder ob die eingeworfenen Flaschen durch Sammler wieder aus den Tonnen entnommen wurden.

Die Stadt Coburg hielt auch nach dieser als negativ zu bewertenden Testphase an der Idee der Pfandsammlung durch bestimmte Vorrichtungen fest, sodass beschlossen wurde, drei Pfandringe anzuschaffen. Die Pfandringe sollen demnächst installiert werden. Eine Testphase mit Beobachtung ist nicht geplant; ebenfalls wird von einer Anschaffung weiterer Pfandringe abgesehen.

Die Idee hinter den Pfandringen wird vom Coburger Entsorgungs- und Baubetrieb durchaus positiv gesehen, jedoch zeigt die Erfahrung, dass damit kein nachweislicher Nutzen erzielt werden kann. Aus ökologischer Sicht ist keine große Verbesserung zu erwarten, da in Coburg bereits in der Vergangenheit nur wenige Pfandflaschen in öffentlichen Papierkörben vorgefunden wurden.

Weiterhin sind zusätzliche Belastungen für die Mitarbeiter der Straßenreinigung zu erwarten, welche beschädigte Flaschen sowie verkanteten Restmüll aus den Pfandringen entfernen müssten. Sollte sich dieses Problem in der Praxis bestätigen, so wird zu prüfen sein, ob die Ringe aufgrund der Arbeitssicherheit wieder entfernt werden müssen. Durch das Anbohren der Pfandringe an die pulverbeschichteten Abfallbehälter erlischt zudem die Gewährleistung des Herstellers.

Mittlerweile sind die Pfandringe installiert.







© Coburger Entsorgungs- und Baubetrieb CEB

› DORTMUND

Bei der EDG Entsorgung Dortmund GmbH wurden Nutzen und Nachteile der Pfandringe gegeneinander abgewogen und führten im Ergebnis zur Ablehnung des Systems.

Wie viele andere Städte und Entsorger haben sich auch die Stadt Dortmund und die EDG Entsorgung Dortmund GmbH mit dem Thema Pfandringe auseinandergesetzt.

Der Ansatz, Pfandringe an öffentlichen Abfallbehältern zu installieren, appelliert an das Umweltbewusstsein der Menschen, Pfandflaschen nicht in den normalen Abfall zu werfen. Auch die soziale Situation bedürftiger Menschen, für die das Pfand einen wirtschaftlichen Wert darstellt, wird angesprochen. In Abwägung dieses möglichen Nutzens und möglicher Nachteile des Systems hat sich Dortmund, auch nach Diskussion mit anderen Städten, aus folgenden Gründen gegen das System entschieden:

- Durch das Angebot besteht die Gefahr zusätzlichen Glasbruchs und von Beistellungen jeglicher Art an den Papierkörben.
- Eine Vereinfachung des Flaschensammelns führt zur Verlagerung der Zielgruppe von „bedürftigen“ auf „professionelle“ Sammler.
- Ein Durchsuchen von Papierkörben wird allenfalls nur zum Teil verhindert, da auch nach anderen verwertbaren Materialien gesucht wird.
- Das System wird auch für Flaschen ohne Pfand genutzt.
- Das vorhandene Rücknahmesystem (Handel für Pfandflaschen, Glascontainer für sonstige Flaschen) würde unterlaufen.
- Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr, dass die Flaschen bei Personen mit Gewaltbereitschaft als Wurfgeschosse Verwendung finden.
- Insektenproblematik an heißen Tagen.
- Wartungsaufwand ist zu beachten.
- Eventuelle Flüssigkeitsreste in den abgestellten Flaschen stellen eine Gefahr insbesondere für Kinder dar.

Hinzu kommt, dass die angebotenen Systeme nicht zu den steigenden Anforderungen an die Stadtmöblierung passen. Zudem können die Kosten nicht über Gebühren abgerechnet werden, sondern würden in den allgemeinen städtischen Haushalt fließen. Bei einer Vollausstattung aller Abfallbehälter im Stadtgebiet beliefen sich die Anschaffungskosten auf bis zu 2 Millionen Euro zuzüglich Wartungsaufwand.

› DÜREN

Ein Pilotversuch des Dürener Service Betriebes mit zwei Pfandboxen scheitert. In einem alternativen Projekt soll nun der Pfand-Bus Not leidenden Kindern helfen.

Ende 2012 wurde in der Stadt Düren ein Antrag auf die Einführung einer sogenannten Pfandkiste in der Stadt gestellt.

Die Pfandkiste ist eine Box, die an verschiedenen Laternenmasten in der Innenstadt befestigt wird. Anstatt die Flaschen einfach in den Müll zu werfen, sollten die Bürger die Flaschen in diesen speziellen Boxen abstellen. Bedürftige hätten sie dort einfach einsammeln können, anstatt sie aus dem Müll herauszufischen. In verschiedenen anderen Städten in Deutschland ist diese Idee ebenfalls umgesetzt worden.

Im Rahmen dieses Antrages hat der Dürener Service Betrieb (DSB) im März 2013 ein Pilotprojekt gestartet. An zwei Stellen in der Stadt wurden die Pfandboxen an Laternenmasten befestigt. Aber bereits nach wenigen Tagen sind die Boxen heruntergetreten worden. Dies hat sich in den darauffolgenden Tagen und Wochen mehrfach wiederholt, sodass man keine Möglichkeit gesehen hat, das Projekt länger aufrecht zu erhalten.

Auch konnte nicht festgestellt werden, dass die Kisten überhaupt angenommen worden sind. Weder von denjenigen, die die Flaschen dort hätten abstellen können, noch von den möglichen Nutznießern.

Der DSB hat daher die Pfandkisten wieder eingezogen. Das Projekt wurde im Juni 2013 endgültig eingestellt.

Seit einiger Zeit hat der Dürener Service Betrieb zusammen mit dem Verein „Stars for Kids – Echtz e.V." zugunsten von Kindern in Not ein alternatives Projekt in Düren gestartet: „Mit dem Pfand-Bus Kindern in Not helfen!"

Die Idee stammt von Thomas Helbeck, Vorsitzender von „Stars for Kids – Echtz e.V." und seinem Vereinskameraden Dirk Busch. In dem sogenannten Pfand-Bus kann jeder Bürger seine Pfandflaschen einwerfen und spendet damit einen kleinen Betrag für den Verein. „Wir sind der Überzeugung, dass wir hier große Summen für Not leidende Kinder zusammenbekommen", sagt Thomas Helbeck, der bereits seit Jahren gegen Kinderarmut kämpft.

Der Wagen soll an verschiedenen Standorten in der Stadt stehen. Mittels einer speziell angefertigten Einwurfklappe können die Bürger dann die Flaschen „spenden". Die Standorte und Uhrzeiten, zu denen der Pfand-Bus zu finden ist, werden über die Internetseite des DSB sowie über die Facebook-Seite des Vereins bekanntgegeben. Hierbei wird die Innenstadt außen vor gelassen, sodass man nicht den Flaschensammlern Pfandflaschen entzieht.

Das Projekt wurde im September 2014 gestartet. Die eingesammelten Gelder kommen Kindern in Not zugute, wobei man bei der Verteilung der Spendengelder eng mit der Koordinatorin „Gegen Kinderarmut in Düren", Ina Ruick von der Stadt Düren, zusammenarbeiten wird.





© Dürener Service Betrieb

› FREIBURG

Freiburg testet zwei Pfandflaschenboxen. Aufgrund der dauerhaften Zweckentfremdung wird der Versuch abgebrochen.

Verschiedene soziale Initiativen wandten sich in den vergangenen zwei Jahren an die Stadt Freiburg und schlugen Systeme vor, die eine Weitergabe von Pfandflaschen im öffentlichen Straßenraum ermöglichen sollen. „Pfandbäume" in der Fußgängerzone oder Pfandkästen beziehungsweise -ringe an öffentlichen Abfallbehältern könnten Flaschensammlern das Durchsuchen der Behälter ersparen und Verbrauchern das Weiterreichen nicht mehr benötigter Mehrwegflaschen erleichtern, so die Argumentation der Antragsteller. Dagegen fürchtete die Stadt Freiburg, dass die frei zugänglichen Flaschen nicht gezielt bei Bedürftigen, sondern in den Händen von angetrunkenen Nachtschwärmern landen könnten, was zu einem Verletzungsrisiko (Scherben) und zum Nachteil für die Stadtsauberkeit führen würde. Die Sorge um die öffentliche Sicherheit und die Kosten von 400 Euro für die Anschaffung eines Pfandringes beendeten wiederholt die Diskussion über die Einführung entsprechender Sammelvorrichtungen.

Im Spätjahr 2014 griff der Aufsichtsrat der städtischen Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH (ASF GmbH) das Thema auf und sprach sich für den Test mit Pfandflaschen-Sammelboxen in Freiburg aus. Der Testlauf sollte sozial und ökologisch motiviert sein, denn oftmals landen auch Mehrweg-Pfandflaschen in der Altglassammlung und gehen damit für das Mehrwegsystem verloren. Im April 2015 stellte die ASF GmbH zwei Sammelboxen für Pfandflaschen an gut frequentierten Standorten in unterschiedlichen Stadtteilen auf. Für den Versuch wurden Gitterboxen dunkelgrün lackiert, mit Informationstafeln versehen und neben zwei Altglassammelstellen platziert. Geplant war, dass die ASF GmbH über einen Zeitraum von fünf Monaten die Akzeptanz und den Nutzen der Pfandflaschenboxen prüft und anschließend entscheidet, ob eine Ausweitung des Sammelsystems im weiteren Stadtgebiet empfehlenswert ist. Dabei war den Verantwortlichen bewusst, dass die Pfandflaschen von beliebigen Personen aus der Box entnommen werden können und sie nicht gezielt in den Besitz von wirtschaftlich Schwächeren gelangen. Doch unter diesem strukturellen Nachteil leiden alle bekannten Pfandflaschensammelsysteme.

Zum Bedauern der ASF GmbH wurde das Angebot nur wenig genutzt. Pfandflaschen waren in den Sammelboxen kaum zu finden, dafür fanden sich häufig Farbeimer, Fensterglas oder Sperrmüllteile darin. Diese Abfälle mussten Mitarbeiter der ASF GmbH vor allem nach Wochenenden mit erheblichem Aufwand entsorgen, doch wenige Tage später fand sich eine neue Ladung Unrat in der Flaschenbox. Als Antwort auf die Zweckentfremdung der Boxen brach die ASF GmbH den Versuch zum 31. Juli 2015 ab und löste die Sammelstellen auf.



© Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH

› MICHAEL BROGLIN
Geschäftsführer Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH

„Es ist nicht einzusehen, dass wir einen kostenlosen Service vorhalten für Menschen, die sich den Weg zum Recyclinghof ersparen wollen."

› INGOLSTADT

Bereits seit Herbst 2012 testet Ingolstadt einen selbst konstruierten Pfandring. Ein tatsächlicher Nutzen konnte nicht festgestellt werden.

Die Stadtreinigung der Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR (INKB) testet seit Herbst 2012 einen selbst konstruierten Pfandring, der an einem Mülleimer auf einem Spielplatz montiert ist. Der Spielplatz ist als beliebter Treffpunkt häufig mit vielen herumliegenden Flaschen und Scherben übersät. Aus Sicht der INKB hat der aufgestellte Pfandring nach mehr als zweijähriger Testphase nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Es werden nur vereinzelt Pfandflaschen eingestellt und die Anzahl der herumliegenden Flaschen und Scherben ist nicht merklich zurückgegangen.

Der Pfandring wird vorerst im Einsatz bleiben und der Nutzen soll weiterhin beobachtet werden. Die Anbringung weiterer Pfandringe im Stadtgebiet von Ingolstadt wird jedoch als nicht zielführend betrachtet. Neben den auch aus anderen Kommunen bekannten Problemen mit Pfandringen spielen in Ingolstadt folgende Überlegungen eine wichtige Rolle:

- Es entsteht ein erhöhter Arbeitsaufwand bei der Entleerung der verschiedenen Abfallbehältertypen.
- Zusätzliche Müllablagerungen und Beistellungen jeglicher Art „vermüllen“ den öffentlichen Raum und müssten zudem kostenintensiv beseitigt werden.

Grundsätzlich werden die INKB andere Pfandring-Projekte und deren Ergebnisse im Bundesgebiet mit Interesse verfolgen und den Kontakt mit anderen Städten diesbezüglich pflegen.



© Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR



DR. THOMAS SCHWAIGER
Vorstand Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR

„Der Pfandring an öffentlichen Abfallbehältnissen ist das Ergebnis von umweltpolitischen und sozialen Überlegungen. Vor diesem Hintergrund haben auch wir in Ingolstadt, als eine der ersten Städte, ein Pilotprojekt dazu gestartet. Leider haben sich in der Praxis die Vorteile nicht wie gewünscht ergeben. Weder konnte man das Durchsuchen der Abfallbehältnisse ersparen, noch wurden vermehrt Pfandflaschen in den Kreislauf gebracht. Die Kommunalbetriebe werden jedoch weiterhin Erfahrungen mit dem aufgestellten Pfandring sammeln.“

› KARLSRUHE

Die beiden in Karlsruhe getesteten Pfandringe brachten nicht den gewünschten Erfolg. Nach Abschluss der Testphase dürfen sie bleiben. Eine Ausweitung ist erst einmal nicht vorgesehen.

Das Amt für Abfallwirtschaft hat im Juni 2014 an zwei Abfallbehältern am Friedrichsplatz zum Stückpreis von 350 Euro Pfandringe angebracht.

Die beiden Ringe wurden zunächst versuchsweise für ein Vierteljahr installiert. In dieser Zeit sollte sich zeigen, ob sie ihre erwünschte soziale Wirkung erzielen oder nicht.

Mittlerweile steht fest: Die beiden Pfandringe haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Insgesamt drei Monate – von Anfang Juli bis Ende September 2014 – wurden die Pfandringe von Mitarbeitern des Amtes für Abfallwirtschaft der Stadt Karlsruhe beobachtet. In dieser Zeit wurde festgestellt, dass die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger diese Pfandringe nicht umfassend angenommen haben. Insgesamt kann der Umgang mit den Pfandringen von der Mehrheit der Passanten als pfleglich bezeichnet werden, sodass kein Vandalismus oder Zerstörungen festgestellt wurden. Einige wenige Passanten haben allerdings unbepfandete Gebinde in die Pfandringe gestellt.

Eine Erschwerung der Entleerung der Papierkörbe konnte nicht festgestellt werden, da diese über den Boden oder von oben entleert werden. Die umlaufenden Flaschenringe stören dabei nicht. Bei Abfallbehältern, die zum Entleeren ausgeklinkt werden müssen oder bei denen die Leerung per Seitenklappe realisiert wird, würden die Pfandringe nicht verwendet werden.

Allerdings können Wespen oder sonstige stechende Insekten, die durch Flüssigkeitsreste in den eingestellten Flaschen angezogen werden, zu einer zusätzlichen Gefahr bei der Entleerung der Mülleimer führen.

Das Amt für Abfallwirtschaft der Stadt Karlsruhe plant keine weitere Ausdehnung der vorhandenen Pfandringe. Die beiden in Karlsruhe getesteten Pfandringe werden aber auch nicht abmontiert und können weiterhin von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden.



© Stadt Karlsruhe Amt für Abfallwirtschaft

MAGDEBURG

Der Städtische Abfallwirtschaftsbetrieb Magdeburg testet in einem Pilotprojekt die Nutzung von Pfandringen an drei öffentlichen Papierkörben.



© Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Magdeburg



DIPL.-ING. SUSANNE STERN
Sachgebietsleiterin SAB 14, Abfallberatung, Abfallrecht;
Landeshauptstadt Magdeburg, Eigenbetrieb Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb

„Wir begrüßen die gute Idee und auch das Anliegen, das dahintersteht. Wegen des nicht nachweisbaren Nutzens halten wir die Lösung unter Berücksichtigung der Kosten leider für nicht tragfähig."

Die Initiative geht zurück auf einen Antrag zweier Stadtratsfraktionen. Der Stadtrat hatte daraufhin die Verwaltung beauftragt, die Anbringung von Pfandringen zu testen. Aufgrund dieses Antrags wurden vom Städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb Magdeburg drei Paar Pfandringe für je zweimal drei Flaschen bestellt. Die Ringe wurden in Einzelfertigung speziell für die vorhandenen Papierkörbe hergestellt. Die Kosten belaufen sich mit 135 Euro je Paar zuzüglich Versandkosten auf 420 Euro.

Am 21. August 2014 wurden die Ringe an drei ausgewählten belebten Standorten an die vorhandenen Papierkörbe montiert. Das Geschehen rund um die Pfandringe wird seit der Anbringung von Mitarbeitern des Abfallwirtschaftsbetriebes intensiv (mehrmals wöchentlich) beobachtet und ausgewertet.

Folgende Erkenntnisse wurden dabei festgehalten und dem Stadtrat im Dezember 2014 mitgeteilt: Bis auf eine Beobachtung waren die Pfandringe leer. Trotz der Pfandringe befanden sich Pfandflaschen im Papierkorb. Scherben oder Müll konnten im Umfeld nur selten festgestellt werden, auch Zerstörungen oder Vandalismus wurden nicht wahrgenommen.

Aufgrund der Beobachtungen wurden folgende Schlussfolgerungen gezogen: Eine häufige Nutzung lässt sich nicht belegen. Dass die Ringe leer waren, kann bedeuten, dass sie gar nicht genutzt werden, aber auch, dass hineingestellte Flaschen zügig wieder herausgenommen wurden, was dem Zweck entsprechen würde. Es kann nicht belegt werden, dass der Ring, sofern er überhaupt genutzt wird, den Flaschensammlern zugute kommt. Die Mitnahme von eventuell abgestellten Flaschen ist vermutlich auch für andere Personen bequem. Die Flaschensammler suchen weiterhin mit Erfolg im Papierkorb.

In sozialen Netzwerken wurde das Thema diskutiert. Dabei konnte einige Zustimmung für die Idee ausgemacht werden, aber auch die Kosten wurden kritisch hinterfragt. Ebenso kritisch betrachtet wurde, dass die Pfandringe das soziale Problem, sich mit dem Flaschensammeln Geld dazu verdienen zu müssen, nicht lösen.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Magdeburg sieht demnach die in der Begründung des Antrages aufgeführten Vorteile als nicht nachgewiesen an. Über die Nutzungsfrequenz lässt sich keine Aussage treffen. Daher gibt es für die weitere Ausdehnung des Projektes keine Veranlassung. Die generelle Übernahme der Kosten kann im Haushalt des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes nicht vorgenommen werden.

Die bereits installierten Pfandringe werden an den vorhandenen Stellen belassen und weiter beobachtet; aktuell haben weitere Beobachtungen keine neuen Erkenntnisse gebracht. Eine Ausweitung des Pilotprojektes wird nicht durch die Stadt initiiert. Sofern Vereine oder Einzelpersonen Pfandringe spenden möchten, wird vom Abfallwirtschaftsbetrieb die Anbringung geprüft und nach Abstimmung durchgeführt. Zudem konnte in Magdeburg beobachtet werden, dass Privatinitiativen Pfandkisten an Laternenpfählen angebracht haben.

Die Entleerung der Papierkörbe wird aufgrund der Anbringung an der Halterung und nicht am Papierkorb selber nicht erschwert oder behindert.

› MOERS

In Moers startete kürzlich ein Pilotversuch mit drei Pfandringen. Demnächst soll der Test ausgewertet werden.



Aufgrund eines Antrags des Ausschusses für Bürgeranträge brachte die ENNI Stadt & Service Niederrhein AöR im Februar 2015 für einen Pilotversuch Pfandringe an drei Behältern in der Innenstadt mit viel Publikumsverkehr an. Jeder davon bietet Platz für fünf Flaschen. Im August 2015 soll Bilanz gezogen werden.

Bereits im Vorfeld gab die ENNI AöR zu bedenken, dass die Anbringung der Pfandringe von ihrer Seite als nicht sinnvoll erachtet wird. Und das aus folgenden Gründen:

- Bisher keine belastbaren Aussagen über positive Erfahrungen mit dem praktischen Einsatz in anderen Kommunen.
- Beispielsweise kann nicht ausgeschlossen werden, dass Flaschensammler trotz Pfandring weiterhin in den Behältern suchen.
- Aufgrund der unterschiedlichen Papierkorbtypen in Moers wären unterschiedliche Pfandringe notwendig, wobei Maßanfertigungen deutlich teurer sind.
- Zusätzliche Anschaffungskosten sind ohne Mehrwert, denn wer Pfandflaschen nicht IN den Papierkorb entsorgen will, hat diese bereits in der Vergangenheit NEBEN den Papierkorb gestellt. So konnten bedürftige Pfandsammler diese immer schon leicht einsammeln.
- Zudem wurde ein neues Papierkorbmodell in Moers angeschafft, das sich gut ins Stadtbild einfügt. Pfandringe und damit Abfälle, die sich außerhalb der Behälter befinden, würden aus rein optischen Gründen weniger hierzu passen.
- Darüber hinaus muss mit stärkeren Verunreinigungen der Umgebung unter anderem durch Glasbruch oder durch das Auskippen restlicher Flascheninhalte gerechnet werden.
- Auch Vandalismus ist nicht auszuschließen – die für alle frei zugänglichen Flaschen könnten leicht mutwillig herausgezogen und zerstört werden.
- Das Entleeren der Papierkörbe könnte durch einen installierten Pfandring schwieriger werden, vor allem wenn er befüllt ist. Steigt der personelle Aufwand für das Entleeren, hat dies höhere Kosten zur Folge.

Bisherige aktuelle Erfahrungen:

- Extrem selten konnten Pfandflaschen in den Pfandringen beobachtet werden.
- Regelmäßig werden Getränke-Pappbecher beziehungsweise Coffee-to-go-Becher darin abgestellt.
- Es ist beobachtet worden, wie Fahrräder daran angebunden wurden.
- Es liegt kein Glasbruch oder Ähnliches unter den Ringen.
- Die Ausführung des Pfandrings in Verbindung mit dem in Moers eingesetzten Behältermodell führte dazu, dass Passanten sich ihr Schienbein daran gestoßen haben.

› ULRICH KEMPKEN

Abteilungsleiter Entsorgung/Reinigung bei der ENNI AöR

„Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass neben der Erfassung von Handwurfmüll, der getrennten Erfassung von Zigarettenkippen und der flächendeckenden Ausgabe von Hundekotbeuteln (möglichst am Behälter voll integriert) nun auch noch eine zusätzliche Funktion in Form einer Tauschbörse für Pfandflaschen am Papierkorb Einzug halten kann beziehungsweise soll. Da muss sich nun jeder Entscheidungsträger selber die Frage stellen, ob die öffentlichen Papierkörbe künftig noch ihrer eigentlichen Grundfunktion nachkommen sollen oder diese Grundfunktion immer mehr in den Hintergrund gerät und der Papierkorb stattdessen immer mehr zum sprechenden und/oder pressenden Multi-Utility-Asset wird? Und das alles unter gestalterischer Berücksichtigung des restlichen Stadtmobiliars und Kostendruck auf Seiten der Abfallgebühr.
Mein Resümee zum Pfandring: Grundsätzlich eine gute Idee, die man anwenden kann, aber nicht muss. Bevor hier jedoch Geld investiert wird, sollten einfach mal die Menschen gefragt werden, die es betrifft – nämlich die Flaschensammler!“

© ENNI Stadt Service Niederrhein AöR
(Papierkorb inklusive Aschenbecher, Hundekotbeutelspender und Pfandring

› MÜNCHEN

In München wird der Antrag zur Einführung von Pfandringen abgelehnt. Die Argumente zur eingeschränkten Ästhetik und Funktionalität überzeugen den Stadtrat.

Begründet wurde der im Dezember 2014 gestellte Antrag zur Einführung von Pfandringen unter anderem damit, dass viele Nutzer von Pfandflaschen oder -dosen diese unterwegs wegwerfen, sobald sie leer sind. In den letzten Jahren sei die Zahl der Pfandsammler, die das Pfand zurückbringen und damit ihr Einkommen aufbessern, stark angestiegen. Da es keine Abstellmöglichkeiten gibt, würden die Pfandbehältnisse in normalen Abfallbehältern der Stadt entsorgt. Pfandringe würden helfen und Flaschensammler müssten nicht mehr unwürdig und gesundheitsgefährdend in Abfallbehältern wühlen. Zudem könnte die Zahl der in Gebüschen und Häuserecken landenden Pfandflaschen verringert und die Recyclingquote insgesamt erhöht werden.

Das Baureferat der Landeshauptstadt München geht in seinem Antwortschreiben auf die vorhandenen Abfallbehälter und deren gestalterische sowie funktionale Ansprüche an Ästhetik und Wirtschaftlichkeit ein. Neben diesen Aspekten können die Pfandringe aber auch aus organisatorischen Gründen nicht empfohlen werden. Es wären Haltevorrichtungen erforderlich, welche über Bohrlöcher und mittels Schrauben befestigt werden müssten. Da sich in den Standbehältern jedoch die Entleerungskübel befinden, dürfen keine Schrauben oder Ähnliches in das Innere der Behälter ragen. Darüber hinaus müssen die Abfallbehälter aufgrund verschiedener Veranstaltungen im öffentlichen Raum oft umpositioniert beziehungsweise abtransportiert werden. Anbauten würden die Handhabung der Behälter deutlich erschweren.

Zusätzlich weist das Baureferat auf mögliche Gefährdungen der Passanten durch scharfe Kanten hin, die aufgrund von Vandalismus entstehen könnten. Abschließend müsse der Umstand berücksichtigt werden, dass der soziale Aspekt in der Praxis durch professionelle beziehungsweise organisierte Müllsammler ausgehebelt werden könnte.

Im Juni 2015 wurde der Antrag im Stadtrat behandelt und aufgrund der geschilderten Erkenntnisse des Baureferats abgelehnt.



HELMUT SCHMIDT
Zweiter Werkleiter
Abfallwirtschaftsbetrieb
München

„Nicht alles, was prima vista gut klingt, hält einer näheren Betrachtung stand. Das Augenmerk sollte auf die ordnungsgemäße Rückgabe von Pfand- und Mehrwegflaschen gelegt werden.“

› MÜNSTER

In Münster werden drei Pfandrohre für zwei Jahre getestet. Die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster hatten sich gegen die Installation von Sammelbehältern für Pfandflaschen ausgesprochen.







© Abfallwirtschaftsbetriebe Münster (AWM)

2013 wird die Verwaltung durch einen Antrag der FDP beauftragt, nach der Intention der Initiative „Pfand gehört daneben“ geeignete Sammelbehälter für Pfandflaschen zu installieren. Installiert werden sollen sie an Orten mit einem entsprechend hohen Aufkommen an Pfandflaschen neben den öffentlichen Abfallbehältern. Anfallende Kosten für die Sammelbehälter würden aus Mitteln der Bezirksvertretung finanziert. Die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster nahmen zum Antrag wie folgt Stellung:

„Bezüglich des Antrags ist zu berichten, dass eine zusätzliche Installation von Sammelbehältern aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht nicht möglich ist.

Bereits heute finden sich in Münster sehr viele Scherben zerbrochener Flaschen, deren Beseitigungen einen immensen Aufwand erfordern. Da in Sammelbehältern nicht nur PET-Flaschen, sondern auch Glasflaschen deponiert werden, wird der Unsitte, Glasflaschen zu zerstören, aktiv Vorschub geleistet. Sowohl die personellen als auch die finanziellen Mittel lassen es nicht zu, in der Intensität zu reinigen, dass im Umfeld der Sammelbehälter eine dauerhafte Garantie der Verkehrssicherungspflicht sichergestellt ist.

Für den Bereich der Innenstadt sind zudem massive stadtgestalterische Bedenken zu erwarten. In Abstimmung mit vielen Beteiligten ist im Gestaltungskatalog der Stadt Münster das zugelassene Stadtmobiliar eindeutig definiert. Eine Installation von Sammelbehältern würde einem einheitlichen und abgestimmten Stadtbild zuwiderlaufen.“

Die Bezirksvertretung nahm die Stellungnahme zur Kenntnis. Die FDP-Fraktion weist angesichts der Anmerkungen darauf hin, dass die Sammelbehälter nicht flächendeckend angebracht werden sollen, sondern zunächst nur modellhaft an einzelnen geeigneten Standorten. Geeignete Standorte zeichnen sich zum einen dadurch aus, dass ein gewisses Aufkommen an Pfandflaschen zu erwarten ist. Zum anderen dadurch, dass von einer entsprechenden Frequenz von Sammlern ausgegangen werden kann. Dies sichert eine zeitnahe Entleerung und verhindert die Gefahr des Glasbruchs.

Die Bezirksvertretung beschloss daraufhin einstimmig, für die Dauer von zwei Jahren an drei Stellen Sammelbehälter für Pfandflaschen zu installieren. Die drei Sammelbehälter sind vorhanden und werden durch die FDP-Fraktion zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Anbringung werden aus Mitteln der Bezirksvertretung finanziert.

Bei den in Münster eingesetzten Sammelbehältern handelt es sich um verschiedene Pfandrohr-Varianten. Bisher lässt sich allerdings feststellen, dass die Pfandröhren nur sehr gering in Anspruch genommen werden.

› NÜRNBERG

In Abwägung zwischen dem angestrebten positiven Effekt und möglichen negativen Aspekten wird die Einführung von Pfandringen in Nürnberg zurzeit abgelehnt.

Die CSU-Stadtratsfraktion beantragte mit Schreiben vom 4. Juni 2014 die Prüfung einer Einführung von Pfandringen an Nürnbergs belebtesten Plätzen in der Innenstadt und während größerer Veranstaltungen.

Die Fachkoordination Straßenreinigung des Servicebetriebes Öffentlicher Raum listete daraufhin detailliert unterschiedliche Aspekte einer solchen Anschaffung und mögliche Folgen auf.

Das Thema „Sammeln von Pfandflaschen" war in Nürnberg wiederholt Gegenstand von Erörterungen, wenn aufmerksame Bürgerinnen und Bürger mit unterstützender wie auch ablehnender Tendenz mit den Fachdiensten des Sozialamtes sowie mit Streetworkern ins Gespräch kamen. Dort wird allgemein davon ausgegangen, dass es keine ideale Lösung gibt, die allen Beteiligten gerecht wird. Die Vorstellung, Flaschensammler seien durch ihre Tätigkeit stigmatisiert und ihrer Würde beraubt, können Fachdienste des Sozialdienstes und Streetworker nicht nachvollziehen. Dort liegt vielmehr die Erkenntnis vor, dass das jetzige System der individuellen Flaschensammlerinnen und -sammler in sich strukturiert ist. Es gibt aufgeteilte Bezirke, die abgesprochen sind. Es wird dabei versucht, nicht in Konkurrenz zu treten und sich zu tolerieren. Dies scheint derzeit gut zu funktionieren.

In Nürnberg besteht zudem ein öffentlich zugängliches Rücknahmesystem für Glasflaschen mit Altglascontainern. Dieses wird gut genutzt und auch Pfandflaschen werden dort erfasst. Flaschensammler bedienen sich auch aus dieser Quelle. Pfandkisten werden aufgrund von Eigeninitiativen derzeit an zumindest zwei bekannten Orten angeboten und geduldet; diese Form scheint ein möglicher und sinnvoller Weg zu sein.

Bei der Betrachtung der technischen Aspekte wurde festgestellt, dass viele der in Nürnberg eingesetzten Papierkörbe nicht für die Anbringung von Pfandringen geeignet sind. Nur an zwei Modellen wäre dies grundsätzlich möglich, aber mit Nachteilen verbunden. So würden teilweise Öffnungen verdeckt oder aber Behälter könnten nicht mehr durch Aushängen und anschließendes Ausleeren in das Pressfahrzeug entleert werden. Sie müssten stattdessen mit Mülltüten ausgestattet werden, was zusätzlichen Zeit- und Materialaufwand erzeugen würde.

Von der Arbeitssicherheit wurde die Anbringung der Pfandringe unter sicherheitstechnischen und ergonomischen Gesichtspunkten ebenfalls abgelehnt. Alle Veränderungen, welche das Gewicht der Papierkörbe erhöhen und die Handhabung erschweren oder das Aushängen unmöglich machen, wirken den Bemühungen entgegen, die Gefährdungen und Belastungen beim Leeren von Papierkörben möglichst gering zu halten.

Eine flexible Anbringung von Pfandringen, zum Beispiel bei Veranstaltungen, ist aufgrund der Ausführung in Stahl, die ein beträchtliches Eigengewicht besitzt, nicht möglich. Sie müssen fest mit dem Papierkorb verbunden sein. Überdies hat die Stadt Nürnberg bei Veranstaltungen nahezu keine Handhabe, externen Veranstaltern Abfallsammelbehälter oder Pfandablagemöglichkeiten vorzuschreiben. Bei städtischen Veranstaltungen werden oftmals Restmülltonnen als Abfallbehälter verwendet.

Auch aus finanziellen Aspekten wird die Anschaffung der Pfandringe abgelehnt. Die Stückkosten liegen nach Information des Servicebetriebs Öffentlicher Raum bei 500 Euro. Zwar sind bei steigender Nachfrage niedrigere Preise zu erwarten, dennoch darf aus rechtlichen Gründen eine Anschaffung aus den Straßenreinigungsgebühren wohl eher nicht finanziert werden. So hätte der städtische Haushalt die Kosten zu tragen, wobei keine Mittel dafür im Haushaltsplan eingestellt sind. Zusätzlich bedarf es nach der Anbringung weiterer Aufwendungen für Instandhaltung und Reinigung; diese Mehraufwendungen wären ebenfalls aus dem Budget der Stadt Nürnberg zu tragen.

Die Erprobung wird daher zurzeit nicht empfohlen. Am Ende einigten sich die Stadträte darauf, dass bei der Anschaffung neuer Papierkorbmodelle das Problem noch einmal berücksichtigt wird.

04 › STREITFALL FLASCHENHALTERUNGEN – STAND DER DEBATTE

Das Thema Pfandflaschenhalterungen ist derzeit emotional stark besetzt und wird aufgrund verschiedener Sichtweisen sehr kontrovers diskutiert. Dass die Grundidee der Schaffung von Ablagemöglichkeiten für Pfandflaschen sinnvoll ist, wird von den meisten Beteiligten bejaht, aber die sozialen und ökologischen Aspekte müssen in diesem Kontext ausführlich geprüft werden.

Der Erfolg der installierten Halterungen hängt zudem maßgeblich von der ordentlichen Nutzung ab. Bisher konnte diese in keiner Kommune nachgewiesen werden. Was in der Theorie gut klingt, scheint demnach in der Praxis meist Probleme aufzuwerfen. So wird die Idee der Pfandhalterungen von vielen Bürgern spontan befürwortet, aber die häufigen Vermüllungen verhindern eine sinnvolle Nutzung und vermindern die Akzeptanz.

Pfandflaschenhalterungen sollen zudem den Wunsch nach einem aufgeräumten Stadtbild unterstützen. Diese Forderung kann aber, wenn überhaupt, nur bei einer Vollausstattung aller Abfallbehälter im Stadtgebiet erfüllt werden. Denn wer sich unterwegs einer Pfandflasche entledigen will, der wirft sie oftmals dort weg, wo er sie geleert hat. Nach bisherigen Erkenntnissen führen zudem die Fehlbenutzung und vorsätzliche Verschmutzung der Pfandhalterungen geradewegs zum Gegenteil eines sauberen Stadtbilds.

Ein weiteres Argument der Befürworter von Pfandhalterungen ist es, pfandsuchenden Menschen ein Stück weit ihre Würde zurückzugeben, indem ihnen das Durchwühlen des Abfalls erspart wird. Wer aber kann wirklich einschätzen, wie die Flaschensammler das sehen? Der Presse sind einige wenige persönliche Gespräche mit Flaschensammlern zu entnehmen. Diese zeigen ein differenziertes Bild und unterschiedliche Meinungen zu den Pfandhalterungen auf. Die verschiedenen Initiatoren der Projekte in den einzelnen Kommunen haben dagegen keine eigenen Befragungen dieses Personenkreises vorgelegt.

Dazu kommt: Die Pfandhalterungen lösen die sozialen Probleme der Flaschensammler nicht. Sollen sie auch gar nicht, meinen die Befürworter. Aber helfen sie überhaupt? Pfandflaschen werden nach bisherigen Erfahrungen selten in den Halterungen vorgefunden. Das könnte eine unzureichende Akzeptanz und Nutzung der Ringe durch die Bevölkerung widerspiegeln oder aber, dass abgestellte Pfandflaschen kurzfristig wieder entnommen werden. Das lässt sich bisher nur bedingt beurteilen. Eindeutig festgestellt wurde dagegen, dass Abfallbehälter trotz Halterungen weiterhin von den Flaschensammlern durchsucht werden.

Abschließend muss auch bedacht werden, welche Botschaft mit den installierten Pfandhalterungen verbunden werden könnte. So könnten diese Anreize schaffen, Pfandflaschen nicht selbst zurückzubringen, und den Menschen zu verstehen geben, dass es richtig ist, ihre Pfandflaschen nicht selbst einzulösen. Wird damit möglicherweise das Abstellen von Flaschen am Straßenrand beziehungsweise auf oder unter die Abfallbehälter ohne Halterungen, wie es die Initiative „Pfand gehört daneben" fordert, unterstützt, wo es doch verhindert werden soll?

Auf der anderen Seite steht das Argument, dass möglicherweise mehr Personen zu „Flaschensammlern" werden, wenn es plötzlich leichter ist, an die Pfandflaschen zu gelangen. Im Sinne des Ressourcenschutzes und Zwecks des Flaschenpfandes, Rohstoffe vor dem Verlust für den Wirtschaftskreislauf zu bewahren, wäre das sogar sinnvoll. Allerdings gibt es weitaus wichtigere Betätigungsfelder für den Ressourcenschutz. Schon heute bestätigen Unternehmen, keine oder wenige Pfandflaschen in den öffentlichen Abfallbehältern vorzufinden. Von der Menge her seien weggeworfene Pfandflaschen daher nicht relevant, wenn

das Gesamtaufkommen an Müll betrachtet wird. Das mag zum einen an den tätigen Flaschensammlern liegen, entkräftet aber das Argument, durch Pfandflaschenhalterungen den Beitrag zum Ressourcenschutz zu erhöhen.

So muss schlussendlich jede Kommune eigene Lösungen finden, wo es sinnvoll ist. Dabei spielen auch die Kosten eine wichtige Rolle. Wenn kein Nutzen nachgewiesen werden kann, Flaschensammler weiter im Müll wühlen und das Stadtbild nicht aufgeräumter wirkt, lassen sich zusätzliche Ausgaben nur schwer begründen.

Ergänzend zum Sammelsystem in kommunaler Verantwortung erscheinen daher ehrenamtliche Initiativen sowie verschiedene Formen der Eigeninitiative der Bevölkerung als der bessere Weg, um die gewünschten Ziele umzusetzen, sofern sie mit den Erfordernissen der kommunalen Straßenreinigung vereinbar sind. Dies bietet gleichzeitig eine gute Möglichkeit der Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für Themen wie Abfallvermeidung und Ressourcenschutz. So sollte vor allem die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen. Viele kommunale Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsunternehmen sind hier bereits aktiv. So können spezielle Aktionen zum Thema Pfandflaschen angeboten werden. Pfandkisten stellen gegebenenfalls eine Lösung dar und könnten geduldet werden, wenn sichergestellt ist, dass sich die Aufsteller der Kisten selbstständig und regelmäßig darum kümmern und sie keine Gefährdung für Passanten darstellen. Auch während Großereignissen und Stadtfesten können kurzzeitig aufgestellte Pfandboxen durchaus Abhilfe schaffen.

Am Ende müssen auch die Möglichkeiten der Information und Aufklärung noch besser genutzt werden. Gerade Touristen wissen oftmals nicht, dass sie Pfandflaschen zurückgeben können. Das kann und sollte dann aber nicht allein die Aufgabe kommunaler Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsunternehmen sein.

www.vku.de

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 20/666/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	30.08.2024
Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Verfasser:	Amt 20 Gorgina Mertins

Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 in zwei separate Satzungen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
18.09.2024	Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Seit dem 19.03.2004 wird die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen, sowie die daraus resultierenden Gebühren und Kostenersätze in einer Satzung, der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz, geregelt.

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) hat, vor dem Hintergrund des zum 18.05.2021 in Kraft getretenen neuem Landeswassergesetz NRW, neue Mustersatzungen erlassen. Der StGB NRW empfiehlt, die Entwässerung von Grundstücken u. ä. sowie die daraus resultierenden Gebühren und Kostenersätze in zwei separaten Satzungen zu regeln. Dieser Forderung wird mit der vorliegenden Beschlussvorlage nachgekommen.

Die beiden neuen Satzungen sind, auf Basis der Mustersatzungsempfehlungen des StGB NRW, der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt. Ebenfalls ist der Sitzungsvorlage jeweils eine Synopse der beiden neuen Satzungen im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung beigefügt. Die Synopsen sind so aufgebaut, dass den Regelungen in den neuen Satzungen die entsprechenden Passagen aus der bisherigen Entwässerungssatzung gegenübergestellt werden. Während dies für die neue Entwässerungssatzung noch relativ übersichtlich in der Synopse dargestellt werden kann, ist dies in der neuen Abwassergebührensatzung nur bedingt möglich.

Inhaltlich entsprechen die beiden neuen Satzungen, bis auf die Anpassung einiger Rechtsvorschriften nach dem Landeswassergesetz NRW sowie Anpassungen redaktioneller Art, weitestgehend den bisherigen Regelungen. In der Bemerkungsspalte wird vor diesen Hintergründen daher auch nur auf solche Sachverhalte hingewiesen, bei denen nunmehr ein völlig neuer Sachverhalt geregelt worden ist, grundlegend geändert worden ist oder bei denen ein bisheriger Sachverhalt entfallen ist.

Es wird um Zustimmung zum beigefügten Beschlussentwurf gebeten.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat):

„1. Die dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügte Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 wird beschlossen.

2. Die dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse – Abwassergebührensatzung- der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 wird beschlossen."

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf dem Klimaschutz oder der Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Anlagen:

- Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung- der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024

- Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung- der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

- Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse – Abwassergebührensatzung- der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024

- Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse – Abwassergebührensatzung- der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Satzung

über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen
- Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024

Aufgrund

- der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 05.07.2024 (GV. NRW. 20S. 444) in der jeweils geltenden Fassung,

- der §§ 60, 61 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBI. I 2009, S. 2585 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. 12. 2023 (BGBI. I 2023, S. 133 ff.), in der jeweils geltenden Fassung,

- des § 46 Abs. 2 LWG NRW des Landeswassergesetzes vom 25.06.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV. NRW. 2021, S. 560 ff., ber. GV. NRW. 2021, S. 718), in der jeweils geltenden Fassung,

- der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw – GV. NRW. S. 602 ff. – im Satzungstext bezeichnet als SüwVO Abw NRW), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV. NRW. 2021, S. 560 ff.), in der jeweils geltenden Fassung sowie

- des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1987 (BGBI. I 1998, S. 602), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 12.07.2024 (BGBI. I 2024, S. 234) in der jeweils geltenden Fassung,

hat der Rat der Stadt Erkelenz am 25.09.2024 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Teil I

Rechte und Pflichten

§ 1 Allgemeines

§ 2 Begriffsbestimmungen

§ 3 Anschlussrecht

§ 4 Begrenzung des Anschlussrechts

§ 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser

§ 6 Brauchwassernutzung

§ 7 Benutzungsrecht

§ 8 Begrenzung des Benutzungsrechtes

§ 9 Abscheide- und sonstige Vorbehandlungsanlagen

§ 10 Anschluss- und Benutzungszwang

§ 11 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang

§ 12 Ausführung von Anschlussleitungen

§ 13 Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Kleinkläranlagen

§ 14 Ausführung, Betrieb und Unterhaltung von abflusslosen Gruben

§ 15 Entsorgung der Inhalte aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben

§ 16 Genehmigung

§ 17 Betriebsstörungen

§ 18 Private Abwasseranlagen

§ 29 Indirekteinleiterkataster

§ 20 Abwasseruntersuchungen

§ 21 Haftung

§ 22 Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen

Teil II

Schlussvorschriften

§ 23 Berechtigte und Verpflichtete

§ 24 Ordnungswidrigkeiten

§ 25 In-Kraft-Treten

§ 1

Allgemeines

(1) Die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 46 LWG NRW der Stadt umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Stadtgebiet anfallenden Abwassers (Schmutz- und Niederschlagswasser), sowie die Entwässerung und Entsorgung des Klärschlamms.

(2) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die unschädliche Beseitigung des Abwassers sowie die schadlose Beseitigung des Abwassers bzw. der Schlämme aus den Grundstücksentwässerungsanlagen als kommunale Pflichtaufgabe. Sie bedient sich dabei des Städtischen Abwasserbetriebes Erkelenz und weiterer Dritter.

(3) Zur Erfüllung dieses Zweckes wurden und werden dezentrale und zentrale Abwasseranlagen hergestellt, die ein einheitliches Netz bilden und vom Städtischen Abwasserbetrieb als öffentliche Einrichtung im Mischverfahren, im Trennverfahren oder in Sonderverfahren betrieben und unterhalten werden.

(4) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Änderung, Sanierung, Erneuerung und Beseitigung bestimmt der Städtische Abwasserbetrieb Erkelenz.

(5) Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die vom Städtischen Abwasserbetrieb unterhaltenen Entwässerungsmulden, Rigolen sowie entsprechende Anlagen und Einrichtungen, die nicht vom Städtischen Abwasserbetrieb selbst, sondern von Dritten (z. B. Wasserverbänden) hergestellt und unterhalten werden, wenn der Städtische Abwasserbetrieb zur Durchführung der Grundstücksentwässerung sich ihrer bedient und zu den Kosten ihrer Unterhaltung beiträgt.

§ 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Satzung bedeuten:

1) Abwasser:
Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Abs. 1 WHG

2) Schmutzwasser:
Schmutzwasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG das durch häuslichen, gewerblichen landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten nach § 54 Abs. 1 Satz 2 WHG auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

3) Niederschlagswasser:
Niederschlagswasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelte abfließende Wasser.

4) Mischsystem:
Im Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam gesammelt und fortgeleitet.

5) Trennsystem:
Im Trennsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.

6) Sonderverfahren:
Sonderverfahren sind an örtliche Gegebenheiten angepasste Varianten von Misch- und Trennsystemen.

7) Öffentliche Abwasseranlage:

a. Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle vom Städtischen Abwasserbetrieb selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung von bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückständen dienen.

b. Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung zählen die Grundstücksentwässerungsanlagen (z. B. Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Anschlussleitungen und Vorbehandlungsanlagen).

8) Anschlussleitungen:

a. Grundstücksanschlussleitungen sind die privaten Leitungen von der öffentlichen Abwasseranlage bis zur jeweiligen Grenze des anzuschließenden Grundstücks.

b. Hausanschlussleitungen sind die privaten Leitungen, von der Grundstücksgrenze bis zu dem Gebäude oder dem Ort auf dem Grundstück, wo das Abwasser anfällt.

9) Grundstücksentwässerungsanlagen:
Grundstücksentwässerungsanlagen sind die Einrichtungen, die der Sammlung, Prüfung, Rückhaltung und Ableitung des Abwassers auf dem Grundstück dienen. Hierzu gehören auch die Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben. Sie gehören - mit Ausnahme der Hausanschlussleitungen in Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt - nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.

10) Vorbehandlungsanlagen:
Vorbehandlungsanlagen sind Fettabscheider, Leicht- und Schwerflüssigkeitsabscheider, Stärkeabscheider und ähnliche Vorrichtungen, die das Eindringen schädlicher Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage durch Abscheiden aus dem Abwasser verhindern. Sie sind nicht Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage.

11) Anschlussnehmer oder Anschlussnehmerin:
Anschlussnehmer oder Anschlussnehmerin ist der Eigentümer oder die Eigentümerin, Erbbauberechtigte oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte eines Grundstücks, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. § 23 Abs. 1 gilt entsprechend.

12) Indirekteinleiter oder Indirekteinleiterin:
Indirekteinleiter oder Indirekteinleiterin ist diejenige Anschlussnehmerin oder derjenige Anschlussnehmer, die oder der Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder sonst hineingelangen lässt (vgl. § 58 WHG).

13) Grundstück:
Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, so kann der Städtische Abwasserbetrieb für jede dieser Anlagen die Anwendung der für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung verlangen.

§ 3

Anschlussrecht

Jede Eigentümerin oder jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Erkelenz liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, vom Städtischen Abwasserbetrieb den Anschluss ihres oder seines Grundstücks an die bestehende öffentliche Abwasseranlage oder die Übernahme und Entsorgung der Inhalte der Grundstücksentwässerungsanlage zu verlangen (Anschlussrecht).

§ 4

Begrenzung des Anschlussrechts

(1) Das in § 3 der Entwässerungssatzung geregelte Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die unmittelbar an eine Straße angrenzen, in der bereits eine betriebsfertige und aufnahmefähige öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist. Bei anderen Grundstücken kann der Städtische Abwasserbetrieb auf Antrag den Anschluss zulassen, wenn das öffentliche Wohl hierdurch nicht beeinträchtigt ist. Die Herstellung neuer oder die Erweiterung oder Änderung bestehender Leitungen kann nicht verlangt werden.

(2) Wenn der Anschluss eines an eine Straße mit einer betriebsfertigen und aufnahmefähigen Abwasserleitung unmittelbar angrenzenden Grundstücks wegen der besonderen Lage oder aus technischen, betrieblichen, topografischen oder sonstigen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen oder besondere Aufwendungen oder Kosten erfordert, kann der Städtische Abwasserbetrieb den Anschluss unter den Voraussetzungen des § 49 Abs. 5 Satz 1 LWG NRW versagen. Dies gilt jedoch nicht, wenn die antragstellende Person sich bereit erklärt, die entstehenden Mehraufwendungen und -kosten für den Bau und Betrieb zu tragen und wenn er auf Verlangen hierfür Sicherheit leistet.

(3) Das Anschlussrecht ist ausgeschlossen, soweit der Städtische Abwasserbetrieb von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist und die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 49 Abs. 6 LWG NRW auf einen Dritten übertragen worden ist.

(4) Von der städtischen Entsorgung im Sinne dieser Satzung sind Grundstücksentwässerungsanlagen auf Grundstücken ausgeschlossen, soweit der Städtische Abwasserbetrieb für diese Grundstücke gemäß § 53 Absatz 4 LWG NRW von der Abwasserbeseitigungspflicht freigestellt ist.

§ 5

Anschlussrecht für Niederschlagswasser

(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich auch auf das Niederschlagswasser.

(2) Dies gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 49 Abs. 4 LWG NRW der Eigentümerin oder dem Eigentümer des Grundstücks obliegt oder anderweitig einem Dritten zugewiesen ist (z.B. § 49 Abs. 3 LWG NRW).

§ 6

Brauchwassernutzung

(1) Die oder der Anschlussberechtigte hat dem Städtischen Abwasserbetrieb anzuzeigen, wenn sie oder er das als Folge von Niederschlägen anfallende Wasser ganz oder teilweise zunächst zur sogenannten Brauchwassernutzung speichern und dann anschließend sukzessiv im Haushalt verwenden will. Soweit im Ergebnis Schmutzwasser entsteht und der oder die Abwasserbeseitigungspflichtigen anzudienen ist, muss die oder der Anschlussberechtigte geeignete Einrichtungen zur Erfassung der eingeleiteten Mengen vorhalten (Wassermengenzähler). Einbau und Ablesung hat in Abstimmung mit dem Städtischen Abwasserbetrieb zu erfolgen. Die ordnungsgemäße Verwendung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück muss sichergestellt und ein Überlauf an den öffentlichen Kanal vorhanden sein, so dass eine Überschwemmung von Nachbargrundstücken durch Niederschlagswasser ausgeschlossen werden kann.

(2) Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Errichtung und den ordnungsgemäßen Betrieb der Brauchwasseranlage trägt die oder der Anschlussberechtigte.

(3) Der Benutzungszwang für das Ableiten von Abwasser im Sinne dieser Satzung bleibt in vollem Umfang bestehen.

§ 7

Benutzungsrecht

Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung und unter Beachtung der technischen Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der haustechnischen Abwasseranlagen das Recht, das auf ihrem oder seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).

§ 8

Begrenzung des Benutzungsrechts

(1) In die öffentlichen Abwasseranlagen und die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen darf solches Abwasser (§ 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis Nr. 2 WHG) nicht eingeleitet werden, das aufgrund seiner Inhaltsstoffe oder Beschaffenheit

1. die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet,

2. das mit der öffentlichen Abwasserbeseitigung beschäftigte Personal gefährdet oder gesundheitlich beeinträchtigt,

3. die öffentliche Abwasseranlage in ihrem Bestand angreift oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährdet oder behindert,

4. den Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschwert oder behindert,

5. die Klärschlammbehandlung, -beseitigung oder -verwertung beeinträchtigt oder verteuert oder

6. die Funktion der öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen so erheblich stört, dass dadurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.

(2) Niederschlags- und Drainagewasser dürfen nicht in Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben eingeleitet werden.

(3) In die öffentlichen Abwasseranlagen und die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:

1. feste Stoffe, auch in zerkleinertem Zustand, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in der Kanalisation führen können, z.B. Schutt, Asche, Dung, Müll, Kehricht, Sand, Glas, Kunststoffe, Schlacht- und Küchenabfälle sowie Abfälle aus obst- und gemüseverarbeitenden Betrieben, auch wenn diese Stoffe zerkleinert worden sind, Treber, Hefe und Schlämme aus Vorbehandlungsanlagen.

2. Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen privaten Behandlungsanlagen,

3. Abwässer und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern, soweit sie nicht in eine für diesen Zweck vorgesehene gemeindliche Einleitungsstelle eingeleitet werden,

4. flüssige Stoffe, die im Kanalnetz erhärten können, sowie Stoffe, die nach Übersättigung im Abwasser in der Kanalisation ausgeschieden werden und zu Abflussbehinderungen führen können,

5. nicht neutralisierte Kondensate aus erd- und flüssiggasbetriebenen Brennwertanlagen mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 5 KW sowie nicht neutralisierte Kondensate aus sonstigen Brennwertanlagen,

6. radioaktives Abwasser,

7. Inhalte von Chemietoiletten, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch den Abwasserbetrieb schriftlich zugelassen worden ist,

8. nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten,

9. flüssige Stoffe aus landwirtschaftlicher Tierhaltung wie Gülle und Jauche,

10. Silagewasser,

11. Grund-, Drainage- und sonstiges Wasser, wie z. B. wild abfließendes Wasser (§ 37 WHG),

12. Kühlwasser, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch den Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich zugelassen worden ist,

13. Blut aus Schlachtungen,

14. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann,

15. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können,

16. Emulsionen von Mineralölprodukten,

17. Medikamente und pharmazeutische Produkte,

18. Abwasser aus Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch den Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich zugelassen worden ist,

19. flüssige Stoffe, die kein Abwasser sind (§ 55 Abs. 3 WHG), soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch den Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich zugelassen worden ist,

20. Einweg-Waschlappen, Einwegwischtücher und sonstige Feuchttücher, die sich nicht zersetzen und deshalb in der öffentlichen Abwasseranlage zu Betriebsstörungen, z.B. an Pumpwerken, führen können.

(4) Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn die Grenzwerte des Merkblattes M 115 Teil 1-3 des ATV - DVWK - Regelwerkes – September 2019 - sowie der Abwasserverordnung eingehalten werden. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen.

(5) Wenn gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage gelangen (z.B. Auslaufen von Behältern, Betriebsstörungen), ist der Städtische Abwasserbetrieb unverzüglich zu benachrichtigen.

(6) Betriebe, bei denen die Ableitung schädlicher Abwässer zu vermuten ist, haben regelmäßig nach näherer Aufforderung durch den Städtischen Abwasserbetrieb über die Art und die Beschaffenheit ihrer Abwässer sowie über deren Menge Auskunft zu geben, z.B. mit einem Betriebstagebuch, sowie die dazu erforderlichen technischen Einrichtungen, insbesondere Messeinrichtungen, vorzuhalten. Im Einzelfall können auf Kosten des Einleiters oder der Einleiterin Abwasseranalysen eines anerkannten Prüfinstitutes, das im Benehmen mit dem Städtischen Abwasserbetrieb festzulegen ist, verlangt werden. Der Städtische Abwasserbetrieb ist berechtigt, derartige Abwasseranalysen auf Kosten des Einleiters oder der Einleiterin auch selbst vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen. Für die Einleitung gewerblicher Abwässer ist vor der Zusammenführung mit anderen Abwässern ein Übergabeschacht anzuordnen, der eine Probeentnahme der gewerblichen Abwässer ermöglicht.

(7) Der Städtische Abwasserbetrieb kann im Einzelfall Schadstofffrachten (Volumenstrom und/oder Konzentration) festlegen. Sie kann das Benutzungsrecht davon abhängig machen, dass auf dem Grundstück eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung und gedrosselte Einleitung des Abwassers erfolgt.

(8) Wenn die Art des Abwassers sich ändert oder seine Menge sich wesentlich erhöht, hat jede Anschlussnehmerin oder jeder Anschlussnehmer dies unaufgefordert und unverzüglich dem Städtischen Abwasserbetrieb mitzuteilen und die erforderlichen Angaben zu machen. Auf Verlangen hat sie oder er die Unschädlichkeit des Abwassers nachzuweisen.

(9) Reichen die vorhandenen Abwasseranlagen für die Aufnahme oder Reinigung des veränderten Abwassers oder der erhöhten Abwassermenge (Absatz 8) nicht aus, so behält sich der Städtische Abwasserbetrieb vor, die Aufnahme dieser Abwässer zu versagen; dies gilt jedoch nicht, wenn der Anschlussnehmer sich bereit erklärt hat, zusätzlich den Aufwand für die Erweiterung der Abwasseranlagen und die erhöhten Betriebs- und Unterhaltungskosten zu tragen. § 53 LWG (Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt) bleibt unberührt.

(10) Die Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstücks darf nur mit Einwilligung des Städtischen Abwasserbetriebs erfolgen.

(11) Der Städtische Abwasserbetrieb kann auf Antrag befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 9 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für die verpflichtete Person ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen. Im Einzelfall kann der Städtische Abwasserbetrieb zur Gefahrenabwehr auf Antrag zeitlich befristet und jederzeit wiederrufbar zulassen, dass Grund-, Drainage-, Kühlwasser und sonstige Wasser, wie. z.B. wild abfließende Wasser (§ 37 WHG) der Abwasseranlage zugeführt wird. Die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter hat ihrem oder seinem Antrag die vom Städtischen Abwasserbetrieb verlangten Nachweise beizufügen.

(12) Ein Anspruch auf Einleitung von Stoffen in die öffentliche Abwasseranlage, die kein Abwasser sind, besteht nicht. Dies gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW genehmigt oder nach einer erfolgten Anzeige gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW kein Genehmigungsverfahren einleitet.

(13) Wer unter Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Vorschrift den Verlust der Halbierung der Abwasserabgabe (§ 9 Absatz 5 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer - Abwasserabgabengesetz - AbwAG in der Fassung der Bekanntmachung

vom 03.11.1994 BGBl. I S.3370, zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 22.08.2018 (BGBl. I S. 1327) oder eine Erhöhung der Abwasserabgabe (§ 4 Absatz 1 AbwAG) verursacht hat, hat dem Städtischen Abwasserbetrieb den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten. Haben mehrere den Wegfall der Abgabenhalbierung oder die Abgabenerhöhung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.

(14) Der Städtische Abwasserbetrieb kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um

1. das Einleiten oder Einbringen von Abwasser oder Stoffen zu verhindern, das unter Verletzung der Absätze 1 und 2 dieser Satzung erfolgt,

2. das Einleiten von Abwasser zu verhindern, das die Grenzwerte nach Absatz 4 nicht einhält.

(15) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit der Städtische Abwasserbetrieb von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.

§ 9

Abscheide- und sonstige Vorbehandlungsanlagen

(1) Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser ist vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln. Für fetthaltiges häusliches Abwasser gilt dies jedoch nur, wenn der Städtische Abwasserbetrieb im Einzelfall verlangt, dass auch dieses Abwasser in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln ist.

(2) Die Abscheider und sonstige Vorbehandlungsanlagen und deren Betrieb müssen den einschlägigen technischen und rechtlichen Anforderungen entsprechen. Der Städtische Abwasserbetrieb kann darüberhinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abscheider stellen, sofern dies im Einzelfall zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.

(3) Das Abscheidegut oder die Stoffe, die bei der Vorbehandlung anfallen, sind in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und darf der öffentlichen Abwasseranlage nicht zugeführt werden.

(4) Stoffe aus Verarbeitungsbetrieben tierischer Nebenprodukte und von Schlachtabwässern aus Schlachthöfen nach dem Artikel 8, 9 und 10 der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 müssen durch die Anschlussnehmerin oder den Anschlussnehmer durch ein Feststoffrückhaltesystem mit einer max. Maschenweite von 6 mm geführt werden.

(5) Die oder der Anschlussberechtigte ist für jeden Schaden haftbar, der durch den Betrieb (z. B. bei Funktionsstörungen, durch versäumte Entleerung usw.) des Abscheiders entsteht.

(6) Für die Einleitung von Niederschlagswasser kann vom Städtischen Abwasserbetrieb eine Behandlung (Reinigung) auf dem Grundstück der Anschlussnehmerin oder des Anschlussnehmers in einer von deren zu errichtenden und zu betreibenden Abscheide- oder sonstigen Behandlungsanlage angeordnet werden, wenn der Verschmutzungsgrad des

Niederschlagswassers für den Städtischen Abwasserbetrieb eine Pflicht zur Behandlung nach dem sog. Trenn-Erlass vom 26.04.2004 (MinBl. NRW 2004, S. 583 ff.) auslöst. Die vorstehende Behandlungspflicht gilt auch für Straßenbaulastträger, die das Straßenoberflächenwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleiten.

§ 10

Anschluss- und Benutzungszwang

(1) Jede oder jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück an die bestehende öffentliche Abwasseranlage anschließen zu lassen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt und wenn dieses Grundstück an eine Straße, einen Weg oder einen Platz grenzt oder durch einen öffentlichen oder privaten Weg Zugang zu einer Straße hat, in der die öffentliche Abwasserleitung betriebsfertig hergestellt ist (Anschlusszwang). Der Anschlusszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Soweit es noch nicht geschehen ist, zeigt der Städtische Abwasserbetrieb durch öffentliche Bekanntmachung an, welche Straßen oder Ortsteile mit einer betriebsfertigen Abwasserleitung versehen sind und für die der Anschlusszwang wirksam geworden ist. Alle für den Anschlusszwang in Frage kommenden Anschlussberechtigten haben ihre Grundstücke mit den zur ordnungsgemäßen Entwässerung erforderlichen Einrichtungen zu versehen.

(2) Jede oder jeder Anschlussberechtigte ist verpflichtet, die Entsorgung der Inhalte der Grundstücksentwässerungsanlage ausschließlich durch den Städtischen Abwasserbetrieb durchführen zu lassen und den zu entsorgenden Inhalt dem Städtischen Abwasserbetrieb zu überlassen.

(3) Der Städtische Abwasserbetrieb kann auch den Anschluss von unbebauten Grundstücken verlangen, wenn besondere Gründe (z.B. das Auftreten von Missständen, Straßenausbau usw.) dies erfordern.

(4) Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss mit Beginn des Abwasseranfalls hergestellt sein.

(5) Werden an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, die noch nicht mit Abwasserleitungen ausgestattet sind, aber später damit versehen werden sollen, Neubauten errichtet, so sind, wenn der Städtische Abwasserbetrieb es verlangt, alle Einrichtungen für den späteren Anschluss vorzubereiten; das gleiche gilt, wenn in bereits bestehenden Bauten vorhandene Abwassereinrichtungen wesentlich geändert oder neu angelegt werden sollen.

(6) Wird die Abwasserleitung erst nach der Errichtung eines Bauwerkes hergestellt, so ist das Grundstück binnen drei Monaten anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung angezeigt ist, dass die Straße oder der Ortsteil mit einer betriebsfertigen Abwasserleitung ausgestattet ist. Das gilt auch jeweils für den Fall, dass die Abwasserleitungen beim Trennsystem zu unterschiedlichen Zeiten verlegt werden sollen.

(7) Bei Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer dieses Vorhaben dem Städtischen Abwasserbetrieb rechtzeitig vorher mitzuteilen. Sie oder er hat die Anschlussleitung an der Grundstücksgrenze dauerhaft dicht zu verschließen und den neuen Endpunkt des Anschlusses einzumessen. Das Einmaß ist dem

Städtischen Abwasserbetrieb zu übergeben. Werden die Pflichten nach Satz 1 und 2 dieser Satzung schuldhaft verletzt, so hat die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer für die dadurch entstehenden Schäden aufzukommen.

(8) In den im Trennsystem entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und das Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuzuführen.

(9) Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen dieser Satzung verpflichtet, sämtliche auf dem Grundstück anfallenden Abwässer - mit Ausnahme der in § 8 genannten - in die öffentliche Abwasseranlage nach den Bestimmungen dieser Satzung einzuleiten (Benutzungszwang); dies gilt auch für Niederschlagswasser.

(10) Auf Grundstücken, die dem Anschlusszwang unterliegen, dürfen behelfsmäßige Abwasseranlagen, Abortgruben usw. nicht mehr betrieben und neu angelegt werden, es sei denn, dass eine Befreiung nach § 12 dieser Satzung erteilt wurde

(11) Die sich aus dem Benutzungszwang ergebenden Verpflichtungen sind von allen Benutzern der Grundstücke zu beachten. Auf Verlangen des Städtischen Abwasserbetriebs haben die Grundstückseigentümer, die Haushaltungsvorstände und die Leiter von Betrieben die zur Einhaltung der Benutzungsverpflichtung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 11

Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang

(1) Auf Antrag der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers befreit der Städtische Abwasserbetrieb vom Anschluss- und Benutzungszwang für das Schmutzwasser, wenn die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 49 Abs. 5 LWG NRW durch die zuständige Behörde auf die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer ganz oder teilweise übertragen worden ist. Die Übertragung ist dem Städtischen Abwasserbetrieb durch die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer nachzuweisen. Die Befreiung kann erfolgen, wenn der Anschluss des Grundstücks aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann oder wenn ein begründetes Interesse an einer privaten Beseitigung oder Verwertung der Schmutzwässer besteht (z. B. für Industrieunternehmen, die über eine eigene, dem Zwecke der öffentlichen Entwässerung genügende Anlage verfügen, sowie bei Rückgewinn und Wiederverwertung von Abfallstoffen) und den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege anderweitig genügt wird.

(2) Die anderweitige Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers, um Schmutzwassergebühren zu sparen, begründet keinen Anspruch auf Befreiung.

(3) Eine Befreiung vom Anschlusszwang kann der Anschlussverpflichtete binnen zwei Wochen nach Aufforderung des Städtische Abwasserbetriebs zur Herstellung des Anschlusses schriftlich beim Städtischen Abwasserbetrieb beantragen. Dem Antrag sind Pläne beizufügen, aus denen ersichtlich ist, wie die Abwässer beseitigt oder verwertet werden sollen. Eine Befreiung vom Benutzungszwang kann unter Angabe der Gründe spätestens vier Wochen vor Beginn eines Vierteljahres beim Städtischen Abwasserbetrieb beantragt werden.

(4) Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang entbindet den Städtischen Abwasserbetrieb nicht von der Verpflichtung, für die Beseitigung gesundheitsgefährlicher Missstände zu sorgen.

(5) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Dies gilt jedoch nicht in den Fällen des § 5 Absatz 2 dieser Satzung. Darüber hinaus kann der Städtische Abwasserbetrieb eine auf der Grundlage des § 51 Absatz 2 des bis zum 30. Juni 1995 geltenden Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 09. Juni 1989 (GV. NRW. S. 384), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Januar 1992 (GV. NRW. S. 39) unter Beibehaltung des Anschluss- und Benutzungsrechts bestehende Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang aufrechterhalten, wenn das Niederschlagswasser ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit vor Ort für den häuslichen Gebrauch verwendet, versickert, verrieselt oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet wird (siehe auch § 6 der Satzung).

§ 12

Ausführung von Anschlussleitungen

(1) Jedes anzuschließende Grundstück ist unterirdisch mit einer eigenen Anschlussleitung und ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen. In Gebieten mit Mischsystem ist für jedes Grundstück eine Anschlussleitung, in Gebieten mit Trennsystem je eine Anschlussleitung für Schmutz- und für Niederschlagswasser herzustellen. Auf Antrag können mehrere Anschlussleitungen verlegt werden.

(2) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gilt Absatz 1 für jedes der neu entstehenden Grundstücke.

(3) Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer hat geeignete Inspektionsöffnungen einzubauen, die jederzeit zugänglich sein müssen. Beim Anschluss ist für jede Anschlussleitung grundsätzlich ein Revisionsschacht, der jederzeit zugänglich sein muss, zu errichten.

(4) Beim Anschluss gewerblich genutzter Grundstücke hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer für jede Anschlussleitung einen Revisionsschacht mit Probenahmemöglichkeit zu errichten.

(5) Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer hat sich gegen einen jeder Zeit möglichen Rückstau aus dem öffentlichen Kanalnetz zu schützen. Hierzu hat sie oder er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstauebene (Straßenoberkante zzgl. 20 cm) funktionstüchtige sowie geeignete Rückstausicherungen gemäß der allgemeinen anerkannten Regel der Technik einzubauen. Diese Pflicht zum Einbau einer Rückstausicherung gilt für alle Grundstücke, d.h. auch für solche Grundstücke, bei denen in der Vergangenheit noch keine Rückstausicherung eingebaut worden ist oder satzungsrechtlich hätte bereits eingebaut werden müssen.

(6) Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.

(7) Die Lage, Führung und lichte Weite der Anschlussleitung bestimmt der Städtische Abwasserbetrieb. Soweit durch die Anschlussnehmerin oder den Anschlussnehmer eine, über den üblichen Bemessungsstandard hinausgehende Dimensionierung der Anschlussleitung beantragt wird, behält sich der Städtische Abwasserbetrieb eine dementsprechende Umsetzung zu Lasten der Grundstücksbesitzerin oder des Grundstücksbesitzers vor.

(8) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufenden Unterhaltungen (Reinigung, Ausbesserung) der Abwasseranlagen in den Gebäuden sowie auf dem anzuschließenden Grundstück obliegen der Anschlussnehmerin oder dem Anschlussnehmer. Die Arbeiten müssen fachgerecht und nach etwaigen besonderen Vorschriften vom Städtischen Abwasserbetrieb durchgeführt werden.

(9) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung, die bauliche Unterhaltung sowie die Beseitigung von Grundstücksanschlussleitungen von der öffentlichen Abwasserleitung bis zur Grundstücksgrenze führt der Städtische Abwasserbetrieb selbst oder durch einen von ihm beauftragten Unternehmer auf Kosten der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers aus.

(10) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein ausreichendes natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann der Städtische Abwasserbetrieb von der Grundstückseigentümerin oder dem Grundstückseigentümer zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks, den Einbau und den Betrieb eines Pumpwerkes verlangen.

(11) Auf Antrag können in technisch begründeten Fällen zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Eine Kostenersparnis ist kein ausreichender Grund. Die Benutzungsrechte und die Unterhaltungspflichten sind im Grundbuch oder durch Baulast abzusichern.

(12) Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer hat für den ordnungsgemäßen Zustand und eine vorschriftsmäßige Benutzung der Entwässerungsanlagen ihres oder seines Grundstückes entsprechend den Bestimmungen dieser Satzung zu sorgen. Sie oder er haftet für alle Schäden und Nachteile, die infolge mangelhaften Zustandes oder satzungswidriger Benutzung der Entwässerungsanlagen entstehen. Sie oder er hat den Städtischen Abwasserbetrieb von Ersatzansprüchen freizustellen, die Dritte bei dem Städtischen Abwasserbetrieb aufgrund von Mängeln geltend machen.

(13) Der Städtische Abwasserbetrieb kann jederzeit fordern, dass auf den Grundstücken befindliche Entwässerungsanlagen in den Zustand gebracht werden, der den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entspricht.

(14) Werden bei öffentlichen Baumaßnahmen Schäden an den Grundstücksanschlussleitungen festgestellt, so ist der Städtische Abwasserbetrieb berechtigt, diese Schäden im Zuge ihrer Maßnahme auf Kosten der Anschlussnehmerin oder des Anschlussnehmers zu beseitigen.

§ 13

Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Kleinkläranlagen

(1) Die Grundstücksentwässerungsanlage und die Zuwegung sind so zu bauen, dass die Anlage durch die eingesetzten Entsorgungsfahrzeuge mit vertretbarem Aufwand entsorgt werden können. Die Anlage muss frei zugänglich sein, der Deckel muss durch eine Person zu öffnen sein.

(2) Die regelmäßige Kontrolle und Wartung der Kleinkläranlage hat nach DIN 4261, Teil 4 zu erfolgen. Zur Durchführung der Wartungsarbeiten hat die Betreiberin oder der Betreiber der Kleinkläranlage den Abschluss eines Wartungsvertrages mit einer vom Städtischen Abwasserbetrieb anerkannten Fachfirma nachzuweisen. Bei Anlagen, die vor In-Kraft-Treten der Satzung in Betrieb genommen wurden, ist der Wartungsvertrag spätestens 6 Monate nach In-Kraft-Treten dieser Satzung vorzulegen.

§ 14

Ausführung, Betrieb und Unterhaltung von abflusslosen Gruben

(1) Die Errichtung und Inbetriebnahme von abflusslosen Gruben auf Grundstücken, die mit Gebäuden zum dauernden Aufenthalt von Menschen bebaut werden dürfen, ist unzulässig.

(2) Die Zustimmung zum befristeten Betrieb, der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Satzung bestehenden abflusslosen Gruben bis zur Anschlussmöglichkeit, gilt als erteilt.

(3) Abflusslose Gruben müssen wasserdicht und korrosionsbeständig sein. §13 Absatz 2 dieser Satzung gilt entsprechend.

(4) Be- und Entlüftung sind getrennt durchzuführen. Die Entlüftung ist so zu führen, dass sie über dem Dach des Wohnhauses ausmündet. In den Fällen, in denen eine natürliche Be- und Entlüftung nicht ausreicht, ist eine Zwangsbelüftung einzubauen.

(5) Die abflusslose Grube muss über einen automatischen Füllstandsanzeiger verfügen, der bei einer individuell festzulegenden Füllhöhe eine Warnung auslöst.

(6) Das Zulaufrohr muss mindestens 50 mm über die Innenwand hinausragen, kopfseitig mit einem T-Stück versehen und so angeordnet sein, dass die Wirbelbildung in der Grube so gering wie möglich gehalten wird.

(7) Die Grubensohle muss ein Mindestgefälle von 3 % aufweisen und am Tiefpunkt mit einem Pumpensumpf ausgebildet sein, um eine vollständige Entleerung der abgesetzten Stoffe zu gewährleisten.

(8) Die Abdeckung der abflusslosen Grube muss so beschaffen und gesichert sein, dass Gefahren nicht bestehen. Die lichte Weite der Einstiegsöffnung muss mindestens 600 mm betragen. Die Abdeckung muss von Hand geöffnet werden können.

§ 15

Entsorgung der Inhalte aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben

(1) Die Entsorgung umfasst die Entleerung der Anlage sowie die Abfuhr und Entsorgung des Anlageninhalts. Die Entsorgung erfolgt bei abflusslosen Gruben nach Bedarf, bei Kleinkläranlagen in der Regel einmal pro Jahr.

(2) Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer hat die Entleerung einer Kleinkläranlage unter Berücksichtigung der Herstellerhinweise und der DIN 4261 rechtzeitig bei dem Städtischen Abwasserbetrieb zu beantragen, für eine abflusslose Grube spätestens dann, wenn diese bis auf 50 cm unter Zulauf aufgefüllt ist. Der Antrag kann mündlich oder schriftlich gestellt werden.

(3) Auch ohne vorherigen Antrag und außerhalb des Entsorgungsplanes kann der Städtische Abwasserbetrieb die Inhalte der Grundstücksentwässerungsanlagen entsorgen, wenn besondere Umstände eine Entsorgung erfordern oder die Voraussetzung für eine Entsorgung vorliegen und der Antrag auf Entsorgung unterbleibt.

(4) Der Städtische Abwasserbetrieb bestimmt den genauen Zeitpunkt, die Art und Weise und den Umfang der Entsorgung.

(5) Zum Entsorgungstermin hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer die Grundstücksentwässerungsanlage freizulegen und die Zufahrt zu gewährleisten (§ 13 Absatz 1 dieser Satzung).

(6) Der Anlageninhalt geht mit der Übernahme in das Eigentum des Städtischen Abwasserbetriebs über. Der Städtische Abwasserbetrieb ist nicht verpflichtet darin nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.

(7) Die Menge des abgefahrenen Grubeninhaltes wird durch die abfahrende Fachfirma im Auftrag des Städtischen Abwasserbetriebs ermittelt. Der Grundstückseigentümerin oder dem Grundstückseigentümer wird Gelegenheit gegeben, dem Vorgang beizuwohnen und die Erfassung der abgefahrenen Menge zu bestätigen.

(8) Wird eine Kleinkläranlage bzw. abflusslose Grube stillgelegt, so ist sie unverzüglich letztmalig zu entleeren und fachgerecht zu reinigen.

§ 16

Genehmigung

(1) Die Verantwortung für die Herstellung und Änderung von Anlagen und Einrichtungen auf Grundstücken zur Ableitung aller auf einem Grundstück anfallenden häuslichen Abwässer und des Niederschlagswassers obliegt hinsichtlich der Einhaltung einschlägiger bau- und umweltrechtlicher Regelungen der Grundstückseigentümerin oder dem Grundstückseigentümer.

(2) Herstellung und wesentliche Änderungen von Anlagen und Einrichtungen zur Ableitung der auf einem Grundstück anfallenden gewerblichen Abwässer sind dem Städtischen Abwasserbetrieb anzuzeigen.

(3) Alle Abwasseranlagen im Sinne des Absatz 2 dieser Satzung bedürfen einer Abnahme durch den Städtischen Abwasserbetrieb. Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer oder die ausführende Firma hat Baubeginn und Fertigstellung bei dem Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich anzuzeigen. Bei Abnahme müssen alle abzunehmenden Anlagen sichtbar und gut zugänglich sein. Die Prüfung und Abnahme der Anlagen durch den Städtischen Abwasserbetrieb befreit den ausführenden Unternehmer nicht von seiner zivilrechtlichen Haftung für fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten. Nicht abgenommene Anlagen dürfen nicht an das Abwassernetz angeschlossen werden.

§ 17

Betriebsstörungen

(1) Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlage sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen wie Hochwasser, Wolkenbrüche oder Schneeschmelze oder durch Hindernisse im Wasserlauf hervorgerufen werden, hat die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Minderung der Gebühren. Der Städtische Abwasserbetrieb ist im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten verpflichtet, die Störungen unverzüglich zu beseitigen.

(2) Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer und die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter haben dem Städtischen Abwasserbetrieb unverzüglich zu benachrichtigen, wenn

1. der Betrieb ihrer haustechnischen Abwasseranlagen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückzuführen sein können (z.B. Verstopfungen von Abwasserleitungen),

2. einer der in § 8 genannten Stoffe bzw. Stoffe mit den in § 8 dieser Satzung genannten Eigenschaften in die öffentliche Abwasseranlage geraten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 8 nicht entsprechen,

3. sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert,

4. sich die der Genehmigung nach § 17 Absatz 2 dieser Satzung zugrundeliegenden Daten erheblich ändern,

5. für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungsrechtes entfallen.

§ 18

Private Abwasseranlagen

Abwasseranlagen sind gemäß § 60 und § 61 Wasserhaushaltsgesetz und § 56 LWG NRW so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Im Übrigen dürfen Abwasseranlagen nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden.

§ 19

Indirekteinleiterkataster

(1) Der Städtische Abwasserbetrieb führt ein Kataster über Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.

(2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Absatzes 1 sind dem Städtischen Abwasserbetrieb mit dem Antrag nach § 16 Absatz 2 dieser Satzung die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies vor Einleitung der geänderten Abwässer zu geschehen.

(3) Die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter hat dem Städtischen Abwasserbetrieb die erforderlichen Auskünfte, insbesondere über die betrieblichen Einsatzstoffe, die Abwasserentstehung, die Beschaffenheit und die Menge des Abwassers sowie Lage und Zustand der Grundstücksentwässerungsanlagen, zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Auf Nachfrage des Städtischen Abwasserbetriebs hat die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter dem Städtischen Abwasserbetrieb mit einem Betriebstagebuch Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers zu erteilen. Sie hat eine verantwortliche Person für die Indirekteinleitung zu benennen.

(4) Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen mit gefährlichen Stoffen im Sinne des § 59 LWG NRW handelt, genügt in der Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde.

§ 20

Abwasseruntersuchungen

(1) Der Städtische Abwasserbetrieb ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Er bestimmt die Entnahmestellen sowie Art, Umfang und Turnus der Probenahmen.

(2) Die Kosten für die Untersuchung trägt die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer.

§ 21

Haftung

(1) Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer und die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der haustechnischen Abwasseranlagen bzw. der Grundstücksentwässerungsanlagen einschließlich der Zuwegungen nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die dem Städtischen Abwasserbetrieb infolge eines mangelhaften Zustandes oder einer satzungswidrigen Benutzung dieser Anlagen oder infolge einer satzungswidrigen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage entstehen.

(2) Im gleichem Umfang hat die oder der Ersatzpflichtige den Städtische Abwasserbetrieb von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.

(3) Der Städtische Abwasserbetrieb haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die gemäß § 13 Absatz 4 dieser Satzung vorgeschriebenen Rückstausicherungen nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß funktionieren.

(4) Kann die in der Satzung vorgesehene Entsorgung der Inhalte aus Grundstücksentwässerungsanlagen wegen höherer Gewalt nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung der Benutzungsgebühr. Im Übrigen haftet der Städtische Abwasserbetrieb im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

§ 22

Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen

(1) Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer ist verpflichtet, alle für die Prüfung der Anlagen und für die Berechnung der städtischen Gebühren- und Ersatzansprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(2) Der beauftragten Person des Städtischen Abwasserbetriebs ist zur Nachschau der Entwässerungsanlagen und zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Insbesondere müssen die Öffnungen, Prüfschächte und Rückstauverschlüsse den Beauftragten jederzeit zugänglich sein und die zugehörigen Genehmigungen und Erlaubnisse bereitgehalten werden.

(3) Die Anordnungen der prüfungsbeauftragten Person des Städtischen Abwasserbetriebs sind zu befolgen. Wird einer Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist der Städtische Abwasserbetrieb berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten der anschlussnehmenden Person durchzuführen. Der Städtische Abwasserbetrieb kann die Zahlung der Kosten im Voraus verlangen.

(4) Die beauftragten Personen des Städtischen Abwasserbetriebs haben sich auf Verlangen durch einen vom Städtischen Abwasserbetrieb ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.

(5) Die bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, dem Städtischen Abwasserbetrieb auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Flächen auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Der Städtische Abwasserbetrieb erstellt durch eine Überfliegung des Stadtgebietes Luftbilder von den Grundstücken. Mit Hilfe der Luftbilder wird ein zeichnerischer Lageplan zur Befragung der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers entwickelt, aus welchem sich die bebauten und/oder befestigten abflusswirksamen Flächen ergeben, von denen das Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, zu dem zeichnerischen Lageplan Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob die abflusswirksamen Flächen durch den Städtischen Abwasserbetrieb zutreffend ermittelt worden sind. Soweit erforderlich, kann der Städtische Abwasserbetrieb die Vorlage weiterer Unterlagen einfordern. Kommt die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ihrer oder seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen durch die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer vor, wird die bebaute bzw. überbaute und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche vom Städtischen Abwasserbetrieb geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht des Städtischen Abwasserbetriebs (z.B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldnerin oder Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.

Teil II

Schlussvorschriften

§ 23

Berechtigte und Verpflichtete

(1) Die sich aus dieser Satzung oder aus einer aufgrund dieser Satzung ergangenen vollziehbaren Anordnung für die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend auch für die Inhaberin oder den Inhaber von auf einem Grundstück befindlichen Betrieb, Wohnungseigentümerin oder Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte, sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte und für jeden schuldrechtlich zur Nutzung Berechtigten sowie jeden tatsächlichen Benutzer und jede tatsächliche Benutzerin.

(2) Mehrere Verpflichtete sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.

§ 24

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 7 Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen

1. § 6 Absatz 1 auf seinem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser als Brauchwasser nutzt, ohne dies dem Städtischen Abwasserbetrieb angezeigt zu haben,

2. § 8 Absatz 1, 2 und 3 Abwasser oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder einbringt, deren Einleitung oder Einbringung ausgeschlossen ist,

3. § 8 Absatz 4 Abwasser einleitet, das die Grenzwerte nicht einhält oder das Abwasser zur Einhaltung der Grenzwerte verdünnt oder vermischt,

4. § 8 Absatz 5 die unverzügliche Benachrichtigung dem Städtischen Abwasserbetrieb unterlässt,
5. § 8 Absatz 8 seiner Mitteilungspflicht nicht nachkommt,

6. § 8 Absatz 9 Abwasser ohne Einwilligung des Städtischen Abwasserbetriebs auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes in die öffentliche Abwasseranlage einleitet,

7. § 9 Abwasser mit den dort genannten Leichtflüssigkeiten sowie fetthaltiges Abwasser vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage nicht in entsprechende Abscheider einleitet oder Abscheider nicht oder nicht ordnungsgemäß einbaut oder betreibt oder Abscheidegut nicht in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften entsorgt oder Abscheidegut der öffentlichen Abwasseranlage zuführt,

8. § 10 Absatz 9 das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet,

9. § 12 Absatz 6 in den im Trennsystem entwässerten Bereichen das Schmutz- und das Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuführt,

10. §§ 13 und 14 die Anforderungen an Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen nicht erfüllt,

11. § 15 die Entleerung nicht oder nicht rechtzeitig beantragt,

12. § 16 Absatz 2 den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung herstellt oder ändert,

13. § 17 Absatz 2 die unverzügliche Benachrichtigung des Städtischen Abwasserbetriebs unterlässt,

14. § 19 Absatz 2 dem Städtischen Abwasserbetrieb die abwasserzeugenden Betriebsvorgänge nicht oder nicht rechtzeitig benennt oder auf ein entsprechendes Verlangen des Städtischen Abwasserbetriebs hin keine oder eine nur unzureichende Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers erteilt,

15. § 22 Absatz 1 seiner Auskunfts- und Meldepflicht nicht nachkommt oder

16. § 22 Absatz 2 die Bediensteten oder die mit Berechtigungsausweis versehenen Beauftragten des Städtischen Abwasserbetriebs daran hindert, zum Zweck der Erfüllung der städtischen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, oder diesem Personenkreis nicht ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken gewährt.

17. § 13 Absatz 1 und 2 für sein Grundstück keine eigene Anschlussleitung ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken herstellt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer unbefugt Arbeiten an den öffentlichen Abwasseranlagen vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage, etwa einen Abwasserkanal, betritt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Die Geldbuße kann bis zu 50.000,00 € betragen und soll den wirtschaftlichen Vorteil, der dem Täter aus der Ordnungswidrigkeit entstanden ist, deutlich übersteigen. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19.02.1987 (BGBI. I 1987 S. 602) in der jeweils gültigen Fassung.

(4) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne von § 36 Absatz 1 Nr. 1 OWiG ist der Bürgermeister.

§ 25
In-Kraft-Treten / Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Satzung tritt am 01.10.2024 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 - in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023 außer Kraft.

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen - Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024		Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 - in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023		
Aufgrund - der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 05.07.2024 (GV. NRW. 20S. 444) in der jeweils geltenden Fassung, - der §§ 60, 61 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBI. I 2009, S. 2585 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. 12. 2023 (BGBI. I 2023, S. 133 ff.), in der jeweils geltenden Fassung, - des § 46 Abs. 2 LWG NRW des Landeswassergesetzes vom 25.06.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV. NRW. 2021, S. 560 ff., ber. GV. NRW. 2021, S. 718), in der jeweils geltenden Fassung, - der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw – GV. NRW., S. 602 ff. – im Satzungstext		Aufgrund der §§ 7,8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b), der §§ 4, 6, 7, 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 1029) und der §§ 51 ff des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995, (GV NRW 926) zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 29. Mai 2020 (GV. NRW. S. 376) hat der Rat der Stadt Erkelenz am 18.02.2004 folgende Satzung beschlossen:		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
bezeichnet als SüwVO Abw NRW), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV. NRW. 2021, S. 560 ff.), in der jeweils geltenden Fassung sowie - des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1997 (BGBl. I 1997, S. 602), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 12.07.2024 (BGBl. I 2024, S. 234) in der jeweils gültigen Fassung; hat der Rat der Stadt Erkelenz am 25.09.2024 folgende Satzung beschlossen:				
Inhaltsverzeichnis **Teil I** **Rechte und Pflichten**		**Inhaltsverzeichnis** **Teil I** **Rechte und Pflichten**		
§ 1 Allgemeines § 2 Begriffsbestimmungen § 3 Anschlussrecht § 4 Begrenzung des Anschlussrechts § 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser § 6 Brauchwassernutzung § 7 Benutzungsrecht		§ 1 Allgemeines § 2 Begriffsbestimmungen § 3 Anschlussrecht § 4 Begrenzung des Anschlussrechtes § 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser § 6 Brauchwassernutzung § 7 Benutzungsrecht		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 8 Begrenzung des Benutzungsrechtes		§ 8 Begrenzung des Benutzungsrechtes		
§ 9 Abscheide- und sonstige Vorbehandlungsanlagen		§ 9 Abscheideanlagen		
§ 10 Anschluss- und Benutzungszwang		§ 10 Anschlusszwang		
		§ 11 Benutzungszwang		
§ 11 Befreiung vom Anschluss- und		§ 12 Befreiung vom Anschluss- und		
Benutzungszwang		Benutzungszwang		
§ 12 Ausführung von Anschlussleitungen		§ 13 Ausführung von Anschlussleitungen		
§ 13 Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Kleinkläranlagen		§ 14 Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Kleinkläranlagen		
§ 14 Ausführung, Betrieb und Unterhaltung von abflusslosen Gruben		§ 15 Ausführung, Betrieb und Unterhaltung von abflusslosen Gruben		
§ 15 Entsorgung der Inhalte aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben		§ 16 Entsorgung der Inhalte aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben		
§ 16 Genehmigung		§ 17 Genehmigung		
§ 17 Betriebsstörungen		§ 18 Betriebsstörungen		
§ 18 Private Abwasseranlagen		§ 19 Private Abwasserleitungen		
§ 29 Indirekteinleiterkataster		§ 20 Indirekteinleiterkataster		
§ 20 Abwasseruntersuchungen		§ 21 Abwasseruntersuchungen		
§ 21 Haftung		§ 22 Haftung		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 22 Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen		§ 23 Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen		
		Teil II **Kostenersatz und Gebühren**		Die Regelung befindet sich in der neuen Abwassergebührensatzung zur Entwässerungssatzung und entfällt hier vollständig.
Teil II **Schlussvorschriften**		**Teil III** **Schlussvorschriften**		
§ 23 Berechtigte und Verpflichtete § 24 Ordnungswidrigkeiten § 25 In-Kraft-Treten / Außer-Kraft-Treten		§ 32 Berechtigte und Verpflichtete § 33 Ordnungswidrigkeiten § 34 In-Kraft-Treten		
Teil I **Rechte und Pflichten**		**Teil I** **Rechte und Pflichten**		
§ 1 **Allgemeines**		**§ 1** **Allgemeines**		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(1) Die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 46 LWG NRW der Stadt umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Stadtgebiet anfallenden Abwassers (Schmutz- und Niederschlagswasser), sowie die Entwässerung und Entsorgung des Klärschlamms.		(1) Die Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Stadtgebiet anfallenden Abwassers (Schmutz- und Niederschlagswasser).		
(2) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die unschädliche Beseitigung des Abwassers sowie die schadlose Beseitigung des Abwassers bzw. der Schlämme aus den Grundstücksentwässerungsanlagen als kommunale Pflichtaufgabe. Sie bedient sich dabei des Städtischen Abwasserbetriebs Erkelenz und weiterer Dritter.		(2) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die unschädliche Beseitigung des Abwassers sowie die schadlose Beseitigung des Abwassers bzw. der Schlämme aus den Grundstücksentwässerungsanlagen als kommunale Pflichtaufgabe. Sie bedient sich dabei des Abwasserbetriebes Erkelenz und weiterer Dritter.		
(3) Zur Erfüllung dieses Zweckes wurden und werden dezentrale und zentrale Abwasseranlagen hergestellt, die ein einheitliches Netz bilden und vom Städtischen Abwasserbetrieb als öffentliche Einrichtung im Mischverfahren, im Trennverfahren oder in Sonderverfahren betrieben und unterhalten werden.		(3) Zur Erfüllung dieses Zweckes wurden und werden Abwasseranlagen hergestellt, die ein einheitliches Netz bilden und von der Stadt als öffentliche Einrichtung im Mischverfahren, im Trennverfahren oder in Sonderverfahren betrieben und unterhalten werden.		
(4) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Änderung, Sanierung, Erneuerung und Beseitigung bestimmt der Städtische Abwasserbetrieb.		(4) Art und Umfang der Abwasseranlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Änderung, Sanierung, Erneuerung und Beseitigung bestimmt die Stadt Erkelenz.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(5) Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die vom Städtischen Abwasserbetrieb unterhaltenen Entwässerungsmulden, Rigolen sowie entsprechende Anlagen und Einrichtungen, die nicht vom Städtischen Abwasserbetrieb selbst, sondern von Dritten (z. B. Wasserverbänden) hergestellt und unterhalten werden, wenn der Städtische Abwasserbetrieb zur Durchführung der Grundstücksentwässerung sich ihrer bedient und zu den Kosten ihrer Unterhaltung beiträgt.		(5) Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die von der Stadt unterhaltenen Entwässerungsmulden, Rigolen sowie entsprechende Anlagen und Einrichtungen, die nicht von der Stadt selbst, sondern von Dritten (z. B. Wasserverbänden) hergestellt und unterhalten werden, wenn die Stadt zur Durchführung der Grundstücksentwässerung sich ihrer bedient und zu den Kosten ihrer Unterhaltung beiträgt.		
§ 2 **Begriffsbestimmungen**		**§ 2** **Begriffsbestimmungen**		
Im Sinne dieser Satzung bedeuten: 1. Abwasser: Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Abs. 1 WHG		Im Sinne dieser Satzung bedeuten: 1. Abwasser: Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser		
2. Schmutzwasser: Schmutzwasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG das durch häuslichen, gewerblichen landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten nach § 54 Abs. 1 Satz 2 WHG auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Abla-		2. Schmutzwasser: Schmutzwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
gern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.				
3. Niederschlagswasser: Niederschlagswasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelte abfließende Wasser.		3. Niederschlagswasser: Niederschlagswasser ist das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelte abfließende Wasser.		
4. Mischsystem: Im Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam gesammelt und fortgeleitet.		4. Mischsystem: Im Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam gesammelt und fortgeleitet.		
5. Trennsystem: Im Trennsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.		5. Trennsystem: Im Trennsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.		
6. Sonderverfahren: Sonderverfahren sind an örtliche Gegebenheiten angepasste Varianten von Misch- und Trennsystemen.		6. Sonderverfahren: Sonderverfahren sind an örtliche Gegebenheiten angepasste Varianten von Misch- und Trennsystemen.		
7. Öffentliche Abwasseranlage: a) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle vom Städtischen Abwasserbetrieb selbst oder in seinem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung von bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückständen dienen.		7. Öffentliche Abwasseranlage: a) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle von der Stadt selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung von bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückständen dienen.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
b) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung zählen die Grundstücksentwässerungsanlagen (z. B. Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Anschlussleitungen und Vorbehandlungsanlagen).		b) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung zählen die Grundstücksentwässerungsanlagen (z. B. Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Anschlussleitungen und Vorbehandlungsanlagen).		
8. Anschlussleitungen: a) Grundstücksanschlussleitungen sind die privaten Leitungen von der öffentlichen Abwasseranlage bis zur jeweiligen Grenze des anzuschließenden Grundstücks. b) Hausanschlussleitungen sind die privaten Leitungen, von der Grundstücksgrenze bis zu dem Gebäude oder dem Ort auf dem Grundstück, wo das Abwasser anfällt. 9. Grundstücksentwässerungsanlagen: Grundstücksentwässerungsanlagen sind die Einrichtungen, die der Sammlung, Prüfung, Rückhaltung und Ableitung des Abwassers auf dem Grundstück dienen. Hierzu gehören auch die Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben. Sie gehören - mit Ausnahme der Hausanschlussleitungen in Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt - nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.		8. Anschlussleitungen: a) Grundstücksanschlussleitungen sind die privaten Leitungen von der öffentlichen Abwasseranlage bis zur jeweiligen Grenze des anzuschließenden Grundstücks. b) Hausanschlussleitungen sind die privaten Leitungen von der Grundstücksanschlussleitung zum jeweiligen Gebäude. 9. Grundstücksentwässerungsanlagen: Grundstücksentwässerungsanlagen sind die Einrichtungen, die der Sammlung, Prüfung, Rückhaltung und Ableitung des Abwassers auf dem Grundstück dienen. Hierzu gehören auch die Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben. Sie gehören - mit Ausnahme der Hausanschlussleitungen in Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt - nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.		
10. Vorbehandlungsanlagen: Vorbehandlungsanlagen sind Fettabscheider, Leicht- und Schwerflüssigkeitsab-		10. Vorbehandlungsanlagen: Vorbehandlungsanlagen sind Fettabscheider, Leicht- und Schwerflüssigkeitsab-		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
scheider, Stärkeabscheider und ähnliche Vorrichtungen, die das Eindringen schädlicher Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage durch Abscheiden aus dem Abwasser verhindern. Sie sind nicht Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage.		scheider, Stärkeabscheider und ähnliche Vorrichtungen, die das Eindringen schädlicher Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage durch Abscheiden aus dem Abwasser verhindern. Sie sind nicht Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage.		
11. Anschlussnehmer oder Anschlussnehmerin: Anschlussnehmer oder Anschlussnehmerin ist der Eigentümer oder die Eigentümerin, Erbbauberechtigte oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte eines Grundstücks, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. § 23 Abs. 1 gilt entsprechend.		11. Anschlussnehmer: Anschlussnehmer ist der Eigentümer, Erbbauberechtigte oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte eines Grundstücks, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist.		
12. Indirekteinleiter oder Indirekteinleiterin: Indirekteinleiter oder Indirekteinleiterin ist diejenige Anschlussnehmerin oder derjenige Anschlussnehmer, die oder der Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder sonst hineingelangen lässt (vgl. § 58 WHG).		12. Indirekteinleiter: Indirekteinleiter ist derjenige, der Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder sonst hineingelangen lässt.		
13. Grundstück: Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, so kann der Städtische Abwasserbetrieb für jede dieser Anlagen die Anwendung der		13. Grundstück: Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, so kann die Stadt für jede dieser		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung verlangen.		Anlagen die Anwendung der für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung verlangen.		
§ 3 **Anschlussrecht**		**§ 3** **Anschlussrecht**		
Jede Eigentümerin oder jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, vom Städtischen Abwasserbetrieb den Anschluss ihres oder seines Grundstücks an die bestehende öffentliche Abwasseranlage oder die Übernahme und Entsorgung der Inhalte der Grundstücksentwässerungsanlage zu verlangen (Anschlussrecht).		Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der Stadt den Anschluss seines Grundstücks an die bestehende öffentliche Abwasseranlage oder die Übernahme und Entsorgung der Inhalte seiner Grundstücksentwässerungsanlage zu verlangen (Anschlussrecht).		
§ 4 **Begrenzung des Anschlussrechts**		**§ 4** **Begrenzung des Anschlussrechts**		
(1) Das in § 3 geregelte Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die unmittelbar an eine Straße angrenzen, in der bereits eine betriebsfertige und aufnahmefähige öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist. Bei anderen Grundstücken kann der Städtische Abwasserbetrieb auf Antrag den Anschluss zulassen, wenn das öffentliche Wohl hierdurch nicht beeinträchtigt ist.		(1) Das in § 3 geregelte Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die unmittelbar an eine Straße angrenzen, in der bereits eine betriebsfertige und aufnahmefähige öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist. Bei anderen Grundstücken kann die Stadt auf Antrag den Anschluss zulassen, wenn das öffentliche Wohl hierdurch nicht beeinträchtigt ist. Die Herstellung neuer o-		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Die Herstellung neuer oder die Erweiterung oder Änderung bestehender Leitungen kann nicht verlangt werden.		der die Erweiterung oder Änderung bestehender Leitungen kann nicht verlangt werden.		
(2) Wenn der Anschluss eines an eine Straße mit einer betriebsfertigen und aufnahmefähigen Abwasserleitung unmittelbar angrenzenden Grundstücks wegen der besonderen Lage oder aus technischen, betrieblichen, topografischen oder sonstigen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen oder besondere Aufwendungen oder Kosten erfordert, kann der Städtische Abwasserbetrieb den Anschluss unter den Voraussetzungen des § 49 Abs. 5 Satz 1 LWG NRW versagen. Dies gilt jedoch nicht, wenn die antragstellende Person sich bereit erklärt, die entstehenden Mehraufwendungen und -kosten für den Bau und Betrieb zu tragen und wenn er auf Verlangen hierfür Sicherheit leistet.		(2) Wenn der Anschluss eines an eine Straße mit einer betriebsfertigen und aufnahmefähigen Abwasserleitung unmittelbar angrenzenden Grundstücks wegen der besonderen Lage oder aus technischen, betrieblichen, topografischen oder sonstigen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen oder besondere Aufwendungen oder Kosten erfordert, kann die Stadt den Anschluss versagen. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Antragsteller sich bereit erklärt, die entstehenden Mehraufwendungen und -kosten für den Bau und Betrieb zu tragen und wenn er auf Verlangen hierfür Sicherheit leistet.		
(3) Das Anschlussrecht ist ausgeschlossen, soweit der Städtische Abwasserbetrieb von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist und die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 49 Abs. 6 LWG NRW auf einen Dritten übertragen worden ist.		(3) Das Anschlussrecht ist ausgeschlossen, soweit die Stadt von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.		
(4) Von der städtischen Entsorgung im Sinne dieser Satzung sind Grundstücksentwässerungsanlagen auf		(4) Von der städtischen Entsorgung im Sinne dieser Satzung sind Grundstücksentwässerungsanlagen auf		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Grundstücken ausgeschlossen, soweit der Städtische Abwasserbetrieb für diese Grundstücke gemäß § 53 Absatz 4 LWG NRW von der Abwasserbeseitigungspflicht freigestellt ist.		Grundstücken ausgeschlossen, soweit die Stadt für diese Grundstücke gemäß § 53 Absatz 4 LWG von der Abwasserbeseitigungspflicht freigestellt ist.		
§ 5 **Anschlussrecht für Niederschlagswasser**		**§ 5** **Anschlussrecht für Niederschlagswasser**		
(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich auch auf das Niederschlagswasser.		(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich auch auf das Niederschlagswasser.		
(2) Dies gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 49 Abs. 4 LWG NRW der Eigentümerin oder dem Eigentümer des Grundstücks obliegt oder anderweitig (z.B. § 49 Abs. 3 LWG NRW) einem Dritten zugewiesen ist.		(2) Dies gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 53 Absatz 3a Satz 1 LWG NRW dem Eigentümer des Grundstücks obliegt.		
		(3) Darüber hinaus ist der Anschluss des Niederschlagswassers ausgeschlossen, wenn und soweit der Anschluss des Niederschlagswassers von dem jeweiligen Grundstück bereits auf der Grundlage des §51 Absatz 2 des bis zum 30. Juni 1995 geltenden Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 09. Juni 1989 (GV NRW 384), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Januar 1992 (GV NRW 39) in Verbindung mit der Entwässe-		entfällt

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
		rungssatzung der Stadt Erkelenz vom 23.12.1982 ausgeschlossen war.		
§ 6 **Brauchwassernutzung**		**§ 6** **Brauchwassernutzung**		
(1) Die oder der Anschlussberechtigte hat dem Städtischen Abwasserbetrieb anzuzeigen, wenn sie oder er das als Folge von Niederschlägen anfallende Wasser ganz oder teilweise zunächst zur so genannten Brauchwassernutzung speichern und dann anschließend sukzessiv im Haushalt verwenden will. Soweit im Ergebnis Schmutzwasser entsteht und der oder die Abwasserbeseitigungspflichtigen anzudienen ist, muss die oder der Anschlussberechtigte geeignete Einrichtungen zur Erfassung der eingeleiteten Mengen vorhalten (Wassermengenzähler). Einbau und Ablesung hat in Abstimmung mit dem Städtischen Abwasserbetrieb zu erfolgen. Die ordnungsgemäße Verwendung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück muss sichergestellt und ein Überlauf an den öffentlichen Kanal vorhanden sein, so dass eine Überschwemmung von Nachbargrundstücken durch Niederschlagswasser ausgeschlossen werden kann.		(1) Der Anschlussberechtigte hat der Stadt anzuzeigen, wenn er das als Folge von Niederschlägen anfallende Wasser ganz oder teilweise zunächst zur so genannten Brauchwassernutzung speichern und dann anschließend sukzessiv im Haushalt verwenden will. Soweit im Ergebnis Schmutzwasser entsteht und dem Abwasserbeseitigungspflichtigen anzudienen ist, muss der Anschlussberechtigte geeignete Einrichtungen zur Erfassung der eingeleiteten Mengen vorhalten (Wassermengenzähler). Einbau und Ablesung hat in Abstimmung mit der Stadt zu erfolgen.		
(2) Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Errich-		(2) Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Errich-		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
tung und den ordnungsgemäßen Betrieb der Brauchwasseranlage trägt die oder der Anschlussberechtigte.		tung und den ordnungsgemäßen Betrieb der Brauchwasseranlage trägt der Anschlussberechtigte		
(3) Der Benutzungszwang für das Ableiten von Abwasser im Sinne dieser Satzung bleibt in vollem Umfang bestehen.		(3) Der Benutzungszwang für das Ableiten von Abwasser im Sinne dieser Satzung bleibt in vollem Umfang bestehen.		
§ 7 **Benutzungsrecht**		**§ 7** **Benutzungsrecht**		
Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung und unter Beachtung der technischen Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der haustechnischen Abwasseranlagen das Recht, das auf ihrem oder seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).		Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat der Anschlussnehmer vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung und unter Beachtung der technischen Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der haustechnischen Abwasseranlagen das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).		
§ 8 **Begrenzung des Benutzungsrechts**		**§ 8** **Begrenzung des Benutzungsrechts**		
(1) In die öffentlichen Abwasseranlagen und die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen darf solches Abwasser (§ 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis Nr. 2 WHG) nicht eingeleitet werden, das aufgrund seiner Inhaltsstoffe		(1) In die öffentlichen Abwasseranlagen und die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen darf solches Abwasser nicht eingeleitet werden, das aufgrund seiner Inhaltsstoffe oder Beschaffenheit		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
oder Beschaffenheit 1. die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, 2. das mit der öffentlichen Abwasserbeseitigung beschäftigte Personal gefährdet oder gesundheitlich beeinträchtigt, 3. die öffentliche Abwasseranlage in ihrem Bestand angreift oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährdet oder behindert, 4. den Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschwert oder behindert, 5. die Klärschlammbehandlung, -beseitigung oder -verwertung beeinträchtigt oder verteuert oder 6. die Funktion der öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen so erheblich stört, dass dadurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.		1. die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder 2. das mit der öffentlichen Abwasserbeseitigung beschäftigte Personal gefährdet oder gesundheitlich beeinträchtigt oder 3. die öffentliche Abwasseranlage in ihrem Bestand angreift oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährdet oder behindert oder 4. den Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschwert oder behindert oder 5. die Klärschlammbehandlung, -beseitigung oder -verwertung beeinträchtigt oder 6. die Funktion der öffentlichen Abwasseranlagen so erheblich stört, dass dadurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.		
(2) Niederschlags- und Drainagewasser dürfen nicht in Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben eingeleitet werden.		(2) Niederschlags- und Drainagewasser dürfen nicht in Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben eingeleitet werden.		
(3) In die öffentlichen Abwasseranlagen und die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:		(3) In die öffentlichen Abwasseranlagen und die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:		Konkretisierung nicht einleitfähiger Abwässer gem. Stand der

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
1. feste Stoffe, auch in zerkleinertem Zustand, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in der Kanalisation führen können, z.B. Schutt, Asche, Dung, Müll, Kehricht, Sand, Glas, Kunststoffe, Schlacht- und Küchenabfälle sowie Abfälle aus obst- und gemüseverarbeitenden Betrieben, auch wenn diese Stoffe zerkleinert worden sind, Treber, Hefe und Schlämme aus Vorbehandlungsanlagen. 2. Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen privaten Behandlungsanlagen, 3. Abwässer und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern, soweit sie nicht in eine für diesen Zweck vorgesehene gemeindliche Einleitungsstelle eingeleitet werden, 4. flüssige Stoffe, die im Kanalnetz erhärten können, sowie Stoffe, die nach Übersättigung im Abwasser in der Kanalisation ausgeschieden werden und zu Abflussbehinderungen führen können, 5. nicht neutralisierte Kondensate aus erd- und flüssiggasbetriebenen Brennwertanlagen mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 5 KW sowie nicht neutralisierte Kondensate aus sonstigen Brennwertanlagen,		1. Stoffe, die die Leitung verstopfen oder verkleben bzw. Ablagerungen hervorrufen können wie z. B. Schutt, Asche, Dung, Müll, Kehricht, Sand, Glas, Kunststoffe, Schlacht- und Küchenabfälle sowie Abfälle aus obst- und gemüseverarbeitenden Betrieben, auch wenn diese Stoffe zerkleinert worden sind, Treber, Hefe und Schlämme aus Vorbehandlungsanlagen, 2. feuergefährliche, explosive, radioaktive und andere Stoffe wie Benzin, Benzol, Fette, Öle, Karbid, Phenol, Gase, Dämpfe, 3. schädliche oder giftige Abwässer, insbesondere solche, die Quecksilber, Cadmium und sonstige Schwermetalle wie Cyanid und andere Giftstoffe in vermeidbarer Konzentration enthalten und solche, die schädliche Ausdünstungen oder üble Gerüche verbreiten, b) die Baustoffe der öffentlichen Abwasseranlagen angreifen, c) den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen, insbesondere den biologischen Teil und die Schlammbehandlung, stören oder erschweren können, d) wärmer als 35 Grad C sind oder e) einen ph-Wert unter 6,5 oder über 10 haben.		Technik; Formulierungsanpassung

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
6. radioaktives Abwasser, 7. Inhalte von Chemietoiletten, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch den Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich zugelassen worden ist, 8. nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten, 9. flüssige Stoffe aus landwirtschaftlicher Tierhaltung wie Gülle und Jauche, 10. Silagewasser, 11. Grund-, Drainage- und sonstiges Wasser, wie z. B. wild abfließendes Wasser (§ 37 WHG), 12. Kühlwasser, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch den Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich zugelassen worden ist, 13. Blut aus Schlachtungen, 14. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann, 15. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können, 16. Emulsionen von Mineralölprodukten, 17. Medikamente und pharmazeutische Produkte,		4. Abwässer und Schlämme aus Ställen und Dunggruben, Silagewasser, Molke, Blut, 5. pflanzen- und bodenschädliche Abwässer, 6. Abwässer und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern, soweit sie nicht in einen für diesen Zweck vorgesehene gemeindliche Einleitungsstelle eingeleitet werden, 7. Medikamente und pharmazeutische Produkte, 8. Drainagewasser.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
18. Abwasser aus Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme, soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch den Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich zugelassen worden ist, 19. flüssige Stoffe, die kein Abwasser sind (§ 55 Abs. 3 WHG), soweit dieses nicht im Einzelfall auf Antrag durch den Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich zugelassen worden ist, 20. Einweg-Waschlappen, Einwegwischtücher und sonstige Feuchttücher, die sich nicht zersetzen und deshalb in der öffentlichen Abwasseranlage zu Betriebsstörungen, z.B. an Pumpwerken, führen können.				
(4) Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn die Grenzwerte des Merkblattes M 115 Teil 1-3 des ATV - DVWK - Regelwerkes – September 2019 - sowie der Abwasserverordnung eingehalten werden. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen.		(4) Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn die Grenzwerte des Merkblattes M 115 Teil 1-3 des ATV - DVWK - Regelwerkes - Stand November 2004 - eingehalten werden. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen.		
(5) Wenn gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage gelangen (z.B. Auslaufen von Behältern, Betriebsstörungen), ist der Städtischen Abwasserbetrieb unverzüglich zu benachrichtigen.		(5) Wenn gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage gelangen (z.B. Auslaufen von Behältern, Betriebsstörungen), so ist die Stadt unverzüglich zu benachrichtigen.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(6) Betriebe, bei denen die Ableitung schädlicher Abwässer zu vermuten ist, haben regelmäßig nach näherer Aufforderung durch den Städtischen Abwasserbetrieb über die Art und die Beschaffenheit ihrer Abwässer sowie über deren Menge Auskunft zu geben, z.B. mit einem Betriebstagebuch, sowie die dazu erforderlichen technischen Einrichtungen, insbesondere Messeinrichtungen, vorzuhalten. Im Einzelfall können auf Kosten des Einleiters oder der Einleiterin Abwasseranalysen eines anerkannten Prüfinstitutes, das im Benehmen mit dem Städtischen Abwasserbetrieb festzulegen ist, verlangt werden. Der Städtische Abwasserbetrieb ist berechtigt, derartige Abwasseranalysen auf Kosten des Einleiters oder der Einleiterin auch selbst vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen. Für die Einleitung gewerblicher Abwässer ist vor der Zusammenführung mit anderen Abwässern ein Übergabeschacht anzuordnen, der eine Probeentnahme der gewerblichen Abwässer ermöglicht.		(6) Betriebe, bei denen die Ableitung schädlicher Abwässer zu vermuten ist, haben regelmäßig nach näherer Aufforderung durch die Stadt über die Art und die Beschaffenheit ihrer Abwässer sowie über deren Menge Auskunft zu geben, z.B. mit einem Betriebstagebuch, sowie die dazu erforderlichen technischen Einrichtungen, insbesondere Messeinrichtungen, vorzuhalten. Im Einzelfall können auf Kosten des Einleiters Abwasseranalysen eines anerkannten Prüfinstitutes, das im Benehmen mit der Stadt festzulegen ist, verlangt werden. Die Stadt ist berechtigt, derartige Abwasseranalysen auf Kosten des Einleiters auch selbst vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen. Für die Einleitung gewerblicher Abwässer ist vor der Zusammenführung mit anderen Abwässern ein Übergabeschacht anzuordnen, der eine Probeentnahme der gewerblichen Abwässer ermöglicht.		
(7) Der Städtische Abwasserbetrieb kann im Einzelfall Schadstofffrachten (Volumenstrom und/oder Konzentration) festlegen. Sie kann das Benutzungsrecht davon abhängig machen, dass auf dem Grundstück eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung und gedrosselte Einleitung des Abwassers erfolgt.		(7) Die Stadt kann im Einzelfall Schadstofffrachten (Volumenstrom und/oder Konzentration) festlegen. Sie kann das Benutzungsrecht davon abhängig machen, dass auf dem Grundstück eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung und gedrosselte Einleitung des Abwassers erfolgt.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(8) Wenn die Art des Abwassers sich ändert oder seine Menge sich wesentlich erhöht, hat jede Anschlussnehmerin oder jeder Anschlussnehmer dies unaufgefordert und unverzüglich dem Städtischen Abwasserbetrieb mitzuteilen und die erforderlichen Angaben zu machen. Auf Verlangen hat sie oder er die Unschädlichkeit des Abwassers nachzuweisen.		(8) Wenn die Art des Abwassers sich ändert oder seine Menge sich wesentlich erhöht, hat jeder Anschlussnehmer dieses unaufgefordert und unverzüglich der Stadt mitzuteilen und die erforderlichen Angaben zu machen. Auf Verlangen hat er die Unschädlichkeit des Abwassers nachzuweisen.		
(9) Reichen die vorhandenen Abwasseranlagen für die Aufnahme oder Reinigung des veränderten Abwassers oder der erhöhten Abwassermenge (Absatz 8) nicht aus, so behält sich der Städtische Abwasserbetrieb vor, die Aufnahme dieser Abwässer zu versagen; dies gilt jedoch nicht, wenn der Anschlussnehmer sich bereit erklärt hat, zusätzlich den Aufwand für die Erweiterung der Abwasseranlagen und die erhöhten Betriebs- und Unterhaltungskosten zu tragen. § 53 LWG (Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt) bleibt unberührt.		(9) Reichen die vorhandenen Abwasseranlagen für die Aufnahme oder Reinigung des veränderten Abwassers oder der erhöhten Abwassermenge (Absatz 8) nicht aus, so behält sich die Stadt vor, die Aufnahme dieser Abwässer zu versagen; dies gilt jedoch nicht, wenn der Anschlussnehmer sich bereit erklärt hat, zusätzlich den Aufwand für die Erweiterung der Abwasseranlagen und die erhöhten Betriebs- und Unterhaltungskosten zu tragen. §53 LWG (Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt) bleibt unberührt.		
(10) Die Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstücks darf nur mit Einwilligung des Städtische Abwasserbetriebs erfolgen.		(10) Die Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstücks darf nur mit Einwilligung der Stadt erfolgen.		
(11) Der Städtische Abwasserbetrieb kann auf Antrag befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 9 erteilen, wenn sich		(11) Die Stadt kann auf Antrag befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 9 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht		Verweis auf Ausnah-

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für die verpflichtete Person ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen. Im Einzelfall kann der Städtische Abwasserbetrieb zur Gefahrenabwehr auf Antrag zeitlich befristet und jederzeit widerrufbar zulassen, dass Grund-, Drainage-, Kühlwasser und sonstige Wasser, wie. z.B. wild abfließende Wasser (§ 37 WHG) der Abwasseranlage zugeführt wird. Die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter hat ihrem oder seinem Antrag die vom Städtischen Abwasserbetrieb verlangten Nachweise beizufügen.		beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen.		meregelung aufgenommen.
(12) Ein Anspruch auf Einleitung von Stoffen in die öffentliche Abwasseranlage, die kein Abwasser sind, besteht nicht. Dies gilt auch für den Fall, dass die zuständige Behörde im Fall des § 55 Abs. 3 WHG die Einleitung gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW genehmigt oder nach einer erfolgten Anzeige gemäß § 58 Abs. 1 LWG NRW kein Genehmigungsverfahren einleitet.				Gesetzesverweis aufgenommen.
(13) Wer unter Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Vorschrift den Verlust der Halbierung der Abwasserabgabe (§ 9 Absatz 5 des Gesetzes über Angaben für das Einleiten von Wasser - Abwasserabgabengesetz - AbwAG in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.1994 BGBl. I S.3370, zuletzt geändert durch Siebtes Euro-Einführungsgesetz vom 09.09.2001 BGBl. I S.		(12) Wer unter Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Vorschrift den Verlust der Halbierung der Abwasserabgabe (§9 Absatz 5 des Gesetzes über Angaben für das Einleiten von Wasser - Abwasserabgabengesetz - AbwAG in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.1994 BGBl I S.3370, zuletzt geändert durch Siebtes Euro-Einführungsgesetz vom 09.09.2001 BGBl I S. 2331,		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
2331, 2334) oder eine Erhöhung der Abwasserabgabe (§ 4 Absatz 1 AbwAG) verursacht hat, hat dem Städtischen Abwasserbetrieb den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten. Haben mehrere den Wegfall der Abgabenhalbierung oder die Abgabenerhöhung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.		2334) oder eine Erhöhung der Abwasserabgabe (§ 4 Absatz 1 AbwAG) verursacht hat, der Stadt den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten. Haben mehrere den Wegfall der Abgabenhalbierung oder die Abgabenerhöhung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.		
(14) Der Städtische Abwasserbetrieb kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um 1. das Einleiten oder Einbringen von Abwasser oder Stoffen zu verhindern, das unter Verletzung der Absätze 1 und 2 dieser Satzung erfolgt, 2. das Einleiten von Abwasser zu verhindern, das die Grenzwerte nach Absatz 4 nicht einhält.				
(15) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit der Städtische Abwasserbetrieb von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.				
§ 9 **Abscheide- und sonstige Vorbehandlungsanlagen**		**§ 9** **Abscheideanlagen**		
(1) Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser ist vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort		(1) Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser ist vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
zu behandeln. Für fetthaltiges häusliches Abwasser gilt dies jedoch nur, wenn der Städtische Abwasserbetrieb im Einzelfall verlangt, dass auch dieses Abwasser in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln ist.		zu behandeln. Für fetthaltiges häusliches Abwasser gilt dies jedoch nur, wenn die Stadt im Einzelfall verlangt, dass auch dieses Abwasser in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln ist.		
(2) Die Abscheider und sonstige Vorbehandlungsanlagen und deren Betrieb müssen den einschlägigen technischen und rechtlichen Anforderungen entsprechen. Der Städtische Abwasserbetrieb kann darüber hinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abscheider stellen, sofern dies im Einzelfall zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.		(2) Die Abscheider und deren Betrieb müssen den einschlägigen technischen und rechtlichen Anforderungen entsprechen. Die Stadt kann darüber hinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abscheider stellen, sofern dies im Einzelfall zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.		
(3) Das Abscheidegut oder die Stoffe, die bei der Vorbehandlung anfallen, sind in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und darf der öffentlichen Abwasseranlage nicht zugeführt werden.		(3) Das Abscheidegut ist in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und darf der öffentlichen Abwasseranlage nicht zugeführt werden.		
(4) Stoffe aus Verarbeitungsbetrieben tierischer Nebenprodukte und von Schlachtabwässern aus Schlachthöfen nach dem Artikel 8, 9 und 10 der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 müssen durch die Anschlussnehmerin oder den Anschlussnehmer durch ein Feststoffrückhaltesystem mit einer max. Maschenweite von 6 mm geführt werden.				Konkretisierung Maschenweite gem. EU-Verordnung

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(5) Die oder der Anschlussberechtigte ist für jeden Schaden haftbar, der durch den Betrieb (z. B. bei Funktionsstörungen, durch versäumte Entleerung usw.) des Abscheiders entsteht.		(4) Der Anschlussberechtigte ist für jeden Schaden haftbar, der durch den Betrieb (z. B. bei Funktionsstörungen, durch versäumte Entleerung usw.) des Abscheiders entsteht.		
(6) Für die Einleitung von Niederschlagswasser kann vom Städtischen Abwasserbetrieb eine Behandlung (Reinigung) auf dem Grundstück der Anschlussnehmerin oder des Anschlussnehmers in einer von deren zu errichtenden und zu betreibenden Abscheide- oder sonstigen Behandlungsanlage angeordnet werden, wenn der Verschmutzungsgrad des Niederschlagswassers für den Städtischen Abwasserbetrieb eine Pflicht zur Behandlung nach dem sog. Trenn-Erlass vom 26.04.2004 (MinBl. NRW 2004, S. 583 ff.) auslöst. Die vorstehende Behandlungspflicht gilt auch für Straßenbaulastträger, die das Straßenoberflächenwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleiten.				Aufnahme Hinweis auf Trennerlass, da aufgrund wasserrechtlicher Vorgaben vor z.B. Einleitung in die Vorflut die Erfordernis zur vorherigen Reinigung bestehen kann
§ 10 **Anschluss- und Benutzungszwang**		**§ 10** **Anschlusszwang**		
(1) Jede oder jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück an die bestehende öffentliche Abwasseranlage anschließen zu lassen, sobald Abwasser auf		(1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück an die bestehende öffentliche Abwasseranlage anschließen zu lassen, sobald Abwasser auf dem		Zusammengefasst, da auch entsprechende Gesetze Anschluss- und Benutzungszwang

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
dem Grundstück anfällt und wenn dieses Grundstück an eine Straße, einen Weg oder einen Platz grenzt oder durch einen öffentlichen oder privaten Weg Zugang zu einer Straße hat, in der die öffentliche Abwasserleitung betriebsfertig hergestellt ist (Anschlusszwang). Der Anschlusszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Soweit es noch nicht geschehen ist, zeigt der Städtische Abwasserbetrieb durch öffentliche Bekanntmachung an, welche Straßen oder Ortsteile mit einer betriebsfertigen Abwasserleitung versehen sind und für die der Anschlusszwang wirksam geworden ist. Alle für den Anschlusszwang in Frage kommenden Anschlussberechtigten haben ihre Grundstücke mit den zur ordnungsgemäßen Entwässerung erforderlichen Einrichtungen zu versehen.		Grundstück anfällt und wenn dieses Grundstück an eine Straße, einen Weg oder einen Platz grenzt oder durch einen öffentlichen oder privaten Weg Zugang zu einer Straße hat, in der die öffentliche Abwasserleitung betriebsfertig hergestellt ist (Anschlusszwang). Der Anschlusszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Soweit es noch nicht geschehen ist, zeigt die Stadt durch öffentliche Bekanntmachung an, welche Straßen oder Ortsteile mit einer betriebsfertigen Abwasserleitung versehen sind und für die der Anschlusszwang wirksam geworden ist. Alle für den Anschlusszwang in Frage kommenden Anschlussberechtigten haben ihre Grundstücke mit den zur ordnungsgemäßen Entwässerung erforderlichen Einrichtungen zu versehen.		zusammenführen
(2) Jede oder jeder Anschlussberechtigte ist verpflichtet, die Entsorgung der Inhalte der Grundstücksentwässerungsanlage ausschließlich durch den Städtischen Abwasserbetrieb durchführen zu lassen und den zu entsorgenden Inhalt dem Städtischen Abwasserbetrieb zu überlassen.		(2) Jeder Anschlussberechtigte ist verpflichtet, die Entsorgung der Inhalte der Grundstücksentwässerungsanlage ausschließlich durch die Stadt durchführen zu lassen und den zu entsorgenden Inhalt der Stadt zu überlassen.		
(3) Der Städtische Abwasserbetrieb kann auch den Anschluss von unbebauten Grundstücken verlangen, wenn besondere Gründe (z.B. das Auftreten von Missständen, Straßenausbau usw.) dies erfordern.		(3) Die Stadt kann auch den Anschluss von unbebauten Grundstücken verlangen, wenn besondere Gründe (z.B. das Auftreten von Missständen, Straßenausbau usw.) dies erfordern.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(4) Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss mit Beginn des Abwasseranfalls hergestellt sein.		(4) Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss mit Beginn des Abwasseranfalls hergestellt sein.		
(5) Werden an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, die noch nicht mit Abwasserleitungen ausgestattet sind, aber später damit versehen werden sollen, Neubauten errichtet, so sind, wenn der Städtische Abwasserbetrieb es verlangt, alle Einrichtungen für den späteren Anschluss vorzubereiten; das gleiche gilt, wenn in bereits bestehenden Bauten vorhandene Abwassereinrichtungen wesentlich geändert oder neu angelegt werden sollen.		(5) Werden an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, die noch nicht mit Abwasserleitungen ausgestattet sind, aber später damit versehen werden sollen, Neubauten errichtet, so sind, wenn die Stadt es verlangt, alle Einrichtungen für den späteren Anschluss vorzubereiten; das gleiche gilt, wenn in bereits bestehenden Bauten vorhandene Abwassereinrichtungen wesentlich geändert oder neu angelegt werden sollen.		
(6) Wird die Abwasserleitung erst nach der Errichtung eines Bauwerkes hergestellt, so ist das Grundstück binnen drei Monaten anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung angezeigt ist, dass die Straße oder der Ortsteil mit einer betriebsfertigen Abwasserleitung ausgestattet ist. Das gilt auch jeweils für den Fall, dass die Abwasserleitungen beim Trennsystem zu unterschiedlichen Zeiten verlegt werden sollen.		(6) Wird die Abwasserleitung erst nach der Errichtung eines Bauwerkes hergestellt, so ist das Grundstück binnen drei Monaten anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung angezeigt ist, dass die Straße oder der Ortsteil mit einer betriebsfertigen Abwasserleitung ausgestattet ist. Das gilt auch jeweils für den Fall, dass die Abwasserleitungen beim Trennsystem zu unterschiedlichen Zeiten verlegt werden sollen.		
(7) Bei Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer dieses Vorhaben dem Städtischen Abwasserbetrieb rechtzeitig vorher mitzuteilen. Sie oder er hat die Anschlussleitung an der Grundstücksgrenze		(7) Bei Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer dieses Vorhaben der Stadt rechtzeitig vorher mitzuteilen. Er hat die Anschlussleitung an der Grundstücksgrenze dauerhaft		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
dauerhaft dicht zu verschließen und den neuen Endpunkt des Anschlusses einzumessen. Das Einmaß ist dem Städtischen Abwasserbetrieb zu übergeben. Werden die Pflichten nach Satz 1 und 2 dieser Satzung schuldhaft verletzt, so hat die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer für die dadurch entstehenden Schäden aufzukommen.		dicht zu verschließen und den neuen Endpunkt des Anschlusses einzumessen. Das Einmaß ist der Stadt zu übergeben. Werden die Pflichten nach Satz 1 und 2 schuldhaft verletzt, so hat der Anschlussnehmer für die dadurch entstehenden Schäden aufzukommen.		
(8) In den im Trennsystem entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und das Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuzuführen.		(8) In den im Trennsystem entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und das Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuzuführen.		
		§ 11 **Benutzungszwang**		zusammengefasst
(9) Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen dieser Satzung verpflichtet, sämtliche auf dem Grundstück anfallenden Abwässer - mit Ausnahme der in § 8 genannten - in die öffentliche Abwasseranlage nach den Bestimmungen dieser Satzung einzuleiten (Benutzungszwang); dies gilt auch für Niederschlagswasser.		(1) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen dieser Satzung verpflichtet, sämtliche auf dem Grundstück anfallenden Abwässer - mit Ausnahme der in § 8 genannten - in die öffentliche Abwasseranlage nach den Bestimmungen dieser Satzung einzuleiten (Benutzungszwang); dies gilt auch für Niederschlagswasser.		
(10) Auf Grundstücken, die dem Anschlusszwang unterliegen, dürfen behelfsmäßige Abwasseranlagen, Abortgruben usw. nicht mehr betrieben und neu angelegt		(2) Auf Grundstücken, die dem Anschlusszwang unterliegen, dürfen behelfsmäßige Abwasseranlagen, Abortgruben usw. nicht mehr betrieben und neu angelegt		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
werden, es sei denn, dass eine Befreiung nach § 12 dieser Satzung erteilt wurde.		werden, es sei denn, dass eine Befreiung nach § 12 erteilt wurde.		
(11) Die sich aus dem Benutzungszwang ergebenden Verpflichtungen sind von allen Benutzern der Grundstücke zu beachten. Auf Verlangen des Städtischen Abwasserbetriebs haben die Grundstückseigentümer, die Haushaltungsvorstände und die Leiter von Betrieben die zur Einhaltung der Benutzungsverpflichtung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.		(3) Die sich aus dem Benutzungszwang ergebenden Verpflichtungen sind von allen Benutzern der Grundstücke zu beachten. Auf Verlangen der Stadt haben die Grundstückseigentümer, die Haushaltungsvorstände und die Leiter von Betrieben die zur Einhaltung der Benutzungsverpflichtung erforderlichen Maßnahmen zu treffen		
§ 11 **Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang**		**§ 12** **Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang**		
(1) Auf Antrag der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers befreit der Städtische Abwasserbetrieb vom Anschluss- und Benutzungszwang für das Schmutzwasser, wenn die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 49 Abs. 5 LWG NRW durch die zuständige Behörde auf die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer ganz oder teilweise übertragen worden ist. Die Übertragung ist dem Städtischen Abwasserbetrieb durch die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer nachzuweisen. Die Befreiung kann erfolgen, wenn der Anschluss des		(1) Der Anschlussnehmer kann unter Beibehaltung des Anschluss- und Benutzungsrechtes vom Anschluss- oder Benutzungszwang dauernd, widerruflich oder auf eine bestimmte Zeit befreit werden. Wenn ihm der Anschluss des Grundstücks aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann oder wenn ein begründetes Interesse an einer privaten Beseitigung oder Verwertung der Abwässer besteht (z. B. für Industrieunternehmen, die über eine eigene, dem Zwecke der öffentlichen Entwässerung genügende Anlage		Umformulierung

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Grundstücks aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann oder wenn ein begründetes Interesse an einer privaten Beseitigung oder Verwertung der Schmutzwässer besteht (z. B. für Industrieunternehmen, die über eine eigene, dem Zwecke der öffentlichen Entwässerung genügende Anlage verfügen, sowie bei Rückgewinn und Wiederverwertung von Abfallstoffen) und den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege anderweitig genügt wird.		verfügen, sowie bei Rückgewinn und Wiederverwertung von Abfallstoffen) und den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege anderweitig genügt wird.		
(2) Die anderweitige Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers, um Schmutzwassergebühren zu sparen, begründet keinen Anspruch auf Befreiung.				
(3) Eine Befreiung vom Anschlusszwang kann der Anschlussverpflichtete binnen zwei Wochen nach Aufforderung des Städtische Abwasserbetriebs zur Herstellung des Anschlusses schriftlich beim Städtischen Abwasserbetrieb beantragen. Dem Antrag sind Pläne beizufügen, aus denen ersichtlich ist, wie die Abwässer beseitigt oder verwertet werden sollen. Eine Befreiung vom Benutzungszwang kann unter Angabe der Gründe spätestens vier Wochen vor Beginn eines Vierteljahres beim Städtischen Abwasserbetrieb beantragt werden.		(2) Eine Befreiung vom Anschlusszwang kann der Anschlussverpflichtete binnen zwei Wochen nach Aufforderung der Stadt zur Herstellung des Anschlusses schriftlich bei der Stadt beantragen. Dem Antrag sind Pläne beizufügen, aus denen ersichtlich ist, wie die Abwässer beseitigt oder verwertet werden sollen. Eine Befreiung vom Benutzungszwang kann unter Angabe der Gründe spätestens vier Wochen vor Beginn eines Vierteljahres bei der Stadt beantragt werden.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(4) Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang entbindet den Städtischen Abwasserbetrieb nicht von der Verpflichtung, für die Beseitigung gesundheitsgefährlicher Missstände zu sorgen.		(3) Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang entbindet die Stadt nicht von der Verpflichtung, für die Beseitigung gesundheitsgefährlicher Missstände zu sorgen.		
(5) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Dies gilt jedoch nicht in den Fällen des § 5 Absatz 2 dieser Satzung. Darüber hinaus kann der Städtische Abwasserbetrieb eine auf der Grundlage des § 51 Absatz 2 des bis zum 30. Juni 1995 geltenden Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 09. Juni 1989 (GV. NRW. S. 384), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Januar 1992 (GV. NRW. S. 39) unter Beibehaltung des Anschluss- und Benutzungsrechts bestehende Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang aufrechterhalten, wenn das Niederschlagswasser ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit vor Ort für den häuslichen Gebrauch verwendet, versickert, verrieselt oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet wird (siehe auch § 6 der Satzung).		(4) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Dies gilt jedoch nicht in den Fällen des § 5 Absatz 2 und 3. Darüber hinaus kann die Stadt eine auf der Grundlage des § 51 Absatz 2 des bis zum 30. Juni 1995 geltenden Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 09. Juni 1989 (GV NRW 384), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Januar 1992 (GV NRW 39) unter Beibehaltung des Anschluss- und Benutzungsrechts bestehende Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang aufrechterhalten, wenn das Niederschlagswasser ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit vor Ort für den häuslichen Gebrauch verwendet, versickert, verrieselt oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet wird (siehe auch § 6 der Satzung).	
§ 12 **Ausführung von Anschlussleitungen**		**§ 13** **Ausführung von Anschlussleitungen**		
(1) Jedes anzuschließende Grundstück ist unterirdisch		(1) Jedes anzuschließende Grundstück ist unterirdisch		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
mit einer eigenen Anschlussleitung und ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen. In Gebieten mit Mischsystem ist für jedes Grundstück eine Anschlussleitung, in Gebieten mit Trennsystem je eine Anschlussleitung für Schmutz- und für Niederschlagswasser herzustellen. Auf Antrag können mehrere Anschlussleitungen verlegt werden.		mit einer eigenen Anschlussleitung und ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen. In Gebieten mit Mischsystem ist für jedes Grundstück eine Anschlussleitung, in Gebieten mit Trennsystem je eine Anschlussleitung für Schmutz- und für Niederschlagswasser herzustellen. Auf Antrag können mehrere Anschlussleitungen verlegt werden.		
(2) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gilt Absatz 1 für jedes der neu entstehenden Grundstücke.		(2) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gilt Absatz 1 für jedes der neu entstehenden Grundstücke.		
(3) Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer hat geeignete Inspektionsöffnungen einzubauen, die jederzeit zugänglich sein müssen. Beim Anschluss ist für jede Anschlussleitung grundsätzlich ein Revisionsschacht, der jederzeit zugänglich sein muss, zu errichten. Beim Anschluss gewerblich genutzter Grundstücke hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer für jede Anschlussleitung einen Revisionsschacht mit Probenahmemöglichkeit zu errichten.		(3) Der Grundstückseigentümer hat geeignete Inspektionsöffnungen einzubauen, die jederzeit zugänglich sein müssen. Beim Anschluss gewerblich genutzter Grundstücke hat der Grundstückseigentümer für jede Anschlussleitung einen Revisionsschacht mit Probenahmemöglichkeit zu errichten.		Eine Revisionsmöglichkeit wird derzeit auch vorgeschrieben; empfohlen wird auf Nachfrage ein Revisionsschacht, der erfahrungsgemäß eine bessere Zugänglichkeit bietet. Bei Grenzbebauung muss weiterhin auf eine Revisionsöffnung im Gebäude zurückgegriffen werden.

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(4) Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer hat sich gegen einen jeder Zeit möglichen Rückstau aus dem öffentlichen Kanalnetz zu schützen. Hierzu hat sie oder er in Ablaufstellen unterhalb der Rückstauebene (Straßenoberkante zzgl. 20 cm) funktionstüchtige sowie geeignete Rückstausicherungen gemäß der allgemeinen anerkannten Regel der Technik einzubauen. Diese Pflicht zum Einbau einer Rückstausicherung gilt für alle Grundstücke, d.h. auch für solche Grundstücke, bei denen in der Vergangenheit noch keine Rückstausicherung eingebaut worden ist oder satzungsrechtlich hätte bereits eingebaut werden müssen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein und so errichtet und betrieben werden, dass eine Selbstüberwachung des Zustandes und der Funktionstüchtigkeit der Anschlussleitung möglich ist.		(4) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen einen jeder Zeit möglichen Rückstau aus dem öffentlichen Kanalnetz zu schützen. Dieser Schutz ist baulich durch geeignete Leitungsführung und Hausinstallationen herzustellen. Als zu sichernde Rückstauebene gilt die jeweilige Straßenoberkante zzgl. 20 cm.		Aufgrund wiederholter Nachfragen zur Rückstausicherung wurde der Paragraf näher erläutert.
(5) Die Lage, Führung und lichte Weite der Anschlussleitung bestimmt der Städtische Abwasserbetrieb. Soweit durch die Anschlussnehmerin oder den Anschlussnehmer eine, über den üblichen Bemessungsstandard hinausgehende Dimensionierung der Anschlussleitung beantragt wird, behält sich der Städtische Abwasserbetrieb eine dementsprechende Umsetzung zu Lasten der Grundstücksbesitzerin oder des Grundstücksbesitzers		(5) Die Lage, Führung und lichte Weite der Anschlussleitung bestimmt die Stadt. Soweit durch den Anschlussnehmer eine, über den üblichen Bemessungsstandard hinausgehende Dimensionierung der Anschlussleitung beantragt wird, behält sich die Stadt einen dementsprechende Umsetzung zu Lasten des Grundstücksbesitzers vor.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
vor.				
(6) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufenden Unterhaltungen (Reinigung, Ausbesserung) der Abwasseranlagen in den Gebäuden sowie auf dem anzuschließenden Grundstück obliegen der Anschlussnehmerin oder dem Anschlussnehmer. Die Arbeiten müssen fachgerecht und nach etwaigen besonderen Vorschriften vom Städtischen Abwasserbetrieb durchgeführt werden.		(6) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufenden Unterhaltungen (Reinigung, Ausbesserung) der Abwasseranlagen in den Gebäuden sowie auf dem anzuschließenden Grundstück obliegen dem Anschlussnehmer. Die Arbeiten müssen fachgerecht und nach etwaigen besonderen Vorschriften der Stadt durchgeführt werden.		
(7) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung, die bauliche Unterhaltung sowie die Beseitigung von Grundstücksanschlussleitungen von der öffentlichen Abwasserleitung bis zur Grundstücksgrenze führt der Städtische Abwasserbetrieb selbst oder durch einen von ihm beauftragten Unternehmer auf Kosten der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers aus.		(7) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung, die bauliche Unterhaltung sowie die Beseitigung von Grundstücksanschlussleitungen von der öffentlichen Abwasserleitung bis zur Grundstücksgrenze führt die Stadt selbst oder durch einen von ihr beauftragten Unternehmer auf Kosten des Grundstückseigentümers aus.		
(8) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein ausreichendes natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann der Städtische Abwasserbetrieb von der Grundstückseigentümerin oder dem Grundstückseigentümer zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks, den Einbau und den Betrieb eines Pumpwerkes verlangen.		(8) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein ausreichendes natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann die Stadt von dem Grundstückseigentümer zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks den Einbau und den Betrieb eines Pumpwerkes verlangen		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(9) Auf Antrag können in technisch begründeten Fällen zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Eine Kostenersparnis ist kein ausreichender Grund. Die Benutzungsrechte und die Unterhaltungspflichten sind im Grundbuch oder durch Baulast abzusichern.		(9) Auf Antrag können in technisch begründeten Fällen zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Eine Kostenersparnis ist kein ausreichender Grund. Die Benutzungsrechte und die Unterhaltungspflichten sind im Grundbuch oder durch Baulast abzusichern.		
(10) Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer hat für den ordnungsgemäßen Zustand und eine vorschriftsmäßige Benutzung der Entwässerungsanlagen ihres oder seines Grundstückes entsprechend den Bestimmungen dieser Satzung zu sorgen. Sie oder er haftet für alle Schäden und Nachteile, die infolge mangelhaften Zustandes oder satzungswidriger Benutzung der Entwässerungsanlagen entstehen. Sie oder er hat den Städtischen Abwasserbetrieb von Ersatzansprüchen freizustellen, die Dritte bei dem Städtischen Abwasserbetrieb aufgrund von Mängeln geltend machen.		(10) Der Anschlussnehmer hat für den ordnungsgemäßen Zustand und eine vorschriftsmäßige Benutzung der Entwässerungsanlagen seines Grundstücks entsprechend den Bestimmungen dieser Satzung zu sorgen. Er haftet für alle Schäden und Nachteile, die infolge mangelhaften Zustandes oder satzungswidriger Benutzung seiner Entwässerungsanlagen entstehen. Er hat die Stadt von Ersatzansprüchen freizustellen, die Dritte bei der Stadt aufgrund von Mängeln geltend machen.		
(11) Der Städtische Abwasserbetrieb kann jederzeit fordern, dass auf den Grundstücken befindliche Entwässerungsanlagen in den Zustand gebracht werden, der den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entspricht.		(11) Die Stadt kann jederzeit fordern, dass auf den Grundstücken befindliche Entwässerungsanlagen in den Zustand gebracht werden, der den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entspricht.		
(12) Werden bei öffentlichen Baumaßnahmen Schäden an den Grundstücksanschlussleitungen festgestellt, so		(12) Werden bei öffentlichen Baumaßnahmen Schäden an den Grundstücksanschlussleitungen festgestellt, so		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
ist der Städtische Abwasserbetrieb berechtigt, diese Schäden im Zuge ihrer Maßnahme auf Kosten der Anschlussnehmerin oder des Anschlussnehmers zu beseitigen.		ist die Stadt berechtigt, diese Schäden im Zuge ihrer Maßnahme auf Kosten des Anschlussnehmers zu beseitigen.		
§ 13 **Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Kleinkläranlagen**		**§ 14** **Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Kleinkläranlagen**		
(1) Die Grundstücksentwässerungsanlage und die Zuwegung sind so zu bauen, dass die Anlage durch die eingesetzten Entsorgungsfahrzeuge mit vertretbarem Aufwand entsorgt werden können. Die Anlage muss frei zugänglich sein, der Deckel muss durch eine Person zu öffnen sein.		(1) Die Grundstücksentwässerungsanlage und die Zuwegung sind so zu bauen, dass die Anlagen durch die eingesetzten Entsorgungsfahrzeuge mit vertretbarem Aufwand entsorgt werden können. Die Anlage muss frei zugänglich sein, der Deckel muss durch eine Person zu öffnen sein.		
(2) Die regelmäßige Kontrolle und Wartung der Kleinkläranlage hat nach DIN 4261, Teil 4 zu erfolgen. Zur Durchführung der Wartungsarbeiten hat die Betreiberin oder der Betreiber der Kleinkläranlage den Abschluss eines Wartungsvertrages mit einer vom Städtischen Abwasserbetrieb anerkannten Fachfirma nachzuweisen. Bei Anlagen, die vor In-Kraft-Treten der Satzung in Betrieb genommen wurden, ist der Wartungsvertrag spätestens 6 Monate nach In-Kraft-Treten dieser Satzung vorzulegen.		(2) Die regelmäßige Kontrolle und Wartung der Kleinkläranlage hat nach DIN 4261, Teil 4 zu erfolgen. Zur Durchführung der Wartungsarbeiten hat der Betreiber der Kleinkläranlage den Abschluss eines Wartungsvertrages mit einer von der Stadt anerkannten Fachfirma nachzuweisen. Bei Anlagen, die vor In-Kraft-Treten der Satzung in Betrieb genommen wurden, ist der Wartungsvertrag spätestens 6 Monate nach In-Kraft-Treten dieser Satzung vorzulegen.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 14 **Ausführung, Betrieb und Unterhaltung von abflusslosen Gruben**		**§ 15** **Ausführung, Betrieb und Unterhaltung von abflusslosen Gruben**		
(1) Die Errichtung und Inbetriebnahme von abflusslosen Gruben auf Grundstücken, die mit Gebäuden zum dauernden Aufenthalt von Menschen bebaut werden dürfen, ist unzulässig.		(1) Die Errichtung und Inbetriebnahme von abflusslosen Gruben auf Grundstücken, die mit Gebäuden zum dauernden Aufenthalt von Menschen bebaut werden dürfen, ist unzulässig.		
(2) Die Zustimmung zum befristeten Betrieb, der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Satzung bestehenden abflusslosen Gruben bis zur Anschlussmöglichkeit, gilt als erteilt.		(2) Die Zustimmung zum bis zur Anschlussmöglichkeit befristeten Betrieb der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Treten dieser Satzung bestehenden abflusslosen Gruben, gilt als erteilt.		
(3) Abflusslose Gruben müssen wasserdicht und korrosionsbeständig sein. §13 Absatz 2 dieser Satzung gilt entsprechend.		(3) Abflusslose Gruben müssen wasserdicht und korrosionsbeständig sein. §14 Absatz 2 gilt entsprechend.		
(4) Be- und Entlüftung sind getrennt durchzuführen. Die Entlüftung ist so zu führen, dass sie über dem Dach des Wohnhauses ausmündet. In den Fällen, in denen eine natürliche Be- und Entlüftung nicht ausreicht, ist eine Zwangsbelüftung einzubauen.		(4) Be- und Entlüftung sind getrennt durchzuführen. Die Entlüftung ist so zu führen, dass sie über dem Dach des Wohnhauses ausmündet. In den Fällen, in denen eine natürliche Be- und Entlüftung nicht ausreicht, ist eine Zwangsbelüftung einzubauen.		
(5) Die abflusslose Grube muss über einen automati-		(5) Die abflusslose Grube muss über einen automati-		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
schen Füllstandsanzeiger verfügen, der bei einer individuell festzulegenden Füllhöhe eine Warnung auslöst.		schen Füllstandsanzeiger verfügen, der bei einer individuell festzulegenden Füllhöhe eine Warnung auslöst.		
(6) Das Zulaufrohr muss mindestens 50 mm über die Innenwand hinausragen, kopfseitig mit einem T-Stück versehen und so angeordnet sein, dass die Wirbelbildung in der Grube so gering wie möglich gehalten wird.		(6) Das Zulaufrohr muss mindestens 50 mm über die Innenwand hinausragen, kopfseitig mit einem T-Stück versehen und so angeordnet sein, dass die Wirbelbildung in der Grube so gering wie möglich gehalten wird.		
(7) Die Grubensohle muss ein Mindestgefälle von 3 % aufweisen und am Tiefpunkt mit einem Pumpensumpf ausgebildet sein, um eine vollständige Entleerung der abgesetzten Stoffe zu gewährleisten.		(7) Die Grubensohle muss ein Mindestgefälle von 3% aufweisen und am Tiefpunkt mit einem Pumpensumpf ausgebildet sein, um eine vollständige Entleerung der abgesetzten Stoffe zu gewährleisten.		
(8) Die Abdeckung der abflusslosen Grube muss so beschaffen und gesichert sein, dass Gefahren nicht bestehen. Die lichte Weite der Einstiegsöffnung muss mindestens 600 mm betragen. Die Abdeckung muss von Hand geöffnet werden können.		(8) Die Abdeckung der abflusslosen Grube muss so beschaffen und gesichert sein, dass Gefahren nicht bestehen. Die lichte Weite der Einstiegsöffnung muss mindestens 600mm betragen. Die Abdeckung muss von Hand geöffnet werden können.		
§ 15 **Entsorgung der Inhalte aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben**		**§ 16** **Entsorgung der Inhalte aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben**		
(1) Die Entsorgung umfasst die Entleerung der Anlage sowie die Abfuhr und Entsorgung des Anlageninhalts. Die Entsorgung erfolgt bei abflusslosen Gruben nach Bedarf, bei Kleinkläranlagen in der Regel einmal pro		(1) Die Entsorgung umfasst die Entleerung der Anlage sowie die Abfuhr und Entsorgung des Anlageninhalts. Die Entsorgung erfolgt bei Abflusslosen Gruben nach Bedarf, bei Kleinkläranlagen in der Regel einmal pro		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Jahr.		Jahr.		
(2) Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer hat die Entleerung einer Kleinkläranlage unter Berücksichtigung der Herstellerhinweise und der DIN 4261 rechtzeitig bei dem Städtischen Abwasserbetrieb zu beantragen, für eine abflusslose Grube spätestens dann, wenn diese bis auf 50 cm unter Zulauf aufgefüllt ist. Der Antrag kann mündlich oder schriftlich gestellt werden.		(2) Der Grundstückseigentümer hat die Entleerung einer Kleinkläranlage unter Berücksichtigung der Herstellerhinweise und der DIN 4261 rechtzeitig bei der Stadt zu beantragen, für eine abflusslose Grube spätestens dann, wenn diese bis auf 50 cm unter Zulauf aufgefüllt ist. Der Antrag kann mündlich oder schriftlich gestellt werden.		
(3) Auch ohne vorherigen Antrag und außerhalb des Entsorgungsplanes kann der Städtische Abwasserbetrieb die Inhalte der Grundstücksentwässerungsanlagen entsorgen, wenn besondere Umstände eine Entsorgung erfordern oder die Voraussetzung für eine Entsorgung vorliegen und der Antrag auf Entsorgung unterbleibt.		(3) Auch ohne vorherigen Antrag und außerhalb des Entsorgungsplanes kann die Stadt die Grundstücksentwässerungsanlage entsorgen, wenn besondere Umstände eine Entsorgung erfordern oder die Voraussetzung für eine Entsorgung vorliegen und der Antrag auf Entsorgung unterbleibt.		
(4) Der Städtische Abwasserbetrieb bestimmt den genauen Zeitpunkt, die Art und Weise und den Umfang der Entsorgung.		(4) Die Stadt bestimmt den genauen Zeitpunkt, die Art und Weise und den Umfang der Entsorgung		
(5) Zum Entsorgungstermin hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer die Grundstücksentwässerungsanlage freizulegen und die Zufahrt zu gewährleisten (§ 13 Absatz 1 dieser Satzung).		(5) Zum Entsorgungstermin hat der Grundstückseigentümer die Grundstücksentwässerungsanlage freizulegen und die Zufahrt zu gewährleisten (§ 14 Absatz 2).		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(6) Der Anlageninhalt geht mit der Übernahme in das Eigentum des Städtischen Abwasserbetriebs über. Der Städtische Abwasserbetrieb ist nicht verpflichtet darin nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.		(6) Der Anlageninhalt geht mit der Übernahme in das Eigentum der Stadt über. Die Stadt ist nicht verpflichtet darin nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.		
(7) Die Menge des abgefahrenen Grubeninhaltes wird durch die abfahrende Fachfirma im Auftrag des Städtischen Abwasserbetriebs ermittelt. Der Grundstückseigentümerin oder dem Grundstückseigentümer wird Gelegenheit gegeben, dem Vorgang beizuwohnen und die Erfassung der abgefahrenen Menge zu bestätigen.		(7) Die Menge des abgefahrenen Grubeninhaltes wird durch die abfahrende Fachfirma im Auftrag der Stadt ermittelt. Dem Grundstücksbesitzer wird Gelegenheit gegeben, dem Vorgang beizuwohnen und die Erfassung der abgefahrenen Menge zu bestätigen.		
(8) Wird eine Kleinkläranlage bzw. abflusslose Grube stillgelegt, so ist sie unverzüglich letztmalig zu entleeren und fachgerecht zu reinigen.		(8) Wird eine Kleinkläranlage bzw. abflusslose Grube stillgelegt, so ist sie unverzüglich letztmalig zu entleeren und fachgerecht zu reinigen.		
§ 16 **Genehmigung**		**§ 17** **Genehmigung**		
(1) Die Verantwortung für die Herstellung und Änderung von Anlagen und Einrichtungen auf Grundstücken zur Ableitung aller auf einem Grundstück anfallenden häuslichen Abwässer und des Niederschlagswassers obliegt		(1) Die Verantwortung für die Herstellung und Änderung von Anlagen und Einrichtungen auf Grundstücken zur Ableitung aller auf einem Grundstück anfallenden häuslichen Abwässer und des Niederschlagswassers obliegt		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
hinsichtlich der Einhaltung einschlägiger bau- und umweltrechtlicher Regelungen der Grundstückseigentümerin oder dem Grundstückseigentümer.		hinsichtlich der Einhaltung einschlägiger bau- und umweltrechtlicher Regelungen dem Eigentümer.		
(2) Herstellung und wesentliche Änderungen von Anlagen und Einrichtungen zur Ableitung der auf einem Grundstück anfallenden gewerblichen Abwässer sind dem Städtischen Abwasserbetrieb anzuzeigen.		(2) Herstellung und wesentliche Änderungen von Anlagen und Einrichtungen zur Ableitung der auf einem Grundstück anfallenden gewerblichen Abwässer sind der Stadt anzuzeigen.		
(3) Alle Abwasseranlagen im Sinne des Absatz 2 dieser Satzung bedürfen einer Abnahme durch den Städtischen Abwasserbetrieb. Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer oder die ausführende Firma hat Baubeginn und Fertigstellung bei dem Städtischen Abwasserbetrieb schriftlich anzuzeigen. Bei Abnahme müssen alle abzunehmenden Anlagen sichtbar und gut zugänglich sein. Die Prüfung und Abnahme der Anlagen durch den Städtischen Abwasserbetrieb befreit den ausführenden Unternehmer nicht von seiner zivilrechtlichen Haftung für fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten. Nicht abgenommene Anlagen dürfen nicht an das Abwassernetz angeschlossen werden.		(3) Alle Abwasseranlagen im Sinne des Absatz 2 bedürfen einer Abnahme durch die Stadt. Der Anschlussnehmer oder die ausführende Firma hat Baubeginn und Fertigstellung bei der Stadt schriftlich anzuzeigen. Bei Abnahme müssen alle abzunehmenden Anlagen sichtbar und gut zugänglich sein. Die Prüfung und Abnahme der Anlagen durch die Stadt befreit den ausführenden Unternehmer nicht von seiner zivilrechtlichen Haftung für fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten. Nicht abgenommene Anlagen dürfen nicht an das Abwassernetz angeschlossen werden.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 17 **Betriebsstörungen**		**§ 18** **Betriebsstörungen**		
(1) Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlage sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen wie Hochwasser, Wolkenbrüche oder Schneeschmelze oder durch Hindernisse im Wasserlauf hervorgerufen werden, hat die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Minderung der Gebühren. Der Städtische Abwasserbetrieb ist im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten verpflichtet, die Störungen unverzüglich zu beseitigen.		(1) Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der öffentlichen Abwasseranlage sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen wie Hochwasser, Wolkenbrüche oder Schneeschmelze oder durch Hindernisse im Wasserlauf hervorgerufen werden, hat der Anschlussnehmer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Minderung der Gebühren. Die Stadt ist im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten verpflichtet, die Störungen unverzüglich zu beseitigen		
(2) Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer und die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter haben dem Städtischen Abwasserbetrieb unverzüglich zu benachrichtigen, wenn 1. der Betrieb ihrer haustechnischen Abwasseranlagen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückzuführen sein können (z.B. Verstopfungen von Abwasserleitungen), 2. einer der in § 8 genannten Stoffe bzw. Stoffe mit den in § 8 genannten Eigenschaften in die öffentliche Abwasseranlage geraten sind oder zu geraten drohen, die		(2) Die Anschlussnehmer und die Indirekteinleiter haben die Stadt unverzüglich zu benachrichtigen, wenn 1. der Betrieb ihrer haustechnischen Abwasseranlagen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückzuführen sein können (z.B. Verstopfungen von Abwasserleitungen), 2. einer der in § 8 genannten Stoffe bzw. Stoffe mit den in § 8 genannten Eigenschaften in die öffentliche Abwasseranlage geraten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 8 nicht entsprechen,		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
den Anforderungen nach § 8 dieser Satzung nicht entsprechen, 3. sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert, 4. sich die der Genehmigung nach § 17 Absatz 2 dieser Satzung zugrundeliegenden Daten erheblich ändern, 5. für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungsrechtes entfallen.		3. sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert, 4. sich die der Genehmigung nach § 17 Absatz 2 zugrundeliegenden Daten erheblich ändern, 5. für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungsrechtes entfallen.		
§ 18 **Private Abwasseranlagen**		**§ 19** **Private Abwasseranlagen**		
Abwasseranlagen sind gemäß § 60 und § 61 Wasserhaushaltsgesetz und § 56 LWG NRW so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Im Übrigen dürfen Abwasseranlagen nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden.		Abwasseranlagen sind gemäß § 60 Wasserhaushaltsgesetz so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Im Übrigen dürfen Abwasseranlagen nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden.		
§ 19 **Indirekteinleiterkataster**		**§ 20** **Indirekteinleiterkataster**		
(1) Der Städtische Abwasserbetrieb führt ein Kataster		(1) Die Stadt führt ein Kataster über Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
über Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.		Abwasser abweicht.		
(2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Absatzes 1 dieser Satzung sind dem Städtischen Abwasserbetrieb mit dem Antrag nach § 16 Absatz 2 dieser Satzung die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies vor Einleitung der geänderten Abwässer zu geschehen.		(2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Absatzes 1 sind der Stadt mit dem Antrag nach § 17 Absatz 2 die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies vor Einleitung der geänderten Abwässer zu geschehen.		
(3) Die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter hat dem Städtischen Abwasserbetrieb die erforderlichen Auskünfte, insbesondere über die betrieblichen Einsatzstoffe, die Abwasserentstehung, die Beschaffenheit und die Menge des Abwassers sowie Lage und Zustand der Grundstücksentwässerungsanlagen, zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Auf Nachfrage des Städtischen Abwasserbetriebs hat die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter dem Städtischen Abwasserbetrieb mit einem Betriebstagebuch Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers zu erteilen. Sie hat eine verantwortliche Person für die Indirekteinleitung zu benennen. Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen mit gefährlichen Stoffen im Sinne des § 59 LWG NRW handelt, genügt in der Regel die Vorlage des		Auf Verlangen hat der Indirekteinleiter der Stadt mit einem Betriebstagebuch Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers zu erteilen. Er hat einen Verantwortlichen für die Indirekteinleitung zu benennen. Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen mit gefährlichen Stoffen im Sinne des § 59 LWG handelt, genügt in der Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde.				
§ 20 **Abwasseruntersuchungen**		**§ 21** **Abwasseruntersuchungen**		
(1) Der Städtische Abwasserbetrieb ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Er bestimmt die Entnahmestellen sowie Art, Umfang und Turnus der Probenahmen.		(1) Die Stadt ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Sie bestimmt die Entnahmestellen sowie Art, Umfang und Turnus der Probenahmen.		
(2) Die Kosten für die Untersuchung trägt die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer.		(2) Die Kosten für die Untersuchung trägt der Anschlussnehmer.		
§ 21 **Haftung**		**§ 22** **Haftung**		
(1) Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer und die Indirekteinleiterin oder der Indirekteinleiter haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der haustechnischen Abwasseranlagen bzw. der Grundstücksentwässerungsanlagen einschließlich der Zuwegungen nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die dem Städtischen Abwasserbetrieb infolge eines mangelhaften Zustandes oder einer satzungswidrigen Benutzung		(1) Die Grundstückseigentümer und der Indirekteinleiter haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der haustechnischen Abwasseranlagen bzw. der Grundstücksentwässerungsanlagen einschließlich der Zuwegungen nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die der Stadt infolge eines mangelhaften Zustandes oder einer satzungswidrigen Benutzung dieser Anlagen oder infolge		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
dieser Anlagen oder infolge einer satzungswidrigen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage entstehen.		einer satzungswidrigen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage entstehen.		
(2) Im gleichem Umfang hat die oder der Ersatzpflichtige den Städtische Abwasserbetrieb von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.		(2) Im gleichem Umfang hat der Ersatzpflichtige die Stadt von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.		
(3) Der Städtische Abwasserbetrieb haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die gemäß § 13 Absatz 4 dieser Satzung vorgeschriebenen Rückstausicherungen nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß funktionieren.		(3) Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die gemäß § 13 Absatz 4 vorgeschriebenen Rückstausicherungen nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß funktionieren		
(4) Kann die in der Satzung vorgesehene Entsorgung der Inhalte aus Grundstücksentwässerungsanlagen wegen höherer Gewalt nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung der Benutzungsgebühr. Im Übrigen haftet der Städtische Abwasserbetrieb im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.		(4) Kann die in der Satzung vorgesehene Entsorgung der Inhalte aus Grundstücksentwässerungsanlagen wegen höherer Gewalt nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, hat der Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung der Benutzungsgebühr. Im Übrigen haftet die Stadt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 22 **Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen**		**§ 23** **Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen**		
(1) Die Anschlussnehmerin oder der Anschlussnehmer ist verpflichtet, alle für die Prüfung der Anlagen und für die Berechnung der städtischen Gebühren- und Ersatzansprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen.		(1) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, alle für die Prüfung der Anlagen und für die Berechnung der städtischen Gebühren- und Ersatzansprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen.		
(2) Der beauftragten Person des Städtischen Abwasserbetriebs ist zur Nachschau der Entwässerungsanlagen und zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Insbesondere müssen die Öffnungen, Prüfschächte und Rückstauverschlüsse den Beauftragten jederzeit zugänglich sein und die zugehörigen Genehmigungen und Erlaubnisse bereitgehalten werden.		(2) Den Beauftragten der Stadt ist zur Nachschau der Entwässerungsanlagen und zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Insbesondere müssen die Öffnungen, Prüfschächte und Rückstauverschlüsse den Beauftragten jederzeit zugänglich sein und die zugehörigen Genehmigungen und Erlaubnisse bereitgehalten werden.		
(3) Die Anordnungen der prüfungsbeauftragten Person des Städtischen Abwasserbetriebs sind zu befolgen. Wird einer Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist der Städtische Abwasserbetrieb berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten der anschlussnehmenden Person durchzu-		(3) Die Anordnungen der Prüfungsbeauftragten sind zu befolgen. Wird einer Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist die Stadt berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Anschlussnehmers durchzuführen. Die Stadt kann die Zahlung der Kosten im Voraus verlangen.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
führen. Der Städtische Abwasserbetrieb kann die Zahlung der Kosten im Voraus verlangen.				
(4) Die beauftragten Personen des Städtischen Abwasserbetriebs haben sich auf Verlangen durch einen vom Städtischen Abwasserbetrieb ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.		(4) Die Beauftragten haben sich auf Verlangen durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.		
(5) Die bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, dem Städtischen Abwasserbetrieb auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Flächen auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Der Städtische Abwasserbetrieb erstellt durch eine Überfliegung des Stadtgebietes Luftbilder von den Grundstücken. Mit Hilfe der Luftbilder wird ein zeichnerischer Lageplan zur Befragung der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers entwickelt, aus welchem sich die bebauten und/oder befestigten abflusswirksamen Flächen ergeben, von denen das Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage ge-		(5) Die bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Gemeinde auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Die Gemeinde erstellt durch eine Überfliegung des Gemeindegebietes Luftbilder von den Grundstücken. Mit Hilfe der Luftbilder wird ein zeichnerischer Lageplan zur Befragung des Grundstückseigentümers entwickelt, aus welchem sich die bebauten und/oder befestigten abflusswirksamen Flächen ergeben, von denen das Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, zu dem zeichnerischen Lageplan Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob die abflusswirksamen Flächen durch die		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
langt. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, zu dem zeichnerischen Lageplan Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob die abflusswirksamen Flächen durch den Städtischen Abwasserbetrieb zutreffend ermittelt worden sind. Soweit erforderlich, kann der Städtische Abwasserbetrieb die Vorlage weiterer Unterlagen einfordern. Kommt die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ihrer oder seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen durch die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer vor, wird die bebaute bzw. überbaute und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche vom Städtischen Abwasserbetrieb geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht des Städtischen Abwasserbetriebs (z.B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldnerin oder Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.		Gemeinde zutreffend ermittelt worden sind. Soweit erforderlich, kann die Gemeinde die Vorlage weiterer Unterlagen einfordern. Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute (bzw. überbaute) und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von der Gemeinde geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Gemeinde (z.B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Teil II Schlussvorschriften		**Teil III Schlussvorschriften**		
§ 23 **Berechtigte und Verpflichtete**		**§ 32** **Berechtigte und Verpflichtete**		
(1) Die sich aus dieser Satzung oder aus einer aufgrund dieser Satzung ergangenen vollziehbaren Anordnung für die Grundstückseigentümerin oder den Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend auch für die Inhaberin oder den Inhaber von auf einem Grundstück befindlichen Betrieb, Wohnungseigentümerin oder Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte, sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte und für jeden schuldrechtlich zur Nutzung Berechtigten sowie jeden tatsächlichen Benutzer und jede tatsächliche Benutzerin.		(1) Die sich aus dieser Satzung oder aus einer aufgrund dieser Satzung ergangenen vollziehbaren Anordnung für den Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend auch für den Inhaber von auf einem Grundstück befindlichen Betrieb, Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte, sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte und für jeden schuldrechtlich zur Nutzung Berechtigten sowie jeden tatsächlichen Benutzer.		
(2) Mehrere Verpflichtete sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.		(2) Mehrere Verpflichtete sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.		
§ 24 **Ordnungswidrigkeiten**		**§ 33** **Ordnungswidrigkeiten**		
(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 7 Absatz 2 der Ge-		(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 7 Absatz 2 der Ge-		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
meindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen 1. § 6 Absatz 1 auf seinem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser als Brauchwasser nutzt, ohne dies dem Städtischen Abwasserbetrieb angezeigt zu haben, 2. § 8 Absatz 1, 2 und 3 Abwasser oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder einbringt, deren Einleitung oder Einbringung ausgeschlossen ist, 3. § 8 Absatz 4 Abwasser einleitet, das die Grenzwerte nicht einhält oder das Abwasser zur Einhaltung der Grenzwerte verdünnt oder vermischt, 4. § 8 Absatz 5 die unverzügliche Benachrichtigung dem Städtischen Abwasserbetrieb unterlässt, 5. § 8 Absatz 8 seiner Mitteilungspflicht nicht nachkommt, 6. § 8 Absatz 9 Abwasser ohne Einwilligung des Städtischen Abwasserbetriebs auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes in die öffentliche Abwasseranlage einleitet, 7. § 9 Abwasser mit den dort genannten Leichtflüssigkeiten sowie fetthaltiges Abwasser vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage nicht in entsprechende Abscheider einleitet oder Abscheider		meindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen 1. § 6 Absatz 1 auf seinem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser als Brauchwasser nutzt, ohne dies der Stadt angezeigt zu haben, 2. § 8 Absatz 1, 2 und 3 Abwasser oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder einbringt, deren Einleitung oder Einbringung ausgeschlossen ist, 3. § 8 Absatz 4 Abwasser einleitet, das die Grenzwerte nicht einhält oder das Abwasser zur Einhaltung der Grenzwerte verdünnt oder vermischt, 4. § 8 Absatz 5 die unverzügliche Benachrichtigung der Stadt unterlässt, 5. § 8 Absatz 8 seiner Mitteilungspflicht nicht nachkommt, 6. § 8 Absatz 10 Abwasser ohne Einwilligung der Gemeinde auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes in die öffentliche Abwasseranlage einleitet, 7. § 9 Abwasser mit den dort genannten Leichtflüssigkeiten sowie fetthaltiges Abwasser vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage nicht in entsprechende Abscheider einleitet oder Abscheider nicht oder nicht ordnungsgemäß einbaut oder betreibt oder Abscheidegut nicht in Übereinstimmung	

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
nicht oder nicht ordnungsgemäß einbaut oder betreibt oder Abscheidegut nicht in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften entsorgt oder Abscheidegut der öffentlichen Abwasseranlage zuführt, 8. § 10 Absatz 9 das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet, 9. § 12 Absatz 6 in den im Trennsystem entwässerten Bereichen das Schmutz- und das Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuführt, 10. §§ 13 und 14 die Anforderungen an Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen nicht erfüllt, 11. § 15 die Entleerung nicht oder nicht rechtzeitig beantragt, 12. § 16 Absatz 2 den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung herstellt oder ändert, 13. § 17 Absatz 2 die unverzügliche Benachrichtigung des Städtischen Abwasserbetriebs unterlässt, 14. § 19 Absatz 2 dem Städtischen Abwasserbetrieb die abwasserzeugenden Betriebsvorgänge nicht oder nicht rechtzeitig benennt oder auf ein entsprechendes Verlangen des Städtischen Abwasserbetriebs hin keine oder eine nur unzureichende Auskunft		mit den abfallrechtlichen Vorschriften entsorgt oder Abscheidegut der öffentlichen Abwasseranlage zuführt, 8. § 11 Absatz 1 das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet, 9. § 13 Absatz 6 in den im Trennsystem entwässerten Bereichen das Schmutz- und das Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuführt, 10. §§ 14 und 15 die Anforderungen an Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen nicht erfüllt, 11. § 16 die Entleerung nicht oder nicht rechtzeitig beantragt, 12. § 17 Absatz 2 den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung herstellt oder ändert, 13. § 18 Absatz 2 die unverzügliche Benachrichtigung der Stadt unterlässt, 14. § 20 Absatz 2 der Stadt die abwasserzeugenden Betriebsvorgänge nicht oder nicht rechtzeitig benennt oder auf ein entsprechendes Verlangen der Stadt hin keine oder eine nur unzureichende Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers erteilt, 15. § 23 Absatz 1 seiner Auskunfts- und Meldepflicht		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers erteilt, 15. § 22 Absatz 1 seiner Auskunfts- und Meldepflicht nicht nachkommt oder 16. § 22 Absatz 2 die Bediensteten oder die mit Berechtigungsausweis versehenen Beauftragten des Städtischen Abwasserbetriebs daran hindert, zum Zweck der Erfüllung der städtischen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, oder diesem Personenkreis nicht ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken gewährt. 17. § 13 Absatz 1 und 2 für sein Grundstück keine eigene Anschlussleitung ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken herstellt.		nicht nachkommt oder 16. § 23 Absatz 2 die Bediensteten oder die mit Berechtigungsausweis versehenen Beauftragten der Stadt daran hindert, zum Zweck der Erfüllung der städtischen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, oder diesem Personenkreis nicht ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken gewährt.		
(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer unbefugt Arbeiten an den öffentlichen Abwasseranlagen vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage, etwa einen Abwasserkanal, betritt.		(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer unbefugt Arbeiten an den öffentlichen Abwasseranlagen vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage, etwa einen Abwasserkanal, betritt.		
(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Die Geldbuße kann bis zu 50.000,00 € betragen und soll den wirtschaftlichen Vorteil, der dem		(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Die Geldbuße kann bis zu 50.000,00 € betragen und soll den wirtschaftlichen Vorteil, der dem		

Synopse zur Neufassung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Inhalten aus Grundstücksentwässerungsanlagen – Entwässerungssatzung – der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Täter aus der Ordnungswidrigkeit entstanden ist, deutlich übersteigen. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19.02.1987 (BGBl. I 1987 S. 602) in der jeweils gültigen Fassung.		Täter aus der Ordnungswidrigkeit entstanden ist, deutlich übersteigen. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19.02.1987 (BGBl. I 1987 S. 602) in der jeweils gültigen Fassung.		
(4) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne von § 36 Absatz 1 Nr. 1 OWiG ist der Bürgermeister.		(4) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne von § 36 Absatz 1 Nr. 1 OWiG ist der Bürgermeister.		
§ 25 **In-Kraft-Treten / Außer-Kraft-Treten**		**§ 34** **In-Kraft-Treten**		
(1) Diese Satzung tritt am 01.10.2024 in Kraft.		(1) Diese Satzung tritt am 01.04.2004 in Kraft.		
(2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 - in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023 außer Kraft.		(2) Die bisher gültigen Satzungen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 26.10.1972, die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 26.10.1972 und die Satzung der Stadt Erkelenz über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Grundstücksentwässerungssatzung - vom 21.12.2000 treten am 31.03.2004 außer Kraft.		

Satzung

über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse – Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2024 (GV. NRW. S. 444), in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8, 10 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. März 2024 (GV. NRW. S. 155), in der jeweils geltenden Fassung, des § 54 des Landeswassergesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.6.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17.12.2021 (GV NRW, S. 1470), in der jeweils geltenden Fassung sowie des Nordrhein-Westfälischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vom 08.07.2016 (AbwAG NRW, GV. NRW. 2016, S. 559 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.), in der jeweils geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Erkelenz am 25.09.2024 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt:

Finanzierung der Abwasserbeseitigung

§ 1 Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlage

2. Abschnitt:

Gebührenrechtliche Regelungen

§ 2 Abwassergebühren
§ 3 Gebührenmaßstäbe
§ 4 Schmutzwassergebühren
§ 5 Niederschlagswassergebühr
§ 6 Beginn und Ende der Gebührenpflicht
§ 7 Gebührenpflichtige
§ 8 Fälligkeit der Gebühr
§ 9 Gebühr für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm
§ 10 Gebühr für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben

3. Abschnitt:

Aufwendungsersatz für Anschlussleitungen

§ 11 Kostenersatz für Haus- und Grundstücksanschlüsse
§ 12 Entstehung des Ersatzanspruches
§ 13 Ersatzpflichtige
§ 14 Fälligkeit des Ersatzanspruches

4. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 15 Auskunftspflichten
§ 16 Zwangsmittel
§ 17 Inkrafttreten

1. Abschnitt:

Finanzierung der Abwasserbeseitigung

§ 1

Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlage

(1) Zur Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlage erhebt die Stadt Erkelenz Abwassergebühren (Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren) nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.

(2) Entsprechend § 1 Abs. 2 der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 in der jeweils geltenden Fassung stellt die Stadt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Klärschlämme die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (öffentliche Abwasseranlagen). Hierzu gehören der gesamte Bestand an personellen und sachlichen Mitteln, die für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erforderlich sind (z. B. das Kanalnetz, Kläranlagen, Regenwasser-Versickerungsanlagen, Transportfahrzeuge für Klärschlamm aus Kleinkläranlagen und Inhaltstoffen von abflusslosen Gruben, das für die Abwasserbeseitigung eingesetzte Personal). Die Stadt bedient sich dabei des Abwasserbetriebes Erkelenz und weiterer Dritter.

(3) Die öffentlichen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit, die auch bei der Bemessung der Abwassergebühren zugrunde gelegt wird.

2. Abschnitt:

Gebührenrechtliche Regelungen

§ 2

Abwassergebühren

(1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage erhebt der Städtische Abwasserbetrieb nach §§ 4 Abs. 2, 6 KAG NRW und § 54 LWG NRW Abwassergebühren (Benutzungsgebühren) zur Deckung der Kosten i. S. d. § 6 Abs. 2 KAG NRW sowie der Verbandslasten nach § 7 KAG NRW.

(2) In die Abwassergebühr wird nach § 2 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW eingerechnet:

- die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen des Städtischen Abwasserbetriebes (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AbwAG NRW),
- die Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i. V.m. § 1 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW), die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf den Städtischen Abwasserbetrieb umgelegt werden (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AbwAG NRW).

(3) Die Abwasserabgabe für Kleineinleitende (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs.1 Satz 1 AbwAG NRW) wird im Rahmen der Gebührenerhebung nach § 9 dieser Satzung von der Person erhoben, die eine Kleinkläranlage betreibt, welche nicht den Anforderungen des § 60 WHG und § 56 LWG NRW entspricht.

(4) Die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswassergebühr sowie die Gebühren nach den §§ 9 und 10 dieser Satzung sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 6 Abs. 5 KAG NRW).

§ 3

Gebührenmaßstäbe

(1) Der Städtische Abwasserbetrieb erhebt getrennte Abwassergebühren für die Beseitigung von Schmutz-und Niederschlagswasser (Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Beseitigung des Abwassers).

(2) Die Schmutzwassergebühr bemisst sich nach dem Frischwassermaßstab (§ 4).

(3) Die Niederschlagswassergebühr bemisst sich auf der Grundlage der Quadratmeter der bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Fläche auf den Grundstücken, von denen Niederschlagswasser abflusswirksam in die öffentliche Abwasseranlage gelangen kann (§ 5).

§ 4

Schmutzwassergebühren

(1) Die Gebühr für Schmutzwasser wird nach der Menge des häuslichen und gewerblichen Schmutzwassers berechnet, das der Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter (m^3) Schmutzwasser. Veranlagungszeitraum für die Schmutzwassergebühr ist grundsätzlich das Kalenderjahr.

(2) Als Schmutzwassermenge gilt die aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogene Frischwassermenge (§ 4 Abs. 3) und die aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) gewonnene Wassermenge (§ 4 Abs. 4), abzüglich der auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen, die nicht in die gemeindliche Abwasseranlage eingeleitet werden (§ 4 Abs. 6).

(3) Bei Entnahme aus öffentlichen Wasserversorgungsanlagen ist grundsätzlich maßgebend die von den Versorgungsunternehmen für den Abrechnungszeitraum vor dem jeweiligen Veranlagungsjahr rechnungsmäßig festgestellte (= abgelesene oder geschätzte) Wasserbezugsmenge. Ist der Abrechnungszeitraum kürzer als ein Jahr, so ist die Wasserbezugsmenge auf ein Jahresergebnis umzurechnen.

(4) Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z. B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) hat die gebührenpflichtige Person den Mengennachweis durch einen auf ihre Kosten eingebauten und messrichtig funktionierenden Wasserzähler nach § 4 Abs. 6 Nr. 2 dieser Satzung zu führen. Gemäß § 4 Abs. 6 Nr. 2 dieser Satzung muss der Wasserzähler in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer

Konformitätserklärung der Herstellerin oder des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt der gebührenpflichtigen Person. Ist der gebührenpflichtigen Person der Einbau eines solchen Wasserzählers nicht zumutbar, so ist der Städtische Abwasserbetrieb berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführten Wassermengen zu schätzen (z. B. auf der Grundlage der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpleistung sowie Betriebsstunden der Wasserpumpe oder unter Berücksichtigung der statistischen Verbräuche im Stadtgebiet).

(5) Hat ein Wassermengenzähler offenbar nicht richtig oder überhaupt nicht gemessen, so wird die Verbrauchsmenge von dem Städtischen Abwasserbetrieb aufgrund vorangegangener oder späterer Ablesungen des Wassermengenzählers geschätzt. Die so geschätzte Verbrauchsmenge gilt dann als Grundlage der Gebührenrechnung.

(6) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück anderweitig verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen (sog. Wasserschwundmengen) abgezogen, die nachweisbar nicht dem öffentlichen Kanal zugeführt werden. Der Nachweis der Wasserschwundmengen obliegt der gebührenpflichtigen Person. Die gebührenpflichtige Person ist grundsätzlich verpflichtet, den Nachweis durch eine auf ihre Kosten eingebaute, messrichtig funktionierende und geeignete Messeinrichtung in Anlehnung an das Mess-und Eichrecht (MessEG, Mess-EichV) zu führen:

Nr. 1: Abwasser-Messeinrichtung

Geeignete Abwasser-Messeinrichtungen sind technische Geräte, die in regelmäßigen Abständen kalibriert werden müssen. Die Kalibrierung ist nach den Hersteller-Angaben durchzuführen und dem Städtischen Abwasserbetrieb nachzuweisen, um die ordnungsgemäße Funktion der Abwasser-Messeinrichtung zu dokumentieren. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt.

Nr. 2: Wassermengenzähler

Ist die Verwendung einer Abwasser-Messeinrichtung im Einzelfall technisch nicht möglich oder der gebührenpflichtigen Person nicht zumutbar, so hat sie den Nachweis durch einen auf ihre Kosten eingebauten, messrichtig funktionierenden und geeichten Wasserzähler zu führen. Der Wasserzähler muss in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung der Herstellerin oder des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt der gebührenpflichtigen Person. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt.

Nr. 3: Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen

Ist im Einzelfall auch der Einbau eines Wasserzählers zur Messung der Wasserschwundmengen technisch nicht möglich oder der gebührenpflichtigen Person nicht zumutbar, so hat diese den Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen zu führen. Aus diesen Unterlagen muss sich insbesondere ergeben, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der öffentlichen Abwassereinrichtung nicht zugeleitet werden und wie groß diese Wassermengen

sind. Die nachprüfbaren Unterlagen müssen geeignet sein, dem Städtischen Abwasserbetrieb eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen Wassermengen zu ermöglichen. Sind die nachprüfbaren Unterlagen unschlüssig und/oder nicht nachvollziehbar, werden die geltend gemachten Wasserschwundmengen nicht anerkannt. Soweit die gebührenpflichtige Person durch ein spezielles Gutachten bezogen auf ihre Wasserschwundmengen den Nachweis erbringen will, hat sie die gutachterlichen Ermittlungen vom Inhalt, von der Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit dem Städtischen Abwasserbetrieb abzustimmen. Die Kosten für das Gutachten trägt die gebührenpflichtige Person.

(7) Bei Neubauten wird eine vorläufige Schmutzwassermenge zugrunde gelegt, die sich nach dem wahrscheinlichen Frischwasserverbrauch, welcher grundsätzlich pro Person pro Jahr 50 Kubikmeter (m^3) beträgt, richtet. Die endgültige Abrechnung darüber erfolgt, sobald nach Bezugsfertigkeit ein voller Jahresablesezeitraum über Frischwasser vorliegt.

(8) Der Abzug, der gemäß Absatz 2 nicht in den Kanal bzw. die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleiteten Wassermengen, ist durch einen schriftlichen Antrag bis zum 15.01 des nachfolgenden Jahres durch die gebührenpflichtige Person beim Städtischen Abwasserbetrieb geltend zu machen. Nach Ablauf dieses Datums findet eine Berücksichtigung der Wasserschwundmengen nicht mehr statt (Ausschlussfrist). Der Nachweis ist von der gebührenpflichtigen Person auf ihre Kosten zu erbringen. Die nicht in die Grundstücksentwässerungsanlagen eingeleiteten Wassermengen sind grundsätzlich durch geeichte Messvorrichtungen nachzuweisen, die die gebührenpflichtige Person auf ihre Kosten einzubauen hat.

(9) Die Schmutzwassergebühr beträgt je Kubikmeter (m^3) Schmutzwasser jährlich 1,60 €.

(10) Der Gebührensatz für die Entsorgung der Inhalte von Grundstücksentwässerungsanlagen entspricht der Schmutzwassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Haushalte gemäß Absatz 9.

(11) Bei gebührenpflichtigen Personen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 KAG NRW von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich die an dem Städtischen Abwasserbetrieb zu zahlende Gebühr um die nach § 7 Absatz 2 Satz 3 und 4 KAG NRW anrechnungsfähigen Beträge.

(12) Bei gebührenpflichtigen Personen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 KAG NRW von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich gemäß § 7 Absatz 1 Satz 4 KAG NRW die an dem Städtischen Abwasserbetrieb zu zahlende Gebühr, soweit nach Art und Umfang die gebührenpflichtige Person selbst von dem Verband für die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen und Anlagen oder für die von ihm gewährten Vorteile zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen wird. Sofern der Verband lediglich die Abwasserreinigung übernimmt, beträgt die Gebühr für die Schmutzwassersammlung und den Schmutzwassertransport 0,40 € je Kubikmeter (m^3) Schmutzwasser.

§ 5

Niederschlagswassergebühr

(1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Niederschlagswasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Grundstücksfläche, von denen Niederschlagswasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden abflusswirksam in die

öffentliche Abwasseranlage gelangen kann. Berechnungseinheit ist der Quadratmeter (m^2), wobei die bebaute und befestigte Fläche des jeweiligen Grundstückes auf volle zehn Quadratmeter abgerundet wird. Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangen kann.
Unter einer Befestigung ist jede von einer natürlichen Beschaffenheit abweichende Veränderung zu verstehen.

(2) Die bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung der Eigentümerinnen oder der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, dem Städtischen Abwasserbetrieb auf Anforderung die Quadratmeterzahl zuvor aufgeführter, in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksame Flächen auf ihrem oder seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Durch Überfliegung des Stadtgebietes können Luftbilder von den Grundstücken erstellt werden. Mit Hilfe der Luftbilder wird ein zeichnerischer Lageplan zur Befragung der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers entwickelt, aus welchem sich die bebauten und/oder befestigten abflusswirksamen Flächen ergeben, von denen das Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangen kann. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, zu dem zeichnerischen Lageplan Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob die abflusswirksamen Flächen durch den Städtischen Abwasserbetrieb zutreffend ermittelt worden sind. Soweit erforderlich, kann der Städtische Abwasserbetrieb die Vorlage weiterer Unterlagen einfordern. Kommt die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ihrer oder seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute bzw. überbaute und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von dem Städtischen Abwasserbetrieb geschätzt.
Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht des Städtischen Abwasserbetriebes (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer gesamtschuldnerisch den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.

(3) Wird die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert, so hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückeigentümer dies dem Städtischen Abwasserbetrieb innerhalb eines Monates nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 5 Abs. 2 entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche wird mit dem 1. Tag des Monats berücksichtigt, nach dem die Änderungsanzeige durch die gebührenpflichtige Person dem Städtischen Abwasserbetrieb zugegangen ist.

(4) Die Gebühr beträgt für jeden Quadratmeter (m^2) bebauter und/oder befestigter Fläche i. S. d. Abs. 1 jährlich 0,90 €.

(5) Wenn auf einem Grundstück mehr als 2 m^3 Auffang- oder Speichervolumen vorgehalten werden, so werden auf Antrag pro vorgehaltenem Liter 0,01 m^2 der daran angeschlossenen befestigten oder bebauten Fläche von der Gebührenbemessung abgezogen.

(6) Bei Neubauten wird eine vorläufige bebaute und/oder befestigte Fläche zugrunde gelegt. Diese wird grundsätzlich auf 300 m² für private und 1.000 m² für gewerbliche Flächen festgesetzt. Eine Anpassung an die tatsächliche Fläche erfolgt nach Mitteilung der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers. Die Grundstückeigentümerin oder der Grundstückseigentümer hat dies unverzüglich anzuzeigen. Die veränderte Fläche wird mit dem 01. des Monats berücksichtigt, der dieser Anzeige folgt.

(7) Bei mehreren Eigentümerinnen oder Eigentümern oder erbbauberechtigten Personen können eine gemeinsame Erklärung, getrennte Erklärungen oder eine nur von einem der erklärungspflichtigen Personen ausgefertigte Erklärung abgegeben werden. Wenn keine oder getrennten Erklärungen mit unterschiedlichen Angaben vorliegen, können die Bemessungsgrundlagen geschätzt werden. Im Falle des Wohnungseigentums kann die Erklärung von der verwaltenden Person abgegeben werden; Satz 2 gilt entsprechend.

§ 6

Beginn und Ende der Gebührenpflicht

(1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem 1. des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt.

(2) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.

(3) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die Abwasseranlage. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.

§ 7

Gebührenpflichtige

(1) Gebührenpflichtige sind

a) die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer; wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, auch die erbbauberechtigte Person,

b) die Nießbraucherin oder der Nießbraucher oder diejenige Person, die ansonsten zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist,

c) die Straßenbaulastträgerin oder der Straßenbaulastträger für die Straßenoberflächenentwässerung.

Mehrere gebührenpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch.

(2) Maßgebend für die Gebührenpflicht sind die am 1. Januar des Veranlagungsjahres bestehenden, durch den Einheitswert- und Grundsteuermessbescheid des Finanzamtes festgestellten Eigentumsverhältnisse. Werden Grundstücke im Laufe des Veranlagungsjahres neu angeschlossen, so sind maßgebend die Eigentumsverhältnisse zum Zeitpunkt des Anschlusses.

(3) Im Falle eines Eigentumswechsels ist die neue Eigentümerin oder der neue Eigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch

folgt. Für sonstige gebührenpflichtige Personen gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat die bisherige gebührenpflichtige Person dem Städtischen Abwasserbetrieb innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung mitzuteilen.

(4) Bei Eigentumswechsel haften für Gebührenrückstände bis zum Eigentumsübergang die bisherige oder der bisherige und die neue Eigentümerin oder der neue Eigentümer gesamtschuldnerisch.

(5) Die gebührenpflichtigen Personen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie dem Städtischen Abwasserbetrieb die erforderlichen Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben ferner zu dulden, dass beauftragte Personen des Städtischen Abwasserbetriebes das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlage festzustellen oder zu überprüfen.

§ 8

Fälligkeit der Gebühr

Die Benutzungsgebühren werden durch einen Jahresabgabenbescheid, der auch mit dem Bescheid über andere kommunale Abgaben verbunden sein kann, festgesetzt. Die Gebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides fällig. Es werden Abschlagszahlungen in Höhe der Benutzungsgebühren in gleichen Vierteljahresraten zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres erhoben. Die Gebühr entsteht am 01.01. des jeweiligen Kalenderjahres.

§ 9

Gebühr für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm

(1) Für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen in die Abwasserreinigungsanlage wird eine Gebühr erhoben.

(2) Die Gebühr setzt sich aus einer Transportgebühr von 141,25 €, einer Abpumpgebühr von 10,59 € je abfahrenem Kubikmeter (m^3) Klärschlamm sowie einer Reinigungsgebühr von 1,20 € je zu reinigendem Kubikmeter (m^3) Klärschlamm zusammen.

(3) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt der Abfuhr.

(4) Gebührenpflichtig ist die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer, die erbbauberechtigte Person oder die sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigte Person, auf deren Grundstück die Kleinkläranlage betrieben wird. Mehrere gebührenpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch.

(5) Eine Kleineinleiter-Abgabe wird erhoben, wenn eine Kleinkläranlage nicht den allgemein anerkannten Regeln der Technik im Sinne des § 60 WHG und § 56 LWG NRW entspricht.

§ 10

Gebühr für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben

(1) Für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben und deren Beseitigung wird eine Gebühr erhoben.

(2) Die Gebühr setzt sich aus einer Transportgebühr von 141,25 €, einer Abpumpgebühr von 10,59 € je abgefahrenem Kubikmeter (m^3) sowie einer Reinigungsgebühr von 1,20 € je zu reinigendem Kubikmeter (m^3) Klärschlamm zusammen.

(3) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt des Auspumpens.

(4) Gebührenpflichtig ist die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer, die erbbauberechtigte Person oder die sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigte Person, auf deren Grundstück die abflusslose Grube betrieben wird.

(5) Mehrere gebührenpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch.

3. Abschnitt:

Aufwandsersatz für Anschlussleitungen

§ 11

Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen

(1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücksanschlussleitung an die öffentlichen Abwasseranlagen sind dem Städtischen Abwasserbetrieb nach § 10 Abs. 1 KAG NRW zu ersetzen und werden auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet.

(2) Erhält ein Grundstück auf Antrag mehrere Grundstücksanschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Anschlussleitung nach Absatz 1 berechnet.

(3) Grundstücksanschlussleitungen sind die Leitungen von dem öffentlichen Hauptkanal (der öffentlichen Sammelleitung) in der öffentlichen Straße bis zur privaten Grundstücksgrenze.

§ 12

Entstehung des Ersatzanspruchs

Der Ersatzanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung der Grundstücksanschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.

§ 13

Ersatzpflichtige

(1) Ersatzpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides Eigentümerin oder Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist auch die erbbauberechtigte Person ersatzpflichtig.

(2) Mehrere ersatzpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch.

(3) Erhalten mehrere Grundstücke eine gemeinsame Anschlussleitung, so haften die Grundstückseigentümerinnen oder die Grundstückseigentümer bzw. die erbbauberechtigten Personen gesamtschuldnerisch.

§ 14

Fälligkeit des Ersatzanspruchs

Der Ersatzanspruch wird einen Monat nach Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides fällig.

4. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 15

Auskunftspflichten

(1) Die gebührenpflichtigen Personen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderliche Auskünfte zu erteilen sowie Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben zu dulden, dass beauftragte Personen des Städtischen Abwasserbetriebes das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

(2) Werden die Angaben verweigert oder sind sie aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann der Städtische Abwasserbetrieb die für die Berechnung maßgebende Merkmale unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch einen anerkannten Sachverständigen auf Kosten der gebührenpflichtigen Person schätzen lassen.

(3) Die vorstehenden Absätze gelten für die Kostenersatzpflichtigen entsprechend.

§ 16

Zwangsmittel

Die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW.

§ 17

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am **01.10.2024** in Kraft.

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung- der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024		Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungs-anlagen - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 - in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023 (in Kraft getreten am 01.01.2024)		
Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2024 (GV. NRW. S. 444), in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8, 10 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. März 2024 (GV. NRW. S. 155), in der jeweils geltenden Fassung, des § 54 des Landeswassergesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.6.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17.12.2021 (GV NRW, S. 1470), in der jeweils geltenden Fassung sowie des Nordrhein-Westfälischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vom 08.07.2016 (AbwAG NRW, GV. NRW. 2016, S. 559 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.), in der		Aufgrund der §§ 7,8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b), der §§ 4, 6, 7, 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 1029) und der §§ 51 ff des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995, (GV NRW 926) zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 29. Mai 2020 (GV. NRW. S. 376) hat der Rat der Stadt Erkelenz am 18.02.2004 folgende Satzung beschlossen:		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
jeweils geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Erkelenz am 25.09.2024 folgende Satzung beschlossen:				
Inhaltsverzeichnis **Abschnitt** **Finanzierung der Abwasserbeseitigung**		**Inhaltsverzeichnis** **Teil I** **Rechte und Pflichten**		
§ 1 Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlage		~~§ 1 Allgemeines~~ ~~§ 2 Begriffsbestimmungen~~ ~~§ 3 Anschlussrecht~~ ~~§ 4 Begrenzung des Anschlussrechtes~~ ~~§ 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser~~ ~~§ 6 Brauchwassernutzung~~ ~~§ 7 Benutzungsrecht~~ ~~§ 8 Begrenzung des Benutzungsrechtes~~ ~~§ 9 Abscheideanlagen~~ ~~§ 10 Anschlusszwang~~ ~~§ 11 Benutzungszwang~~ ~~§ 12 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang~~ ~~§ 13 Ausführung von Anschlussleitungen~~		Teil I wird grundsätzlich in der Entwässerungssatzung geregelt.

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
		~~§ 14 Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Kleinkläranlagen~~ ~~§ 15 Ausführung, Betrieb und Unterhaltung von abflusslosen Gruben~~ ~~§ 16 Entsorgung der Inhalte aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben~~ ~~§ 17 Genehmigung~~ ~~§ 18 Betriebsstörungen~~ ~~§ 19 Dichtigkeitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen~~ ~~§ 20 Indirekteinleiterkataster~~ ~~§ 21 Abwasseruntersuchungen~~ ~~§ 22 Haftung~~ ~~§ 23 Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen~~		
2. Abschnitt **Gebührenrechtliche Regelungen**		**Teil II** **Kostenersatz und Gebühren**		
§ 2 Abwassergebühren § 3 Gebührenmaßstäbe § 4 Schmutzwassergebühren		§ 25 Benutzungsgebühren § 27 Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren § 28 Schmutzwassergebühren		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 5 Niederschlagswassergebühren § 6 Beginn und Ende der Gebührenpflicht § 7 Gebührenpflichtige § 8 Fälligkeit der Gebühr § 9 Gebühr für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm § 10 Gebühr für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben		§ 29 Niederschlagswassergebühren § 30 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht § 26 Gebührenpflichtige § 31 Fälligkeit der Gebühren § 28 Schmutzwassergebühren		§§ 9, 10 wurde vorher im § 28 Abs. 11 geregelt
3. Abschnitt Aufwendungsersatz für Anschlussleitungen				
§ 11 Kostenersatz für Haus-und Grundstücksanschlüsse § 12 Entstehung des Ersatzanspruches § 13 Ersatzpflichtige § 14 Fälligkeit des Ersatzanspruches		§ 24 Kostenersatz für Haus- und Grundstücksanschlüsse		§§ 11, 12, 13, 14 wurden vorher im § 24 geregelt.

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
4. Abschnitt Schlussbestimmungen		**Teil III Schlussvorschriften**		
§ 15 Auskunftspflichten § 16 Zwangsmittel § 17 Inkrafttreten		§ 23 Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen § 33 Ordnungswidrigkeiten § 34 In-Kraft-Treten		
Inhaltsverzeichnis 1. Abschnitt Finanzierung der Abwasserbeseitigung		**Inhaltsverzeichnis Teil I Rechte und Pflichten**		
§ 1 Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlage		**§ 1 Allgemeines**		
(1) Zur Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlage erhebt die Stadt Erkelenz Abwassergebühren (Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren) und Kostenersätze nach Maßgabe der nach folgenden Bestimmungen. (2) Entsprechend § 1 Abs. 2 der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 in der jeweils geltenden Fassung stellt die Stadt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der		(2) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die unschädliche Beseitigung des Abwassers sowie die schadlose Beseitigung des Abwassers bzw. der Schlämme aus den Grundstücksentwässerungsanlagen als kommunale Pflichtaufgabe.		Die bisherigen Absätze 3, 4 und 5 des § 1 werden nunmehr in der neuen Entwässerungssatzung vom 25.09.2024 geregelt.

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Klärschlämme die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (öffentliche Abwasseranlagen). Hierzu gehören der gesamte Bestand an personellen und sachlichen Mitteln, die für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erforderlich sind (z. B. das Kanalnetz, Kläranlagen, Regenwasser-Versickerungsanlagen, Transportfahrzeuge für Klärschlamm aus Kleinkläranlagen und Inhaltstoffen von abflusslosen Gruben, das für die Abwasserbeseitigung eingesetzte Personal). Die Stadt bedient sich dabei des Abwasserbetriebes Erkelenz und weiterer Dritter. (3) Die öffentlichen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit, die auch bei der Bemessung der Abwassergebühren zugrunde gelegt wird.		Sie bedient sich dabei des Abwasserbetriebes Erkelenz und weiterer Dritter.		
2. Abschnitt Gebührenrechtliche Regelungen		**Teil II Kostenersatz und Gebühren**		
§ 2 Abwassergebühren		**§ 25 Benutzungsgebühren**		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage erhebt der Städtische Abwasserbetrieb nach §§ 4 Abs. 2, 6 KAG NRW und § 54 LWG NRW Abwassergebühren (Benutzungsgebühren) zur Deckung der Kosten i. S .d. § 6 Abs. 2 KAG NRW sowie der Verbandslasten nach § 7 KAG NRW.		(1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage im Sinne der § 4 Absatz 2 und § 6 KAG erhebt die Stadt zur Deckung der Kosten im Sinne des § 6 Absatz 2 KAG und der Verbandslasten nach § 7 KAG Benutzungsgebühren (Abwassergebühren).		
(2) In die Abwassergebühr wird nach § 2 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW eingerechnet: - die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen des Städtischen Abwasserbetriebes (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AbwAG NRW), - die Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i. V.m. § 1 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW), die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf den Städtischen Abwasserbetrieb umgelegt werden (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AbwAG NRW).		In die Benutzungsgebühren werden gemäß § 65 LWG NRW eingerechnet: 1. die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Gemeinde (§ 65 Absatz 1 Seite 1 Nr. 1 LWG NRW), 3. die Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 65 Absatz 1 Seite 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 64 Absatz 1 Seite 2 LWG NRW) und die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf die Gemeinde umgelegt wird (§ 65 Absatz 1 Seite 1 Nr. 3 LWG NRW).		
(3) Die Abwasserabgabe für Kleineinleitende (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs.1 Satz 1 AbwAG NRW) wird im Rahmen der Gebührenerhebung nach § 9 dieser Satzung von der Person erhoben, die eine Kleinkläranlage betreibt, welche nicht den Anforderungen des § 60 WHG und § 56 LWG NRW entspricht.		2. die Abwasserabgabe für Kleineinleiter (§ 65 Absatz 1 Seite 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 64 Absatz 1 Seite 1 LWG NRW), 4. Für Fremdeinleitungen, für die die Stadt die Abgabe zu entrichten hat, wird die Abgabe in vollem Umfang auf die Abwassereinleiter verteilt.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(4) Die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswassergebühr sowie die Gebühren nach den §§ 9 und 10 dieser Satzung sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 6 Abs. 5 KAG NRW).				§ 2 Abs. 4 ist neu aus der Mustersatzung.
§ 3 Gebührenmaßstäbe		**§ 27 Schmutz- und Niederschlagswassergebühren**		
(1) Der Städtische Abwasserbetrieb erhebt getrennte Abwassergebühren für die Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser (Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Beseitigung des Abwassers).		**§ 1 Allgemeines** (1) Die Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Stadtgebiet anfallenden Abwassers (Schmutz- und Niederschlagswasser).		§ 3 Abs. 1 war vorher § 1 Abs. 1 aus der alten Entwässerungssatzung.
(2) Die Schmutzwassergebühr bemisst sich nach dem Frischwassermaßstab (§ 4). (3) Die Niederschlagswassergebühr bemisst sich auf der Grundlage der Quadratmeter der bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Fläche auf den Grundstücken, von denen Niederschlagswasser abflusswirksam in die öffentliche Abwasseranlage gelangen kann (§ 5).		Als Benutzungsgebühren werden erhoben: 1. Schmutzwassergebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlagen zur Beseitigung des Schmutzwassers und der Inhalte aus Grundstücksentwässerungsanlagen. 2. Niederschlagswassergebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlagen zur Beseitigung von Niederschlagswasser.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 4 Schmutzwassergebühren		**§ 28 Schmutzwassergebühren**		
(1) Die Gebühr für Schmutzwasser wird nach der Menge des häuslichen und gewerblichen Schmutzwassers berechnet, das der Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter (m^3) Schmutzwasser. Veranlagungszeitraum für die Schmutzwassergebühr ist grundsätzlich das Kalenderjahr. (2) Als Schmutzwassermenge gilt die aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogene Frischwassermenge (§ 4 Abs. 3) und die aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) gewonnene Wassermenge (§ 4 Abs. 4), abzüglich der auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen, die nicht in die gemeindliche Abwasseranlage eingeleitet werden (§ 4 Abs. 6).		(2) Maßstab für die Benutzungsgebühr ist die festgestellte Menge des bezogenen Frischwassers in Kubikmeter (m^3) aus den öffentlichen und sonstigen Wasserversorgungsanlagen (z. B. Zisternen, Brunnen usw.)		
(3) Bei der Entnahme aus öffentlichen Wasserversorgungsanlagen ist grundsätzlich maßgebend, die von den Versorgungsunternehmen für den Abrechnungszeitraum vor dem jeweiligen Veranlagungsjahr, rechnungsmäßig festgestellte (= abgelesene		(4) Bei der Entnahme aus öffentlichen Wasserversorgungsanlagen ist maßgebend die von den Versorgungsunternehmen für den Abrechnungszeitraum vor dem jeweiligen Veranlagungsjahr rechnungsmäßig festgestellte (= abgelesene oder geschätzte)		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
oder geschätzte), Wasserbezugsmenge. Ist der Abrechnungszeitraum kürzer als ein Jahr, so ist die Wasserbezugsmenge auf ein Jahresergebnis umzurechnen.		Wasserbezugsmenge. Ist der Abrechnungszeitraum kürzer als ein Jahr, so ist die Wasserbezugsmenge auf ein Jahresergebnis umzurechnen.		
(4) Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z. B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) hat die gebührenpflichtige Person den Mengennachweis durch einen auf ihre Kosten eingebauten und messrichtig funktionierenden Wasserzähler nach § 4 Abs. 6 Nr. 2 dieser Satzung zu führen. Gemäß § 4 Abs. 6 Nr. 2 dieser Satzung muss der Wasserzähler in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung der Herstellerin oder des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt der gebühren pflichtigen Person. Ist der gebührenpflichtigen Person der Einbau eines solchen Wasserzählers nicht zumutbar, so ist der Städtische Abwasserbe-		(5) Bei Entnahme aus sonstigen Wasserversorgungsanlagen und beim Einsatz von Niederschlagswasser als Brauchwasser ist die von der Stadt für den Berechnungszeitraum vor dem jeweiligen Veranlagungsjahr ermittelte (= abgelesene oder geschätzte) Wasserbezugsmenge maßgebend. Die Wasserversorgungsanlagen sind auf Kosten des Grundstückseigentümers mit Wassermengenzähler auszustatten.		Die Vorschriften zu den geeichten Messvorrichtungen sind neu.

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
trieb berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführten Wassermengen zu schätzen (z. B. auf der Grundlage der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpleistung sowie Betriebsstunden der Wasserpumpe oder unter Berücksichtigung der statistischen Verbräuche im Stadtgebiet).				
(5) Hat ein Wassermengenzähler offenbar nicht richtig oder überhaupt nicht gemessen, so wird die Verbrauchsmenge von dem Städtischen Abwasserbetrieb aufgrund vorangegangener oder späterer Ablesungen des Wassermengenzählers geschätzt. Die so geschätzte Verbrauchsmenge gilt dann als Grundlage der Gebührenrechnung.		(6) Hat ein Wassermengenzähler offenbar nicht richtig oder überhaupt nicht gemessen, so wird die Verbrauchsmenge von der Stadt aufgrund vorangegangener oder späterer Ablesungen des Wassermengenzählers geschätzt. Die so geschätzte Verbrauchsmenge gilt dann als Grundlage der Gebührenrechnung.		
(6) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück anderweitig verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen (sog. Wasserschwundmengen) abgezogen, die nachweisbar nicht dem öffentlichen Kanal zugeführt werden. Der Nachweis der Wasserschwundmengen obliegt der gebührenpflichtigen Person. Die gebührenpflichtige Person ist grundsätzlich verpflichtet, den Nachweis durch eine auf ihre Kosten-		(3) Die bezogene Frischwassermenge kann um die nachgewiesenen auf dem Grundstück verbrauchten, zurückgehaltenen oder aus sonstigen Gründen bezogenen, aber rechtmäßig nicht in die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleiteten Wassermengen gemindert werden. Die dem Grundstück zugeführten Wassermengen sind durch Wassermengenzähler, die auf Kosten der Gebührenpflichtigen einzubauen sind, zu ermitteln.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
eingebaute, messrichtig funktionierende und geeignete Messeinrichtung in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess-EichV) zu führen: Nr. 1: Abwasser-Messeinrichtung Geeignete Abwasser-Messeinrichtungen sind technische Geräte, die in regelmäßigen Abständen kalibriert werden müssen. Die Kalibrierung ist nach den Hersteller-Angaben durchzuführen und dem Städtischen Abwasserbetrieb nachzuweisen, um die ordnungsgemäße Funktion der Abwasser-Messeinrichtung zu dokumentieren. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt. Nr. 2: Wassermengenzähler Ist die Verwendung einer Abwasser-Messeinrichtung im Einzelfall technisch nicht möglich oder der gebührenpflichtigen Person nicht zumutbar, so hat sie den Nachweis durch einen auf ihre Kosten eingebauten, messrichtig funktionierenden und geeichten Wasserzähler zu führen. Der Wasserzähler muss in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht				Die detaillierte Auflistung der lfd. Nr. 1-3 ist neu und aus der Mustersatzung übernommen.

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung der Herstellerin oder des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt der gebührenpflichtigen Person. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt. Nr. 3: Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen Ist im Einzelfall auch der Einbau eines Wasserzählers zur Messung der Wasserschwundmengen technisch nicht möglich oder der gebührenpflichtigen Person nicht zumutbar, so hat die gebührenpflichtige Person den Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen zu führen. Aus diesen Unterlagen muss sich insbesondere ergeben, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der öffentlichen Abwassereinrichtung nicht zugeleitet werden und wie groß diese Wassermengen sind. Die nachprüfbaren Unterlagen müssen geeignet sein, dem Städtischen Abwasserbetrieb eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen				

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Wassermengen zu ermöglichen. Sind die nachprüfbaren Unterlagen unschlüssig und/oder nicht nachvollziehbar, werden die geltend gemachten Wasserschwundmengen nicht anerkannt. Soweit die gebührenpflichtige Person durch ein spezielles Gutachten bezogen auf ihre Wasserschwundmengen den Nachweis erbringen will, hat sie die gutachterlichen Ermittlungen vom Inhalt, von der Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit dem Städtischen Abwasserbetrieb abzustimmen. Die Kosten für das Gutachten trägt die gebührenpflichtige Person.				
(7) Bei Neubauten wird eine vorläufige Schmutzwassermenge zugrunde gelegt, die sich nach dem wahrscheinlichen Frischwasserverbrauch, welcher grundsätzlich pro Person pro Jahr 50 Kubikmeter (m^3) beträgt, richtet. Die endgültige Abrechnung darüber erfolgt, sobald nach Bezugsfertigkeit ein voller Jahresablesezeitraum über Frischwasser vorliegt.		(7) Bei Neubauten wird eine vorläufige Schmutzwassermenge zugrunde gelegt, die sich nach dem wahrscheinlichen Frischwasserverbrauch, welcher grundsätzlich pro Person pro Jahr 50 cbm beträgt, richtet. Die endgültige Abrechnung darüber erfolgt, sobald nach Bezugsfertigkeit ein voller Jahresablesezeitraum über Frischwasser vorliegt.		
(8) Der Abzug, der gemäß Absatz 2 nicht in den Kanal bzw. die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleiteten Wassermengen, ist durch einen schriftlichen Antrag bis zum 15.01 des nachfolgenden Jah-		(8) Der Abzug der gemäß Absatz 3 nicht in den Kanal bzw. die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleiteten Wassermengen ist innerhalb der Rechtsbehelfsfrist geltend zu machen. Der Nachweis ist		Die Mustersatzung sieht eine Meldefrist bis zum 15.01 vor. Diese wird aus Praktikabilitätsgründen

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
res durch die gebührenpflichtige Person beim Städtischen Abwasserbetrieb geltend zu machen. Nach Ablauf dieses Datums findet eine Berücksichtigung der Wasserschwundmengen nicht mehr statt (Ausschlussfrist). Der Nachweis ist von der gebührenpflichtigen Person auf ihre Kosten zu erbringen. Die nicht in die Grundstücksentwässerungsanlagen eingeleiteten Wassermengen sind grundsätzlich durch geeichte Messvorrichtungen nachzuweisen, die die gebührenpflichtige Person auf ihre Kosten einzubauen hat.		vom Gebührenpflichtigen auf seine Kosten zu erbringen. Die nicht in die Grundstücksentwässerungsanlagen eingeleiteten Wassermengen sind grundsätzlich durch Messvorrichtungen nachzuweisen, die der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einzubauen hat. Die Stadt behält sich das Recht vor, die Messvorrichtung als zuverlässig anzuerkennen und sie zu überwachen. Der Gebührenpflichtige hat den Zählerstand und den Verbrauch der Messvorrichtungen zum Ende des für die Berechnung maßgebenden Abrechnungszeitraumes zu ermitteln und der Stadt schriftlich mitzuteilen.		übernommen.
(9) Die Schmutzwassergebühr beträgt je Kubikmeter (m^3) Schmutzwasser jährlich 1,60 €.		(9) Die Schmutzwassergebühr beträgt ab dem 01.01.2024 je Kubikmeter Schmutzwasser jährlich 1,60 €.		
(10) Der Gebührensatz für die Entsorgung der Inhalte von Grundstücksentwässerungsanlagen entspricht der Schmutzwassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Haushalte gemäß Absatz 9.		(10) Der Gebührensatz für die Entsorgung der Inhalte von Grundstücksentwässerungsanlagen entspricht der Schmutzwassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Haushalte gemäß Absatz 9.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
		(12) Für gewerbliche und industrielle Abwässer, deren Ableitung und Reinigung dem Städtischen Abwasserbetrieb erhöhte Kosten verursachen, ist eine laufende Zusatzgebühr in Höhe von 10 % der Gebühren gemäß Absatz 9 zu erheben.		Abs. 12 der alten Satzung entfällt. Die Begrenzung des Benutzungsrechtes über den Inhalt und die Beschaffenheit des eingeleiteten Abwassers wird in § 8 der neuen Entwässerungssatzung geregelt.
(11) Bei gebührenpflichtigen Personen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 KAG NRW von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich die an den Städtischen Abwasserbetrieb zu zahlende Gebühr um die nach § 7 Absatz 2 Satz 3 und 4 KAG NRW anrechnungsfähigen Beträge.		(13) Bei Gebührenpflichtigen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 KAG NRW von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich die an die Stadt zu zahlende Gebühr um die nach § 7 Absatz 2 Satz 3 und 4 KAG NRW anrechnungsfähigen Beträge.		
(12) Bei gebührenpflichtigen Personen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 KAG NRW von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich gemäß § 7 Absatz 1 Satz 4 KAG NRW die an den Städtischen Abwasserbetrieb zu zahlende Gebühr, soweit nach Art und Umfang die gebührenpflichtige Person selbst von dem Verband für die Inanspruchnahme ihrer		(14) Bei Gebührenpflichtigen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Nordrhein Westfalen (KAG NRW) von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich gemäß § 7 Absatz 1 Satz 4 KAG NRW die an die Stadt zu zahlende Gebühr, soweit nach Art und Umfang der Gebührenpflichtige selbst von dem Verband für die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen und Anlagen		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Einrichtungen und Anlagen oder für die von ihr gewährten Vorteile zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen wird. Sofern der Verband lediglich die Abwasserreinigung übernimmt, beträgt die Gebühr für die Schmutzwassersammlung und den Schmutzwassertransport 0,40 € je Kubikmeter (m^3) Schmutzwasser.		oder für die von ihm gewährten Vorteile zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen wird. Sofern der Verband lediglich die Abwasserreinigung übernimmt, beträgt die Gebühr ab dem 01.01.2024 für die Schmutzwassersammlung und den Schmutzwassertransport 0,40 € je Kubikmeter Schmutzwasser.		
§ 5 Niederschlagswassergebühr		**§ 29 Niederschlagswassergebühren**		
(1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Niederschlagswasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Grundstücksfläche, von denen Niederschlagswasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden abflusswirksam in die öffentliche Abwasseranlage gelangen kann. Berechnungseinheit ist der Quadratmeter (m^2), wobei die bebaute und befestigte Fläche des jeweiligen Grundstückes auf volle zehn Quadratmeter abgerundet wird. Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangen kann.		(1) Die Niederschlagswassergebühr wird nach der bebauten und befestigten Grundstücksfläche (angeschlossene Fläche) bemessen. Berechnungseinheit ist der Quadratmeter (m^2), wobei die angeschlossene Fläche des jeweiligen Grundstückes auf volle zehn Quadratmeter abgerundet wird.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Unter einer Befestigung ist jede von einer natürlichen Beschaffenheit abweichende Veränderung zu verstehen.				
(2) Die bebauten bzw. überbauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung der Eigentümerinnen oder der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, dem Städtischen Abwasserbetrieb auf Anforderung die Quadratmeterzahl zuvor aufgeführter, in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksame Flächen auf ihrem oder seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Durch Überfliegung des Stadtgebietes können Luftbilder von den Grundstücken erstellt werden. Mit Hilfe der Luftbilder wird ein zeichnerischer Lageplan zur Befragung der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers entwickelt, aus welchem sich die bebauten und/oder befestigten abflusswirksamen Flächen ergeben, von denen das Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangen kann. Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, zu dem zeichnerischen Lageplan Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob die abflusswirksamen Flächen durch den Städtischen Abwasserbetrieb zutreffend		(2) Als angeschlossen im Sinne dieser Satzung gelten diejenigen bebauten, befestigten und überdachten Grundstücksflächen, von denen aus unmittelbar oder mittelbar Niederschlagswasser in den öffentlichen Abwasseranlagen geleitet werden kann. (3) Als bebaute Grundstücksfläche gelten die Grundstücksflächen der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude sowie die durch Vordächer und sonstige Überdachung überbauten Grundflächen. (4) Als befestigte Grundstücksflächen gelten alle Flächen, von denen zeitweise aufgrund ihrer Oberflächengestaltung Wasser der öffentlichen Abwasseranlage zufließen kann, soweit sie nicht bereits in überbauten Grundstücksflächen enthalten sind.		§ 29 Abs. 2-4 der alten Entwässerungssatzung wird nunmehr im § 5 Abs. 2 geregelt.

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
ermittelt worden sind. Soweit erforderlich, kann der Städtische Abwasserbetrieb die Vorlage weiterer Unterlagen einfordern. Kommt die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ihrer oder seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute bzw. überbaute und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von dem Städtischen Abwasserbetrieb geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht des Städtischen Abwasserbetriebes (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer gesamtschuldnerisch den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.				
(3) Wird die Größe der bebauten und/oder befestigten		(7) Ändert sich die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Gebühr, so mindert oder erhöht sich		§ 5 Abs. 3 ist im § 29 Abs. 7 und 8 der alten

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Fläche verändert, so hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückeigentümer dies dem Städtischen Abwasserbetrieb innerhalb eines Monates nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 5 Abs. 2 entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche wird mit dem 1. Tag des Monats berücksichtigt, nach dem die Änderungsanzeige durch die gebührenpflichtige Person dem Städtischen Abwasserbetrieb zugegangen ist.		die Benutzungsgebühr vom Ersten des Monats an, der der schriftlichen Mitteilung gemäß Absatz 8 Nr. 1 folgt. (8) Der Eigentümer eines Grundstücks hat der Stadt unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Monaten, unaufgefordert schriftlich mitzuteilen, wenn 1. die Voraussetzungen für das Entstehen der Gebührenpflicht nach § 30 Absatz 1 vorliegen oder 2. die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert wird. Die veränderte Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche wird mit dem 1. Tag des Monats berücksichtigt, nach dem die Änderungsanzeige durch den Gebührenpflichtigen der Gemeinde zugegangen ist.		Satzung geregelt.
(4) Die Gebühr beträgt für jeden Quadratmeter (m^2) bebauter und/oder befestigter Fläche i. S. d. Abs. 1 jährlich 0,90 €.		(6) Die Niederschlagswassergebühr beträgt je Quadratmeter angeschlossene Fläche jährlich 0,90 €.		
(5) Wenn auf einem Grundstück mehr als 2 m^3 Auffang- oder Speichervolumen vorgehalten werden, so werden auf Antrag pro vorgehaltenem Liter 0,01 m^2 der daran angeschlossenen befestigten oder be-		(5) Wenn auf einem Grundstück mehr als 2 m^3 Auffang- oder Speichervolumen vorhalten werden, so werden auf Antrag pro vorgehaltene Liter 0,01 m^2 der daran angeschlossenen befestigten oder bebauten		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
bauten Fläche von der Gebührenbemessung abgezogen.		Fläche von der Gebührenbemessung abgezogen.		
(6) Bei Neubauten wird eine vorläufige bebaute und/ oder befestigte Fläche zugrunde gelegt. Diese wird grundsätzlich auf 300 m² für private und 1.000 m² für gewerbliche Flächen festgesetzt. Eine Anpassung an die tatsächliche Fläche erfolgt nach Mitteilung der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers. Die Grundstückeigentümerin oder der Grundstückseigentümer hat dies unverzüglich anzuzeigen. Die veränderte Fläche wird mit dem 01. des Monats berücksichtigt, der dieser Anzeige folgt.		(10) Bei Neubauten wird eine vorläufige bebaute und/ oder befestigte Fläche zugrunde gelegt. Diese wird grundsätzlich auf 200 qm festgesetzt. Eine Anpassung an die tatsächliche Fläche erfolgt nach Mitteilung des Grundstückseigentümers gem. § 23 Abs. 1 dieser Satzung.		Die Regelung der alten Entwässerungssatzung hat oftmals dazu geführt, dass die Meldungen über die tatsächlich bebauten/ befestigten Flächen nur mit einem sehr großen zeitlichen Abstand erfolgt sind.
(7) Bei mehreren Eigentümerinnen oder Eigentümern oder erbbauberechtigten Personen können eine gemeinsame Erklärung, getrennte Erklärungen oder eine nur von einem der erklärungspflichtigen Personen ausgefertigte Erklärung abgegeben werden. Wenn keine oder getrennten Erklärungen mit unterschiedlichen Angaben vorliegen, können die Bemessungsgrundlagen geschätzt werden. Im Falle des Wohnungseigentums kann die Erklärung von der verwaltenden Person abgegeben werden; Satz 2 gilt entsprechend.		(9) Bei mehreren Eigentümern oder Erbbauberechtigten können eine gemeinsame Erklärung, getrennte Erklärungen oder eine nur von einem der Erklärungspflichtigen ausgefertigte Erklärung abgegeben werden. Wenn keine oder getrennten Erklärungen mit unterschiedlichen Angaben vorliegen, können die Bemessungsgrundlagen geschätzt werden. Im Falle des Wohnungseigentums kann die Erklärung vom Verwalter abgegeben werden; Satz 2 gilt entsprechend.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 6 **Beginn und Ende der Gebührenpflicht**		**§ 30** **Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht**		
(1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem 1. des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt.		(1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Ersten des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt. Dies gilt entsprechend bei der Umwandlung in einen Vollanschluss. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr, bei der Entstehung der Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres.		
(2) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.		(2) Für Anschlüsse, die beim In-Kraft-Treten dieser Gebührensatzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren In-Kraft-Treten.		
(3) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die Abwasseranlage. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.		(5) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die öffentliche Abwasseranlage. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr bis zum Ablauf eines Monats, in dem die Veränderung erfolgt, erhoben.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 7 Gebührenpflichtige		**§ 26 Gebührenpflichtige**		
(1) Gebührenpflichtige sind a) die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer; wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, auch die erbbauberechtigte Person, b) die Nießbraucherin oder der Nießbraucher oder diejenige Person, die ansonsten zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist, c) die Straßenbaulastträgerin oder der Straßen baulastträger für die Straßenoberflächenentwässerung. Mehrere gebührenpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch.		(1) Gebührenpflichtig sind 1. der Eigentümer, der Erbbauberechtigte, wenn ein Erbbaurecht bestellt ist oder der sonstige, zu Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte, 2. bei Grundstücksentwässerungsanlagen der zum Zeitpunkt der Entsorgung der Inhalte jeweilige Eigentümer der Anlage. 3. Straßenbaulastträger für die Straßenoberflächenentwässerung Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.		
(2) Maßgebend für die Gebührenpflicht sind die am 1. Januar des Veranlagungsjahres bestehenden, durch den Einheitswert- und Grundsteuermessbescheid des Finanzamtes festgestellten Eigentumsverhältnisse. Werden Grundstücke im Laufe des Veranlagungsjahres neu angeschlossen, so sind maßgebend die Eigentumsverhältnisse zum Zeitpunkt des Anschlusses.		(2) Maßgebend für die Gebührenpflicht sind die am 1. Januar des Veranlagungsjahres bestehenden, durch den Einheitswert- und Grundsteuermessbescheid des Finanzamtes festgestellten Eigentumsverhältnisse. Werden Grundstücke im Laufe des Veranlagungsjahres neu angeschlossen, so sind maßgebend die Eigentumsverhältnisse zum Zeitpunkt des Anschlusses.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(3) Im Falle eines Eigentumswechsels ist die neue Eigentümerin oder der neue Eigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch folgt. Für sonstige gebührenpflichtige Personen gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat die bisherige gebührenpflichtige Person dem Städtischen Abwasserbetrieb innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung mitzuteilen.		(3) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Eigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch folgt. Für sonstige Gebührenpflichtige gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat der bisherige Gebührenpflichtige der Stadt innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung mitzuteilen.		
(4) Bei Eigentumswechsel haften für Gebührenrückstände bis zum Eigentumsübergang die bisherige oder der bisherige und die neue Eigentümerin oder der neue Eigentümer gesamtschuldnerisch.		(4) Bei Eigentumswechsel haften für Gebührenrückstände bis zum Eigentumsübergang bisheriger und neuer Eigentümer gesamtschuldnerisch.		
(5) Die gebührenpflichtigen Personen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie dem Städtischen Abwasserbetrieb die erforderlichen Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben ferner zu dulden, dass beauftragte Personen des Städtischen Abwasserbetriebes das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlage festzustellen oder zu überprüfen.				§ 5 Abs. 5 wurde vorher im § 23 Abs. 1 und 2 der alten Entwässerungssatzung geregelt.

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 8 **Fälligkeit der Gebühr**		**§ 31** **Fälligkeit der Gebühren**		
Die Benutzungsgebühren werden durch einen Jahresabgabenbescheid, der auch mit dem Bescheid über andere kommunale Abgaben verbunden sein kann, festgesetzt. Die Gebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides fällig. Es werden Abschlagszahlungen in Höhe der Benutzungsgebühren in gleichen Vierteljahresraten zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres erhoben. Die Gebühr entsteht am 01.01. des jeweiligen Kalenderjahres.		Die Benutzungsgebühren werden durch einen Jahresabgabenbescheid, der auch mit dem Bescheid über andere Stadtabgaben verbunden sein kann, festgesetzt. Die Gebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides fällig. Die Stadt ist berechtigt, Vorausleistungen in Höhe der zu erwartenden Benutzungsgebühren in gleichen Vierteljahresraten zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres zu erheben.		Änderung „Abschlagszahlungen" (vorher Vorauszahlungen)
§ 9 **Gebühr für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm**		**§ 28** **Schmutzwassergebühren**		
(1) Für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen in die Abwasserreinigungsanlage wird eine Gebühr erhoben. (2) Die Gebühr setzt sich aus einer Transportgebühr von 141,25 €, einer Abpumpgebühr von 10,59 € je abfahrenem Kubikmeter (m^3) Klärschlamm sowie einer Reinigungsgebühr von 1,20 € je zu reinigendem Kubikmeter (m^3) Klärschlamm zusammen.		(11) Steht im Einzelfall die nach Absatz 10 zu bemessene Gebühr in einem unbilligen Verhältnis zur tatsächlichen Inanspruchnahme der Einrichtungen zur Entsorgung der Inhalte von Grundstücksentwässerungsanlagen, so kann die Stadt die Gebühr nach dem tatsächlich angefallenen Aufwand berechnen. Sie beträgt 87,43 €/m^3 für Fäkalschlamm und 18,41 €/m^3 Inhalte aus abflusslosen Gruben bzw. aus Mobiltoiletten.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(3) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt der Abfuhr. (4) Gebührenpflichtig ist die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer, die erbbauberechtigte Person oder die sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigten Personen, auf deren Grundstück die Kleinkläranlage betrieben wird. Mehrere gebührenpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch. (5) Eine Kleineinleiter-Abgabe wird erhoben, wenn eine Kleinkläranlage nicht den allgemein anerkanntes Regeln der Technik im Sinne des § 60 WHG und § 56 LWG NRW entspricht.				
§ 10 Gebühr für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben		**§ 28 Schmutzwassergebühren**		
(1) Für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben und deren Beseitigung wird eine Gebühr erhoben. (2) Die Gebühr setzt sich aus einer Transportgebühr von 141,25 €, einer Abpumpgebühr von 10,59 € je abgefahrenem Kubikmeter (m^3) sowie einer Reini-		(11) Steht im Einzelfall die nach Absatz 10 zu bemessene Gebühr in einem unbilligen Verhältnis zur tatsächlichen Inanspruchnahme der Einrichtungen zur Entsorgung der Inhalte von Grundstücksentwässerungsanlagen, so kann die Stadt die Gebühr nach dem tatsächlich angefallenen Aufwand berechnen. Sie beträgt 87,43 €/m^3 für Fäkalschlamm und 18,41		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
gungsgebühr von 1,20 € je zu reinigendem Kubikmeter (m^3) Klärschlamm zusammen. (3) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt des Auspumpens. (4) Gebührenpflichtig ist die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer, die erbbauberechtigte Person oder die sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigte Person, auf deren Grundstück die abflusslose Grube betrieben wird. Mehrere gebührenpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch.		€/m^3 Inhalte aus abflusslosen Gruben bzw. aus Mobiltoiletten.		
3. Abschnitt: Aufwandsersatz für Anschlussleitungen				
§ 11 Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen		**§ 24 Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen**		
(1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücksanschlussleitung an die öffentlichen Abwasseranlagen sind dem Städtischen Abwasserbetrieb nach § 10 Abs. 1 KAG NRW zu ersetzen und werden auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet.		(1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücksanschlussleitung an die öffentlichen Abwasseranlagen sind der Stadt zu ersetzen und werden auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet.		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(2) Erhält ein Grundstück auf Antrag mehrere Grundstücksanschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Anschlussleitung nach Absatz 1 berechnet.		(2) Erhält ein Grundstück auf Antrag mehrere Grundstücksanschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Anschlussleitung nach Absatz 1 berechnet.		
(3) Grundstücksanschlussleitungen sind die Leitungen von dem öffentlichen Hauptkanal (der öffentlichen Sammelleitung) in der öffentlichen Straße bis zur privaten Grundstücksgrenze.				
§ 12 Entstehung des Ersatzanspruchs		**§ 24 Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen**		
Der Ersatzanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung der Grundstücksanschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.		(3) Der Ersatzanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung der Grundstücksanschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.		
§ 13 Ersatzpflichtige				
(1) Ersatzpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides Eigentümerin oder Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist auch die erbbauberechtigte Person ersatzpflichtig. (2) Mehrere ersatzpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch.				Der neue § 13 ist in der alten Entwässerungssatzung nicht geregelt.

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
(3) Erhalten mehrere Grundstücke eine gemeinsame Anschlussleitung, so haften die Grundstückseigentümerinnen oder die Grundstückseigentümer bzw. die erbbauberechtigten Personen gesamtschuldnerisch.				
§ 14 **Fälligkeit des Ersatzanspruchs**		**§ 24** **Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen**		
Der Ersatzanspruch wird einen Monat nach Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides fällig.		(4) Der Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen wird einen Monat nach Zugang des Heranziehungsbescheides fällig.		
4. Abschnitt **Schlussbestimmungen**		**Teil III** **Schlussvorschriften**		
§ 15 **Auskunftspflichten**		**§ 23** **Auskunfts- und Meldepflicht, Zutritt zu den Abwasseranlagen**		
(1) Die gebührenpflichtigen Personen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderliche Auskünfte zu erteilen sowie Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben zu dulden, dass beauftragte Personen des Städtischen Abwasserbetriebes das		(1) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, alle für die Prüfung der Anlagen und für die Berechnung der städtischen Gebühren- und Ersatzansprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen. (2) Den Beauftragten der Stadt ist zur Nachschau der		

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.		Entwässerungsanlagen und zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Insbesondere müssen die Öffnungen, Prüfschächte und Rückstauverschlüsse den Beauftragten jederzeit zugänglich sein und die zugehörigen Genehmigungen und Erlaubnisse bereitgehalten werden.		
(2) Werden die Angaben verweigert oder sind sie aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann der Städtische Abwasserbetrieb die für die Berechnung maßgebende Merkmale unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch einen anerkannten Sachverständigen auf Kosten der gebührenpflichtigen Person schätzen lassen.		(3) Die Anordnungen der Prüfungsbeauftragten sind zu befolgen. Wird einer Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist die Stadt berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Anschlussnehmers durchzuführen. Die Stadt kann die Zahlung der Kosten im Voraus verlangen.		
(3) Die vorstehenden Absätze gelten für die Kostenersatzpflichtigen entsprechend.				
§ 16 Zwangsmittel				
Die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW.				

Synopse zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse - Abwassergebührensatzung - der Stadt Erkelenz vom 25.09.2024 im Vergleich zu den Regelungen in der bisherigen Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004, in der Fassung der 18. Änderung vom 13.12.2023

Neue Fassung		Alte Fassung		Bemerkung
§ 17 **Inkrafttreten**		**§ 34** **In-Kraft-Treten**		
Diese Satzung tritt am **01.10.2024** in Kraft.		(1) Diese Satzung tritt am 01.04.2004 in Kraft. Die bisher gültigen Satzungen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 26.10.1972, die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 26.10.1972 und die Satzung der Stadt Erkelenz über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Grundstücksentwässerungssatzung - vom 21.12.2000 treten am 31.03.2004 außer Kraft.		

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/441/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Hauptamt	Datum: 28.08.2024 Verfasser: Amt 10 Simon Häusler

Anpassung der Hauptsatzung (14. Änderung der Hauptsatzung)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Nach § 4 der aktuellen Hauptsatzung der Stadt Erkelenz ist die Stadt in neun Stadtbezirke eingeteilt. Der Stadtbezirk 09 umfasst dabei die Ortslagen „Holzweiler, Immerath und Immerath (neu) mit Lützerath." Die Umsiedlung bzw. die bergbauliche Inanspruchnahme von Immerath und Lützerath sind weitestgehend erfolgt. Aus diesem Grund entfällt nun in der Ortsbezeichnung Immerath und in den Straßennamen der Zusatz „-neu-" bzw. „(neu)". Hierzu hat der Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 03.07.2024 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

In der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz sollen in der Auflistung der Orte des Stadtbezirks 09 daher die Ortslagen Immerath (neu) und Lützerath entfallen.

Durch diese Anpassung verändert sich die Zuordnung der Ortslagen zu den im § 12 der Hauptsatzung genannten Bezirksausschüssen nicht.

Mit der o. g. Anpassung der Hauptsatzung sollen gleichzeitig auch noch einige redaktionelle Anpassungen, die sich aufgrund organisatorischer Änderungen bzw. aufgrund gesetzlicher Änderungen ergeben haben, erfolgen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Die als Anlage beigefügte 14. Änderungssatzung zur Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz wird hiermit beschlossen."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage:
14. Änderungssatzung zur Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz

14. Änderungssatzung vom XX.XX.2024[1] zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz vom 17.04.2008 in der Fassung der 13. Änderungssatzung vom 25.03.2021

Präambel

Aufgrund von § 7 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (Gesetz- und Verordnungsblatt NRW, Seiten 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.07.2024 (GV. NRW. S. 444), hat der Rat der Stadt Erkelenz am 25.09.2024 mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder des Rates die folgenden Änderungen der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz vom 17.04.2008 (in der Fassung der 13. Änderung vom 25.03.2021) beschlossen:

Artikel 1

§ 4 Abs. 1 werden die Wörter „Holzweiler, Immerath und Immerath (neu) mit Lützerath“ durch die Wörter „Holzweiler und Immerath“ ersetzt.

Artikel 2

In § 6 Abs. 1 werden die Wörter „Haupt- und Personalamt“ durch das Wort „Hauptamt“ ersetzt.

Artikel 3

In § 9 Abs. 4 wird das Wort „Hauptausschuss“ jeweils durch die Wörter „Haupt- und Finanzausschuss“ ersetzt.

Artikel 4

In § 13 Abs. 3 werden die Wörter „§ 3a Abs. 1 der Entschädigungsverordnung“ durch die Wörter „§ 6 Abs. 1 der Entschädigungsverordnung“ ersetzt.

Artikel 5

In § 19 Abs. 2 werden die Wörter „und die Bediensteten der Stabsstellen Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“ ersatzlos gestrichen und das Wort „Hauptausschuss“ wird jeweils durch die Wörter „Haupt- und Finanzausschuss“ bzw. das Wort „Hauptausschusses“ durch die Wörter „Haupt- und Finanzausschusses“ ersetzt.

Artikel 6

Die vorstehenden Änderungen der Hauptsatzung treten am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

---

[1] Die Satzung erhält gemäß Bekanntmachungsverordnung das Datum der Bekanntmachungsanordnung.

ERK
EL
ENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/442/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Hauptamt	Datum: 26.08.2024 Verfasser: Amt 10 Simon Häusler

Gestaltung des Grabmals auf der Ehrengrabstätte von Theo Clemens

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Auf Grundlage des Grundsatzbeschlusses des Rates vom 22.09.2004 hat der Rat mit Beschluss vom 03.07.2024 (Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 21.05.2024) dem verstorbenen Bürgermeister a. D. und Ehrenbürgermeister Theo Clemens eine Ehrengrabstätte auf dem Friedhof in Erkelenz zuerkannt. Mit der Zuerkennung einer Ehrengrabstätte ist eine angemessene Anlage und Gestaltung der Grabstätte einschließlich eines künstlerisch gestalteten Grabmals verbunden. Über die Gestaltung des Grabmals entscheidet der Rat. Da mit dem Beschluss des Rates grundsätzlich auch eine Kostenübernahmeerklärung für die Anlage und Herstellung einer Ehrengrabstätte abgegeben wurde, sind die mit der Anlage der Ehrengrabstätte verbundenen Kosten von der Stadt Erkelenz zu übernehmen.

Die Familie Clemens möchte nun die Grabstätte herstellen lassen. Es wurde ein entsprechender Gestaltungsvorschlag mit einem Angebot einer Fachfirma mit der Bitte um Zustimmung des Rates vorgelegt. Hierbei handelt es sich um einen Grabstein mit entsprechender Grabeinfassung in Halmstad-Granit. Die Gesamtkosten für Herstellung der Grabstätte (Grabstein, Einfassung und Arbeitskosten) belaufen sich auf ca. 5.500,- Euro.

Die Verwaltung empfiehlt, der beabsichtigten Herstellung und Gestaltung zu entsprechen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Der Rat stimmt der Gestaltung des Grabmales für Theo Clemens gemäß dem der Beschlussvorlage beigefügten Gestaltungsvorschlag zu. Die Kosten sind zu übernehmen."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

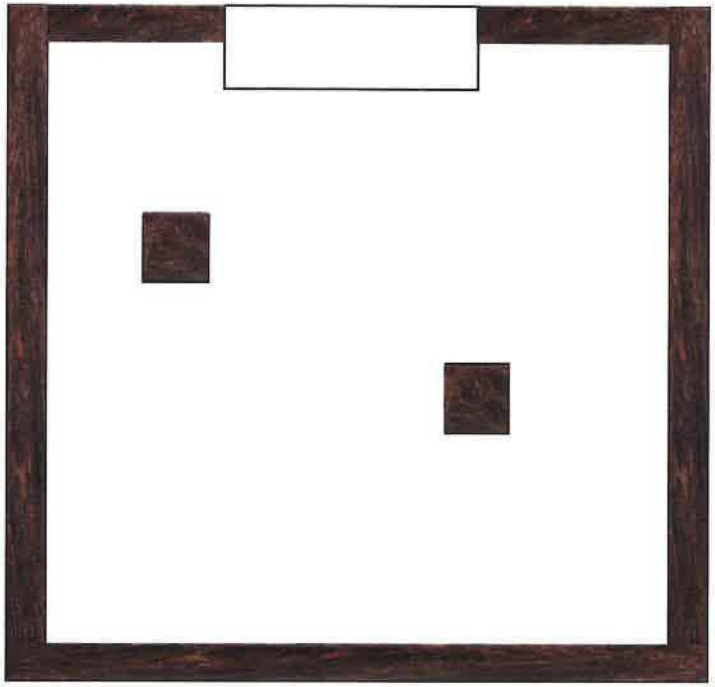
Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:
Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von ca. 5.500,- Euro sollen außerplanmäßig bereitgestellt werden.

Anlage:
Gestaltungsvorschlag des Grabmals für Theo Clemens


Clemens
Theo
Bürgermeister a.D.
1935 – 2024



ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 40/468/2024 Status: öffentlich AZ: Datum: 27.08.2024 Verfasser: Amt 40 Timo Hasch
Federführend: Amt für Bildung und Sport	

Ermittlung der Beträge, die die Bezirksausschüsse im Jahr 2024 für ihren Zuständigkeitsbereich in Form von Zuschüssen an Vereine zu ihrer freien Verfügung erhalten

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss

Tatbestand:
Nach den vom Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 26.06.2002 verabschiedeten Richtlinien über Umfang und Förderung von Vereinen der Stadt Erkelenz erhalten die Vereine finanzielle Zuschüsse in Form von laufenden Zuschüssen, Zuschüssen zur Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen und investive Förderung, die nach Vorbereitung in den jeweiligen Ausschüssen vom Amt für Bildung und Sport anerkannt wurden. Die Höhe der Zuschüsse wurde vom Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 11.12.2019 angepasst.

Aufgrund der Mitgliederzahlen, die unter anderem durch eine Abfrage bei den Bezirksausschussvorsitzenden ermittelt wurden, wurden die Gesamtbeträge für die einzelnen Bezirksausschüsse zur Gewährung von laufenden Zuschüssen an die anerkannten Vereine ermittelt. Die Bezirksausschüsse entscheiden nun nach den Richtlinien und in eigener Zuständigkeit, ob und in welcher Höhe die zur Verfügung gestellten Mittel den anerkannten Vereinen im Gebiet des Bezirksausschusses gewährt werden.

Hierbei soll der Bezirksausschuss seine Entscheidung von den Aktivitäten des Vereins für das Gemeinschaftsleben im jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Bezirksausschusses abhängig machen.

Beschlussentwurf:
„Die nach den Richtlinien über Umfang der Förderung von Vereinen der Stadt Erkelenz entsprechend der Anlagen ermittelten Zuschüsse werden den Bezirksausschüssen gemäß der beigefügten Aufstellung als Gesamtbetrag gewährt."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Keine Relevanz.

Finanzielle Auswirkungen:
Die Gesamtkosten belaufen sich auf 46.585,50 €.

Die erforderlichen Mittel stehen als Ausgabeermächtigung im Haushaltsplan bei den Produktsachkonten 040100 531700 und 080200 531700 zur Verfügung.

Anlage:
Aufstellungen der ermittelten Zuschüsse

Anlage zur Beschlussvorlage A… **Haupt- und Finanzausschuss am 19.09.2024**

hier: **Aufstellung über die errechneten Gesamtzuschüsse zur Förderung von Vereinen und zur freien Verfügung für die jeweiligen Bezirksausschüsse**

Bezirksausschuss	Betrag zur Förderung anerkannter Vereine Euro	zusätzl. Betrag zur freien Verfügung Euro	Gesamt-betrag
Erkelenz - Mitte	8.007,00 €	10.581,00 €	18.588,00 €
Gerderath	2.928,00 €	2.613,50 €	5.541,50 €
Golkrath	1.308,00 €	1.053,50 €	2.361,50 €
Granterath/Hetzerath	1.905,00 €	1.693,50 €	3.598,50 €
Holzweiler/ Immerath	1.695,00 €	1.127,00 €	2.822,00 €
Keyenberg/Venrath/Borschemich	1.980,00 €	2.041,00 €	4.021,00 €
Kückhoven	1.632,00 €	1.265,00 €	2.897,00 €
Lövenich	1.797,00 €	2.057,00 €	3.854,00 €
Schwanenberg	1.752,00 €	1.150,00 €	2.902,00 €
Gesamtsumme	23.004,00 €	23.581,50 €	**46.585,50 €**

Anlage zur Beschlussvorlage A... Haupt und Finanzausschuss am 19.09.2024

Hier: Aufstellung der anerkannten Vereine und Ermittlung der Beträge, die die Bezirksausschüsse für ihren Zuständigkeitsbereich in Form von Zuschüssen an Vereine und zur freien Verfügung erhalten.

Bezirksausschuss Erkelenz - Mitte

Verein, Name, Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	x 3,00 Euro	Mitglieder Verein aktiv	x Sockel-betrag Euro	Betrag Euro
Han Kook Erkelenz e.V.	ja	ja	31	3,00 €	0	0	93,00 €
Judo-Club Erkelenz e.V.	ja	ja	30	3,00 €	0	0	90,00 €
Erkelenzer Volleyball Verein 2000	ja	ja	100	3,00 €	0	0	300,00 €
Tennis-Club Blau-Weiß 1912 Erkelenz e.V.	ja	ja	56	3,00 €	0	0	168,00 €
Basketballcentrum Erkelenz 2000 e.V.	ja	ja	1	3,00 €	0	0	3,00 €
Reit- und Fahrverein Erkelenz e.V.	ja	ja	53	3,00 €	0	0	159,00 €
1. Badmintonclub Erkelenz1987 e.V.	ja	ja	49	3,00 €	0	0	147,00 €
Turnverein Erkelenz 1860 e. V.	ja	ja	879	3,00 €	0	0	2.637,00 €
DLRG Ortsgruppe Erkelenz e.V.	ja	ja	181	3,00 €	0	0	543,00 €
Sportclub 09 Erkelenz e.V.	ja	ja	255	3,00 €	0	0	765,00 €
Postsportverein Erkelenz 1972 e.V.	ja	ja	85	3,00 €	0	0	255,00 €
Judo Team Erkelenz e.V.	ja	ja	25	3,00 €	0	0	75,00 €
Budo-Club Erkelenz e.V.	ja	ja	61	3,00 €	0	0	183,00 €
Kneipp-Vereine.e.V.	ja	ja	9	3,00 €	0	0	27,00 €
TSG Erkelenz e.V.	ja	ja	45	3,00 €	0	0	135,00 €
Schachfreunde Erkelenz e.V.	ja	ja	14	3,00 €	0	0	42,00 €
FC Dynamo Erkelenz 2014	ja	ja	12	3,00 €	0	0	36,00 €
Ski- und Freizeitclub	ja	Ja	2	3,00 €	0	0	6,00 €
Erkelenzer Radsport Club	ja	ja	4	3,00 €	0	0	12,00 €
Bowlingverein Blau-Weiß Erkelenz 84 e.V.	ja	ja	3	3,00 €	0	0	9,00 €
Krav Maga Erkelenz e.V.	ja	ja	4	3,00 €	0	0	12,00 €

Kontrapunkt e.V.	ja	ja	0	0	67	120,00 €	120,00 €
Senioren-Initiative Erkelenz e.V.-S.I.E.	ja	ja	0	0	27	90,00 €	90,00 €
Bürgergemeinschaft Flachsfeld e.V.	ja	ja	0	0	110	150,00 €	150,00 €
Dorfgemeinschaft Bellinghoven	ja	ja	0	0	371	240,00 €	240,00 €
Erkelenzer Karnevalsgesellschaft 1832 e.V.	ja	ja	0	0	362	240,00 €	240,00 €
Folklore-Club Rjabinuschka.V. 1992	ja	ja	0	0	16	90,00 €	90,00 €
Imkerverein Erkelenz	ja	ja	0	0	36	90,00 €	90,00 €
Kinderchor St.Lambertus	ja	ja	0	0	50	120,00 €	120,00 €
Kirchenchor Caecilia St.Lambertus	ja	ja	0	0	44	120,00 €	120,00 €
Städt. Gesangverein 1943 e.V. Erkelenz	ja	ja	0	0	37	90,00 €	90,00 €
Städt. Musikverein Erkelenz e.V.	ja	ja	0	0	135	150,00 €	150,00 €
Chöre ev. Kirchengemeinde Erkelenz	ja	ja	0	0	46	120,00 €	120,00 €
Pfadfinder Erkelenz	ja	ja	0	0	77	120,00 €	120,00 €
Schützenbruderschaft "Unserer lieben Frau"	ja	ja	0	0	72	120,00 €	120,00 €
Seniorensport Erkelenz 1981 e.V.	ja	ja	0	0	98	120,00 €	120,00 €
rejoising e.V.	ja	ja	0	0	44	120,00 €	120,00 €
Bürgergemeinschaft Oerather Mühlenfeld	ja	ja	0	0	77	120,00 €	120,00 €
Mariennachbarn Erkelenz e.V.	ja	ja	0	0	20	90,00 €	90,00 €
							8.007,00 €

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung

Ort	Einwohnerzahl am 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Erkelenz	20.505	0,50 €	10.252,50 €
Bellinghoven	373	0,50 €	186,50 €
Oerath	284	0,50 €	142,00 €
	21.162	Gesamt	**10.581,00 €**
			8.007,00 €
		Gesamtbetrag	**18.588,00**

Bezirksausschuss Gerderath

Verein, Name, Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	x 3,00 Euro	Mitglieder Verein aktiv	x Sockel-betrag Euro	Betrag Euro
Grün-Weiß "Sparta" Gerderath e.V.	ja	ja	123	3,00 €	0	0	369,00 €
TV Gerderhahn 1933 e.V.	ja	ja	25	3,00 €	0	0	75,00 €
DLRG Ortsgruppe Gerderath e.V.	ja	ja	366	3,00 €	0	0	1.098,00 €
BC 71 Mantinell Erkelenz	ja	ja	2	3,00 €	0	0	6,00 €
Arbeiterwohlfahrt Ortsverband Gerderath	ja	ja	0	0	15	90,00 €	90,00 €
VdK Ortsverein Gerderath	ja	ja	0	0	302	240,00 €	240,00 €
Trommler-u.Pfeiferkorps 1933 Gerder. E.V	ja	ja	0	0	28	90,00 €	90,00 €
St.Christophorus Schützenbruderschaft Gerder.	ja	ja	0	0	67	120,00 €	120,00 €
St. Hubertus Schützenbruderschaft Gerderhahn	ja	ja	0	0	50	120,00 €	120,00 €
Kath. Frauengem. Gerderath	ja	ja	0	0	210	210,00 €	210,00 €
Gartengemeinschaft Gerderath e.V.	ja	ja	0	0	27	90,00 €	90,00 €
Tanz- und Musikfreunde Gerderath e.V.	ja	ja	0	0	25	90,00 €	90,00 €
Karnevalsgesellschaft Gerderhahn	ja	ja	0	0	110	150,00 €	150,00 €
Ortsgemeinschaft Gerderath	ja	ja	0	0	13	90,00 €	90,00 €
Weihnachtsdorf Gerderhahn e.V.	ja	ja	0	0	30	90,00 €	90,00 €
						Gesamt	**2.928,00 €**

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung:

Ort	Einwohnerzahl am 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Gerderath	4.550	0,50 €	2.275,00 €
Gerderhahn	586	0,50 €	293,00 €
Vossem	77	0,50 €	38,50 €
Moorheide	14	0,50 €	7,00 €
	5.227	gesamt	**2.613,50 €**
			2.928,00 €
		Gesamtbetrag	**5.541,50 €**

Bezirksausschuss Golkrath

Verein, Name, Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	x 3,00 Euro	Mitglieder Verein aktiv	x Sockel-betrag Euro	Betrag Euro
Spielverein 1930 Golkrath e.V.	ja	ja	34	3,00 €	0	0	102,00 €
Radsportverein Viktoria Erkelenz-Hoven e.V.	ja	ja	8	3,00 €	0	0	24,00 €
TC Schwarz-Weiß Golkrath e.V.	ja	ja	4	3,00 €	0	0	12,00 €
Power Pänz e.V.	ja	ja	0	0	215	210,00 €	210,00 €
Verein d. Freunde u. Förderer der kath.GS Houverath	ja	ja	0	0	58	120,00 €	120,00 €
Trommler-u.Pfeiferkorps 1960 Houverath e.V.	ja	ja	0	0	34	90,00 €	90,00 €
Karnevalsgesellschaft Knallköpp Golkrath e.V.	ja	ja	0	0	131	150,00 €	150,00 €
St. Laurentius Schützenbruderschaft Houverath e.V.	ja	ja	0	0	211	180,00 €	180,00 €
Kath.Kapellengemeinde St. Josef Matzerath e.V.	ja	ja	0	0	103	150,00 €	150,00 €
Förderverein Dorfkirche St.Laurentius Houverath	ja	ja	0	0	165	180,00 €	180,00 €
St. Stephanus Schützenbrüderschaft 1862 Golkrath e.V.	ja	ja	0	0	87	90,00 €	90,00 €
							1.308,00 €

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung

Ort	Einwohnerzahl am 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Golkrath	965	0,50 €	482,50 €
Houverath	653	0,50 €	326,50 €
Matzerath	418	0,50 €	209,00 €
Hoven	71	0,50 €	35,50 €
	2107	gesamt	**1.053,50 €**
			1.308,00 €
		Gesamtbetrag	**2.361,50**

Bezirksausschuss Granterath/Hetzerath

Verein,Name,Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	X 3,00 Euro	Mitglieder Verein Aktiv	x Sockel betrag Euro	Betrag Euro
Verein für Rasensport e.V. Granterath 1919	ja	ja	0	3,00 €	0	0	0,00 €
Turnverein 1910 Granterath e.V.	ja	ja	339	3,00 €	0	0	1.017,00 €
TUS Herta Hetzerath 1920 e.V.	ja	ja	17	3,00 €	0	0	51,00 €
TTC 1979 Hetzerath e.V.	ja	ja	9	3,00 €	0	0	27,00 €
Verein für Umwelt und Naturschutz Granterath e.V.	ja	ja	0	0	20	90,00 €	90,00 €
Interessengemeinschaft Hetzerath 1939 e.V.	ja	ja	0	0	85	120,00 €	120,00 €
Elterninitiative Hetzerath e.V.	ja	ja	0	0	14	90,00 €	90,00 €
St.Josef Schützenbruderschaft zu Hetzerath e.V.	ja	ja	0	0	41	120,00 €	120,00 €
Kirchenchor Cäcilia Hetzerath Pfarre St.Josef Erkelenz-Hetzerath	ja	ja	0	0	40	90,00 €	90,00 €
Musikverein St. Josef Hetzerath	ja	ja	0	0	35	90,00 €	90,00 €
My Verein Hetzerath	ja	ja	0	0	50	120,00 €	120,00 €
Musikverein Granterath e.V.	ja	ja	0	0	30	90,00 €	90,00 €
						Gesamt	**1.905,00 €**

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung

Ort	Einwohnerzahl 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Granterath	1.332	0,50 €	666,00 €
Hetzerath	1.525	0,50 €	762,50 €
Genehen, Scheidt, Commerden	100	0,50 €	50,00 €
Tenholt	430	0,50 €	215,00 €
	3.387	Gesamt	**1.693,50 €**
			1.905,00 €
		Gesamtbetrag	**3.598,50 €**

Bezirksausschuss Holzweiler/Immerath

Verein,Name,Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	X 3,00 Euro	Mitglieder Verein aktiv	x Sockel betrag Euro	Betrag Euro
Sportverein 1920 Holzweiler e.V.	ja	ja	21	3,00 €	0	0	63,00 €
Spielverein Immerath	ja	ja	114	3,00 €	0	0	342,00 €
Dorfgemeinschaft Holzweiler e.V.	ja	ja	0	0	203	210,00 €	210,00 €
St.Sebastianus Schützenbruderschaft Holzweiler e.V.	ja	ja	0	0	476	300,00 €	300,00 €
Pfadfinderinnen St.Georg Stamm Immerath	ja	ja	0	0	26	90,00 €	90,00 €
KG Immerath Seckschürger e.V.	ja	ja	0	0	102	150,00 €	150,00 €
DRK Ortsverein Holzweiler e.V.	ja	ja	0	0	11	90,00 €	90,00 €
St.Sebastianus Schützenbruderschaft Immerath e.V.	ja	ja	0	0	171	180,00 €	180,00 €
Holzwiller Klüngel e.V.	ja	ja	0	0	20	90,00 €	90,00 €
Seilerdorf-Treff e.V. Holzweiler	ja	ja	0	0	28	90,00 €	90,00 €
Verein zur Förderung der Gemeinschaft e.V.	ja	ja	0	0	14	90,00 €	90,00 €
						Gesamt	**1.695,00 €**

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung:

Ort	Einwohnerzahl 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Holzweiler	1.416	0,50 €	708,00 €
Immerath	0	0,50 €	0,00 €
Immerath (neu)	838	0,50 €	419,00 €
Lützerath	0	0,50 €	0,00 €
	2.254	Gesamt	**1.127,00 €**
			1.695,00 €
		Gesamtbetrag	**2.822,00 €**

Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschenich

Verein,Name,Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	X 3,00 Euro	Mitglieder Verein aktiv	x Sockel betrag Euro	Betrag Euro
Spielverein Schwarz Gelb Venrath e.V	ja	ja	83	3,00 €	0	0	249,00 €
SV Niersquelle Kuckum 1927 e.V.	ja	ja	49	3,00 €	0	0	147,00 €
Turn-und Spielverein Keyenberg 1911 e.V.	ja	ja	28	3,00 €	0	0	84,00 €
St.Josef Schützenbruderschaft Venrath e.V.	ja	ja	0	0	305	240,00 €	240,00 €
St. Sebastianus- Schützenbruderschaft Keyenberg e.V.	ja	ja	0	0	166	180,00 €	180,00 €
St. Martinus Schützenbruderschaft Borschemich1636 e.V.	ja	ja	0	0	181	180,00 €	180,00 €
Karnevalsgesellschaft „Venroder Wenk"	ja	ja	0	0	241	210,00 €	210,00 €
St.Antonius.Schützenbruderschaft Kuckum 1909 e.V.	ja	ja	0	0	312	240,00 €	240,00 €
KG Grubenrandpiraten e.V.	ja	ja	0	0	156	150,00 €	150,00 €
Dorfgemeinschaft Borschemich e.V.	ja	ja	0	0	32	90,00 €	90,00 €
Dorfgemeinschaft Keyenberg e.V.	ja	ja	0	0	47	120,00 €	120,00 €
Angelfreunde Kuckum e.V.	ja	ja	0	0	8	90,00 €	90,00 €
						Gesamt	**1.980,00 €**

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung

Ort	Einwohnerzahl 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Keyenberg alt/neu	669	0,5	334,50 €
Berverath alt/neu	141	0,5	70,50 €
Unterwestrich alt/neu	55	0,5	27,50 €
Oberwestrich alt/neu	58	0,5	29,00 €
Venrath	917	0,5	458,50 €
Kaulhausen	219	0,5	109,50 €
Kuckum alt/neu	624	0,5	312,00 €
Mennekrath	178	0,5	89,00 €
Neuhaus	154	0,5	77,00 €
Terheeg	241	0,5	120,50 €
Wockerath	258	0,5	129,00 €
Borschemich	568	0,5	284,00 €
	4082	Gesamt	**2.041,00 €**
			1.980,00 €
		Gesamtbetrag	**4.021,00 €**

Bezirksausschuss Kückhoven

Verein,Name,Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	X 3,00 Euro	Mitglieder Verein aktiv	x Sockel betrag Euro	Betrag Euro
Schießsportverein (Sportschützen) Kückhoven e.V.	ja	ja	6	3,00 €	0	0	18,00 €
TUS Germania Kückhoven 1912 e.V.	ja	ja	328	3,00 €	0	0	984,00 €
St.Sebastianus Bruderschaft 1664 Kückhoven	ja	ja	0	0	368	240,00 €	240,00 €
Kückhovener Karnevalsgesellschaft „De Japstöck"	ja	ja	0	0	464	300,00 €	300,00 €
Trommler- und Pfeiffercorps 1952 Kückhoven	ja	ja	0	0	30	90,00 €	90,00 €
						Gesamt	**1.632,00 €**

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung:

Ort	Einwohner zahl 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Kückhoven	2.530	0,50 €	**1.265,00 €**
			1.632,00 €
		Gesamt	**2.897,00 €**

Bezirksausschuss Lövenich

Verein,Name,Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	X 3,00 Euro	Mitglieder Verein aktiv	x Sockel betrag Euro	Betrag Euro
Tennisclub Lövenich e.V.	ja	ja	46	3,00 €	0	0	138,00 €
Spiel.- und Turnverein Lövenich 1919 e.V.	ja	ja	79	3,00 €	0	0	237,00 €
Spiel-und Sportverein Viktoria 1919 e.V. Katzem	ja	ja	54	3,00 €	0	0	162,00 €
Trommler-und Pfeiferkorps 1925 Katzem e.V. in Erkelenz	ja	ja	0	0	25	90,00 €	90,00 €
Karnevalsgesellschaft Katzeköpp Katzem 1857 e.V.	ja	ja	0	0	101	150,00 €	150,00 €
VDK Ortsverband Katzem	ja	ja	0	0	53	120,00 €	120,00 €
Volkstümliches Theater Nysterbachbühne 1999 e.V.	ja	ja	0	0	103	150,00 €	150,00 €
VDK Ortsverband Lövenich	ja	ja	0	0	99	120,00 €	120,00 €
Instrumental-Musikverein 1913 e.V. Lövenich	ja	ja	0	0	30	90,00 €	90,00 €
Trommler-und Pfeiferkorps 1951 Lövenich e.V.	ja	ja	0	0	30	90,00 €	90,00 €
MGV Concordia 1848 Lövenich e.V.	ja	ja	0	0	0	- €	- €
St. Sebastianus Schützenbruderschaft Lövenich e.V.	ja	ja	0	0	51	120,00 €	120,00 €
Karnevalsgesellschaft Hoppesäck 1861 e.V.	ja	ja	0	0	97	120,00 €	120,00 €
TSG Lövenich-Baal 2013 e.V.	ja	ja	0	0	80	120,00 €	120,00 €
Knallbonbons Katzem 2008 e.V.	ja	ja	0	0	16	90,00 €	90,00 €
						Gesamt	**1.797,00 €**

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung:

Ort	Einwohner zahl 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Lövenich	2.810	0,50 €	1.405,00 €
Katzem	1.172	0,50 €	586,00 €
Kleinbouslar	132	0,50 €	66,00 €
	4.114	Gesamt	**2.057,00 €**
			1.797,00 €
		Gesamtbetrag	**3.854,00 €**

Bezirksausschuss Schwanenberg

Verein,Name,Sitz	Vereins satzung ja/nein	Gemein nützig FinA ja/nein	Mitglieder Sportverein aktiv bis 18 J.	X 3,00 Euro	Mitglieder Verein aktiv	x Sockel betrag Euro	Betrag Euro
TV 1924 Schwanenberg e.V.	ja	ja	178	3,00 €	0	0	534,00 €
Spielverein Schwarz-Weiß Schwanenberg e.V.	ja	ja	246	3,00 €	0	0	738,00 €
Eine Welt Tisch Schwanenberg e.V.	ja	ja	0	0	15	90,00 €	90,00 €
Ev.Kirchenchor Schwanenberg	ja	ja	0	0	115	150,00 €	150,00 €
Posaunenchor Schwanenberg e.V.	ja	ja	0	0	45	120,00 €	120,00 €
Genhofer Heimatverein e.V.	ja	ja	0	0	105	150,00 €	120,00 €
						Gesamt	**1.752,00 €**

Zusätzlicher Betrag zur freien Verfügung

Ort	Einwohnerzahl 31.03.2024	x 0,50 Euro	Betrag Euro
Schwanenberg Grambusch Lentholt	1.719	0,50 €	859,50 €
Geneiken	264	0,50 €	132,00 €
Genhof	209	0,50 €	104,50 €
Genfeld	108	0,50 €	54,00 €
	2.300	Gesamt	**1.150,00 €**
			1.752,00 €
		Gesamtbetrag	**2.902,00 €**

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 20/667/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	19.08.2024
Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Verfasser:	Amt 20 André Keutmann

Beteiligungsbericht der Stadt Erkelenz zum 31.12.2023

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Am 03.07.2024 hat der Rat der Stadt beschlossen, dass die Stadt Erkelenz zum 31.12.2023 keinen Gesamtabschluss aufstellt. In einem solchen Fall sieht die Gemeindeordnung NRW im § 117 vor, dass die Kommune einen Beteiligungsbericht zu erstellen hat.

Der Beteiligungsbericht war bis zum 31.12.2018 als Teilbereich des Gesamtabschlusses jeweils dem Rat mit zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Durch die Befreiung von der Aufstellung eines Gesamtabschlusses ist der Beteiligungsbericht nunmehr seit 2020 jährlich dem Rat separat zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Beteiligungsbericht hat grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbstständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,

2. die Jahresergebnisse der verselbstständigten Aufgabenbereiche,

3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie

4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der der Gemeinde.

Die entsprechenden Informationen für die Beteiligungen der Stadt Erkelenz können dem als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht entnommen werden. Eine graphische Übersicht der derzeit verselbständigten Aufgabenbereiche ist auf Seite 9 des Beteiligungsberichtes dargestellt. Die wesentlichen Informationen zu den einzelnen Aufgabenbereichen schließen sich auf den dann folgenden Seiten des Beteiligungsberichtes an.

Die Verwaltung schlägt vor, den als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht zum 31.12.2023 zu beschließen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht zum 31.12.2023 wird beschlossen.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Durch die Veröffentlichung des Beteiligungsberichts ist ein minimal erhöhter Papierverbrauch zu erwarten. Dies könnte durch eine rein digitale Bereitstellung des Berichts verhindert werden. Weder befördert der Bericht, noch behindert er insgesamt das Vorhaben im Sinne von mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Beteiligungsbericht zum 31.12.2023

ERK
EL
ENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beteiligungsbericht 2023 der Stadt Erkelenz

Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2023 der Stadt Erkelenz

Inhaltsverzeichnis

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen 4
2 Beteiligungsbericht 2023 6
2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes 6
2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes 7
3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Erkelenz 8
3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio 10
3.2 Beteiligungsstruktur 11
3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen 13
3.4 Einzeldarstellung 15
3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Erkelenz zum 31. Dezember 2023 16
3.4.1.1 Städtischer Abwasserbetrieb 17
3.4.1.2 Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH (GEE mbH) 24
3.4.1.3 Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE mbH & Co. KG) 28
3.4.1.4 Kultur GmbH der Stadt Erkelenz 35
3.4.1.5 Zweckverband Landfolge Garzweiler 40
3.4.1.6 Kreiswerke Heinsberg GmbH 47
3.4.1.7 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH 53
3.4.1.8 Campus Transfer Management GmbH 60
3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Erkelenz zum 31. Dezember 2023 67
3.4.2.1 WestVerkehr GmbH 67
3.4.2.2 NEW Kommunalholding GmbH 69
3.4.2.3 KKP Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH 71
3.4.2.4 NEW AG 73

Hinweis:
Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig

erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde generieren, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2023

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Erkelenz hat am 03. Juli 2024 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Erkelenz gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,

2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,

3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie

4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Erkelenz hat am 25. September 2024 den Beteiligungsbericht 2023 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Erkelenz. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Erkelenz, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Erkelenz durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Erkelenz durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Erkelenz insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Erkelenz. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Erkelenz die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

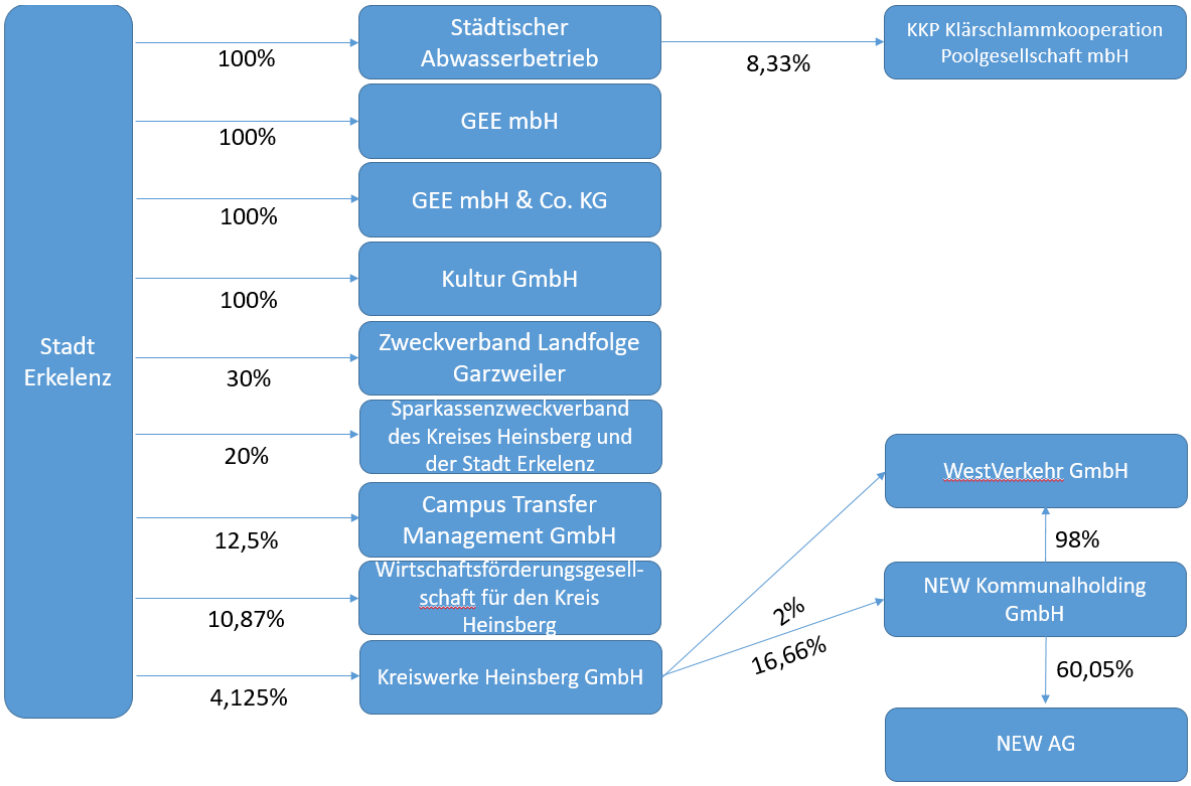
Hierzu kann die Stadt Erkelenz unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen grundsätzlich auf den im Laufe des Jahres 2024 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2023. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2023 aus.

3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Erkelenz

1. Betriebe ohne fremde Anteilseigner		
Name der Betriebe	Anteilsverhältnis	Rechtsform
Städtischer Abwasserbetrieb	100 %	Eigenbetriebsähnlich
Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH (GEE mbH)	100 %	GmbH (Komplementär)
Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE mbH & Co. KG)	100 %	KG
Kultur GmbH der Stadt Erkelenz	100 %	GmbH
2. Betriebe mit einer städtischen Beteiligung von über 50 v. H. bis unter 100 v. H.		
Keine		
3. Betriebe mit einer städtischen Beteiligung von über 20 v. H. bis 50 v. H.		
Zweckverband Landfolge Garzweiler	30,00 %	Zweckverband
4. Betriebe mit einer städtischen Beteiligung von über 5 v. H. bis 20 v. H.		
Sparkassenzweckverband des Kreises Heinsberg und der Stadt Erkelenz	20,00 %	AöR
Campus Transfer Management GmbH	12,50 %	GmbH
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH (WFG Kreis Heinsberg)	10,87 %	GmbH
5. Betriebe mit einer städtischen Beteiligung bis 5 v. H.		
regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG	4,16 %	eG
Kreiswerke Heinsberg GmbH	4,125 %	GmbH
Gemeinnütziger Bauverein eG Erkelenz	2,65 %	eG
Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“	0,08 %	AöR
6. mittelbare Beteiligungen		
KKP Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH (über Städtischer Abwasserbetrieb)	8,33 %	GmbH
Westverkehr GmbH (über die NEW Kommunalholding GmbH und über die Kreiswerke Heinsberg GmbH)	0,80 %	GmbH
NEW Kommunalholding GmbH (über die Kreiswerke Heinsberg GmbH)	0,70 %	GmbH
NEW AG (über die NEW Kommunalholding GmbH)	0,40 %	AG

Graphisch dargestellt, ergibt sich folgende Übersicht:



Nachrichtlich: geringfügige, unmittelbare Beteiligungen und Ausleihungen

- regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG
- Gemeinnütziger Bauverein eG Erkelenz
- d-nrw AöR

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Berichtsjahr 2023 ergaben sich folgende Änderungen im Beteiligungsportfolio:

Zugänge:

Es gab 2023 keine neuen Beteiligungen

Veränderungen:

Der Anteil an der KKP Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH (über Städtischer Abwasserbetrieb) erhöhte sich durch eine Erhöhung der Stammeinlage von 7,70 % auf 8,33 %.

Der Anteil am Zweckverband Landfolge Garzweiler verringerte sich durch den Beitritt der Stadt Grevenbroich zum 01.01.2023 von 38,1 % auf 30 %.

Abgänge:

Es gab 2023 keine Abgänge bei den Beteiligungen in Form von Beendigungen oder Abwicklungen.

3.2 Beteiligungsstruktur

Tabelle 1:

Übersicht der Beteiligungen der Stadt Erkelenz mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Erkelenz am Stammkapital		Beteiligungsart
		TEURO	TEURO	%	
Unmittelbare Beteiligungen					
1	Städtischer Abwasserbetrieb	5.200	5.200	100,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+1.265			
2	Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH (GEE mbH)	26	26	100,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+2			
3	Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE mbH & Co. KG)	818	818	100,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+350			
4	Kultur GmbH der Stadt Erkelenz	25	25	100,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+92			
5	Zweckverband Landfolge Garzweiler	449	135	30,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+108			
6	Sparkassenzweckverband des Kreises Heinsberg und der Stadt Erkelenz	[1]265.130	0	0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+11.820			
7	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg (WFG Kreis Heinsberg)	236	26	10,87	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	0			
8	Kreiswerke Heinsberg GmbH	9.510	392	4,125	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+4.730			
9	Gemeinnütziger Bauverein Erkelenz eG	109	3	2,65	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	[2]+332			
10	Campus Transfer Management GmbH	45	6	12,5	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-9			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stamm-kapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Erkelenz am Stammkapital		Beteiligungsart
		TEURO	TEURO	%	
Mittelbare Beteiligungen					
11	NEW Kommunalholding GmbH	128.338	898	0,7	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+8.173			
12	Westverkehr GmbH	25	0,2	0,08	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	0			
13	KKP Klärschlamm Kooperation Poolgesellschaft mbH	26	2	8,33	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	0			
14	NEW AG	166.868	667	0,4	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	0			
Nachrichtlich, da „Ausleihungen“ (siehe Erläuterung unter Punkt: 3.4.1):					
15	Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“	1.385	1	0,07	Unmittelbar
16	regio iT Beteiligungsgenossen-schaft eG	601	25	4,16	Unmittelbar

1 Es handelt sich um die gebildete Sicherheitsrücklage

2 Daten aus dem vorläufigen Geschäftsbericht 2022

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Entscheidung über die Wesentlichkeit wurde von der Stadt Erkelenz unter Einbeziehung und Abwägung der örtlichen Kenntnisse und Gegebenheiten festgelegt:

Es wurden in der u. a. Übersicht neben der Stadt Erkelenz selbst, nur die wesentlichen unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Erkelenz aufgenommen. Wesentlich sind demnach nur solche Beteiligungen, die nach der Maßgabe des § 51 KomHVO NRW zu konsolidieren wären. Darüber hinaus werden aufgrund der zukünftigen Bedeutung für die Stadt die Campus Transfer Management GmbH und der Zweckverband Landfolge Landfolge Garzweiler, sowie aus strategischen Gründen die NEW AG mit aufgeführt.

Tabelle 2: Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Kommune (in TEUR)

Teil 1:

	gegenüber	Stadt Erkelenz	Städt. Abwasserbetrieb	GEE mbH	GEE mbh & Co. KG	Kultur GmbH
Stadt Erkelenz	Forderungen		5.591	-	5.000	-
	Verbindlichkeiten		-	-	-	-
	Erträge		3.488	-	857	-
	Aufwendungen		1.815	-	-	415
Städt. Abwasserbetrieb	Forderungen	-		-	-	-
	Verbindlichkeiten	5.591		-	-	-
	Erträge	1.815		-	-	-
	Aufwendungen	3.488		-	-	-
GEE mbH	Forderungen	-	-		23	-
	Verbindlichkeiten	-	-		-	-
	Erträge	-	-		-	-
	Aufwendungen	-	-		-	-
GEE mbH & Co. KG	Forderungen	-	-	-		-
	Verbindlichkeiten	5.000	-	23		-
	Erträge	-	-	-		-
	Aufwendungen	857	-	-		-
Kultur GmbH	Forderungen	-	-	-	-	
	Verbindlichkeiten	-	-	-	-	
	Erträge	415	-	-	-	
	Aufwendungen	-	-	-	-	

Teil 2:

	gegenüber	Stadt Erkelenz	Zweckverband Landfolge Garzweiler	Kreiswerke Heinsberg GmbH	Campus Transfermanagement GmbH	NEW AG
Stadt Erkelenz	Forderungen		-	-	-	-
	Verbindlichkeiten		-	-	-	-
	Erträge		-	255	-	4.687
	Aufwendungen		197	-	-	-
Zweckverband Landfolge Garzweiler	Forderungen	-		-	-	-
	Verbindlichkeiten	-		-	-	-
	Erträge	197		-	-	-
	Aufwendungen	-		-	-	-
Kreiswerke Heinsberg GmbH	Forderungen	-	-		-	-
	Verbindlichkeiten	-	-		-	-
	Erträge	-	-		-	-
	Aufwendungen	255	-		-	-
Campus Transfer Management GmbH	Forderungen	-	-	-		-
	Verbindlichkeiten	-	-	-		-
	Erträge	-	-	-		-
	Aufwendungen	-	-	-		-
NEW AG	Forderungen	-	-	-	-	
	Verbindlichkeiten	-	-	-	-	
	Erträge	-	-	-	-	
	Aufwendungen	4.687	-	-	-	

3.4 Einzeldarstellung

Nachfolgend erfolgt eine Einzeldarstellung für die wesentlichen unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Erkelenz.

Als wesentlich gelten Beteiligungen, wenn diese die Voraussetzungen des § 51 KomHVO erfüllen oder eine strategische Relevanz haben bzw. an deren Berichterstattung ein besonderes Interesse besteht. Unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des § 51 KomHVO sind demnach folgende unmittelbaren wesentlichen Beteiligungen der Stadt Erkelenz unter Punkt 3.4.1 einzeln darzustellen:

- Städtischer Abwasserbetrieb
- Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH (GEE mbH)
- Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE mbH & Co. KG)
- Kultur GmbH der Stadt Erkelenz
- Zweckverband Landfolge Garzweiler

Wie bereits auf Seite 13 aufgeführt, werden daneben noch die

- Campus Transfer Management GmbH
- NEW AG

einzeln abgebildet. Zum besseren Verständnis der mit der NEW AG „verwandtschaftlich“ zusammenhängenden Unternehmen, an denen die Stadt Erkelenz auch beteiligt ist, werden die Kreiswerke Heinsberg GmbH, die WestVerkehr GmbH und die Kommunalholding GmbH AG ebenfalls einzeln dargestellt.

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Erkelenz zum 31. Dezember 2023

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Erkelenz einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Erkelenz mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Erkelenz geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Erkelenz zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden **diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich** ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Erkelenz gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Erkelenz dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden **diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich** ausgewiesen.

3.4.1.1 Städtischer Abwasserbetrieb

Zweck der Beteiligung

Im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge haben die Kommunen unter anderem für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung zu sorgen. Diese verfassungsrechtlich verankerte Pflicht der Kommunen wird in Erkelenz durch den Städtischen Abwasserbetrieb der Stadt Erkelenz wahrgenommen. Der Städtische Abwasserbetrieb wird dabei als nicht wirtschaftliches Unternehmen der Stadt Erkelenz ohne eigene Rechtspersönlichkeit gem. den §§ 106 i.d.F. vom 14. Juli 1994, zuletzt durch Gesetz vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218 b, ber. 304a) i.V.m. § 107 GO NRW nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW geführt. Zweck des Eigenbetriebes ist gemäß § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung der Stadt Erkelenz für den Städtischen Abwasserbetrieb die Abwasserbeseitigung gemäß § 53 LWG NW.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Gegenstand des Unternehmens, nämlich die verfassungsrechtlich verankerte Pflicht zur ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung, ist auf einen öffentlichen Zweck ausgerichtet. Dieser öffentliche Zweck wird nachweislich der jeweiligen Jahresabschlüsse des Städtischen Abwasserbetriebes - seit Gründung im Jahre 1990 - erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	5.200.000,00 €
Alleiniger Vermögensträger:	Stadt Erkelenz (100 %)

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen (aus Tabelle 2)

Städtischer Abwasserbetrieb Forderungen zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Städtischer Abwasserbetrieb Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
5.591 TEUR (vorfinanzierte Auszahlungen)

Städtischer Abwasserbetrieb Erträge 2023 aus Zahlungen von der Stadt Erkelenz:
1.815 TEUR
(1.545 TEUR Kostenanteil der Stadt an der Straßenentwässerung, 270 TEUR Schmutz- u. Niederschlagswassergebühren für städt. Grundbesitz)

Städtischer Abwasserbetrieb Aufwendungen 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
3.488 TEUR
(1.903 TEUR Erstattung Personal- und Sachaufwand an Stadt, 1.460 TEUR Ausschüttung Jahresüberschuss des Jahres 2022 an Stadt, 25 TEUR Erstattungsleistungen für Tätigkeiten des städt. Baubetriebshofes, 100 TEUR Zinsaufwand Liquiditätsdarlehen)

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	91.531	91.304	227	**Eigenkapital**	38.934	39.129	-195
Umlaufvermögen	149	193	-44	**Sonderposten**	27.417	27.335	82
				Rückstellungen	186	152	34
				Verbindlichkeiten	25.147	24.885	262
Aktive Rechnungsabgrenzung	4	4	0	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	91.684	91.501	183	**Bilanzsumme**	91.684	91.501	183

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

- Fehlanzeige –

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	10.360	9.773	587
2. andere aktivierte Eigenleistungen	596	484	112
3. sonstige betriebliche Erträge	145	161	-16
4. Materialaufwand	-3.281	-2.778	-503
5. Personalaufwand	-1.678	-1.522	-156
6. Abschreibungen	-3.853	-3.798	-55
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-495	-433	-62
8. Finanzergebnis	-530	-426	-104
9. Ergebnis vor Ertragssteuern	1.265	1.461	-196
10. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag(-)	+1.265	+1.460	-195

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%-Punkte
Eigenkapitalquote	42,47	42,76	-0,30
Eigenkapitalrentabilität	1,94	2,25	-0,30
Anlagendeckungsgrad 2	78,48	79,80	-1,32
Verschuldungsgrad	38,18	37,67	0,51
Umsatzrentabilität	12,21	14,94	-2,74

Personalbestand

Nach § 15 Abs. 1 der Betriebssatzung des Städtischen Abwasserbetriebes beschäftigt der Abwasserbetrieb kein eigenes Personal. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient er sich des Personals der Stadt Erkelenz. Den hierfür anfallenden Personalaufwand erstattet der Städtische Abwasserbetrieb der Stadt Erkelenz.

Geschäftsentwicklung

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird als solide eingeschätzt. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung ist gut. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Im Berichtsjahr konnten bei allen Lieferverbindlichkeiten durch kurzfristige Zahlungen Skontoabzüge realisiert werden.

Prognosebericht:
Mit einem Jahresgewinn von EUR 1.264.654,03 fällt das Ergebnis um rund TEUR 196 geringer aus als im letzten Jahr. Ursächlich sind hierfür erhöhte Materialaufwendungen (TEUR 503) und zwar insbesondere für den Bezug von Energie (TEUR 379). Die Gründe, die zu diesen erhöhten Energiekosten geführt haben, sind bereits hinlänglich kommuniziert worden. Kompensiert werden diese erhöhten Aufwendungen nur anteilig durch erhöhte Erträge.

Für die Jahresergebnisse der Jahre 2024 bis 2027 ist gegenüber 2023 mit leicht höheren Jahresergebnissen zu rechnen. Dementsprechend weist der Wirtschaftsplan 2024 auch für den mittelfristigen Planungszeitraum für die Jahre 2024 bis 2027 Jahresergebnisse von EUR 1.535 Mio. bis EUR 1.594 Mio. aus.

Chancen und Risikobericht:

Risikobericht

Ertragsorientierte Risiken:

Die Abwassergebühren (Schmutz- und Niederschlagswassergebühren) sind weiterhin auf einem landesweit günstigen Niveau. Im Bereich der Schmutzwassergebühren konnte der Gebührensatz zum 01.01.2023 von 1,75 EUR/m³ auf 1,60 EUR/m³ bezogener Frischwassermenge gesenkt werden, während die Niederschlagswassergebühren konstant bei 0,90 EUR/m² befestigter Fläche belassen wurde. Trotz dieser Senkung sind bei einer gleichzeitig hohen Zahlungsmoral weiterhin keine ertragsorientierten Risiken zu erkennen.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Abwasserbetriebs hat sich auch 2023 zufriedenstellend entwickelt. Sichtbar wird dies u.a. daran, dass die Kreditverbindlichkeiten 2023 um EUR 0,6 Mio. auf nunmehr EUR 17,101 Mio. reduziert werden konnten. Daneben zeigt die „Ein-Konten-Strategie“ aber auf, dass sich zum Jahresultimo 2023 die vorübergehenden Liquiditätslücken des Abwasserbetriebs bei der „Konzernmutter Stadt Erkelenz“ um EUR 1,11 Mio. auf EUR 5,59 Mio. erhöht haben. Auch, wenn sich dadurch diese Verbindlichkeiten um EUR 0,51 Mio. erhöht haben, sind weiterhin kurz- und mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

Personelle Risiken:

Leider ist es weiterhin so, dass die Erfahrungen aus den letzten zehn Jahren gezeigt haben, dass insbesondere im technischen Bereich aus den verschiedensten Gründen eine relativ hohe Fluktuation bei Schlüsselstellen stattfindet bzw. stattgefunden hat. Die Stellen konnten bisher zwar letztendlich immer wieder neu besetzt werden, aber zumeist war dies mit mehr oder minder längeren Zeit an vakanten Stellen verbunden. Gleichbedeutend mit vakanten Schlüsselstellen ist, dass das vorgesehene Erhaltungs- und Investitionsprogramm nicht planmäßig umgesetzt werden kann. Mittelfristig könnte dies zu einer Erhöhung der Kosten, einer Verschlechterung der Qualität und damit zu erhöhten Abwassergebühren führen. An dieser Feststellung hat sich auch in 2023 nichts geändert.

Sonstige Risiken:

Auch hier können die Aussagen der letztjährigen Lageberichte uneingeschränkt übernommen werden: Der Abwasserreinigungsanlage in Erkelenz-Mitte gilt es auch zukünftig ein besonderes Augenmerk zukommen zu lassen. Hier ist die Kapazitätsgrenze der Anlage bei der Ansiedlung

von neuen Gewerbebetrieben zu beachten. Um dabei nicht kurzfristig in Verlegenheit zu kommen, sollten innovative Alternativen zur Entlastung der Abwassereinigungsanlage untersucht und umgesetzt werden.

Neue gesetzliche Regelungen (Klärschlammverordnung und Düngemittelverordnung) erfordern eine Abkehr von der bisherigen Praxis der Klärschlammverwertung. Die Klärschlammausbringung zu Düngezwecken soll schrittweise reduziert und Phosphor sowie andere Nähstoffe aus dem Klärschlamm zurückgewonnen werden. Als Entsorgungsart, die den neuen gesetzlichen Anforderungen entspricht, kommt vor allem die Verbrennung des Klärschlamms in zu diesem Zweck eigens konzipierten Monoverbrennungsanlagen in Betracht. Da die vorhandenen Anlagekapazitäten dafür nicht ausreichen, wird es zu Zusammenschlüssen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften kommen, die diese gesetzlichen Vorgaben durch den Betrieb einer gemeinsamen Anlage umsetzen werden. Vor diesem Hintergrund hat der Abwasserbetrieb zusammen mit 14 anderen Kommunen eine „Klärschlammpoolgesellschaft mbH“ (KKP) gegründet, die als Ziel verfolgt, unter der Federführung der Stadtwerke Köln und der Bundesstadt Bonn für eine umweltgerechte Verwertung von kommunalem Klärschlamm zu sorgen. Aus diesem Grunde wurde am 26. Juni 2022 mit den zuvor genannten die „Klärschlammverwertung am Rhein GmbH“ (KlaR) gegründet. Die Klar GmbH will bis Ende 2029 eine Klärschlammverbrennungsanlage in Köln-Merkenich erbauen, in der dann die beteiligten Kommunen ihre Klärschlämme verbrennen können. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich dies insbesondere ab 2030 auf die künftige Gebührenentwicklung auswirken wird.

Chancenbericht:

Die in den Vorjahren bereits aufgeführten Chancen haben weiterhin ihre Aktualität nichts verloren: Nach wie vor ist die Auswertung der Luftbildaufnahmen aus den Jahren 2009 - 2012 nicht abgeschlossen. Es können also noch weiterhin zusätzliche Erträge zur Entlastung der Gemeinschaft der Abwassergebührenzahler generiert werden. Daneben können durch neue, qualifizierte Personen an Schlüsselstellen auch neue Ideen in den Abwasserbetrieb gebracht werden. Diese gilt es zu erkennen, zu fördern und umzusetzen. Daneben hat der Abwasserbetrieb 2022 mit anderen Kommunen die KKP GmbH gegründet. Die KKP GmbH soll das Halten und Verwalten der Beteiligung der Gesellschaft an der noch zu gründenden Klärschlammverwertung am Rhein GmbH – kurz: Klar GmbH – („Beteiligungsgesellschaft“) sichern. Die Klar GmbH soll die Klärschlammbeseitigung durch Planung, Errichtung und Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage in Köln – Merkenich sichern. Hintergrund ist hier, dass immer höhere gesetzliche Anforderungen an der Entsorgung und Verwertung von Klärschlämmen gestellt werden. Diese Klärschlammverbrennungsanlage soll 2030 ihren Betrieb aufnehmen und letztendlich zu auskömmlichen Gebühren für die Entsorgung und Verwertung von Klärschlämmen führen (siehe auch Ausführungen zum Punkt „sonstige Risiken“).

Gesamtaussage zur Chancen und Risikosituation:

Wie in den Vorjahren ist weiterhin deutlich darauf hinzuweisen, dass die Qualität sowohl in der Abwasserbeseitigung als auch in der Abwasserreinigung im kommunalen Vergleich landesweit als außerordentlich gut zu bezeichnen ist. Daneben wird diese gute Qualität auch bereits seit über einem Jahrzehnt zu einem landesweit günstigen Niveau angeboten. Gegenüber dem Landesdurchschnitt werden die Erkelenzer Haushalte dadurch jährlich wesentlich geringer bei den Abwassergebühren belastet. Erkennbar ist aber auch, dass in absehbarer Zeit die Schmutzwassergebühren moderat erhöht werden müssen. Trotz dieser voraussichtlichen moderaten Gebührenerhöhung wird es aber definitiv dabeibleiben, dass auch danach noch die hiesigen Abwassergebühren im Landesvergleich sehr günstig sein werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt-17 stimmberechtigte Mitglieder:

- Ratsherr Conen, Markus
- Ratsherr Dederichs, Hans Josef
- Ratsherr Frings, Karl-Heinz
- Sachkundiger Bürger Jahn, Thomas (bis 01.02.2023)
- Ratsfrau Jopen, Liselotte
- Sachkundiger Bürger Joußen, Julian (ab 02.02.2023)
- Ratsherr Kaulhausen, Wilhelm
- Sachkundiger Bürger Koormann, Wilfried
- Ratsherr Dr. Kus, Alexander
- Ratsfrau Meurer, Dignanllely (bis 13.12.2023)
- Sachkundiger Bürger Meuser, Michael
- Sachkundiger Bürger Raths, Hubert
- Sachkundiger Bürger Reul, Klaus
- Ratsherr, Schroer, Johannes (ab 14.12.2023)
- Ratsherr Schuflitz, Andreas
- Ratsherr Simon, Jürgen
- Ratsherr Steiner, René
- Ratsherr Vasters, Hans Dieter
- Ratsherr Weitz, Willi

Technischer Betriebsleiter = Technischer Beigeordneter der Stadt: Ansgar Lurweg

Kaufmännischer Betriebsleiter = Kämmerer der Stadt: Norbert Schmitz

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen (Ausschuss für Bauen, Betriebe, Klimaschutz und Umwelt) gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 2 Frauen für den Großteil des Berichtsjahres an (Frauenanteil: 11,76 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 bei der Konzernmutter, der Stadt Erkelenz, erstellt.

3.4.1.2 Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH (GEE mbH)

Zweck der Beteiligung

Geschäftsführung und Vertretung der „Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE)“ als deren persönlich haftende Gesellschafterin.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Geschäftsführung und Vertretung der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE) diente im Geschäftsjahr 2023 einem öffentlichen Zweck, da die Hauptgesellschaft mit ihrem Gegenstand des Unternehmens auf einen öffentlichen Zweck, nämlich der Veräußerung, sowie die Beplanung, Baureifmachung und Erschließung von Grundstücken zu dem Zweck, das Angebot von Grundstücken für Wohn- und Gewerbebauten in der Stadt Erkelenz zu verbessern, insbesondere, preiswertes Wohnbauland für Familien zu schaffen, ausgerichtet ist.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	25.564,59 €
Alleiniger Gesellschafter:	Stadt Erkelenz (100 %)

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen (aus Tabelle 2)

Es bestehen keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH und der Stadt Erkelenz bzw. zu anderen Beteiligungen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	**Eigenkapital**	28	28	0
Umlaufvermögen	33	32	1	**Sonderposten**	0	0	0
				Rückstellungen	4	3	1
				Verbindlichkeiten	1	1	0
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	33	32	1	**Bilanzsumme**	33	32	1

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

- Fehlanzeige -

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	0	0	0
2. sonstige betriebliche Erträge	6	6	0
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	0	0	0
5. Abschreibungen	0	0	0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-4	-4	0
7. Finanzergebnis	0	0	0
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	3	3	0
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag(-)	+2	+2	+0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%-Punkte
Eigenkapitalquote	84,78	85,95	-1,18
Eigenkapitalrentabilität	8,74	8,39	0,34
Anlagendeckungsgrad 2	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad	17,96	16,34	1,62
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Die Anstellung der beiden Geschäftsführer ist jeweils gekoppelt an die hauptberufliche Tätigkeit als Technischer Beigeordneter bzw. Kämmerer der Stadt Erkelenz. Der Beschäftigungsumfang beträgt maximal 15 Std./Woche. Zusätzlich war ein Prokurist tätig.

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr 1. Januar 2023 - 31. Dezember 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von Euro 2.236,56 ab. Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres beläuft sich auf Euro 32.834,56. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2023 beträgt 84,8%. Die kurzfristigen Rückstellungen machen 11,5 % und die kurzfristigen Verbindlichkeiten 3,6 % der Bilanzsumme aus.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft:

Der Aufwand der Gesellschaft wird alljährlich durch die Erträge aus der Erstattung der Aufwendungen und der Zahlung der Haftungsentschädigung sowie durch Zinserträge abgedeckt und führt zu einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und nach Steuern zu dem ausgewiesenen Gewinn. Solange die Hauptgesellschaft zu diesen Zahlungen auch weiterhin in der Lage ist, besteht für die Gesellschaft kein unternehmerisches Risiko. Die voraussichtliche Entwicklung ist daher für die Gesellschaft als gesichert anzusehen.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung-10 Mitglieder (Zusammensetzung zum 31.12.2023):

- Bürgermeister Muckel, Stephan
- Ratsherr Bienefeld, Hermann-Josef
- Ratsherr Frings, Karl-Heinz
- Ratsherr Füßer, Klaus Christian
- Ratsfrau Honold-Ziegahn, Christel
- Ratsherr London, Peter
- Ratsherr Moll, Christopher
- Ratsherr Steiner, René
- Ratsherr Tüffers, Michael

- Ratsherr von der Forst, Walter

Geschäftsführung, zwei Geschäftsführer (Geschäftsjahr 2023):
- Herr Kämmerer Norbert Schmitz
- Herr Technischer Beigeordneter Ansgar Lurweg

Prokurist (Geschäftsjahr 2023):
- Herr Gottfried Schnitzler (Beamter der Stadt Erkelenz) bis zum 31.10.2023
- Herr Thomas Rolfs (Beamter der Stadt Erkelenz) ab 01.11.2023

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen (Gesellschafterversammlung) gehört von den insgesamt 10 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 10 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 bei der Konzernmutter, der Stadt Erkelenz, erstellt.

3.4.1.3 Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE mbH & Co. KG)

Zweck der Beteiligung

Erwerb und Tausch, die Veräußerung, sowie die Beplanung, Baureifmachung und Erschließung von Grundstücken zu dem Zweck, das Angebot von Grundstücken für Wohn- und Gewerbebauten in der Stadt Erkelenz zu verbessern, insbesondere, preiswertes Wohnbauland für Familien zu schaffen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Gegenstand des Unternehmens, nämlich insbesondere die Verbesserung des Angebotes von Grundstücken und Schaffung preiswerten Wohnbaulandes für Familien, ist auf einen öffentlichen Zweck ausgerichtet.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ist die „Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH“. Sie ist zur Leistung einer Einlage nicht berechtigt. Weitere Gesellschafterin (Kommanditistin) ist die Stadt Erkelenz, welche das Kommanditkapital in voller Höhe, mit einer Einlage von 818.067,01 € eingebracht hat.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen (aus Tabelle 2)

GEE mbH & Co. KG Forderungen zum 31.12.2023 gegenüber der Stadt Erkelenz:
0 TEUR

GEE mbH & Co. KG Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
5.000 TEUR (Liquiditätsdarlehen)

GEE mbH & Co. KG Erträge 2023 aus Zahlungen von der Stadt Erkelenz:
0 TEUR

GEE mbH & Co. KG Aufwendungen 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
857 TEUR

GEE mbH & Co. KG Auszahlungen für Infrastrukturabgabe 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
668 TEUR

(102 TEUR Erstattung für städtische Ingenieurleistungen, 250 TEUR Gewinnausschüttung an die Stadt, 136 TEUR Grund- und Gewerbesteuer, 158 TEUR Zinsaufwand Liquiditätsdarlehen, 191 TEUR Ablöse für Folgekosten für Ausgleichsmaßnahmen, 20 TEUR Erstattungsleistungen für städtebauliche Planung für die Bauleitplanung)

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	334	214	120	**Eigenkapital**	7.507	7.407	100
Umlaufvermögen	16.024	18.625	-2.601	**Sonderposten**	0	0	0
				Rückstellungen	712	2.583	-1.871
				Verbindlichkeiten	8.151	8.855	-704
Aktive Rechnungsabgrenzung	12	6	6	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	16.370	18.845	-2.475	**Bilanzsumme**	16.370	18.845	-2.475

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der übernommenen Bankbürgschaften durch die Konzernmutter (Stadt Erkelenz) für die Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG zum Stichtag 31.12.2023: 3.650 TEUR.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	3.905	6.182	-2.277
2. sonstige betriebliche Erträge	560	91	469
3. Materialaufwand	-3.374	-5.218	1.844
4. Personalaufwand	-26	-25	-1
5. Abschreibungen	-3	-4	1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-392	-286	-106
7. Finanzergebnis	-198	-54	-144
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	472	687	-215
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag(-)	+350	+558	-208

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%-Punkte
Eigenkapitalquote	45,86	39,30	6,55
Eigenkapitalrentabilität	4,89	8,15	-3,26
Anlagendeckungsgrad 2	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad	118,06	154,43	-36,36
Umsatzrentabilität	8,96	9,02	-0,07

Personalbestand

Neben den unter Punkt 3.4.1.2 beschriebenen beiden Geschäftsführern wird ein Prokurist, im Rahmen eines Minijobs, beschäftigt. Die Bestellung ist an die hauptberufliche Tätigkeit als Beamter bei der Stadt Erkelenz gekoppelt. Insgesamt waren im Geschäftsjahr durchschnittlich sechs Mitarbeiter angestellt.

Geschäftsentwicklung

Ertragslage:

Aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Entwicklung und Veräußerung sowie der Baureifmachung von Grundstücksflächen und der Veräußerung von Ackerland, wurden im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 4.455 TEUR erzielt. Diese ergaben sich aus dem Verkauf und der Baureifmachung von 33 Baugrundstücken mit einer Gesamtgröße von 8.451 m² und der Veräußerung von elf Ackerlandflächen. Im Vergleich zum Vorjahr (6.584 TEUR) ergibt sich ein Umsatzrückgang in Höhe von 2.129 TEUR das entspricht 32 %. Das Rohergebnis ist von 1.055 TEUR im Jahr 2022 auf 1.091 TEUR im Geschäftsjahr gestiegen.

Der betriebliche Aufwand ist von 315 TEUR 2022 auf 421 TEUR im Geschäftsjahr gestiegen. Das Betriebsergebnis ist von 740 TEUR im Vorjahr auf 670 TEUR im Geschäftsjahr 2023 gesunken. Nach Zinsen und Steuern wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von 350 TEUR erzielt (Vorjahr 558 TEUR).

Vermögenslage:

Die Bilanzsumme hat sich um 2.476 TEUR auf 16.370 TEUR (Vorjahr 18.846 TEUR) verringert. Haupteinflussfaktoren sind die Veränderungen im Vorratsvermögen (minus 550 TEUR) und bei den liquiden Mitteln (minus 2.051 TEUR). Zum Bilanzstichtag 31.12.2023 beträgt das Vorratsvermögen 13.799 TEUR (Vorjahr 14.349 TEUR). Es macht somit 84,3 % der Bilanzsumme aus. Die liquiden Mittel belaufen sich auf 2.222 TEUR (Vorjahr 4.273 TEUR) und sind im Vergleich zum Vorjahr um 2.051 TEUR gesunken. Das Eigenkapital ist von 7.407 TEUR um 100 TEUR auf

7.507 TEUR und somit um 1,3 % gestiegen. Die Eigenkapitalquote hat sich von 39,3 % im Vorjahr auf 45,9 % im Geschäftsjahr verbessert.

Der Gesamtbetrag der Rückstellungen ist mit 712 TEUR im Vergleich zum Vorjahr (2.583 TEUR) gesunken. Die sonstigen Rückstellungen sind um 1.857 TEUR gesunken, die Steuerrückstellungen sind um 14 TEUR gesunken. Die übrigen Verbindlichkeiten sind um 704 TEUR auf 8.151 TEUR (Vorjahr 8.855 TEUR) gesunken. Der Rückgang begründet sich im Wesentlichen durch die Tilgung des Darlehens bei der Kreissparkasse Heinsberg über 1.050 TEUR.

Finanzlage:

Die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt. Das Vorratsvermögen, das zur Durchführung weiterer Erschließungsaktivitäten benötigt wird, wurde sowohl durch eigene finanzielle Mittel als auch mit Fremdmitteln finanziert. Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2023 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1.050 TEUR tilgen. Zum Bilanzstichtag ist der Finanzmittelfonds der Gesellschaft um 2.052 TEUR auf 2.221 TEUR gesunken (Vorjahr 4.273 TEUR). Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist als solide zu bewerten.

Prognosebericht:

Aufgrund des Entwicklungsstands in den Baugebieten sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere bei der Entwicklung der Bauzinsen und der Baupreise, ist für das Geschäftsjahr 2024 mit rückläufigen Umsätzen gegenüber dem Geschäftsjahr 2023 zu rechnen. Prognostiziert werden Umsatzerlöse in Höhe von rund 4,3 Mio. Euro. Auf Grund der Ergebnisplanung erwarten wir ein ausgeglichenes oder leicht negatives Jahresergebnis in der Bandbreite von 0 TEUR bis -200 TEUR. Die Liquidität wird sich auf Grund der Umsatzerwartung, der Ausgabenplanung für die anstehenden Einwicklungs- und Ausbauarbeiten und der planmäßigen Darlehensrückführung rückläufig entwickeln. Laut Liquiditätsplanung wird zum Ende des Geschäftsjahres 2024 mit einem Finanzmittelbestand in Höhe von rund 1,9 Mio. Euro gerechnet.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung:

Hohe Baupreise und verschlechterte Finanzierungsbedingungen haben auch über weite Teile des Jahres 2023 die Baukonjunktur belastet. Allerdings ist inzwischen zu beobachten, dass sich die Baupreise in einigen Bereichen leicht rückläufig entwickeln. Auch die hohe Inflation der vergangenen Jahre ist inzwischen spürbar zurückgegangen. Die Baupreise befinden sich gleichwohl immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Die Bauzinsen haben ihren vorläufigen Peak etwa zur Jahresmitte 2023 erreicht und befinden sich seit Oktober 2023 wieder im Abwärtstrend. Aktuell liegen die Bauzinsen je nach Laufzeit und Anbieter bei 3 bis 4 %. Finanzierungsexperten erwarten für das Jahr 2024 eine Seitwärtsbewegung bei den Bauzinsen und keine nennenswerten Ausschläge nach oben oder unten. Die

erwartete Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank im Jahr 2024 ist nach Experteneinschätzung im aktuellen Bauzinsniveau bereits eingepreist, so dass eine mögliche Leitzinssenkung keinen großen Einfluss auf die Entwicklung der Bauzinsen haben wird.

Die aktuelle wirtschaftliche Situation lässt zumindest für das Jahr 2024 bei vielen Kaufinteressent*innen und Bauherrschaften noch kein durchgreifend geändertes Verhalten erwarten. Es ist damit zu rechnen, dass weiterhin viele Kaufinteressent*innen eher zurückhaltend bei Ihren Kaufentscheidungen reagieren bzw. dass viele Bauherrschaften, in der Hoffnung auf weiter sinkende Baupreise und –zinsen, mit der Umsetzung ihres Bauvorhabens warten.

An dieser Stelle wirkt sich positiv aus, dass die GEE bereits im Jahr 2022 in allen neu entwickelten Baugebieten Änderungen hinsichtlich der eingeräumten Frist zur Erfüllung der Bebauungsverpflichtung vorgenommen hat. Auf Grund der seinerzeit hohen Nachfrage und damit verbundener Knappheit an Baumaterialien und verfügbaren Baufirmen, wurde die Frist zur Fertigstellung eines bezugsfertigen Wohnhauses von ursprünglich drei Jahren nach Abschluss des Kaufvertrages dahingehend geändert, dass mit dem Hausbau innerhalb von drei Jahren nach Abschluss des Kaufvertrages begonnen und die Bezugsfertigkeit fünf Jahre nach Abschluss des Kaufvertrages erreicht sein muss. Andernfalls wären jetzt in einer Vielzahl von Fällen Regelungen erforderlich, die auf das Hinausschieben der vertraglich vereinbarten Fristen zur Bebauungsverpflichtung gerichtet wären.

Es ist zu erwarten, dass auch 2024 Grundstückskäufer*innen mit der Bitte um Rückabwicklung des Kaufvertrages auf die GEE zukommen werden. Hierbei ist es wichtig, die Liquidität der GEE im Auge zu behalten und gleichzeitig Vorkehrungen zu treffen, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Beispielsweise könnten Rückabwicklungen künftig erst dann vollzogen werden, wenn aus dem Bewerberpool der GEE ein*e neue*r Käufer*in feststeht.

Im Jahr 2024 wird mit Blick auf eine auch künftig zielgerichtete Vermarktung zu überlegen sein, wie diese vom Ablauf her weiter optimiert werden kann. Dabei wird insbesondere eine Rolle spielen, wie die weiterhin völlig überzeichneten Interessentenlisten um diejenigen Interessent*innen „bereinigt“ werden können, die auf Grund ihrer persönlichen Lebenssituation und/oder ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse kein ernsthaftes Kaufinteresse haben.

Im Laufe des Jahres 2024 und in besonderem Maße ab 2025 werden durch Erschließung weiterer Baugebiete wieder nennenswerte Grundstücksbestände durch die GEE vermarktet. Hierfür ist es erforderlich, dass die derzeit auf Grund personellen Wechsels noch vakante Stelle mit Schwerpunkt „Grundstücksvermarktung“ zeitnah im Jahr 2024 besetzt wird. Das Stellenbesetzungsverfahren läuft bereits.

Die Nachfrage nach Baugrundstücken ist im Grundsatz weiterhin gegeben. Die Absatzgeschwindigkeit der Baugrundstücke hat aus den bereits aufgezeigten Gründen jedoch spürbar nachgelassen. Eine durchgreifende Änderung ist hier 2024 noch nicht zu erwarten. Wirtschaftsprognosen

für das Jahr 2025 geben jedoch Grund zur Annahme, dass mittel- bis langfristig auch die Verkaufszahlen wieder ansteigen werden, so dass der Fortbestand der Gesellschaft weiterhin als gesichert angesehen werden kann.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung-10 Mitglieder (Zusammensetzung zum 31.12.2023):

- Bürgermeister Muckel, Stephan
- Ratsherr Bienefeld, Hermann-Josef
- Ratsherr Frings, Karl-Heinz
- Ratsherr Füßer, Klaus Christian
- Ratsfrau Honold-Ziegahn, Christel
- Ratsherr London, Peter
- Ratsherr Moll, Christopher
- Ratsherr Steiner, René
- Ratsherr Tüffers, Michael
- Ratsherr von der Forst, Walter

Geschäftsführung: Komplementärin - GEE mbH

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen (Gesellschafterversammlung) gehört von den insgesamt 10 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 10 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare

Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 bei der Konzernmutter, der Stadt Erkelenz, erstellt.

3.4.1.4 Kultur GmbH der Stadt Erkelenz

Zweck der Beteiligung

Organisation von kulturellen Veranstaltungen und die Errichtung und der Betrieb von Veranstaltungsstätten zur Gestaltung des kulturellen Lebens in der Stadt Erkelenz. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an solchen beteiligen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz ist in der Organisation von kulturellen Veranstaltungen, der Errichtung und dem Betrieb von Veranstaltungsstätten zur Entwicklung und Gestaltung des kulturellen Lebens in der Stadt Erkelenz, zu sehen. Ausweislich des Jahresabschlusses zum 31.12. 2023 wurden durch die Kultur GmbH der Stadt Erkelenz auch im Jahre 2023 zahlreiche kulturelle Veranstaltungen in der Stadt Erkelenz, federführend durch die Kultur GmbH der Stadt Erkelenz, insbesondere in der Stadthalle organisiert bzw. Veranstaltungen Dritter betreut.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	25.000,00 €
Alleiniger Gesellschafter:	Stadt Erkelenz (100 %)

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen (aus Tabelle 2)

Kultur GmbH Forderungen zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Kultur GmbH Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Kultur GmbH Erträge 2023 aus Zahlungen von der Stadt Erkelenz:
415 TEUR

(279 TEUR Städtische Zuschüsse für die Kulturarbeit und kulturelle Veranstaltungen, 73 TEUR Auflösung Investitionszuschuss, 63 TEUR Nutzungsentgelte einschl. Technik für städt. Stadthallennutzung)

Kultur GmbH Aufwendungen 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				**Passiva**			
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	2.455	2.568	-113	**Eigenkapital**	1.433	1.341	92
Umlaufvermögen	518	546	-28	**Sonderposten**	1.310	1.383	-73
				Rückstellungen	62	41	21
				Verbindlichkeiten	68	246	-178
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	**Passive Rechnungsabgrenzung**	100	103	-3
Bilanzsumme	2.973	3.114	-141	**Bilanzsumme**	2.973	3.114	-141

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

- Fehlanzeige -

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	450	364	86
2. sonstige betriebliche Erträge	405	405	0
3. Materialaufwand	-249	0	-249
4. Personalaufwand	-154	-161	7
5. Abschreibungen	-113	-117	4
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-246	-423	177
7. Finanzergebnis	0	-3	3
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	92	66	26
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag(-)	+92	+56	+36

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%-Punkte
Eigenkapitalquote	48,22	43,07	5,15
Eigenkapitalrentabilität	3,48	2,11	1,37
Anlagendeckungsgrad 2	111,72	106,04	5,68
Verschuldungsgrad	4,73	10,55	-5,82
Umsatzrentabilität	20,54	15,46	5,08

Personalbestand

Die Kultur GmbH der Stadt Erkelenz beschäftigt einen Geschäftsführer mit einem Beschäftigungsumfang von maximal 10 Std./Woche. Die Anstellung als Geschäftsführer ist an die hauptberufliche Tätigkeit als Kulturdezernent bei der Stadt Erkelenz gekoppelt. Daneben werden durchschnittlich drei Angestellte beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2023 knüpfte nahtlos an die erfolgreiche Geschäftstätigkeit des Jahres 2022 an - es hat im Ergebnis aber das bereits sehr erfolgreiche Jahr 2022 sogar in vielen entscheidenden Parametern übertroffen. Ein umfangreiches Kulturprogramm, erweitert um neue Veranstaltungsformate und Veranstaltungsreihen, wie z.B. die zuvor von der Kreis-VHS durchgeführten Meisterkonzerte, ein ungebrochener Zuspruch zu den Veranstaltungen sowohl durch die Besuchenden als auch durch Sponsoren haben nicht nur zu einem in unserer Region einmaligen und herausragenden Kulturangebot geführt, auch wirtschaftlich schlägt dieser Erfolg sich im Jahresergebnis nieder. Dabei konnten auch 2023 - wiederrum erst ermöglicht durch unzählige Sponsoren - attraktive Kulturangebote zu außergewöhnlich günstigen Preisen ermöglicht werden. Neben der eigentlichen Kulturarbeit zeigte sich auch das Vermietungs- und Tagungsgeschäft als verlässliche Säule der wirtschaftlichen Betätigung der Gesellschaft. Die Stadthalle ist regional sehr gut aufgestellt und bietet für Veranstaltende beste Möglichkeiten der Nutzung, die sowohl regional als auch überregional geschätzt und genutzt werden. Im Aufwandsbereich sind die inflationsbedingten Steigerungen insbesondere im Bereich Reinigung und Energie deutlich spürbar, schlugen jedoch auf Grund der Strompreisbremse nicht wie befürchtet durch. Daraus ergibt sich ein erfreuliches Jahresergebnis mit einem Gewinn von 92.365,12 Euro.

Risikobericht

Die sehr deutlichen Preissteigerungen in allen Bereichen belasten die Aufwandsseite. Die Preissteigerungen werden bislang nur sehr bedingt weitergegeben, um das Nachfrageverhalten nicht aus Gründen von Preissteigerungen zu beeinflussen. Der Kostendruck bleibt allerdings.

Chancenbericht

Die gute Positionierung der Kultur GmbH im Veranstaltungs- und Vermietungsgeschäft, sowohl lokal als auch regional, ist an den Auslastungszahlen und den Buchungsanfragen erkennbar und begründet die Chance auf eine gute Geschäftsentwicklung.

Gesamtaussage

Die sehr gute Positionierung der Kultur GmbH wird durch großzügige Sponsoren anerkannt und gestützt. Das Sponsoring verläuft auf einem sehr hohen Niveau und sichert die Abfederung der extremen Kostensteigerungen. Auch für 2024 erweist sich das Sponsoring als maßgebliche Stütze.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung-10 Mitglieder (Zusammensetzung zum 31.12.2023):

- Bürgermeister Muckel, Stephan
- Ratsherr Altmann, Marvin
- Ratsherr Eickels, Thomas
- Ratsherr Hübgens, Otto
- Ratsfrau, Kox, Britta
- Ratsherr Dr. Kus, Alexander
- Ratsfrau Mainka, Karin
- Ratsherr Odenthal, Thorsten
- Ratsherr Spalink, Dieter
- Ratsfrau Stolzenberger, Silvia

Geschäftsführung, durch Geschäftsführer (Geschäftsjahr 2023):

- Herr Erster Beigeordneter Dr. Hans-Heiner Gotzen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen (Gesellschafterversammlung) gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 30 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 bei der Konzernmutter, der Stadt Erkelenz, erstellt.

3.4.1.5 Zweckverband Landfolge Garzweiler

Zweck der Beteiligung

Im Städtedreieck von Aachen, Köln und Mönchengladbach befindet sich das Rheinische Revier mit der größten zusammenhängenden Braunkohlelagerstätte Europas. In diesem Raum nehmen u. a. Abbau und Rekultivierung des „Tagebaus Garzweiler" einen Zeitraum von mehreren Generationen in Anspruch. Insbesondere zur Einbringung und Wahrung der Interessen der unmittelbaren betroffenen Kommunen bei der Rekultivierung hat sich der Zweckverband „Tagebaufolgelandschaft Garzweiler" aus den Städten Mönchengladbach, Erkelenz und Jüchen sowie der Gemeinde Titz gebildet. Zum 01.01.2023 ist die Stadt Grevenbroich dem Zweckverband beigetreten. Ziel ist es insbesondere eine gemeinsame Gestaltung des abgebauten und rekultivierten Abbaugebietes, auch unter Berücksichtigung des Strukturwandels, zu erreichen.

Der Zweckverband bearbeitet die Themenfelder Landschaft, Gesellschaft, Wirtschaft, Städtebau und Infrastruktur. Darüber hinaus führt er die Abstimmung der gemeinsamen Planungen, die gemeinsame Weiterentwicklung der Perspektiven, die Qualitätssicherung, die Wahrnehmung der Aufgaben als weiterer Träger öffentlicher Belange in den gesetzlichen Planungsverfahren und die gemeinsame Flächenentwicklung und -bewirtschaftung durch.

Gegründet wurde der Zweckverband am 21.11.2017.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler liegt im Ziel der gemeinsamen Gestaltung des abgebauten und rekultivierten Abbaugebietes, auch unter Berücksichtigung des Strukturwandels, begründet.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsquote gem. § 16 in Verbindung mit § 12 der Satzung des Zweckverbandes vom 10.11.2017, mitsamt Änderung zum 01.01.2023	30,00 %

Die Beteiligungsverhältnisse der fünf Kommunen (Mönchengladbach, Erkelenz, Jüchen, Titz und Grevenbroich) sind so, dass keine Kommune einen beherrschenden Einfluss ausübt, sondern lediglich die Städte Mönchengladbach und Erkelenz einen maßgeblichen Einfluss innerhalb des Zweckverbandes besitzen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen (aus Tabelle 2)

Zweckverband Landfolge Forderungen zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Zweckverband Landfolge Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Zweckverband Landfolge Erträge 2023 von Zahlungen der Stadt Erkelenz:
197 TEUR (jährlicher Verbandsumlagebetrag Anteil Stadt Erkelenz)

Zweckverband Landfolge Aufwendungen 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Zweckverband Landfolge Investitionseinzahlungen 2023 von der Stadt Erkelenz:
28 TEUR

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.310	69	1.241	**Eigenkapital**	741	633	108
Umlaufvermögen	719	909	-190	**Sonderposten**	732	62	670
				Rückstellungen	54	82	-28
				Verbindlichkeiten	516	209	307
Aktive Rechnungsabgrenzung	14	8	6	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	2.043	986	1.057	**Bilanzsumme**	2.043	986	1.057

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

- Fehlanzeige -

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Zuwendungen und allg. Umlagen	2.376	1.577	799
2. sonstige ordentliche Erträge	6	17	-11
3. Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.309	-537	-772
4. Personalaufwand	-718	-494	-224
5. Abschreibungen	-18	-17	-1
6. sonstige ordentliche Aufwendungen	-229	-172	-57
7. Finanzergebnis	0	0	0
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	108	374	-266
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag(-)	+108	+374	-266

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%-Punkte
Eigenkapitalquote	36,25	64,19	-27,94
Eigenkapitalrentabilität	7,87	116,28	-108,40
Anlagendeckungsgrad 2	112,42	1001,53	-889,10
Verschuldungsgrad	38,69	41,82	-3,13
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2023 durchschnittlich elf (Vorjahr neun) Arbeitnehmer.

Geschäftsentwicklung

Chancen

Weiterhin wirkt sich die strukturelle wirtschaftliche Stärke der Region grundsätzlich positiv auf die Arbeit des Zweckverbandes aus: Die Nachfrage nach Flächen für Wohnbauland, für die gewerbliche Entwicklung, für die Produktion von regenerativen Energien, für die landwirtschaftliche Produktion und für den Naturschutz ist hoch. Die Notwendigkeit eines Strukturwandels im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg der Region adressieren die satzungsgemäßen Aufgaben des Zweckverbands direkt. Das Verbandsgebiet und insbesondere die Tagebaufolgelandschaft bieten sich somit an, diese Nachfrage nach Entwicklungsstandorten zu bedienen und Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Mit den seit 2021 verfügbaren Förderichlinien im Rahmen des Kohleausstiegs/Strukturwandels bestehen gute Chancen auf die Finanzierung vor Projekten. Die dafür notwendigen Eigenanteile können zu einem großen Teil durch das Land NRW kofinanziert werden. Bezüglich der Förderzugänge für die konsumtiven Mittel besteht durch die Förderrichtlinie STARK Klarheit zu den Konditionen. Die finanzielle Unterstützung erstreckt sich demnach auch auf Personalkosten für das Projektmanagement und die Öffentlichkeitsarbeit. Förderzugänge für die investiven Projekte konnten weitestgehend geklärt werden, gleiches gilt für die Höhe der Förderquoten. Die aktuellen Diskussionen zur Verbesserung der Verfahren zur Ausreichung von Strukturfördermitteln lassen eine gewisse Fokussierung auf das Kernrevier mit seinen Tagebaubereichen sowie eine bessere Integration einzelner Förderprogramme erkennen. Dies kann die Umsetzung der komplexen und langfristigen Entwicklungsaufgaben im Verbandsgebiet unterstützen.

Erste Ansätze zur Vereinfachung von Planungsverfahren zeichnen sich ab. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden durch die Regionalplanung Änderungsverfahren im Sinne des Strukturwandels eingeleitet. Auch im Regierungsbezirk Köln entstehen durch das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Möglichkeiten zur Absicherung von Planungszielen im Verbandsgebiet.

Durch die Leitentscheidung der Landesregierung NRW wurde beschlossen, die Kohleförderung im Tagebau Garzweiler bereits 2030 bzw. ggf. 2033 zu beenden und damit den Kohleausstieg im Rheinischen Revier insgesamt zu beenden. Der sogenannte 3. Umsiedlungsabschnitt mit seinen verbliebenen Dorfstrukturen und hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen sowie Hofanlagen wird erhalten, die vollständige und ordnungsgemäße Rekultivierung sichergestellt und die kommunalen Entwicklungsziele unterstützt. Durch die damit erfolgte grundsätzliche Klärung des weiteren Verlaufs des Tagebaus und der zukünftigen Lage des Sees bestehen bessere Rahmenbedingungen für Planungen und Investitionen. Der vorhandene Braunkohlenplan muss nun zügig angepasst werden. Im Zuge dieser Prozesse bestehen Chancen, die Zielstellungen des Zweckverbandes für die Planung der Bergbaufolgelandschaft besser zu verankern, Konflikte im Kontext des Tagebaus bspw. im Bereich Umsiedlung, Immissionen und Wasserhaushalt, die die zukunftsorientierte Arbeit des Zweckverbands überlagern, können früher gelöst werden.

Risiken

Die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine entstandenen Risiken für die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestehen weiterhin fort. Preissteigerungen und die 2023 verhandelten Tariferhöhungen für den öffentlichen Dienst belasten die Haushalte der Mitgliedskommunen des Zweckverbands zusätzlich zu den außergewöhnlichen Aufgaben durch Kriegsflüchtlinge und den laufenden Herausforderungen durch den regionalen Strukturwandel.

Die Fördermittel für den Strukturwandel sind degressiv in drei Tranchen bis 2038 (plus 3 Jahre Nachlaufzeit) gestaffelt. Durch den früheren Ausstieg aus der Kohleförderung entstehen in der Politik Diskussionen, die bislang vereinbarten Tranchen der Fördermittel zu komprimieren und vermehrt auf kurzfristige Projekte zu setzen, Es ist bislang keine Budgetierung für Teilräume vorgesehen. Durch den starken Wettbewerb um Fördermittel in Zusammenhang mit den geplanten Förderaufrufen und die bislang immer noch starke Fokussierung der Förderung auf Forschung bzw. direkte Arbeitsmarkteffekte hat der Zweckverband mit seinen überwiegend langfristigen Entwicklungsaufgaben eine schwierige Ausgangsposition.

Zwar haben sich die Förderzugänge und -quoten konkretisiert, die Zeitabläufe der Bewilligung sind aber weiterhin lang und unverbindlich, Somit sind die mittelfristigen Budgetaufstellungen für die Projektentwicklung nach wie vor schwer planbar.

Die Risiken bezüglich der Rückforderung von erhaltenen Fördermitteln bleiben weiterhin zeitlich gestaffelt analog der Prüfungszyklen der Fördermittelgeber:

- kurzfristig im Rahmen der Zwischennachweise bei mehrjährigen Förderungen jeweils im 1. Quartal des folgenden Jahres
- mittelfristig im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises jeweils ein halbes Jahr nach Beendigung der Maßnahme
- langfristig aufgrund einer möglichen Prüfung durch den Rechnungshof

Die weitere Entwicklung im Bausektor, was Kosten und Verfügbarkeiten anbelangt, ist noch nicht einschätzbar. Da sich die Inflation kontinuierlich verringert und die Konjunktur im Bausektor eintrübt, ist eine weitere Erhöhung der Baukosten jedoch eher unwahrscheinlich. Weitere nicht beeinflussbare Risikofaktoren von außen resultieren aus den erhöhten Zinsen für die Aufnahme von Fremdkapital.

Auch 2023 wurden die abgerufenen Mittel von den Fördermittelgebern ohne Prüfung von Nachweisen gezahlt. Es wurde lediglich geprüft, ob die Inanspruchnahme nach Förderkategorien der Aufteilung in den Förderbescheiden entspricht bzw. nicht mehr als 20% überschreitet bei gleichzeitiger entsprechender Einsparung in einer anderen Kategorie. Die im ersten Quartal des Jahres 2023 abgegebenen Zwischennachweise für 2022 in Form eines zahlenmäßigen Nachweises und eines Berichtes über die wichtigsten Ereignisse und Fortschritte im Projektverlauf führten zu keinen

Beanstandungen. Es kann aber weiterhin nicht von einer detaillierten Prüfung gesprochen werden, sodass weiterhin ein gewisses Risiko der Nichtanerkennung angeforderter Mittel und somit von deren Rückforderung besteht.

Ein dauerhaftes Risiko ist die Verfügbarkeit von Flächen für die Umsetzung der geplanten Projekte. Die Verbandskommunen verfügen nur über sehr wenige Grundstücke im Umfeld des Tagebaus. Zwar kommt RWE Power in vielen Fällen als Partner für ein Flächenmanagement in Frage, letztlich besteht jedoch insgesamt nur eine geringe Bereitschaft von Eigentümern bzw. Pächtern insbesondere landwirtschaftlicher Flächen, diese für andere Nutzungen zur Verfügung zu stellen. Auch Tauschflächen können kaum beschafft und angeboten werden.

Die Personalbeschaffung gestaltet sich vor dem Hintergrund des erhöhten Personalbedarfs weiterhin schwierig. Insgesamt besteht in der gesamten Region ein starker Bedarf an Personal im Bereich Planung, Bauen und Regionalentwicklung. Der TVÖD und die die Befristung der geförderten Stellen lassen wenig Spielräume in der Verhandlung mit Bewerberinnen und Bewerbern zu. So können offene Stellen teilweise nicht sofort besetzt werden.

In der Braunkohlenplanung wird mit der Planung einer Rheinwassertransportleitung die Voraussetzung zur Flutung des Tagebaus Garzweiler geschaffen. Die Dimensionierung ist auf eine maximal 40-jährige Befüllung der Tagebaumulden ausgelegt. Da die Modelle des Klimawandels in diesen langen Zeiträumen (bis 2070+) Unschärfe aufweisen, besteht das Risiko der ausreichenden Wasserversorgung. Durch die frühere Stilllegung des Tagebaus Hambach und die daraus resultierende vorgezogene Befüllung erhöht sich dieses Risiko.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung 66 Mitglieder - davon 19 aus Erkelenz:

- Bürgermeister Muckel, Stephan
- Ratsherr Conen, Markus
- Ratsherr Dederichs, Hans Josef
- Ratsherr Eickels, Thomas
- Ratsherr Frings, Karl-Heinz
- Ratsherr Füßer, Klaus Christian
- Ratsfrau Gläsmann, Katharina
- Ratsherr Kaulhausen, Wilhelm
- Ratsfrau Kox, Britta
- Ratsherr Krahe, Werner
- Ratsherr London, Peter
- Ratsfrau Menzel, Inga
- Ratsherr Merkens, Rainer
- Ratsfrau Rosen, Sabine
- Ratsherr Schroer, Johannes
- Ratsherr Simon, Jürgen
- Ratsherr Spalink, Dieter
- Ratsherr Steiner, René

- Ratsherr Weitz, Willi

Geschäftsführung (Geschäftsjahr 2023):

- Geschäftsführer Herr Volker Mielchen

Zweckverbandsvorsitzender (Geschäftsjahr 2023)
- Verbandsvorsteher Herr Dr. Gregor Bonin

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen (Verbandsversammlung) gehören von den insgesamt 19 Mitgliedern der Stadt Erkelenz 4 Frauen an (Frauenanteil: 21,1 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 bei der Stadt Erkelenz erstellt.

3.4.1.6 Kreiswerke Heinsberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Erbringung von Ver- und Entsorgungsleistungen in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Wärme, Abfall, Verkehr und Telekommunikation sowie mit diesen in Zusammenhang stehenden Diensten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Geschäftsjahr 2023 wurde dem öffentlichen Zweck, der Erbringung von Ver- und Entsorgungsleistungen in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Wärme, Abfall, Verkehr und Telekommunikation sowie mit diesen in Zusammenhang stehenden Diensten, entsprochen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	392.288,70 €
Gesellschafter Stadt Erkelenz:	Stadt Erkelenz (4,125 %)

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen (aus Tabelle 2)

Kreiswerke Heinsberg GmbH Forderungen zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Kreiswerke Heinsberg GmbH Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Kreiswerke Heinsberg GmbH Erträge 2023 aus Zahlungen der Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Kreiswerke Heinsberg GmbH Aufwendungen 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
255 TEUR (Gewinnausschüttung Vorjahr)

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	30.632	30.633	-1	**Eigenkapital**	28.568	29.729	-1.161
Umlaufvermögen	7.149	9.627	-2.478	**Sonderposten**	0	0	0
				Rückstellungen	610	635	-25
				Verbindlichkeiten	8.610	9.902	-1.292
Aktive Rechnungsabgrenzung	7	6	1	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	37.788	40.266	-2.478	**Bilanzsumme**	37.788	40.266	-2.478

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

- Fehlanzeige -

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	0	0	0
2. sonstige betriebliche Erträge	9.953	11.647	-1.694
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-48	-36	-12
5. Abschreibungen	0	0	0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-58	-51	-7
7. Aufwand aus Verlustübernahme	-4.777	-5.012	235
8. Finanzergebnis	-40	-57	17
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag(-)	5.030	6.491	-1.461
8. Einstellung Gewinnrücklage	-300	-300	0
9. Bilanzgewinn	4.730	6.191	-1.461

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%-Punkte
Eigenkapitalquote	75,60	73,83	1,77
Eigenkapitalrentabilität	19,84	20,83	-0,98
Anlagendeckungsgrad 2	125,58	105,62	19,96
Verschuldungsgrad	32,28	35,44	-3,17
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Die Kreiswerke Heinsberg GmbH beschäftigen einen Geschäftsführer. Daneben werden keine weiteren Personen beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Hinsichtlich der Einlage des Kreises Heinsberg als Aufgabenträger des ÖPNV in Höhe des Verkehrsverlustes gilt im Verhältnis zwischen dem Kreis Heinsberg und der KWH die bisherige Regelung fort. Neben dem Ausgleich des eigenen Verkehrsverlustes leistet der Kreis Heinsberg als Aufgabenträger des ÖPNV aus Zuwendungen zur Finanzierung des ÖPNV eine Einlage von T€ 600 (Vorjahr 470 T€).

Im Jahre 2023 war aufgrund der Beteiligung an der NEW Kommunalholding GmbH ein Aufwand aus Verlustübernahme in Höhe von T€ 4.777 zu berücksichtigen, da das auf die KWH entfallende anteilige Ergebnis der Versorgungssparte der NEW Kommunalholding GmbH geringer war als der Verlust der WestVerkehr GmbH. Der identische Betrag wurde als Forderung gegenüber dem Kreis Heinsberg eingebucht. Unter Anrechnung der Abschlagszahlungen von insgesamt T€ 3.000 ergab sich am Bilanzstichtag eine Forderung ggü. dem Kreis Heinsberg als Gesellschafterin.

Das Wirtschaftsjahr 2023 schließt die KWH mit einem Jahresüberschuss von T€ 5.030 (Vorjahr: T€ 6.491) ab.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist durch eine Eigenkapitalquote von 75,60 % (Vorjahr 73,83 %) gekennzeichnet. Der Kreis Heinsberg hat im Jahr 2016 eine Kapitaleinlage in Höhe von 4,0 Mio. € geleistet und die KWH hat ebenfalls im Jahr 2016 ein Darlehen in Höhe von 6,0 Mio. € aufgenommen, um das Kapital in die Kapitalrücklage der west einzulegen. Das Darlehen wird über 20 Jahre getilgt. Die aktuellen Zinskonditionen sind bis 30.09.2026 vereinbart.

Voraussichtliche Entwicklung sowie wesentliche Chancen und Risiken

Aufgrund des Gesellschaftsvertrages der NEW Kommunalholding GmbH hat die KWH Anspruch auf einen Anteil am Teilergebnis der Holding-Versorgungssparte entsprechend ihrer Beteiligungsquote an der NEW Kommunalholding GmbH. Daneben wird der KWH das Jahresergebnis der WestVerkehr GmbH in voller Höhe zugerechnet. Sofern sich aus der Verrechnung des anteiligen Gewinns der Versorgungssparte mit dem Ergebnis der WestVerkehr GmbH ein negatives Ergebnis ergibt, ist die KWH verpflichtet, eine entsprechende Ausgleichzahlung zu leisten.

Im Lagebericht 2018 wurde ein Einspruchsverfahren der Rhenus Veniro GmbH & Co. KG bzw. Transdev Verkehr GmbH gegen die Direktvergabe der Verkehrsleistungen durch den Kreis Heinsberg an die west als Risiko mit hohem Gefährdungspotential eingestuft. Am 12. November 2019 hat der Bundesgerichtshof in letzter Instanz zugunsten des Kreises Heinsberg als Aufgabenträger des ÖPNV im Hauptsacheverfahren entschieden. Die Direktvergabe wurde daher zum 1. Januar 2020 umgesetzt. Das Verfahren zur Notvergabe wurde durch den Rückzug der Gegenpartei beendet. Aus einer von Transdev Verkehr GmbH beim Bundesverfassungsgericht eingelegten Verfassungsbeschwerde sowie einer von Transdev Verkehr GmbH am 10. Dezember 2019 bei der EU-Kommission eingegangenen Beschwerde über die Gewährung einer mutmaßlichen staatlichen Beihilfe an die west resultieren Risiken. Am 10. Februar 2021 hat die Europäische Kommission ein weiteres Auskunftsersuchen wegen mutmaßlicher Beihilfe zugunsten der WestVerkehr GmbH vorgelegt. Das Auskunftsersuchen in Form eines Fragenkataloges hat der Kreis Heinsberg am 01. April 2021 als Aufgabenträger des ÖPNV umfassend beantwortet. Die EU-Kommission hat am 19. Oktober 2022 den Sachverhalt beurteilt. Die abschließende Würdigung ist noch nicht bekannt gemacht worden. Daraufhin hat die Transdev Verkehr GmbH ihrerseits die Kommission aufgefordert eine endgültige, förmliche Entscheidung zu treffen, indem entweder die Eröffnung einer förmlichen Untersuchung nach Art. 108 Abs. 2 AEUV angeordnet oder im Fall einer Nichteröffnung der Untersuchung eine Nichteröffnungsentscheidung bekannt gemacht wird. Der Kommission wurde eine Frist bis zum 17. Januar 2023 gesetzt, da ansonsten eine Untätigkeitsklage nach Art. 265 AEUV erhoben werden soll. Der Geschäftsführung liegt die Information vor, dass die Kommission nunmehr beabsichtigt, ein Hauptprüfverfahren einzuleiten. Die Eröffnung des Hauptprüfverfahrens soll am 10. Juni 2024 erfolgen.

Für das Jahr 2024 prognostiziert die west unter Berücksichtigung anstehender Fahrpreiserhöhungen einen Verlust, der durch den auf die KWH entfallenden Ertrag aus der Beteiligung an der NEW AG nicht gedeckt sein wird.

Seit dem 01.05.2023 wurde das sogen. „Deutschlandticket“ bundesweit eingeführt. Zum Ausgleich der Einnahmenverluste auf Ebene der Verkehrsunternehmen, wird auch für dieses mit Bundes- und Landesmitteln subventionierte Ticket durch den Kreis Heinsberg als Aufgabenträger die Beantragung der Ausgleichsmittel bei der Bezirksregierung in Köln vorgenommen und die Ausgleichsmittel werden an das Verkehrsunternehmen west weitergeleitet.

Durch den Ausbruch des Ukrainekrieges kam es insbesondere in den Jahren 2022 und 2023 zu einem enormen Anstieg der Treibstoff- und Energiepreise. Für den Ausgleich der Folgewirkungen der Energiepreissteigerungen wurden Ausgleichsmittel gewährt, die durch den Kreis Heinsberg an die west weitergeleitet wurden. Auch die allgemeine Inflation erreichte in den zwei zurückliegenden Jahren Höchstwerte im Vergleich zu den zurückliegenden Jahrzehnten und normalisiert sich aktuell wieder. Der Anstieg der Zinsen für die Kapitalaufnahme führt zu entsprechenden Wirkungen auf die Ergebnissituation der west. Insbesondere der Investitionsbedarf der nächsten Jahre in Umsetzung der Vorgaben durch die Clean Vehicle Directive wird zu einem erhöhten Kapitalbedarf und je nach Ausgestaltung der Finanzierung wird dies zu deutlich ansteigendem Zinsaufwand auf Ebene der west führen. Die Ergebnislage der west hat nur mittelbare Auswirkungen auf die Ergebnissituation der KWH. Die Ergebnislage der KWH hängt maßgeblich von jener des Vorjahres der NEW AG ab.

Darüber hinaus sind für die künftige Entwicklung des Unternehmens besondere, über ein normales Maß hinausgehende, mit der Geschäftstätigkeit verbundene Risiken nicht zu erkennen.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung-17 Mitglieder, davon 1 aus dem Rat der Stadt Erkelenz (Zusammensetzung zum 31.12.2023):

- Ratsherr Simon, Jürgen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen (Gesellschafterversammlung) gehören von den insgesamt 1 Mitglied aus der Stadt Erkelenz 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 der Stadt Erkelenz erstellt.

3.4.1.7 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist im Wesentlichen die Förderung der Wirtschaft, der Industrie, des Handwerks, des Handels und des Kleingewerbes im Kreis Heinsberg mit dem Ziel, durch eine Stärkung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft die Wirtschaftskraft nachhaltig zu steigern. Im Gesellschaftsvertrag sind hierzu eine Vielzahl von Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung und der Tourismusförderung festgeschrieben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Geschäftsjahr 2023 wurde dem öffentlichen Zweck, der Erbringung von allgemeinen Maßnahmen zu Wirtschaftsförderung, der Vermietung von Immobilien, des Betriebs des Gründer- und Service-Zentrums in Hückelhoven, der Förderung des Tourismus sowie mit diesen in Zusammenhang stehenden Diensten, entsprochen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	235.520 €
Gesellschafter Stadt Erkelenz:	Stadt Erkelenz (10,87 %)

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen (aus Tabelle 2)

WFG Kreis Heinsberg mbH Forderungen zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

WFG Kreis Heinsberg mbH Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

WFG Kreis Heinsberg mbH Erträge 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

WFG Kreis Heinsberg mbH Aufwendungen 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:
0 TEUR

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.969	2.100	-131	**Eigenkapital**	486	486	0
Umlaufvermögen	107	120	-13	**Sonderposten**	317	330	-13
				Rückstellungen	179	136	43
				Verbindlichkeiten	1.110	1.285	-175
Aktive Rechnungsabgrenzung	46	67	-21	**Passive Rechnungsabgrenzung**	30	50	-20
Bilanzsumme	2.122	2.287	-165	**Bilanzsumme**	2.122	2.287	-165

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

- Fehlanzeige -

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.175	1.228	-53
2. sonstige betriebliche Erträge	1.496	1.282	214
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-1.516	-1.384	-132
5. Abschreibungen	-190	-167	-23
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-951	-944	-7
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-14	-15	1
8. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag(-)	0	0	0
9. Einstellung Gewinnrücklage	0	0	0
10. Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%-Punkte
Eigenkapitalquote	22,88	21,23	1,65
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,00	0,00
Anlagendeckungsgrad 2	52,56	55,95	-3,39
Verschuldungsgrad	160,62	174,19	-13,57
Umsatzrentabilität	0,00	0,00	0,00

Personalbestand

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH beschäftigen einen Geschäftsführer. Daneben werden 19 weitere Personen beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Mit dem Geschäftsjahr 2018 wurde eine neue Finanzmittel-Zuwendungssystematik sowie eine Spartenergebnisdarstellung, unterlegt mit einer differenzierten Trennungsrechnung nach „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI) und sogenannter „Marktteilnahme“ eingeführt. Dadurch kann aufgezeigt werden, dass die WFG mit den Zuwendungen durch den Kreis Heinsberg ausschließlich DAWI unterstützt und somit den Auflagen des europäischen Beihilferechts entsprochen wird. Dies gilt ausdrücklich auch für den Betrachtungszeitraum 2023.

Der Kreis Heinsberg hat sich durch Kreistagsbeschluss dazu verpflichtet, Betriebskostenzuschüsse für die nicht gedeckten Betriebskosten der WFG zu gewähren (§ 9 des Gesellschaftsvertrages). Hierdurch ist das jährliche Betriebsergebnis der WFG immer per se ausgeglichen. Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben beliefen sich auf Basis der durch den Betrauungsakt vom 28.9.2017 festgelegten Berechnungsgrundlage auf 1.210.418 €.

Die WFG erfüllte ihren Gesellschaftszweck im Jahre 2023 nun im sechsten Jahr auf der Basis des nach Sparten gegliederten Wirtschaftsplans.

Im Wesentlichen trugen neben der Zuwendung des Kreises Heinsberg auch 2023 erneut das GSZH und der Bereich Immobilien zum noch positiven Geschäftsergebnis bei. Außerdem hat sich das bereits 2020 begonnene auftragsgemäße Engagement der WFG in verschiedenen Förderprojekten fortgesetzt. Das hat - wie in den Vorjahren - den Nebeneffekt teilweiser Personalkostenrefinanzierungen ergeben; erneut ganzjährig auch für die Vergütung der Personalgestellungsleistungen der WFG gegenüber der FUTURE SITE InWEST GmbH.

Insofern lässt sich auch das Bilanzjahr 2023 nur bedingt auf das zu erwartende Einnahmen-Ausgabenverhältnis der kommenden Jahre projizieren.

Die Spartenergebnisse für 2023 bieten folgendes Bild:

- der Bereich „Allgemeine Wirtschaftsförderung“ endet mit einem Zuschussbedarf von 915.138 €,
- das „GSZH“ erzielt einen Überschuss von 61.564 €,
- der Bereich „Immobilien“ schließt ab mit einem Überschuss von 90.714 €,
- der Bereich „Tourismus“ endet mit einem Zuschussbedarf von 408.535 €.

Der Saldo aus allen vier Geschäftsbereichen führt somit insgesamt zu einem Zuschussbedarf in Höhe von 1.171.395 €. Der Zuwendungsrahmen in Höhe von 1.210.418 € wurde demnach um 39.023 € unterschritten.

Risiken

Die Geschäftsführung weist erneut ausdrücklich darauf hin, dass auch das im Betrachtungszeitraum noch positive Spartenergebnis für das GSZH nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist und voraussichtlich künftig mit zunehmenden Risiken behaftet sein dürfte. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass das Zentrum aufgrund seines spezifischen Geschäftsmodells einer volatilen Ergebnisstruktur mit Schwankungen je nach aktuellem Auslastungsgrad in der Vermietung ausgesetzt ist. Aus Sicht der Geschäftsführung kommt aber inzwischen zunehmend ein weiterer Faktor hinzu: Angesichts des Gebäudealters (> 30 Jahre) erhöhen sich naturgemäß die Instandsetzungs- und Sanierungsaufwendungen, die sich dann negativ auf das Sparten- und das Gesamtergebnis auswirken werden. Mit einem entsprechend vorausschauenden Bauzustandsmonitoring soll dazu seit 2022 eine ausreichende Planbarkeit gewährleistet werden. Dies ändert aber nichts an dem Umstand, dass die Aufwendungen früher oder später erbracht werden müssen und entsprechend ergebniswirksam werden.

Ähnliches gilt sowohl für das positive Spartenergebnis als auch in Bezug auf mögliche Instandsetzungs- bzw. Sanierungsaufwendungen für die Liegenschaft in Wegberg-Wildenrath. Hier zeichnen sich mittlerweile mittelfristig erhebliche Sanierungsaufwendungen für die Hallendächer ab. Vorliegende fachkundige Bewertungen haben zu ersten Kostenschätzungen in einem Bereich von mehr als 600 T€ für die kommenden Jahre geführt – eine Größenordnung die einer langfristigen Finanzierung bedarf, wozu die Geschäftsleitung rechtzeitig vorbereitende Vorkehrungen treffen und den Aufsichtsrat einbinden wird. Schon für das Betrachtungsjahr wurde im Jahresabschluss eine Instandhaltungsrücklage von 47 T€ gebildet.

Schließlich liegt der 2023 verabschiedete TVÖD-Tarifabschluss für das Jahr 2024, mit durchschnittlichen Brutto-Gehaltsanpassungen um rund 10 %, deutlich über den in der Finanzmittelzuwendungssystematik vereinbarten Indexierung für die Personalkosten von 3 % per anno, was zu einem zunächst ungedeckten dauerhaften Mehrfinanzbedarf von rund 95 T€ im Jahr führt. Im

Jahr 2025 läuft darüber hinaus die 10 jährige Mietvorauszahlung für Teile der Betriebsräume in Heinsberg aus, was weitere dauerhafte Kostensteigerungen nach sich ziehen wird.

Die Geschäftsleitung überwacht und plant – soweit dazu belastbare Daten vorliegen – diese Entwicklung auf der Basis einer Mehrjahresvorschau des Finanzbedarfes. Sie weist vorsorglich darauf hin, dass die langjährige Tendenz der Jahresabschlüsse mit Überschüssen voraussichtlich in der Zukunft ein Ende finden wird.

Wie in den Vorjahren erwähnt, hat darüber hinaus der (von den Gremien der Gesellschaft getragene) schrittweise Einstieg in geförderte Projektvorhaben zum Nutzen des Wirtschaftsstandortes Kreis Heinsberg zur Konsequenz, dass man sich grundsätzlich und mit zeitlichem Nachlauf zur Auszahlung der entsprechenden Förderzuwendungen auch möglichen (teilweisen) Rückzahlungsnotwendigkeiten ausgesetzt sehen kann. Selbstverständlich arbeitet die WFG mit größter Sorgfalt an der ordnungsgemäßen Beantragung und Abwicklung der öffentlichen Mittel. Erfahrungsgemäß lassen sich jedoch bei komplexen Vorhaben in teilweise ebensolchen Antragskonsortien solche nachträglichen abweichenden Bewertungen seitens der Prüfstellen der Fördermittelgeber nicht gänzlich ausschließen. Für das Betrachtungsjahr stehen keine entsprechenden Beträge zur Diskussion.

Chancen

Im Lagebericht des Vorjahres wurde prophylaktisch darauf hingewiesen, dass im Jahr 2024 eine Verlängerung des Betrauungsaktes durch den Kreis Heinsberg erforderlich wird, welcher die WFG bekanntlich seit 2014 einerseits zur Erbringung von sogenannten DAWI-Leistungen legitimiert und andererseits die Berechnung der jährlichen Ausgleichsleistungen an die Gesellschaft festlegt. Dieser Betrauungsakt hatte einen maximalen Festlegungszeitraum von 10 Jahren, welcher zunächst im Mai 2024 endete. Die Geschäftsführung hat durch proaktives Handeln seit 2023 darauf hingewirkt, dass der Kreistag in seiner Sitzung vom 12.3.2024 der Verlängerung dieses Verwaltungsaktes mit erneuter 10 jähriger Betrauung, nun bis zum Jahr 2034 (einstimmig) zugestimmt hat und das Handeln der Gesellschaft somit weiterhin umfänglich und auf Dauer legitimiert ist.

Durch die 2020 neu geschaffenen Personalstellen kann die WFG bekanntlich zusätzliche Kapazitäten im Bereich der Entwicklung bzw. Mitwirkung an geförderten Kooperationsvorhaben zum Nutzen der wirtschaftlichen Entwicklung im Kreis konzentrieren. Dies betrifft nicht nur, aber vornehmlich das Thema „Strukturwandelprozess Rheinisches Revier“. Aus entsprechenden Fördermitteln wird auch die ergänzend eingerichtete Stelle eines Strukturwandelmanagers seit Anfang 2022 für zunächst 4 Jahre finanziert, die bei der WFG eingerichtet wurde. Zum März 2023 konnte eine weitere 0,8 Personalstelle besetzt werden, die sich aus zwei Strukturwandelförderprojekten („Innovation Valley Garzweiler“ und „INGRAIN“) teilweise refinanziert.

Neben diesen beiden und weiteren bereits in der Umsetzung befindlichen Vorhaben, bestehen auch weiter gute Aussichten, dass sich von der WFG initiierte oder begleitete Projekte bzw.

Konsortien auch bei künftigen möglichen Förderanträgen durchsetzen können und dadurch ein Mehrwert für den Kreis Heinsberg realisiert werden kann.

Auch wenn es bei der Bewilligungen von Projekten durch Land und Bund nach wie vor oftmals noch zu Verzögerungen kommt und die ebenfalls von Land und Bund selbst gesetzten hohen Erwartungen bislang nur bedingt eingehalten werden konnten, lässt sich die Prognose aus dem Vorjahr grundsätzlich aufrecht erhalten: die Strukturfördermittel für das Rheinische Revier, aber auch andere nationale und europäische Förderprogramme (EFRE und INTERREG), können sich positiv im Hinblick auf eine spürbare Dynamisierung des wirtschaftsstrukturellen Entwicklungsprozesses auch und gerade in zum Teil neuen, besonders technologie- und innovationsorientierten Bereichen im Kreis Heinsberg auswirken.

Organe und deren Zusammensetzung

Aufsichtsrat-15 Mitglieder, davon 1 aus dem Rat der Stadt Erkelenz (Zusammensetzung zum 31.12.2023):

- Bürgermeister Muckel, Stephan

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen (Gesellschafterversammlung) gehören von den insgesamt 1 Mitglied aus der Stadt Erkelenz 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare

Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 der Stadt Erkelenz erstellt.

3.4.1.8 Campus Transfer Management GmbH

Der Berichtszeitraum für 2023 lag zwischen dem 01.03.2023 und 29.02.2024; der für 2022 zwischen dem 01.03.2022 und 28.02.2023.

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftervertrag die Förderung des Dialogs, der Vernetzung und der Zusammenarbeit der verschiedenen regionalen Akteure im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft im Rheinischen Revier.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bislang wurde dem öffentlichen Zweck, der Erbringung von Ver- und Entsorgungsleistungen in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Wärme, Abfall, Verkehr und Telekommunikation sowie mit diesen in Zusammenhang stehenden Diensten, entsprochen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	45.000 €
Gesellschafter Stadt Erkelenz:	Stadt Erkelenz (12,5 %)

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen (aus Tabelle 2)

Campus Transfer Management GmbH Forderungen zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:

0 TEUR

Campus Transfer Management GmbH Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 gegenüber Stadt Erkelenz:

0 TEUR

Campus Transfer Management GmbH Erträge 2023 aus Zahlungen der Stadt Erkelenz:

0 TEUR

Campus Transfer Management GmbH Aufwendungen 2023 gegenüber Stadt Erkelenz:

0 TEUR

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							Kapitallage
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	**Eigenkapital**	24	32	-8
Umlaufvermögen	27	36	-9	**Sonderposten**	0	0	0
				Rückstellungen	4	4	0
				Verbindlichkeiten	0	0	0
Aktive Rechnungsabgrenzung	1	0	1	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	28	36	-8	**Bilanzsumme**	28	36	-8

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

- Fehlanzeige -

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	0	0	0
2. sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	0	0	0
5. Abschreibungen	0	0	0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-9	-8	-1
7. Finanzergebnis	0	0	0
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-9	-8	-1
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag(-)	-9	-8	-1

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%-Punkte
Eigenkapitalquote	85,56	89,28	-3,72
Eigenkapitalrentabilität	-27,06	-18,82	-8,24
Anlagendeckungsgrad 2	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad	16,88	12,00	4,87
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Geschäftsentwicklung

Da die Aktivitäten der GmbH an die Bewilligung der beantragten Fördermittel geknüpft sind und die Bewilligung bis heute nicht vorliegt, beschränken sich die bisherigen wirtschaftlichen Aktivitäten auf ein Minimum.

1. Grundlagen des Unternehmens

Die CAMPUS Transfer Management GmbH wurde am 14.10.2021 gegründet. Gesellschafter sind

- Der Verein Nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft im Rheinischen Revier e.V. (NALE-RR e.V.)
- Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
- Die Stadt Erkelenz
- Der Kreis Heinsberg
- Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftervertrag die Förderung des Dialogs, der Vernetzung und der Zusammenarbeit der verschiedenen regionalen Akteure im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft im Rheinischen Revier, die Stimulierung und Förderung von Innovationen zur Steigerung von wirtschaftlicher Wertschöpfung, gesellschaftlichem Nutzen, Rohstoffeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit entlang der gesamten Lebensmittelkette sowie die Schaffung und der Betrieb von Test-, Ideenräumen und Lernorten (etwa Demonstrationsflächen, Labore, Makerspaces, Werkstätten, Technikum, Gründerzentren, kleinindustrielle Hallen etc. bis hin zu Demonstrations- bzw. Modellbetrieben) im Zuge von Dialog-, Vernetzungs-

, Veranstaltungs-, Beratungs-, Qualifizierungs-, Studien- und Projekttätigkeiten, die Förderung von Forschung und Lehre und des Wissenstransfers sowie sämtliche damit im Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die CAMPUS Transfer Management GmbH ist im Handelsregister unter HRB 20721, ‚Amtsgericht Mönchengladbach eingetragen. Der Firmensitz ist Erkelenz. Aktuell ist im Handelsregister als Geschäftsanschrift eingetragen: CAMPUS Transfer Management GmbH, c/o Landwirtschaftskammer NRW, Gartenstrasse 11, 50765 Köln. Es ist geplant, die Geschäftsstelle nach Bewilligung des Förderantrags nach Erkelenz zu verlegen.

Auf der Grundlage eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 14.10.2021 hat die CAMPUS Transfer Management GmbH am 20.10.2021 einen Förderantrag im Umfang von 19.091.750,47 Euro beim Bundesamt für Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Gegenstand der beantragten Fördermittel ist der Aufbau und Betrieb des Innovations- und Transferzentrums Land- und Ernährungswirtschaft CAMPUS Transfer, das den oben beschriebenen Zielen dienen soll.

2. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

1. Die Aktivitäten der CAMPUS Transfer Management GmbH als Teil des Struktur-entwicklungsprozesses im Rheinischen Revier

Nach geltender Beschlusslage soll die Braunkohlenförderung im Rheinischen Revier im Jahr 2030 enden. Aufgrund der mit dem Kohleausstieg verbundenen tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in den Kohleregionen werden für Projekte, die zur Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze beitragen und Wertschöpfung generieren Strukturfördermittel bereitgestellt. Die Förderung konsumtiver Projekte erfolgt durch den Bund über das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf Grundlage der Förderrichtlinie „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerksstandorten (STARK)“. Investive Projekte werden durch das Land auf Grundlage der „Rahmenrichtlinie zur Umsetzung des Investitionsgesetzes Kohleregionen in Nordrhein-Westfalen“ gefördert.

Das von der CAMPUS Transfer Management GmbH eingereichte Projekt „Aufbau und Betrieb des Innovations- und Transferzentrums Land- und Ernährungswirtschaft CAMPUS Transfer“ wurde beim BAFA beantragt. Voraussetzung für die Beantragung der Fördermittel war das erfolgreiche Durchlaufen des sog. Sterneverfahrens, welches zur Einreichung von Förderanträgen zur Beantragung von Fördermitteln auf Grundlage der STARK-Richtlinie berechtigt.

2. Entwicklung des Agribusiness im Rheinischen Revier

Die Land- und Ernährungswirtschaft belegt im Hinblick auf die Wertschöpfung und die sozialpflichtigen Arbeitsplätze im Rheinischen Revier den zweiten Platz hinter der chemischen Industrie (Quelle: IHK-Gutachten zur Bedeutung des Wertschöpfungsfaktors Energie in den Regionen Aachen, Köln und mittlerer Niederrhein, 2018). Insofern stellt das Agribusiness im Kontext der

Zielsetzungen des Strukturentwicklungsprozesses eines der bedeutsamsten Handlungsfelder dar.

Die Land- und Ernährungsbranche befindet sich am Beginn eines tiefgreifenden Transformationsprozesses, der u.a. die Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit des Sektors verbessern soll. Zur Lösung der anstehenden Herausforderungen sind innovative Lösungen der Schlüssel. Im Zuge der Digitalisierung eröffnet sich ein großes Potenzial zur Lösung dieser Herausforderungen.

Die sich abzeichnenden Veränderungen werden sich jedoch nicht auf die Erzeugung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse beschränken, sondern sich auch bis in das Ernährungsverhalten der Bürger erstrecken. Das beantragte Förderprojekt und damit die mit der CAMPUS Transfer Management GmbH verfolgten Ziele setzen an diesen Punkten an und sollen den Transformationsprozess entsprechend unterstützen.

3. Geschäftlichen Aktivitäten der CAMPUS Transfer Management GmbH

Die geschäftlichen Aktivitäten der CAMPUS Transfer Management GmbH im abgelaufenen Geschäftsjahr beschränken sich auf ein Minimum, weil die mit der (GmbH bezweckten Tätigkeiten von der Bewilligung der beantragten Fördermittel ,abhängig sind. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel und um den Bewilligungsprozess für die beantragten Fördermittel nicht zu gefährden, haben im Geschäftsjahr praktisch keine wesentlichen geschäftlichen Aktivitäten stattgefunden.

3. Lage des Unternehmens

1. Vermögenslage

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besitzt die GmbH abgesehen von dem im Zusammenhang mit der Gesellschaftsgründung eingezahltem Stammkapital in Höhe von 45.000 Euro keine nennenswerten Vermögenswerte.

2. Finanzlage

Aufgrund der eingeschränkten Geschäftstätigkeit und den beschränkten Ausgabeposten ist die Finanzlage unverändert. Es bestehen aktuell keine Kredite.

3. Ertragslage

Die GmbH hat im ersten Geschäftsjahr keinerlei Erträge erwirtschaftet.

4. Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

1. Voraussichtliche Entwicklung

Der am 20.10.2021 eingereichte Förderantrag „Aufbau und Betrieb des Innovations- und Transferzentrums Land- und Ernährungswirtschaft CAMPUS Transfer“ befindet sich nach wie vor

in der Prüfung durch das BAFA. Ein verbindlicher Bewilligungszeitpunkt für den gestellten Förderantrag ist derzeit Jedoch noch nicht bekannt.

Um das Projekt zu beschleunigen, wurde seit vergangenem Jahr, die Bewilligung für die CAMPUS Transfer Management GmbH beim BAFA vorzuziehen, damit durch eine frühzeitige(re) Bewilligung eine Teil-Operabilität des Projektverbundes hergestellt werden kann. Dieser Prozess war durch einen weiteren umfangreichen Fragenkatalog vom 12.05.2023 seitens des BAFA und die grundsätzlichen und ungelösten Probleme bezüglich der Eigenanteile momentan gestoppt.

Seit Mitte 2023 wurden die Gespräche mit dem BAFA wiederaufgenommen. Des Weiteren überarbeitet und aktualisiert die Atrineo AG im Auftrag des MLV NRW die Antragsunterlagen. Das Ergebnis wird für Q2 2024 erwartet.

2. Chancen

Der in Kapitel 2.2 beschriebene Transformationsprozess setzt (teils disruptive) Innovationen voraus. Aufgrund der idealen Voraussetzungen für das Agribusiness im Rheinischen Revier bietet die Region und damit der Standort von CAMPUS Transfer beste Voraussetzungen, Innovationen hervorzubringen, diese in die Praxis zu übertragen und so perspektivisch neue Geschäftsfelder und Arbeitsplätze in der Region zu entwickeln. Der im Juni 2021 verabschiedete Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft und das dem diesem Bericht zugrundeliegenden gemeinsamen Verständnis der Agrarbranche und der gesellschaftlichen Gesprächspartner unterstreicht das positive Umfeld für die Arbeit von CAMPUS Transfer.

3. Risiken

Risiken bestehen in dem bisher ungeklärten Bewilligungszeitpunkt und –umfang für das von der CAMPUS Transfer Management GmbH beantragte Projekt. Diese Risiken äußern sich in derzeit nicht absehbaren zeitlichen Verschiebungen, Erschwernissen in der vorbereitenden Projektplanung und -vorbereitung. Weitere Risiken bestehen im Hinblick auf die Ergebnisse der Bewilligung durch das BAFA. ‚Aufgrund der Komplexität des Vorhabens und des beträchtlichen finanziellen Volumens ist es durchaus möglich und nach derzeitigem Stand sogar wahrscheinlich, dass die beantragten Mittel nicht in vollem Umfang bewilligt werden und das Konzept für den Aufbau und den Betrieb des Innovations- und Transferzentrums angepasst werden muss. Die Anpassung des Konzeptes wird aktuell vorgenommen.

Die Kreissparkasse Heinsberg hatte am 2. September 2021 der Campus Transfer Management GmbH ein Finanzierungsangebot über den bis dato benötigten Liquiditätsbedarf unterbreitet. Eine Voraussetzung der Bereitstellung der 0.9. Kreditmittel ist die Vorlage der bewilligten Zuwendungsbescheide für das Projekt sowie der Nachweis über die gemäß der Planung zu erbringenden Eigenmittel. Da noch keine Bewilligung vorliegt, wurde die Finanzierungsvorschläge nicht angenommen. Mit Schreiben vom 18.12.2023 hat die Kreissparkasse Heinsberg mitgeteilt, dass die zum damaligen Zeitpunkt gültigen Konditionen in dem aktuellen Marktumfeld

nicht gehalten werden können. Allerdings muss ebenso der Liquiditätsbedarf im Laufe des Jahres 2024 neu berechnet werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung-17 Mitglieder, davon 2 aus Erkelenz (Zusammensetzung zum 31.12.2023):

- Bürgermeister Muckel, Stephan
- Erster Beigeordneter Gotzen, Dr. Hans-Heiner

Geschäftsführung (Geschäftsjahr 2023)

- Geschäftsführer Herr Janik Brünker
- Geschäftsführer Herr Ulrich Schirowski

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen (Gesellschafterversammlung) gehören von den insgesamt 2 Mitgliedern aus Erkelenz 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 der Stadt Erkelenz erstellt.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Erkelenz zum 31. Dezember 2023

3.4.2.1 WestVerkehr GmbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von straßen- und schienengebundenen Verkehrsleistungen und von mit diesen im Zusammenhang stehenden Diensten sowie die Wahrnehmung weiterer Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. ÖPNV im Sinne dieses Gesetzes ist die allgemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linien- sowie diesen ersetzenden, ergänzenden oder verdichtenden Gelegenheitsverkehr, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen. Die Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV ist eine Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte. Die Aufgabenträger führen diese Aufgabe im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe durch, soweit nicht im folgenden besondere Pflichten auferlegt werden. Die Aufgabenträger sind berechtigt, öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne von Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 nach Artikel 5 Absätze 2, 4, 5 und 6 direkt zu vergeben, soweit Bundesrecht dem nicht entgegensteht. Es wurde ein solcher Dienstleistungsauftrag an die West Verkehr GmbH vergeben.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	23.094	22.921	173	**Eigenkapital**	13.038	13.038	0
Umlaufvermögen	18.498	20.673	-2.175	**Sonderposten**	18.754	19.322	-568
				Rückstellungen	5.077	3.272	1.805
				Verbindlichkeiten	4.734	7.976	-3.242
Aktive Rechnungsabgrenzung	11	14	-3	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	41.603	43.608	-2.005	**Bilanzsumme**	41.603	43.608	-2.005

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2023 ergab sich für die WestVerkehr einen Jahresfehlbetrag (vor Verlustausgleich) von rund 16.422 T€ (Vorjahr: 14.536 T€) bei einer Bilanzsumme von rd. 41.603 T€ (Vorjahr: 43.608 T€). Während des Geschäftsjahres wurden durchschnittlich 261 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen den Betrieb des öffentlichen Personenverkehrs. Dieser war in der Vergangenheit defizitär und wird ausweislich des Wirtschaftsplanes 2024 der Gesellschaft in den Jahren 2024 bis 2028 jährliche Fehlbeträge vor Ertragsteuern in einer prognostizierten Höhe von ca. T€ 17.993 bis T€ 21.248 erwirtschaften. Die Fehlbeträge sind aufgrund des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages durch die NEW Kommunalholding GmbH auszugleichen.

3.4.2.2 NEW Kommunalholding GmbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, marktgerechte und umweltverträgliche, unmittelbare und mittelbare Versorgung (einschließlich Erzeugung und Handel mit Energie und energienahen Produkten) mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme, die Entsorgung, der öffentliche Personennahverkehr und der Betrieb von Bädern sowie weitere Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die NEW Kommunalholding GmbH ist eine kommunale Plattform, die offen für die Kommunen im Versorgungsgebiet der NEW ist und die den regionalen Interessen dient. Sie trägt das Leitbild der NEW-Gruppe, „partnerschaftlich“, „regional“ und „innovativ“ im Versorgungsgebiet der NEW zu sein, nach außen. In der NEW Kommunalholding GmbH sind die Bereiche Daseinsvorsorge, also die Sparten Verkehr, Bäder, Entsorgung und Entwässerung, gebündelt. Sie ist mehrheitlich an der NEW AG beteiligt, in welcher auch über Tochtergesellschaften die Versorgungsaktivitäten integriert sind. Sie ist als reine Finanzholding aufgestellt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	249.348	249.348	0	**Eigenkapital**	275.226	272.795	2.431
Umlaufvermögen	140.998	103.321	37.677	**Sonderposten**	0	0	0
				Rückstellungen	41.408	15.470	25.938
				Verbindlichkeiten	73.712	64.404	9.308
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	390.346	352.669	37.677	**Bilanzsumme**	390.346	352.669	37.677

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr 2023 wurde mit einem Überschuss von rd. 6.671 T€ (Vorjahr: 3.640 T€) abgeschlossen. Nach der Entnahme aus der Gewinnrücklage von rd. 1.502 T€ (Vorjahr: 600 T€) ergibt sich ein Bilanzgewinn von rd. 8.173 T€ (Vorjahr 4.240 T€).

3.4.2.3 KKP Klärschlammkooperation Poolgesellschaft mbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind das Halten und Verwaltung der Beteiligung der Gesellschaft an Klärschlammverwertung am Rhein GmbH, Köln, und die damit einhergehende Ermöglichung der Beteiligung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts an der Klärschlammkooperation der initiierenden Partnern, die anteilige Finanzierung und Planung, Errichtung und des Betriebes einer Klärschlammverbrennungsanlage unter Trägerschaft der Beteiligungsgesellschaft und die Gewährleistung der Klärschlammbeseitigung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die KKP ist im Berichtsjahr 2023 den ihr übertragenen Aufgaben nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages durchgeführt. Das Vermögen und die Einnahmen der Gesellschaft sind nur für Zwecke, die Gegenstand des Unternehmens sind, verwendet worden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	499	146	353	**Eigenkapital**	525	172	353
Umlaufvermögen	276	116	160	**Sonderposten**	0	0	0
				Rückstellungen	9	8	1
				Verbindlichkeiten	241	82	159
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	775	262	513	**Bilanzsumme**	775	262	513

Geschäftsentwicklung

Da die KKP ihre wirtschaftliche Tätigkeit nur im Bereich des Haltens und Verwaltens von Beteiligungen (KLAR) ausübt, plant die Geschäftsführung für das kommende Geschäftsjahr ein ausge-

glichenes Jahresergebnis. Darüber hinaus werden die Anlageninvestitionen der KLAR durch Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage finanziert, sodass laut aktueller Planung von einer Bilanzsumme im Jahr 2024 in Höhe von rd. 1.590 TEUR ausgegangen werden kann.

3.4.2.4 NEW AG

Zweck der Beteiligung

Die NEW hält Beteiligungen an Vertriebs- und Netzgesellschaften, die größtenteils über Unternehmensverträge in den Teilkonzern der NEW eingebunden sind. Damit steht die Geschäftsentwicklung im direkten Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung dieser Gesellschaften. Das Geschäftsergebnis wird insbesondere durch das Finanzergebnis sowie Erlöse aus der Abwasserentsorgung und konzerninternen Dienstleistungen geprägt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Beteiligungsstruktur der NEW sieht eine Zuordnung der Unternehmenstöchter in die Bereiche:

- Vertrieb
- Trinkwasserversorgung
- Netze
- Erneuerbare Energien und
- Ortsgesellschaften vor.

Die Geschäftstätigkeiten der NEW bestehen in

- dem Halten und Verwalten von Beteiligungen, die der Versorgungsparte zuzurechnen sind,
- der Erbringung von Dienstleistungen für Konzernunternehmen,
- der Betriebsführung der Abwasserbeseitigung.

Über ihre Tochterunternehmen werden Kunden in der Region mit elektrischer Energie, Gas, Wärme und Wasser (einschl. der Produktion von Energie und Wasser) versorgt sowie energienahe Dienstleistungen erbracht.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage							**Kapitallage**
Aktiva							**Passiva**
	2023	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**		**2023**	**2022**	**Veränderung 2023 zu 2022**
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	433.404	461.622	-28.218	**Eigenkapital**	225.647	225.647	0
Umlaufvermögen	186.661	168.654	18.007	**Sonderposten**	204	190	14
				Rückstellungen	119.480	118.237	1.243
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.008	713	295	**Verbindlichkeiten**	280.016	289.796	-9.780
Unterschied Vermögensrechnung	4.274	2.881	1.393	**Passive Rechnungsabgrenzung**	0	0	0
Bilanzsumme	625.347	633.870	-8.523	**Bilanzsumme**	625.347	633.870	-8.523

Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft hatte für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis vor Ertragsteuern in Höhe von rd. 87,9 Mio. € geplant. Das Mehrergebnis gegenüber der Planung in Höhe von 41,2 Mio. € ist im Wesentlichen auf Wettbewerbsvorteile, die auf eine langfristige, vorherige Beschaffung von Waren für bestimmte Kundengruppen zurückzuführen sind, entstanden.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von rd. 94,2 Mio. € geplant. Insgesamt wird ein leichter Rückgang des Beteiligungsergebnisses erwartet.

Krisenbedingte Ereignisse können die Ergebnisse der Tochtergesellschaften negativ beeinflussen.

Weitere Sondereinflüsse, welche die wirtschaftliche Lage nach dem Prognosezeitraum beeinflussen könnten, sind derzeit nicht absehbar.

Das Jahresergebnis in Höhe von 124,3 Mio. € ist auf Grund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages an die NEW Kommunalholding GmbH abzuführen.

Besonderheiten

Aufgrund eines Gesellschaftsvertrages vom 01.01.2002 hält die Stadt Erkelenz neben einer mittelbaren Beteiligung eine stille Beteiligung an der NEW AG von 46.019.269,00 €, die jährlich verzinst wird.

Eine Einsicht in den hier bekannt gemachten Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet. Nach Beschlussfassung durch den Rat wird der Beteiligungsbericht daher in der Stadtverwaltung Erkelenz, Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften, während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme bereitgehalten. Daneben wird der Beteiligungsbericht in elektronischer Form auf der Homepage der Stadt Erkelenz, www.erkelenz.de, veröffentlicht werden. Diese Möglichkeiten der Einsichtnahme sind bis zur Feststellung des folgenden Beteiligungsberichtes gegeben.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 20/668/2024
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	23.07.2024
Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Verfasser:	Amt 20 Gorgina Mertins

Feststellung des Jahresabschlusses 2023 des Betriebes gewerblicher Art "Verkehrsbetrieb der Stadt Erkelenz"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Die Stadt Erkelenz hat auf dem Teileigentumsgrundstück in der Hermann-Josef-Gormanns-Straße eine Tiefgarage errichten lassen und betreibt diese seit April 1997. Erweitert wird der Betrieb um den Neubau eines Parkhauses an der Ostpromenade, Erkelenz, welches ab 2024 in Betrieb genommen wird. Der Betrieb einer öffentlichen Tiefgarage und eines Parkhauses ist als wirtschaftlich selbständige Tätigkeit anzusehen, die nach dem Körperschaftsteuergesetz und den Körperschaftsteuerrichtlinien einen Betrieb gewerblicher Art bildet. Für diesen Betrieb gewerblicher Art ist eine Gewinnermittlung mittels Bestandsvergleich (§ 4 Einkommensteuergesetz) durchzuführen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schleicher & Dr. jur. Robertz GmbH & Co. KG hat nunmehr den Jahresabschluss des Verkehrsbetriebes der Stadt Erkelenz zum 31. Dezember 2023 aufgestellt. Die Prüfungsgesellschaft hat am 12. Juni 2024 nachstehend genannte Prüfungsbescheinigung erteilt:

„Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung - des Verkehrsbetriebes der Stadt Erkelenz Betrieb gewerblicher Art für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der einschlägigen Bestimmungen des Gemeinderechts erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die von uns geführten Bücher und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft, wohl aber auf Plausibilität beurteilt haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den einschlägigen Bestimmungen des Gemeinderechts liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards: Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen (IDW S 7) durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Zur Beurteilung der Plausibilität der uns vorgelegten Belege und Bestandsnachweise, an deren Zustandekommen wir nicht mitgewirkt haben, haben wir Befragungen und analytische Beurteilungen vorgenommen, um mit einer gewissen Sicherheit auszuschließen, dass diese nicht ordnungsgemäß sind. Hierbei sind uns keine Umstände bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der uns vorgelegten Unterlagen und des auf dieser Grundlage von uns erstellten Jahresabschlusses sprechen."

Die Bilanz ist zum 31. Dezember 2023 in Aktiva und Passiva mit 2.805.214,35 Euro (Vorjahr = 876.248,09 Euro) ausgeglichen. Der Jahresfehlbetrag 2023 beträgt -32.650,82 Euro (Vorjahr = Jahresfehlbetrag von -25.821,25 Euro).

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):

„1. Die Bilanz des Verkehrsbetriebes der Stadt Erkelenz zum 31. Dezember 2023, abschließend in Aktiva und Passiva mit 2.805.214,35 Euro wird festgestellt.

2. Die Gewinn- und Verlustrechnung des Verkehrsbetriebes der Stadt Erkelenz zum 31. Dezember 2023, abschließend mit einem Jahresfehlbetrag von -32.650,82 Euro (Erträge 23.772,65 Euro, Aufwendungen 56.423,47 Euro), wird festgestellt.

3. Dem Bürgermeister wird aufgrund der Prüfungsbescheinigung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schleicher & Dr. jur. Robertz GmbH & Co. KG, Aachen, vom 12. Juni 2024 für das Jahr 2023 Entlastung erteilt.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf dem Klimaschutz oder der Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlagen:
Verkehrsbetrieb - Jahresabschluss 2023
mit Bilanz zum 31.12.2023 sowie Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.-31.12.2023

Verkehrsbetrieb der Stadt Erkelenz Betrieb gewerblicher Art

Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKTIVA

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Sachanlagen			
1. Grundstücke und Bauten	845.326,25		785.404,25
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,50		0,50
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.740.417,93		89.699,05
		2.585.744,68	**875.103,80**
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00		1.144,29
2. Sonstige Vermögensgegenstände	219.469,67		0,00
		219.469,67	**1.144,29**
		2.805.214,35	**876.248,09**

PASSIVA

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Widmungskapital	184.914,98		184.914,98
II. Kapitalrücklage	848.231,78		683.699,05
III. Jahresfehlbetrag	-32.650,82		-25.821,25
		1.000.495,94	**842.792,78**
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Sonstige Rückstellungen		**2.300,00**	**3.340,02**
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.813,20		336,04
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Erkelenz	1.793.605,21		28.871,37
3. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00		907,88
		1.802.418,41	**30.115,29**
		2.805.214,35	**876.248,09**

Verkehrsbetrieb der Stadt Erkelenz Betrieb gewerblicher Art

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		18.089,85	22.983,07
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		5.682,80	0,00
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.341,19		3.317,54
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	993,02		1.034,10
- davon für Altersversorgung EUR 242,66 (i.V. EUR 259,19)			
		4.334,21	4.351,64
7. Abschreibungen			
a) auf Sachanlagen		910,87	0,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		47.105,04	41.143,62
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		904,83	140,54
15. Ergebnis nach Steuern		-29.482,30	-22.652,73
16. Sonstige Steuern		3.168,52	3.168,52
17. Jahresfehlbetrag		**-32.650,82**	**-25.821,25**

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/669/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 27.08.2024 Verfasser: Amt 20 André Keutmann

Anpassung von Gesellschaftsverträgen des Kreises Heinsberg an § 108 Abs. 1 Nr. 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie Streichung des § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NRW

hier: Sammelbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Mit Verkündung des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes (3. NKFWG NRW) am 05.03.2024 ergeben sich insbesondere Änderungen im Bereich von kommunalen Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts. So können u.a. die Änderungen des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 GO NRW größenabhängige Erleichterungen in Bezug auf die Jahresabschlüsse kommunaler Beteiligungen zur Folge haben. Je nachdem, zu welcher Größenklasse ein Unternehmen gehört, ergeben sich unterschiedliche Pflichten in Bezug auf die Aufstellung des Jahresabschlusses und Offenlegung der Jahresabschlussunterlagen. Die Pflichten und größenabhängigen Erleichterungen ergeben sich nach Änderung des § 108 GO NRW unmittelbar aus dem HGB, während nach altem Recht kommunale Unternehmen immer als große Kapitalgesellschaften behandelt worden sind. Weitere Details können der als Anlage A beigefügten Sitzungsvorlage des Kreises Heinsberg für die Sitzung des Kreistages am 24.09.2024 entnommen werden. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird daher auf diese Anlage verwiesen.

Vor diesem Hintergrund hat der Kreis Heinsberg für seine Unternehmen einen Sammelbeschluss vorbereitet, der als Grundlage diese Erleichterungen vertragsrechtlich umsetzen soll. Ist der Kreis nicht alleiniger Gesellschafter bei einem Unternehmen, müssen sämtliche Gesellschafter über diese Vorgehensweise in den entsprechenden Gremien beraten. Das gleiche gilt, wenn Vertreter von anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts in den Gremien der Unternehmen des Kreises Heinsberg stimmberechtigt sind (Vgl. § 41 GO NRW bzw. § 26 der Kreisordnung NRW).

Die Stadt Erkelenz ist unmittelbar über die Kreiswerke Heinsberg GmbH und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH (WFG Kreis Heinsberg) von diesen Änderungen betroffen. Darüber hinaus besteht eine mittelbare Beteiligung über die WFG Kreis Heinsberg an der Future Site in-West GmbH.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):

„1. Den Änderungen der Gesellschaftsverträge lt. beigefügter Anlage B wird zugestimmt.

2. Die Vertreter der Stadt Erkelenz in den entsprechenden Gremien werden ermächtigt, die Änderung in der nächsten Gesellschafterversammlung des jeweiligen Unternehmens zu beschließen."

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Der Beschlussentwurf hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz oder Klimafolgenanpassungen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Anlage A – Sitzungsvorlage der Kreisverwaltung Heinsberg

Anlage B – Synopse der Änderungen an den Gesellschaftsverträgen der betroffenen Unternehmen des Kreises Heinsberg

Erläuterungen

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0166/2024

Anpassung von Gesellschaftsverträgen an § 108 Abs. 1 Nr. 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie Streichung des § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NRW
hier: Sammelbeschluss

Beratungsfolge:	
11.09.2024	Kreisausschuss
24.09.2024	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich): **nein**

Teilplan: 1502 - Anteile an Unternehmen

Umlageart: Allgemeine Kreisumlage

Teilergebnisplan	2024	2025	2026	2027
Erträge				
Aufwendungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Teilfinanzplan B (inv.)	2024	2025	2026	2027
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	01.

Inklusionsrelevanz:	nein

Begründung:

Durch das am 05.03.2024 verkündete und mit Wirkung zum 31.12.2023 in Kraft getretene 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (3. NKFWG NRW) ergeben sich durch die Änderung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 GO NRW und die Streichung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NRW auch Auswirkungen für die kommunalen Beteiligungen.

a) Änderung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 GO NRW

Bislang mussten sämtliche privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen den Jahresabschluss und den Lagebericht „in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für **große** Kapitalgesellschaften“ aufstellen und prüfen lassen. Mit der Verabschiedung des 3. NKFWG NRW wird nur noch die entsprechende „Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften“ gefordert.

Demnach wird für kommunale Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts die Kopplung des Jahresabschlusses an die Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgegeben. Stattdessen gilt die Unterscheidung zwischen den im HGB genannten vier Größenklassen

- Kleinstkapitalgesellschaften,
- kleine Kapitalgesellschaften,
- mittelgroße Kapitalgesellschaften und
- große Kapitalgesellschaften.

Die Wertgrenzen zur Einteilung der Unternehmen in die verschiedenen Größenklassen ergeben sich aus den §§ 267 und 267a HGB. Die Zuordnung erfolgt, wenn zwei der drei Merkmale an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren zutreffen.

Tabelle 1: Größenklassen der Gesellschaften, Schwellenwerte ab dem Jahr 2024

Beurteilungskriterium	**Kleinst**	**Klein**	**Mittelgroß**	**Groß**
Bilanzsumme	<450 T €	<7,5 Mio. €	<25 Mio. €	>25 Mio. €
Umsatzerlöse	<900 T€	<15 Mio. €	<50 Mio. €	>50 Mio. €
Arbeitnehmeranzahl (im Jahresdurchschnitt)	<10	<50	<250	>250

Größenabhängige Erleichterungen

Die Änderung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 GO NRW kann größenabhängige Erleichterungen in Bezug auf die Jahresabschlüsse kommunaler Beteiligungen zur Folge haben.

Je nachdem, zu welcher Größenklasse ein Unternehmen gehört, ergeben sich unterschiedliche Pflichten in Bezug auf die Aufstellung und Offenlegung der Jahresabschlussunterlagen, die in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst sind.

Tabelle 2: Einzureichende Unterlagen / Umfang der Offenlegungspflicht

Bestandteil des Jahresabschlusses	**Kleinst**	**Klein**	**Mittelgroß**	**Groß**
Bilanz	Verkürzt	Verkürzt	Ja	Ja
GuV	Nein	Nein	Verkürzt	Ja
Lagebericht	Nein	Nein	Ja	Ja
Anhang	Nein	Verkürzt	Ja	Ja
Prüfungspflicht	Nein	Nein	Ja	Ja

Die Pflichten und größenabhängigen Erleichterungen ergeben sich aus zahlreichen Normen des HGB.

Auch hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der EU-Richtlinie Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) gibt es größenabhängige Erleichterungen in Bezug auf die Aufstellungsverpflichtung und den Zeitpunkt der pflichtigen Aufstellung.

Kleinstkapitalgesellschaften müssen keinen Nachhaltigkeitsbericht erstellen. Kleine und mittlere Unternehmen nur, wenn sie kapitalmarktorientiert sind. Große Kapitalgesellschaften müssen spätestens für das Geschäftsjahr 2025 einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen.

Somit ergäbe sich für sämtliche kommunale Beteiligungen, deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen die Regelung enthält, dass Jahresabschluss und Lagebericht nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und zu prüfen sind, die Pflicht, ab dem Jahr 2025 einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen.

Einordnung der größenabhängigen Erleichterungen aus Sicht des Kreises Heinsberg

Im Beteiligungsportfolio des Kreises Heinsberg sind alle o.g. Größenklassen vertreten. So gibt es große Gesellschaften wie z.B. die WestVerkehr GmbH. Mittelgroße Gesellschaften sind beispielsweise die Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH und die Rettungsdienst für den Kreis Heinsberg gGmbH. Zu den kleinen Gesellschaften des Kreises Heinsberg gehören u.a. die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH und die Future Site InWest GmbH. Unter die Kleinstgesellschaften fallen z.B. die Westgleis GmbH und die Campus Transfer Management GmbH.

Aufgrund der bisherigen Regelung in der GO NRW ist bei nahezu allen Gesellschaften im jeweiligen Gesellschaftsvertrag/in der Satzung geregelt, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und zu prüfen sind.

Vor dem Hintergrund der Beteiligungssteuerung sind die Aufstellung eines detaillierten Jahresabschlusses, die Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Unternehmens in einem Lagebericht sowie die Jahresabschlussprüfung bei „verwaltungsnahen“ Gesellschaften sinnvoll. Die Unternehmen und deren (wirtschaftliche) Betätigung sind integraler Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Sie bedürfen ebenso wie Verwaltungsprozesse einer Steuerung.

Da die überwiegende Zahl der Unternehmen die Jahresabschlüsse und Lageberichte bislang aufgrund der gesetzlichen Notwendigkeit nach den Vorschriften für die großen Kapitalgesellschaften aufgestellt haben, sind die Systeme entsprechend aufgestellt. Etwaige Arbeits- und Kostenersparnisse, die durch die Wahrnehmung von Aufstellungserleichterungen entstehen würden, sind aus Sicht der Verwaltung im Hinblick auf Transparenz, Vergleichbarkeit und Steuerungsunterstützung vernachlässigbar.

Nach den derzeitigen Regelungen in den Gesellschaftsverträgen wären fast alle Unternehmen mit Kreisbeteiligung ab spätestens 2025 zur Aufstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes nach der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen CSRD verpflichtet.

Mit der im November 2022 vom EU-Parlament verabschiedeten CSRD ändern sich Umfang und Art der Nachhaltigkeitsberichterstattung deutlich. Zentraler Bestandteil ist die doppelte Wesentlichkeitsanalyse, die die nicht-finanzielle Wesentlichkeit mit der finanziellen Wesentlichkeit kombiniert.

Es sollen sowohl die Auswirkungen des eigenen Geschäftsbetriebs auf die Gesellschaft und die Umwelt ermittelt werden (nicht-finanzielle Wesentlichkeit/inside-out) als auch die Auswirkungen externer Nachhaltigkeitsaspekte auf das Unternehmen (finanzielle Wesentlichkeit/outside-in). Zudem wird gefordert, Nachhaltigkeitsziele festzulegen und über die Zielerreichung zu berichten. Die Berichterstattung erfolgt in Übereinstimmung mit den EU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS) und ist auf die Vergangenheit und die Zukunft zu beziehen. Dabei steht die gesamte Wertschöpfungskette im Blickpunkt. Der Nachhaltigkeitsbericht wird Teil des Lageberichts sein und der Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unterliegen. Die umfangreiche Berichterstellung wird vor allem in den ersten Jahren hohe fachspezifische Ressourcen erfordern.

Da diese ausführliche Berichterstattung nicht in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen steht, ist die Verwaltung der Auffassung, dass nur die Unternehmen einen Nachhaltigkeitsbericht nach CSRD erstellen sollen, die gesetzlich dazu verpflichtet sind. Das sind die Unternehmen, die als große Kapitalgesellschaften eingruppiert sind. Kleinstkapitalgesellschaften sowie kleine und mittelgroße Kapitalgesell-

schaften sollten – auch wenn sie bislang Jahresabschluss und Lagebericht nach den Regelungen für die großen Kapitalgesellschaften aufstellen – keinen Nachhaltigkeitsbericht aufstellen müssen.

b) Streichung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NRW

Mit dem „Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Landes Nordrhein-Westfalen (Transparenzgesetz NRW)“ vom 17.12.2009, welches § 108 Abs. 1 Satz Nr. 9 in die GO NRW einfügte, wurde die individualisierte Angabe der Organbezüge im Anhang des Jahresabschlusses sämtlicher öffentlicher Unternehmen ungeachtet ihrer Rechtsform und Größe eingeführt. Laut damaliger Gesetzesbegründung zum Transparenzgesetz NRW kommt dem Informationsanspruch der Allgemeinheit ein besonderer Stellenwert zu, wenn sich Unternehmen der öffentlichen Hand aus öffentlichen Mitteln finanzieren oder die öffentliche Hand das Risiko unternehmerischen Handelns trägt.

Die mit dem Transparenzgesetz geschaffene Transparenz wird nunmehr mit in Krafttreten des 3. NKFWG NRW und der damit einhergehenden Streichung des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NRW zurückgenommen – zumindest für die kommunale Ebene, denn für die Landesbeteiligungen bestehen die Anforderungen unverändert fort.

Änderung der Gesellschaftsverträge

Um die Möglichkeit zu wahren, Kleinstkapitalgesellschaften sowie die kleinen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften im kreiseigenen Beteiligungsportfolio von der Aufstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes nach CSRD zu befreien, müssen die Gesellschaftsverträge angepasst werden.

Nach Informationsaustausch mit den betroffenen Unternehmen unterstützt die Verwaltung den Formulierungsvorschlag für die Gesellschaftsverträge, die Jahresabschlüsse nach den Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften aufzustellen. Die Vorgaben entsprechen denen der großen Gesellschaften, außer dass eine verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt werden darf und ein Nachhaltigkeitsbericht nicht aufgestellt werden muss.

Der dann weiterhin zu fertigende Lagebericht, der den Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses, die Lage der Kapitalgesellschaft und die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken beurteilt und erläutert, dient u. a. der Erstellung des Beteiligungsberichts des Kreises Heinsberg. Durch das Ersetzen des Wortes „große" durch "mittelgroße“ (Kapitalgesellschaften) kann in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen mit geringem Änderungsaufwand die beschriebene Vorgehensweise umgesetzt werden.

Anlage 1 enthält eine Übersicht über die betroffenen Unternehmen, bei denen der Kreis Heinsberg der Hauptgesellschafter ist oder kein anderer Gesellschafter über einen höheren Gesellschaftsanteil als der Kreis Heinsberg verfügt, sowie die derzeitigen und zukünftigen Regelungen in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen (Synopse).

Ist der Kreis Heinsberg bei einem Unternehmen nicht alleiniger Gesellschafter, müssen sämtliche Gesellschafter über diese Vorgehensweise in den Gremien beraten.

Durch die Aufhebung der durch das Transparenzgesetz eingeführten Anforderungen für alle kommunalen Unternehmen ist die gesetzliche Grundlage und Verpflichtung zur individualisierten Angabe der Organbezüge entfallen. Die betreffenden Gesellschaftsverträge sind, sofern hierzu Ausführungen gemacht wurden, zu ändern.

Hinsichtlich weiterer Beteiligungen des Kreises, bei denen der Kreis Heinsberg nicht der Hauptgesellschafter ist oder ein anderer Gesellschafter über einen höheren Gesellschaftsanteil als der Kreis Heinsberg verfügt, wird ggf. zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten sein.

Gremienbeteiligung und Anzeigeverfahren

Die Änderungen der Gesellschaftsverträge können gemäß § 53 Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) nur durch Beschluss der Gesellschafter erfolgen. Aufgrund der Wesentlichkeit der Änderungen dürfen die Vertreter des Kreises in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen (§ 108 Abs. 5 lit b GO NRW i. V. m. § 53 Abs. 1 KrO).

Zudem sind die wesentlichen Änderungen der Gesellschaftsverträge gemäß § 115 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 53 Abs. 1 KrO NRW bei der zuständigen Kommunalaufsicht anzuzeigen. Zur Verfahrensvereinfachung können lt. der Bezirksregierung Köln Sammelbeschlüsse und Sammelanzeigen vorgenommen werden.

Beschlussvorschlag:

1. Den Änderungen der Gesellschaftsverträge lt. beigefügter Anlage 1 wird zugestimmt.

2. Die Vertreter des Kreises Heinsberg in den entsprechenden Gremien werden ermächtigt, die Änderung in der nächsten Gesellschafterversammlung des jeweiligen Unternehmens zu beschließen.

Anlage 1: Synopse (Auszug Gesellschaftsverträge)

Anlage 1: Betroffene Unternehmen des Kreises Heinsberg

Gesellschaft	Größen-klasse	Bet.-quote	Regelung in GV	bislang	neu
Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH	mittel-groß	100%	§ 15 Abs. 1 S. 2, 3	Für die Aufstellung gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des 3. Buches des HGB. Die Prüfung umfaßt auch die Prüfungsgegenstände gemäß §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz.	Für die Aufstellung gelten die Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften des 3. Buches des HGB. Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände gemäß §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz.
Rettungsdienst für den Kreis Heinsberg GmbH	mittel-groß	100%	§ 14 Abs. 2 S. 1, 2	Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss (Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) sowie den Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten von dem durch Gesellschafterbeschluss bestellten Abschlussprüfer prüfen zu lassen und vorzulegen. Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände gemäß §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG).	Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss (Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) sowie den Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für mittelgroße Kapitalgesellschaften innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten von dem durch Gesellschafterbeschluss bestellten Abschlussprüfer prüfen zu lassen und vorzulegen. Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände gemäß §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG).
			§ 14 Abs. 3	Im Anhang zum Jahresabschluss sind die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vorgeschriebenen Angaben zu machen.	(gestrichen)
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH	klein	34,78%	§ 21 Abs. 1 S. 2, 3	Für die Aufstellung gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB). Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände gem. §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG).	Für die Aufstellung gelten die Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB). Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände gem. §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG).

			§ 25 a	**§ 108 Abs. 1 S.1 Nr. 9; Abs. 2 GO NW** Vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften sind nach dem Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen („Transparenzgesetz") vom 17.12.2009 die für die Tätigkeiten im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nr. 9 HGB der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitgliedes dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nr. 9 lit. a) HGB anzugeben. Die individualisierte Ausweispflicht gilt auch für: a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag, c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.	(gestrichen)

Future Site In-West GmbH	klein	20%	§ 16 Abs. 1 und 3	1. Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht sind von der Geschäftsführung innerhalb der gesetzlichen Fristen nach Ablauf eines Geschäftsjahres in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und dem Abschlussprüfer vorzulegen. 3. Jahresabschluss und Lagebericht sind entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften zu prüfen. Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände sowie die Berichterstattung gemäß § 53 HGrG.	1. Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht sind von der Geschäftsführung innerhalb der gesetzlichen Fristen nach Ablauf eines Geschäftsjahres in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für mittelgroße Kapitalgesellschaften aufzustellen und dem Abschlussprüfer vorzulegen. 3. Jahresabschluss und Lagebericht sind entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für mittelgroße Kapitalgesellschaften zu prüfen. Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände sowie die Berichterstattung gemäß § 53 HGrG.
			§ 16 Abs. 2 S. 1	Die Gesellschaft weist im Anhang zum Jahresabschluss die individualisierten Angaben gemäß § 65 a Abs. 1 und 3 LHO und entsprechende dem korrespondierenden § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NRW auch die Angaben für die jeweiligen Personengruppen aus.	Die Gesellschaft weist im Anhang zum Jahresabschluss die individualisierten Angaben gemäß § 65 a Abs. 1 und 3 LHO aus.

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/670/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 08.07.2024 Verfasser: Amt 20 André Keutmann

Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW Netz GmbH an der Übach-Palenberg Netz GmbH

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Durch die Einbindung der Kreiswerke Heinsberg GmbH (KWH) in das NEW Holding-Modell zum 01.01.2015 sind die Gesellschafter der KWH (Kreis Heinsberg, kreisangehörige Kommunen des Kreises Heinsberg und die Gemeinde Niederkrüchten aus dem Kreis Viersen) an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Die KWH ist nach Beitritt der Stadtentwicklungsgesellschaft Grevenbroich GmbH zu 15,57 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Diese Holding wiederum hält 57,5 % an der NEW AG.

Somit ergeben sich für die KWH-Gesellschafter die folgenden prozentualen mittelbaren Beteiligungen an der NEW AG:

Kreis Heinsberg	rd. 4,50 %
Stadt Geilenkirchen	rd. 0,83 %
Stadt Übach-Palenberg	rd. 0,76 %
Stadt Hückelhoven	rd. 0,69 %
Stadt Wassenberg	rd. 0,45 %
Stadt Heinsberg	rd. 0,38 %
Stadt Erkelenz	rd. 0,37 %
Gemeinde Gangelt	rd. 0,32 %
Gemeinde Selfkant	rd. 0,27 %
Gemeinde Waldfeucht	rd. 0,27 %
Stadt Wegberg	rd. 0,09 %
Gemeinde Niederkrüchten	rd. 0,02 %
zusammen	rd. 8,95 %

Trotz dieser eher geringfügigen Beteiligungen der einzelnen Gesellschafter ergeben sich hieraus weitere Konsequenzen, u.a. bei der Beteiligung an einer anderen Gesellschaft.

Nach den kommunalrechtlichen Vorschriften bedarf es hierzu entsprechender Beschlüsse der Räte bzw. des Kreistages, wie aus § 41 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 26 der Kreisordnung NRW (KrO NRW) folgt.

Die Gründe, die zur „Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW Netz GmbH an der Übach-Palenberg Netz GmbH“ führen, können der beigefügten Sitzungsvorlage des Kreises Heinsberg für die Sitzung des Kreistages am 24.09.2024 entnommen werden. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird daher auf die als Anlage beigefügte Sitzungsvorlage verwiesen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):

„1. Der Gründung der Übach-Palenberg Netz GmbH gemäß beigefügtem Entwurf des Gesellschaftsvertrages (Anlage B) durch die NEW Netz GmbH mit der Regionetz GmbH wird zugestimmt.

Alternative 1:
Für den Fall, dass die Anzeigen der an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligten Kommunen vollzählig der Bezirksregierung Düsseldorf vorliegen, und nur auf Seiten der bei der Regionetz GmbH beteiligten Kommunen diese nicht vollständig vorliegen, darf die NEW Netz GmbH die Übach-Palenberg Netz GmbH als 100%ige Tochter der NEW Netz GmbH allein gründen. Sobald alle Anzeigen der an der Regionetz GmbH beteiligten Kommunen vollständig vorliegen und die Bestätigung der Kommunalaufsicht zur Beteiligung der Regionetz GmbH an der Übach-Palenberg Netz GmbH vorliegt, darf die NEW Netz GmbH zur Umsetzung einer gemeinsamen Gesellschaft der Regionetz GmbH in entsprechenden Umfang Geschäftsanteile an der Übach-Palenberg Netz GmbH veräußern.

Alternative 2:
Für den Fall, dass die Anzeigen der an der Regionetz GmbH (mittelbar) beteiligten Kommunen vollzählig der Bezirksregierung Düsseldorf vorliegen, und nur auf Seiten der an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligten Kommunen diese nicht vollständig vorliegen, wird die Regionetz GmbH die Übach-Palenberg Netz GmbH als 100%ige Tochter allein gründen. Die NEW Netz GmbH darf sich nach Vorliegen aller Anzeigen und der entsprechenden Bestätigung durch die Kommunalaufsicht an der Übach-Palenberg Netz GmbH nach den hier beschriebenen Voraussetzungen beteiligen und entsprechende Geschäftsanteile von der Regionetz GmbH erwerben.

2. Die Vertreter der Stadt Erkelenz in den Gremien der Kreiswerke GmbH und des NEW-Konzerns werden ermächtigt, der Gründung sowie redaktionellen Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.“

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Der Beschlussentwurf hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz oder Klimafolgenanpassungen.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlagen:
Anlage A – Sitzungsvorlage der Kreisverwaltung Heinsberg
Anlage B – Entwurf des Gesellschaftsvertrages der „Übach-Palenberg Netz GmbH“

Sitzung: öffentlich **ANLAGE A**

Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH über die NEW AG und die NEW Netz GmbH an der Übach-Palenberg Netz GmbH

Beratungsfolge:	
10.09.2024	Kreisausschuss
24.09.2024	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich): **keine**

Teilplan: 1502 - Anteile an Unternehmen

Umlageart: Allgemeine Kreisumlage

Teilergebnisplan	2024	2025	2026	2027
Erträge	*zz. nicht bezifferbar*	*zz. nicht bezifferbar*	*zz. nicht bezifferbar*	*zz. nicht bezifferbar*
Aufwendungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Teilfinanzplan B (inv.)	2024	2025	2026	2027
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	01.

Inklusionsrelevanz:	nein

Durch die Einbindung der Kreiswerke Heinsberg GmbH (KWH) in das NEW Holding-Modell zum 01.01.2015 sind die Gesellschafter der KWH (Kreis Heinsberg, kreisangehörige Kommunen des Kreises Heinsberg und die Gemeinde Niederkrüchten aus dem Kreis Viersen) an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Die KWH ist nach Beitritt der Stadtentwicklungsgesellschaft Grevenbroich GmbH zu 15,57 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Diese Holding wiederum hält 57,5 % an der NEW AG.

Somit ergeben sich für die KWH-Gesellschafter die folgenden prozentualen mittelbaren Beteiligungen an der NEW AG:

Kreis Heinsberg	rd. 4,50 %
Stadt Geilenkirchen	rd. 0,83 %
Stadt Übach-Palenberg	rd. 0,76 %
Stadt Hückelhoven	rd. 0,69 %
Stadt Wassenberg	rd. 0,45 %
Stadt Heinsberg	rd. 0,38 %
Stadt Erkelenz	rd. 0,37 %
Gemeinde Gangelt	rd. 0,32 %
Gemeinde Selfkant	rd. 0,27 %
Gemeinde Waldfeucht	rd. 0,27 %
Stadt Wegberg	rd. 0,09 %
Gemeinde Niederkrüchten	rd. 0,02 %
zusammen	rd. 8,95 %.

Trotz dieser eher geringfügigen Beteiligungen der einzelnen Gesellschafter ergeben sich hieraus weitere Konsequenzen, u.a. bei der Gründung einer Gesellschaft durch die NEW Netz GmbH.

Nach den kommunalrechtlichen Vorschriften bedarf es hierzu entsprechender Beschlüsse der Räte bzw. des Kreistages, wie aus § 41 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 26 der Kreisordnung NRW (KrO NRW) folgt.

Begründung:

Gemeinsam mit der Regionetz GmbH (Regionetz) beabsichtigt die NEW Netz GmbH mit Wirkung zum 31.12.2024 eine Netzeigentumsgesellschaft in der Rechtsform der GmbH in Übach-Palenberg zu gründen – die Übach-Palenberg Netz GmbH.

Der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist das Halten des Eigentums, der Betrieb, die Instandhaltung/Erhaltung und der Ausbau von Versorgungsnetzen jedweder Art sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, einschließlich des Verpachtens.

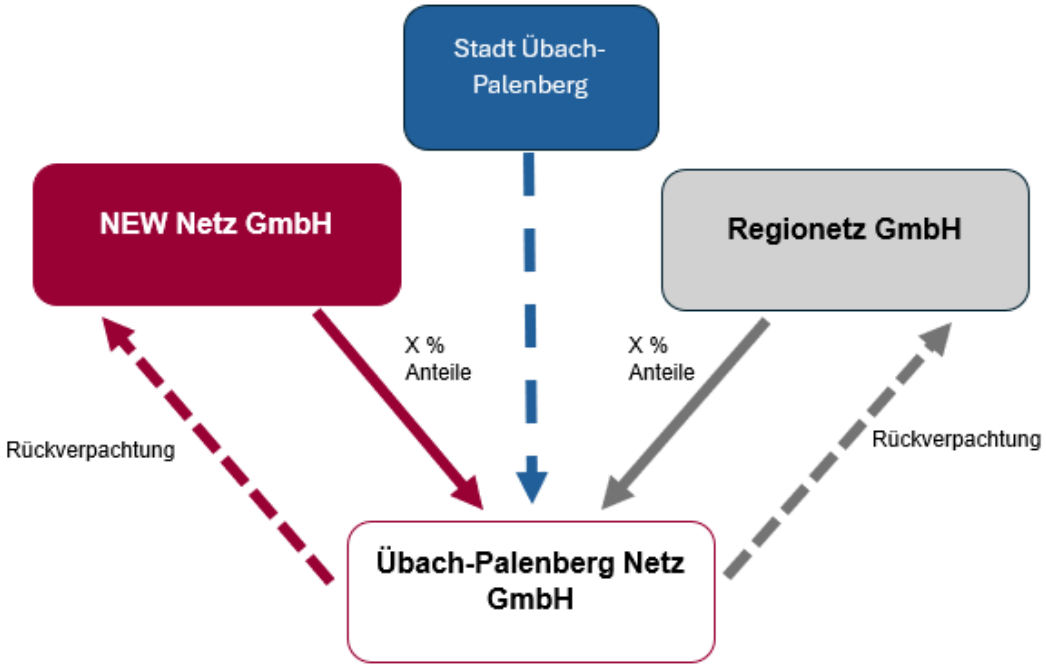
Die Gesellschaft soll mit einem Stammkapital von 100.000 € ausgestattet werden. Es soll eine Bargründung mit gleichzeitigem Sachagio (Einlage in die Kapitalrücklage) erfolgen. Für die NEW Netz GmbH bedeutet dies, dass sie einen auf ihren Geschäftsanteil entfallenen Betrag in bar zahlt. Gleichzeitig erfolgt die Einbringung des Stromnetzes zu Buchwerten.

Die Geschäftsanteile bemessen sich im Verhältnis des netzentgeltkalkulatorischen Restwertes des Gas- und Stromnetzes in Übach-Palenberg zueinander. Der aktuelle netzentgeltkalkulatorische Restwert des Stromnetzes beträgt rund 9,0 Mio. €. Die Bewertung erfolgt im Zeitpunkt der Einbringung.

Für das Geschäftsjahr 2024 sind planmäßig noch geringfügige Investitionen in das Stromnetz vorgesehen. Der netzentgeltkalkulatorische Restwert des Strom- bzw. Gasnetzes ist annähernd gleich, d. h. die NEW Netz GmbH wird voraussichtlich 50 % der Geschäftsanteile übernehmen. Da jedoch noch planmäßige Investitionen in die Netze ausstehend sind, kann es bezüglich der Beteiligungsquote noch zu Abweichungen von +/- 5% kommen.

Die Gründung der Übach-Palenberg Netz GmbH und das Einbringen der Gasnetze ist für die Regionetz aus regulatorischen Gründen nur im Jahr 2024 und dann erst wieder im Jahr 2026 möglich. Aus diesem Grunde haben sich die NEW Netz GmbH und die Regionetz darauf verständigt, dass wenn in der Sphäre eines Gesellschafters ein Gründungshindernis besteht, die jeweilige andere Gesellschaft die Übach-Palenberg Netz GmbH zunächst allein gründet. Im Falle der Gründung durch die Regionetz würde sich die NEW Netz GmbH zeitnah an der Gesellschaft durch Erwerb von Geschäftsanteilen an der Übach-Palenberg Netz GmbH von der Regionetz beteiligen. Im Fall der Gründung durch die NEW Netz GmbH würde eine Beteiligung der Regionetz voraussichtlich erst mit Wirkung zum 01.01.2026 durch Erwerb von Geschäftsanteilen an der Übach-Palenberg Netz GmbH von der NEW Netz GmbH erfolgen. Die Satzung (Anlage) würde entsprechend in § 4 Abs. 2 bezüglich der Aufbringung der Stammeinlage auf einen Gesellschafter angepasst.

Der Stadt Übach-Palenberg oder der Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH soll grundsätzlich auf der Basis zukünftig noch zu verhandelnder und abzuschließender Vereinbarung ermöglicht werden, zu einem geeigneten Zeitpunkt Geschäftsanteile an der Gesellschaft erwerben zu können. Für diesen Fall wird es eine gesonderte Befassung geben.



Auf den Zeitpunkt der Einbringung der Netze erfolgt zudem eine Bewertung zu den Ertragswerten nach IDW S1 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY GmbH & Co. KG. Auf Ebene der Gesellschafter erfolgt ein Ausgleich, falls und soweit der netzentgeltkalkulatorische Restwert und der Ertragswert sich nicht entsprechen.

Das Geschäftsmodell sieht vor, dass jeder Gesellschafter bzgl. seiner eingebrachten Netze einen Pachtvertrag mit der Netzeigentumsgesellschaft abschließt. Die laufenden Kosten der Gesellschaft werden aus den Erträgen der jeweiligen Pachtverhältnisse finanziert. Über eigenes Personal wird die Gesellschaft nicht verfügen, vielmehr übernimmt die Regionetz dauerhaft die kaufmännische Betriebsführung.

Die Investitionsbedarfe hängen von der Entwicklung der Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende ab. Die Kapitalbeschaffung kann dann entweder über den Kapitalmarkt oder durch ein Gesellschafterdarlehen erfolgen. Mit Regionetz ist vereinbart, dass der Mehrheitsgesellschafter auf Anfrage der Gesellschaft ein Darlehen zur Verfügung stellt. Die Renditeerwartung für die Gesellschaft beträgt lt. NEW rund 7 %.

Mittelfristig werden Synergieeffekte zu Kostensenkungen bzw. Ertragssteigerungen im Konzern der NEW AG führen. Diese werden über die Beteiligungskette auch der KWH zugutekommen. Die Höhe dieser Effekte bei der KWH lässt sich aber derzeit nicht beziffern.

Gemäß § 108 Abs. 5 lit. A GO NRW i. V. m. § 53 Abs. 1 KrO NRW bedarf es hinsichtlich der Gründung der Übach-Palenberg Netz GmbH der vorherigen Zustimmung des Kreistages.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gründung der Übach-Palenberg Netz GmbH gemäß beigefügtem Entwurf des Gesellschaftsvertrages (Anlage) durch die NEW Netz GmbH mit der Regionetz GmbH wird zugestimmt.

   Alternative 1:
   Für den Fall, dass die Anzeigen der an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligten Kommunen vollzählig der Bezirksregierung Düsseldorf vorliegen, und nur auf Seiten der bei der

Regionetz GmbH beteiligten Kommunen diese nicht vollständig vorliegen, darf die NEW Netz GmbH die Übach-Palenberg Netz GmbH als 100%ige Tochter der NEW Netz GmbH allein gründen. Sobald alle Anzeigen der an der Regionetz GmbH beteiligten Kommunen vollständig vorliegen und die Bestätigung der Kommunalaufsicht zur Beteiligung der Regionetz GmbH an der Übach-Palenberg Netz GmbH vorliegt, darf die NEW Netz GmbH zur Umsetzung einer gemeinsamen Gesellschaft der Regionetz GmbH in entsprechenden Umfang Geschäftsanteile an der Übach-Palenberg Netz GmbH veräußern.

Alternative 2:
Für den Fall, dass die Anzeigen der an der Regionetz GmbH (mittelbar) beteiligten Kommunen vollzählig der Bezirksregierung Düsseldorf vorliegen, und nur auf Seiten der an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligten Kommunen diese nicht vollständig vorliegen, wird die Regionetz GmbH die Übach-Palenberg Netz GmbH als 100%ige Tochter allein gründen. Die NEW Netz GmbH darf sich nach Vorliegen aller Anzeigen und der entsprechenden Bestätigung durch die Kommunalaufsicht an der Übach-Palenberg Netz GmbH nach den hier beschriebenen Voraussetzungen beteiligen und entsprechende Geschäftsanteile von der Regionetz GmbH erwerben.

2. Die Vertreter des Kreises in den Gremien der Kreiswerke GmbH und des NEW-Konzerns werden ermächtigt, der Gründung sowie redaktionellen Änderungen des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.

Anlage: Entwurf des Gesellschaftsvertrages

Gesellschaftsvertrag
der
„Übach-Palenberg Netz GmbH“

§ 1
Firma und Sitz der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft führt die Firma:

Übach-Palenberg Netz GmbH

(2) Der Sitz der Gesellschaft ist Übach-Palenberg.

§ 2
Geschäftsjahr und Dauer

(1) Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr und endet zum 31.12. des Gründungsjahres.

(2) Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

§ 3
Gegenstand des Unternehmens

(1) Gegenstand des Unternehmens sind das Halten des Eigentums, der Betrieb, die Instandhaltung/Erhaltung, der Ausbau von Versorgungsnetzen jedweder Art sowie das Verpachten der Versorgungsnetze an Gesellschafter und Dritte.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Die Gesellschaft kann sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, und Zweigniederlassungen errichten.

(3) Die Gesellschaft ist verpflichtet, die für sie geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung, insbesondere die §§ 107

ff., zu beachten. Sie hat im Sinne des § 109 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erreicht wird.

§ 4
Stammkapital, Stammeinlagen

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

Euro **100.000 Euro**
(in Worten: hunderttausend Euro).

(2) An der Gesellschaft sind mit den nachstehenden Stammeinlagen beteiligt:

Regionetz GmbH
mit einer Stammeinlage im Nennbetrag von XX Euro (Geschäftsanteil Nr. 1)

NEW Netz GmbH
mit einer Stammeinlage im Nennbetrag von XX Euro (Geschäftsanteil Nr. 2)

(3) Die Stammeinlagen sind in Geld zu erbringen und in voller Höhe sofort einzuzahlen.

§ 5
Organe der Gesellschaft

(1) Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Geschäftsführung

2. die Gesellschafterversammlung.

(2) Die an der Gesellschaft mittelbar beteiligten Kommunen bedienen sich zur Wahrnehmung ihrer Rechte aus der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen der Organe der Muttergesellschaft(en) in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter, insbesondere der Geschäftsführungen der Muttergesellschaft(en), die ihrerseits der Kontrolle durch den jeweiligen Aufsichtsrat unterliegen.

§ 6
Geschäftsführung

(1) Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern.

Diese werden durch Gesellschafterbeschluss bestellt. Ein Gesellschafter, der mit einer Beteiligungsquote von mehr als 25 % an der Gesellschaft beteiligt ist, ist berechtigt, ein Mitglied der Geschäftsführung zu stellen.

(2) Sind mehrere Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen bestellt, so beschließt die Gesellschafterversammlung eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

(3) Der Geschäftsführung obliegt die Führung der Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, dieses Gesellschaftsvertrages, der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung sowie der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung.

(4) Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen, dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Gesellschafterversammlung vorgenommen werden. Dies gilt insbesondere für die nachstehenden Maßnahmen, soweit diese nicht in dem der Gesellschafterversammlung beschlossenen Wirtschaftsplan nach Gegenstand und Betrag enthalten sind:

a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sonstige Verfügungen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte sowie die Verpflichtung zur Vornahme solcher Rechtsgeschäfte, die im Einzelfall den Betrag von € 25.000,00 übersteigen;

b) Gründung und Errichtung von Unternehmen sowie Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, Beteiligungen, Betrieben und Betriebsteilen, Veräußerung oder Verpachtung des Unternehmens der Gesellschaft oder wesentlicher Teile hiervon,

c) die Einstellung oder wesentliche Einschränkung betriebener Geschäftszweige und die Aufnahme neuer Geschäftszweige;

d) Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die im Einzelfall den Betrag von € 50.000,00 übersteigen;

e) Aufnahme von Krediten und sonstigem Fremdkapital, die den Betrag von € 50.000,00 übersteigen;

f) Übernahme von Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen, Gewährleistungsverträgen, Schuldbeitritten, Patronatserklärungen oder anderen Haftungen für Verbindlichkeiten Dritter, die den Betrag von € 25.000,00 übersteigen;

g) Erteilung und Entzug von Prokuren und Generalvollmachten;

h) Abschluss, Änderung, Anpassung, Kündigung und Rücktritt von Pacht- und Dienstleistungsverträgen oder sonstigen Verträgen mit einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren, die eine jährliche Zahlungspflicht der Gesellschaft von mehr als € 25.000,00 vorsehen;

i) Stimmrechtsausübung bei Beteiligungsgesellschaften, falls der Beschlussgegenstand zu den zustimmungsbedürftigen Maßnahmen im Sinne dieser Bestimmung zählt;

j) Vornahme von Änderungen der Beteiligungsquote und Satzungsänderungen bei Beteiligungsgesellschaften;

k) prozessbeendende Handlungen und Erklärungen sowie die Stundung und der Erlass von Forderungen, sofern der Wert der Maßnahme im Einzelfall € 25.000,00 übersteigt;

l) Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung von Betriebsführungs-, Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen oder sonstigen Unternehmensverträgen;

m) alle sonstigen Maßnahmen, die aufgrund Gesellschafterbeschlusses oder einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung bedürfen.

§ 7
Vertretung der Gesellschaft

(1) Besteht die Geschäftsführung nur aus einem Mitglied, so vertritt dieses die Gesellschaft allein. Sind mehrere Mitglieder bestellt, so vertritt jedes Mitglied die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem anderen Mitglied der Geschäftsführung oder einem Prokuristen/einer Prokuristin.

(2) Durch Gesellschafterbeschluss kann allen oder einzelnen Mitgliedern der Geschäftsführung Einzelvertretungsbefugnis sowie Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden.

§ 8
Einberufung der Gesellschafterversammlung

(1) Die Gesellschafterversammlung ist in den im Gesetz oder Gesellschaftsvertrag bestimmten Fällen sowie dann einzuberufen, wenn das Interesse der Gesellschaft dies erfordert.

(2) Die Einberufung erfolgt durch schriftliche Einladung oder in Textform (z.B. E-Mail) durch die Geschäftsführung, welcher eine Tagesordnung beizufügen ist. Die Einberufungsfrist für eine Gesellschafterversammlung beträgt mindestens zwei Wochen.

(3) Ist die Gesellschafterversammlung nicht ordnungsgemäß einberufen, so können rechtswirksame Beschlüsse gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter vertreten

sind und dem Verfahren der Beschlussfassung zustimmen.

§ 9
Gesellschafterbeschlüsse

(1) Die Gesellschafter beschließen in allen durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag bestimmten Fällen.

(2) Die Gesellschafter haben je € 1,00 ihrer Kapitaleinlage eine Stimme.

(3) Die Gesellschafterversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht zwingende gesetzliche Regelungen dem entgegenstehen oder dieser Gesellschaftsvertrag andere Mehrheitserfordernisse vorsieht. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(4) In folgenden Fällen ist ein einstimmiger Gesellschafterbeschluss erforderlich:

a) Änderung des Gesellschaftsvertrages;

b) Aufnahme von Gesellschaftern;

c) Verschmelzung, Spaltung oder Umwandlung der Rechtsform der Gesellschaft;

d) Einbringung des Vermögens der Gesellschaft oder wesentlicher Teile davon in ein anderes Unternehmen gegen Gewährung von Anteilen;

e) Veräußerung des Unternehmens der Gesellschaft im Ganzen oder wesentlicher Anlagegegenstände, insbesondere Veräußerung von Energienetzen;

f) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

g) Auflösung der Gesellschaft

h) Beschluss des Wirtschaftsplans, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses

i) Abschluss von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 ff AktG

j) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung

k) Beschluss einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung

l) Stimmabgaben in Gremien von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften.

(5) Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Versammlungen – hierzu zu zählen auch

virtuelle oder hybride (Kombination aus Präsenz und virtuell) Versammlungen – gefasst. Beschlüsse der Gesellschafter können auch im schriftlichen Verfahren (auch durch Telefax oder E-Mail) gefasst werden, wenn sich sämtliche Gesellschafter mit einer solchen Beschlussfassung einverstanden erklären oder sich an ihr beteiligen und keine zwingenden gesetzlichen Formvorschriften entgegenstehen.

(6) Außer in Fällen der Entlastung von geschäftsführenden Gesellschaftern, in Fällen der Entscheidung über die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits gegen Gesellschafter und in Fällen des Ausschlusses von Gesellschaftern aus wichtigem Grund sind die Gesellschafter auch in eigenen Angelegenheiten stimmberechtigt.

(7) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel aller Stimmen anwesend bzw. durch Stimmbotschaft vertreten sind; auf Stimmverbote kommt es hierbei nicht an, ruhende Stimmrechte sind jedoch nicht mitzuzählen.

(8) Ist die Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, so ist unverzüglich unter Einhaltung der in § 8 genannten Formalien mit gleichlautender Tagesordnung eine erneute Gesellschafterversammlung einzuberufen, die dann unabhängig von der Anzahl der anwesenden Stimmen beschlussfähig ist. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(9) Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden / der Vorsitzenden zu unterschreiben ist. Die Niederschrift ist den Gesellschaftern zu übermitteln.

§ 10
Verfügung über Geschäftsanteile

(1) Die Übertragung oder Belastung, insbesondere Verpfändung, von Geschäftsanteilen oder von Teilen der Geschäftsanteile ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Gesellschafterversammlung zulässig. Von der Verfügungsbeschränkung ausgenommen ist die Übertragung auf ein verbundenes Unternehmen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn Geschäftsanteile oder Teile von Geschäftsanteilen aufgrund des vorrangigen Vorerwerbsrechts an einen vorerwerbsberechtigten Gesellschafter verkauft werden.

(2) Der Abschluss einer Stimmrechtsbindungsvereinbarung oder einer atypisch stillen Unterbeteiligung bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Eine Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf es nicht, wenn die vor genannten Vereinbarungen mit einem verbundenen Unternehmen abgeschlossen werden.

§ 11
Vorerwerbsrechte

(1) Beabsichtigt ein Gesellschafter einen Geschäftsanteil zu verkaufen, steht dem anderen Gesellschafter vorrangig ein Vorerwerbsrecht zu. Vorstehendes gilt nicht im Falle einer Übertragung von Geschäftsanteilen an verbundene Unternehmen. Der veräußerungswillige Gesellschafter hat die Verkaufsabsicht unverzüglich dem vorerwerbsberechtigten Gesellschafter unter Nennung eines konkreten Kaufpreises, welcher gem. Abs. 2 ermittelt wird, für den zu verkaufenden Geschäftsanteil schriftlich mitzuteilen. Das Vorerwerbsrecht kann nur bis zum Ablauf von zwölf Monaten seit Empfang der Mitteilung und durch schriftliche Erklärung gegenüber dem veräußerungswilligen Gesellschafter ausgeübt werden.

(2) Bei Abschluss eines Kaufvertrages mit dem vorerwerbsberechtigten Gesellschafter bestimmt sich der Kaufpreis nach dem Ertragswert zum Zeitpunkt der Veräußerung des Anteils anhand der vom Institut für Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Standards, z.B. nach IDW S 1. Soweit sich die Parteien nicht auf einem Ertragswert einigen können, wird der Ertragswert von einem Wirtschaftsprüfer nach den „Grundsätzen zur Durchführung von Unternehmensbewertungen" entsprechend den jeweils gültigen Standards des Fachausschusses für Unternehmensbewertung und Betriebswirtschaft (FAUB) des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. ermittelt. Mangels einer Einigung auf einen Wirtschaftsprüfer wird dieser auf Antrag einer der Parteien von der Wirtschaftsprüferkammer bestellt. Darüber, wer die Kosten des Wirtschaftsprüfers zu tragen hat, entscheidet dieser in entsprechender Anwendung der §§ 91 ff. ZPO.

(3) Lehnt der vorerwerbsberechtigte Gesellschafter den Ankauf des Geschäftsanteils ab, kann der andere veräußerungswillige Gesellschafter den Geschäftsanteil einem Dritten zum Kauf anbieten.

§ 12
Jahresabschluss, Wirtschaftsplan

(1) Die Geschäftsführung hat innerhalb der ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres entsprechend den gesetzlichen Vorschriften einen Jahresabschluss aufzustellen und dem Abschlussprüfer / der Abschlussprüferin zur Prüfung vorzulegen.

(2) Die Geschäftsführung erstellt jährlich unter Beachtung der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes vor Beginn eines Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan, der aus Bilanz-, Ergebnis-, Instandhaltungs-, Investitions- und Finanzplanung sowie Personalplanung besteht, und legt diesen den Gesellschaftern zur Beratung und Beschlussfassung vor. Gemeinsam mit dem jährlichen Wirtschaftsplan gibt die Geschäftsführung den Gesellschaftern eine Mittelfristplanung für die anstehenden fünf Geschäftsjahre zur Kenntnis.

§ 13
Einziehung von Geschäftsanteilen

(1) Die Geschäftsanteile können mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit eingezogen werden.

(2) Ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters können Geschäftsanteile eingezogen werden, wenn:

1. über das Vermögen eines Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens abgelehnt wird;

2. der Geschäftsanteil des Gesellschafters gepfändet wird;

(3) Die Gesellschafter können statt der Einziehung beschließen, dass der betroffene Gesellschafter seinen Geschäftsanteil an einen anderen Gesellschafter abtritt oder an ein des von der Einziehung betroffenen Gesellschafters verbundenen Unternehmens veräußert.

(4) Die Einziehung bedarf eines mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen zu fassenden Gesellschafterbeschlusses, bei dem der betroffene Gesellschafter nicht stimmberechtigt ist. Er hat jedoch Anspruch auf rechtliches Gehör.

(5) Die Abfindung für den eingezogenen oder gemäß Abs. 3 abgetretenen Geschäftsanteil bemisst sich nach § 16 dieses Gesellschaftsvertrages.

§ 14
Ausschluss

(1) Die Gesellschafterversammlung kann den Ausschluss eines Gesellschafters ohne dessen Zustimmung beschließen, wenn über das Vermögen des betroffenen Gesellschafters das Insolvenzverfahrens eröffnet oder die Zwangsvollstreckung in seinen Geschäftsanteil betrieben und diese Maßnahme nicht innerhalb eines Monats, nachdem sie getroffen wurde, wieder aufgehoben wird.

(2) Die Gesellschafterversammlung kann den Ausschluss eines Gesellschafters ohne dessen Zustimmung beschließen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn

a. der Gesellschafter ihm zustehende Gesellschafterrechte willkürlich in gesellschaftsschädigender Weise missbraucht,
b. der Gesellschafter wiederholt oder in schwerwiegender Weise gegen die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags verstößt,
c. der Gesellschafter ohne Erlaubnis oder Rechtfertigung Gelder oder andere Vermögenswerte der Gesellschaft entnimmt,
d. der Gesellschafter Gesellschaftsvermögen unterschlägt,

e. der Gesellschafter einen schwerwiegenden Verstoß gegen seine Treuepflicht begeht,
f. der Gesellschafter ständig streitige Meinungsverschiedenheiten verursacht, die den Betrieb der Gesellschaft stören oder behindern oder
g. das Verhalten eines Gesellschafters die Gesellschaft schädigt.

(3) Der Beschluss über den Ausschluss bedarf einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen. Der betroffene Gesellschafter hat kein Stimmrecht. Der Ausschluss wird mit Zustellung des Ausschlussbeschlusses an den betroffenen Gesellschafter unabhängig vom Zeitpunkt der Leistung der Abfindung wirksam.

(4) Der ausgeschlossene Gesellschafter hat nach Wahl der Gesellschaft die Einziehung seines Geschäftsanteils zu dulden oder seine Anteile ganz oder zum Teil an die Gesellschaft unter Beachtung des § 33 Abs. 1 und Abs. 2 GmbHG, an einen Gesellschafter oder an ein verbundenes Unternehmen zu veräußern oder abzutreten. Die Geschäftsführung wird unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB unwiderruflich bevollmächtigt und ermächtigt, den ausgeschlossenen Gesellschafter bei der Abtretung zu vertreten.

(5) Die Höhe der Abfindung bzw. Gegenleistung im Falle der Abtretung und die Zahlungsweise bestimmt sich nach § 16 dieser Satzung.

§ 15
Kündigung

(1) Jeder Gesellschafter kann seine Beteiligung an der Gesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres ordentlich kündigen, frühestens jedoch zum 31.12.2035. Die Kündigung aus wichtigem Grund ist jederzeit zulässig.

(2) Die Kündigung erfolgt mit eingeschriebenem Brief. Sie ist an die Gesellschaft und an alle Gesellschafter zu richten. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit der Kündigung ist der Zugang bei der Gesellschaft.

(3) Die Kündigung hat nicht die Auflösung der Gesellschaft, sondern nur das Ausscheiden des kündigenden Gesellschafters zur Folge.

(4) Der ausscheidende Gesellschafter ist verpflichtet, nach Wahl der verbleibenden Gesellschafter seinen Geschäftsanteil – ganz oder teilweise – an einen oder mehrere zu benennende Gesellschafter oder an einen zu benennenden Dritten oder unter Beachtung der Bestimmungen des § 33 GmbHG an die Gesellschaft selbst abzutreten oder die Einziehung des Anteils zu dulden. Für die Einziehung gelten die Bestimmungen in § 13 dieser Satzung. Wird bis zum Ablauf der Kündigungsfrist dem ausscheidenden Gesellschafter niemand benannt, an den er seinen Geschäftsanteil abzutreten hat, oder die Einziehung des Anteils nicht beschlossen, ist die Gesellschaft aufzulösen.

(5) Der ausscheidende Gesellschafter erhält eine Abfindung. Die Höhe der Abfindung und die

Zahlungsweise sind in § 16 dieser Satzung geregelt.

§ 16
Abfindung

(1) Scheidet ein Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, so erhält er ein Abfindungsguthaben in Höhe eines seiner Beteiligung entsprechenden Anteils am Unternehmenswert, welcher nach den vom Institut für Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Standards, z.B. nach IDW S 1, ermittelt wird. Der Ertragswert ist zum letzten 31.12. zu bestimmen, der dem Termin des Ausscheidens vorangeht, es sei denn, der Termin des Ausscheidens fällt auf einen 31.12., dann ist dieser Termin der maßgebliche Bewertungsstichtag. Die Kosten der Bewertung trägt der ausscheidende Gesellschafter im Verhältnis seiner Beteiligung, im Übrigen die Gesellschaft.

(2) Kann eine Einigung über den Ertragswert nicht erreicht werden, wird dieser von einem Wirtschaftsprüfer als Schiedsgutachter festgestellt. § 11 Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) Untergrenze der Abfindung ist der Buchwert des Geschäftsanteils, bei dessen Ermittlung die Handelsbilanz zugrunde zu legen ist. Für die Ermittlung des Buchwerts ist der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr maßgeblich, in dem der Gesellschafter ausscheidet. Buchwert des Anteils im Sinne dieser Regelung ist der Nennwert des Geschäftsanteils, gemindert um noch nicht geleistete Einlagen, zuzüglich des Anteils an offenen Rücklagen und Gewinnvortrag, abzüglich eventueller Verlustvorträge. Am Ergebnis schwebender Geschäfte, die nach steuerlichen Vorschriften nicht bilanzierungspflichtig sind, nimmt der ausscheidende Gesellschafter nicht teil. Nicht berücksichtigt werden stille Reserven, Firmenwert und Goodwill. Auf dieser Grundlage ist der Buchwert für den Tag des Ausscheidens zu ermitteln. Sollte der Verkehrswert niedriger sein, so stellt dieser die Untergrenze der Abfindung dar.

(4) Ergebnisse späterer steuerlicher Außenprüfungen haben auf die Höhe der Abfindung keinen Einfluss.

(5) Das Abfindungsguthaben ist in vier gleichen Jahresraten, von denen die erste drei Monate nach dem Ausscheidenstermin fällig wird, zu zahlen. Steht zu diesem Zeitpunkt die Höhe der Abfindung noch nicht fest, so ist eine von der Gesellschaft zu bestimmende angemessene Abschlagszahlung zu leisten. Die Abfindung ist ab dem Tag des Ausscheidens mit 2 % p.a. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB oder einem an dessen Stelle tretenden Zinssatz zu verzinsen. Die angelaufenen Zinsen sind mit jeder Rate zu bezahlen. Die Gesellschaft ist zur vorzeitigen Tilgung berechtigt. Die Gesellschaft ist auch befugt, angemessene, weitere Stundung der Raten zu verlangen, wenn durch die Auszahlung der Raten der Bestand der Gesellschaft gefährdet würde. Eine Sicherheitsleistung kann nicht verlangt werden. Falls, soweit und solange Abfindungszahlungen gegen § 30 GmbHG (Erhaltung des Stammkapitals) verstoßen würden, gelten Zahlungen auf dem Hauptbetrag als zu dem nach Absatz 4 vereinbarten Zinssatz verzinslich gestundet, ausstehende

Zinszahlungen als unverzinslich gestundet.

§ 17
Gemeindewirtschaftsrechtliche Verpflichtungen

(1) Das Unternehmen ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird.

(2) Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsführung in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres für das vorangegangene Geschäftsjahr in der Weise aufzustellen, dass sämtliche kommunalrechtlichen Anforderungen, insbesondere auch die des § 108 Abs. 2 GO NRW und des Energiewirtschaftsgesetzes erfüllt werden.

(3) Das Unternehmen lässt im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen.

(4) Das Unternehmen beauftragt den Abschlussprüfer, in seinem Bericht auch darzustellen

a) die Entwicklung der Vermögenslage und der Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögenslage und Ertragslage von Bedeutung waren,
c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages.

(5) Den an der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligten Kommunen sowie den für die überörtliche Prüfung zuständigen Prüfungsbehörden sind die in § 54 des Haushaltsgrundgesetzes vorgesehenen Prüfungsbefugnisse eingeräumt.

(6) Die Gesellschafter vereinbaren gemäß § 2 Absatz 3 Satz 2 des Landesgleichstellungsgesetzes NW (LGG NW) in der zum Zeitpunkt der notariellen Beurkundung dieses Gesellschaftsvertrages geltenden Fassung, dass für die Personalentwicklung und -förderung der Gesellschaft die Ziele des LGG NW berücksichtigt werden.

§ 18
Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 19
Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt den Gründungsaufwand bis zu einem Gesamtbetrag von 5.000,00 Euro.

§20
Schlussbestimmungen

Sollten Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftig in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Das gleiche gilt, falls sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Regelungslücke soll dann eine angemessene Regelung gelten, die dem am nächsten kommt, was die Gesellschafter gewollt hätten, wenn sie die Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder Lückenhaftigkeit gekannt hätten.

ERKELENZ

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/671/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 26.08.2024 Verfasser: Amt 20 André Keutmann

Beteiligung der NEW AG über die ENNI an der Bad Laaspher-Energie GmbH

hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Bad Laaspher-Energie GmbH

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Durch die Einbindung der Kreiswerke Heinsberg GmbH (KWH) in das NEW Holding-Modell zum 01.01.2015 sind die Gesellschafter der KWH (Kreis Heinsberg, kreisangehörige Kommunen des Kreises Heinsberg und die Gemeinde Niederkrüchten aus dem Kreis Viersen) an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Die KWH ist nach Beitritt der Stadtentwicklungsgesellschaft Grevenbroich GmbH zu 15,57 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Diese Holding wiederum hält 57,5 % an der NEW AG.

Somit ergeben sich für die KWH-Gesellschafter die folgenden prozentualen mittelbaren Beteiligungen an der NEW AG:

Kreis Heinsberg	rd. 4,50 %
Stadt Geilenkirchen	rd. 0,83 %
Stadt Übach-Palenberg	rd. 0,76 %
Stadt Hückelhoven	rd. 0,69 %
Stadt Wassenberg	rd. 0,45 %
Stadt Heinsberg	rd. 0,38 %
Stadt Erkelenz	rd. 0,37 %
Gemeinde Gangelt	rd. 0,32 %
Gemeinde Selfkant	rd. 0,27 %
Gemeinde Waldfeucht	rd. 0,27 %
Stadt Wegberg	rd. 0,09 %
Gemeinde Niederkrüchten	rd. 0,02 %
zusammen	rd. 8,95 %

Trotz dieser eher geringfügigen Beteiligungen der einzelnen Gesellschafter ergeben sich hieraus weitere Konsequenzen, u.a. bei der Beteiligung an einer anderen Gesellschaft.

Nach den kommunalrechtlichen Vorschriften bedarf es hierzu entsprechender Beschlüsse der Räte bzw. des Kreistages, wie aus § 41 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 26 der Kreisordnung NRW (KrO NRW) folgt.

Die Gründe, die zur „Beteiligung der NEW AG über die ENNI an der Bad Laaspher-Energie GmbH hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Bad Laaspher-Energie GmbH“ führen, können der beigefügten Sitzungsvorlage des Kreises Heinsberg für die Sitzung des Kreistages am 24.09.2024 entnommen werden. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird daher auf die als Anlage beigefügte Sitzungsvorlage verwiesen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):

„1. Der Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Bad Laaspher-Energie GmbH entsprechend der beigefügten Anlage A wird zugestimmt.

2. Die Vertreter der Stadt Erkelenz in der Kreiswerke Heinsberg GmbH und in der NEW Kommunalholding GmbH werden ermächtigt, die Änderungen bei der nächsten Gesellschafterversammlung zu beschließen.“

Klima-Check:

Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Der Beschlussentwurf hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz oder Klimafolgenanpassungen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Anlage A – Sitzungsvorlage der Kreisverwaltung Heinsberg
Anlage B – Änderung des Gesellschaftsvertrags der Bad Laaspher-Energie GmbH
Anlage C – Synopse der Änderung des Gesellschaftsvertrags der Bad Laaspher-Energie GmbH

Sitzung: öffentlich **ANLAGE A**

Beteiligung der NEW AG über die ENNI an der Bad Laaspher-Energie GmbH
hier: Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Bad Laaspher-Energie GmbH

Beratungsfolge:	
11.09.2024	Kreisausschuss
24.09.2024	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich): **nein**
Teilplan: 1502 - Anteile an Unternehmen
Umlageart: Allgemeine Kreisumlage

Teilergebnisplan	2024	2025	2026	2027
Erträge				
Aufwendungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Teilfinanzplan B (inv.)	2024	2025	2026	2027
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	01.

Inklusionsrelevanz:	nein

Durch die Einbindung der Kreiswerke Heinsberg GmbH (KWH) in das NEW Holding-Modell zum 01.01.2015 sind die Gesellschafter der KWH (Kreis Heinsberg, kreisangehörige Kommunen des Kreises Heinsberg und die Gemeinde Niederkrüchten aus dem Kreis Viersen) an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Die KWH ist nach Beitritt der Stadtentwicklungsgesellschaft Grevenbroich GmbH zu 15,57 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Diese Holding wiederum hält 57,5 % an der NEW AG. Somit ergeben sich für die KWH-Gesellschafter die folgenden prozentualen mittelbaren Beteiligungen an der NEW AG:

Kreis Heinsberg	rd. 4,50 %
Stadt Geilenkirchen	rd. 0,83 %
Stadt Übach-Palenberg	rd. 0,76 %
Stadt Hückelhoven	rd. 0,69 %
Stadt Wassenberg	rd. 0,45 %
Stadt Heinsberg	rd. 0,38 %
Stadt Erkelenz	rd. 0,37 %
Gemeinde Gangelt	rd. 0,32 %
Gemeinde Selfkant	rd. 0,27 %
Gemeinde Waldfeucht	rd. 0,27 %
Stadt Wegberg	rd. 0,09 %
Gemeinde Niederkrüchten	rd. 0,02 %
zusammen	rd. 8,95 %.

Trotz dieser eher geringfügigen Beteiligungen der einzelnen Gesellschafter ergeben sich hieraus weitere Konsequenzen. Nach den kommunalrechtlichen Vorschriften bedarf es hierzu entsprechender Beschlüsse der Räte bzw. des Kreistages, wie aus § 41 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 26 der Kreisordnung NRW (KrO NRW) folgt.

Begründung:

Die NEW AG ist mit 18,1 % an der ENNI Energie und Umwelt Niederrhein GmbH (ENNI) beteiligt. Die ENNI ist mit 15 % an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (FN) und diese mit 49% an der Bad Laasphe Energie GmbH (BL-E) beteiligt. Die restlichen 51 % der Anteile hält die Stadt Bad Laasphe. Über die vorgenannte Beteiligungskette ist der Anteil der Beteiligung der Gesellschafter der KWH an der Bad Laasphe-Energie GmbH verschwindend gering.

Im Zuge der Umsetzung des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen soll neben der Anpassung des § 15 des Gesellschaftsvertrages der BL-E zu Jahresabschluss, Lagebericht außerdem eine Anpassung der Regelung zur Aufsichtsratsbesetzung (§ 9 Aufsichtsrat) vorgenommen werden.

Hierdurch soll im Sinne von § 113 GO NRW Abs. 2 GO NRW sichergestellt werden, dass die/der Bürgermeister/in der Stadt Dinslaken auch künftig Mitglied im Aufsichtsrat der BL-E ist. Infolge einer kürzlichen Änderung des Gesellschaftsvertrages der FN, wonach künftig bei FN eine Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden erfolgt, ist die/der Bürgermeister/in der Stadt Dinslaken nicht mehr automatisch als Aufsichtsratsvorsitzende(r) der FN Mitglied im Aufsichtsrat der BL-E. Zudem soll in diesem Zusammenhang eine Vertretungsregelung für die Bürgermeister/innen geschaffen werden.

Weiter soll die Änderung des Gesellschaftsvertrags dazu genutzt werden, die Möglichkeit der Durchführung von virtuellen Gremiensitzungen und zur Einberufung von Gremiensitzungen in Textform - zur weiteren Vereinheitlichung der Regelungen bei den Beteiligungen der Stadtwerke Dinslaken GmbH - auch im Gesellschaftsvertrag der BL-E zu verankern bzw. die Regelungen für Beschlussfassungen außerhalb von Sitzungen zu konkretisieren. Gleiches gilt für eine Anpassung der Einberufungsfrist für Gremiensitzungen auf 10 Tage. Hierzu werden § 9 Abs. 6 bis 8 (zum Aufsichtsrat), § 11 Abs. 1, 3 und 5 sowie § 13 (zur Gesellschafterversammlung) des Gesellschaftsvertrages ergänzt.

Zu den Einzelheiten der beabsichtigten Gesellschaftsvertragsänderungen wird auf die in der Anlage 2 beigefügte Synopse verwiesen. Daneben sollen, sofern erforderlich, redaktionelle Anpassungen (z.B. zur Einführung einer gendergerechten Sprache) ermöglicht werden.

In Anlage 1 ist die zu beschließende Fassung ersichtlich.

Über Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages der BL-E entscheidet gemäß § 12 Abs. 1 q) des Gesellschaftsvertrages die Gesellschafterversammlung.

Gemäß § 108 Abs. 5 lit b GO NRW i. V. m. § 53 Abs. 1 KrO bedarf es hinsichtlich der Anpassung des Gesellschaftsvertrags der vorherigen Zustimmung des Kreistages. Die Entscheidung des Kreistages steht unter dem Vorbehalt, dass das Anzeigeverfahren gemäß § 115 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 53 Abs. 1 KrO NRW bei der Aufsichtsbehörde ohne Beanstandungen abgeschlossen wird.

Beschlussvorschlag:

1) Der Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Bad Laaspher-Energie GmbH entsprechend der beigefügten Anlage 1 wird zugestimmt.

2) Die Vertreter des Kreises Heinsberg in der Kreiswerke Heinsberg GmbH und in der NEW Kommunalholding GmbH werden ermächtigt, die Änderungen bei der nächsten Gesellschafterversammlung zu beschließen.

Anlagen: Anlage 1: Entwurf des Gesellschaftsvertrages
Anlage 2: Synopse des Gesellschaftsvertrages

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Bad Laaspher-Energie GmbH

§ 9
Aufsichtsrat

(1) Der Aufsichtsrat hat 10 Mitglieder. Mitglieder sind die/der jeweilige Vorsitzende desAufsichtsrates der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH und die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister der Stadt Bad Laasphe. Jeder Gesellschafter hat das Recht, paritätisch weitere vier Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Zu den von der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH zu entsendenden Mitgliedern muss die Bürgermeisterin / der Bürgermeister der Stadt Dinslaken oder die/der von ihr/ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Für den Fall der Verhinderung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Bad Laasphe bzw. des Aufsichtsratsmitgliedes nach Satz 4 in einer Aufsichtsratssitzung können die Räte der beteiligten Kommunen auf Vorschlag der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der jeweiligen Kommune ein stellvertretendes Mitglied bestellen. Die Vertreter der beteiligen Gemeinden im Aufsichtsrat haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 6 bis 8 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

…

Absätze 2 bis 5 bleiben unverändert.

(6) Die Einberufung erfolgt durch die Vorsitzende / den Vorsitzenden, wenn sie/er es für notwendig erachtet oder wenn die Geschäftsführung oder ein Gesellschafter es verlangen. Sie hat schriftlich oder in Textform (z.B. per E-Mail) mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung der Tagesordnung. Die Frist kann verkürzt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.

(7) Die Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich aus dem Gesetz oder dieses Gesellschaftsvertrages nichts anderes ergibt, und in der Regel in Sitzungen gefasst.

Neben Präsenzsitzungen sind auch virtuelle Sitzungen per Telefon- oder Videokonferenz oder eine Kombination von Präsenz- oder virtueller Sitzung zulässig. Die virtuelle Sitzungsteilnahme ist der Teilnahme an einer Präsenzsitzung gleichgestellt. Aufsichtsratsmitglieder können daneben an der Beschlussfassung teilnehmen, indem sie ihre Stimme der/dem Vorsitzenden im Vorfeld der Sitzung durch Stimmabgabe in Schrift- oder Textform zukommen lassen.

Die Beschlüsse können bei eiligen oder einfachen Angelegenheiten schriftlich, in Textform (z.B. per E-Mail), elektronisch oder telefonisch eingeholt werden, wenn kein Mitglied widerspricht. Dabei ist für den Eingang der Stimmen eine Frist festzulegen.

(8) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und mindestens die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder anwesend sind. Als anwesend gilt, wer der Sitzung telefonisch oder per Videoübertragung zugeschaltet ist. Zur Bestimmung der für die Beschlussfähigkeit relevanten Zahl von Aufsichtsmitgliedern werden auch diejenigen mitgezählt, die sich an einer Beschlussfassung beteiligen, indem sie der/dem Vorsitzenden der Aufsichtsratssitzung im Vorfeld der Sitzung in Schrift- oder Textform ihre Stimmabgabe zukommen lassen.

Bei Beschlussfassungen außerhalb einer Sitzung ist Beschussfähigkeit gegeben, wenn sämtliche Aufsichtsratsmitglieder in Textform (z.B. per E-Mail) zur Stimmabgabe aufgefordert wurden und kein Aufsichtsratsmitglied der Beschlussfassung widerspricht.

…
Absätze 9 bis 14 bleiben unverändert.

§ 11
Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz

Die Gesellschafter fassen ihre Beschlüsse in der Regel in Gesellschafterversammlungen. Hierzu zählen neben Präsenzsitzungen auch virtuelle Sitzungen, zu denen die Gesellschafter in Form einer Telefon- oder Vi-

deokonferenz zusammenkommen; eine Kombination von Präsenz- und virtueller Sitzung ist ebenfalls möglich. Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Absatz 2 bleibt unverändert.

(3) Die Gesellschafterversammlung wird schriftlich oder in Textform (z. B. per E-Mail) unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. § 9 Abs. 6 S. 3 und 4 gilt entsprechend.

Absatz 4 bleibt unverändert.

(5) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals physisch oder virtuell vertreten sind. Abwesende Gesellschafter können an der Beschlussfassung teilnehmen, indem sie eine schriftliche Stimmabgabe überreichen lassen oder per E-Mail übersenden. Bei Stimmabgaben gemäß vorstehendem Satz 2 gelten abwesende Gesellschafter als vertreten im Sinne von Satz 1. Ist eine Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine neue Versammlung einzuberufen, welche ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist. Für die Vertreter der beteiligen Gemeinden in der Gesellschafterversammlung finden die Sätze 7-10 des § 9 Abs. 1 entsprechende Anwendung.

Absätze 6 und 7 bleiben unverändert.

§ 13
Schriftliche Beschlussfassung der Gesellschafter

Beschlüsse der Gesellschafter, die nicht einer notariellen Beurkundung bedürfen, können statt in einer Gesellschafterversammlung auch durch schriftliche, telefonische oder elektronische Stimmabgabe oder durch Stimmabgabe in Textform (z.B. per E-Mail) gefasst werden, wenn sich alle Gesellschafter mit der zu treffenden Beschlussfassung einverstanden erklären. Eine widerspruchslose Beteiligung an der Beschlussfassung gilt als Zustimmung.

§ 15
Jahresabschluss, Lagebericht

(1) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, ggf. Anhang) und ggf. Lagebericht sind von der Geschäftsführung nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufzustellen und ggf. dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Ein etwaiger Auftrag an den Abschlussprüfer ist auch auf die Aufgaben nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu erstrecken. § 286 Abs. 4 HGB ist nicht anzuwenden.

(2) Unverzüglich nach der Aufstellung bzw. unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes legt die Geschäftsführung den Jahresabschluss sowie ggf. den Lagebericht und den Prüfungsbericht zusammen mit ihrem Vorschlag über die Verwendung des Ergebnisses dem Aufsichtsrat zur Überprüfung und den Gesellschaftern zur Feststellung des Jahresabschlusses vor.

(3) Die Gesellschafter haben spätestens innerhalb der ersten acht Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Ergebnisverwendung zu beschließen.

(4) Den mittelbar beteiligten Kommunen ist der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Eingang zu übersenden.

Änderung des Gesellschaftsvertrags der Bad Laaspher-Energie GmbH

Stand: 02.05.2016	**Entwurf Neufassung**
§ 9 Aufsichtsrat	**§ 9 Aufsichtsrat**
(1) Der Aufsichtsrat hat 10 Mitglieder. Mitglieder sind der jeweilige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH und der Bürgermeister der Stadt Bad Laasphe. Jeder Gesellschafter hat das Recht, paritätisch weitere vier Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Vertreter der beteiligen Gemeinden im Aufsichtsrat haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 3 bis 5 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.	(1) Der Aufsichtsrat hat 10 Mitglieder. Mitglieder sind die/der jeweilige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH und die Bürgermeisterin / der Bürgermeister der Stadt Bad Laasphe. Jeder Gesellschafter hat das Recht, paritätisch weitere vier Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Zu den von der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH zu entsendenden Mitgliedern muss die Bürgermeisterin / der Bürgermeister der Stadt Dinslaken oder die/der von ihr/ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Für den Fall der Verhinderung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Bad Laasphe bzw. des Aufsichtsratsmitgliedes nach Satz 4 in einer Aufsichtsratssitzung können die Räte der beteiligten Kommunen auf Vorschlag der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der jeweiligen Kommune ein stellvertretendes Mitglied bestellen. Die Vertreter der beteiligen Gemeinden im Aufsichtsrat haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 6 bis 8 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.
Die Absätze 2 bis 5 bleiben unverändert.	
(1) Die Einberufung erfolgt durch den Vorsitzenden, wenn er es für notwendig erachtet oder wenn die Geschäftsführung oder ein Gesellschafter es verlangen. Sie hat schriftlich mit einer	(6) Die Einberufung erfolgt durch die Vorsitzende / den Vorsitzenden, wenn sie/er es für notwendig erachtet oder wenn die Geschäftsführung oder ein Gesellschafter es verlangen.

	Frist von zwei Wochen zu erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung der Tagesordnung. Die Frist kann verkürzt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.		Sie hat schriftlich oder in Textform (z.B. per E-Mail) mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung der Tagesordnung. Die Frist kann verkürzt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.
(7)	Die Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich aus dem Gesetz oder dieses Gesellschaftsvertrages nichts anderes ergibt, in der Versammlung gefasst. Die Beschlüsse können bei eiligen oder einfachen Angelegenheiten schriftlich, elektronisch oder telefonisch eingeholt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.Dabei ist für den Eingang der Stimmen eine Frist festzulegen.	(7)	Die Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich aus dem Gesetz oder dieses Gesellschaftsvertrages nichts anderes ergibt, und in der Regel in Sitzungen gefasst. Neben Präsenzsitzungen sind auch virtuelle Sitzungen per Telefon- oder Videokonferenz oder eine Kombination von Präsenz- oder virtueller Sitzung zulässig. Die virtuelle Sitzungsteilnahme ist der Teilnahme an einer Präsenzsitzung gleichgestellt. Aufsichtsratsmitglieder können daneben an der Beschlussfassung teilnehmen, indem sie ihre Stimme der/dem Vorsitzenden im Vorfeld der Sitzung durch Stimmabgabe in Schrift- oder Textform zukommen lassen. Die Beschlüsse können bei eiligen oder einfachen Angelegenheiten schriftlich, in Textform (z.B. per E-Mail), elektronisch oder telefonisch eingeholt werden, wenn kein Mitglied widerspricht. Dabei ist für den Eingang der Stimmen eine Frist festzulegen.
(8)	Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und mindestens die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder anwesend sind.	(8)	Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und mindestens die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder anwesend sind. Als anwesend gilt, wer der Sitzung telefonisch oder per Videoübertragung zugeschaltet ist. Zur Bestimmung der für die Beschlussfähigkeit relevanten Zahl von Aufsichtsmitgliedern werden auch diejenigen mitgezählt, die sich an einer Beschlussfassung beteiligen, indem sie der/dem Vorsitzenden der Aufsichtsratssitzung im

	Vorfeld der Sitzung in Schrift- oder Textform ihre Stimmabgabe zukommen lassen. Bei Beschlussfassungen außerhalb einer Sitzung ist Beschussfähigkeit gegeben, wenn sämtliche Aufsichtsratsmitglieder in Textform (z.B. per E-Mail) zur Stimmabgabe aufgefordert wurden und kein Aufsichtsratsmitglied der Beschlussfassung widerspricht.
Die Absätze 9 bis 14 bleiben unverändert.	
§ 11 Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz	**§ 11 Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz**
(1) Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.	(1) Die Gesellschafter fassen ihre Beschlüsse in der Regel in Gesellschafterversammlungen. Hierzu zählen neben Präsenzsitzungen auch virtuelle Sitzungen, zu denen die Gesellschafter in Form einer Telefon- oder Videokonferenz zusammenkommen; eine Kombination von Präsenz- und virtueller Sitzung ist ebenfalls möglich. Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.
Absatz 2 bleibt unverändert.	
(3) Die Gesellschafterversammlung wird schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen einberufen.	(3) Die Gesellschafterversammlung wird schriftlich oder in Textform (z. B. per E-Mail) unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. § 9 Abs. 6 S. 3 und 4 gilt entsprechend.
Absatz 4 bleibt unverändert.	
(5) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals vertreten sind. Ist dies	(5) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals physisch oder virtuell

nicht der Fall, so ist eine neue Versammlung einzuberufen, welche ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist. Für die Vertreter der beteiligen Gemeinden in der Gesellschafterversammlung finden die Sätze 3-6 des § 9 Abs. 1 entsprechende Anwendung.	vertreten sind. Abwesende Gesellschafter können an der Beschlussfassung teilnehmen, indem sie eine schriftliche Stimmabgabe überreichen lassen oder per E-Mail übersenden. Bei Stimmabgaben gemäß vorstehendem Satz 2 gelten abwesende Gesellschafter als vertreten im Sinne von Satz 1. Ist eine Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine neue Versammlung einzuberufen, welche ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist. Für die Vertreter der beteiligen Gemeinden in der Gesellschafterversammlung finden die Sätze 7-10 des § 9 Abs. 1 entsprechende Anwendung.
Absätze 6 und 7 bleiben unverändert.	
§ 13 Schriftliche Beschlussfassung der Gesellschafter	**§ 13 Schriftliche Beschlussfassung der Gesellschafter**
Beschlüsse der Gesellschafter, die nicht einer notariellen Beurkundung bedürfen, können statt in einer Gesellschafterversammlung auch durch schriftliche, telefonische oder elektronische Stimmabgabe gefasst werden, wenn sich alle Gesellschafter mit der zu treffenden Beschlussfassung einverstanden erklären. Eine widerspruchslose Beteiligung an der Beschlussfassung gilt als Zustimmung.	Beschlüsse der Gesellschafter, die nicht einer notariellen Beurkundung bedürfen, können statt in einer Gesellschafterversammlung auch durch schriftliche, telefonische oder elektronische Stimmabgabe oder durch Stimmabgabe in Textform (z.B. per E-Mail) gefasst werden, wenn sich alle Gesellschafter mit der zu treffenden Beschlussfassung einverstanden erklären. Eine widerspruchslose Beteiligung an der Beschlussfassung gilt als Zustimmung.
§ 15 Jahresabschluss, Lagebericht	**§ 15 Jahresabschluss, Lagebericht**
(1) Die Geschäftsführer haben innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres den Jahresabschluss sowie den Lagebericht aufzustellen. (2) Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften	(1) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, ggf. Anhang) und ggf. Lagebericht sind von der Geschäftsführung nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufzustellen und ggf. dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Ein etwaiger Auftrag an den Abschlussprüfer ist auch auf die Aufgaben nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und

aufzustellen und zu prüfen. Die den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates gewährten Gesamtbezüge sind nach Maßgabe der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) individualisiert im Anhang auszuweisen. Im Lagebericht ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung nach Maßgabe der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) Stellung zu nehmen.	2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu erstrecken. § 286 Abs. 4 HGB ist nicht anzuwenden.
(3) Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind dem Abschlussprüfer vorzulegen. Bei der Prüfung sind die Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) anzuwenden. Die Gesellschafter sind befugt, darüber hinaus Richtlinien für die Prüfung festzusetzen.	(2) Unverzüglich nach der Aufstellung bzw. unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes legt die Geschäftsführung den Jahresabschluss sowie ggf. den Lagebericht und den Prüfungsbericht zusammen mit ihrem Vorschlag über die Verwendung des Ergebnisses dem Aufsichtsrat zur Überprüfung und den Gesellschaftern zur Feststellung des Jahresabschlusses vor.
(4) Unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes haben die Geschäftsführer den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht den Gesellschaftern sowie den jeweils mittelbar beteiligten Kommunen vorzulegen.	(3) Die Gesellschafter haben spätestens innerhalb der ersten acht Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Ergebnisverwendung zu beschließen.
(5) Die Gesellschafter haben spätestens innerhalb der ersten acht Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Ergebnisverwendung zu beschließen.	(4) Den mittelbar beteiligten Kommunen ist der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Eingang zu übersenden.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/672/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 06.09.2024 Verfasser: Amt 20 Kämmerer Norbert Schmitz

Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Zurzeit liegen keine zustimmungsbedürftigen Geschäftsvorfälle vor.

Echt. Ehrlich. Einzigartig.

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/673/2024 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften/Kämmerei	Datum: 30.08.2024 Verfasser: Amt 20 Sascha Almstedt

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 10.06.2024 - 01.09.2024

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
19.09.2024	Haupt- und Finanzausschuss
25.09.2024	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Den Ausschussmitgliedern ist eine Übersicht über die hier zu behandelnden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen zugegangen, auf die verwiesen wird.

Kenntnisnahme:
„Von den in der Zeit vom 10.06.2024 - 01.09.2024 getroffenen Entscheidungen des Kämmerers zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW/§ 85 Abs. 1 GO NRW wird Kenntnis genommen."

Klima-Check:
Trägt der Beschlussentwurf zum Klimaschutz oder zur Klimafolgenanpassung bei?

Ja ☐ Nein ☒

Eine unmittelbare Auswirkung auf den Klimaschutz oder die Klimafolgenanpassung ergibt sich durch den vorliegenden Beschluss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 10.06.2024 - 01.09.2024

Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2024
Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Rates am 25.09.2024

A. Öffentliche Sitzung

Haushaltswirtschaftliche Angelegenheiten

Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 (2) GO NRW.

Soweit zustimmungsbedürftige Geschäftsvorfälle vorliegen, werden diese zusammen mit den Sitzungsvorlagen zugesandt.

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 10.06.2024 - 01.09.2024

Lfd. Nr.	Produktsach- bzw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	B01180800	Vermögensgegenstände des AV bis 800 € -Baubetriebshof-	50.000,00	17.031,26	18.06.2024

Bei einem Einbruch im Baubetriebshof wurden diverse Geräte entwendet. Für die notwendige Neuanschaffung von Geräten und Transportboxen zur Sicherung von Fahrzeugbeladungen sind Mehrauszahlungen in vorstehender Höhe entstanden.

Deckung:	Außerplanmäßige Einzahlungen beim Produktsachkonto: B01180800 – Vermögensgegenstände des AV bis 800 €	17.031,26

Erkelenz, den 30.08.2024

Norbert Schmitz
Stadtkämmerer